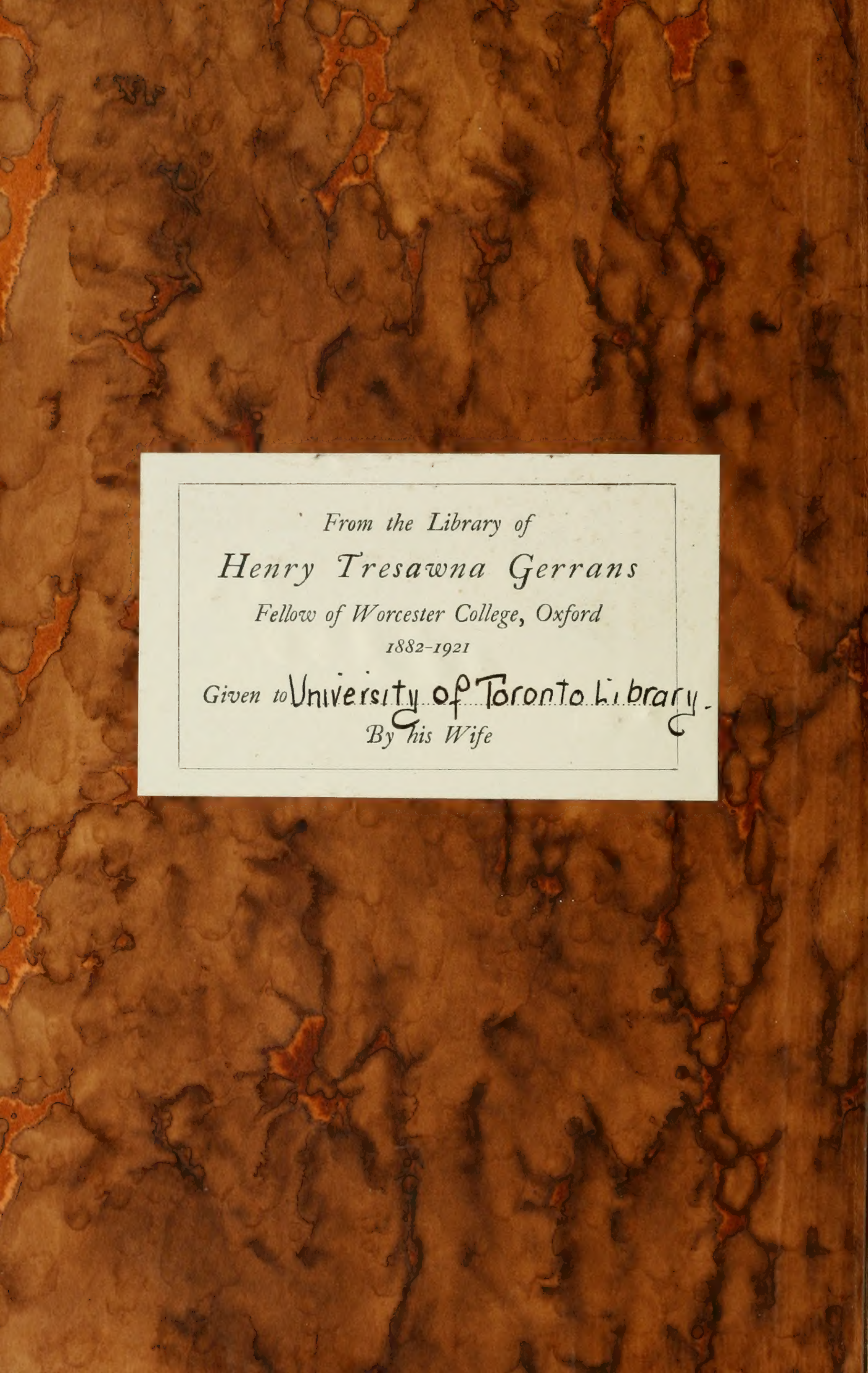
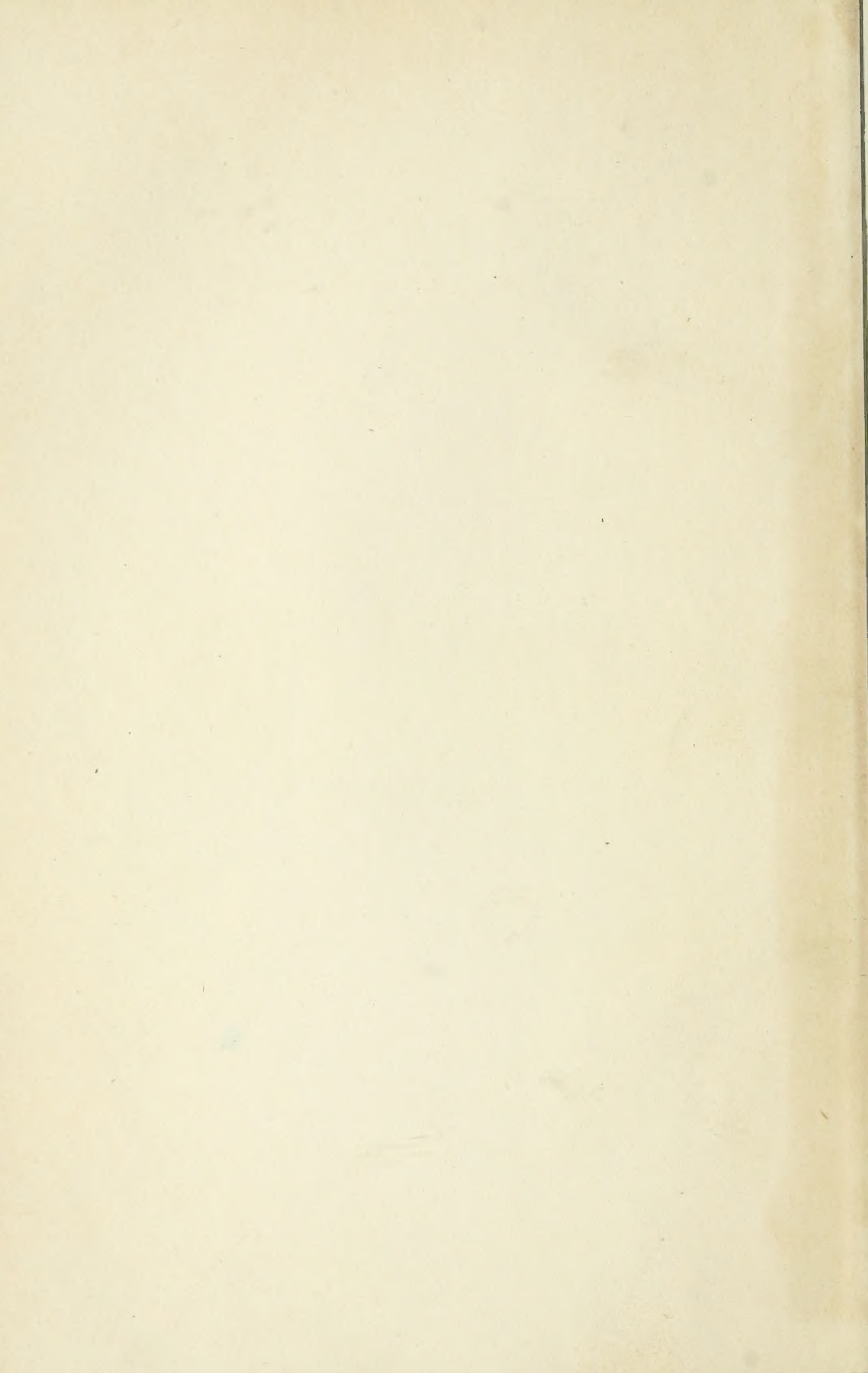








Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie

Von Franz Mehring

Zweiter Band

Bis zum preußischen Verfassungsstreite

Fünfte Auflage

Stuttgart 1913
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis.

Zweites Buch

Die Märzrevolution und ihre Folgen



Erstes Kapitel.

Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution.

1. Der 18. März.

Im Laufe der vierziger Jahre hatte die deutsche Romantik vollständig abgewirtschaftet. Unfähig zu schaffen, stand sie in heller Ohnmacht den neuen Mächten gegenüber, die sich in der Industrie und im Handel entwickelten. Ihr letztes Fest feierte sie in der langen Thronrede, womit der preußische König im Jahre 1847 den Vereinigten Landtag begrüßte. Die steigende Unzufriedenheit der gebildeten und der gewerbetreibenden Klassen, und weit mehr noch die ungestüme Presserin, die Finanznot, hatten ihn gezwungen, die Landtage der acht Provinzen in einer Körperschaft zu vereinen. Damit wollte er das alte Verfassungsversprechen seines Vaters erfüllt haben.

Der Vereinigte Landtag sollte kein modernes Parlament, sondern eine feudal-ständische Versammlung sein, und er war es auch. Die Mitglieder der acht Provinziallandtage wurden in zwei Kurien geteilt: eine Herrenkurie, die aus 72 Mitgliedern des hohen Adels bestand, und eine Dreiständekurie, in der die Ritterschaft 231, die Städte 182 und die Bauern 120 Vertreter zählten. Die Befugnisse des Landtags beschränkten sich auf die Bewilligung von Anleihen in Friedenszeiten und von neuen oder erhöhten Steuern, daneben auf die Begutachtung neuer Gesetzentwürfe, falls es der Krone beliebte, ihm solche Vorlagen zu machen. In seiner Thronrede verschwor sich der König, daß es keiner Macht der Erde je gelingen solle, ihn zu einem konstitutionellen Fürsten zu machen; er werde es nie und nimmermehr zugeben, daß sich zwischen unsern Herrgott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als eine zweite Vorsehung eindränge, um mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte Treue zu ersetzen. Nicht entfernt so romantisch, aber viel deutlicher und kürzer erläuterte er „den sehr kurzen Sinn der sehr langen Rede“ in einem vertrau-

lichen Briefe an seinen Freund Bunsen dahin: man wäre ein siebenfaches Rindvieh, 1. eine Verfassung zu fordern und 2. ein noch viel größeres, eine Verfassung zu geben, wenn man schon eine habe. Konsequenter noch vertrat der Prinz von Preußen als Thronfolger diesen liebenswürdigen Standpunkt. Er sah bereits in dem Vereinigten Landtage den Untergang des alten Preußens.

Immerhin hatte er in seiner reaktionären Beschränktheit einen besseren Instinkt, als sein geistreicher Bruder, einen besseren Instinkt auch, als die Ideologen der Bourgeoisie, die über eine solche Erfüllung alter Ideale verächtlich die Achseln zuckten und teilweise dazu rieten, diese Sorte von Verfassung gar nicht anzunehmen. Sie fanden damit kein Gehör bei ihrer Klasse, die eben auch ihren guten Instinkt hatte. Engbrüstig und zahm, wie sie an sich war, und obendrein erschreckt durch die ersten, noch so stammelnden Lebenslaute des Proletariats paßte ihr sowohl, was ihr der König bot als auch wie er es bot. Vereint mit verbürgerlichten Elementen des Adels, die durch ihre agrarisch-industrielle Warenproduktion in die großbürgerliche Interessensphäre gedrängt wurden, und hinter sich viele der Groß- und Mittelbauern, die in dieser ständischen Körperschaft die bäuerliche Klasse vertraten, bildete die Bourgeoisie die liberale Opposition auf dem Vereinigten Landtage, und Hansemann warf mit seinem geflügelten Worte: Bei Geldfragen hört die Gemütlichkeit auf, die gemütvolle Romantik der königlichen Thronrede einfach über den Haufen. Der Landtag hielt den Daumen auf dem Geldbeutel. Er wollte nicht bloß, wie es damals hieß, eine „Pumpanstalt" für den bankerotten Absolutismus sein und erklärte sich für unzuständig, die geforderte Anleihe von einigen zwanzig Millionen Talern für den Bau der Ostbahn zu bewilligen, ehe seine periodische Wiederkehr gesichert und seine Rechte erweitert würden. Darüber kam er in Unfrieden mit der Krone auseinander, ohne daß er sich deshalb viel Kopfzerbrechen machte. Er wußte, daß sie ihm wieder kommen müsse.

In diese preußische Idylle brauste nun aber ein Sturm der Weltgeschichte. Eine Reihe von Mißernten und die große Handelskrise von 1847 ließen den europäischen Boden in konvulsivischen Zuckungen erbeben. Alles morsche Gebälk stürzte zusammen. Die Pariser Arbeiter zerschmetterten den Thron Louis Philipps, und in der Metropole des Weltmarktes erhob der Chartismus mächtig sein Haupt. Zum erstenmale trat die moderne Arbeiterklasse in einer bürgerlichen Revolution

mit selbständigen Ansprüchen auf; in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß ein leibhaftiger Proletarier. Es war kein Jahr, das wie dreißig blitzt, es war ein Gewitter von vierzig und acht: so feierte Freiligrath den Fortschritt der Februar- über die Julirevolution. Dies Gewitter brauste durch ganz Europa bis an die russische Grenze; der Erhebung des westeuropäischen Proletariats antworteten die heroischen Unabhängigkeitskämpfe der unterdrückten Nationen, der Iren und der Polen, der Italiener und der Ungarn.

In Deutschland fegte der revolutionäre Westwind mit dem ersten Stoß eine Masse alten Gerümpels fort. In allen Klein- und Mittelstaaten wankten die Thrönlein. Ihre Insassen beeilten sich, sie durch Karyatiden von liberalen Märzministern zu stützen, wobei sie die angenehme Überraschung mit in den Kauf bekamen, daß sich mit diesen braven Männern eigentlich noch besser regieren ließe, als mit harthörigen Bureaukraten und steifnackigen Junkern. Ihr gemeinsamer Büttel, der Bundestag, kapitulierte auch schon in den ersten Märztagen und zog als amtliches Banner Deutschlands die schwarzrotgoldene Fahne auf: dieselbe Fahne, die er so oft beschimpft und geächtet, um derentwillen er Hunderte und Tausende blühender Menschenleben vernichtet hatte. Indessen dadurch brach er nur um so schneller unter der Wucht der allgemeinen Verachtung zusammen. Am 5. März beschlossen in Heidelberg 51 vornehmlich süddeutsche Liberale, nur vier Rheinpreußen und ein Österreicher waren darunter, Männer des öffentlichen Vertrauens aus allen Teilen Deutschlands nach Frankfurt a. M. zusammenzuberufen, die „dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anbieten sollten" für die möglichst rasche Einberufung eines deutschen Parlaments.

Alles das hatte aber erst im Luftreiche des Traumes politischen Kurs. Die Entscheidung lag in Wien und mehr noch in Berlin. Solange die österreichische Monarchie lahmgelegt war durch die nationalen Revolutionen in ihrem Schoße, durch den allgemeinen Hader ihrer verschiedenen Völkerbestandteile, war der preußische Staat mit seinen ganzen Einrichtungen und Überlieferungen, mit seinem Absolutismus und seinem Feudalismus, seiner Armee und seiner Bureaukratie der einzige ernsthafte innere Gegner der deutschen Revolution. Dabei war Preußen der führende Staat des deutschen Zollvereins, und wie verhaßt immer die preußische Zwangsjacke in Deutschland sein mochte, so hatte sich die deutsche Bourgeoisie seit den unruhigen Bewegungen des Proletariats

doch daran gewöhnt, in ihr das Mittel der deutschen Einheit zu sehen, deren sie je länger je mehr bedurfte. Seitdem französische Arbeiterfäuste mit dem Bürgerkönigtum reinen Tisch gemacht hatten, war die langsame, aber sichere Methode des Vereinigten Landtags unmöglich geworden. Dagegen war eine siegreiche Revolution in Preußen ein viel schnellerer Prozeß, aber freilich konnte sie je nachdem die ganze liberale Märzherrlichkeit der Mittel- und Kleinstaaten mit einem Schlage wegschwemmen.

Einstweilen dachte das vormärzliche Preußen nicht daran, auch nur in dem bescheidenen Maße abzudanken, das die Ansprüche der Bourgeoisie befriedigt hätte. Es verließ sich auf sein Heer und seine sonstigen Machtmittel, und die bürgerliche Klasse der Hauptstadt, eine noch sehr junge Bourgeoisie und ein vorlautes, aber tatenscheues Kleinbürgertum, trat ihm auch keineswegs in erschreckender Gestalt entgegen. Ihre ersten Kundgebungen im März waren viel weniger von der Liebe für die Freiheit, als von der Angst vor dem Proletariat diktiert: ein abwiegelnder Artikel der Vossischen Zeitung vom 7. März, worin den Arbeitern eindringlich vorgestellt wurde, sie möchten sich nicht durch die französische Revolution in der Überzeugung beirren lassen, daß sie im Schoße des Kapitalismus immer am besten aufgehoben seien, und ein Beschluß der Stadtverordneten vom 9. März, etwas mehr als bisher für die arbeitenden Klassen zu tun und durch eine Kollekte bei den wohlhabenden Bürgern Mittel für die Ausführung gemeinnütziger Arbeiten zu schaffen. An demselben Tage war nach unendlich langen Vorbereitungen ein städtischer Arbeitsnachweis eröffnet worden, wo sich sofort sechs- bis siebentausend Arbeitslose gemeldet hatten, ohne daß mehr als einem einzigen von ihnen Arbeit nachgewiesen werden konnte.

Sonst glaubte die Krone die bürgerliche Opposition dadurch beschwichtigen zu können, daß sie dem Vereinigten Landtage die periodische Berufung gewährte und ihn zum 27. April einberief, obendrein aber noch verhieß, beim Bundestage wegen Preßfreiheit mit Garantien und bei Metternich wegen der deutschen Einheit vorstellig zu werden. Diese wundervollen Verheißungen erregten in der Tat die höchste Begeisterung des Berliner Philisters, dessen Leibblatt, die Vossische Zeitung, und dessen berufene Behörde, die Stadtverordneten, als „Freunde besonnenen Fortschritts", vor „freudigem Danke" über so herrliche Zugeständnisse erbebten. Natürlich ließ sich das Berliner Proletariat so mager nicht

abspeisen. Unentwickelt und unreif, wie es als Klasse noch war, gab es dennoch die treibende Kraft zu großen Volksversammlungen, die vor den Toren der Stadt abgehalten wurden und neben Preß-, Vereins- und sonstiger bürgerlicher Freiheit schon Garantie der Arbeit und ein Arbeitsministerium verlangten.

Die Krone bildete sich zu ihrem Verhängnis ein, auch mit dieser Opposition sofort fertig werden zu können. Sie ließ die Volksversammlungen, nachdem sie die ersten geduldet hatte, mit Waffengewalt sprengen, die heimkehrenden Massen zusammenhauen oder zusammenschießen, überhaupt die Straßen der Stadt mit Militär überschwemmen. Die Garde war vorher in den Kasernen durch den Prinzen von Preußen haranguiert worden und fanatisierte sich in wachsendem Blutdurste so schnell, daß sie schließlich die harmlosesten Menschen niedersäbelte, die sich auf der Straße sehen ließen. Diese Metzeleien wiederholten sich am 13., 14., 15. und 16. März. Anfangs sah ihnen die bürgerliche Klasse gleichmütig zu und verschloß sogar die Haustüren vor den flüchtenden Opfern der militärischen Wut. Als aber ohne Unterschied auch die „ruhigsten Bürger" über die Klinge springen mußten, da fing sie an, rebellisch zu werden.

In diesen sich häufenden Zündstoff fiel wie ein Feuerfunke die Nachricht, daß die Bevölkerung von Wien am 13. März das System Metternich gestürzt und dessen Träger verjagt habe. Nun endlich fühlte die Regierung das Feuer auf ihren Nägeln brennen, und ihre Erkenntnis wurde noch gewaltig beflügelt durch eine große Deputation, die unter der Führung des rheinischen Oberpräsidenten aus Köln eintraf und dem Könige ziemlich unverblümt andeutete, wenn er sich nicht sofort zu Reformen entschlösse, könne er auf den Abfall der Rheinlande gefaßt sein. So wurden schleunigst zwei Patente erlassen, von denen das eine vom 17., das andere vom 18. März datiert war. Jenes verhieß Preßfreiheit mit Kautionen, dieses die Einberufung des Vereinigten Landtags zum 2. April mit einem allgemeinen Programm, das einen deutschen Bundesstaat unter preußischer Vorherrschaft und eine konstitutionelle Verfassung für Preußen vorsah. Unterzeichnet waren beide Patente von dem vormärz'ichen Ministerium mit all seinen verhaßten Namen.

Inzwischen hatte die Wiener Revolution aber auch in der Berliner Bevölkerung ein Gefühl tiefer Scham hervorgerufen. Es war allzu bitter, daß die „Stadt der Intelligenz", die sich in hochtrabenden Redens-

arten wie ein seidenes Tuch herauszustreichen verstand, an politischer Einsicht und Energie von der verachteten Phäakenstadt an der Donau übertroffen wurde. Gerade die friedfertigsten Elemente, die „Schutzbürger", die ein paar Tage vorher von den städtischen Behörden eingesetzt worden waren, um die „Ruhestörer" zur Ruhe zu verweisen, beschlossen zum Mittage des 18. März eine friedliche Massenkundgebung vor dem Schlosse zu veranstalten, um von dem Könige zu beanspruchen: Zurückziehung der militärischen Macht, Organisation der bewaffneten Bürgergarde, Gewährung unbedingter Preßfreiheit und schnelle Einberufung des Vereinigten Landtags. Von diesen Punkten war der vierte durch die königlichen Patente ganz, der dritte halb bewilligt worden. Die zweite Forderung sollte, wie wenigstens die weit überwiegende Mehrzahl ihrer Urheber meinte, keineswegs das Volk gegen das Heer rüsten, sondern aus der Bürgerschaft eine freiwillige Gendarmerie gegen die Rebellen bilden, um dadurch die erste, der Reihe wie dem Sinne nach erste, Forderung zu ermöglichen: die Zurückziehung des Militärs. Hierin gipfelte die geplante Kundgebung. Mit den militärischen Metzeleien, mit der Zumutung, sich je nach sultanischen Launen wie eine willenlose Hammelherde abschlachten zu lassen, hatte der vormärzliche Despotismus glücklich ein Ende an dem endlosen Geduldfaden der vormärzlichen Untertanen aufzuspüren gewußt.

Wie bekannt, entbrannte die Revolution an diesem Punkte. Die Menschenmassen, die in der Mittagsstunde des 18. März den Schloßplatz erfüllten, nahmen die Kundgebung der königlichen Patente zwar mit Beifall entgegen, aber sie waren durch pompöse Redensarten des romantischen Königs und seines bureaukratisch-feudalen Ministeriums zu oft gefoppt worden, als daß sie sich über den entscheidenden Punkt der ganzen Lage hätten täuschen lassen. Als der Justizminister Savigny unter einem Schloßportale der andrängenden Menge auseinandersetzte, daß der König ja viel mehr bewilligt habe, als je verlangt worden sei, sagte ihm ein Arbeiter: „Alter, das verstehst du nicht, man hat nichts bewilligt", eine Antwort, die mehr an historischem Sinn enthielt, als die gesamte historische Schule jemals hat mobil machen können. Die Rufe nach Zurückziehung des Militärs wurden immer lauter, trotz aller Beschwichtigungsversuche, die der König vom Balkon aus machte, und sie schwollen zum Sturme an, als von der Stechbahn her eine Schwadron Dragoner und aus dem Schlosse selbst eine Kompanie Infanterie vor-

brach, um den Platz von Menschen zu säubern. Zwei Schüsse, die aus den Reihen der Infanterie fielen, gaben dann das Signal zum Straßenkampfe.

Der langwierige Streit darüber, ob diese Schüsse sich zufällig entladen haben oder nicht, ob der Prinz von Preußen den Befehl zum Einschreiten des Militärs gegeben habe oder nicht, und was alles sich daran knüpft, ist von ganz nebensächlicher Bedeutung. Möglich, daß bei der Entladung der beiden Gewehre ein Zufall gespielt, möglich, daß der Prinz von Preußen, der allgemein für den Urheber des militärischen Angriffs gehalten wurde und durch seine aufreizenden Reden in den Kasernen den Verdacht reichlich verdient hatte, zufällig in dieser Stunde keine reaktionäre Intrigue gesponnen hat: der gewaltsame Zusammenstoß war unvermeidlich, sobald die Zurückziehung des Militärs zur praktisch brennenden Frage geworden war, in der keiner der streitenden Teile nachgeben konnte und wollte. Wäre er nicht unter diesen zufälligen Umständen erfolgt, so wäre es unter anderen zufälligen Umständen geschehen.

Ebenso müßig ist der Streit darüber, wer in dem dreizehnstündigen Kampfe gesiegt hat. Siegen in einem Kriege heißt: seinen Willen dem widerstrebenden Gegner aufzwingen, und es ist nicht abzusehen, weshalb diese einfache Logik, die jedem preußischen Schulkinde an den Schlachten des alten Blücher und des alten Fritz dargelegt wird, für den Kampf zwischen Krone und Volk nicht gelten soll. Am Vormittage des 19. März zog die Krone das Militär aus der Stadt, was sie am Nachmittage des 18. März auf die Gefahr des Straßenkampfes hin hartnäckig verweigert hatte. Sagt man aber, wie es von gutgesinnten Historikern unzähligemale gesagt worden ist, daß der Befehl zum Rückzuge der Truppen ohne zwingenden Grund und in niemals aufgeklärter Weise gegeben worden sei: nun, so ist ein Hauptquartier, dessen entscheidende Befehle unbekannt von wem und unbekannt weshalb erteilt werden, nicht einmal, sondern dreimal geschlagen. Wirklich brach das alte Preußen in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848 rettungslos zusammen, unter der Last seiner Sünden, die der kräftige Stoß der Revolution ins Rollen gebracht hatte.

Der Straßenkampf wurde von dem fanatisierten Militär mit einer Grausamkeit geführt, die sehr patriotischen Veteranen der Befreiungskriege den Schmerzensschrei entriß, daß sie eine Schande für das preußische Heer sei. Dagegen kämpften die Jünglinge und Männer auf den

Barrikaden mit heiterer und tapferer Ausdauer, mit einer gutmütigen Menschlichkeit, die von allen unbefangenen Zeugen bestätigt und hier oder da selbst von einem militärischen Berichterstatter unbewußt zugegeben wird. Trotz ihrer ganz unzureichenden Bewaffnung wußten sie die 14 000 Soldaten und 36 Geschütze, mit denen sie zu schaffen hatten, im Laufe der Nacht so mürbe zu machen, daß die militärischen Befehlshaber um 5 Uhr morgens den bis auf den Tod erschöpften Truppen die Einstellung des Kampfes befahlen. Die Kämpfer auf den Barrikaden schöpften immer neue Kraft aus der Sympathie der Bevölkerung. Kein Zweifel, daß der Frühlingssturm dieser Märznacht den Kern des Kleinbürgertums über den engen Horizont seiner ruheseligen Gesinnungen hinaushob.

Doch die Hauptlast des Kampfes ruhte auf dem Proletariat. Unter den 183 bürgerlichen Toten, die am 22. März in einem feierlichen Leichenzuge bestattet wurden, befanden sich ein Referendar und zwei Studenten, deren einer sich nicht einmal am Kampfe beteiligt hatte, sondern von blutdürstigen Soldaten ermordet worden war. Die Masse der Toten bestand aus Handwerkern, von denen in den Listen einige wenige als Meister, sehr viele aber als Gesellen bezeichnet werden, aus Arbeitsmännern, Maschinenbauern, Handlungsgehilfen, Lehrlingen. Daß die 33 Leichen, die nicht rekognosziert werden konnten, ausschließlich der Arbeiterklasse angehörten, liegt auf der Hand. An diese unbekannten Toten heftete später die Reaktion die gehässige Nachrede, daß die Kämpfer des 18. März aus fremdländischen Emissären, aus Strolchen und Verbrechern bestanden hätten. Nachgewiesen hat sie es von keinem, und trotz aller heißen Mühe weder in einem der rekognoszierten Toten, noch in einem der 700 Gefangenen einen Emissär oder Strolch oder Verbrecher oder auch nur einen „kriminalisch Bestraften“ zu entdecken vermocht, obgleich in dem vormärzlichen Berlin schon das Tabakrauchen auf offener Straße eine „kriminalische Bestrafung“ nach sich zog. „Man hat häufig behauptet, daß unter den Gefallenen mehrere Dutzend bestrafte Diebe gewesen seien. Geheimräte waren freilich nicht darunter. Wäre jene Behauptung wirklich wahr, so hätte der Tod jene Männer ehrlich gemacht.“ So fertigt Gneist, selbst ein preußischer Geheimrat, kurz und treffend die dreiste Verdächtigung ab.

Mit den Truppen verließ der Prinz von Preußen die Hauptstadt und floh verkleidet unter nichts weniger als heldenhaften Abenteuern

nach London. Auch die verhaßtesten der alten Minister und eine Masse Zitterer aus den oberen Zehntausend verließen Berlin. Der König beauftragte den Grafen Arnim, einen gelegentlich liberalisierenden Großgrundbesitzer, mit der Bildung eines neuen Ministeriums, doch vermochte niemand die am Boden schleifenden Zügel der Regierung zu ergreifen. In den Gemächern des Schlosses herrschte die grenzenloseste Verwirrung, im Schloßhofe drängte und stieß sich eine wachsende Menge. Da strömten aus allen Teilen der Stadt, getrieben von einem gemeinsamen Instinkt, die Barrikadenkämpfer durch die Portale herein. In der Faust die siegreiche Waffe, die Gesichter noch glühend vom Kampfe, trugen sie auf den Schultern die Bahren mit den Leichen ihrer gefallenen Brüder, deren Wunden offen gelegt, deren blutige Stirnen von Frauenhänden mit Immortellen und Lorbeeren geschmückt worden waren. Lautlos empfing sie die Menge, die Lippen bebten und die Tränen flossen, der feste Schritt der Träger hallte allein im Schloßhofe wieder und von Zeit zu Zeit der Name eines Gefallenen, vom Träger laut ausgerufen: „Familienvater von fünf unerzogenen Kindern"; „Auf der Barrikade am Kölnischen Rathause niederkartätscht"; „Ohne Pardon niedergestochen, nachdem er sich ergeben hatte"; „Fünfzehn Jahre alt, an meiner Seite niedergeschossen, mein einziger Sohn". Und nun brach über den Hohenzoller ein Gericht herein, wie es kein Stuart und kein Capet auf den Stufen des Schafotts zu erdulden gehabt hat, ein Gericht, dessen erschütternde Gewalt in Freiligraths unsterblichen Versen für immer aufbewahrt ist:

So wars! Die Kugel in der Brust, die Stirne breit gespalten,
So habt ihr uns auf schwankem Brett auf zum Altan gehalten!
„Herunter!" — und er kam gewankt — gewankt an unser Bette;
„Hut ab!" — er zog — er neigte sich! (so sank zur Marionette,
Der erst ein Komödiante war!) — bleich stand er und beklommen!
Das Heer indes verließ die Stadt, die sterbend wir genommen!
Dann „Jesus meine Zuversicht!", wie ihrs im Buch könnt' lesen;
Ein „Eisen meine Zuversicht!" wär' paßlicher gewesen!

Der leise Vorwurf, den die Toten in diesem Gedicht an die Lebenden richten, ist seitdem oft gegen die siegreichen Barrikadenkämpfer erhoben worden. Weshalb den Stachel einer unvergeßlichen Demütigung in das Herz des Königs drücken, statt mit kaltblütiger Entschlossenheit den Thron zu zerbrechen? Der Vorwurf ist so berechtigt oder so unberechtigt, als wenn man die Stürmer der Bastille tadeln wollte, weil sie

nicht sofort die Republick ausgerufen haben. In hochherzigem Aufschwunge hatte das Proletariat ein schmähliches Joch zerbrochen, in dem Blute eines Tages die Schmach von Jahrzehnten abgewaschen, eine historische Grenzscheide gezogen, über die keine Macht der Welt wieder zurückkonnte. Gewiß, es konnte auch den Thron für den Augenblick umwerfen, aber es konnte nicht eine Herrschaft antreten, für die es lange nicht entwickelt und reif genug war; es konnte nicht eine Aufgabe lösen, an deren Anfangsgründen es sich erst dämmernd zurecht tastete. Es vergaß nicht des „Eisens meiner Zuversicht“, denn der Totenzug nach dem Schlosse war nicht nur die Sühne, welche die Volksjustiz an einem schuldigen Fürsten nahm: er krönte vielmehr das Werk des 18. März, indem er dem Könige die Genehmigung der Volksbewaffnung entriß. Das Proletariat konnte nicht mehr tun, als reinen Tisch für die Bourgeoisie machen, für diejenige Klasse, die nach dem Stande der historischen Entwicklung zunächst berufen war, die Herrschaft zu ergreifen. Ihr lag die Abrechnung mit dem Absolutismus und Feudalismus ob, bei ihr lag die Entscheidung, ob das tapfere Werk des 18. März gekrönt oder verraten werden sollte.

Sie hat es verraten, und ihr böses Gewissen ließ den Friedhof verwildern, wo die gefallenen Volkskämpfer zur Ruhe gebettet worden waren. Der Rost nagte an den Buchstaben und Ziffern der Kreuze, und über den versunkenen Grabhügeln wehte das Gras zusammen. Dann aber kam der Tag, an dem das erwachte Klassenbewußtsein des Proletariats die historische Bedeutung der Märzrevolution begriff und die Gräberstätte des Friedrichshains von neuem weihte. Von seinen Toten gilt, was Marx später von den Märtyrern eines anderen 18. März sagte: sie sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse.

---

2. Der Verrat der Bourgeoisie.

Auf den Berliner Barrikaden hatte die deutsche Revolution festen Boden unter den Füßen gewonnen. Sie wandelte aufstürmend durch das Land und zerstörte die Wurzeln der feudalen Gesellschaft. Die bäuerliche Klasse erhob sich, um namenloses Leid zu rächen. Im südlichen Deutschland, im Odenwalde, im Schwarzwalde, schlugen aus dem alten Boden des Bauernkrieges neue Flammen auf; die Rentbeamten der Edelleute und Standesherren wurden verjagt, die Grund- und Zehnt-

bücher vernichtet, die Schlösser der Grundbesitzer zerstört. Im Königreiche Sachsen fraß das Feuer einzelne feudale Schlösser. Am stärksten war die bäuerliche Bewegung im ostelbischen Preußen, und hier namentlich in Schlesien. Die Bauern zogen auf die Gutshöfe und zwangen ihren Quälern Urkunden ab, worin diese auf alle gutsuntertänigen Abgaben und Leistungen verzichteten. Die feudale Partei, die einzige organisierte Partei in Preußen, wurde durch unzählige Bauernrevolten aufgerieben, mit ihr fiel die letzte Stütze des vormärzlichen Staats.

Derweil trat in Berlin selbst der Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Klasse scharf hervor. Kaum war der begeisternde Schwung der Märznacht verrauscht, als die Bürger nach „Schließung der Revolution", nach Ruhe um jeden Preis zu schreien begannen. Die bürgerliche Klasse hatte die Ämter der Gemeinde in der Hand und benutzte sie, um die 25 000 Gewehre, die aus den Zeughäusern des Heeres für die Bürgerwehr geliefert wurden, für sich zu ergreifen. Sie machte Ortsangehörigkeit, persönliche Garantie für Rückgabe der anvertrauten Waffe und selbständigen Erwerb zu Bedingungen für den Eintritt in die Bürgerwehr: Bestimmungen, die in weitestem Umfange dazu angewandt wurden, um das Proletariat von der Volksbewaffnung auszuschließen. Am Tage nach dem Siege wurden die Sieger um den Preis ihres Kampfes geprellt.

Die neue Bürgerwehr gebärdete sich sofort als eine Polizeitruppe, die eine gelinde Sehnsucht nach der vormärzlichen Gendarmerie erwecken konnte. Sie tobte wie ein angeschossener Eber für die Heiligkeit des Eigentums und gegen die „Aufwiegler". Dabei beschränkten sich die sogenannten Exzesse im Märzkampfe darauf, daß, wegen Verrats von Barrikadenkämpfern an die Truppen, einem pensionierten Offizier die Wohnung und einem Handschuhmacher der Laden demoliert wurden. Ein gleiches Schicksal drohte dem Palais des Prinzen von Preußen, doch wurde es dadurch abgewandt, daß ein Führer der Massen die Geistesgegenwart besaß, das Gebäude zum Eigentum der Nation zu erklären. Sonst bewährte sich in der Märzwoche, wie schon so oft, die erhebende Kraft der Revolution: die gemeinen Verbrechen und namentlich die Eigentumsverbrechen nahmen ab. Charakteristisch genug hatte der Polizeiminister v. Bodelschwingh schon in den Vortagen des 18. März, während er noch „die politische Gefährlichkeit der großen Masse bestritt, in der Abnahme der Eigentumsvergehen ein drohendes Anzeichen er-

blickt". Genau einen Monat nach dem 18. März erklärte der Berliner Polizeipräsident öffentlich, „daß im allgemeinen die bisherige Haltung der Gesellen und Arbeiter mit Recht eine öffentliche Anerkennung verdiene", und drei Wochen nach endlich errungener Preßfreiheit mußte der Staatsanwalt am Berliner Kriminalgerichte den braven Bürgern auf ihre zahllosen Denunziationen wegen „Übergriffe der Presse" gleichfalls öffentlich erklären: „Wer Preßfreiheit will, muß auch deren Mißbräuche zu ertragen wissen, die Neuheit der Sache läßt übrigens die Größe der Gefahr wohl überschätzen." Trotzdem lärmte die Bürgerwehr für das bedrohte Eigentum weiter; „alles ist ruhig in der Stadt, mit Ausnahme der Bürgerwehr", meldete in einer Nacht ein patrouillierender Zugführer, dem das Treiben seiner Kameraden zum Ekel geworden war. Den Geist dieser braven Truppe kennzeichnet nichts besser, als die Reihenfolge ihrer selbstgewählten Befehlshaber: erst war es der Polizeipräsident v. Minutoli, dann der Stadtkommandant v. Aschoff, darauf der urreaktionäre Major Blesson und endlich, als den bürgerlichen Helden vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit bange zu werden begann, der Philister Rimpler, Bein von ihrem Bein und Blut von ihrem Blut, ein Hasenherz vor der bewaffneten Reaktion und ein brüllender Löwe vor dem wehrlosen Proletariat.

Der Skandal war schon am 23. März so groß, daß die einzige politische Zeitung Berlins, die vor Jahr und Tag gegründete Zeitungshalle, einen Artikel gegen die Ruheprediger richtete. Sie sagte sehr richtig, daß wenn die Bürger am ersten Tage nach der Revolution mit allen Kräften rückwärts zögen, die Angst vor den Arbeitern sie zu diesem selbstmörderischen Gebahren triebe. Freilich bestehe ein Bruch zwischen der Bürger- und der Arbeiterklasse, aber um ihn zu überbrücken, müsse das Bürgertum nicht rückwärts, sondern vorwärts schreiten. Es fehlte nicht viel, daß der Redakteur der Zeitungshalle wegen dieses ebenso ruhigen wie vernünftigen Artikels von entrüsteten Bürgerwehrmännern gelyncht worden wäre. Seine demokratischen Freunde stürmten sein Haus, um ihm die Freundschaft aufzusagen, und die Börse erklärte mit feierlichem Schwur jeden für einen „Schurken", der nicht helfen würde, der Zeitungshalle die Abonnenten und Inserate abzuknöpfen.

Würdig der Bürgerwehr waren natürlich die städtischen Behörden. In ihren Kundgebungen versteiften sie sich wider besseres Wissen auf die Behauptung, daß die politische Bewegung der Massen gegen das

Eigentum der bürgerlichen Klassen gerichtet sei, und bereits am 21. März hatten sie sich durch heimliche Machenschaften mit der Krone darüber geeinigt, daß die kaum aus der Stadt getriebenen Garderegimenter wieder einrücken sollten. Um dem Volke den nötigen Sand in die Augen zu streuen, hieß es in der gedruckten Proklamation des Magistrats, „Se. Majestät habe befohlen, daß vor dem Einzuge in die Stadt das Militär auf die deutsche Verfassung vereidigt werde", also auf eine Verfassung, die es gar nicht gab. Im letzten Augenblick fehlte aber doch der Mut, diesen sauberen Plan auszuführen, und die Proklamation wanderte in den Papierkorb. Dagegen wurde jetzt eine mit 14000 Unterschriften bedeckte Adresse an die Krone zu stande gebracht, worin der Einzug zwar nicht der vertriebenen Truppen, aber „bürgerfreundlicher Regimenter" erbeten wurde. Ein sehr zweifelhafter Demagoge, der Tierarzt Urban, leistete dabei hilfreiche Hand, und die Mehrheit der Bürgerwehr erklärte sich gleichfalls dafür. Bei allem Tändeln mit bunten Schnüren und Schulterstücken, worin sie die schnurrbärtigsten Gardeleutnants noch übertraf, war sicherer doch sicherer: wirksamer als durch ihren freiwilligen Heldenmut wurde das heilige Eigentum durch wirkliche Soldaten geschützt. So rückten denn am 30. März ein Infanterie- und ein Kavallerieregiment, dazu zwei Bataillone und eine Schwadron wieder in die Hauptstadt ein.

Es war kein günstiges Vorzeichen für die Bourgeoisie, die gleichzeitig in das Ministerium einzog. War sie zunächst zur Herrschaft berufen, so war in ihr selbst wieder die rheinische Bourgeoisie am entwickeltsten und reifsten. Camphausen und Hansemann, die Präsidenten der Handelskammern in Köln und Aachen, waren denn auch sogleich vom Grafen Arnim zum Eintritt in sein Ministerium aufgefordert worden, hatten aber wohlweislich abgelehnt, als Figuranten unter einem Großgrundbesitzer zu dienen, der wohl mitunter eine liberale Maske vorsteckte, jedoch im Wesen der Sache feudal-ständische Anschauungen hegte. Über diesen Widerstand stolperte Graf Arnim; am 29. März wurde Camphausen zum Ministerpräsidenten und Hansemann zum Finanzminister ernannt. Graf Schwerin und Auerswald, zwei oppositionelle Größen des Vereinigten Landtags, gingen als Kultusminister und Minister des Innern aus dem alten in das neue Kabinett über, ebenso Arnim-Heinrichsdorff, der bisherige Gesandte in Paris, als Minister des Auswärtigen.

Diese Leute verdienten einen Platz im ersten Ministerium der Bourgeoisie, der sie schon unter dem Grafen Arnim kräftig vorgearbeitet hatten. Sie hatten am 21. März den komödiantenhaften Aufzug des Königs durch die Hauptstraßen Berlins veranlaßt. Unter einem Vortrabe von Generalen und Ministern, die schwarzrotgoldene Binden am Arme trugen, vor sich einen Bürgerwehrmann mit der dreifarbigen Fahne, neben sich den Polizeimann Stieber, hinter sich den Tierarzt Urban mit einer gemalten Kaiserkrone, hatte der König vor dem Rathause und der Universität wie ein Jahrmarktsreiter verkündet, daß Preußen in Deutschland aufgehen solle, daß er die deutsche Einheit und Freiheit retten, daß er sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle. Bei allem Gaudium, das der Berliner Pflastertreter daran hatte, lud die Posse neue Schmach auf das Haupt des Königs, der, eben bis in den Staub gedemütigt, sich schon wieder in dem prahlerischen Aufzuge gefiel. Ein spöttisches Echo aus ganz Deutschland antwortete auf seine feierlichen Verheißungen.

Aber die Macher des theatralischen Umritts wußten recht wohl, was sie wollten. Aus ihm schöpfte der König in einem Briefe an den Herzog von Augustenburg alsbald den Beruf, sich in den Kampf der Herzogtümer Schleswig-Holstein gegen Dänemark zu mischen. Es geschah öffentlich unter der Ägide des deutschen Bundes, zur Rettung deutscher Volksstämme vor dänischer Fremdherrschaft. Die geheimen Zwecke waren, einerseits der gedemütigten und aus Berlin vertriebenen Garde eine militärische Genugtuung zu geben, andererseits in Schleswig-Holstein, dessen Sache in Deutschland überaus populär war, einen Herd der Revolution zu zertreten. Ehe die preußischen Truppen die Grenze überschritten, schrieb der preußische Gesandte v. Wildenbruch in einer geheimen Note vom 8. April an das dänische Kabinett, es möge den Krieg nur nicht tragisch nehmen; die preußische Regierung wünsche vor allen Dingen, die Herzogtümer dem Könige von Dänemark zu erhalten; sie habe den Feldzug einzig unternommen, um die radikalen und republikanischen Elemente Deutschlands an unheilbringender Einmischung zu hindern.

Während so schon unter dem Ministerium Arnim das Gewebe der Gegenrevolution angezettelt wurde, erwies sich das Kabinett ohne Hilfe der Bourgeoisie doch viel zu schwach, um derben Stößen der Revolution zu widerstehen. Wie am 18. März die Deputation aus Köln, so griff am 22. März eine Deputation aus Breslau und Liegnitz entscheidend

in die Politik der Krone ein, und zwar mit dem gleichen Mittel: mit der Drohung, daß Schlesien abfallen werde, wenn nicht statt des Vereinigten Landtags eine auf Urwahlen gegründete Volksvertretung, vollständige Sicherheit der Person, Schwurgerichte namentlich für politische Vergehen, allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, Unabsetzbarkeit des Richterstandes, Abschaffung aller feudalen Gerichtsbarkeit und Polizei, Ministerverantwortlichkeit und Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gesichert würden. Graf Arnim sträubte sich mit Händen und Füßen, aber die Deputation, die von einem ehemaligen Polizeipräsidenten geführt wurde und hauptsächlich aus städtischen Beamten bestand, wurde so dringend, zudem lauteten die Nachrichten aus Schlesien so beunruhigend, daß die Krone wohl oder übel nachgeben mußte.

In einer sofort veröffentlichten Kabinettsordre an die schlesische Deputation versprach der König „eine konstitutionelle Verfassung auf der breitesten Grundlage" und ein volkstümliches Wahlgesetz, das eine auf Urwahlen begründete, alle Interessen des Volkes umfassende Vertretung zu schaffen geeignet sei. Diese Versammlung sollte über die einzelnen, in der Kabinettsordre nochmals aufgezählten Forderungen der schlesischen Deputation beschließen. Außerdem verhieß der König, das stehende Heer auf die künftige Verfassung zu vereidigen, und nur in dem einen Punkte machte er einen Vorbehalt, daß dem Vereinigten Landtage das neue Wahlgesetz zur Begutachtung vorgelegt werden solle. Mit solchem Programm war Graf Arnim unmöglich. Er sperrte sich noch ein paar Tage, aber seine eigenen Kollegen, besonders sein Namensvetter, drängten ihn hinaus. Diese verbürgerlichten Aristokraten zögerten nicht, unter das Kommando der Bourgeoisie zu treten.

Von den beiden neuen Ministern war Camphausen der gebildetere, Hansemann der entschlossenere. Hansemann wollte die materiellen Interessen der Bourgeoisie ohne Gram und Scham durchsetzen, während Camphausen sich noch mit dem mahnenden Gewissen der bürgerlichen Ideologie herumschlug. Jedoch waren sie zunächst darin einig, daß der Sieg des Proletariats zu gunsten der Bourgeoisie zu eskamotieren sei. Sie lehnten deshalb ab, auf die historische Tatsache der Revolution hin die neue Volksvertretung einzuberufen, sie stellten sich vielmehr auf den „Rechtsboden", sie wollten die „Kontinuität des Rechtszustandes" aufrecht erhalten, und wie die schönen Schlagworte sonst noch heißen mochten. Deshalb hielten sie daran fest, daß der Vereinigte Landtag das Wahl-

gesetz zu beraten und die Grundzüge der neuen Verfassung zu entwerfen habe. Der famose „Rechtsboden" bestand in der pfiffigen Berechnung, daß die Eskamotierung der Revolution durch die Bourgeoisie einen ehrwürdigen Heiligenschein erhalten müßte, wenn sie dem Proletariat durch ein feudales Gespenst aufgeherrscht würde.

Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Vereinigte Landtag als ein reines Gespenst. Die feudale Partei war auf der ganzen Linie geschlagen. Selbst der feudale Heißsporn v. Bismarck gestand mit aufrichtigem Kummer, keine menschliche Macht könne die begrabene Vergangenheit wieder erwecken, und fügte mit süß-saurer Miene hinzu, er werde das Ministerium Camphausen unterstützen, denn sonst sei keine Hoffnung mehr auf einen „gesetzmäßigen und geordneten Zustand". Der Vereinigte Landtag glich einem galvanisierten Leichnam, der gerade noch die Befehle niederschreiben konnte, die ihm die Bourgeoisie in die Feder diktierte. In dem Gesetze vom 6. April wurden die Grundzüge der neuen Verfassung festgelegt: Freiheit der Presse ohne Kautionen, Schwurgerichte auch für politische Vergehen, Unabhängigkeit des Richterstandes und Beseitigung des über ihn verhängten Disziplinargesetzes, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis und endlich als die Krone von allem die Zusicherung, daß der Erlaß aller Gesetze, die Feststellung des Etats und die Erhebung der Steuern von der Zustimmung der künftigen Volksvertreter abhängig sein solle. Dazu verlieh das Gesetz vom 8. April das allgemeine gleiche geheime, aber indirekte Wahlrecht für eine Versammlung, die durch Vereinbarung mit der Krone die neue Staatsverfassung feststellen sollte.

In diesen Gesetzen ist noch sehr deutlich die Angst vor dem siegreichen Proletariat zu spüren. Sie sind der praktische Niederschlag der Verheißungen, die der König der schlesischen Deputation gegeben hatte. Besonders dasjenige der neuen Volksrechte, das zunächst wirksam werden sollte, war, wie Rodbertus ausdrücklich bezeugt, von der Furcht geboren worden. Es kennzeichnet die Lage, daß Rodbertus von allen Mitgliedern des Vereinigten Landtags vermutlich der einzige war, der grundsätzlich dem allgemeinen Stimmrechte anhing, aber gewiß der einzige, der tatsächlich dagegen sprach, weil er die Massen noch nicht für reif genug hielt, dies Recht zu gebrauchen. Hatte das Ministerium nun aber schon durch die indirekte Wahl eine arge Bresche in das allgemeine Stimm-

recht gelegt, so stellte es überhaupt die Gesetze vom 6. und 8. April in eine völlig nebelhafte Region durch die Bestimmung, daß die künftige Staatsverfassung zwischen Krone und Volksvertretung vereinbart werden solle.

Die „Vereinbarung" war eine bürgerliche Falle, würdig des „Rechtsbodens". Sie war, wie später ein Redner der Linken in der Berliner Versammlung sagte, ein Klex, der hinterher der großen Bewegung auf nichtige Weise angehängt wurde, ein Wort, weder alt noch neu und nicht einmal deutsch, eine wahre Mißgeburt von Wort, das sich wie eine Nabelschnur an das Neue knüpfte, um das Alte aufzusaugen. Mit der „Vereinbarung" wurde grundsätzlich der Stand der Dinge auf die Mittagsstunde des 18. März zurückgeworfen, der Sieg des Volkes kassiert, die Krone in ihrer alten Gewalt wieder aufgerichtet. Es war abermals Rodbertus, der im Vereinigten Landtage klipp und klar die Frage stellte, was denn geschehen solle, wenn Krone und Versammlung sich nicht vereinbarten. Hansemann antwortete mit kaltblütigem Hohne: Dann wird dessen Meinung obsiegen, der noch die größte Macht hat, worauf Rodbertus mit dem Stoßseufzer schloß: Das scheint mir aber nur auf dem Wege einer zweiten Revolution geschehen zu können. Trotzdem stellte auch er sich auf das Prinzip der Vereinbarung. Utopist im Politischen wie im Sozialen, wollte er die „Jungfräulichkeit Preußens im Rechte" retten, desselben Preußens, dessen offizielle Geschichte seit dem sechzehnten Jahrhundert eine ununterbrochene Reihe von Rechtsbrüchen war; um die „erste Revolution", die Revolution des Volkes, verleugnen zu können, bereitete er die „zweite Revolution" vor, die Gegenrevolution der Krone.

Die Bourgeoisie hätte nicht die Bourgeoisie sein müssen, wenn sie nach diesem Verrat an dem Proletariat ihre eigene Herrschaft nicht durch den Nerv der Dinge gestärkt hätte. Das Ministerium verlangte vom Vereinigten Landtage einen Kredit von vierzig Millionen Talern, von dem fünfzehn Millionen für Rüstungen des Heeres, fünfundzwanzig Millionen zur Bändigung der inneren Anarchie in der Weise verwandt werden sollten, daß dem Handel und der Industrie flüssige Kapitalien zugeführt würden, in deren Fluten das arbeitslose und unruhige Proletariat wieder untergetaucht werden konnte. Da in Geldsachen nicht bloß die Gemütlichkeit der Monarchie, sondern auch der Rechtsboden der Bourgeoisie aufhört, so verlangten Camphausen und Hansemann

diesen Kredit von demselben Landtage, der sich namentlich auf ihr Betreiben ein Jahr vorher für unzuständig erklärt hatte, solche Kredite zu bewilligen, und sie erhielten ohne viele Redensarten das erkleckliche Handgeld.

Nicht ganz so glücklich fuhren sie mit einer dritten Machenschaft, zu der sie den Vereinigten Landtag mißbrauchen wollten. Gleichzeitig mit dieser Körperschaft war die von Heidelberg berufene Versammlung von Notabeln in Frankfurt a. M. zusammengetreten, das sogenannte Vorparlament, das auf einem revolutionären Boden stand, aber keineswegs eine revolutionäre Gesinnung atmete. Wie unreif immer die politische Bildung in Deutschland damals noch war, so drängte sich doch mit unwiderstehlicher Gewalt die Erkenntnis auf, daß aus zwei Großmächten, einem halben Dutzend Mittelstaaten und einigen Dutzend Kleinstaaten, kurzum aus einem wirren Konglomerat von fast durchweg monarchischen Staaten und Stätlein, ein einiges und freies Deutschland nur in der Form der Republik herzustellen sei. Wollte also das Vorparlament ganze Arbeit machen, so mußte es die Revolution nicht „schließen", sondern in Permanenz erklären. Jedoch hierfür reichte der Atem des deutschen Bürgertums nicht aus. Eine Minderheit, die sich namentlich aus dem süddeutschen Kleinbürgertum rekrutierte, verlangte zwar die deutsche Republik, aber in einer historisch längst überlebten Form: als Föderation republikanischer Kantone nach schweizerischem Muster. Die große Masse der Bourgeoisie und die Mehrheit namentlich des norddeutschen Kleinbürgertums wollten lieber die Einheit als die Monarchie preisgeben. Ihr Ideal war ein gerupftes Deutschland. Unter Verzicht auf das deutsche Österreich, das Metternichs ruchlose Politik durch geistige Zensur- und materielle Zollschranken seit Jahrzehnten vom übrigen Deutschland abgesperrt hatte, erstrebten sie das preußische Erbkaisertum, das der bürgerlichen Klasse die allzu drückenden feudalistischen und partikularistischen Fesseln abstreifen, aber sonst möglichst alles beim Alten lassen sollte. Niemals verlegen um schöne Redensarten, beugten sie sich in Ehrfurcht vor der Revolution, die „ehrfurchtsvoll vor den Thronen stehen geblieben" sei. Ihr Ideal blieb nur deshalb noch etwas verschleiert, weil der preußische König einstweilen zu tief unter der allgemeinen Verachtung begraben war.

Im Vorparlament stießen diese Gegensätze heftig aufeinander, aber der Sieg der monarchischen Richtung stand von vornherein fest. Mit

ihren etwa 370 Stimmen war sie den etwa 150 republikanischen Stimmen weit überlegen. Dabei waren die Heimstätten des zwerghaften Republikanismus noch unverhältnismäßig stark vertreten; auf 52 Württemberger, 72 Badener und 84 Hessen kamen nur 2 Österreicher und 141 Preußen. Das Vorparlament lehnte es ab, sich selbst und damit die Revolution in Permanenz zu erklären. Es setzte vielmehr einen Fünfzigerausschuß nieder, der gemeinsam mit dem gereinigten Bundestage eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einberufen sollte, wobei den einzelnen Staaten überlassen blieb, ob sie direkt oder indirekt wählen lassen wollten. Die Nationalversammlung sollte zwar „einzig und allein" die künftige Verfassung Deutschlands feststellen, aber ihre Souveränetät sollte sich auch auf die Frage erstrecken, ob sie sich mit den Regierungen einigen wolle oder nicht. Diese Zweideutigkeit des Vorparlaments begleitete der Bundestag mit der anderen Zweideutigkeit, daß er eine „konstituierende" Nationalversammlung einberief, aber als ihren Zweck bezeichnete, „zwischen dem deutschen Volke und den Regierungen" das Verfassungswerk zu stande zu bringen. Man drückte sich gegenseitig um die Theorie der Vereinbarung herum; das Vorparlament lehnte sie nicht unbedingt ab und der Bundestag stellte sie nicht unumwunden auf; es kam auch hier darauf an, wer schließlich der Stärkere sein werde. Augenblicklich hatte das Vorparlament die größere Kraft, und um so sinnwidriger war seine Ablehnung des Antrags, eine bewaffnete Macht hinter seine Beschlüsse zu stellen. Damit verwies es die Souveränetät der künftigen Nationalversammlung in irgend ein Wolkenkuckucksheim.

Die Rolle, welche die preußischen Märzminister Camphausen und Hansemann im Vereinigten Landtage spielten, spielte im Vorparlament der hessische Märzminister v. Gagern, ein Jupiter, wie ihn wegen seines tönenden Organs und seiner buschigen Augenbrauen die bewundernde Bourgeoisie nannte, ein „ganz dummer Kerl" und eine „Phrasengießkanne", wie ihn der praktische Junker Bismarck nach einer Unterhaltung von fünf Minuten viel richtiger einschätzte. Das norddeutsche Kleinbürgertum war im Vorparlamente besonders durch Robert Blum vertreten. Er hielt durch seine Energie und Gewandtheit die schwerfällige Versammlung einigermaßen zusammen, er bewahrte sie namentlich vor der Blamage, auf den blinden Lärm von dem Herannahen eines bewaffneten Volkshaufens auseinander zu laufen, aber er fügte sich schließ-

lich nach einigem Sträuben den Beschlüssen der Mehrheit. Konfuser und zugleich rabiater waren die süddeutschen Kleinbürger Hecker und Struve, die, als sie zur Strafe für ihre Widerspenstigkeit von der Wahl in den Fünfzigerausschuß ausgeschlossen wurden, sich dadurch zu einem republikanischen Putsch in Baden verleiten ließen, der tragikomisch scheiterte.

Wie dünn aber auch der Wein des Vorparlaments war, für den Berliner Geschmack war er noch immer zu feurig. Der König von Preußen hatte sich bereits an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands gestellt, und die rheinische Bourgeoisie beabsichtigte keineswegs, in die Hände badischer oder hessischer Lokalberühmtheiten abzudanken. Das Ministerium Camphausen ließ deshalb, gestützt auf einen Beschluß des Bundestags, den dieser gerade noch vor dem Zusammentritt des Vorparlaments gefaßt hatte, die preußischen Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung durch den Vereinigten Landtag wählen. Aber um diese Herausforderung geduldig hinzunehmen, war die revolutionäre Strömung noch viel zu stark, und Camphausen hielt es doch für ratsam, auf den Einspruch des Fünfzigerausschusses hin zurückzuhufen. Der Vereinigte Landtag mußte die eben vollzogenen Wahlen wieder vernichten, und auch dies Kreuz nahm er geduldig auf sich, ehe er dann für immer in die Grube fuhr.

---

3. Die Parlamente.

Auch sonst war der Verrat der Bourgeoisie nicht ohne heftigen Widerstand der revolutionären Elemente vor sich gegangen. Die Einberufung des Vereinigten Landtags, die indirekten Wahlen, die famose Vereinbarung hatten namentlich in Berlin stürmische Proteste hervorgerufen. Jedoch gelang der Bourgeoisie die Überrumpelung, weil sie den großen Vorzug besaß, sich als Klasse bereits ihrer Interessen bewußt zu sein, während in den kleinbürgerlichen und proletarischen Massen noch ganz unklare Tendenzen durcheinander wogten.

Es konnte nicht anders sein. Aus einem politisch völlig toten Dasein waren sie plötzlich in eine revolutionäre Bewegung geschleudert worden. Sie besaßen unbeschränkte Preß- und Versammlungsfreiheit, nachdem ihnen Jahrzehnte hindurch jede Handhabe gefehlt hatte, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. Unmöglich konnten sie anders als unbehilflich mit den neuen Waffen umgehen.

Das Kleinbürgertum war weitaus die stärkste Klasse der städtischen Bevölkerung, aber seine Stärke wurde aufgehoben durch seine Zerrissenheit. Es steckte noch voller zünftiger Vorurteile, und in den zahllosen Beamten-, Militär- und Residenzstädten hing es mit seiner Kundschaft vom Hofe und von den Junkern, von den Beamten und den Soldaten ab. Ein großer Teil dieser Klasse war trotz aller Unzufriedenheit reaktionär oder doch, sobald er rebellierte, mit den ersten besten reaktionären Schlagworten einzufangen. Aber auch ihre entwickelteren Elemente waren sehr schwer unter einen Hut zu bringen; in dem zerklüfteten und ökonomisch noch so rückständigen Deutschland wechselten ihre Interessen und demgemäß ihre Forderungen von einem Staate zum anderen, ja von einer Provinz und je nachdem selbst von einer Stadt zur anderen. Und was auch die tapfersten Kleinbürger kopfscheu und unzuverlässig machte, das war eben die Revolution selbst, die nicht den goldenen Boden des Handwerks ebnete, sondern ein Schlachtfeld moderner Klassenkämpfe.

Gegen solche fatalen Überraschungen war die Arbeiterklasse gefeit; immerhin aber erkannte sie nur erst, wo die große Industrie ihren Blick geschärft hatte, das Eine was not tat: ihre Organisation als Klasse der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Andere und die weitaus größten Teile des Proletariats standen auf dem primitivsten Standpunkte ihres eben erwachenden, noch halb im Schlafe befangenen Klassenbewußtseins: sie wollten, wie es im Kommunistischen Manifeste heißt, die untergegangene Stellung des mittelalterlichen Arbeiters wieder erringen. Dies galt namentlich von dem ländlichen Proletariat. In den großen Städten machte die unvermeidliche Unklarheit der Arbeiter, ihre Unfähigkeit, sich in den staatsrechtlichen Finten und Kniffen der Bourgeoisie zurechtzufinden, die furchtbare Notlage, in der sie sich befanden, die Bahn frei für allerlei zweifelhafte Demagogen, wie jenen Tierarzt Urban, den ehemaligen Leutnant Held, den Konditor Karbe und ähnliche Geister. In Berlin rächte sich jetzt schwer jene frivole Geniesucht der Freien, die Marx schon in der Rheinischen Zeitung bitter getadelt hatte; die hauptstädtische Intelligenz hatte ihr Pulver nutzlos verschossen, und nun, wo es dem wirklichen Kampfe galt, blitzte kein Körnchen auf ihrer Pfanne. Gleich nach den Märztagen begannen auch schon die Versuche der absolutistisch-feudalen Reaktion, das Lumpenproletariat aufzuhetzen; wie hätte sie nicht die schöne Gelegenheit aus-

nützen sollen, die ihr das Angstgeschrei der Bourgeoisie über das bedrohte Eigentum bot!

Dazu kam, daß die Wahlen zur deutschen und zur preußischen Versammlung das allgemeine Interesse fesselten. Die Parlamente konnten und mußten wieder gut machen, was in den ersten Wochen nach der Revolution versäumt worden war. Freilich zeigte schon das Nebeneinandertagen zweier großen Versammlungen, wie gründlich der Verrat der Bourgeoisie die ganze Sachlage verfahren hatte. Der Fünfzigerausschuß verlangte von den Regierungen, daß sie die Landtage ihrer Staaten nicht einberufen sollten, bis das Frankfurter Parlament die deutsche Verfassung festgestellt habe, und diese Forderung hatte ihren guten Sinn, vorausgesetzt, daß die deutsche Volksvertretung die Rolle eines revolutionären Konvents übernehmen wollte. Blieb sie dagegen in den luftigen Geleisen des Vorparlaments und des Fünfzigerausschusses, so beruhte die letzte Hoffnung der deutschen Revolution auf der preußischen Versammlung, die wenigstens auf ebener Erde mit der mächtigsten Krone in Deutschland rang. In einem Zuruf an die preußischen Volksvertreter forderte Johann Jacoby sie auf, sofort nach ihrem Zusammentritte Männer ihres Vertrauens zu Ministern zu ernennen und mit unbedingter Vollmacht auszustatten, sich selbst aber bis zur Beendigung des deutschen Verfassungswerkes zu vertagen. Pathetisch erklärte er, nimmermehr werde Deutschland sein Geschick von einer Stadt, von dem Übermut verwegener Volksmassen dieser Stadt abhängig wissen wollen; als ob nicht der „Übermut“ des Berliner Proletariats, sondern das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß, in denen Jacoby saß, Deutschland aus dem vormärzlichen Sumpfe gerissen hätten! Die Logik der Tatsachen zwang den ehrlichen Mann, kaum daß seine tönenden Worte verhallt waren, seinen Sitz in der preußischen Versammlung einzunehmen.

Bei den Wahlen, die für beide Parlamente in den ersten Maitagen stattfanden, bewies das allgemeine Stimmrecht seinen naturwüchsigen Instinkt dadurch, daß es alle burschenschaftliche Romantik bis hinauf zu Arndt und Jahn, den Petrefakten der Befreiungskriege, alle vormärzlichen Berühmtheiten der Landtage und Universitäten nach Frankfurt in die scheinbar vornehmere, aber tatsächlich ohnmächtigere Versammlung abschob. Für das preußische Parlament wurden neue Leute gewählt und zum Teile sehr praktische Leute: nicht nur zum ersten-, sondern auch zum letztenmale war das ländliche Proletariat durch ein

halbes Hundert Köpfe parlamentarisch vertreten. Dafür fehlten so gut wie alle Junker, in dem schlesischen Junkerparadiese wurde nicht mehr als einer gewählt. Sogar die hinterpommersche Vendee war rebellisch geworden. Aus Lauenburg kam ein Dorfschullehrer, aus Schlawe ein Kossäth, aus Rügenwalde ein Gerichtsschreiber, aus Neustettin ein Halbbauer, aus Belgard ein Fleischermeister und zwischenein aus der junkerlichen Hochburg Stolp der Assessor Lothar Bucher, der als Richter der Junker sich gleichwohl die Liebe und das Vertrauen ihrer Hintersassen erworben hatte.

Von einem eigentlichen Kampfe der Parteien konnte in den Wahlen noch nicht gesprochen werden, eben weil es noch keine Parteien gab. Selbst in Berlin kam es vor, daß von zwei Abgeordneten, die von denselben Wahlmännern in demselben Wahlgange gewählt worden waren, der eine sich auf die äußerste Rechte und der andere auf die äußerste Linke der neuen Versammlung setzte. Die Nationalzeitung, das neue Organ, das sich die Berliner Bourgeoisie gegründet hatte, weil ihr die Zeitungshalle zu ketzerisch und die alten Philisterblätter zu beschränkt waren, tappte noch so im Dunkeln, daß sie Waldecks Wahl in Berlin als einen reaktionären Erfolg beklagte. Das allgemeine Stimmrecht konnte nur mit dem vorhandenen Material arbeiten, und da hatte es keine große Auswahl. Sollte die neue Volksvertretung mit dem alten Staate aufräumen, so brauchte sie geschulte Kräfte, und es war im Grunde nicht so kurzsichtig, wie es aussah, wenn die Angehörigen der eigentlich regierenden Klasse, des Beamtentums in Kirche, Schule und Staat, besonderen Anklang bei den Wählern fanden, namentlich wenn sie wegen ihres angeblichen oder wirklichen Freisinns von der romantischen Reaktion molestiert worden waren. Geistliche, Lehrer und Richter waren zahlreich unter den Gewählten vertreten; dazu hatte die zünftige Absperrung der Advokatur eine Art juristischen Proletariats gezüchtet, von dem ein ganzer Schwarm unzufriedener Assessoren in die Versammlung gelangte. Auch erkor die Bourgeoisie der großen Städte, im Bewußtsein ihrer sehr mangelhaften Bildung, ihre juristisch gebildete Bureaukratie mit Vorliebe zu ihrer parlamentarischen Vertreterin.

Jedoch so erklärlich und bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich das Überwiegen der Beamten in der Berliner Versammlung war, so hatte es doch auch schwere Nachteile für sie. Der juristische Formalismus hat sie mehr als einmal in die Irre geführt, die von Eichhorn

chikanierten Geistlichen und Lehrer erwiesen sich meist als sehr unsichere Kantonisten, und vor allem blieben preußische Bureaukraten immer preußische Bureaukraten, Leute, denen nach dem Worte eines der Besten von ihnen in einer raffinierten Dressur alle intellektuellen und moralischen Rippen gebrochen worden waren. Das sollte sich in der entscheidenden Stunde als verhängnisvoll erweisen.

Erst allmählich bildeten sich in der preußischen Versammlung vier Fraktionen heraus, mit sehr verschwimmenden Grenzen und ziemlich gleichlautenden Programmen, aber nach ihrer sozialen Struktur doch unterscheidbar. Die sehr zahlreiche, nahezu die Hälfte der Versammlung umfassende Rechte war rein ministeriell, sie verwarf prinzipiell den Feudalismus mit allen seinen Konsequenzen, war aber praktisch zu allen möglichen Kompromissen mit dem König- und Junkertum bereit. An ihrer Spitze standen der rheinische Jurist Reichensperger, der schlesische Fabrikbesitzer Milde, der pommersche Professor Baumstark und Grabow, der Oberbürgermeister von Prenzlau. Milde war der erste, Grabow der zweite Präsident der Versammlung.

An die Rechte schloß sich das rechte Zentrum, das sich von ihr etwa unterschied, wie die dynastische Opposition in Frankreich von Guizots gehorsamer Mehrheit. Diese Fraktion wollte auch aus derselben Schüssel mit König- und Junkertum essen, aber doch etwas tiefer als die Rechte mit dem Löffel hineinfahren. Ihr Führer war der Bau- und Regierungsrat v. Unruh, ein geborener Ostpreuße, der Sohn eines Generals und ursprünglich ein strammer Bureaukrat, bis ihn der Bau von Eisenbahnen tief in die Interessen der Bourgeoisie verflocht, deren Tisch er reicher und schmackhafter besetzt fand, als den Tisch der Bureaukratie. In jedem Augenblicke bereit, die Massen zu verraten, feilschte er doch hartnäckig um den Preis seines Verrats. Von heimlicher Eitelkeit geplagt, spielte er den treuherzigen Biedermann, dem die gemeine Sache alles, die eigene Person nichts galt. Neben und hinter ihm standen der Berliner Stadtrat Duncker und der Stettiner Stadtsyndikus Gierke, dann auch der Assessor Pilet aus Stendal, der bisher bei der Regulierung der gutsherrlich-bürgerlichen Verhältnisse beschäftigt worden war und praktisch gelernt hatte, den Pelz des Junkertums zu waschen, ohne ihn naß zu machen.

Im linken Zentrum saßen die Ideologen der Bourgeoisie. Man konnte diese Fraktion mit der republikanischen Opposition unter Louis

Philipp vergleichen, abgesehen davon, daß sie von der Republik nichts wissen wollte. Was sie verfocht, war das Gesamtinteresse der bürgerlichen Klassen, und zwar vertrat sie es von einem höheren prinzipielleren Standpunkt aus, als es in der geschäftemacherischen Praxis der Rechten und des rechten Zentrums vertreten wurde. Bucher und Rodbertus, die Führer des linken Zentrums, mochten die feinsten Köpfe der Versammlung sein, aber sie kamen aus Pommern, der politisch rückständigsten Provinz, und ihnen mangelte jede revolutionäre Energie. Sie besaßen bis zu einem gewissen Grade das Verständnis der historischen Entwicklung, nur nicht wie es der Kämpfer im Getümmel des Marktes, sondern wie es der Gelehrte in seinem einsamen Zimmer besitzt. Rodbertus ergriff nie das Wort zu den sozialen und wirtschaftlichen Fragen, welche die Versammlung beschäftigten und von ihm besser behandelt werden konnten, als von irgend einem anderen Mitgliede; dafür tummelte er sich mit besonderer Vorliebe auf dem Gebiete der deutschen Frage, wo sein utopischer Hang ein Luftschloß über dem anderen erbauen konnte. Schärfer und schneidender war Buchers Logik, dagegen fehlte ihm die soziale Unabhängigkeit, deren sich Rodbertus erfreute. Selten hat die deutsche Misere so gründlich ihre Revanche an einer großen Begabung genommen, wie an Bucher; von Kindesbeinen an hatte er sich in peinlich engen Verhältnissen herumschlagen müssen, bis die angeborene Farbe der Entschließung auf seinen Wangen erloschen war. Nicht entfernt so unterrichtet und weitsichtig, wie Bucher und Rodbertus, aber von ihnen beeinflußt, ein Kleinbürger durch und durch, aber ein praktisches Talent war der Patrimonialrichter Schulze aus Delitzsch in Sachsen. In den letzten Tagen der Versammlung trat durch eine Nachwahl noch Ziegler, der Oberbürgermeister von Brandenburg, in das linke Zentrum ein: ein echter und geistreicher Typus der preußischen Demokratie, die nur am Krückstocke des alten Fritz das gelobte Land der bürgerlichen Freiheit zu betreten wagte, ein Mann, der an praktischem Organisationstalent Schulze weit übertraf, mit Bucher und Rodbertus die tiefere Auffassung sozialer Fragen teilte, freilich auch, wie namentlich Rodbertus, vom preußischen Staatsgedanken hypnotisiert war.

Die vierte Fraktion bildete die Linke. Sie ließ sich nicht einmal mit der demokratisch-sozialistischen Partei unter Ledru-Rollin und Louis Blanc vergleichen. Ihr beschränkt kleinbürgerlicher Charakter trat durch die republikanische oder selbst kommunistische Gesinnung einzelner Mitglieder

nur um so schärfer hervor. In ihrer Masse vertrat sie die radikaleren Elemente des norddeutschen Kleinbürgertums und war dem linken Zentrum zwar an Entschlossenheit, aber keineswegs an politischem Blick überlegen. Das galt auch von ihren Führern, von Johann Jacoby und dem Obertribunalsrat Waldeck. Jacoby verstand wenig von den Klassenkämpfen der Zeit. Er war der strenge Mann des Prinzips, aber eines kleinbürgerlich gebundenen Prinzips, das sich wie eine schwanke Gerte bog, wenn es die revolutionären Zuckungen des Proletariats messen sollte, das aus ihnen bald „gerechte Forderungen der arbeitenden Klasse“, bald „anarchistisches Treiben eines arbeitsunlustigen Pöbels“ herausmaß. Klammerte sich Jacoby zu fest an abstrakte Formeln, so litt Waldeck umgekehrt unter einer konkreten Überfülle der Gesichte. Seine Bewunderer verglichen den geborenen Westfalen mit Immermanns Hofschulzen, und nicht ganz mit Unrecht. In seiner Art war er eine kräftige Persönlichkeit, aber er steckte voller Schrullen. Fanatischer Preuße und strammer Monarchist, schwang er das „Schwert Friedrichs des Großen“, wie der Hofschulze das Schwert Karls des Großen. Als „westfälischer Bauernkönig“ liebte und verstand er den Bauern als Hofschulzen, aber nicht den Bauern als Proletarier. Er verleugnete das allgemeine Wahlrecht als soziale Waffe der arbeitenden Klassen. Er war orthodoxer Katholik, er war namentlich auch selbstbewußter Bureaukrat, der sich zu „vornehm“ dünkte, in Volksversammlungen zu sprechen. Aus dem parlamentarischen Mandat konstruierte er ein Priestertum, das sich vom praktischen Leben ausschloß.

Diese vier Fraktionen kristallisierten sich erst allmählich aus der Versammlung heraus, am ehesten die Linke und die Rechte, zwischen denen der Streit über das Prinzip der Vereinbarung eine scharfe Grenze zog. Die beiden Zentren schwankten in der Zahl ihrer Mitglieder wie in ihrer Politik lange hin und her, mit starker Neigung zur Rechten, bis sie durch das Anwachsen der Gegenrevolution auf die Linke zurückgeworfen wurden. Die Linke zählte zunächst kaum vierzig bis fünfzig Mitglieder und etwa ebenso stark war jedes der beiden Zentren.

Das Ministerium Camphausen seinerseits setzte seine verräterische Politik fort, indem es den vom Volke verjagten Prinzen von Preußen unter allerlei Flunkereien über die „diplomatische Mission“, die er in England zu erfüllen gehabt haben sollte, nach Berlin zurückberief. In der Meinung, sich selbst dadurch zu schützen, daß er den Thronfolger

auf die konstitutionelle Monarchie verpflichtete, stellte sich Camphausen als „Schild vor die Dynastie“; tatsächlich setzte er durch die Rückberufung des Prinzen der noch ganz kopflosen Gegenrevolution einen zwar nicht gescheiten, aber halsstarrigen Kopf auf. Der Prinz selbst heuchelte nicht mehr, als unbedingt notwendig war. In Koblenz empfing er das Offizierkorps mit den vertraulichen Worten: Auf diese Herren verlasse ich mich allein; in der Versammlung, in die er durch einen posenschen Wahlkreis gewählt worden war, bekannte er sich öffentlich zwar zu der neuen Ordnung der Dinge, aber so kühl und zurückhaltend, daß an seinem Wunsche, sie so schnell wie möglich wieder zu beseitigen, kaum ein ernsthafter Zweifel blieb.

Von der zärtlichen Fürsorge für die Dynastie stach sehr auffallend die Geringschätzung ab, womit das Ministerium Camphausen die Volksvertretung behandelte. Es tat nichts, ihre ersten Schritte zu erleichtern, der Verwirrung zu steuern, die notwendig entstehen mußte, wenn eine Versammlung von vierhundert Köpfen sich auf dem ungewohnten parlamentarischen Boden zurecht finden sollte. Nicht einmal mit der Rechten, die vorläufig das Heft in der Hand hatte, nahm die Regierung die notwendige Fühlung. Sie begnügte sich, den Entwurf einer Verfassung vorzulegen, einen mißlungenen Abklatsch der belgischen Verfassung, mit dem schließlich niemand sich einverstanden erklärte.

Begreiflicher war es, daß die Massen der Berliner Bevölkerung keine große Teilnahme für die Versammlung zeigten, von der sie wenig erwarteten. Es wurde zum schweren Schaden für das Berliner wie das Frankfurter Parlament, daß sie in Städten ohne großes Volksleben tagten. Ihnen fehlte der feuerspeiende Boden, den die englische und die französische Revolution in London und Paris besessen hatten. Zwar suchten die Berliner Massen in gelegentlichen Gewaltstößen dem Parlamente zugleich Beine und Luft zu machen, aber sie waren nicht organisiert, und ihr jeweiliges Aufbrausen lieferte der lauernden Reaktion erst die Gelegenheit, ein falsches Spiel zu spielen, und dann den Vorwand, die Volksvertretung zu sprengen.

Der stärkste dieser Stöße erfolgte am 14. Juni in dem Sturm auf das Zeughaus. Nachdem die Versammlung sich mühsam konstituiert hatte, brachte die Linke den Antrag ein, es solle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklärt werden, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich ums Vaterland wohl verdient gemacht hätten. Der Antrag

wurde nicht besonders energisch und klar verteidigt; in gemütlicher Konfusion wollte Schulze-Delitzsch sogar die Haltung der Barrikadenkämpfer nicht sowohl während des Kampfes, als nach dem Kampfe anerkannt wissen, was den Antrag so ziemlich in sein Gegenteil umstürzen hieß. Um so besser verstanden die Massen die Bedeutung des Antrags, sie wogten während der zweitägigen Verhandlung in heftiger Erregung um den Sitzungssaal. Der Antrag fiel mit 196 gegen 177 Stimmen. Die Versammlung ging zur Tagesordnung über, weil die hohe Bedeutung der Märzereignisse, auf denen in Verbindung mit der königlichen Zustimmung der gegenwärtige staatsrechtliche Zustand beruhe, unbestritten sei, übrigens aber die Volksvertretung nicht den Beruf habe, Urteile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Damit war die Vereinbarung anerkannt, und der Zorn der Menge schäumte hoch auf. Der Minister v. Arnim, der sie beim Verlassen des Sitzungssaals noch durch schnöde Redensarten reizen zu sollen glaubte, mußte sich schleunigst flüchten, mit ihm der Prediger Sydow, der als Geistlicher bei der Bestattung der gefallenen Barrikadenkämpfer die Revolution ebenso verherrlicht, wie als Abgeordneter verleugnet hatte.

Diese Akte einer sehr zahmen Volksjustiz wurden in der Sitzung der Versammlung vom 14. Juni von der Rechten benutzt, um die Volksvertretung als bedroht hinzustellen und Maßregeln zu ihrem Schutze zu verlangen. Es gelang der Linken, den Angriff abzuschlagen, aber die Erregung der Massen entlud sich dennoch in dem Sturm auf das Zeughaus. Bekundete sich darin auch ein Mißtrauen gegen die Linke, so zeigte sich einige Tage später, daß dies Mißtrauen wohl berechtigt war. Ohne ein Wort des Protestes, kaum mit einem schwachen Zischen, hörte es die Linke mit an, als ein Kommissar des Kriegsministers faselte, daß eine Bande von Dieben das Zeughaus geplündert habe. Möglich, daß es der Gegenrevolution damals schon gelungen war, einzelne falsche Brüder unter die Stürmer des Zeughauses zu mischen; diese Vorkämpfer von Thron und Altar mögen dann auch wohl lange Finger gemacht haben. In seinem Kerne war der Sturm auf das Zeughaus ein instinktiv-revolutionärer Rückschlag auf den Verrat der Bourgeoisie, den die Verleugnung der Barrikadenkämpfer durch die Mehrheit der Versammlung besiegelt hatte. Anfangs glückte der Sturm, und die militärische Besatzung des Zeughauses kapitulierte. Aber ehe die aufständische Menge

sich bewaffnen konnte, gelang es neu heranrückenden Truppen, sie zu vertreiben. Die Bürgerwehr blamierte sich diesmal wie gewöhnlich.

Trotzdem steifte der Sturm auf das Zeughaus einigermaßen das Rückgrat des Parlaments. Von der Rechten, die damals schon die Verlegung der Versammlung in eine entlegene Provinzialstadt plante, blieben in der Sitzung vom 15. Juni die meisten Mitglieder aus Angst fort. Die Linke aber setzte sowohl den Beschluß durch, daß die Versammlung auf alle Sicherheitsmaßregeln verzichte und sich unter den Schutz der Berliner Bevölkerung stelle, als auch den Beschluß, den Verfassungsentwurf der Regierung als „schätzbares Material" zu behandeln und ihn einer Kommission zu überweisen, die sich mit seiner Umarbeitung oder der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs zu befassen habe. Die Linke und das linke Zentrum sahen ein, daß mit einem beliebigen Blatte Papier nicht viel ausgerichtet sei. Waldeck rief: „Wir müssen von unten aufbauen; die Gemeinde müssen wir zuerst herstellen, die traurigen Reste des feudalen Staats zertrümmern. Wenn wir das nicht tun, haben wir gar nichts getan; wir pflügen im Sande, wir bauen in der Luft." Ähnlich meinte Bucher: Wir sollten keinen Tag hingehen lassen, ohne ein Bruchstück der überwundenen Vergangenheit zu zertrümmern; Rodbertus hatte schon vorher einen Antrag eingebracht, wonach eine Gewerbeordnung, eine Gemeinde- und Steuerverfassung, ein Unterrichts- und Wehrgesetz und so weiter als organische Teile der Verfassung von der Versammlung beschlossen werden sollten.

Es war ein erster kräftiger Anlauf, der viel weiter führen konnte, als der großen Bourgeoisie lieb war. Sie beeilte sich, der drohenden Gefahr durch einen potenzierten Verrat zu begegnen.

---

4. Das Ministerium Hansemann.

Das Ministerium Camphausen hatte vom Prinzen von Preußen eine kaum verhüllte, von der Volksvertretung eine ganz unverhüllte Absage erhalten. Besonders aber drängte Hansemann seinen „verehrten Freund", der sich noch immer mit allerlei ideologischen Gewissensbissen herumschlug, ungeduldig beiseite.

Hansemann meinte, daß der passive Widerstand gegen die Revolution seine Schuldigkeit getan habe und nunmehr der aktive Angriff auf sie geboten sei, daß die Bourgeoisie aus einem Schilde für die Krone zu

einem Schwerte gegen das Volk werden, daß dem „Ministerium der Vermittlung“ ein „Ministerium der Tat“ folgen müsse, um die Revolution unter allen Umständen, und wenn irgend menschenmöglich, auch die Gegenrevolution zu entwaffnen. Sein Plan war ebenso einfach wie genial. Die Bourgeoisie opfert das Volk der Krone, dafür opfert die Krone den Adel der Bourgeoisie. Die Volksvertretung wird gewonnen, indem jeder ihrer drei Bourgeoisfraktionen je ein Portefeuille hingeworfen wird. Hansemann war ganz der pfiffige Bourgeois nach dem konstitutionellen Schaukelsystem Louis Philipps, das eben so schmählichen Bankerott gemacht hatte; die kleine Nebenfrage, ob König- und Junkertum, die historischen Mächte des alten Preußens, mit der neu gebackenen Bourgeoisie nicht um so eher fertig werden würden, wenn diese erst mit den Massen des Volkes fertig geworden sei, legte er sich gar nicht vor.

Einstweilen ließ ihm die Krone aus guten Gründen freie Hand, und die Versammlung biß auch in den Köder, den ihr der Versucher hinhielt. Hansemann machte einen beliebigen Auerswald aus der zahlreichen Sippe dieses Namens zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen, er selbst behielt das Finanzministerium als die Quelle aller Gnaden, Inneres und Justiz wurden mit den bürgerlichen Bureaukraten Kühlwetter und Märcker besetzt, der Handel kam an Milde von der Rechten, die Landwirtschaft an Gierke vom rechten Zentrum und der Unterricht an Rodbertus vom linken Zentrum. Dabei zeigte sich in drastischer Weise, wie sehr es dem braven Gesellschaftsretter Hansemann auf den Stimmenhandel und wie wenig auch nur auf bürgerliche Reformen ankam. Dem praktisch und theoretisch gebildeten Landwirte Rodbertus wurde die Unterrichtsverwaltung anvertraut, für deren Aufgaben er nie einen Beruf bekundet oder ein Interesse verraten hatte, während der Stadtsyndikus Gierke in das neugegründete landwirtschaftliche Ministerium, das die Grundsuppe alles feudalen Unrats wegfegen sollte, mit dem bekümmerten Geständnis eintrat, er könne nicht Gerste von Hafer und nicht Roggen von Weizen unterscheiden. Nur ins Kriegsministerium vorzudringen, gelang der Bourgeoisie nicht; hier thronte der General Roth von Schreckenstein, sei es als Gespenst von gestern oder als Schrecken von morgen.

Am 26. Juni präsentierte sich das neue Kabinett der Versammlung. Die Verfassung auf breitester demokratischer Grundlage war mit Camp-

hausen in der Versenkung verschwunden. An ihre Stelle trat die konstitutionelle Monarchie auf genügender Grundlage, Zweikammersystem, keine Rückkehr zum Absolutismus und Feudalismus, aber auch keine Freiheit, die in Anarchie ausartet, Wiederherstellung des gestörten Vertrauens, Befestigung des Kredits und, nach solider Begründung der Bourgeoisherrschaft, in rosig verschwimmendem Scheine umfassende Arbeiten zum Heile aller erwerbenden Volksklassen.

Die Herrlichkeit dauerte gerade ein paar Tage. Am 28. Juni hatte sich die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt nach mehrwöchentlichem Phantasieren über ihre wolkenhafte Souveränetät durch ihren Präsidenten, den edlen Gagern, zu dem „kühnen Griffe" verleiten lassen, aus eigener Machtvollkommenheit einen unverantwortlichen Reichsverweser zu ernennen und diesen Reichsverweser aus der Mitte der Fürsten zu nehmen. Gewählt wurde der Erzherzog Johann von Österreich, und damit war die deutsche Bewegung den Regierungen in die Hände gespielt. Es mag fraglich sein, ob Gagern unmittelbar in ihrem Interesse Verrat geübt oder sich wirklich eingebildet hat, das Haus Habsburg werde durch die Annahme der provisorischen Zentralgewalt für einen österreichischen Erzherzog sich die Hände binden, so daß es später dem Hause Hohenzollern die Annahme der erblichen Kaiserkrone nicht würde verwehren können. In jedem Falle täuschte er sich oder andere, wenn er bombastisch behauptete, daß er mit seinem „kühnen Griffe" die Souveränetät der Nation nicht preisgebe.

Die Schafe erklärten den Wölfen: wir wollen euch zu unseren Beschützern erwählen, vorausgesetzt, daß ihr nicht mitwählt; aus souveräner Machtvollkommenheit wollen wir bestimmen, daß ihr uns auffressen dürft. Diese „Souveränetät der Nation" ließen sich die Regierungen natürlich gern gefallen, jedoch hielten sie es nicht mehr der Mühe wert, den wackeren Zertretern des Volkes zu verhehlen, daß Schafe eben Schafe seien. Der Bundestag erklärte, schon vor der Wahl Johanns durch die deutsche Nationalversammlung seien die Regierungen einig gewesen, diesen Reichsverweser anzuerkennen, und in der preußischen Versammlung verkündete das Ministerium Hansemann, zu dessen Pakt mit der preußischen Krone auch der Verrat an der deutschen Sache gehörte: zwar billige es die Wahl des Reichsverwesers, aber es verwahre sich dagegen, daß aus „diesem außerordentlichen Falle Konsequenzen für die Zukunft" gezogen würden.

Mit dieser Verwahrung hatte die preußische Regierung die Souveränetät des deutschen Parlaments offen bestritten, und Jacoby beeilte sich, ein Tadelsvotum gegen das Ministerium Hansemann einzubringen. Die bereits hoffnungslose Zerfahrenheit der deutschen Dinge trat aber gerade in Jacobys Resolution schlagend hervor. Er verlangte, die preußische Versammlung solle die Wahl des Reichsverwesers mißbilligen, jedoch die Befugnis der deutschen Versammlung anerkennen, ohne vorherige Zustimmung der Regierungen die Wahl vorzunehmen. Logisch vollkommen korrekt, wie der Antrag war, lief er tatsächlich darauf hinaus, dem deutschen Parlamente zu erklären: Du hast zwar eine große Torheit begangen, aber das Recht, solche Torheiten zu begehen, darf dir nicht verschränkt werden. Nach einer sehr verworrenen Debatte wurde Jacobys Resolution gegen einige fünfzig Stimmen abgelehnt. Gleichwohl war der Zwischenfall mehr eine Niederlage als ein Sieg des Ministeriums. Nicht nur wurde die Mehrheit von sehr verschiedenen Beweggründen geleitet, sondern Rodbertus legte auch sein Portefeuille nieder. In seiner Art meinte er es ehrlich mit der deutschen Einheit, und er mochte sie nicht in der hinterhaltigen Weise meucheln, über die Hansemann mit dem preußischen König- und Junkertum einig war. Mit dem Rücktritte seines Führers begann das linke Zentrum zur Linken abzuschwenken.

Viel nachhaltiger noch, als die Tragikomödie in Frankfurt, vernichtete die Tragödie in Frankreich die Blüte des Ministeriums Hansemann im Keime. Die grausame Niederwerfung des Pariser Proletariats in der furchtbaren Junischlacht schien zunächst alle geheimen Herzenswünsche der europäischen Bourgeoisie zu erfüllen, und Baumstark war dreist genug, in der preußischen Nationalversammlung als „eines der glücklichsten Ereignisse in ganz Europa“ zu feiern, daß „diese Frage in Frankreich so glänzend zu Grabe getragen“ worden sei. Tatsächlich aber mordete die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft, indem sie das Pariser Proletariat mordete. Der Frankfurter September, der Wiener Oktober, der Berliner November waren nichts als die Echos des Pariser Juni.

Unter solchen Auspizien liefen die Taten des „Ministeriums der Tat“ darauf hinaus, dem altpreußischen Beamten-, Polizei- und Militärstaate wieder den Weg zu bahnen. Ohne die Versammlung zu fragen, vermehrte Hansemann die hauptstädtische Polizei um das Institut der

Schutzmannschaft, um 1600 Konstabler, die sich beeilten, durch eine Masse ungesetzlicher Verhaftungen, durch unablässige Herausforderungen des friedlichen Straßenpublikums, durch Roheiten, denen selbst Rodbertus trotz seiner ruhigen und vornehmen Manieren zum Opfer fiel, die vormärzliche Polizei noch zu überbieten. Als Schulze-Delitzsch darüber klagte, daß diese „Schmetterlinge des neuen Völkerfrühlings“ viel ärger hausten, als die „alten Wintervögel, die Gendarmen“, antwortete Kühlwetter, der Minister des Innern, als hätte es nie einen 18. März gegeben: „Ein Staat, der recht frei sein will, muß gerade ein recht gutes Polizeipersonal als exekutive Macht haben.“ Vergebens beantragte Rodbertus, die Regierung solle nachträglich ein Gesetz über die Befugnisse der Schutzleute einbringen: die Rechte und das rechte Zentrum stürzten den Antrag. Die Versammlung begnügte sich mit einem wirkungslosen Proteste. Sie genehmigte auf Waldecks Antrag ein Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit, das wirklich die Zustimmung der Krone erhielt. Auf dem Papier nahm es sich recht schön aus, aber es blieb auch auf dem Papier. Hand in Hand mit den ungesetzlichen Verhaftungen gingen zahlreiche Preßprozesse auf Grund des allgemeinen Landrechts, und als die systematisch gereizten Massen sich zu einem geringfügigen Exzesse hinreißen ließen, indem sie dem Ministerpräsidenten die Fenster einwarfen, brachte das Ministerium ein Tumultgesetz ein, das die Versammlungsfreiheit zu vernichten bestimmt war.

Die „organischen Gesetze“, mit denen Hansemann begann, bewegten sich ganz auf der Grundlage, worauf die französische Bourgeoisie achtzehn Jahre unter Louis Philipp gewirtschaftet hatte, nur daß sie gegenüber der Krone und dem Junkertum nicht einmal das bürgerliche Selbstbewußtsein eines Pariser Gewürzkrämers erreichten. Hansemanns Vorlagen über die Gemeindeordnung und die Organisation der Bürgerwehr wollten alle Errungenschaften der Märzrevolution ausschließlich der Bourgeoisie sichern, das Proletariat gänzlich davon absperren. Typisch für diese Art von Gesetzmacherei war das Gesetz über die Bürgerwehr, das — nach dem Falle des Ministeriums Hansemann — wirklich verabschiedet worden ist. Darnach sollte die Bürgerwehr zwar die „verfassungsmäßige Freiheit und gesetzliche Ordnung“ schützen, aber die einzelnen Bestimmungen ihrer Organisation machten sie halb zu einer nutzlosen Waffenspielerei, halb zu einer bewaffneten Polizeimacht. Die Dienstpflicht begann erst mit dem 24. und endete mit dem 50. Lebens-

jahre; die Dienstpflichtigen mußten sich selbst bewaffnen; falls sie keine Mittel dafür besaßen, sollten zwar die Gemeinden verpflichtet sein, ihnen Waffen zu liefern, aber zugleich wurde den Gemeinden das Recht gewährt, nur den zwanzigsten Teil der Bevölkerung einzuberufen, womit zwei Drittel oder gar drei Viertel der Dienstpflichtigen und in erster Reihe das besitzlose Proletariat ausgeschlossen werden konnten und tatsächlich ausgeschlossen wurden. Dazu kam eine Masse bureaukratisch-kleinlicher Vorschriften, von denen schon die eine, daß die Krone „aus wichtigen, in der Auflösungsordre näher anzugebenden Gründen" die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise auflösen dürfe, das ganze Gesetz zum Fidibus machte und die in der Märzrevolution eroberte Volksbewaffnung in die beliebige Willkür der Krone stellte. Trotzdem stimmten schließlich nur die Linke und ein Teil des linken Zentrums gegen den selbstmörderischen Akt.

Soweit ließen Krone und Junkertum das „Ministerium der Tat" gern gewähren. Um so stärker sträubten sie sich, als der brave Hansemann nach der treulosen Entrechtung und Niederhaltung des Proletariats auch die feudale Gesellschaft über den Kamm der Bourgeoisie zu scheren gedachte. Dieser nüchterne Geschäftsmann war einer poetischen Schwärmerei verfallen, als er sich einbildete, die Krone werde ihm den Adel so willig opfern, wie er das Volk der Krone opferte.

Es war dem Könige sehr willkommen, daß ihm die Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer holte, an dem er sich die allerhöchsten Finger verbrannt hatte, aber verzehren wollte er die Kastanien allein. Die Höflinge hatten seinen leichtgläubigen Geist mit einem Gewebe unglaublicher Lügen über Ursprung und Verlauf der Märzrevolution umsponnen; in seinen vertraulichen Briefen an Bunsen schilderte der König den Liberalismus mit unheimlicher Phantasie als eine „Rückenmarksdarre", als einen „sündigen von Gott verfluchten Wahnsinn", seine liberalen Minister schimpfte er „Schöpse" und „Intriganten". Dabei war Hansemann in seinen Forderungen an den Absolutismus und Feudalismus ebenso bescheiden, wie in seiner Mißhandlung der Massen gewissenlos. Bei der Beseitigung des eximierten Gerichtsstandes ließ er, unterstützt durch den juristischen Formalismus der Versammlung, diesen Gerichtsstand für das Heer und die Hochschulen fortbestehen. An die feudalen Fronden, Hofedienste, Roboten wagte er sich nicht erst heran; auch der unbeschämte Raub, den die Junker seit einem Menschenalter

an den Bauern verübt hatten, sollte ungesühnt bleiben. Der Gesetzentwurf wegen Aufhebung verschiedener Abgaben und Lasten, den Gierke als landwirtschaftlicher Minister einbrachte, wollte weiter nichts, als den kleinsten und für den Junker wertlosesten Teil der feudalen Abgaben und Lasten unentgeltlich beseitigen. Er sollte den Junkern möglichst wenig wehe tun und den Bauern möglichst viel Sand in die Augen streuen.

Ein wenig ungemütlich wurde Hansemann nur auf dem Gebiete, wo für ihn die Gemütlichkeit überhaupt aufhörte: auf dem Gebiete der Finanzen. Hier sah es schwierig genug aus. Die Einnahmen des Staates waren gesunken, seine Ausgaben gestiegen, der Staatskredit war erschöpft. Unter dem Zeichen der Zwangsanleihe begann Hansemann sein Regiment. Um die Bourgeoisherrschaft finanziell zu fundieren und an ihren Produktionskosten möglichst zu knickern, beabsichtigte er, das altpreußische Finanzsystem bis zu einem gewissen Grade umzuwälzen. Als echter Bourgeois haßte er allen Staatsbetrieb, die Domänen wollte er parzellieren, die Staatsbank zu einer Privatbank machen, die Seehandlung auflösen, die staatlichen Fabriken, „wenn auch mit bedeutendem Schaden", an private Unternehmer verkaufen; er begann damit, die großen Spinnereien und Webereien, welche die Seehandlung im schlesischen Gebirge angelegt hatte, für einen Apfel und ein Butterbrot zu verschleudern. Er sprach sich gegen diejenigen indirekten Steuern aus, die durch Verteuerung der notwendigen Lebensmittel den Arbeitslohn steigerten. Dafür sollte der Großgrundbesitz bluten. Hansemann brachte Gesetzentwürfe ein, um die Branntwein- und Rübenzuckersteuer zu erhöhen und namentlich die feudalen Grund- und Klassensteuerbefreiungen zu beseitigen.

Er rühmte sich, damit „tief ins Fleisch der Reaktion" zu schneiden, und allerdings erhoben die feudalen Geldbeutel mit Gott für König und Vaterland ein fürchterliches Geschrei. Allein was Hansemann auf dieser Seite verlor, gewann er keineswegs auf der anderen Seite. Die reaktionäre Seite seiner Politik rächte sich in dem Mißtrauen der Massen gegen ihre sozusagen revolutionäre Seite. War es die Sache des Volkes, den fiskalischen Säckel eines Ministeriums zu füllen, dessen polizeilicher Stock seine berechtigten Ansprüche nach Kräften niederschlug, eine „Staatsmacht zu stärken", die mit den Errungenschaften der Märzrevolution nicht schnell genug aufräumen konnte? Dieser Gedanke vergällte der

Linken der Versammlung sogar die Freude an der Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen, der einschneidendsten Maßregel, die Hansemann plante. Zudem verteuerte die Erhöhung der Branntweinsteuer ein bereits unentbehrlich gewordenes Genußmittel der großen Masse und stellte die bürgerlichen Branntweinbrenner der Rheinprovinz viel ungünstiger in ihrer Konkurrenz mit den ostelbischen Großgrundbesitzern. Mit all seiner Pfiffigkeit hatte das „Ministerium der Tat" den einzigen Ast abgesägt, auf dem es sitzen konnte, und die absolutistisch-feudale Reaktion beeilte sich nunmehr, es mit einem kräftigen Fußtritt zu expedieren.

Sie hatte sich von den Schlägen des Frühjahrs, dank der hilflosen Politik der Bourgeoisie, nach und nach erholt. Anfangs organisierte sie einen Krieg der treuen Provinzen gegen die rebellische Hauptstadt, der mit betäubendem Lärme geführt wurde, sonst aber noch nicht viel bedeutete. Ungleich wichtiger war es, daß sie sich mit raschem Entschluß in ihrer Weise auch auf den Boden der Revolution stellte. Sie schuf sich ein Parlament und eine Presse. Ein Verein „zum Schutze des Eigentums", vom Volksmunde mit richtigem Instinkte das „Junkerparlament" genannt, tagte im Juli neben der Berliner Versammlung. Seit dem Anfange dieses Monats erschien auch die Kreuzzeitung als ein Banner, um das sich die zersprengten Trümmer der feudalen Partei sammelten. Ihr Begründer war Hermann Wagener, und er leitete sie zwar boshaft und gehässig genug, aber weder dumm noch feige.

Die Kreuzzeitung vertrödelte die kostbare Zeit nicht damit, sich als „Schild vor die Dynastie" zu stellen. Gleich in einer ihrer Probenummern lehnte sie den „Absolutismus irgend eines Menschen, irgend eines Fürsten auf das entschiedenste" ab. Sie begriff vollkommen, daß in vormärzlicher Weise nicht mehr zu regieren sei. Sie erklärte, sie sei konstitutionell und am wenigsten Liebhaberin einer zentralisierenden Bureaukratie. Wagener wollte den großen Grundbesitz als Klasse der modernen bürgerlichen Gesellschaft organisieren, soweit es nach Lage der Dinge zur unerläßlichen Notwendigkeit geworden war; die Junker mußten lernen, sich auf dem konstitutionellen Kriegsschauplatze zu verbarrikadieren, um die Unterwerfung der Krone durch die siegreich vordringende Bourgeoisie zu hindern. Gegen das Ministerium richtete Wagener die heftigsten Angriffe. Er denunzierte Hansemanns „Konfiskationspläne", die Staats- und Privatgut millionenweise zum Fenster hinaus und nicht etwa den armen, sondern wohlhabenden Leuten in

den Schoß würfen, die den großen Grundbesitz enteignen und seine Treue der Krone entfremden sollten; er drohte, daß die Krone durch die Einwilligung in solchen Raub ärger als ein fremder Eroberer den großen Grundbesitz mißhandeln würde. „Hansemann geht der Revolution im Sturmschritte voran und schwingt die rote Fahne.“ Es waren komisch übertriebene Redensarten, aber anders als durch diese Frakturschrift konnte Wagener den harten Köpfen der Junker nicht einpauken, daß eine neue Zeit angebrochen sei, die eine neue Taktik erfordere.

Dieser Erziehungsprozeß dauerte längere Zeit, und ganz hat Wagener seine Ziele niemals erreicht. Inzwischen gestattete die Politik der Bourgeoisie ein abgekürztes Verfahren. Als eine seit Jahrhunderten herrschende Klasse wußten die Junker recht gut, daß in den Kämpfen der Klassen die organisierte Macht entscheidet, und das Heer wurde der große Trumpf, den sie gegen die Revolution ausspielten. In dem schlichten Verschen: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten, erschöpfte sich ihr Programm.

Der schauerliche Zusammenbruch des Staats hatte auch im preußischen Heerwesen tiefe Schäden bloßgelegt. In den Märztagen blamierten sich viele Generale durch Feigheit und Kopflosigkeit. Dagegen hatten sich manche jüngere Offiziere der Revolution angeschlossen; noch beim Sturm auf das Zeughaus opferte Leutnant Techow eine glänzende Laufbahn, um auf die Seite des Volkes zu treten. Im großen und ganzen aber siegte nach den Märztagen der Korpsgeist im Heere noch schneller über alle oppositionellen Regungen, als in der Bureaukratie. Camphausen und Hansemann beeiferten sich, durch die Niederwerfung der polnischen Insurgenten und das Säbelrasseln gegen Dänemark den vormärzlichen Militarismus wieder aufzurichten. Statt die polnische Revolution gegen den russischen Todfeind zu lenken und statt Schleswig-Holstein durch einen ernsthaften Krieg zu befreien, verrieten diese weisen Staatsmänner lieber die nationalen Interessen, um nur ja das Schwert zu schleifen, das gegen ihre eigene Brust gezückt war.

Als dann das französische Heer das Pariser Proletariat in einer furchtbaren Straßenschlacht besiegt hatte, war die junkerliche Plempe gar nicht mehr in der Scheide zu halten. Die Offiziere steigerten täglich ihre anmaßenden Neckereien. Es war so, wie Waldeck sagte: „Das alte Militärsystem, mit dem der Bruch in den Märztagen stattfand, besteht noch in der allervollständigsten Vollständigkeit.“ Damit

war Hansemann in der Gewissensangst des bürgerlichen Profits auch ganz einverstanden, aber die Mehrheit der Versammlung, die ihm so weit durch dick und dünn gefolgt war, schreckte doch auf, als die Besatzung von Schweidnitz, die sich bei dem Aufstande der Weber an das Vergießen von Bürgerblut gewöhnt hatte, ein furchtbares Blutbad in der Bürgerwehr anrichtete.

Der Kommandant von Schweidnitz hatte aus irgend einer Laune der Bürgerwehr den Trommelschlag verboten und war für diese Heldentat durch eine Katzenmusik belohnt worden. Um die ungebetenen Konzertgeber zu zerstreuen, rückte die Bürgerwehr an, wurde aber vor der Wohnung des Kommandanten von einer Kompagnie Infanterie empfangen, die ohne jeden Anlaß eine Salve von 102 Schüssen auf sie abgab. 14 Bürgerwehrleute wurden getötet, 32 meist schwer verwundet. Dies Blutbad öffnete der Berliner Versammlung die Augen über die wahre Lage der Dinge. Sie forderte auf den Antrag Steins von der Linken am 9. August den Kriegsminister auf, in einem Erlaß an das Heer die Offiziere vor allen reaktionären Bestrebungen und vor Konflikten jeglicher Art mit dem Zivil zu warnen, ihnen Annäherung an die Bürger und aufrichtige hingebende Arbeit an der Verwirklichung des konstitutionellen Rechtszustandes zu empfehlen, endlich denjenigen Offizieren, deren politische Überzeugung damit nicht vereinbar sei, den Austritt aus dem Heere zur Ehrenpflicht zu machen. Es war bei alledem ein sehr schüchterner Schritt, und der Satz von der Ehrenpflicht hatte gerade nur mit einer Stimme die Mehrheit erlangt. Vorläufig glaubte das Ministerium Hansemann genug getan zu haben, wenn es den Beschluß nicht weiter beachtete.

In anderer Weise, aber nicht minder nachdrücklich, wurde die deutsche Nationalversammlung durch den preußischen Militarismus aus ihren souveränen Träumen aufgeschreckt. Seit der Einsetzung des Reichsverwesers hatte sie ihre Zeit mit einem endlosen Gerede über papierene Grundrechte verbracht, abermals gefoppt von dem edlen Gagern, der unter vier Augen kein Hehl daraus machte, daß um jeden Preis Zeit gewonnen werden müsse, bis sich der preußische König so weit von der allgemeinen Mißachtung erholt habe, um als deutscher Kaiser ausgerufen werden zu können. Zwischenein erfrischte sich die Gagernsche Mehrheit durch einen soliden Spektakel, als ein Mitglied der kleinbürgerlich-demokratischen Minderheit den sittlichen Erholungsprozeß der preußischen

Krone durch die Bemerkung störte, der Republikaner Hecker verdiene ebenso gut eine Amnestie, wie der reaktionäre Prinz von Preußen. Wegen dieser harmlosen und für Hecker gewiß nicht allzu schmeichelhaften Äußerung wären die „souveränen" Volksvertreter auf ein Haar in eine solenne Prügelei geraten. Die preußische Krone war aber keineswegs gewillt, eine so überschwengliche Ehrerbietung auch nur im bescheidensten Maße zu erwidern. Unbekümmert um die Gewalten des Reichs, schloß sie am 26. August in Malmö auf sieben Monate einen Waffenstillstand mit der dänischen Regierung ab, einen Waffenstillstand, dessen für Deutschland überaus schimpfliche Bedingungen die klägliche preußische Kriegführung in Schleswig-Holstein würdig krönten.

Der Krieg war von der preußischen Krone begonnen worden, um ihren deutschen Beruf zu bekunden, um Beschlüsse des deutschen Bundes auszuführen, und die Erbin des Bundestags war die deutsche Nationalversammlung. Bereits am 9. Juni hatte sie feierlich beschlossen, sie werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Herzogtümer und die Ehre Deutschlands preisgebe. Im Waffenstillstande von Malmö gab nun die preußische Krone beides preis: die Rechte der Herzogtümer wie die Ehre Deutschlands. Nach all ihren leeren Beschlüssen und Reden mußte die Nationalversammlung jetzt zum erstenmal praktisch erproben, ob sie eine Macht sei, die etwas bedeute. Sie beanstandete am 5. September das Abkommen von Malmö und beschloß mit einer Mehrheit von 17 Stimmen, daß die Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstandes einzustellen seien.

Daraufhin trat das sogenannte Reichsministerium sofort zurück, jenes imaginäre Kabinett des Reichsverwesers oder, wie Blum ihn zu nennen pflegte, des Reichsvermoderers Johann, worin der Österreicher Schmerling und der Preuße Peucker, bei allen Rivalitäten, einträchtig daran arbeiteten, das deutsche Parlament zum allgemeinen Gespötte zu machen. Der Reichsverweser beauftragte dann nach der konstitutionellen Schablone den Führer der Mehrheit vom 5. September mit der Bildung eines neuen Ministeriums. Es war Dahlmann, der Urtypus des doktrinären Professorenliberalismus aus vormärzlicher Zeit. In seiner persönlichen Unfähigkeit für energisches Handeln spiegelte er die gänzliche Ohnmacht des deutschen Parlaments getreulich wieder. Nach einigen Tagen gab er sein Mandat als unausführbar dem schmunzelnden Reichsverweser zurück, und am 16. September kassierte die Nationalversammlung ihren

früheren Beschluß, genehmigte sie mit einem Mehr von 21 Stimmen den Waffenstillstand.

Sie vernichtete sich damit selbst, moralisch wie politisch. Sie hatte die Früchte der Märzrevolution, die ihr in den Schoß gefallen waren, schmählich vertan, und es gab nur noch eine Rettung: eine neue Revolution. Tausende von bereiten Kämpfern strömten aus der Umgegend, bis auf fünfzig Stunden in der Runde, nach Frankfurt zusammen und verlangten, die Fraktionen der Linken sollten sich als Konvent auftun und die Leitung einer neuen revolutionären Bewegung übernehmen. Aber mit wenigen Ausnahmen, wie dem braven Schlöffel, versagten diese Fraktionen. Sie beschlossen, sich der Mehrheit des Parlaments zu unterwerfen. Damals lud Robert Blum, ihr einflußreichstes Mitglied, die Schuld auf sich, die er zwei Monate später durch seinen tragischen Tod sühnen sollte. Die enttäuschten Scharen von Bewaffneten verließen Frankfurt. Ohne irgend einen Rückhalt an den erwählten Volksvertretern mußte ein Aufstand scheitern, konnte er nur die Gegenrevolution der Fürsten stärken. Ein neuer Putsch Struves in Baden fiel auf der Stelle zusammen.

In Frankfurt selbst brach ein kleiner Aufstand aus, den die wieder erstandenen Minister Peucker und Schmerling, wenn nicht entfachten, so doch absichtlich heranwachsen ließen, um eine überwältigende Waffenmacht aus der Bundesfestung Mainz heranzuziehen und das Parlament unter die Gewalt der Bajonette zu stellen. Dieser Versammlung gegenüber war es eigentlich überflüssige Mühe. Zwei ihrer Mitglieder, ein alter General v. Auerswald und der junkerliche Fanfaron v. Lichnowsky, hatten ihre Würde als Volksvertreter soweit vergessen, um am 18. September auf Rekognoszierung der Volkskämpfer auszureiten, und waren bei diesem Kundschafterdienst erschlagen worden. Noch mehr vergaß die Nationalversammlung selbst ihre Würde, indem sie am 19. September bei voller Sicherheit für Leib und Leben den Truppen für ihre „bei der Unterdrückung des Aufruhrs bewiesene Hingebung" dankte und auf einen Antrag aus der Linken der „Hingebung" auch noch „Mäßigung" hinzufügte. Kaum acht bis zehn Mitglieder der Linken stimmten gegen diese Selbstentwürdigung. Von nun an war das deutsche Parlament unwiderruflich eine gleichgültige Schwatzbude.

In denselben Septembertagen fielen die entscheidenden Würfel auch über die preußische Versammlung. Sie wußte, weshalb der Waffen-

stillstand von Malmö abgeschlossen worden war. In kontrerevolutionärer Absicht unternommen, drohte der Krieg um Schleswig-Holstein einen revolutionären Charakter anzunehmen, seitdem England und Rußland, die Mächte der europäischen Kontrerevolution und die geschworenen Feinde der deutschen Einheit, zu gunsten Dänemarks diplomatisch eingeschritten waren. Nach dem Willen des König- und Junkertums sollte das preußische Heer nicht „Knechtesdienste für die Revolution" tun; nach ihrer geheimen Absicht sollte es vielmehr gegen die preußische Versammlung als die Vertreterin der Revolution losgelassen werden. Kehrte Wrangel mit der Garde aus den schleswig-holsteinischen Marken in die brandenburgische Mark zurück, so sammelte die Gegenrevolution ihre Kräfte zu einem entscheidenden Schlage. Das Ausland war dann befriedigt, das deutsche Parlament moralisch ruiniert, das preußische Parlament militärisch umzingelt. Es ist zu begreifen, daß den Berliner Volksvertretern das Hemd näher war als der Rock. Sie nahmen den Waffenstillstand von Malmö ohne Begeisterung hin, aber auch ohne Lamento über Deutschlands preisgegebene Ehre, dagegen griffen sie auf ihren Beschluß vom 9. August zurück. Stein brachte eine Resolution ein, worin es für die dringendste Pflicht des Ministeriums erklärt wurde, den von der Versammlung an jenem Tage beschlossenen Erlaß an das Heer sofort zu verfügen.

Der Erlaß selbst bedeutete dabei nicht viel mehr als eine Kulisse. Ähnliche Erlasse, die den Beamten reaktionäre Umtriebe untersagten, waren in verschiedenen Zweigen der bürgerlichen Verwaltung ergangen, mit so viel oder so wenig Wirkung, wie dergleichen papierene Kundgebungen gegenüber den tatsächlichen Machtverhältnissen zu haben pflegen. Man begreift, mit welcher Hochachtung die hartgesottenen Sünder von reaktionären Beamten die ermahnenden Winke der liberalen Minister behandelten, die auch nicht einen von ihnen abzusetzen gewagt hatten. Die Krone konnte, wie sie ein paar Wochen darauf wirklich tat, ohne Schädigung ihrer Interessen einen Erlaß an das Heer verfügen, der die Versammlung befriedigte. Aber was die Krone einem militärischen Ministerium gern gestattete, das verweigerte sie einem bürgerlichen Ministerium. Hansemann durfte den Beschluß der Versammlung vom 9. August nicht ausführen, der Fuchs hatte sich in seiner eigenen Falle gefangen.

Um so nachdrücklicher mußte die Versammlung auf der Ausführung ihres Beschlusses bestehen. Sie war abgedankt, wenn das Heer ein

Rührmichnichtan für sie sein sollte, wenn das Ministerium ihre Beschlüsse als Futter für den Papierkorb behandeln durfte. Im Grunde handelte es sich wieder um das Prinzip der Vereinbarung, wie im Juni bei dem Antrage der Linken auf Anerkennung der Revolution. Und wie damals bemächtigte sich der Berliner Bevölkerung eine heftige Erregung. Sogar die schlaffe Bürgerwehr erließ durch ihren Kommandeur und ihren Stab eine Adresse an die Versammlung, worin sie deren Beschlüsse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten versprach.

Am 7. September wurde der Antrag Stein beraten. Hansemann scheute sich nicht, mit Kontrerevolution, Bürgerkrieg und Blutvergießen zu drohen, wenn die Versammlung auf ihrem Beschlusse bestände. Die Redner der Rechten tiftelten mit allerlei juristischen Finten und Klauseln aus dem Beschlusse ein Attentat auf die konstitutionellen Spinnweben heraus. Treffend führten die Redner der Linken dagegen aus, es komme weit weniger auf den Inhalt des Beschlusses als darauf an, ob das Ministerium ihn auszuführen habe. In einschneidender Rede legte Bucher dar, daß es sich nicht um eine Rechts-, sondern um eine Machtfrage handle. Es sei naiv, angesichts des heraufziehenden Sturmes mit skrupulöser Prüfung am geschriebenen Gesetze zu klauben; eine neue Zeit brauche ganz andere Grundlagen als ein Blatt in der Gesetzsammlung; nicht mit beschränkter juristischer Auffassung, sondern mit staatsmännischem Sinne müsse die Versammlung ihren Beruf erfüllen, den in der Geschichte vielleicht beispiellosen Beruf, die Konsequenzen einer nicht fertig gewordenen Revolution auf dem friedlichen Wege der Gesetzgebung herbeizuführen. Die Mächte, die Prinzipien, die Institutionen, gegen die sich die Revolution gerichtet habe, seien verurteilt, aber nicht vernichtet, alle Behörden des Absolutismus seien noch in Tätigkeit, seine Gesetze beständen fast alle noch. Die Versammlung dürfe nicht dulden, daß sich der Absolutismus im Heere ein Werkzeug schaffe, um die Freiheit des Volkes über den Haufen zu werfen; sie müsse den junkerlichen Trotz der Offiziere brechen, die Soldaten daran mahnen, daß sie ihnen und ihren Leidensgenossen die Menschenrechte erkämpfen wolle.

Die Entscheidung lag beim rechten Zentrum, und es schwenkte diesmal zur Linken und zum linken Zentrum ab. Unruh wollte doch nicht so unbedingt wie Hansemann zum Narren des Königs und der Junker

werden. Von Buchers politischen Gesichtspunkten blieb er weit entfernt: als trockener Geschäftsmann legte er dar, es bleibe nur noch das „gefährliche Dilemma“ zwischen Kontrerevolution und einer zweiten Revolution, wenn die Versammlung durch die Kassierung ihres Beschlusses ihre „moralische Vernichtung“ vollzöge. Nicht zum wenigsten mochte für seinen Entschluß bestimmend sein, daß er, wenn er die Entscheidung zu gunsten des Antrags Stein gab, der Nächste dazu war, die Erbschaft des von ihm gestürzten Ministeriums anzutreten. Unruh gab sich der holden Illusion hin, die Sache der Bourgeoisie besser führen zu können als Hansemann.

Der Antrag Stein wurde mit 219 gegen 143 Stimmen angenommen. Der Schwerpunkt der Versammlung war damit nach links verschoben. Aber was im Mai ihren Sieg hätte einleiten können, das leitete im September nur noch ihren Todeskampf ein.

---

5. Die Opferung der Bauern.

Die Krone antwortete auf den Antrag Stein mit der Berufung des Generals Pfuel zum Kriegsminister und Ministerpräsidenten; unter ihm wurden einige, nicht alle, Ministerposten mit einigen gleichgültigen Statisten aus der vormärzlichen Bureaukratie und Diplomatie besetzt. Gleichzeitig erhielt der General Wrangel den Oberbefehl über die in der Provinz Brandenburg zusammengehäuften Truppen. Es war die Vorbereitung des Staatsstreichs, aber noch nicht der Staatsstreich selbst. Die Gegenrevolution besaß keinen klaren Feldzugsplan; aus guten Gründen trug sie gerechtes Bedenken, die Versammlung einfach mit Gewalt der Waffen auseinanderzujagen; besonders der König hatte eine heilige Scheu davor, die Erfahrungen des 18. und 19. März zu erneuern.

Der Haupttrick der Reaktion bestand zunächst darin, mit der Kraft eines „siebenfachen Rindviehs“ nach der Verfassung zu brüllen. Alle sentimentalen Verfassungsschmerzen des vormärzlichen Liberalismus waren ein Kinderspiel gegen die heilige Inbrunst, die jetzt alle Reaktionäre nach jenem Blatte Papier verzehrte, das sich wie eine zweite Vorsehung zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land drängen sollte. Die Versammlung wurde mit den heftigsten Vorwürfen überhäuft, weil sie ihren Beruf, die Verfassung zu vereinbaren, leichtfertig vernachlässige und ihre Zeit mit nichtsnutzigem Zeuge vertrödele.

Mit dem häßlichen Humbug, der als ehrwürdige Stimme des Volkes in die patriotischen Historien des Revolutionsjahres übergegangen ist, sollte zweierlei erreicht werden. Einmal wollte man die Versammlung so einschüchtern, daß sie davon abließ, an den Einrichtungen des vormärzlichen Staates zu rütteln, und ihre Kraft ausschließlich darauf konzentrierte, ein Blatt Papier zu beschreiben, das je nachdem von dem ersten besten Bajonette zerrissen werden könnte. Zweitens aber gab es einen Paragraphen der neuen Verfassung, an dem die Junker und was ihnen zugetan war, allerdings ein lebhaftes Interesse hatten, nämlich den Paragraphen, der, wie es sich für eine bürgerliche Verfassung gehörte, das Eigentum für heilig und unverletzlich erklärte, seine Beschränkung nur gegen volle Entschädigung gestattete. Je eher dieser Paragraph als ein neues Grundrecht verkündet wurde, um so lieber war es den Junkern; mit ihm bewaffnet, wollten sie all ihr feudales Eigentum, so verrottet es sein mochte, bis an die Zähne verteidigen.

Die Versammlung durchschaute den reaktionären Schachzug, und ihre Führer, wie Bucher und Waldeck, deckten ihn offen auf. Ihre Kommission hatte eine vom bürgerlichen Standpunkt aus recht leidliche Verfassung fertig; was daran fehlte, war der Versäumnis der Regierung geschuldet, die namentlich mit den Entwürfen der Bezirks- und Kreisordnung nicht fertig wurde, sei es aus bösem Willen, sei es aus trauriger Unfähigkeit. Ebenso fällt aufs Konto der Regierung, was sich der Versammlung an wirklicher Kraft- und Zeitverschwendung vorwerfen läßt. Ein neues Parlament, dem das Ministerium von vornherein nur Knittel zwischen die Beine wirft, muß notgedrungen oft stolpern. Trotz aller Schwierigkeiten hat die Berliner Versammlung bewiesen, daß eine, unter dem frischen Eindruck einer Revolution durch das allgemeine Stimmrecht gewählte, Volksvertretung an praktischer Einsicht und Klarheit der geschultesten Bureaukratie weit überlegen ist. Sie hat ungleich mehr vor sich gebracht, als die preußische Bureaukratie in ihren besten Perioden, und Gneist, der keineswegs zu ihren Bewunderern gehört, stellt ihr sogar das Zeugnis aus, daß sie materiell in fünf Monaten mehr geleistet habe, als das englische Parlament in irgend einer Jahressitzung des laufenden Jahrhunderts. Wie viel sich immer vom revolutionären Standpunkt aus gegen die Versammlung einwenden läßt, gegenüber den reaktionären Verunglimpfungen, die sich seit fünfzig Jahren zur „objektiven Geschichtsschreibung" verklärt haben, steht sie unanfechtbar da.

Was ihr fehlte, war eben die revolutionäre Tatkraft. Das Ministerium Pfuel zeigte ihr einerseits die handgreifliche Gefahr und gewährte ihr andererseits noch eine Galgenfrist. Pfuel selbst war ein gebildeter Offizier aus der Schule Geisenaus und Scharnhorsts, in seinem Alter ein Freund Lassalles, wie in seiner Jugend ein Freund Heinrich Kleists. Hatte die Gegenrevolution in ihm ein williges Werkzeug ihrer geheimen Pläne zu finden geglaubt, so irrte sie sich. Möglich aber auch, daß sie in ihm nur den Mann sah, der in gutmütiger Lässigkeit die Dinge hinschleppen würde, bis sich der Staatsstreich entladen konnte. Auf keinen Fall durfte sich die Versammlung darüber täuschen, daß Pfuel nur ein Provisorium war. Wollte sie das, was schon verloren war, einigermaßen wieder einholen, so mußte sie auf dem Wege weiter gehen, den sie mit dem Antrage Stein beschritten hatte.

Dieser Antrag selbst hatte mit dem Sturze des Ministeriums Hansemann seine Bedeutung verloren. Unruh apportierte dem neuen Ministerium heimlich einen Erlaß an das Heer, der ungefähr dem Antrage Stein entsprach und von Pfuel sofort verkündet wurde. Über die praktische Wirkung dieses Kamillentees konnte sich niemand täuschen; Tagesbefehle, die der General Wrangel als Oberbefehlshaber in den Marken und der Graf Brandenburg als kommandierender General in Schlesien erließen, zerstörten jeden Zweifel daran, daß die Festung, welche die absolutistisch-feudale Reaktion im Heere besaß, mit wohlwollenden Ermahnungen nicht zur Übergabe gezwungen werden könne. Hatte die Berliner Versammlung den günstigen Augenblick verpaßt, ihre Hand auf das Heer zu legen, so blieb ihr noch eine große Chance des Erfolges von ihrem eigenen bürgerlichen Standpunkte aus; nämlich die Interessen der bäuerlichen Klasse an ihr Schicksal zu ketten. Damit wären König- und Junkertum in ihrer politischen, sozialen und schließlich auch militärischen Position lahm gelegt gewesen.

Die Gärung in den ländlichen Massen war den Sommer hindurch eher gestiegen als gesunken. Sie fraß als Geier am Herzen des Königs und seiner Junker. Mit Gewalt und Güte wurden die Bauern von den liebreichen Absichten ihrer bisherigen Unterdrücker zu überzeugen gesucht. Aber sie blieben halsstarrig und fuhren fort, die feudalen Abgaben, Dienste und Lasten mit rauhen Fäusten zu demolieren. Einen Erlaß des Ministeriums Arnim vom 27. März, der alle durch Droh-

ungen und Gewalttätigkeiten den Gutsherren abgezwungenen Zugeständnisse für null und nichtig erklärte, lachten sie einfach aus.

König und Junker versuchten es dann mit einer Eulenspiegelei. Wie unzählige schlesische Junker war der Graf Schaffgotsch von seinen Hintersassen gezwungen worden, auf das Laudemium, auf alle Dienste jeglicher Art, auf die Spesen- und Salzgelder, Ehrungs- und Spinngelder, auf das Zinsgetreide zu verzichten. Irgendwie gelang es nun, die Gemeinde Warmbrunn zu überreden, daß sie dem Grafen Schaffgotsch zum 5. Mai, seinem Geburtstage, das „Dokument der Entsagung" mit der Bitte zurückgab, es für immer in Vergessenheit zu begraben. Diese „edle Tat" machte der König in einer feierlichen Kabinetsordre vom 25. Mai bekannt. Er offenbarte sein „höchstes Wohlgefallen" an einem so „hell leuchtenden Beispiele von Treue, von Gefühl für Recht, Gesetz und wahrer Rückkehr in die Bahnen guter und notwendiger Ordnung" und forderte die schlesischen Bauern auf, sich wieder in „ähnlicher herzerhebender Art" als Kälber an der Schlachtbank der Junker einzufinden. Indessen die Bauern lachten ihn abermals aus.

Es half alles nichts: mit der alten feudalen Wirtschaft war es vorbei. Der verbürgerlichte Teil der ländlichen Aristokratie sah es freiwillig ein, und die junkerlichen Starrköpfe mußten es wohl oder übel einsehen. Sollten die Bauern fortan übers Ohr gehauen werden, so durfte es nicht mehr auf feudale, sondern mußte auf bürgerliche Weise geschehen. Mit anderen Worten: die feudalen Lasten mußten dadurch verewigt werden, daß sie in Geld oder Land abgelöst wurden. Dies konnte aber vorläufig nicht in der rohen und rücksichtslosen Form geschehen, wie in den Jahrzehnten nach Waterloo: die Ablösungs- und Regulierungsgesetze hatten die Minderheit der Bauern ebenso rebellisch gemacht, wie die unverminderte Fortdauer der feudalen Lasten ihre Mehrheit. Nun ließen sich solche Gesetze, die den Bauern unmerklicher schoren, als bisher, nicht im Handumdrehen machen, während doch die chronische Rebellion der ländlichen Massen schnelle Schritte erheischte. Aus diesem Dilemma zog sich das Ministerium Camphausen mit einem Promemoria über die Regelung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Es war von dem Handelsminister v. Patow gezeichnet, einem verbürgerlichten Aristokraten nach der Art der Schwerin und Auerswald.

Das Patowsche Promemoria beruhte auf folgenden Grundsätzen. An allen bereits durch Richterspruch oder Verträge geordneten Feudal-

ablösungen darf nicht gerüttelt werden. Grundsätzlich bleibt es auch fernerhin dabei, daß die feudalen Lasten, „alle die freie Disposition über die Personen und das Eigentum hemmenden Beschränkungen", gegen Entschädigung aufgehoben werden, doch sollen sie in Zukunft nach billigeren Grundsätzen abgelöst werden können, als bisher. Eine Ausnahme davon bilden solche Beschränkungen, die als ein Ausfluß der Erbuntertänigkeit, der früheren Steuerverfassung, der Patrimonialgerichtsbarkeit zu betrachten sind oder an sich nur als zum Teil veraltete Belästigungen des Grundbesitzes ohne wahren dauernden Wert für die Berechtigten erscheinen und nicht wirtschaftliche Verhältnisse betreffen. Als solche Ausnahmen von der Regel nannte das Promemoria Lehnsherrlichkeit, Besthaupt, Kurmede, Jagd- und Reisedienste, Blutzehnt, Schutzgeld, Walpurgisschoß, Schäfersteuer, Bienenzins, Wachspacht, Wasserlaufzinsen, Auenrecht und dergleichen mehr.

Diese Liste sah nach etwas aus, bedeutete aber nichts oder doch nicht viel. In dem „bestverwalteten Staate der Welt" hatten sich solche Massen feudalen Unrats erhalten, daß ein Hügel davon weggekarrt werden konnte, ohne daß dem Berge deshalb viel anzusehen war. Die Abgaben und Lasten, die unentgeltlich aufgehoben werden sollten, waren entweder gänzlich verfallen oder bestanden nur in einzelnen Gegenden oder brachten den Junkern, wie das Promemoria selbst mit dankenswerter Offenheit andeutete, keinen nennenswerten Nutzen. Es war das reine Augenverblenden, und eben deshalb ließ das Ministerium Hansemann nur diesen Teil des Patowschen Promemorias in gesetzliche Formen schlagen.

Unter allen Mißgriffen der Berliner Versammlung war es der schwerste, und es ist der schwärzeste Fleck auf ihrem Andenken, daß sie ihre historische Aufgabe auf diesem Gebiete nicht begriff. Mochte sie für die Not des industriellen Proletariats auch nichts übrig haben, als wohlfeile Redensarten und gelegentliche Palliativmittelchen, dafür war sie ein bürgerliches Parlament. Aber als solches mußte sie die Bauern vom feudalen Joche zu befreien verstehen. Sie besaß in fünfzig bis sechzig bäuerlichen Abgeordneten einen Generalstab, der ihr ein unüberwindliches Heer bilden konnte. Gewiß war erst ein Teil dieser Volksvertreter so weit entwickelt, um sich dahin zu setzen, wohin er gehörte, nämlich auf die äußerste Linke, während ein anderer Teil noch nicht um sich wußte, sich von dem schlauen Hansemann als Stimmvieh ein-

fangen und im Finanzministerium abfüttern ließ, wo er nach dem Ausdrucke eines englischen Korrespondenten erschien, wie ein Trupp Ojibbeways-Indianer in den Salons des Herzogs von Devonshire. Um so mehr hätte die bürgerliche Opposition diese armen Kerle über ihre Interessen aufklären sollen. Statt dessen bereitete sogar ein Mitglied des linken Zentrums der Rechten den wohlfeilen Triumph, die Ausschließung des angeblich der deutschen Sprache unkundigen Dreschgärtners Kiolbassa zu beantragen und sich wegen dieses unwürdigen Antrags von dem zur Rechten gehörigen Präsidenten abkanzeln zu lassen. Die Kreuzzeitung war ganz in ihrer Rolle, wenn sie die Schnurren aufbrachte, daß Kiolbassa sich im Sitzungssaale die Stiefeln auszuziehen pflege, weil er barfuß zu gehen gewohnt sei, und daß er dem Kassierer, der ihm die Diäten in lauter blanken Talern auszahlte, vor freudiger Rührung den Rockzipfel geküßt habe. Aber was soll man zu den bürgerlichen Liberalen sagen, die entzückt in diese salzlosen Scherze einstimmten, zu einem Manne wie Gustav Freytag, der in den Grenzboten wetteifernd mit der Kreuzzeitung seine schlesischen Landsleute Mros und Kiolbassa als „schnurrige Teufel" verhöhnte?

Wohl machten die Linke und das linke Zentrum einige Vorstöße gegen die feudalen Lasten, gegen die Gesindeordnung, gegen das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden, gegen manches andere der Art, aber es war kein rechter Nachdruck dahinter, und von allem wurde nur ein Antrag Buchers, der den feudalen Kreisständen das Recht nahm, Ausgaben zu beschließen, als Gesetz durchgebracht. Noch am 1. September versagte die Versammlung einem Antrage auf Beseitigung der Hofedienste die Dringlichkeit. Ja sogar ein im Juni eingebrachter Antrag des linken Zentrums, die schwebenden Verhandlungen über gutsherrlich-bäuerliche Auseinandersetzungen zu sistieren bis zum Erlaß billigerer Ablösungs- und Regulierungsgesetze, war Ende September noch nicht von der Versammlung genehmigt worden. Sechs Monate nach dem 18. März konnte sie sich noch nicht zu dieser einfachen provisorischen Maßregel aufschwingen, während die französische Nationalversammlung von 1789 drei Wochen nach dem Sturm auf die Bastille schon mit dem ganzen feudalen Unwesen aufgeräumt hatte.

Trotzdem war noch viel zu retten, als mit dem Ministerium Pfuel die entscheidende Krisis über Leben und Tod der Versammlung begann. Die Bauern waren nach wie vor sehr munter, in vielen Tausenden von

Petitionen riefen sie den Schutz der Volksvertretung an; die am 1. September eröffnete Jagd führte zu Mord und Totschlag zwischen Bauern und Junkern, da die Bauern das feudale Jagdrecht mit gutem Fug als durch die Märzrevolution erloschen betrachteten, während die Junker nicht von der noblen Passion lassen wollten, auf bäuerlichen Äckern zu jagen. In der Tat setzte die Versammlung an diesem Punkte ein, und zwar mit einem Erfolge, der sie wohl ermutigen konnte. Aus eigener Initiative beschloß sie, das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden als dingliches Recht ohne jede Entschädigung aufzuheben; sie ging dabei sogar radikaler vor, als sich vom bürgerlichen Standpunkt aus rechtfertigen ließ, und trotzdem wagte die Krone nicht, dem Gesetz ihre Genehmigung zu versagen. Die Versammlung brauchte jetzt nur das Gesetz wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Abgaben und Lasten aus einem Blendwerk zu einem wirklichen Wesen zu machen, die drückenden oder sei es auch nur die drückendsten Lasten der bäuerlichen Klasse darin aufzunehmen, und sie hatte immer noch eine Position, worin sie den politischen Kampf mit Krone und Junkertum wohl aufnehmen konnte.

Leider war ihre Energie abermals mit dem ersten Anlauf, mit dem Jagdgesetz erschöpft. Außerdem nahm sie endlich das so lange verschleppte Sistierungsgesetz über die gutsherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen an, aber schon unter Ablehnung aller für die bäuerlichen Beteiligten vorteilhafteren Amendements. Die Krone genehmigte auch dies Gesetz. Jedoch nun brach bei der Beratung des Lastengesetzes ein hoffnungsloser Wirrwarr herein. Das rechte Zentrum, das am 7. September den Fraktionen der Linken den Sieg verschafft hatte, fiel wieder zur Rechten ab. Unruh war ein solcher Eigentumsfanatiker, daß ihm die Grundsätze des Patowschen Promemorias eigentlich schon zu weit gingen. Sein Fraktionsgenosse Pilet erklärte als Berichterstatter über das Gesetz, es sei weder gerecht noch klug, die Feudallasten — abgesehen von nichts oder wenig bedeutenden Ausnahmen — unentgeltlich abzuschaffen; gerecht nicht, weil sie durch einen seit Jahrhunderten gesetzlich geschützten Besitz Gegenstand des wohlerworbenen Eigentums geworden seien, klug nicht, weil dadurch die zahlreiche und durch den Besitz großer materieller Mittel einflußreiche Klasse der berechtigten Grundbesitzer den neuen Einrichtungen des Staats entfremdet werden würde. Die Fraktionen der Rechten wollten zwar nicht gerade die

Bauern vor den Kopf stoßen, die nur darauf warteten, der Versammlung neue Kraft zu geben, aber sie wollten es noch viel weniger mit den Junkern verderben, die nur darauf lauerten, der Versammlung den Stoß ins Herz zu versetzen. Sie blinzelten den Bauern zu: Ein Sperling in der Hand ist besser als eine Taube auf dem Dache, und ihr könnt ganz zufrieden sein, wenn wir den dreißigsten oder auch zwanzigsten Teil eurer Lasten aufheben, und sie blinzelten den Junkern zu: Ein kleines Draufgeld könnt ihr schon zahlen, wenn ihr euer bedrohtes Eigentum aus dem Feudalen ins Bürgerliche mausern dürft.

In glänzenden Reden warf sich Bucher wiederholt diesem Prachern und Schachern entgegen. Er sah die Gerechtigkeit und Klugheit auf einer anderen Seite, als Pilet. Entweder sei der Gutsherr berechtigt, eine Entschädigung zu fordern, und dann müsse sie ihm werden, oder die Gesetzgebung sei berechtigt, ohne Entschädigung aufzuheben, und dann habe sie kein Recht, den Junkern auf Kosten der Bauern Geschenke zu machen. Der Rechtsboden, von dem die Frage entschieden werden müsse, sei nicht der verrottete Rechtsboden der historischen Schule, sondern der Rechtsboden der Revolution. „Die Revolution ist die Notwehr des Volkes, das in seinen heiligsten Rechten gekränkt ist. Die Notwehr aber ist ein Recht, anerkannt nicht bloß im Sittengesetze, sondern in den Gesetzen aller Zeiten und Völker. Wenn ein Volk eine Revolution gemacht hat, eine wahre Revolution in diesem Sinne, das heißt im Falle der Notwehr, und seine Vertreter auf diesen Boden sich stellen und in diesem Sinne die Gesetzgebung fortführen, den Gedanken der Revolution verkörpern, so stehen sie auf einem Rechtsboden." Diesen Boden zu verlassen, sei ebenso unklug wie ungerecht. Wie am 7. September warnte Bucher wieder vor den Tifteleien des juristischen Formalismus. „Die Juristen werden sich mit den sozialen Wissenschaften befreunden müssen, damit die sozialen Fragen sie nicht verschlingen. . . . Wenn wir den Entwurf Punkt für Punkt mit juristischer Genauigkeit diskutieren und mit zahlreichen Amendements begleiten, so könnte es uns leicht gehen wie dem Archimedes, als er über seinen Zirkeln saß." Dabei war sich Bucher vollkommen bewußt, daß die Revolution, auf deren Rechtsboden er sich stellte, eine bürgerliche Revolution war. Er forderte dem Sinne nach, daß die Versammlung handeln solle, wie die Versammlungen der großen französischen Revolution gehandelt hatten, nach dem Grundsatze: die gutsherrlichen Rechte sind sofort und ohne jede

Entschädigung aufgehoben, soweit sie feudaler, herrenschaftlicher Natur sind, auf der Herrschaft einer Person über die andere beruhen; sie sind dagegen ablösbar, soweit sie sich auf den in der bürgerlichen Gesellschaft fortdauernden Rechtstitel des Vertrages, auf das Prinzip von Leistung und Gegenleistung gründen.

Die Stimmenverhältnisse in der Nationalversammlung lagen damals so, daß sich die Fraktionen der Rechten mit den Fraktionen der Linken ziemlich das Gegengewicht hielten. Gegen Ende des Monats Oktober, als Grabow sich vom Präsidium zurückzog, wurde Unruh mit 177 Stimmen von den Fraktionen der Rechten gewählt, während die Fraktionen der Linken bei dieser Gelegenheit 170 Stimmen musterten. Diese Stimmverhältnisse machten die konsequente Durchführung des von Bucher und seinen Freunden aufgestellten Prinzips schon sehr schwierig. Aber die letzten Aussichten, die es eben dadurch besaß, daß es ein klares und reinliches Prinzip war und so als Ariadnefaden in dem feudalen Labyrinth dienen konnte, wurden durch die Linke vernichtet. Im beschämenden Gefühl ihrer bisherigen Versäumnisse wollte diese Fraktion möglichst alle gutsherrlichen Rechte mit einem Federstriche unentgeltlich abschaffen, unbekümmert darum, ob sie auf feudalem oder bürgerlichem Rechtstitel beruhten. Damit handelte die Linke, die keineswegs den bürgerlichen Rechtsboden zu verlassen beabsichtigte, nicht nur inkonsequent, sondern sie lief auch in ein hinterlistig ausgespanntes Garn der Rechten. Während diese wackere Partei, soweit ihre Kraft reichte, sich der unentgeltlichen Abschaffung der feudalen Lasten widersetzte und das Gesetz nach besten Kräften für die Bauern wertlos machte, half sie, wo sie ihren edlen Zweck nicht durchsetzen konnte, dem blinden Ungestüm der Linken zum Siege, um die Versammlung bei den besitzenden Klassen in den Geruch zu bringen, daß sie kommunistisch sei und das bürgerliche Eigentum so wenig achte, wie das feudale.

Den ersten Erfolg erzielte das treulose Doppelspiel schon beim Jagdgesetze. Sobald die unentgeltliche Aufhebung des feudalen Jagdrechts beschlossen war, warf die Rechte im Verein mit der Linken das von Schulze-Delitzsch eingebrachte Amendement des linken Zentrums ab, wonach für die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden Entschädigung zu leisten sei, falls der Grundeigentümer oder dessen Besitzvorfahren innerhalb der letzten dreißig Jahre das ihnen schon damals zustehende Jagdrecht gegen Entgelt veräußert hätten.

Aber wahre Orgien feierten die perfide Taktik der Rechten und die unheimliche Kurzsichtigkeit der Linken erst bei dem Lastengesetze. So zum Beispiel in dem Streite über die Laudemien. Die sogenannten Laudemien, Marktgroschen, Konfirmationsgebühren, Zählgelder, Verrufsgelder, Vorschreibegelder, Pfändergebühren, Anfahrtgelder, herrschaftliche Kaufsporteln, Dominialjura und wie dergleichen Abgaben sonst noch hießen, gehörten zu den schwersten Plagen der Bauern. Sie wurden von den pflichtigen Grundstücken bei jeder Änderung des Besitzes in herrschender oder dienender Hand erhoben und stiegen je nachdem bis zu zehn Prozent des Werts. Sie waren die reine Plünderung, eine Vermögenskonfiskation in bester Form. Starb der Bauer, so mußten seine Erben bis zum zehnten Wertteil des Hofes, gleichviel ob er verschuldet war oder nicht, an den Junker zahlen. Wenn ein Bauernhof, der zehntausend Taler wert, aber mit sechstausend Talern Hypotheken- und dreitausend Talern Personalschulden belastet war, durch Todesfall des Besitzers auf die Witwe überging, so berechnete der Staat die Erbschaftssteuer nur mit zehn Talern nach dem tatsächlich vererbten Werte von tausend Talern, aber der Junker kassierte den zehnten Teil des Gesamtwerts, also das ganze Erbteil von tausend Talern, als Laudemium ein. Er konnte den Hof sofort subhastieren lassen. Ging das Gut dann etwa für siebentausend Taler fort, so fielen die persönlichen Forderungen der Gläubiger aus und blieben der Erbin am Halse hängen, aber neben den Hypothekenschulden war nicht nur das Laudemium des Junkers gedeckt, sondern er war auch berechtigt, von dem neuen Besitzer ein neues Laudemium von siebenhundert Talern zu fordern.

Das linke Zentrum brachte nun durch Bucher und Schulze-Delitzsch den Antrag ein, die Laudemien unentgeltlich abzuschaffen, es sei denn, daß „die Verpflichtung erweislich durch den zwischen dem Berechtigten und Verpflichteten oder deren Besitzvorgängern über das Grundstück geschlossenen Überlassungsvertrag begründet" sei. Wie bei dem entsprechenden Antrage zum Jagdgesetze war die Einschränkung tatsächlich ebenso unbedeutend, wie grundsätzlich wichtig; die Laudemien waren allermeist rein feudalen Ursprungs und beruhten auf dem Rechte der Verjährung. Der Antrag wurde mit 178 gegen 160 Stimmen angenommen, und nun brachten zwei Mitglieder der Rechten, der Justizrat Gellern und der Oberlandesgerichtsrat Tüshaus, die beide g e g e n den Antrag gestimmt hatten, das Amendement ein, in den vorbehaltenen

Fällen dürfe der Laudemialsatz nicht zwei Prozent übersteigen. Die Absicht lag klar auf der Hand: die Versammlung sollte zu einem Eingriffe in ein Eigentumsrecht bewogen werden, das sie eben selbst als bürgerlich anerkannt hatte. Trotzdem ging die Linke in die plumpe Falle. Kaum aber war das Amendement ohne namentliche Abstimmung angenommen worden, als andere Mitglieder der Rechten, voran der Landgerichtsrat Reichensperger und der Geheime Obertribunalsrat Rintelen, einen feierlichen Protest gegen den von ihren eigenen Fraktionsgenossen veranlaßten Beschluß zu Protokoll gaben, weil er in nicht zu rechtfertigender Weise in das Recht der Verträge eingreife und damit die Existenz jedes Rechtes in Frage stelle.

Es mag genug sein an dieser einen Szene aus der traurigen Komödie, für deren Aufführung sich die Rechte täglich in verschiedene Trupps spaltete. Sie ist nicht völlig zu Ende geführt worden, was noch das Beste an ihr war. Die Versammlung bekam das seltene Kunststück fertig, den Torso eines Gesetzes zusammenzustoppeln, das die besitzenden Klassen und namentlich auch die verbürgerlichte Aristokratie in ihren heiligsten Eigentumsgefühlen verletzte, zugleich aber die Bauern immer mißtrauischer und argwöhnischer machte. Wie hätten sie sich auch in diesem Wust von manchmal vierzig beschränkenden oder erweiternden Amendements zu einem einzigen Paragraphen zurecht finden sollen, in einem Wust, worin sich kaum noch die geriebensten Rechtstiftler zurecht fanden? Wie hätten sie ihre Knochen zu Markte tragen sollen für eine Versammlung, die sie nicht zu emanzipieren, sondern nur zu opfern verstand?

Keineswegs wurde die Lage der Versammlung dadurch gebessert, daß sie unter dem Ministerium Pfuel gleichzeitig mit dem Lastengesetze die ersten Abschnitte der neuen Verfassung beriet. Sie strich dem Könige die „Gnade Gottes" aus dem Titel, schaffte den Adel ab, beseitigte Orden und Titel. Das alles half ihr nichts, im Gegenteile! Eine Politik, die, während sie mit der einen Hand die Truppen abdankt, mit der anderen Hand heftige Herausforderungen an den Feind richtet, ist ihrer Niederlage um so sicherer.

6. Krone und Junker.

Besser wußte die Gegenrevolution die Übergangszeit unter dem Ministerium Pfuel auszunutzen. Sie umklammerte Berlin immer fester mit

hundert Kanonen, mit einer Truppenmacht von vierzig- bis fünfzigtausend Mann. Sie bemühte sich eifrig, in den Massen der Hauptstadt einen Aufruhr zu erregen, der das militärische Einschreiten gestattete.

Am liebsten hätte sie eine kleine Kopie der Pariser Junischlacht veranstaltet. Einen Anlauf dazu nahm sie in der Mitte des Oktober, als arbeitslose Handwerker, die vom Staate bei einem Kanalbau auf dem Köpenicker Felde beschäftigt wurden, eine Maschine zerstörten, die ihnen beim Herannahen des Winters das letzte Stück Brot zu entreißen drohte. Die verzweifelte Stimmung dieser Armen war um so erklärlicher, als es meist an feine Arbeit gewöhnte Leute waren, wie Gold- und Silberschmiede, deren Hände bei der harten Erdarbeit für ihren eigentlichen Beruf immer untauglicher wurden. Das halb ratlose, halb täppische Eingreifen der Bürgerwehr führte zu einem Zusammenstoß, bei dem einige Arbeiter und Bürgerwehrleute getötet wurden, doch gelang es den Abgeordneten der Linken, den Konflikt beizulegen, ehe das Militär herangerufen werden konnte. Die Reaktion machte dann noch einen Versuch, die Arbeiter aufzureizen, indem der den Kanalbau auf dem Köpenicker Felde leitende Baumeister in „höherem Auftrage" verfügte, daß nicht nur die bei der Zerstörung der Maschine beteiligten, sondern auch hundert andere, ganz unbeteiligte Arbeiter zur Strafe entlassen werden sollten. Indessen auch diese barbarische Demagogie schlug fehl. Die einigermaßen entwickelten und organisierten Arbeitermassen wußten recht wohl, wem in diesem Augenblicke mit einem Blutbade gedient war.

Die Gegenrevolution mußte sich an bescheideneren Staatsrettereien genügen lassen. Im Laufe des Oktober begannen tumultuarische Haufen das Schauspielhaus zu belagern, wo die Versammlung tagte. Sie hörten nicht auf die Abgeordneten der Linken, wohl aber auf zweifelhafte Demagogen, wie den Grafen Breßler, der sich bald mit der Linken, bald mit dem Junkerparlamente angefreundet hatte und von dem später in gerichtlicher Verhandlung festgestellt wurde, daß er in den kritischen Tagen des Oktober Arbeiter mit Geld zum Erbauen von Barrikaden anzustiften gesucht hatte. Übrigens war die täglich wehmütigere Klage der Reaktion, daß diese Haufen die parlamentarischen Debatten terrorisierten, ganz hinfällig. Dieselben Abgeordneten der Rechten, die in den Tagen des Sturmes auf das Zeughaus, als wirkliche Proletarier die Versammlung voranzutreiben gesucht hatten, allerdings zu Hause geblieben

waren, spazierten jetzt wohlgemut im Sitzungssaal aus und ein. Sie selbst wagten nicht zu behaupten, daß ihre Abstimmungen durch die Angst vor den Tumultuanten beeinträchtigt würden, sondern bejammerten nur die „gefährdete Würde" der Versammlung, derselben Versammlung, deren Würde sie selbst täglich durch ihre elenden Intriguen zerstörten. Aber auch ganz abgesehen von der Frage, inwieweit reaktionäre Aufhetzungen bei den tumultuarischen Straßenszenen vor dem Schauspielhause mitgewirkt haben, so bezeugen nicht nur alle unbefangenen Urteiler, sondern auch Leute, wie Gneist und Unruh, die einen scharfen Blick schon für die entfernteste Bedrohung von Eigentum und Personen besaßen, daß der ganze Spektakel in freien Ländern kaum eine beiläufige Aufmerksamkeit gefunden haben würde.

Der entscheidende Schlag fiel dann in Wien. Wie die Berliner Revolution, so empfing auch die Berliner Gegenrevolution ihre Losung aus der österreichischen Hauptstadt. Die österreichische Regierung sammelte nach Radetzkys Siegen in Italien ihre halb barbarischen slavischen Völkerschaften, um sich auf die revolutionären Kulturvölker der Deutschen und der Magyaren zu stürzen. Am 31. Oktober stürmte Fürst Windischgrätz das nach tapferer Gegenwehr erliegende Wien. Am Abend dieses Tages nahm das preußische Parlament nach leidenschaftlicher Debatte einen harmlosen Antrag von Rodbertus an, der die Regierung aufforderte, bei dem Reichsverweser schleunige und energische Schritte zu tun, damit die in den deutschen Ländern Österreichs gefährdete Volksfreiheit und die bedrohte Existenz des Reichstags in Wahrheit und mit Erfolg in Schutz genommen und der Friede hergestellt werde. Am 1. November kam die Kunde vom Falle Wiens nach Berlin. Sofort wurde Pfuel entlassen und der Graf Brandenburg mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Brandenburg war eine Dreieinigkeit von Junker, Offizier und Hohenzoller, ein Oheim des Königs, entsprossen aus einer jener Doppelehen, in denen der König Friedrich Wilhelm II. seine Gottesfurcht und fromme Sitte zu bekunden pflegte.

Graf Brandenburg bedeutete den Staatsstreich in der nacktesten Form, in einer Form, die sogar der Rechten über den Spaß ging. Die Versammlung konnte jetzt entweder der Krone offen den Krieg erklären, indem sie sich als selbständige Macht konstituierte, aber diese von Jacoby lebhaft befürwortete Taktik war ihrer Mehrheit viel zu revolutionär. Oder sie konnte auf dem parlamentarischen Wege das neue Ministerium

lahm zu legen versuchen, aber dieser Weg erschien der Mehrheit viel zu aussichtslos. Man einigte sich auf den Antrag des linken Zentrums, durch eine Deputation beim Könige wegen der „Lage des Landes" vorstellig zu werden. Es war ein halber Schritt, der dem Könige mit dem Trotze der Versammlung zugleich ihre Ohnmacht verriet. Das trat schon in der äußeren Form der Adresse hervor, die dem Könige von der Deputation überreicht werden sollte. Jacoby, Bucher und Reichensperger wurden mit ihrer Abfassung beauftragt, und Reichensperger flickte in Buchers vortrefflich stilisierten Entwurf, der den König in ernstem Tone auf die „unendlich traurigen, an das Geschick eines Nachbarstaats erinnernden Folgen" seines Tuns hinwies, allerlei loyale Redensarten ein über das „Herz Sr. Majestät", ein Herz, das stets für das Wohl des Volkes geschlagen haben sollte.

In Sanssouci wurde die Deputation am 2. November nach längeren Verhandlungen mit dem Flügeladjutanten v. Manteuffel, dem späteren Feldmarschall, wirklich beim Könige vorgelassen. Während Unruh die Adresse verlas, schlug der König erst an seinen Degen und kehrte dann der Deputation den Rücken zu, mit einer drastisch einladenden Gebärde, die sich unter den Berliner Gassenjungen großer Volkstümlichkeit erfreute, um das Gegenteil von Hochachtung zu bekunden, im konstitutionellen Verkehre zwischen Krone und Volksvertretung allerdings noch nicht erprobt worden war. Die bestürzte Deputation verharrte erst in Schweigen, als der König nach Verlesung der Adresse das Zimmer zu verlassen begann. Dann raffte sich Jacoby zu der Frage auf, ob der König der Deputation Gehör geben wolle und rief auf die rauhe Antwort: Nein! dem im Nebenraume Verschwindenden die Worte nach, es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollten.

Man hätte denken sollen, daß Jacoby von seinen Genossen beglückwünscht worden wäre, denn durch sein nicht gerade originelles, aber der Situation vollkommen angemessenes Wort hatte er der Deputation wenigstens einigermaßen aus der peinlichen Lage geholfen, in die sie durch das absonderliche Benehmen des Königs versetzt worden war. Jedoch sobald der König das Zimmer verlassen hatte, stürzte die Mehrheit der Deputation mit harten Vorwürfen über Jacoby her, und kaum war der Flügeladjutant wieder eingetreten, als Rodbertus, wie er sich dessen am nächsten Tage in offener Versammlung rühmte, auf ihn zueilte und ihn „dringend bat, zu Seiner Majestät hineinzugehen und zu

sagen, daß wir überzeugt seien, daß Seiner Majestät Gefühl die Adresse der Nationalversammlung und die letztgehörten Worte eines Deputierten zu unterscheiden wissen werde". So waren nun einmal diese Volksvertreter und selbst die besseren unter ihnen: während der König die Schwerter schleifen und die Rosse satteln und die Kanonen laden ließ, um die Volksvertretung mit militärischer Gewalt zu sprengen, verklagten sich die Führer des Parlaments beim Adjutanten des Königs wegen Mangels an untertäniger Ehrfurcht. Diese trübselige Politik mußte der Gegenrevolution frischen Mut einflößen.

Sie hatte ihn nötig genug. Brandenburg wie Wrangel waren nichts weiter, als militärische Schnurrbärte, die mit ihrem Bramarbasieren von der „Kugel im Lauf und haarscharf geschliffenen Schwertern" vorsichtigen Reaktionären geringes Vertrauen einflößten. Damals wurde gewitzelt, der Flügeladjutant v. Manteuffel mache die Straßen Berlins mit einem Revolver unsicher, um Minister zu pressen. In sechs Tagen brachte Brandenburg noch nicht ein halbes Ministerium zusammen; irgend ein Kriegsknecht war ins Kriegsministerium kommandiert worden, und zwei vormärzliche Bureaukraten, Ladenberg und v. Manteuffel, hatten den Unterricht und das Innere übernommen. Für das Auswärtige, den Handel, die Landwirtschaft, die Justiz und die Finanzen fanden sich keine Kandidaten. Die einfache Wiederherstellung des vormärzlichen Absolutismus und Feudalismus war ein so unmögliches Ding, daß höchstens die allerbeschränktesten Junker davon träumten. Wagener erklärte sie unumwunden für eine reaktionäre Utopie, und selbst Brandenburg versicherte unaufhörlich, er sei konstitutionell vom Scheitel bis zur Sohle, obgleich ihm der Konstitutionalismus ein Rätsel mit sieben Siegeln war.

Mindestens mit der Rechten mußte die Gegenrevolution sich zu einigen suchen, ehe sie den vernichtenden Schlag gegen die Versammlung führte. Hier aber ergab sich die Schwierigkeit, daß auch die Rechte wiederholt erklärt hatte, die Versammlung könne von der Krone nicht aufgelöst werden. Das Prinzip der Vereinbarung war sinnlos, weil zwei Souveräne in einem Staate so wenig nebeneinander bestehen können, wie zwei Sonnen am Himmel, aber die Bourgeoisie hatte sich einmal darauf festgefahren und konnte sich nicht im Handumdrehen davon losreißen. Nach diesem Prinzip durfte der König die Versammlung so wenig auflösen, wie die Versammlung den König absetzen durfte. Das

Hangen und Bangen in schwebender Pein dauerte eine ganze Woche, während deren sich die Versammlung mit gleichgültigen Debatten beschäftigte, nachdem sie den Antrag der Linken, einen Sicherheitsausschuß niederzusetzen, noch einmal abgelehnt hatte. In der Stadt herrschte während dieser Zeit die vollkommenste Ruhe. Die Tumultuanten des Oktobers waren wie von der Erde verschlungen, seitdem die Gegenrevolution am Ruder saß, aber sich nicht zu helfen wußte.

Inzwischen fanden sich die schönen Seelen des Grafen Brandenburg und der Rechten. Das Wie? und Wo? ist im einzelnen nicht bekannt geworden, aber das Ergebnis ihrer geheimen Machenschaften trat sofort ans Tageslicht. Durfte der König die Versammlung nicht auflösen, so durfte er doch ihren Sitz verlegen und sie für diesen Zweck vertagen. Einen schönen Vorwand dafür boten die „nicht seltenen anarchischen Bewegungen“ und „verbrecherischen Demonstrationen“ in der Hauptstadt, die auf die „Einschüchterung“ der Versammlung abzielten. Wie konnte die zarte Sorge um die Selbständigkeit der Versammlung ein Attentat auf ihr Leben sein? Es war der alte Plan, den die Rechte schon einmal in den Tagen des Sturms auf das Zeughaus ausgeheckt hatte. Ließ sich die Versammlung darauf ein, so war ein Präjudiz geschaffen, auf Grund dessen im Notfalle bewiesen werden konnte, daß die Krone auch wohl das Recht habe, sie aufzulösen; ging sie nicht darauf ein, so rebellierte sie gegen eine legitime Anordnung der Krone, die nichts Schlimmeres bezweckte, als die Versammlung aus der Gewalt des Pöbels zu erlösen. Bei ihrem sehr gegründeten Zweifel an den geistigen Fähigkeiten des Grafen Brandenburg stellte die Rechte ihm vorsorglich in ihrem Mitgliede Rintelen einen erprobten Rechtsverdreher als Justizminister. Zwar war Rintelen erst am 2. November mit nach Sanssouci gewallfahrtet, um gegen das Ministerium Brandenburg zu protestieren, aber was kam so einem preußischen Obertribunalsrat viel darauf an, heute das Siegel des Rechts auf Gewalttaten zu drücken, die er gestern verflucht hatte? Mit dem sauberen Plänchen in der Tasche begab sich Brandenburg zu Unruh, um ihn auszuhorchen. Und wenn er in der Seele der Bourgeoisie hat lesen können, so wird ihn die sofortige Erklärung Unruhs: die Mehrheit der Versammlung, die Zentren und die Linke und er selbst als Präsident an ihrer Spitze, würden sich der Verlegung und Vertagung nicht fügen, mit aufrichtiger Freude erfüllt haben.

Für Unruh war die absolutistisch-feudale Reaktion eine sehr fatale Sache, und so billig wie die Rechte gedachte er keineswegs sich mit ihr abzufinden. Aber noch weit fataler war ihm eine zweite Revolution des Volks, und sie um jeden Preis zu hindern, war, wie Unruh selbst öffentlich erklärt hat, der eigentliche Grund seiner Widerspenstigkeit. Wenn die Versammlung sich verlegen und vertagen ließ, so ging ihr lange schon erschüttertes Ansehen beim Volke völlig in die Brüche. Dann stand zu befürchten, daß sich „politische Vereine der Bewegung bemeisterten", dann „war der Straßenkampf unvermeidlich", wie Unruh in seinen Denkwürdigkeiten sagt. Widersetzte sich die Versammlung dagegen den Befehlen der Krone, so erfrischte sie ihr Ansehen in den Augen der Massen, so konnte sie in aller Seelenruhe den Karren verfahren, bis ihn keine menschliche Macht wieder ins richtige Geleise zu bringen vermochte. Unruh traute sich mit Recht zu, diese Aufgabe meisterhaft lösen zu können.

Gleichviel aber ob Brandenburg die Sachlage übersah oder nicht: er hatte jetzt einen politischen Faden in der Hand, den er abhaspeln konnte. Am 9. November verkündete er in der Versammlung eine königliche Botschaft, durch die sie nach Brandenburg a. H. verlegt und bis zum 27. November vertagt wurde. Auf Unruhs Erklärung, daß er die Sitzung nicht ohne Zustimmung der Versammlung schließen könne und somit diese Frage zu ihrer Entscheidung stellen werde, protestierte Brandenburg „feierlich" gegen die „ungesetzliche" Fortsetzung der Verhandlungen und verließ den Saal. Er verbarrikadierte sich im Kriegsministerium, und Wrangel rückte mit einer großen Truppenmacht in Berlin ein. Es dauerte nun nicht drei Tage, bis die beiden militärischen Schnurrbärte alles öffentliche Recht unter ihre Reiterstiefel getreten hatten: die Gesetze vom 6. und 8. April, die Gesetze über die Bürgerwehr und den Schutz der persönlichen Freiheit. Dafür schufen sie als neues Recht den Belagerungszustand, für den ihnen jede gesetzliche Handhabe und jeder tatsächliche Anlaß fehlte. Sie etablierten die nackte Herrschaft des Säbels.

---

7. Die Tragikomödie des November.

Durch das Vorgehen der Gegenrevolution gewann die Versammlung einen Rechtsboden, wie ihn das preußische Bürgertum gleich solide weder vorher noch nachher unter den Füßen gehabt hat.

Indem das Parlament dem Befehle der Krone widerstand, befand es sich in seinem vollen Rechte, formell wie materiell und gleichviel, ob die Theorie der Vereinbarung gültig war oder nicht. Selbst wer diese Theorie als maßgebend anerkannte, mußte zu den Schlußfolgerungen kommen, die ein so weit rechts stehender Jurist, wie Gneist, als Berliner Stadtverordneter in die Worte kleidete: „Die Nationalversammlung ist zur Vereinbarung der Verfassung nach Berlin berufen worden. Sie ist nach dem Gesetze zusammengetreten und dem Rufe nach Berlin gefolgt. Sie hat damals und später diese Bestimmung des Orts tatsächlich genehmigt. Einseitige Abänderung in Ort und Zeit ist daher nicht statthaft, weder für die Krone noch für die Versammlung, denn beide stehen sich als selbständige Gewalten gegenüber. Wer das Recht einer Verlegung nach Brandenburg einräumt, muß auch eine Verlegung nach Tilsit, nach Saarlouis oder in eine andere freundnachbarliche Gegend zugestehen; wer eine Vertagung auf vierzehn Tage zugesteht, auch eine Vertagung auf vierzehn Jahre einräumen. Freie Vereinbarung hört auf, wo ein Teil allein Zeit und Ort bestimmen will. Einseitige Bestimmung ist es aber, wo ein Teil allein sich ein Urteil beilegt, ob eine Änderung wesentlich, ob die Gründe dazu genügend sind. Es handelt sich jetzt also nicht um ‚Befehlen und Gehorchen', sondern um Wahrung unserer Rechte." Die Rechtsfrage lag so klar, daß selbst die konservativsten Juristen, wenn sie nur nicht absichtlich das Recht beugen wollten, sie im Sinne Gneists beantworteten, so Bornemann, der Justizminister in dem Ministerium Camphausen.

Die Mehrheit der Versammlung war von ihrem Recht auch überzeugt. Als Brandenburg am 9. November nach seinem „feierlichen Proteste" den Sitzungssaal verließ, war ihm nicht einmal die Rechte vollzählig gefolgt. Einzelne ihrer Mitglieder blieben, sei es aus Gewissensbedenken, sei es aus schlechteren Gründen, bei den Zentren und der Linken zurück. Die etwa 250 Mitglieder, die sich dem Staatsstreiche nicht unterwarfen, sicherten weitaus die Beschlußfähigkeit der Versammlung. Eine von Gierke, dem ehemaligen landwirtschaftlichen Minister, begründete Resolution, die der Krone das Recht absprach, die Versammlung wider ihren Willen zu vertagen, zu verlegen oder aufzulösen, und die verantwortlichen Minister einer schweren Pflichtverletzung gegen die Krone, gegen das Land und gegen die Versammlung zieh, erhielt fast einstimmigen Beifall. Nach dieser zutreffenden Entscheidung der Rechts-

frage kam es darauf an, wie die Versammlung ihr Recht verteidigen und das Unrecht der Krone abwehren würde.

An sich lag die Tatfrage ebenso sonnenklar, wie die Rechtsfrage, und ergab sich unmittelbar aus ihr. Griff die Krone mit Gewalt an, so mußte sich die Versammlung mit Gewalt verteidigen. Irgend ein Recht auf Revolution, über das die „gesetzliche" Bourgeoisie hätte zweifelhaft sein können, kam dabei nicht ins Spiel. Es handelte sich einfach um die gesetzliche Abwehr eines ungesetzlichen Angriffs, und die Verteidiger mußten sich gern oder ungern den Waffen bequemen, welche die Angreifer wählten. Ein Volk, in dessen Grenzen ein fremder Eroberer mit Waffengewalt einbricht, verteidigt seine Herde auch mit Waffen, und die Hochverräter Brandenburg und Wrangel waren gefährlicher und hassenswerter als fremde Eroberer. Betrachtete sich die Versammlung nach dem Rechtsbruche der Krone als die einzige rechtmäßige Macht im Lande, wie sie es denn auch wirklich war, so mußte sie das Volk aufrufen zum Widerstande um jeden Preis, und gegen bewaffnete Bedränger auch zum bewaffneten Widerstande. Das war ihre Pflicht, wie es ihr Recht war, sobald die Krone sie gewaltsam zu sprengen versuchte.

An dieser Sachlage wurde auch dann nichts geändert, wenn die Versammlung befürchtete, durch ihre schweren Fehler das Vertrauen des Volks verscherzt zu haben, wenn sie besorgte, keine den Machtmitteln der Krone überlegenen Machtmittel aufbieten zu können. Einen Kampf ums Recht aufzugeben, weil er möglicherweise mit einer Niederlage enden kann, ist die Sache von Feiglingen, nicht von Männern. Wäre Leonidas bei den Thermopylen mit seinen Dreihundert umgekehrt, weil er dem Heere der Perser unterliegen müsse, so würde er in der Geschichte nicht als Held, sondern als Schelm oder Narr fortleben. Was aber vom Kriege gilt, das gilt auch von der Revolution. Marx verurteilte später die Taktik der preußischen Versammlung in der Novemberkrisis, indem er sagte: „Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampfe ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung wie ein leicht gewonnener Sieg." Wagte die Versammlung den Kampf selbst auf die Gewißheit der Niederlage hin, so konnte sie die Schuld ihrer Vergangenheit löschen und die Hoffnung ihrer Zukunft retten: nie wäre dann der preußische Parlamentarismus auf ein halbes Jahrhundert hin dazu verurteilt gewesen, den Schatten an der Wand zu spielen. Oben=

drein war aber der Kampf noch gar nicht aussichtslos, vorausgesetzt, daß die Versammlung energisch, klar und rasch zu handeln verstand.

Die Gelegenheit dazu wurde ihr noch an demselben Tage geboten. Mit echt preußischer Frivolität befahl der Minister des Innern durch den Polizeipräsidenten dem Kommando der Bürgerwehr, das Schauspielhaus für die Versammlung zu sperren. Das Kommando weigerte sich mit der zutreffenden Begründung, daß die Bürgerwehr nach dem Bürgerwehrgesetze verpflichtet sei, die „verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung“ zu schützen, nicht aber sie zu verletzen, und daß sie nach demselben Gesetze weder vom Minister des Innern, noch vom Polizeipräsidenten, sondern nur von der Gemeindebehörde Befehle anzunehmen habe. Rimpler übersandte diesen Briefwechsel an Unruh, und dieser berief die Versammlung schleunigst für den 10. November morgens fünf Uhr ein, da der Polizeipräsident erklärt hatte, wenn die Bürgerwehr nicht bis sechs Uhr morgens ihre Bereitwilligkeit erklärt habe, so würden die königlichen Behörden „die geeignet erscheinenden Maßregeln“ selbst ergreifen.

In dieser entscheidenden Sitzung lagen der Versammlung drei Kundgebungen vor, die ihr Handeln bestimmen konnten. Eine Deputation des Magistrats bot sich zur Vermittlung zwischen Krone und Parlament an, sie forderte „versöhnliche Schritte“ der Versammlung und namentlich die Verhütung von Blutvergießen. Die Bürgerwehr überreichte die zwischen ihrem Kommando und dem Polizeipräsidium gewechselten Schriftstücke, ohne eine besondere Aufforderung daran zu knüpfen, also mit der stillschweigenden Andeutung, daß sie sich zwar nicht zu Attentaten auf die Versammlung mißbrauchen lassen werde, aber damit ihren Heldenmut auch als erschöpft zu betrachten bitte. Endlich forderten die organisierten Arbeiter Berlins, „das Berliner Bezirkskomitee für deutsche Arbeiterverbrüderung, zu welcher“ — wie Unruh bei der Verlesung sagte — „nach den Unterschriften eine große Zahl der hiesigen Gewerke gehört“, die Versammlung zu bewaffnetem Widerstande auf. In der kurzen Adresse hieß es: „Die Arbeiter Berlins sind bereit und gerüstet, eurem Rufe Folge zu leisten, wenn man es wagen sollte, die Rechte des Volkes in seinen Vertretern zu verletzen; sie bieten euch ihren Arm und ihr Herzblut gegen jeden Feind, der Hochverrat üben wollte an euch und den Freiheiten des Volkes.“ Ohne eine Debatte über diese Kundgebungen zu eröffnen, legte Unruh dar, „versöhnliche Schritte“

könne die Versammlung nicht mehr machen, aber allerdings müsse Blutvergießen vermieden werden. Dem Ministerium müsse jeder Vorwand zu Gewalt- und Zwangsmaßregeln, zur Erklärung des Belagerungszustandes ꝛc. genommen werden. Es sei passiver Widerstand zu leisten, und es genüge, wenn sich die Versammlung „nur mit Gewalt“ von ihren Plätzen vertreiben lasse. Die wahre Entscheidung liege in der Hand des Landes. Solange die Presse, solange das Assoziationsrecht nicht von neuem geknebelt sei, könne das Land ohne Blutvergießen die Reaktion besiegen. Ließe das Land es an genügenden Protesten fehlen, so habe es sich selbst zuzuschreiben, wenn die eben aufblühende Freiheit wieder verdorre.

Da Unruh besser als irgend wer wußte, was ohnehin die Spatzen von allen Dächern pfiffen, daß nämlich die Gegenrevolution eben daran sei, die Assoziations- und Preßfreiheit „von neuem zu knebeln“ und den Belagerungszustand zu verhängen, gleichviel ob mit oder ohne Grund, so leuchtet das sinnige Heldentum seiner grundsätzlichen Erklärung von selbst ein. Tatsächlich knüpfte er daran die Aufforderung an die Bürgerwehr, die Versammlung, falls sie von militärischer Gewalt bedroht werde, nicht aktiv zu schützen, sondern nur passiven Widerstand zu leisten. Und zu der Adresse der Arbeiter sagte er: „Wir sind weit entfernt, meine Herren, wenn ich Ihre Meinung richtig aufgefaßt habe, diese Männer, deren Kraft und deren Blut dem Vaterlande gehört, zu veranlassen oder auch nur es zu dulden, daß sie zur unrechten Zeit und am unrechten Orte diese dem Vaterlande gewidmeten Kräfte aufopfern.“ Unruh war ein zu geriebener Bourgeois, um Arbeiterfäuste, die auch nur im Interesse der Bourgeoisie despotisches Unrecht zerschmettern wollten, nicht doch am unrechten Orte und zur unrechten Zeit zu sehen; nach ihm gehörten Blut und Kraft des Proletariats ausschließlich dem „Vaterlande“, worunter er den Profit des Kapitals verstand.

Die Versammlung nahm die Erläuterungen ihres Präsidenten mit „allgemeinem Bravo“ entgegen. Irgend ein Widerspruch erhob sich nicht. Ja, sie erließ noch in derselben Sitzung einen Aufruf an das Volk, „in dem schweren Augenblick, wo die gesetzliche Vertretung des Volkes durch Bajonette auseinandergesprengt wird, auch keinen Augenblick den Boden des Gesetzes zu verlassen“. Sie fuhr dann, um ihre Unabhängigkeit von der Regierung dadurch zu beweisen, daß sie organische Gesetze ohne Beisein von Ministern beriet, in der Verhandlung über

das Lastengesetz fort, aber unter Bedingungen, die das ländliche Proletariat ebenso abkühlen mußten, wie das städtische Proletariat schon durch Unruhs Erklärung abgekühlt worden war. Die paar in der Versammlung gebliebenen Mitglieder der Rechten beanspruchten, daß die erweiternden Amendements zu dem Gesetze auf den Widerspruch eines einzelnen Mitgliedes in die Kommission zurückverwiesen werden müßten, und die Versammlung genehmigte diesen Anspruch. Sie gab die Interessen der Bauern preis, um den Rechten derjenigen Mitglieder nichts zu vergeben, die pflichtvergessen der Versammlung den Rücken gekehrt hatten.

Nun erst recht führte diese sogenannte Nationalversammlung als possenhafte Travestie auf, was die französische Nationalversammlung sechzig Jahre früher als historisches Drama aufzuführen gewußt hatte.

So wollte die Vorlage der Regierung die ungemessenen Dienste, die rein feudalen Ursprungs waren und nirgends auf Vertrag beruhten, die sogar schon von der vormärzlichen Gesetzgebung als Folgen der Erbuntertänigkeit anerkannt worden waren, unentgeltlich abschaffen, aber nur in ein paar Winkeln der Provinzen Sachsen und Westfalen, wo sie noch bestanden, während sonst in den westlichen Landesteilen die französische Fremdherrschaft schon gründlich mit diesen Überbleibseln christlich-germanischer Herrlichkeit aufgeräumt hatte. Jedoch der Antrag, die ungemessenen Dienste überhaupt ohne Entschädigung aufzuheben, also auch in den östlichen Provinzen, wo sie greulich ausgewuchert waren, mußte zurückgelegt werden, weil ein Mitglied der Rechten der Beratung widersprach. So wollte ferner die Vorlage der Regierung die Jagd-, Treiber-, Hundeleit-, Jagdbotendienste, auch die unter dem Namen Hundebrot, Hundekorn, Hundehafer, Hundeackerkorn, Hundeackerhafer, Hundeackerzins, Hundsatzung vorkommenden Abgaben unentgeltlich abschaffen. Eine Reihe von Amendements beantragte, in dies mittelalterliche Schurr-Murr noch mit hineinzuwerfen Hetzgetreide, Jagdgeld, Spinngeld, Wirkegeld, Holzspaltegeld, Flachs- und Federposenlieferung, Hanf-, Docht-, Sumpf-, Ablager- und Heuergeld, Häckselschneider- und Deckerlohn, Dienst- und Weidehafer, Pfeffergeld u. s. w., u. s. w. Aber keines dieser Amendements gelangte zur Verhandlung, weil jedesmal ein Mitglied der Rechten widersprach. Und so stundenlang fort.

Es war eine blutige, aber verdiente Ironie des Schicksals, daß mitten in dies unwürdige Spiel hinein die Meldung gelangte, das von der

Bürgerwehr bewachte Schauspielhaus sei nun auch von Truppen umstellt. Ein homerisches Wortgefecht, das Rimpler und Wrangel an der Spitze ihrer Scharen führten, endete mit der Versicherung des Generals, er ginge nicht eher, und müßte er acht Tage auf dem Platze biwakieren, bis die Abgeordneten das Haus verlassen hätten, das er nach ihrem Abzuge zu verschließen beabsichtige. Die Bürgerwehr wollte nun nicht ohne die Versammlung abziehen und so stellte der Präsident fest, daß die Militärgewalt eingetreten sei. Unter „allgemeinem Bravo", womit in diesen Tagen sehr verschwenderisch umgegangen wurde, erklärte die Versammlung, sie weiche „nur der militärischen Gewalt" und zog mit der Bürgerwehr ab. Darauf besetzten die Truppen das Schauspielhaus und machten es sich zur staatsretterischen Kurzweil, die Archive der Versammlung zu zerstreuen.

Am 11. November löste das Ministerium die Bürgerwehr auf, wozu der König aus „wichtigen, in der Auflösungsordre näher anzugebenden Gründen" formell berechtigt war. Um so nachdrücklicher wurde die materielle Ungesetzlichkeit der Maßregel durch den einzigen Grund erhärtet, der in der Ordre angegeben war: die Bürgerwehr wurde aufgelöst, weil sie sich geweigert hatte, dem formell wie materiell gleich ungesetzlichen Befehle des Polizeipräsidenten zu gehorchen und das Schauspielhaus zu sperren. Die Versammlung, die an diesem Tage im Schützenhause zusammentrat, erklärte die Auflösung der Bürgerwehr für ungesetzlich und jeden Beamten oder Bürger, der daran mitwirken würde, für einen Verräter am Vaterlande, fügte aber die vorsichtige Klausel hinzu, sie fordere das Ministerium auf, seine Ordre zurückzunehmen, und dieser Zurücknahme möge die Bürgerwehr wie die Bevölkerung Berlins in ruhiger Haltung entgegensehen. Rimpler legte sofort sein Kommando nieder. Die Majore der Bürgerwehr taten noch ein Übriges, indem sie sich in der Nacht vom 11. auf den 12. November versammelten, um zu beraten, ob aktiver oder passiver Widerstand geboten sei. Eine Deputation der Arbeiterverbrüderung forderte sie zu aktivem Widerstand auf und verbürgte sich für die kräftige Unterstützung des Proletariats, aber auch Waldeck erschien mit einigen Abgeordneten der Linken und sagte, es sei nicht seine Sache, den Majoren einen Rat zu erteilen, er sei kein Mann der Waffe und von militärischen Wissenschaften verstehe er nichts, jeder müsse wissen, was er zu tun habe, und was der abwiegelnden Redensarten mehr waren. Die sehr schwach be-

suchte Zusammenkunft verlief sich nach einigem wirren Gerede, und die Entwaffnung der Bürgerwehr ging „in ruhiger Haltung“ vor sich.

Die militärischen Schnurrbärte waren wieder am Ende ihres Lateins. Sie mußten und wollten den Belagerüngszustand verhängen, um die Assoziations- und Preßfreiheit abzuwürgen, aber die Bürgerwehr ließ sich in aller Gemütlichkeit entwaffnen, und die papierenen Proteste der Versammlung krümmten keinem Menschen ein Haar. In dieser Not griff bürgerliche Dummdreistigkeit der militärischen Ratlosigkeit hilfreich unter die Arme. Am 12. November erschien eine Deputation der städtischen Behörden vor dem versammelten Staatsministerium, um seine Demission anzuregen. Brandenburg hatte die Fassung, diese Zumutung, deren anmutiger Humor selbst seinem Fassungsvermögen nicht entging, mit „ruhiger Würde“ abzulehnen, wie der Augenzeuge Gneist berichtet. Dann aber platzte der Sprecher des Magistrats mit den Worten hervor, „es seien soeben, wir wüßten nicht wie, viele tausend Waffen der Bürgerwehr in die Hände des demokratischen Klubs und der Arbeiter gekommen, und wir müßten daher, um ein schreckliches Blutvergießen zu verhüten, gegen die Auflösung der Bürgerwehr und den angedrohten Belagerungszustand protestieren.“ Bei diesen Worten, deren sachlicher Inhalt rein aus den Fingern gesogen war, ging ein vergnügtes Grinsen — „einen Sonnenblick freudiger Überraschung“ nennt es der höfliche Gneist — über die Gesichter der versammelten Minister, und sie antworteten augenblicklich, eben mit Rücksicht auf diese höchst dringlichen Umstände müsse der Belagerungszustand erklärt werden, was denn auch noch am selben Tage geschah.

Alle Klubs wurden sofort geschlossen, Versammlungen über zwanzig Personen verboten, die Veröffentlichung von Plakaten, Zeitungen und anderen Schriften an die Genehmigung der Polizei gebunden. Allen mißliebigen Organen der Presse blies die Polizei augenblicklich das Lebenslicht aus; den alten Philisterblättern schärfte sie ein, daß ihr Lebensfaden zerschnitten werden würde, falls sie etwas zu gunsten der Versammlung oder zu ungunsten der Regierung veröffentlichen sollten. Dazu kam eine Masse ungesetzlicher Haussuchungen, Verhaftungen und anderer Chikanen, so die alsbald auf Rodbertus angewandte Befugnis der Polizei, alle Fremde, „die sich über den Zweck ihres hiesigen Aufenthalts nicht genügend legitimieren könnten“, binnen vierundzwanzig Stunden auszuweisen, und die Einsetzung von Kriegsgerichten, denen

alle unterstellt wurden, die durch eine „verräterische Handlung" den Truppen Gefahr oder Nachteil bereiten würden.

Auf die Kunde dieser Vorgänge eilte die Versammlung ins Schützenhaus. Sie fand das Haus selbst und den Stadtteil, worin es lag, von Bewaffneten überschwemmt, von Bewaffneten nicht aus der Bürgerwehr, sondern aus den fliegenden Korps, die, aus jüngeren Kaufleuten, Technikern, Künstlern, Studenten zusammengesetzt, stets etwas kräftiger aufgetreten waren. Sie verlangten kategorisch, die Volksvertretung schützen zu dürfen. Ebenso kategorisch antwortete Unruh, die Versammlung verlange ihren Schutz nicht, und Waldeck als Vizepräsident stimmte ihm zu. Unruh trieb die Bewaffneten fort, indem er sich weigerte, vor ihrem Abzuge die Sitzung zu eröffnen. In der Sitzung selbst wurde der verhängte Belagerungszustand für ungesetzlich erklärt, aber diesmal der übliche Vers nicht angehängt, die Bevölkerung möge ihm keinen tätlichen Widerstand entgegensetzen. Jung von der Linken schwang sich zu der Erklärung auf, man möge doch nicht immer das Volk schulmeistern und durch solche Ermahnungen den Schein hervorrufen, als sei es nicht etwa auch zum tätlichen Widerstande gegen die widerrechtliche Gewalt berechtigt. Wolle die Versammlung das Volk nicht zu den Waffen rufen, so möge sie doch auch nicht davon abmahnen. Allmählich erwachte ein Gefühl der Scham in der Versammlung. Während Hunderte aufmunternder Adressen aus allen Teilen des Landes sie überschwemmten, arbeitete sie an der Quadratur des Kreises, wollte sie die Freiheit schützen, vorausgesetzt, daß dabei kein Tropfen Blut floß.

Bereits am 11. November hatte die Linke die Steuerverweigerung beantragt, freilich nur mit dem Erfolge, daß der Antrag in eine Kommission abgeschoben wurde, nachdem Unruh verheißen hatte, auch ohne dies „letzte friedliche Mittel" werde die „Stimme des Landes" das „Gequieke der Reaktion" übertönen. Als nun aber die Reaktion nicht „quiekte", sondern sich in immer ungesetzlicheren Gewaltmaßregeln überstürzte, obgleich die „Stimme des Landes" immer lauter ertönte, brachte die Linke am 12. November abermals den Antrag ein, das hochverräterische Ministerium sei zur Verwendung der Staatsgelder und Erhebung der Steuern nicht berechtigt. Bucher schlug dazu eine Resolution vor, die den Fahneneid für unverbindlich erklärte, wenn das Heer zur Ausführung ungesetzlicher Handlungen, wie des Belagerungszustandes, befehligt würde, und in ähnlichem Sinne wollten einige Mitglieder der

Linken eine Proklamation erlassen wissen, worin die „Brüder im Heere" aufgefordert werden sollten, die „gesetzliche Haltung" der Versammlung anzuerkennen. Alles das ging aber den paar Mitgliedern der Rechten viel zu weit, und sie drohten, die in dieser Sitzung gerade nur noch beschlußfähige Versammlung durch ihren Austritt beschlußunfähig zu machen, wenn von solchen Plänen nicht abgesehen würde. Die Anträge, die sich auf das Heer bezogen, wurden zurückgenommen, und selbst Ziegler gab ihnen, überwältigt von seinem preußischen Staatsfanatismus, den er bald bitter genug büßen sollte, einen Fluch mit auf den Weg, indem er die Disziplin als die Mutter der Siege feierte. Gegen die Steuerverweigerung hatte sich schon die Mehrheit der Kommission erklärt, und bis zu ihrem schriftlichen Berichte wurde der Beschluß darüber vertagt. Die wenigen Mitglieder der Rechten, die das formelle Lebensrecht der Versammlung entschieden, entleerten dieses Recht zugleich jedes materiellen Inhalts.

Nach Verhängung des Belagerungszustandes ging das Ministerium gegen die Versammlung als einen Privatklub von mehr als zwanzig Personen schärfer vor. Dennoch gelang es ihr, noch drei Sitzungen am 13., 14. und 15. November abzuhalten. Sie machen in den stenographischen Berichten einen überaus beschämenden Eindruck. Die Minister wurden abermals zu Hochverrätern erklärt und dem — Staatsanwalt denunziert, Adressen wurden unter stürmischem Beifall verlesen, dazwischen erzählten ein Vizepräsident und ein paar Schriftführer, die nach der Sitzung vom 13. November im Saale des Schützenhauses zurückgeblieben waren, um Deputationen abzuwarten und zu bescheiden, mit wie unerwarteter Höflichkeit sie vom Militär hinauskomplimentiert worden seien. Der Vizepräsident erklärte gerührt, es sei zwar rohe, aber nicht brutale Gewalt gegen ihn angewandt worden, der eine Schriftführer schilderte beweglich, wie ihn ein Soldat, „ein großer starker Mann, so zart wie dies zarter nicht geschehen konnte, Arm in Arm, mehr als Bruder, denn als Gegner", die Treppe hinab expediert habe, und der andere Schriftführer fügte hinzu, den Soldaten seien „die Tränen heruntergeperlt aus ihren Augen". Ein Mitglied der Linken protestierte zwar gegen diese Bewunderung der preußischen Tyrannei, sobald sie auf Socken herangeschlichen komme, wurde aber für einen so frivolen Spott durch die „Mißbilligung" der Versammlung bestraft. Unterweilen wurde dann freilich auch sorgsam jedes barsche Wort

protokolliert, das irgend ein Leutnant irgend einem Mitgliede hatte zukommen lassen. Die guten Menschen und schlechten Musikanten gebärdeten sich, als handle es sich nicht um einen historischen Prozeß zwischen Krone und Volk, sondern um einen Injurienhandel, der in seinem Für und Wider stark des Beweises bedürftig sei.

Nur die Haupt- und Staatsaktion der Steuerverweigerung lag der Versammlung noch schwer im Magen. Hatte sie Brandenburg und Genossen so und so oft für Hochverräter erklärt, so konnte, ja mußte sie ihnen auch das Recht absprechen, Steuern zu erheben und Staatsgelder zu verwenden. Aber unter dieser Voraussetzung war die Steuerverweigerung nicht der letzte Schritt des passiven, sondern der erste Schritt des aktiven Widerstandes. Sollte die Steuerverweigerung ein „friedliches Mittel" bleiben, so ließen sich allerlei konstitutionelle Flöhe darüber fangen, ob die Versammlung trotz des Steuerbewilligungsrechtes, das den künftigen Volksvertretern im Gesetze vom 6. April eingeräumt worden war, die im laufenden Jahresbudget bereits ausgeworfenen Steuern verweigern dürfe.

Die Frage rückte der Versammlung viel zu nahe auf den Leib, als daß sie nicht bloß den Mitgliedern der Rechten, sondern auch vielen anderen Mitgliedern sehr unbequem gewesen wäre. Nach einer nochmaligen Beratung verwarf die Kommission mit fünf gegen drei Stimmen wiederum die Steuerverweigerung. Aber die Adressen und Deputationen wurden immer dringender, und so verfiel Unruh auf eine besonders schlaue Taktik. Als in der Sitzung vom 14. November, die im Saale der Stadtverordneten stattfand, Gerüchte vom Anmarsche des Militärs erschollen, erklärte er: wenn die Versammlung nochmals vertrieben würde, so würde er sie nicht wieder einberufen, bis sie sicher tagen könne, denn es sei ihrer nicht würdig, sich von einem Stadtteil in den anderen jagen zu lassen. Das Militär kam aber nicht, und als Waldeck nun unter heftigem Widerspruche der Rechten die Entscheidung über die Steuerverweigerung verlangte, bat ihn der Präsident, er möchte sich noch bis zum nächsten Tage gedulden, um die „glorreiche Stellung" der Versammlung nicht durch irgend eine Uneinigkeit zu stören. Unruh verhieß, er werde die Versammlung, da sie nicht gesprengt worden sei, für den nächsten Morgen in denselben Saal berufen. Mit diesem Versprechen ließ sich Waldeck beschwichtigen und willigte in den Aufschub. Nach Schluß der Sitzung aber wurde der Saal vom Militär besetzt,

und Unruh glaubte nun, mit der Volksvertretung selbst auch die Steuerverweigerung beerdigt zu haben.

Ganz so würdelos, wie ihr würdiger Präsident, dachte die Versammlung nun aber doch nicht. Durch eine schriftliche Aufforderung, die von mehr als 202 Mitgliedern, der beschlußfähigen Anzahl, unterzeichnet worden war, wurde der Präsident gezwungen, die Versammlung noch einmal auf den Abend des 15. November in das Hotel Mielentz einzuberufen. Die Freunde wie die Gegner der Steuerverweigerung drängten gleichermaßen dazu. Einerseits war jetzt die Kommission zu der Ansicht gelangt: die Handlungen und Maßregeln der Regierung seien zu einem solchen Extrem von Gewalt, List und Ungerechtigkeit vorgeschritten, die Versammlung sei mit einem solchen Netze von Gewalt und Hinterlist umstrickt, daß ihr nichts übrig bleibe, als zu diesem äußersten Mittel zu greifen, selbst für den Fall, daß sie die Anarchie ins Land werfen sollte. Andererseits wollten die Gegner die brenzlich gewordene Frage, ehe sie zu heller Flamme aufschlug, gern austreten oder doch schlimmstenfalls den Beschluß so verklausulieren, daß er zum reinen Nichts würde. Sie hatten den Antrag vorbereitet, daß zwar die Steuern nach wie vor forterhoben, auch die feststehend darauf angewiesenen Zahlungen davon entrichtet, aber die Überschüsse nicht dem Ministerium Brandenburg zur Disposition gestellt, sondern von den Erhebungsbehörden bei eigener Verantwortlichkeit einbehalten werden sollten. Herrlicher konnte der passive Widerstand ja auch nicht beleuchtet werden als dadurch, daß der Widerstand gegen den Staatsstreich auf die widerstandsloseste aller Klassen geschoben wurde, auf die vom Ministerium mit Leib und Leben abhängige Bureaukratie.

Vor dieser letzten Entwürdigung wurde die Versammlung durch das rechtzeitige Eintreffen des Militärs bewahrt. Während der donnernden Philippika, die ein Mitglied gegen die Steuerverweigerung hielt, besetzte der Major Herwarth, der spätere Feldmarschall, mit einem Pikett Soldaten das Haus. Kaum sah Unruh die rettenden Helme im Saale erscheinen, als er verkündete, er werde in Gegenwart der Bajonette nicht zur Abstimmung schreiten. Und nach einigem Parlamentieren mit Herwarth sprach er eben die sakramentale Formel aus, daß „wir abermals der Gewalt weichen", als die Versammlung in einer augenblicklichen Aufwallung des Temperaments protestierte und die Abstimmung verlangte. Rodbertus komplimentierte in seiner verbindlichen Weise den

Major für einen Augenblick hinaus, und die Steuerverweigerung wurde einstimmig beschlossen, in der schwächsten bis dahin vorgeschlagenen Form, wonach das Ministerium Brandenburg nicht berechtigt sein sollte, über die Staatsgelder zu verfügen und die Steuern zu erheben, so lange die Versammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzusetzen vermöge. Der Präsident erklärte den Beschluß für „rechtsgültig gefaßt" und schloß die Sitzung.

Sofort aber berief der vorsichtige Mann die Beamten der Versammlung zu einer Konferenz, worin festgestellt wurde, der Beschluß sei noch gar kein Beschluß, denn der angenommene Antrag habe erst schriftlich vorgelegen, und Paragraph soundsoviel der Geschäftsordnung bestimme, daß über nicht gedruckte Anträge, sofern sie genehmigt würden, nach erfolgtem Druck nochmals ohne Diskussion abgestimmt werden müsse. Zwar hatte der Präsident erst einen Tag vorher ausgeführt, die Verletzung dieser rein formalen Bestimmung beeinträchtige keineswegs die materielle Gültigkeit von Beschlüssen, indessen guter Rat konnte ihm ja über Nacht gekommen sein. Nur mußte er dann allerdings entweder die Versammlung noch einmal zur Vollziehung jener Formalität einberufen oder aber, wenn er das durchaus nicht wollte, mindestens die Steuerzahler öffentlich benachrichtigen, daß der Beschluß, den er öffentlich als „rechtsgültig gefaßt" verkündet hatte, eben doch nicht rechtsgültig sei. Das bescheidenste Maß von Ehr- und Pflichtgefühl mußte ihm verbieten, die Wähler, denen natürlich nicht alle knifflichen Formalitäten der Geschäftsordnung gegenwärtig sein konnten, geflissentlich irre zu führen. Gleichwohl entschied sich die Konferenz dahin, es sei nicht die Sache der Versammlung, Belehrungen über ihr Reglement zu veröffentlichen. Nachdem diese braven Bourgeois ihre kostbaren Leiber salviert hatten, kam es ihnen nicht weiter darauf an, auf etwaige Unkosten ihrer Wähler die todesmutigen Helden zu spielen.

Unter solchen Umständen war der Beschluß der Steuerverweigerung ein Stoß in die Luft. Er wurde von einzelnen revolutionären Brennpunkten, namentlich im Rheinlande und in Schlesien, dazu benutzt, den bewaffneten Widerstand anzufachen, aber diese einzelnen Brände verzehrten sich in sich selbst, da die Versammlung nicht daran dachte, ein großes Feuer zu entzünden, indem sie die Steuerverweigerung organisierte. Als später einige Dutzend Steuerverweigerer wegen angeblicher Aufwiegelung ihrer Wähler gerichtlich belangt werden sollten,

wiesen sie überzeugend ihre völlige Unschuld nach. Schulze-Delitzsch durfte sich sogar rühmen, die Bürger seiner Vaterstadt zurückgehalten zu haben, als sie schon auf dem Wege gewesen seien, ein Waffendepot der Landwehr zu stürmen, und nur der einzige Bucher wurde überführt, seine Wähler und namentlich auch städtische Behörden seiner heimatlichen Provinz zur Beschlagnahme der königlichen Kassen, zur Vertreibung der dem hochverräterischen Ministerium gehorsamen Beamten, zum bewaffneten Widerstande gegen bewaffnete Attentate, kurzum zu alledem aufgefordert zu haben, was die Mitglieder der Versammlung hätten tun müssen, wenn sie mit der Steuerverweigerung etwas anderes als einen Firlefanz beschlossen haben wollten.

Nachdem Unruh und Genossen den Karren glücklich verfahren hatten, gedachten sie sich in der Stadt Brandenburg zur Fortsetzung der parlamentarischen Schaumschlägereien einzufinden. Allein diese Rechnung war ohne das Ministerium Brandenburg gemacht. Sobald die Gegenrevolution sicher war, daß die Massen nicht mehr hinter der Versammlung ständen, bewies sie jene praktische und taktische Überlegenheit, die der Politik des preußischen Junkertums vor der Politik der preußischen Bourgeoisie eigen ist. Am 5. Dezember löste das Ministerium die Versammlung auf, erließ aber gleichzeitig nach deren eigenen Konzepten eine Verfassung, die durch eine nach allgemeinem Stimmrechte gewählte Versammlung revidiert werden sollte. Freilich war die Verfassung in einigen der wesentlichsten Bestimmungen arg verstümmelt, freilich sollte neben der neuen Versammlung noch eine erste, nach starkem Zensus gewählte Kammer zur Revision berufen werden, aber der Glanz freiheitlicher Grundsätze strahlte in der von königlicher Hand gespendeten Urkunde so hell, daß die Vorbehalte leicht übersehen wurden, an denen die ganze Herrlichkeit wieder hängen bleiben konnte.

Gleichzeitig versprach die Regierung, der nächsten Volksvertretung eine lange Reihe namentlich aufgezählter Gesetze vorzulegen, die den preußischen Staat auf bürgerliche Grundlagen stellen sollten. Als Probe ihres guten Willens streichelte sie zunächst durch Aufhebung des Zeitungsstempels die Presse der Bourgeoisie, wo sie am kitzlichsten war, erfüllte sie den braven Bürger durch einen Erlaß über Einführung von Schwurgerichten mit kurulischem Stolze, suchte sie endlich durch eine Verordnung über die interimistische Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien den gefährlichsten Herd der bäuer-

lichen Rebellion auszulöschen. Es gelang ihr weniger durch die etwas milderen Bestimmungen dieser Verordnung, als durch die fliegenden Kolonnen, die in Schlesien streiften, und namentlich durch die Enttäuschung, die das Parlament den Hoffnungen der Bauern bereitet hatte. Hierauf spekulierte die Gegenrevolution. Sie klagte den Bauern wehmütig ihr Leid, weil sie ihnen endgültig nicht vor dem Zusammentritte der neuen Kammer helfen könne, aber schuld daran sei einzig die aufgelöste Versammlung, die, statt für das Wohl der Bauern zu sorgen, das der Krone so sehr am Herzen liege, sich mit „unaufhörlichen Interpellationen über Dinge, die ihrem wahren Berufe gänzlich fern lagen", abgegeben habe. Es war eine ungewöhnlich dreiste Vorspiegelung, denn gerade die eifrigere Beratung des Lastengesetzes durch die Versammlung hatte die Krone und die Junker vielleicht am stärksten zum Staatsstreich angetrieben, aber allerdings, daß diese Vorspiegelung sich überhaupt herauswagen durfte und noch dazu mit einem gewissen Scheine von Wahrheit, das hatte die Versammlung sich selbst zuzuschreiben.

Nun zeigte sich, daß sie sich nicht bloß zwischen zwei, sondern sogar zwischen drei Stühle zu setzen gewußt hatte. Sie wurde von ihrer eigenen Klasse verlassen. Das Ministerium spendete mit freigebiger Hand so ziemlich alles, was die Versammlung hatte gewähren wollen, und mochte dies oder jenes noch fehlen, so wurden die Lücken reichlich ausgeglichen durch die Hoffnung auf die Wiederbelebung des Kredits und die Wiederherstellung der Ruhe, die ein ungestörtes Funktionieren der Ausbeutungsmaschinerie gestatteten. Die guten Bürger bildeten sich ein, es werde bei dem bewenden, was die Gegenrevolution im Augenblick zu versprechen für gut befand.

Kläglicher noch als die Bourgeoisie gebärdeten sich die gelehrten Klassen, die ihr vornehmlich die parlamentarischen Vorkämpfer gestellt hatten: die städtische Bureaukratie, die Universitäten, namentlich aber die Gerichte. Mit einzelnen Ausnahmen überboten sich die Magistrate der großen Städte in servilen Kundgebungen, und achtzig Professoren der Berliner Universität, darunter Männer wie die beiden Grimms, Schönlein, Ehrenberg, Boeckh brachten es fertig, in einer Adresse an den König der gesprengten Nationalversammlung nachzureden, daß sie „die Ehre der deutschen Nation geschändet" habe. Wie sich die Gerichte, gewissermaßen um ihre rebellischen Gelüste zu sühnen, den Bajonetten unterwarfen, wie sie unter offener und wissentlicher Verhöhnung der

Gesetze jeden Gewaltakt mit dem ehrwürdigen Schimmer des Rechts zu verkleiden wußten, das steht mit unauslöschlichen Lettern in der Geschichte der preußischen Justiz geschrieben, freilich weder als erster noch als letzter Fall der Art in diesem Tempel der Gerechtigkeit, dem die unbelehrbare Knechtsgeduld des teutschen Michels nicht anders als mit heiliger Scheu zu nahen wagt.

Jedoch am kläglichsten fast benahm sich die deutsche Nationalversammlung in der Tragikomödie des November. Sie sandte einige Kommissare nach Berlin, die zwischen Krone und Parlament vermitteln sollten, sich aber unmöglich machten, entweder wie Simson durch eitle Wichtigtuerei, hinter der rein gar nichts steckte, oder aber wie Bassermann durch blöde Erfindungen, womit sie Berlin als ein von unheimlichen Gestalten wimmelndes Sodom und Gomorrha schilderten. Die Frankfurter Versammlung lispelte dann das Ministerium Brandenburg um seine Demission an und dröhnte den Beschluß der Steuerverweigerung als null und nichtig nieder. Dies erleuchtete Parlament begriff nicht einmal, daß es sich selbst damit für null und nichtig erklärte, denn zur Sprengung der Berliner Versammlung gehörte seine eigene Sprengung, wie das B zum A.

---

8. Das rebellische Kleinbürgertum.

Aus Angst vor der Arbeiterklasse unterwarf sich die deutsche Bourgeoisie der absolutistisch-feudalen Reaktion. Wenn Krone und Junker das Proletariat knebelten, so ließ sie sich gern oder ungern mitknebeln. Einen Trost wenigstens hatte sie in ihrem Leide: vorwärts gekommen war sie für ihre schwächlichen Verhältnisse doch ein gutes Stück. Sie blieb eine aufsteigende Klasse trotz des Kappzaums, der ihr wieder angelegt worden war.

Anders das deutsche Kleinbürgertum. Diese Klasse erlitt in der deutschen Revolution die entscheidende Niederlage, von der sie sich nie wieder erholen sollte. Sie hatte sich von der Mitte des achtzehnten bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in mancherlei Anläufen versucht und in ihrer Weise für die bürgerliche Freiheit gekämpft. Aber so weit war sie nie gekommen, die alte Pfahlbürgerei und Philisterei, die ihr seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts in die Knochen gejagt worden war, gründlich los zu werden. Sobald nach den März-

tagen die Illusion zerrann, daß mit dem Sturze des vormärzlichen Staats die allgemeine Glückseligkeit angebrochen sei, sobald sich zeigte, daß die bürgerliche Freiheit erst den Boden schuf, worauf sich die großen Klassenkämpfe der modernen bürgerlichen Gesellschaft entwickeln können, schauderte der deutsche Kleinbürger vor der grauenvollen Aussicht zurück. Er wollte um jeden Preis seine Ruhe haben, sei es auch um den Preis seines moralischen, ökonomischen, politischen Ruins.

In England und Frankreich, im englischen Chartismus und in der französischen Sozialdemokratie, hatten sich die kräftigsten Elemente des Kleinbürgertums mit dem Proletariat gegen die Bourgeoisie verbündet. Nicht zum Heile des Proletariats, dessen Entwicklung als Klasse dadurch sehr verzögert wurde, aber zum Nutzen des Kleinbürgertums, das aus diesem Bündnis revolutionäre Triebe gewann. Der deutsche Kleinbürger hat sich nie zu dem Gedanken eines solchen Bündnisses aufzuschwingen vermocht; er glaubte immer schon ein Großes zu tun mit der kindlichen Zumutung an die Arbeiterklasse, sich seiner Führung blindlings anzuvertrauen. Diese kleinbürgerliche Beschränktheit hat das deutsche Proletariat außerordentlich gefördert; sie steht mit in erster Reihe unter den Ursachen, die der politischen Organisation des Proletariats in Deutschland einen um so kräftigeren Anstoß gegeben haben, als in England und Frankreich. Umgekehrt wurde es für das deutsche Kleinbürgertum verhängnisvoll, daß es nie, auch nicht nach den bittersten Erfahrungen, ein Verständnis für den proletarischen Klassenkampf zu gewinnen wußte. Seit einem halben Jahrhundert ist kein Jahrzehnt vergangen, worin nicht einzelne Ideologen eine kleinbürgerliche Demokratie zu organisieren versucht hätten, die ihre Reihen nach links aufschließen sollte, um sie nach rechts desto fester zusammenzuschließen. Glänzende publizistische Talente, wie Walesrode und Guido Weiß, haben in solchen Versuchen ihr Leben aufgerieben. Aber es sammelte sich regelmäßig nur eine Handvoll Ideologen um diese Fahne, die kaum entfaltet immer wieder in den Staub sank. Die große Masse des deutschen Kleinbürgertums blieb taub für alle Aufrufe zu einer einsichtigen und tapferen Klassenpolitik.

Diese Masse zerfiel 1848 in drei Teile, deren verkümmerte Reste im heutigen Reichstage als antisemitische, freisinnige, süddeutsche „Volkspartei" spuken. Die antisemitisch-zünftlerische Richtung fand ihren Stützpunkt namentlich in den norddeutschen Klein- und Mittelstaaten, in

denen noch nicht mit der Zunft aufgeräumt worden war: in den Hansestädten, Hannover, Braunschweig, Mecklenburg, teilweise auch in Sachsen. Bereits am 22. April 1848 erließen 22 Obermeister Leipziger Innungen einen Offenen Brief an „alle Innungsgenossen Deutschlands", worin diese aufgefordert wurden, am Innungswesen festzuhalten als an dem Kleinode, ohne das die Arbeitsfrage niemals gelöst werden könne, ohne das Deutschland überhaupt nie wieder gute Tage sehen werde. Hand in Hand mit diesem Anpreisen der Zunft ging eine heftige Kriegserklärung gegen die Juden, deren Herz ein Geldbeutel, deren Emanzipation ein Modeartikel sei; ihrem Treiben habe Deutschland zum guten Teile das wachsende Proletariat zu danken, das dann durch die jüdischen Redner und Schriftsteller gegen die bestehende Ordnung aufgewiegelt werde. Nicht zuletzt offenbarte sich der reaktionäre Charakter dieses Aufrufs im partikularistischen Scheelblicken auf andere deutsche Staaten, in einer heftigen Polemik gegen das allgemeine Wahlrecht, das die Handwerksmeister unterdrücke, indem es Dienstboten und Gesellen für stimmberechtigt erkläre.

Ähnliche Kundgebungen gingen von Bremer und Hamburger Handwerksmeistern aus, und in Hamburg trat am 2. Juni eine von 200 Abgeordneten besuchte „Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes" zusammen, wo das alte Lied von der alleinseligmachenden Zunft und der alles ruinierenden Gewerbefreiheit in allen Tonarten angestimmt wurde. Ein Berliner Delegierter fand sogar begeisterten Anklang mit der kühnen Behauptung, daß es ohne die Gewerbefreiheit nie gelungen sein würde, die Berliner ihrem guten König abwendig zu machen. In dieser unheilbaren Konfusion wäre die Versammlung vielleicht ohne jedes Ergebnis auseinander gegangen, umsomehr als sich ein heftiger Streit zwischen Meistern und Gesellen entspann, wenn nicht ein erst nach längerem Sträuben zugelassenes Mitglied beschwichtigend dazwischen getreten wäre und einen sozusagen modernen Zusammenhang in den zünftlerischen Wirrwarr gebracht hätte. Es war der Professor Winkelblech, den eine Volksversammlung in Kassel abgesandt hatte.

Winkelblech las an der höheren Gewerbeschule in Kassel über Chemie und hatte seltsamerweise auf einer Reise in Norwegen sein sozialistisches Herz entdeckt: durch die Schilderungen, die ihm ein deutscher Fabrikarbeiter, dem er dort zufällig begegnet war, vom Elend des Prole-

tariats entworfen hatte. Hierdurch veranlaßt, beschloß Winkelblech nach seinen eigenen Worten, sich nicht mehr bloß um Maschinen und Technik, sondern um den Menschen und sein wirtschaftliches System zu bekümmern. Er entwarf ein gelehrtes, später auch in einem weitläufigen Werke aufgedröseltes System, das den Liberalismus und Kommunismus durch den Föderalismus versöhnen, den Monopolismus durch den Panpolismus vernichten und überhaupt die schlechten Ismen durch gute Ismen ersetzen sollte. Im Wesen der Sache war es ein borniert-kleinbürgerlicher Sozialismus, der einen achtungswerten Haß gegen die ausbeutenden Tendenzen der Bourgeoisie doch nur dadurch betätigen konnte, daß er die christlich-germanische Zunftverfassung, die malthusische Bevölkerungstheorie in noch dazu krasser Übertreibung und einzelne Gedanken aus Fourier und Louis Blanc zu einem hinten hängenden Zopfe verknotete.

Solch ein Zopf paßte aber gerade einer Versammlung von Handwerksmeistern, die auf dem Boden der bürgerlichen Revolution die Zunft neu beleben wollten. Auf Winkelblechs Vorschlag erklärte die Hamburger Versammlung, daß allein eine durchgreifende, alle Industriezweige umfassende Zunftverfassung Deutschland vor dem Schicksal Englands und Frankreichs, sowie vor den Gefahren des Kommunismus bewahren könne, und sie beschloß, zur Beratung einer derartigen Verfassung und ihrer Überweisung an die deutsche Nationalversammlung einen allgemeinen deutschen Handwerkerkongreß nach Frankfurt a. M. einzuberufen. Dieser Kongreß, der von 116 Handwerksmeistern aus 24 deutschen Einzelstaaten besucht war, tagte von Mitte Juli bis Mitte August und brachte nach Winkelblechs Fingerzeigen den Entwurf einer Handwerker- und Gewerbeordnung fertig, der dann auch der Nationalversammlung als ein „feierlicher, von Millionen Unglücklicher besiegelter Protest gegen die Gewerbefreiheit“ überreicht wurde. Das deutsche Parlament wußte aber mit diesem seltsamen Gemische fortschrittlicher und reaktionärer Vorschläge nichts anzufangen, und das war unter all seinen Sünden vielleicht die geringste.

Der Entwurf verlangte eine Art hierarchisch gegliederten, in einer allgemeinen deutschen Gewerbekammer gipfelnden Innungsstaats. Die „soziale Kammer“ sollte durch direkte Urwahlen sämtlicher Innungsmeister gewählt werden und sich jedesmal gleichzeitig mit dem deutschen Parlament an dessen Sitze versammeln, um ihm beratend zur Seite zu

stehen. Innerhalb der Innungen sollte es bei der alten Stufenfolge Lehrling, Geselle, Meister bleiben, ebenso bei den Arbeitsbüchern, beim Lehr- und Wanderzwange, beim Befähigungsnachweise, bei der Beschränkung auf ein Handwerk. Dazu wurde ein Ehezensus gefordert, der Nachweis eines Ehekapitals für alle Heiratslustigen. An der Seite dieser reaktionären Utopien marschierten allerdings auch praktisch-reformatorische Forderungen: die Einführung einer progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, gründliche Verbesserung des Schulwesens, unentgeltlicher Unterricht und Erhebung der Volksschulen zu allgemeinen Bildungsanstalten für alle Glieder der bürgerlichen Gesellschaft, damit Kunst und Wissenschaft ein Gemeingut für das Volk würden und nicht ferner ein Monopol des Reichtums blieben.

Trotzdem lag der Schwerpunkt des Handwerkerkongresses in der reaktionären Zünftlerei. Das zeigte sich namentlich auch in seiner gehässigen Haltung gegen die zehn Gesellen, die als Delegierte für den Kongreß gewählt worden waren. Sie sollten zunächst gar nicht, dann nur mit beratender Stimme zugelassen werden. Daraufhin erließen die Gesellen einen Aufruf zu einem besonderen Gesellenkongresse, der zahlreich beschickt wurde und von Ende Juli bis Ende September gleichfalls in Frankfurt tagte. Er stellte sich in scharfen Gegensatz zu dem Kongresse der Meister. „Der Meister Eigennutz“, so schreibt er in einer Eingabe an die Nationalversammlung, „läßt sie so alle Klugheit vergessen, daß sie es wagen, uns für unmündig zu erklären, uns, die wir die Jugend, also auch die Kraft für uns haben, uns, die wir Arbeitende, also die eigentlichen Produzenten, deshalb der Kern Deutschlands sind, uns, die wir die große Überzahl bilden und wissen, daß wir sie bilden.“ Gleichwohl blieb auch dieser Kongreß im zünftlerischen Moder stecken.

Winkelblech, der alle Gegner des großen Kapitals unter einen Hut bringen wollte, sah mit lebhaftem Kummer seine kleinbürgerliche Utopie durch den Zwist zwischen Meistern und Gesellen bedroht, und es gelang seiner unermüdlichen Tätigkeit, die Gesellen für die wesentlichsten Forderungen der Meister zu gewinnen, für die Zwangsinnungen und sogar für die Ehebeschränkungen der Arbeiter. Freilich wollten die Gesellen die Innungsverfassung nicht nach der Schablone der alten Zunftverfassung haben. Sie verlangten in ihrer Weise die „Organisation

der Arbeit", die „Einführung einer neuen, von der früheren gänzlich abweichenden, unseren höchst entwickelten industriellen Verhältnissen entsprechenden, die gleiche Berechtigung aller Produzenten anerkennenden, sich über alle sozialen Berufsgeschäfte ausdehnenden Innungsverfassung". Auch in wichtigen Einzelheiten lehnten sie sich gegen die bevormundenden Sätze auf, welche die Meister in ihrem Entwurfe niedergelegt hatten. Sie verwarfen die Arbeitsbücher als eine „lästige Polizeimaßregel", sie wollten vom Wanderzwange nichts wissen, sie nahmen die Progressivsteuer nur als ein Palliativ-, nicht im entferntesten als ein genügendes Ausgleichsmittel zwischen Kapital und Arbeit an. Aber im Kerne seiner Gesinnungen vertrat der Gesellenkongreß doch nur denjenigen Teil der deutschen Gesellenschaft, der noch in den dicken Vorurteilen des Zunfthandwerks befangen war.

Deshalb fing er es auch möglichst ungeschickt mit der Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins an, der die deutschen Arbeitervereine unter der Parole zusammenfassen sollte, daß die Arbeiter niemandem dienen dürften, als sich selbst, daß sie lediglich ihre eigenen Zwecke verfolgen sollten. Dies verständige Prinzip wurde sofort wieder verletzt durch den Rat, daß die Arbeitervereine sich mit Politik nur dann befassen sollten, wenn ihre Standesinteressen unmittelbar davon berührt würden. Wichtiger als die Politik erschien dem Kongresse der Gesellen eine gemeinsame Kokarde und ein gemeinsames Banner, deren Annahme den Arbeitern in bombastischen Aufrufen empfohlen wurde. Der Gesellenkongreß endete damit, eine Kommission niederzusetzen, in die auch Winkelblech gewählt wurde, und sie mit der Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, sowie mit der Herausgabe einer allgemeinen deutschen Arbeiterzeitung zu betrauen. Dies Blatt erschien am 1. Januar 1849 in Frankfurt, machte sich aber bei allen halbwegs entwickelten Arbeitern schon durch die erste Nummer unmöglich, die das konstitutionelle System mit den romantischen Redensarten des preußischen Königs zu verspotten bemüht war.

Neben dem reaktionär-zünftlerischen Kleinbürgertum bestand eine kleinbürgerliche Demokratie. Sie setzte sich aus denjenigen Elementen des Handwerkes zusammen, die noch nicht von der großen Industrie bedroht waren oder aber sich ihr anzupassen gewußt hatten, aus dem kleinen Handel, aus der politisch erwachten Schicht der Bauern, nicht zuletzt aus den Teilen der gelehrten und literarischen Klasse, die sich noch

gegen die Soldknechtschaft sträubten, womit der Kapitalismus sie bedrohte. Sie organisierte sich politisch in Kongressen, Vereinen, Zeitungen. Dieses demokratische Kleinbürgertum war aber kein geschlossenes Ganzes, sondern zerfiel in einen norddeutschen und einen süddeutschen Bestandteil, die sich bei großen Ähnlichkeiten doch mannigfach unterschieden.

Die kleinbürgerliche Demokratie des nördlichen Deutschlands fand ihren klassischen Ausdruck in der Linken der preußischen Nationalversammlung. Hatte sie sich von den mittelalterlich-zünftigen Schrullen frei gemacht, so war sie von der Bourgeoisie um so fester ins Schlepptau genommen worden, in ein mitunter langes, aber doch unzerreißbares Schlepptau. Sie wagte auf die Dauer keine konsequente, keine selbständige Politik zu treiben, und selbst jede Lust dazu verging ihr regelmäßig in dem Augenblicke, wo sie vor die Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat gestellt war. In solchen Momenten klammerte sie sich unbesehen an die vorgeschrittenste Fraktion der Bourgeoisie. Wohl saßen in der Linken der preußischen Nationalversammlung einzelne Mitglieder, die vor einem Bündnis mit der Arbeiterklasse nicht zurückgeschreckt wären und selbst darnach verlangten: Gefühlssozialisten, wie der greise Nees v. Esenbeck aus Breslau, oder entschlossene praktische Männer, wie der junge Arzt d'Ester aus Köln. Aber es waren nur einzelne, und in der entscheidenden Krise der Versammlung tanzte das demokratische Kleinbürgertum genau so, wie die liberale Bourgeoisie pfiff.

Nach seiner schlechtesten Seite gab es sich in Berlin, wo es den augenblicklichen Rausch der Märznacht durch einen endlosen Katzenjammer büßte. In seiner kommunalen und militärischen Organisation, in den städtischen Behörden und der Bürgerwehr überschlug es sich in zitternder Furcht. Es mußte sich selbst von dem Blatte der Berliner Bourgeoisie, die wahrlich auch nicht an einem Überflusse von Heldenmut litt, derbe rüffeln lassen, weil es „wegen jeder Kleinigkeit in die Angsttrompete stieß". Ein klassisches Denkmal errichtete es sich in der Vossischen Zeitung. Die allgemeine Hasenherzigkeit dieses Organs wurde in den ersten Tagen nach dem Märzkampfe zeitweise unterbrochen durch extreme und sich selbst überschlagende Phrasen, wie sie der Spießbürger liebt, wenn er einmal in sicherem Hinterhalte den Helden spielen zu dürfen glaubt; nach dem „Extrablatte der Freude", das die Vossische Zeitung am 20. März herausgab, hätten die „achtbarsten Kommunalbeamten" die Barrikaden verteidigt. Aber diese „Freude" war wirklich nur ein

„Extrablatt“, und mit Recht sagt ein demokratischer Historiker des Revolutionsjahres, keine reaktionäre Stimme hätte das Märchen von den Strolchen und Verbrechern, die auf den Barrikaden gekämpft haben sollten, mit gleicher Ausdauer verteidigt, wie die Vossische Zeitung. Das Blatt erfand die lukrative Industrie der „Eingesandts“. Gegen bare Bezahlung machte es sich zur Trompete für jedes verleumderische Wort, das die junkerliche Reaktion gegen die bürgerliche Revolution, die Bourgeoisie gegen das Proletariat zu schleudern unternahm. Die erste Nummer des ersten Arbeiterblattes, das in Berlin erschien, richtete einen stolzen Protest gegen diese „käufliche Zeitungspresse“. Es hieß im Volk vom 25. Mai, dem Organe des Zentralkomitees für Arbeiter: „Die Vossische Zeitung hat den ungewöhnlichen Vorteil, daß sie statt ihre Mitarbeiter zu bezahlen, im Gegenteile noch von denselben bezahlt wird. Hin und wieder macht sie Ausnahmen von der Regel, so zum Beispiel gibt sie einen längeren Artikel der Berliner Buchdruckereibesitzer ohne Vergütigung der Verfasser, dagegen läßt sie sich von den Buchdruckergehilfen, armen Arbeitern, 16 Taler 22 Silbergroschen für die Erwiderung bezahlen.“ Von einer solchen Profitjagd hielten sich damals selbst die Zeitungen der Bourgeoisie fern.

Nach ihrer besten Seite gab sich die kleinbürgerliche Demokratie des nördlichen Deutschlands im Königreiche Sachsen. Die hohe ökonomische Entwicklung des kleinen Landes rebellierte unausgesetzt gegen seine noch immer sehr rückständigen Staatsformen, während ihre hausindustrielle Basis die Scheidung zwischen Kleinbürgertum und Proletariat verlangsamte. Im sächsischen Landtage hatten sich 14 Mitglieder als sozialdemokratische Fraktion aufgetan — sozialdemokratisch im französischen, kleinbürgerlich-proletarischen Sinne des Worts —, und von den 24 Abgeordneten, die Sachsen in die deutsche Nationalversammlung wählte, schlossen sich 20 der Linken an. An ihrer Spitze Blum und Trützschler, die beiden Parlamentarier des Jahres 1848, die von der rachsüchtigen Reaktion, unter Entweihung selbst des militärischen Standrechtes, gemordet worden sind, der eine durch kaiserlich österreichische, der andere durch königlich preußische Kugeln. Trützschler war ein feiner zierlicher Aristokrat, ein entschlossener Geist mit einer elfenbeinernen Faust, Blum ein rheinisches Proletarierkind, kernig und unverwüstlich, ein tapferes Herz, das unter häßlicher Hülle dicht verpackt war. In Blum hat das deutsche Kleinbürgertum der bürgerlichen Revolution seinen besten Mann

gestellt. Aber das Schicksal dieser Klasse erfüllte sich auch an ihm, nur daß es bei ihm zu tragischer Höhe wuchs. Hatte Blum im Vorparlamente, als die Massen an die Wahlurnen berufen werden sollten, mit Recht den Bruch zwischen der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum verhütet, so traf er dieselbe Entscheidung sehr mit Unrecht in den entscheidenden Septembertagen, als das deutsche Parlament überhaupt nicht mehr, und die deutsche Revolution nur noch durch eine zweite Revolution zu retten war. Seitdem hatte er den sicheren Kompaß verloren, und vergebens suchte er im Wiener Straßenkampfe zu retten, was er im Frankfurter Straßenkampfe versäumt hatte. Er sühnte sein politisches Verschulden durch einen tapferen Tod, und sein Name lebt fort, nicht zwar in der Klasse, für die er gestorben ist, aber wohl in der Klasse, für die er nicht kämpfen mochte, obgleich sie ihn gezeugt hatte. Es war leider keine ganz unverdiente Sympathie, die Bismarck zwanzig Jahre später dem Toten der Brigittenau aussprach, weil dieser vom proletarischen Klassenkampfe nichts habe wissen mögen.

Am nächsten kamen Kleinbürgertum und Proletariat in den Demokratischen Kongressen zusammen, aber freilich auch nur, um bald wieder auseinanderzukommen. Der erste dieser Kongresse fand in Frankfurt a. M. Mitte Juni statt. Er war von mehr als 200 Abgeordneten besucht, die 88 demokratische Vereine vertraten; von Mitgliedern des Kommunistenbundes waren neben anderen Moll und Schapper zugegen. Der Kongreß erklärte einstimmig, die demokratische Republik sei die einzige für Deutschland haltbare Verfassung, und bemühte sich, eine Organisation für die demokratisch-republikanische Propaganda zu schaffen. Die demokratischen Vereine sollten sich bezirks- oder provinzweise zusammenfassen unter der Leitung von Kreisausschüssen, als deren Sitze Mannheim, Stuttgart, Bamberg, Wien, Berlin, Köln, Frankfurt, Marburg, Halle, Breslau, Stettin, Königsberg empfohlen wurden. Über den Kreisausschüssen stand ein fünfköpfiges Zentralkomitee, das unter lebhaftem Widerstande der süddeutschen Partikularisten nach Berlin verlegt wurde. Zwei seiner Mitglieder zu wählen, wurde den Berliner Vereinen überlassen; von den dreien, die der Kongreß wählte, neigten zwei einem allerdings sehr fragwürdigen Sozialismus zu: Julius Fröbel und jener Kriege aus New York, dessen „Liebessabbelei" Marx und Engels so scharf kritisiert hatten. Zu Organen des Kongresses wurden neben der Mannheimer Abendzeitung, dem radikalsten Blatte des südlichen Deutsch-

lands, die Neue Rheinische Zeitung in Köln und die Zeitungshalle in Berlin erkoren.

Außer in Köln, in dessen Kreisausschusse neben zwei bürgerlichen Demokraten drei Mitglieder des Kommunistenbundes saßen: Marx, Moll, Schapper und als sechstes Mitglied Hermann Becker, der spätere Oberbürgermeister von Köln, der dem Kommunistenbunde zwar nicht angehörte, aber doch nahe stand, hat sich diese Organisation zu keinem kräftigen Leben zu entwickeln vermocht. Von der Konfusion, die im Zentralkomitee herrschte, gibt es ein erschöpfendes Pröbchen, daß Fröbel nach Wien ging, weil, wie Kriege erläuterte, „uns die Idee einer Föderativrepublik mit den slavischen Stämmen erhabener erschien, als selbst die Idee einer deutschen Republik". Der zweite Kongreß, der Ende Oktober in Berlin tagte, zeigte die Organisation schon in heller Auflösung. Dieser Kongreß war von 240 überwiegend norddeutschen Abgeordneten besucht. Von Kommunisten war Ewerbeck aus Paris zugegen, der sich bald vom Kommunistenbunde trennen sollte, und Weitling, der sich in utopistischem Eigendünkel längst von ihm getrennt hatte. Zum Präsidenten des Kongresses wurde auf Krieges Vorschlag Georg Fein gewählt, eine politische Mumie aus den längst versunkenen Tagen der romantischen Burschenschaft. Als Berichterstatter des Zentralkomitees eröffnete Kriege die Verhandlungen mit den verheißungsvollen Worten: „Unsere Hauptstütze müssen die Bürger sein, das Proletariat können wir nicht gebrauchen, es ist zu roh und ungebildet, um auf unsere Bestrebungen eingehen zu können." Kriege fügte zwar hinzu, daß der Kongreß geharnischt dastehen müsse als eine Regierung für die demokratisch-soziale Republik und daß es gewissenlos sei, ohne eine solche Organisation eine Revolution zu machen. Aber diese und ähnliche Ausbrüche anderer Redner hatten nur die Wirkung, daß viele Mitglieder den Kongreß verließen, indem sie erklärten, ihre Auftraggeber hätten nicht gewußt, daß „die Mitglieder des jetzigen Kongresses von der republikanischen Staatsform durchdrungen sein und für deren Verwirklichung handeln" müßten.

Der Rumpf des Kongresses vertrödelte dann die Zeit mit allerlei Vereinsspielerei, mit weitläufigen Tifteleien darüber, ob im Zentralkomite statt fünf nicht vielmehr drei oder sieben Mitglieder sitzen sollten, mit Debatten über Robespierres Menschenrechte, deren gründliche Beratung den demokratischen Vereinen angeraten wurde, mit einem aus

Ruges Feder geflossenen Aufrufe zu Gunsten des belagerten Wien. Von diesem Aufrufe sagte die Neue Rheinische Zeitung treffend, daß er den Mangel an revolutionärer Energie ersetze durch ein predigerartiges Heulerpathos, hinter dem sich die entschiedenste Armut an Gedanken und Leidenschaft verberge. Und alles das, während der preußische Staatsstreich in der Luft hing! Das Fiasko dieses Kongresses trug nicht wenig dazu bei, die militärischen Schnurrbärte zu ermutigen, während die wilden Redensarten, in denen sich einzelne seiner Mitglieder ergingen, keinen anderen Erfolg hatten, als daß sie von den preußischen Staatsanwälten benutzt wurden, um nach dem Siege des Staatsstreichs die harmlosesten Rebellen als unheimliche Verschwörer anzuklagen. So namentlich den armen Waldeck, dessen königlich preußischem Patriotismus der Demokratische Kongreß mit seinen immerhin republikanischen Tendenzen ein Greuel war.

Die kleinbürgerliche Demokratie des südlichen Deutschlands hielt sich im allgemeinen dieser demokratischen Organisation fern, nachdem auf dem ersten Kongresse Berlin zum Zentralsitze der republikanischen Propaganda gewählt worden war. In dem süddeutschen Preußenhasse steckte nicht nur ein sehr achtbarer Abscheu vor dem borussischen Despotismus, sondern auch ein entschieden reaktionäres Element: der Haß des gemütlichen Krähwinklers gegen den großen Staat, auf dessen Boden sich die großen Konflikte der modernen Gesellschaft zu entfalten begannen. Von diesen Konflikten wollte der süddeutsche Kleinbürger noch weniger wissen als der norddeutsche. Ihm graute vor dem Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat in dem instinktiven Bewußtsein, daß seine Klasse zwischen diesen harten Mühlsteinen zerrieben werden würde. Der zwerghafte Republikanismus, wie er im südlichen Deutschland das große Wort führte und namentlich auch in der Linken der Frankfurter Versammlung stark vertreten war, marschierte weit mehr im Hinter- als im Vortreffen der revolutionären Bewegung.

In den südwestdeutschen Kleinstaaten, in die vom Auslande freiere Luft strömte, während sie alle seit Jahrzehnten eine despotische Mißwirtschaft zu erdulden gehabt hatten, waren die kleinbürgerlichen und namentlich auch die kleinbäuerlichen Massen tief aufgewühlt. Sie rissen leichter die Büchse von der Wand als der preußische Kleinbürger, und die sittigende Kraft des „monarchischen Gedankens“ empfanden sie weit schwächer, aber in anderer Beziehung hatten sie einen noch weit engeren

Gesichtskreis. Ihr Blick reichte kaum über die örtlichen Grenzpfähle, und ihr staatliches Ideal ging nicht über die vergrößerte Gemeinde hinaus. So wurden diese Massen leicht zum Spielball für Leute, die etwas weiter sahen als sie, für Advokaten, Buchhändler, Schulmeister, Zeitungsschreiber, die sie mit biedermännischer Gesinnungstüchtigkeit köderten, um sie bei der ersten besten Gelegenheit an den eigenen, mitunter kindischen, mitunter auch verschlagenen Ehrgeiz zu verraten.

In Baden, dem Kernlande der süddeutschen Demokratie, hatten sich die Führer der vormärzlichen Opposition einen Ruf erworben, der durch ganz Deutschland hallte. Kaum aber zogen sich die Gewitterwolken der Revolution zusammen, als ein Teil dieser Musterpatrioten, die Bassermann, Mathy, Soiron, sofort umfiel. Sobald Blum nach Frankfurt kam, konnte er nicht genug klagen über die „Lumpen, die jahrzehntelang als entschieden und freisinnig galten und jetzt Rückschrittsmenschen" geworden seien. Hätte er länger gelebt, so würde er gefunden haben, daß auch in der Frankfurter Linken noch längst nicht alle Spreu aus dem Weizen geworfelt war. Gleich zu seiner Seite saß als parlamentarischer Führer der Linken Karl Vogt aus Gießen, der im Jahre 1849 den deutschen Reichsregenten spielte, um im Jahre 1859 mit gleicher Würde den bonapartistischen Federhelden zu spielen.

9. Das revolutionäre Proletariat.

Der proletarische Klassenkampf konnte sich in der deutschen Revolution nur unter dem bestimmenden Einfluß des entscheidenden Kampfes zwischen Aristokratie und Bourgeoisie entwickeln. Bei einiger Kourage der Bourgeoisie hätte sie die gesamte Arbeiterklasse hinter sich gehabt. Indem sie aber aus Angst vor dem Proletariat die Flagge vor der Krone und den Junkern strich, rief sie gerade hervor, was sie vermeiden wollte, trieb sie das Klassenbewußtsein der Arbeiter schärfer heraus, als es sich nach der historischen Lage der Dinge damals schon aus natürlicher Wurzel entwickelt haben würde.

Das ländliche Proletariat allerdings gelangte noch zu keiner klassenbewußten Organisation, es sei denn in Schlesien, wo die sogenannten Rustikalvereine der Gegenrevolution viel zu schaffen machten. Sonst legte es sein Programm in Tausenden von Petitionen an die Berliner und Frankfurter Nationalversammlung nieder, aber über die Beseitigung

der feudalen Lasten, über einen kleinen Besitz an Land, und sei es nur um ein Fleckchen zur Gänseweide, über Erhöhung des Tagelohns und Verminderung der Steuern gingen seine Forderungen nicht hinaus. Das konnte auch nicht anders sein, denn eben dies Programm entsprach den Anschauungen feudaler Hintersassen, die ihre Emanzipation von der bürgerlichen Revolution erwarteten und demgemäß keinen Standpunkt einnehmen konnten, der über diese Revolution schon weit hinausging.

Anders das industrielle Proletariat, das längst im heimlichen Kriegszustande mit dem Kapital lebte und die bürgerliche Revolution nur unterstützte, um einen Kampfplatz zu gewinnen, worauf es der Bourgeoisie einen offenen Krieg machen konnte. Sobald es sah, daß die bürgerliche Klasse mit Opferung ihrer eigenen Interessen diesen Kampfplatz zu versperren begann, mußte es auch einsehen, daß es sich nicht mehr leiten lassen dürfe durch die Bourgeoisie, sondern sich organisieren müsse trotz der Bourgeoisie. Je mehr die bürgerliche Revolution versandete, um so revolutionärer wurde die Arbeiterklasse. Sie war noch viel zu schwach, um die Fahne, die das Bürgertum verraten hatte, zum Siege zu führen, aber sie kämpfte tapfer um diese Fahne, und ihre Niederlage war nicht, wie bei der bürgerlichen Klasse, der Anfang vom Ende, sondern umgekehrt das Ende vom Anfange ihres Emanzipationskampfes. Sie räumte in der Märzrevolution mit den letzten Illusionen auf, die das moderne Proletariat in den ersten Stadien seiner revolutionären Entwicklung durchzumachen hat, und sie wurde nur von der geschichtlichen Bühne geworfen, um nach zehnjähriger Erholung von ihren schweren Wunden desto entschlossener, fertiger und klarer darauf zu erscheinen.

Die Hauptzentren des proletarischen Klassenkampfes waren im Jahre 1848 natürlich die großen Städte, in erster Reihe Berlin und Köln. Die Berliner Arbeiter hatten den Sieg des 18. März erfochten, um sich am Tage nach dem Siege seine Früchte entreißen zu lassen. Das war nur möglich, weil ihnen die Klarheit fehlte, ihre Interessen zu erkennen, und die organisierte Macht, sie zu verfechten. In der Tat war ihre politische Unreife noch sehr groß, wie gleich die erste große Versammlung bewies, die sie am 26. März abhielten, um über die Abhilfe ihrer Not zu beraten. Es waren an zwanzigtausend Menschen zusammengekommen, aus deren Mitte die kunterbuntesten Vorschläge laut wurden. Die Versammlung endete mit einem stundenlangen Tumulte, da es einem verschmitzten Mit-

arbeiter der Vossischen Zeitung gelungen war, durch eine unklare Fragestellung den Schein hervorzurufen, als habe sie dem Vereinigten Landtage den Vorzug vor einer modernen Volksvertretung gegeben.

Begreiflicherweise taten die herrschenden Klassen bewußt oder unbewußt alles mögliche, um die Verwirrung in der Arbeiterklasse zu steigern. Die furiosen Attacken der Bürgerwehr und die plumpen Bauernfängereien der Gegenrevolution, die unentgeltliche Einlösung aller in den königlichen Leihhäusern unter dem Betrage von fünf Talern versetzten Pfänder, der Nachlaß sämtlicher Mietssteuerreste, sowie sämtlicher an Schul- und Strafgeldern aufgelaufenen Rückstände, die Einrichtung einer Art von Nationalwerkstätten, von Erd- und Kanalarbeiten, bei denen der Staat 3500 und die Stadt 2500 Arbeitslose beschäftigte, ja die Errichtung eines sogenannten Arbeitsministeriums, des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, das sich natürlich sofort als ein neues Bollwerk der besitzenden Klassen entpuppte, die hohlen Rodomontaden der Demagogen Held und Genossen, das liebreiche Zureden edelmütiger Arbeiterfreunde, die herzergreifenden Mahnungen, die Arbeiter möchten nun für das Wohl der Gesellschaft arbeiten und leben, wie sie auf den Barrikaden dafür zu kämpfen und zu sterben gewußt hätten, Mahnungen, die von den vormärzlichen Spaßmachern des liberalen Philisters, den Literaten Glaßbrenner und Kossak, mit wahrer Leichenbittermiene vorgetragen wurden — alles das drang wie ein ohrzerreißendes und sinnverwirrendes Konzert auf die Berliner Arbeiter ein. Um so rühmlicher war es, daß sie sich nicht von dem politischen Wege abdrängen ließen, auf den sie ihre historische Aufgabe verwies. Sie haben sich weder von der liberalen Angstmeierei abstoßen, noch von den reaktionären Sirenengesängen betören lassen, und bis in den Staatsstreich hinein ihre Arme und ihr Blut der bürgerlichen Revolution zur Verfügung gestellt.

Sie lernten aus ihren Fehlschlägen. Schon wenige Tage nach der mißglückten Massenversammlung traten 150 Arbeiter zu einem besonderen Arbeiterklub zusammen, mit dem offenen Bekenntnis, daß sie sich erst in kleineren Kreisen an parlamentarische Form und logische Gliederung der Fragen gewöhnen müßten, ehe sie große Massenversammlungen veranstalteten, in denen sie von allerhand Herumläufern und Wichtigtuern genasführt werden könnten. Der Klub beschloß, alle Arbeitergemeinschaften, Gewerke, Fabriken zur Wahl von Vertretern aufzufordern, die ein Zentralkomitee für Arbeiter bilden sollten.

So geschah es auch, und nach mehreren Vorberatungen konstituierte sich am 19. April das geplante Zentralkomitee, das zwar noch diesen oder jenen unsicheren Kantonisten unter sich zählte, aber in seinen Vorsitzenden, dem Schriftsetzer Born und dem Goldschmiede Bisky, ein paar Leiter besaß, die sehr wohl um sich wußten.

Neben ihnen trat in diesen ersten Beratungen der Student Gustav Adolf Schlöffel hervor, ein schwärmerischer Jüngling von 19 Jahren, der Sohn jenes schlesischen Gutsbesitzers, der ehedem von Stieber verfolgt worden war und der demnächst zu den Besten auf der Linken der Frankfurter Nationalversammlung gehören sollte. Der junge Schlöffel war von der Universität Heidelberg wegen Verbreitung angeblich aufrührerischer Schriften im Odenwalde relegiert worden, und die Universität Berlin, wo er seine Studien fortsetzen wollte, hatte seine Immatrikulation verweigert. Er lebte nun ganz in der proletarischen Agitation und gab in zwanglosen Flugblättern den Volksfreund heraus, worin er mit heftigen und kühnen Worten den Kampf aufs Messer zwischen Kapital und Arbeit verkündete. Seine sympathische Erscheinung verschaffte ihm schnell einen großen Anhang unter den Arbeitern. Gleichwohl kam er mit Born und Bisky in einen scharfen Gegensatz, als er eine große Massenkundgebung betrieb, die am 20. April vor das Schloß ziehen und das direkte Wahlrecht ertrotzen sollte.

Born war ein gescheiter, aber kühler und ruhiger Kopf. In Brüssel und Paris hatte er dem Bunde der Kommunisten angehört und, wie seine Aufsätze und Reden zeigen, den Geist des Kommunistischen Manifestes wohl erfaßt. Als Leiter von Versammlungen, als fesselnder und kerniger Redner übertraf er, wie ihm sogar das Organ der Bourgeoisie bescheinigte, alle damaligen Volksführer in Berlin. Wenn er — und ebenso Bisky, der ihm bei geringerer Begabung ähnelte — die Massenkundgebung für das direkte Wahlrecht nicht mitmachen wollte, so mochte er fürchten, daß die unbewaffnete Menge von der bewaffneten Bürgerwehr vertrieben werden und so ein Zusammenstoß zwischen Bürgern und Arbeitern entstehen würde, der, ehe noch die Nationalversammlung gewählt, geschweige denn zusammengetreten war, freie Bahn für die Gegenrevolution schaffen mußte. Aus dem Volkswahlkomitee, das die Gewährung des direkten Wahlrechts betreiben sollte, traten Born und Bisky nebst einigen bürgerlichen Demokraten aus, als sich die Mehrheit für Schlöffels Plan entschied, der übrigens von selbst ins Wasser fiel,

da sich die erwarteten Massen beim Stelldichein nicht einfanden. Schlöffel wurde darnach verhaftet und am 11. Mai wegen versuchter Verleitung zum Aufruhr vom Kammergerichte zu sechsmonatlicher Festungsstrafe verurteilt, die er in Magdeburg abbüßte. Er wurde — noch unter dem Ministerium Camphausen — das erste Opfer der Reaktion. Die lebhaftesten Kundgebungen der Sympathie begleiteten den edlen Jüngling, aber eine dauernde Spur hinterließ seine Wirksamkeit in der Berliner Revolution nicht.

Der Gegensatz zwischen Born und Schlöffel hatte einen tieferen Hintergrund und war gewissermaßen vorbildlich für den Verlauf der Dinge. Born selbst sprach seine Ansicht mit aller Offenheit aus, wenn er sagte, in Deutschland ständen sich Bourgeoisie und Proletariat, Kapital und Arbeit noch nicht so scharf gegenüber wie in England und Frankreich, wo sie sich kaltblütig und kampfgerüstet als streng gesonderte Parteien Aug' in Auge sähen. In Deutschland seien die Arbeiter noch nicht organisiert, sie begriffen sich noch nicht als Partei. Es sei unsinnig, wenn einzelne Arbeiter Maschinen zerstörten oder von einzelnen Fabrikanten Dinge verlangten, die diese unmöglich gewähren könnten. Wolle die Arbeiterklasse als Macht im Staate dastehen, so sei ihre Organisation die erste Aufgabe. „Wir zählen zu uns den größten Teil der Nation, zu uns gehört nicht allein der Lohnarbeiter, der Geselle, zu uns gehört auch die große Zahl der kleinen Meister, die erdrückt werden durch die Konkurrenz des großen Kapitals, der Ackerbauer, dessen Parzelle nicht mehr hinreicht, ihn und seine Familie zu ernähren, der Lehrer, der unsere Kinder unterrichtet, das Mädchen, das hinter dem Stickrahmen oder der Maschine sitzt, zu uns gehört ein jeder, dessen Fleiß und Anstrengung überboten wird von der Macht des Kapitals und untergehen muß in der freien Konkurrenz." Mit diesem Programm begleitete Born die Statuten des Zentralkomitees für Arbeiter, durch die das Proletariat organisiert werden sollte.

Engels hat in späteren Jahren gesagt, in den amtlichen Veröffentlichungen der von Born begründeten Organisation seien die Auffassungen des Kommunistischen Manifestes mit Zunfterinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei u. s. w. durcheinander gelaufen. Das ist richtig, aber wenn Engels hinzufügte, Born, ein sehr talentvoller junger Mann, habe es mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig gehabt, er habe sich mit

den verschiedenartigsten Krethi und Plethi verbündet, um nur einen Haufen zusammen zu bekommen, und sei keineswegs der Mann gewesen, Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos zu bringen, so bedarf dies Urteil mindestens der Ergänzung.

Soweit sich die Arbeiterbewegung des Jahres 1848 in den deutschen Handels- und Industriestädten quellenmäßig verfolgen läßt, war sie — mit Ausnahme des Rheinlands und teilweise Westfalens — eben nur so weit entwickelt, daß sie sich etwa auf der Höhe der damaligen französischen Sozialdemokratie bewegen, über Fragen, wie Organisation der Arbeit, Recht auf Arbeit, Arbeitsministerien nicht hinausgehen konnte. Sie hatte das Stadium der ziellosen Hungerkämpfe weit hinter sich, mochten auch noch hier und da Zerstörungen von Maschinen vorkommen. Sie hatte auch den utopistischen Handwerkerkommunismus wesentlich überwunden; Weitling, der im Juli nach Berlin kam, konnte keinen Boden unter den Arbeitern finden, und mußte den Urwähler, ein von ihm begründetes Blatt, nach wenigen Nummern wegen Mangel an Lesern eingehen lassen. Aber sie war noch nicht reif für den Standpunkt des Kommunistischen Manifestes, das, um zum Banner einer Massenbewegung werden zu können, die große Industrie als typische Betriebsform in viel größerem Umfange voraussetzt, als sie damals im östlichen Deutschland hatte. Wollte Born die Arbeiter als Klasse organisieren, so mußte er mit dem Gedankenkreise rechnen, worin sie sich vorläufig erst bewegen konnten, und er hat es wenigstens nicht an Eifer fehlen lassen, sie über diesen Horizont hinauszuführen.

Als in den Vorberatungen, die zur Stiftung des Zentralkomitees für Arbeiter führten, ein liberaler Bureaukrat, der Präsident Lette erschien, um die Arbeiter zu einer gemeinsamen Organisation mit den Unternehmern zu überreden, die ja doch mit höherem Überblick die Beziehungen der nationalen Produktion zum Weltmarkte zu regeln vermöchten, erwiderte Born, diese Beziehungen gingen die Arbeiter gar nichts an. Dem Arbeiter als solchem sei das Verhältnis zum Auslande, der Absatz der Produkte ganz gleichgültig. Die Ausdehnung der Industrie sei kein Mittel zur Hebung der arbeitenden Klassen, sie verursache vielmehr eine Vermehrung des Proletariats, und die Arbeiter hätten gerade die entgegengesetzten Interessen wie die Unternehmer. Ebenso entschieden trat Born aller Zünftlerei entgegen; er sagte, es sei keinem Staate, der einmal die moderne Großindustrie eingeführt habe, mehr möglich, zu

einer schon niedergegangenen Produktionsweise zurückzukehren, ohne sich zu ruinieren oder eine ganz untergeordnete Stellung in der Reihe der europäischen Staaten einzunehmen.

Als dann Proudhon seine Utopie des Arbeitsgeldes durch die Gründung einer Volksbank ausführen wollte, aber damit scheiterte, schrieb Born ganz im Geiste des Kommunistischen Manifestes und im Sinne des historischen Materialismus: „Wir haben diesem Unternehmen durchaus keinen Beifall zugeklatscht, und wenn sein Untergang uns auch betrübt, so überrascht er uns doch nicht, denn wir haben diesen Ausgang fast mit Sicherheit erwartet, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil eine Idee, sie mag noch so groß und wahr sein, nimmer da ohne weiteres zur Ausführung gebracht werden kann, wo die Elemente zur Ausführung nicht in hinreichendem Maße vorhanden sind. Die Republik zum Beispiel ist sicher eine vernünftigere Staatsform als die Monarchie; ob sie aber für alle Völker gleich, für die Kroaten sowohl wie für die Franzosen paßt, das ist eine andere Frage. . . . Wir haben immer die Organisation der Arbeiter über die Organisation der Arbeit gestellt, wir setzten immer die politische Herrschaft der arbeitenden Klasse voraus, ehe wir eine größere, in alle Gesellschaftskreise greifende Ausführung sozialer Ideen für möglich hielten. . . . Wir mißbilligen von vornherein dergleichen sozialistische Versuche, obgleich wir, ja mit um so größerem Rechte, zur sozialistischen Partei gehören. . . . In die Zwangsjacke eines Systems läßt sich die menschliche Gesellschaft, dieser immer lebendige und schöpferische Organismus, ebensowenig hineinzwängen, wie man der um sich greifenden Verarmung mit Volksbanken entgegentreten kann, die ihre Fonds aus den Taschen der Armen nehmen müssen. . . . Wir fragen mit Recht: welche Zukunft, welche Lebensfähigkeit hatte die Volksbank, wenn sie zu grunde gehen mußte — wegen eines Preßprozesses des Herrn Proudhon. Mit der Volksbank wollte Proudhon die neue Welt aufbauen, in der Volksbank ruhte seine Lösung der sozialen Frage, und wegen sechs Monate Gefängnis und einiger tausend Franken Strafe, zu denen Bürger Proudhon verurteilt ist, ist die Welt wieder um ihren Heiland und ihren Erlöser geprellt. Wir können ein bitteres Lächeln nicht unterdrücken, denken wir an die kleinen Eitelkeiten, die der großen Volksbewegung die Wege lichten wollen und als die Josuas der Neuzeit mit dem Prophetengewande voranziehen, nicht aber um selbst mit dreinzuschlagen, das zackige Schwert zu führen, nein — um sich be-

wundern zu lassen. Da kommt Herr Considerant, ein Prophet zweiten Ranges, und will Herrn Proudhon die Erfindung der Volksbank streitig machen — wie erbärmlich dieser kleine Krieg zwischen zwei Persönlichkeiten zu einer Zeit, wo die ganze Welt an Entwürfen schwanger ist, die Erde bebt von den Tritten zweier großer Heeresmassen, die mit rasender Kampflust einander näher rücken und sich bald das Weiße der Augen zeigen werden, in einer Zeit, wo eine in Ungarn von Dembinski oder Bem gewonnene Schlacht mehr wert ist als sämtliche gedruckten und noch ungedruckten Werke der Bürger Proudhon und Considerant zusammen, zu einer Zeit, in welcher die größten Berühmtheiten sich an einem einzigen Tage abschleifen." So Born im Volk und in der Verbrüderung, den amtlichen Organen der von ihm geleiteten Organisation. Wenn trotzdem in ihren eigentlichen Programmen die Ideen Louis Blancs vorwogen, noch dazu versetzt mit mancherlei Schutzzöllnerei, Utopisterei und Zünftlerei, so erklärt sich die Tatsache daraus, daß die industriellen Arbeiter Deutschlands, mit Ausnahme einzelner westlicher Striche, nur eben erst bis zum Standpunkte der damaligen französischen Sozialdemokratie vordringen konnten, was übrigens für das ostelbische Proletariat eine ganz hübsche Stufe der Entwicklung war.

Das Zentralkomitee für Arbeiter entwickelte eine eifrige Agitation in der Presse, in Versammlungen, auch für die Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen es Bisky als stellvertretenden Abgeordneten in einem Berliner Wahlkreise durchbrachte. Seit dem 1. Juni gab es dreimal in der Woche das Volk heraus, eine „sozialpolitische Zeitschrift", mit dem Programm, „einerseits das Bürgertum zu unterstützen im Kampfe gegen die Aristokratie, gegen das Mittelalter, gegen die Mächte von Gottes Gnaden, andererseits dem kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und der freien Konkurrenz, und immer voran zu schreiten, wo es gelte, dem Volke ein irgend noch vorenthaltenes politisches Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen". In seiner dritten Nummer begrüßte das Blatt das Erscheinen der gleichfalls seit dem 1. Juni herausgegebenen Neuen Rheinischen Zeitung, deren „entschiedene Richtung" durch die Namen „unserer Freunde" Marx, Engels, Wolff verbürgt werde. Politisch stand es anfeuernd hinter der Linken der Berliner Versammlung, es trat mutig für die Pariser Junikämpfer ein und feierte den

englischen Chartismus, wie es denn überhaupt eine enge geistige Fühlung mit den revolutionären Arbeiterparteien des europäischen Westens aufrecht zu erhalten bemüht war. Hand in Hand damit ging eine rücksichtslose Geißelung des politisch-sozialen Schwindels, den Demagogen wie Held mit der Bevölkerung trieben. Einen großen Teil seines Raumes widmete das Blatt der Erörterung der sozialen Ideen, die im Zentralkomitee überlegt wurden und die sich von Ausfuhrprämien und Handwerkerkorporationen bis zur Beschäftigung der Arbeitslosen durch den Staat erstreckten.

Ferner beschickte das Zentralkomitee den Hamburger Handwerkerkongreß, mit dessen „fanatischer Verteidigung der mittelalterlichen Zünfte" es sich natürlich nicht einverstanden erklärte. Ebensowenig war es befriedigt durch einen kleineren Kongreß der Handwerker- und Arbeitervereine, der am 18. Juni in Berlin zusammentrat, sich zwar nicht so zünftlerisch gebärdete, wie der Hamburger Kongreß, aber doch in ganz allgemeinen wohlwollenden Redensarten über das Heil der Arbeiter stecken blieb. Sechs Mitglieder dieses Kongresses, Born für das Zentralkomitee, Lucht und Krause für die Berliner Maschinenbauer, Bühring und Steinhauer für die Hamburger und Crüger für die Königsberger Arbeiter, erließen nunmehr am 27. Juni „an alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungsvereine Deutschlands, an die deutschen Vereine in der Schweiz, Paris, Brüssel und London" einen Aufruf zur Beschickung eines Arbeiterparlaments, das in Berlin tagen sollte. Vertreten sollten sein die „arbeitenden Klassen aus allen Städten, Fabrik- und Ackerbaudistrikten", und beraten werden sollte über Garantie der Arbeit durch den Staat, staatliche Unterstützung industrieller Arbeiterassoziationen, staatliche Versorgung aller hilflosen und invaliden Arbeiter, Regelung und Beschränkung der übermäßigen Arbeitszeit, Reform des Steuerwesens im Interesse der arbeitenden Klassen: starke progressive Einkommensteuer, Beschränkung des Erbrechts und Abschaffung aller Lebensmittelsteuern, sowie aller feudalen Abgaben und Lasten, Nationalschulen mit unentgeltlichem Unterricht, kostenlose Rechtspflege, Einsetzung von Arbeitsministerien in den einzelnen deutschen Staaten, die aus der freien Wahl der arbeitenden Klassen hervorgehen sollten.

Der Arbeiterkongreß trat am 23. August zusammen. Er zählte 40 Teilnehmer, darunter 5 mit beratender Stimme; 35 Arbeitervereinigungen aus Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, Königsberg,

München und anderen großen Städten hatten ihn beschickt. Auch ein Abgesandter des Frankfurter Gesellenkongresses war zugegen. Gemeinsam mit diesem beantragte Weitling sofort nach Eröffnung der Verhandlungen, eine Petition um Einberufung eines besonderen Arbeiterparlaments an die Frankfurter Nationalversammlung zu richten, und verließ gekränkt den Saal, als der Kongreß den Antrag keineswegs ablehnte, aber auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung verschob. Der Kongreß wählte Nees v. Esenbeck und Born zu seinen Vorsitzenden, Bisky und den Geometer Schwenniger aus Hamm zu seinen Schriftführern, und erledigte dann in zehntägigen Verhandlungen eine große Zahl von Anträgen, die sich ungefähr in den von seinen Einberufern gezogenen Grenzen bewegten. Im ganzen stellten sie noch ein ziemlich buntes Durcheinander dar. So wurden genaue Bestimmungen über das Meisterrecht getroffen, für das der Kongreß den Befähigungsnachweis verlangte; auch der Plan, durch Lohnabzüge die Mittel zum Ankauf und dann zur Parzellierung von Landgütern zu erlangen, spielte eine große Rolle. In einem Manifeste wurde die deutsche Nationalversammlung aufgefordert, die Beschlüsse des Kongresses unter die Grundrechte des deutschen Volks aufzunehmen und auf Staatskosten ein Arbeiterparlament nach Frankfurt zu berufen, das ihrem volkswirtschaftlichen Ausschusse beratend zur Seite stehen sollte.

Wichtiger als diese theoretischen Beschlüsse war das Statut, das der Kongreß für die Organisation der deutschen Arbeiter entwarf. Die Arbeiterverbrüderung, wie sich der neue Bund nennen sollte, baute sich in Lokal- und Bezirkskomitees auf, über denen als oberste Behörde ein Zentralkomitee stand. In den Lokalkomitees sollten die verschiedenen Gewerke eines Orts je nach Verhältnis ihrer Mitgliederzahl vertreten sein. Die Aufgabe dieser Komitees bestand darin, regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranstalten und die örtlichen Arbeiterinteressen zu vertreten. Eine größere oder geringere Zahl der Lokalkomitees gruppierte sich in Bezirken unter einem Bezirkskomitee, das auf einer jährlich mindestens einmal stattfindenden Bezirksversammlung von Vertretern der Lokalkomitees gewählt wurde. Den Bezirkskomitees lag die Pflege der Arbeiterinteressen in ihren Bezirken und die Verbindung zwischen dem Zentralkomitee und den Lokalkomitees ob; auch sollte in ihnen die Sache der Arbeiterinnen durch eine besondere Abteilung vertreten sein. Als Sitze der Bezirkskomitees setzte der Kongreß vorläufig

die Städte Danzig, Königsberg, Stettin, Köln, Bielefeld, Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Augsburg, München, Linz, Wien, Brünn, Prag, Nürnberg, Bamberg, Jena, Koburg, Marburg, Hannover, Osnabrück, Braunschweig, Magdeburg, Berlin, Breslau, Dresden fest, womit den Lokalkomitees nicht das Recht benommen sein sollte, aus sich heraus noch andere Bezirkskomitees zu bilden. Über den Bezirkskomitees stand das Zentralkomitee, das nach Leipzig verlegt und mit der Herausgabe eines Bundesblattes betraut wurde. Seinerseits wurde es beaufsichtigt und je nachdem neu gewählt von der jährlich mindestens einmal stattfindenden Generalversammlung aller deutschen Arbeiter. Vorläufig bestimmte der Kongreß zu seinen Mitgliedern Born, Kick und Schwenniger, die vom Oktober in Leipzig die Verbrüderung als Organ des Bundes herausgaben.

Das neue Zentralkomitee widmete sich seiner Aufgabe mit unermüdlichem Eifer, und es gelang ihm, den Bund über einen großen Teil Deutschlands auszubreiten, namentlich auch durch eine Reihe von Bezirkskongressen, die in Altenburg, Leipzig, Hamburg, Heidelberg, Nürnberg und anderen Orten stattfanden. In Heidelberg stieß Born mit Winkelblech zusammen, und der Schriftsetzer schlug den gelehrten Professor so gründlich, daß Winkelblech schon nach dem ersten Tage der Verhandlungen abreiste. Überhaupt wurde der von dem Frankfurter Gesellenkongresse gestiftete Arbeiterverein von dem neuen Bunde sei es aufgesaugt, sei es verdrängt. Politisch hielt sich die Arbeiterverbrüderung durchaus wacker. Ihr Berliner Bezirkskomitee, an dessen Spitze Bisky stand, stellte sich der Nationalversammlung zur Verfügung, um den Staatsstreich nicht bloß mit Redensarten, sondern auch mit Waffen zu bekämpfen, und in der Majorsnacht der Berliner Bürgerwehr bemühte sich Bisky persönlich aufs eifrigste, die bürgerlichen Philister auf die Barrikaden zu treiben. Im Monat November erließ auch das Zentralkomitee in Leipzig eine dringende Aufforderung an die Bezirks- und Lokalkomitees, für die Bewaffnung der Arbeiter zu sorgen.

Nicht so einwandsfrei waren die sozialen Bestrebungen der Arbeiterverbrüderung. Sie hatte eben alles Mögliche und Unmögliche in ihr soziales Programm aufgenommen, und je zahlreicher die Stellen waren, an denen sie ihre Hebel anzusetzen versuchte, umsomehr zersplitterten sich ihre Kräfte. Ihre Versuche, durch Abzüge vom Lohne Landgüter anzukaufen, Kreditkassen für die Arbeiter zu bilden, allerlei Produktiv-

assoziationen zu gründen, und andere Anläufe, das Pferd am Schwanze aufzuzäumen und der kapitalistischen Produktionsweise den Prozeß zu machen, ehe das Proletariat die politische Macht erobert hatte, führten zu Enttäuschungen und Verlusten. Doch trug das Organ des Bundes viel dazu bei, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wecken und zu schärfen. Es war geschickt redigiert und zerfetzte die berühmten Redensarten vom Kapital, das Geld unter die Leute bringe, von den Armen und Reichen, die es immer gegeben habe und was sonst in dies Kapitel kapitalistischer Luftspiegelung gehört, mit treffendem Witze. Auch unterstützte es wirksam die Lohnkämpfe der Arbeiter, indem es ihre Berechtigung nachwies und vor Zuzug warnte.

An solchen Lohnkämpfen war das Jahr 1848 überaus reich. In Berlin allein zählten sie nach den Märztagen zu vielen Dutzenden. Wie es in der Natur der Sache lag, erzielten die streikenden Arbeiter viele augenblicklichen, aber keine dauernden Erfolge. Was ihnen in der Angst vor der Revolution gewährt worden war, das wurde ihnen im Übermute der Reaktion wieder entrissen. Aus den zahlreichen Gelegenheitsstreiks erwuchsen bei einzelnen Gewerken die Ansätze dauernder und nationaler Verbände, am ehesten und stärksten bei den Schriftsetzern und Zigarrenarbeitern. Die Setzer gründeten sich im Gutenberg, die Zigarrenarbeiter in der Konkordia gewerkschaftliche Organe. Die Bourgeoisie feindete die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, die unmittelbar den Profit bedrohte, noch heftiger an als ihre politisch-soziale Organisation, und sie fand willige Helfershelfer an der Justiz und Polizei, die das vormärzliche Koalitionsverbot so munter handhabten, als wäre nie in dem Gesetze vom 6. April die unbeschränkte Assoziationsfreiheit verbürgt worden.

Vor diesen Mächten roher und ungesetzlicher Unterdrückung konnte sich auf die Dauer noch kein gewerkschaftlicher Verein halten, aber der intellektuelle Sieg blieb ungeschmälert den Arbeitern. Als die Berliner Setzer, abgearbeitet und schlecht gelohnt, wie sie waren, um Verminderung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne streikten, erklärten die Berliner Buchdruckereibesitzer, wenn die Forderungen der Gehilfen bewilligt würden, so müßten die Preise um fünfzig Prozent steigen und also der Verbrauch um hundert Prozent abnehmen. Denn es sei eine unumstößliche furchtbare Wahrheit, bewiesen von hundertjähriger Statistik in unbesiegbaren Legionen gezählter Tatsachen, daß, wenn die Preise eines

Arbeitsprodukts in arithmetischer Proportion zunähmen, der Verbrauch in geometrischer Proportion abnehme. An einen so unsagbaren Widersinn knüpften diese „gebildeten" Bourgeois die empörte Frage: „Sollen und dürfen wir, die einem Geschäfte angehören, das recht eigentlich die Nährerin der Intelligenz ist, die ersten und höchsten Güter der Intelligenz verleugnen?" Die Nationalzeitung aber führte aus, daß Streiks nur mit obrigkeitlicher Erlaubnis statthaft seien, denn sonst würde sich der Staat in gesetzlos einander bekämpfende Assoziationen auflösen, und die Vossische Zeitung denunzierte die streikenden Setzer als bestochene Söldlinge des Auslandes, die 14000 Franken aus Frankreich und der Schweiz erhalten hätten. Da die Setzer dieses Blattes bei einem Wochenlohn von vier bis sechs Talern eine tägliche Arbeitszeit von vierzehn bis sechzehn Stunden einschließlich Sonntags zu leisten hatten, so begriff der Berliner Bürgersmann leicht, daß die Unzufriedenheit mit einem so idyllischen Arbeitsverhältnis nur durch schnödes Frankengold erzeugt werden könnte.

Es ist heute noch eine Freude, zu lesen, wie überlegen die Führer der proletarischen Lohnkämpfe, die Setzer Born und Fröhlich, die Zigarrenarbeiter Kohlweck und Stechan mit dem Gerede abfuhren, das der Stumpfsinn und die Profitgier der Bourgeoisie in unholder Ehe gebaren. Es waren meistens oder durchweg Proletarier, die sich im Bunde der Kommunisten geschult hatten.

Zweites Kapitel.

Neue Rheinische Zeitung.

I. Deutsche Politik.

Mit dem Ausbruche der Revolution verlor der Bund der Kommunisten den Zweck seines Daseins und damit sein Dasein selbst. Selbst wenn er nicht ein viel zu schwacher Hebel gewesen wäre, um die Massen zu regieren, die in die revolutionäre Bewegung geworfen worden waren, so wurde er schon dadurch überflüssig, daß die Arbeiterklasse nunmehr die Mittel und die Möglichkeit einer öffentlichen Propaganda besaß.

Auf die Kunde der Pariser Revolution übertrug die Zentralbehörde in London ihre Befugnisse auf die Behörde des leitenden Kreises Brüssel. Aber deren Tage waren bereits gezählt, da ihre Mitglieder von der belgischen Regierung sei es schon ausgewiesen oder verhaftet worden waren, sei es ihrer Ausweisung oder Verhaftung stündlich gewärtig sein mußten. Ohnehin standen Marx und Engels auf dem Sprunge, nach Paris zu gehen, wohin Marx durch ein vom 1. März datiertes Schreiben Flocons, der in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß, in ehrenvoller Weise zurückberufen worden war. Im Augenblick ihrer Sprengung übertrug die Brüsseler Zentralbehörde die „momentane Zentraldirektion aller Bundesangelegenheiten" an Marx, den sie zugleich beauftragte, in Paris eine neue Zentralbehörde zu bilden.

Dies geschah, und gemäß dem Kommunistischen Manifeste richtete die neue Zentralbehörde, in der Marx, Engels, Wilhelm Wolff, Bauer, Moll und Schapper saßen, ihr Hauptaugenmerk auf Deutschland. Hier erhielt die bürgerliche Revolution freilich dadurch einen veränderten Charakter, daß sie nicht aus eigener Kraft siegte, sondern im Gefolge einer französischen Revolution, die schon einen ausgeprägt proletarischen Stempel trug. Der revolutionäre Drang, der etwa in der deutschen Bourgeoisie vorhanden war, wurde dadurch von vornherein geknickt, und umsomehr kam es darauf an, diese Klasse vorwärts zu treiben zur

Sicherung der Rechte, deren das Proletariat zu seiner politischen Organisation bedurfte, der Assoziations- und Preßfreiheit und anderer Rechte, die zu erobern der historische Beruf der Bourgeoisie, aber die aus Angst vor dem Proletariat preiszugeben die geheime Absicht der deutschen Bourgeoisie war. Wollte der Bund der Kommunisten in die revolutionäre Bewegung der Massen eingreifen, wollte er nicht wieder in die sektiererischen Spielereien zurückfallen, die er eben erst abgestreift hatte, so konnte er den Boden der deutschen Revolution nur als radikalster Flügel der Demokratie beschreiten, was keineswegs einschloß, daß er seine Endziele irgendwie zu verheimlichen brauchte.

Demgemäß beschränkten sich die „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland", welche die neue Zentralbehörde in einem Aufrufe verbreitete, auf eine Reihe von Punkten, die ebenso im Interesse des kleinen Bauern- und Bürgerstandes wie des Proletariats lagen. Die wesentlichsten dieser Punkte waren die deutsche Einheit als einige unteilbare Republik, Allgemeine Volksbewaffnung, Besoldung der Volksvertreter, Beschränkung des Erbrechts, Starke Progressivsteuern, Abschaffung der Konsumtionssteuern, Errichtung von Nationalwerkstätten, Allgemeine unentgeltliche Volkserziehung, Verstaatlichung aller Transportmittel, wie Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten, im Interesse der unbemittelten Klasse. Ferner wurde die Umwandlung aller Bergwerke und Gruben, aller fürstlichen und feudalen Landgüter in Staatseigentum verlangt, mit dem Zusatze jedoch, daß auf diesen Landgütern der Ackerbau im großen und mit den modernsten Hilfsmitteln der Wissenschaft zum Vorteile der Gesamtheit betrieben werden sollte. Gleichfalls für Staatseigentum sollten die Hypotheken auf den Bauerngütern erklärt und die Interessen für diese Hypotheken von den Bauern an den Staat gezahlt werden, ebenso die Grundrente und der Pachtschilling in den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt war.

Diese Forderungen erschöpften nicht entfernt das kommunistische Programm, sie blieben noch weit hinter den Maßregeln zurück, die das Kommunistische Manifest nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat für die „vorgeschrittensten Länder" vorgeschlagen hatte; sie übersahen also keineswegs die ökonomische Rückständigkeit Deutschlands. Gleichwohl hat der historische Verlauf der Dinge gezeigt, daß dies Programm noch verfrüht war bei der Höhe der ökonomischen Entwicklung, die Deutschland damals erst erreicht hatte. Nur daß man

wieder nicht so weit gehen darf, zu sagen, es sei unpraktisch und utopisch gewesen. Es war nicht unpraktisch, weil es die Aufmerksamkeit der revolutionär erregten Massen auf den richtigen Weg lenkte; es war nicht utopisch, weil seine Urheber sehr wohl wußten und auch durchaus nicht verhehlten, daß es erst in einer langen Reihe revolutionärer Kämpfe und Umwälzungen durchzusetzen sei. Sie irrten allein in der Annahme, daß es überhaupt schon in einem, wenn auch langen, so doch ununterbrochenen revolutionären Prozeß erreicht werden könne. Sie täuschten sich weder über die Richtung, noch über das Ziel, sondern allein über die Länge des Weges.

Nicht minder rücksichtslos als aller Sekten-, widersetzte sich der Bund der Kommunisten aller Revolutionsspielerei. Er bekämpfte die damals in der Pariser Flüchtlingschaft grassierende Manie der revolutionären Legionen, die ihre verschiedenen Vaterländer vom Joche der Knechtschaft befreien wollten. Die Mehrheit von Bourgeois, die in der provisorischen Regierung der französischen Republik saß, beförderte diese Manie mit hinterhaltigem Eifer; um die fremden Arbeiter los zu werden, bewilligte sie ihnen Marschquartiere und Marschsold bis an die französische Grenze, und der Schönredner Lamartine tat als Minister des Auswärtigen gern noch ein Übriges, um die Legionäre an die Regierungen ihrer Heimatländer zu verraten. Herwegh hatte sich betören lassen, an die Spitze der deutschen Legion zu treten, die über den Rhein vorstoßen sollte, um Deutschland zu revolutionieren, aber Marx wies in öffentlichen Versammlungen, ohne die Ungunst der aufgeregten Massen zu scheuen, die Aussichtslosigkeit des ganzen Abenteuers auf. Der gewaltsame Import der Revolution nach Deutschland mußte den Regierungen als willkommene Vogelscheuche dienen und die Legion selbst in die Hände ihrer Truppen liefern. Namentlich nachdem die Revolution in Wien und Berlin ausgebrochen war, verlor das törichte Spiel selbst den scheinbaren Sinn, den es bis dahin etwa noch für sich hätte geltend machen können. Leider wurde es trotzdem fortgespielt bis zu dem kläglichen Ende, das Marx ihm vorausgesagt hatte.

Statt einer deutschen Legion stifteten Marx und Engels einen deutschen kommunistischen Verein, dessen Mitgliedern sie rieten, einzeln nach Deutschland zurückzukehren und als Sauerteig in der revolutionären Bewegung zu wirken. Flocon verschaffte diesen Arbeitern dieselben Begünstigungen, die den Legionären gewährt worden waren, und so gelangten ihrer

drei- bis vierhundert nach Deutschland zurück, darunter die große Masse der Bundesmitglieder. Indem sie sich über Deutschland zerstreuten, löste sich der Bund der Kommunisten auf, aber in dieser Auflösung bewährte er sich als eine treffliche Vorschule für den Emanzipationskampf des Proletariats. Überall, wo sich im Revolutionsjahre die Arbeiterklasse mit einiger Klarheit zu entwickeln begann, fanden sich Bundesmitglieder als treibende Kräfte, die auch da, wo sie sich freiwillig oder gezwungen den örtlichen Verhältnissen anpaßten und die prinzipielle Höhe des Kommunistischen Manifestes nicht einhielten, den bürgerlichen Volksführern an Einsicht und Entschlossenheit weit überlegen waren. Sie wirkten in Hessen und Nassau, in Hamburg und Bremen und Hannover, in Berlin und Leipzig und Breslau, wo Wilhelm Wolff mit großem Erfolge wühlte und sogar zum stellvertretenden Abgeordneten für die Frankfurter Versammlung gewählt wurde. Jedoch lag es in der Natur der Dinge, daß der Bund der Kommunisten eine Agitation in großem revolutionären Stile nur da entfalten konnte, wo die Voraussetzungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft bereits gegeben waren.

Marx und Engels begaben sich mit ihrem engeren Kreise von Freunden nach Köln, wo von demokratischer und teilweise kommunistischer Seite ein großes Blatt vorbereitet wurde. Sie wurden zunächst von den Gründern dieses Blattes scheel angesehen und sollten nach Berlin abgeschoben werden, worauf sie sich aus guten Gründen nicht einließen. Sie kannten Berlin und wußten, wie wenig erst die bürgerliche Klasse der preußischen Hauptstadt entwickelt war. Sie wußten namentlich auch, und das Schicksal des jungen Schlöffel bewies es ihnen zu allem Überflusse, daß es eine gesicherte Preßfreiheit in Berlin noch nicht gab. In Berlin herrschte noch das preußische Landrecht, und politische Prozesse kamen vor die Berufsrichter; am Rheine bestand der Code Napoleon, der politische Prozesse vor die Geschworenen verwies. Ein großes Blatt, das gewissermaßen als Leuchtturm über das wogende Meer der Revolution strahlen sollte, konnte nirgends anders als in der rheinischen Hauptstadt erscheinen, und dem energischen Willen, den Marx und seine Freunde hinter diese richtige Ansicht setzten, gelang denn auch schnell die Überwältigung aller Hindernisse. Sie bekamen die neue Zeitung in ihre Hand unter der einzigen Bedingung, Heinrich Bürgers in die Redaktion aufzunehmen, der nach der Absicht der Aktionäre ein Hemmschuh am Wagen werden sollte, tatsächlich aber nur das fünfte Rad am Wagen wurde.

Die erste Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung erschien am 1. Juni 1848. Ihr Redaktionsstab bestand aus Karl Marx als leitendem Redakteur, Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth, Ferdinand Wolff und Wilhelm Wolff. Die Zeitung begann mit einem sehr beschränkten Aktienkapital, von dem nur wenig eingezahlt worden war, und gleich ihr erster Artikel, der die leere Redseligkeit geißelte, worüber die Frankfurter Versammlung sich ein Machtmittel nach dem anderen entschlüpfen ließ, kostete ihr die Hälfte ihrer Aktionäre.

In ihrem Titel nannte sich die Neue Rheinische Zeitung ein „Organ der Demokratie", doch machte sie kein Hehl daraus, daß sie die revolutionäre Bewegung an ihrem äußersten tatsächlich vorhandenen Ende eben nur aufnehme, um sie im Interesse des Proletariats voranzutreiben. Die Zeitung geizte nicht nach der Ehre, das Organ irgend einer parlamentarischen Linken zu sein; sie sprach es offen aus, daß sie es bei den vielfachen verschiedenen Elementen, aus denen sich die demokratische Partei in Deutschland gebildet habe, im Gegenteil für dringend nötig halte, niemanden schärfer zu überwachen als die Demokraten; ihr Ideal sei nicht die schwarzrotgoldene Republik, sondern in dieser Republik werde erst ihre eigentliche Opposition beginnen. Noch in dem Monate ihrer Geburt enthüllte sie ihre wirklichen Ziele in einem gewaltigen Artikel voll flammender Leidenschaft, als über die besiegten Junikämpfer von Paris ein Schwall von Verleumdungen hereinbrach, aus dem die Stimmen der liberalen Bourgeoisie und des demokratischen Kleinbürgertums nicht zum wenigsten hervorgellten.

Die Pariser Arbeiter sind geschlagen, aber ihre Gegner sind besiegt, so rief die Neue Rheinische Zeitung; der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauft mit der Vernichtung aller Täuschungen und Einbildungen der Februarrevolution, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter. Der tiefe Abgrund dürfe die Demokraten nicht wähnen lassen, daß die Kämpfe um die Staatsform illusorisch und inhaltslos seien. Die Kollisionen, die aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgingen, müßten durchkämpft, könnten nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform sei die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt würden, wo sie vielmehr zum freien

Kampf und damit zur Lösung kämen. Aber wohin die Demokratie in dem Klassenkampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat gehöre, das sprach der Artikel mit den mächtigen Worten aus: „Man wird uns fragen, ob wir keine Träne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wut des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie? Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen, Dekrete werden sie verherrlichen, feierliche Leichenzüge werden ihre Reste zur Erde bestatten, die offizielle Presse wird sie unsterblich erklären, die europäische Reaktion wird ihnen huldigen vom Osten bis zum Westen. Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Ärzten verlassen, von den Honetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportiert — ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse." Dieser von Marx verfaßte Aufsatz, ein bleibendes Denkmal echter revolutionärer Begeisterung, kostete der Neuen Rheinischen Zeitung den letzten Rest ihrer Aktionäre.

Inzwischen hatte sie festen Fuß in den Massen gefaßt. Sie vereinigte zwei Eigenschaften, deren keine auch nur annähernd von irgend einem anderen Blatt in Deutschland erreicht wurde, deren jede selten und deren harmonischer Einklang noch viel seltener ist: sie verband ein tiefes Verständnis für den historischen Zusammenhang der Dinge, das doch niemals in müßige Beschaulichkeit entartete, mit einem kühnen Tatendrang, der doch niemals in Illusionen zerrann. Sie schmeichelte der Nation so wenig wie ihren Despoten. Sie geißelte bis aufs Blut, was immer noch von altererbtem Sklavensinn in den Deutschen steckte, aber sie schürte auch jeden revolutionären Funken, der als reinigende Flamme durch den vermoderten Wust des deutschen Elends zu fahren versprach. Für jene „Gemütlichkeit", die nur ein beschönigendes Wort für die Schlafmützigkeit des entnervten Pfahlbürgers war, hatte sie nichts als Spott und Hohn, und sie behandelte das deutsche Volk nach einem Worte Weerths en canaille, aber nirgends waren die großen Interessen der deutschen Zukunft so fest und klar behütet, wie in ihren Spalten, und selbst die Bourgeoisie hätte von ihrem eigenen Standpunkte nichts besseres tun können, als auf die Mahnungen und Warnungen dieses Blattes zu hören.

Rechtzeitig rief die Neue Rheinische Zeitung dem Ministerium Camphausen zu, es wolle die Reaktion säen im Sinne der großen Bourgeoisie, aber es werde sie ernten im Sinne der Feudalpartei. Sie nannte es die Quadratur des Zirkels, wenn das Ministerium Hansemann die Herrschaft der Bourgeoisie begründen wolle, indem es einen Kompromiß mit dem alten Feudal- und Polizeistaate schließe; die Bourgeoisie könne ihre eigene Herrschaft nicht aufrichten, ohne vorläufig das ganze Volk zum Bundesgenossen zu haben, ohne mehr oder weniger demokratisch aufzutreten; das Ministerium der Tat müsse scheitern, wenn die noch mit dem Absolutismus, dem Feudalismus, dem Krautjunkertum, der Soldaten- und Bureaukratenherrschaft ringende Bourgeoisie das Volk schon ausschließen, schon unterjochen und bei Seite werfen wolle. Mit einschneidender Kritik verfolgte die Zeitung die Verhandlungen der Berliner Versammlung; sie suchte die Linke aus ihrer halbschlächtigen Politik herauszujagen, machte ihr klar, daß die alte Macht ihr gern kleine parlamentarische Siege und große Konstitutionsentwürfe überlasse, wenn sie sich derweil nur aller entscheidenden Machtpositionen bemächtigen könne; die Linke werde eines schönen Morgens finden, daß ihr parlamentarischer Sieg und ihre wirkliche Niederlage zusammenfielen. Vorhersagen, die sich durchweg mit der größten Pünktlichkeit erfüllt haben.

Der selbstgefälligen Beredsamkeit, worin sich die neuen parlamentarischen Größen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums gefielen, trat die Neue Rheinische Zeitung mit bitterstem Sarkasmus entgegen. Am schonungslosesten deckte sie die Blöße dieses „parlamentarischen Kretinismus" an der Frankfurter Versammlung auf, wo er noch ärger grassierte, als in der Berliner. Sie hatte natürlich nichts übrig für die Verpreußungspläne der Partei Gagern: die schönen Tage seien vorüber, in denen das gänzlich zerfallende Deutschland des Bundestags selbst in der allgemeinen Anwendung der preußisch-bureaukratischen Zwangsjacke ein letztes Mittel des Zusammenhalts gesehen habe. Überhaupt wurde die preußische Legende mit äußerster Verachtung behandelt. Als bei dem Sturm auf das Berliner Zeughaus etwelches Gerümpel von alten Fahnen und Pickelhauben zerstört worden war und ein großes Lamento patriotischer Herzen sich darüber erhob, lobte die Zeitung den sehr richtigen Takt des Berliner Volks, das zum erstenmale nicht nur gegen seine Unterdrücker, sondern auch gegen die glänzenden Illusionen seiner eigenen Vergangenheit revolutionär aufgetreten sei; das erste, was die Deutschen

in ihrer Revolution zu tun hätten, sei mit ihrer ganzen schimpflichen Vergangenheit zu brechen.

Aber die Neue Rheinische Zeitung kritisierte auch scharf den föderativen Republikanismus, wie er in der Frankfurter Linken vertreten war. Eine Föderation von konstitutionellen Monarchien, Fürstentümchen und Republikchen mit einer republikanischen Regierung an der Spitze könne nicht die schließliche Verfassung Deutschlands sein. „Wir stellen nicht das utopistische Verlangen, daß a priori eine einige unteilbare deutsche Republik proklamiert werde, aber wir verlangen von der sogenannten radikal-demokratischen Partei, den Ausgangspunkt des Kampfes und der revolutionären Bewegung nicht mit ihrem Zielpunkte zu verwechseln. Die deutsche Einheit wie die deutsche Verfassung können nur als Resultat aus einer Bewegung hervorgehen, worin ebenso sehr die inneren Konflikte, als der Krieg mit Rußland zur Entscheidung treiben werden. Die definitive Konstituierung kann nicht dekretiert werden, sie fällt zusammen mit der Bewegung, die wir zu durchlaufen haben. Es handelt sich daher auch nicht um die Verwirklichung dieser oder jener Meinung, dieser oder jener politischen Idee, es handelt sich um die Einsicht in den Gang der Entwicklung. Die Nationalversammlung hat nur die zunächst praktisch möglichen Schritte zu tun." Nichts sei konfuser, als an dem nordamerikanischen Föderativstaate sich das Maß der deutschen Verfassung nehmen zu wollen. „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, abgesehen davon, daß sie alle gleichartig konstituiert sind, erstrecken sich über eine Fläche so groß wie das zivilisierte Europa. Nur in einer europäischen Föderation könnten sie eine Analogie finden. Und damit Deutschland sich mit anderen Ländern föderiert, muß es vor allem Ein Land werden. In Deutschland ist der Kampf der Zentralisation mit dem Föderativwesen der Kampf zwischen der modernen Kultur und dem Feudalismus. Deutschland verfiel in ein verbürgerlichtes Feudalwesen in demselben Augenblicke, wo sich die großen Monarchien im Westen bildeten, aber es wurde auch von dem Weltmarkte ausgeschlossen, in demselben Augenblicke, wo dieser sich dem westlichen Europa eröffnete. Es verarmte, während sie sich bereicherten. Es verbauerte, während sie großstädtisch wurden. Klopfte nicht Rußland an die Pforten Deutschlands an, die nationalökonomischen Verhältnisse allein würden es zur straffesten Zentralisation zwingen. Selbst nur vom bürgerlichen Standpunkte betrachtet, ist die widerspruchslose Einheit Deutschlands die erste

Bedingung, um es aus der bisherigen Misere zu erretten und den Nationalreichtum zu erschaffen. Und wie nun gar die modernen sozialen Aufgaben lösen auf einem in neununddreißig Ländchen zersplitterten Terrain?" Man sieht aus dieser Ausführung zugleich, was Marx und Engels unter der „Revolution in Permanenz" verstanden haben, womit sie ein allgemeines Tohuwabohu bezweckt haben sollen.

Die Neue Rheinische Zeitung widersetzte sich der patriotischen „Schließung der Revolution" ebenso im Interesse der bürgerlichen, wie der proletarischen Klasse.

2. Europäische Politik.

Nicht ihr letzter Vorzug war die scharfe und tiefe Auffassung der auswärtigen Politik, deren Behandlung von jeher zu den schwachen Seiten demokratischer Parteien gehört hat. Die Neue Rheinische Zeitung übersah keinen Augenblick den Zusammenhang der deutschen mit den europäischen Zuständen. Und ebensowenig wie die deutschen Partei-, beurteilte sie die europäischen Völkerkämpfe nach der Schablone inhaltloser Schlagworte, wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit. Der entscheidende Gesichtspunkt war für sie immer die Kultur- und Zivilisationsstufe, welche die einzelnen Völker erreicht hatten, und die Stellung, die sie demgemäß in den revolutionären Kämpfen der Zeit einnahmen. Sie entrollte dem deutschen Volke das Bild der Schande, wie seine Söhne sich seit siebzig Jahren, seit dem amerikanischen Unabhängigkeits- und dem französischen Revolutionskriege bis zur Unterdrückung der jüngsten italienischen und polnischen Aufstände, zu Schergen revolutionierender Völker hergegeben hätten, und sie erklärte: „Jetzt wo die Deutschen das eigene Joch abschütteln, muß sich auch ihre ganze Politik dem Auslande gegenüber ändern, oder in den Fesseln, womit wir fremde Völker umketten, nehmen wir unsere eigene junge, fast nur erst geahnte Freiheit gefangen. Deutschland macht sich in demselben Maße frei, worin es die Nachbarvölker frei läßt." Aber die Zeitung unterschied haarscharf zwischen den großen lebensfähigen Nationen, die in selbstherrlicher Kraft um ihre Unabhängigkeit rangen, und den kleinen zurückgebliebenen Völkertrümmern, die mit demokratischen Schlagworten rebellierten, um sich tatsächlich der revolutionären Entwicklung der vorgeschrittensten Nationen in den Weg zu werfen oder werfen zu lassen.

Sie forderte Italien für die Italiener, Polen für die Polen, Ungarn für die Ungarn, aber sie verwarf die panslavistische Bewegung, die entweder eine leere Schwärmerei oder die russische Knute sei. Sie brandmarkte die machiavellistische Politik der österreichischen und der preußischen Regierung, welche die Aufstände in Italien und Polen mit blutiger Gewalt niederwarf, „welche, im Innern Deutschlands in ihren Grundvesten erschwankend, die demokratische Energie zu lähmen, die Aufmerksamkeit von sich abzulenken, der revolutionären Glutlava einen Abzugskanal zu graben, die Waffe der inneren Unterdrückung zu schmieden suchte, indem sie einen engherzigen, dem kosmopolitischen Charakter der Deutschen widerstrebenden Stammhaß heraufbeschwor". Aber sie trat auch für das historische Recht Deutschlands ein im Kampfe mit Dänemark um Schleswig-Holstein.

In erster Reihe verlangte die Zeitung den revolutionären Krieg gegen Rußland. „Nur der Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie einem die Ketten langer träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es nach außen befreit." Die Zeitung wurde nicht müde, auf die Gefahr hinzuweisen, die der deutschen Revolution vom zarischen Despotismus drohte. Sie sah die Tage von Vilagos und Warschau voraus, und wenn sie im Juni 1848 schon ausrief: Der Zar steht vor den Toren von Thorn, so war es, als läse sie das erst dreißig Jahre später veröffentlichte Memoire ab, worin der Kaiser Nikolaus in eben diesen Tagen dem Prinzen von Preußen die Hilfe des russischen Heeres für die gewaltsame Wiederherstellung des vormärzlichen Despotismus anbot.

Mit dem Kriege gegen Rußland hing unitrennbar zusammen die Wiederherstellung Polens. Sie war eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse der europäischen Revolution, die sich nicht auswirken konnte, ohne den russischen Koloß lahm zu legen, und die, um diesen Koloß lahm zu legen, nur den Hebel eines polnischen Aufstandes besaß. Hieraus erklärt sich die große Popularität, die der polnischen Sache in den dreißiger und vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im westlichen Europa beschieden war. Am wenigsten in Deutschland war sie eine romantische Laune, eine frembbrüderliche Begeisterung, als die sie von

Bismarck und den modischen Reichspatrioten verspottet worden ist; sie entsprang vielmehr einer sehr nüchternen Realpolitik, deren Berechtigung sowohl wie deren Richtigkeit durchaus keinem Zweifel unterliegen konnte, solange der Zar den Vormund der deutschen Fürsten spielen durfte. Wer anders die deutsche Einheit und Freiheit verlangte, der mußte auch ein selbständiges Polen verlangen. Dieser unabweisbaren Logik hatte sich sogar das Vorparlament bei aller sonstigen Schwächlichkeit nicht entziehen können; so hatte es die Teilung Polens für ein „schmachvolles Unrecht" erklärt und die „heilige Pflicht" des deutschen Volks proklamiert, Polen wieder herzustellen.

„Solange wir Polen unterdrücken helfen, solange wir einen Teil von Polen an Deutschland schmieden, solange bleiben wir an Rußland und an die russische Politik geschmiedet, solange können wir den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns nicht brechen." In diesen knappen Sätzen faßte die Neue Rheinische Zeitung die Politik zusammen, die der deutschen Revolution in der polnischen Frage vorgezeichnet war. Die Richtigkeit dieser Auffassung bezeugte am schlagendsten die Politik der Gegenrevolution, die Politik des preußischen König- und Junkertums, die vor nichts so sehr zurückscheute, als vor einem Bruche mit Rußland, die demgemäß mit allen Kräften darnach trachtete, den preußischen Anteil an dem polnischen Raube an das neue Deutschland zu schmieden, das durch den 18. März noch nicht geschaffen, aber doch verkündet worden war. Zwar hatte Friedrich Wilhelm IV. unter dem ersten Schrecken der Märztage der Provinz Posen eine „nationale Reorganisation" versprochen, und die polnische Bevölkerung dieser Provinz bekundete in jeder Weise, wie bereit sie sei, Hand in Hand mit dem revolutionierten Deutschland, gegen Rußland zu kämpfen. Allein es zeigte sich sehr bald, daß jenes Versprechen eben nur unter dem Drucke der Furcht gegeben worden war. Die preußische Militär- und Zivilbureaukratie in der Provinz Posen hetzte die deutsche und die jüdische Bevölkerung gegen die Polen auf; sie entfachte einen Bürgerkrieg, den sie zwar nicht mit kriegerischen Heldentaten, aber mit vandalischen Zerstörungen führte; im offenen Felde wiederholt schmählich aufs Haupt geschlagen, siegten die preußischen Truppen schließlich durch ihre Überzahl und ihre bessere Bewaffnung; ihren Granatkartätschen waren die polnischen Sensen auf die Dauer nicht gewachsen. Das Ministerium Camphausen hatte aber auch in dieser Frage nicht die Kraft und den

Mut, das Recht der bürgerlichen Revolution zu vertreten; es sanktionierte die militärischen Gewalttaten, indem es im April und Mai große Stücke, im ganzen mehr als zwei Drittel, von der Provinz Posen abriß und von dem verröchelnden Bundestage noch schnell in den deutschen Bund aufnehmen ließ, angeblich weil sie vorwiegend von Deutschen bewohnt seien.

Die Frankfurter Nationalversammlung hatte nun zu beschließen, ob die zwölf Abgeordneten, die in diesen Teilen der Provinz Posen gewählt worden waren, ein rechtsgültiges Mandat besäßen. Nach einer dreitägigen Debatte entschied sie am 27. Juli in bejahendem Sinne, womit die polnische Frage im Sinne der deutschen Revolution verfahren war. Die Teilungen Polens, die das Vorparlament für ein „schmachvolles Unrecht" erklärt hatte, waren jetzt vom Parlament selbst bestätigt worden. Es entsprach dem entscheidenden Gewicht, das Marx und Engels auf den revolutionären Krieg gegen Rußland legten, wenn die Neue Rheinische Zeitung diese Verhandlung der Frankfurter Versammlung ausführlicher kritisierte, als jede andere. Ihre Aufsätze darüber sind weitaus das Beste, was je in deutscher Sprache über die damalige polnische Frage geschrieben worden ist, obgleich sie von historischen Irrtümern nicht frei sind. Sie sahen die polnische Geschichte wesentlich in dem Lichte jener polnischen Historiker und Politiker, die, wie Lelewel und Mieroslawski, die Unabhängigkeit der polnischen Nation nach außen nur im engsten Zusammenhange mit einer agrarisch-demokratischen Revolution im Innern für möglich hielten. So richtig diese Ansicht an und für sich war, so war bei den polnischen Patrioten, die sich zu ihr bekannten, der Wunsch der Vater des Gedankens; sie würdigten die Reformversuche, die das polnische Junkertum gemacht hatte, um seinen Staat vor dem Untergange zu retten, so namentlich die polnische Konstitution von 1791, mehr nach ihrer Absicht als nach ihrer Wirkung, und es war ein trügerisches Echo aus diesen Kreisen, wenn die Neue Rheinische Zeitung im August 1848 meinte, das Polen der Adelsdemokratie sei längst tot und begraben, aber es habe einen robusten Sohn gezeugt, das Polen der Bauerndemokratie.

Kein Zweifel, daß die Zeitung der deutschen Einwanderung in Polen unheilvolle Folgen zuschrieb, die sie tatsächlich nicht gehabt hat, schon deshalb nicht, weil sie gar nicht ununterbrochen stattgefunden hatte. Es zeugte wohl von dem schnellen und tiefen Blick, womit Marx große

historische Zusammenhänge zu erfassen pflegte, wenn es in den Polenartikeln hieß: „Die Deutschen, die überhaupt ihre höchste Blüte in der Kleinbürgerei der mittelalterlichen Reichsstädte, in dem trägen karawanenmäßigen Binnenhandel und beschränkten Seehandel, im zünftigen Handwerksbetrieb des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts erreichten, die Deutschen bewiesen ihren Beruf, die Pfahlbürger der Weltgeschichte zu werden, namentlich dadurch, daß sie bis auf den heutigen Tag den Kern der Kleinbürgerschaft von ganz Ost- und Nordeuropa, ja von Amerika bilden. In Petersburg, Moskau, Warschau und Krakau, in Stockholm und Kopenhagen, in Pest, Odessa und Jassy, in New York und Philadelphia sind die Handwerker, Krämer und kleinen Zwischenhändler zum großen, oft zum größten Teile Deutsche oder von deutscher Abkunft. In allen diesen Städten gibt es Stadtviertel, wo ausschließlich deutsch gesprochen wird; einzelne Städte, wie Pest, sind sogar fast ganz deutsch." Allein gerade in Polen waren zwar im zwölften und dreizehnten Jahrhundert deutsche Ansiedler vom Fürstentum, wie vom Adel und der Geistlichkeit ins Land gezogen worden, aber spätestens seit dem fünfzehnten Jahrhundert hatte eine durchaus rückläufige Bewegung eingesetzt; im Interesse des von ihnen monopolisierten Getreidehandels hatten die polnischen Junker die Anfänge der städtischen Entwicklung gewaltsam zerstört, so daß die deutschen Ansiedler vielmehr in ihre Heimat zurückströmten. Sie hatten nicht, wie die Neue Rheinische Zeitung ihnen vorwarf, die Bildung polnischer Städte verhindert; sie hatten nicht die Zentralisation, das gewaltigste politische Mittel zur raschen Entwicklung eines Landes, durch ihre verschiedene Sprache, durch ihr Abschließen von der polnischen Bevölkerung, durch ihre tausendfach verschiedenen Privilegien und städtischen Rechtsverfassungen erschwert, und ebensowenig traf sie der Tadel, daß sie weder große Kapitalien gesammelt, noch sich die große Industrie anzueignen gewußt, noch sich ausgedehnter Handelsverbindungen bemächtigt hätten. Wenn die Neue Rheinische Zeitung mit Recht in dem Mangel jeder städtischen Entwicklung die eigentliche Ursache des polnischen Verfalls sah, so trug die Schuld daran ausschließlich das polnische Junkertum.

Ungleich berechtigter war die Kritik des Blattes an den legendären Behauptungen, die der preußische Historiker Stenzel in der Frankfurter Versammlung über die angebliche Kultur und Zivilisation ausgesprochen hatte, die nach der Teilung Polens vom preußischen König- und Junker-

tum nach Polen getragen worden sein sollte. Gegenüber solchen absichtlichen Entstellungen historischer Tatsachen, über die jeder preußische Historiker unterrichtet sein mußte, stellte die Neue Rheinische Zeitung fest, daß die Teilung Polens ein Raub nicht nur im staats-, sondern auch im privatrechtlichen Sinne gewesen sei. Sie schilderte durchaus zutreffend die kolossalen Plünderungszüge, die das preußische König- und Junkertum nach der dritten Teilung Polens im Jahre 1796 an den starosteilichen und kirchlichen Gütern vorgenommen und — in etwas veränderter Form — nach den polnischen Aufständen von 1830 und 1846 wiederholt hatte. Auch traf sie den Nagel auf den Kopf, wenn sie meinte, daß der sehr unheilige Raub an Polen der eigentliche Kitt der Heiligen Allianz sei, mochte sie dabei auch den despotischen Unterdrückern Polens eine größere Angst vor der agrarischen Revolution unterstellen, als in Berlin, Wien und Petersburg vorhanden war und vorhanden zu sein brauchte.

Nicht minder berechtigt war ihr Spott über die Schönfärberei, womit Stenzel die deutsch-jüdische Bevölkerung, die sich unter den Fittichen des preußischen Adlers in der Provinz Posen gesammelt hatte und nun gegen die Polen aufhetzen ließ, weit mehr in der Angst des bösen Gewissens, als im lauteren Feuer germanischen Heldensinns, als Pioniere moderner Zivilisation darstellen wollte. Namentlich den Versuch Stenzels, die polnischen Juden als Träger deutscher Vaterlandsliebe zu beanspruchen, geißelte die Zeitung mit bitteren Worten. „Die unerwartete Sympathie und Anerkennung, welche die polnischen Juden in der letzten Zeit in Deutschland gefunden haben, hat hier ihren offiziellen Ausdruck erlangt. Verrufen, soweit der Einfluß der Leipziger Messe reicht, als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes, sind sie deutsche Brüder geworden; der biedere Michel drückt sie unter Wonnetränen an sein Herz, und Herr Stenzel reklamiert sie im Namen der deutschen Nation als Deutsche, die Deutsche sein wollen. Und warum sollten die polnischen Juden keine echten Deutschen sein? Sprechen sie nicht ‚in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder deutsch'? Und welches Deutsch noch obendrein! Wir machen übrigens Herrn Stenzel darauf aufmerksam, daß er auf diese Weise ganz Europa und halb Amerika, ja einen Teil von Asien reklamieren kann. Deutsch ist bekanntlich die jüdische Weltsprache. In New York wie in Konstantinopel, in Petersburg wie in Paris ‚sprechen die Juden in ihren Familien,

sowie von Jugend auf ihre Kinder deutsch', und teilweise noch klassischeres Deutsch, als die ‚stammverwandten' Bundesgenossen der Netzbrüder, die posenschen Juden."

Immer blieb der Kern der polnischen Frage, so wie die Dinge 1848 lagen, daß die nationale Existenz Polens für kein Volk so notwendig war, wie für das deutsche. Ein gemeinsamer Krieg der revolutionierten Deutschen und Polen gegen Rußland wäre das sicherste Mittel gewesen, den Feudalismus, wie in Deutschland, so auch in Polen zu sprengen. Freilich mochte die Zeitung die Schwierigkeiten, die einem deutsch-polnischen Bündnisse entgegenstanden, in ihrer revolutionären Kühnheit und in ihrer übertriebenen Vorstellung von dem Polen der Bauerndemokratie unterschätzen, wenn sie schrieb: „Es versteht sich, daß es sich nicht um die Herstellung eines Scheinpolens handelt, sondern um die Herstellung eines Staats auf lebensfähiger Grundlage. Polen muß mindestens die Ausdehnung von 1772 haben, muß nicht nur die Gebiete, sondern auch die Mündungen seiner großen Ströme, und muß wenigstens an der Ostsee einen großen Küstenstrich besitzen. Alles das konnte ihm Deutschland garantieren, und doch dabei seine Interessen und seine Ehre sicher stellen, wenn es nach der Revolution in seinem eigenen Interesse den Mut hatte, von Rußland die Herausgabe Polens mit den Waffen in der Hand zu fordern. Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze und namentlich an der Küste beide Teile sich gegenseitig etwas nachgeben, daß mancher Deutsche polnisch, mancher Pole hätte deutsch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht." Jedoch der hochherzige Irrtum, der dabei mitspielen mochte, gab der Zeitung nur ein desto größeres Recht, über die halbe deutsche Revolution zu spotten, die nicht den Mut gehabt habe, so entschieden aufzutreten. „Pomphafte Reden halten über die Befreiung Polens, die durchziehenden Polen an den Eisenbahnstationen empfangen und ihnen die glühendsten Sympathien des deutschen Volks anbieten (wem sind die nicht schon angeboten worden?), das ließ sich hören. Aber einen Krieg mit Rußland anfangen, das ganze europäische Gleichgewicht in Frage stellen, und vollends irgend ein Läppchen des geraubten Gebietes herausgeben — ja, da müßte man seine Deutschen nicht kennen!" Und nochmals erklärte die Neue Rheinische Zeitung den Krieg mit Rußland für den vollständigen, offenen nnd wirklichen Bruch mit Deutschlands ganzer schmachvoller Vergangenheit,

für die wirkliche Befreiung und Vereinigung Deutschlands, für den einzig möglichen Weg, die deutsche Ehre und die deutschen Interessen gegenüber den slavischen Nachbarn und namentlich gegenüber den Polen zu retten.

Wie den Polen, so wurde das Blatt den Ungarn gerecht, und bis zu einem gewissen Grade selbst übergerecht. Es sah den streitenden Völkerwirrwarr im österreichischen Gesamtgebiete sich bald in zwei große Heerlager scheiden: auf der Seite der Revolution die Deutschen, Polen und Magyaren, auf der Seite der Gegenrevolution die Rumänen, die siebenbürgischen Sachsen und sämtliche Slaven mit Ausnahme der Polen. Auf die Frage: Woher diese Scheidung? antwortete die Neue Rheinische Zeitung: Aus der ganzen bisherigen Geschichte dieser Stämme. Abgesehen von den Polen, die nicht zu dem alten eigentlichen Österreich gehören, war seit dem Mittelalter die geschichtliche Initiative in den Donaugegenden an die Deutschen und die Magyaren gebunden. Ohne die Deutschen und die Magyaren wären alle — im Gegensatze zu den Polen und den Russen — sogenannten Südslaven türkisch geworden, wie ein Teil es wirklich wurde. Und das war ein ihnen geleisteter Dienst, den die österreichischen Südslaven selbst mit der Vertauschung ihrer Nationalität gegen die deutsche oder magyarische nicht zu teuer bezahlen würden.

Die türkische Invasion des fünfzehnten und sechzehnten Jahrhunderts war die zweite Auflage der arabischen aus dem achten Jahrhundert. Der Sieg Karl Martells wurde unter den Mauern Wiens und in den ungarischen Ebenen aber- und abermals erfochten. Wie damals bei Poitiers, war hier wieder die ganze europäische Entwicklung bedroht. Und wo es diese zu retten galt, da sollte es auf ein paar verfallene, ohnmächtige Nationalitäten ankommen, wie die österreichischen Slaven, die obendrein ja mitgerettet wurden? Wie nach außen, so nach innen. Die treibende Klasse, die Trägerin der historischen Bewegung, die Bürgerschaft, war überall deutsch oder magyarisch. Die Südslaven haben es nur ganz stellenweise zu einem nationalen Bürgertum gebracht. Mit der Bürgerschaft war die industrielle Macht, war das Kapital in deutschen oder magyarischen Händen, entwickelte sich deutsche Bildung, kamen die Slaven auch intellektuell unter die Botmäßigkeit erst der Deutschen und dann der Magyaren. So waren die Deutschen und die Magyaren im österreichischen Staate revolutionär, weil sie die Träger der Kultur und der Zivilisation waren. Ihnen gegenüber schlossen sich die österreichischen

Slaven in einem Sonderbunde, im Panslavismus zusammen, der nicht in Polen oder Rußland, sondern in Prag und Agram geboren wurde und als bewußter Gegensatz zu den revolutionär vorwärts drängenden Deutschen und Magyaren von vornherein reaktionär war.

Die Neue Rheinische Zeitung verglich den magyarischen Freiheitskrieg mit dem Kampfe des revolutionären Frankreichs gegen das reaktionäre Europa. „Die Übermacht ist furchtbar. Ganz Österreich, voran 16 Millionen fanatisierte Slaven, gegen 4 Millionen Magyaren. Der Aufstand in Masse, die nationale Waffenfabrikation, die Assignaten, der kurze Prozeß mit jedem, der die revolutionäre Bewegung hemmt, die Revolution in Permanenz, kurz alle Hauptzüge des glorreichen Jahres 1793 finden wir wieder in dem von Kossuth bewaffneten, organisierten, enthusiasmierten Ungarn." Im Gegensatze dazu wird die unheilbare Reaktion des Panslavismus nachgewiesen. „Der direkte Zweck des Panslavismus ist die Herstellung eines slavischen Reichs vom Erzgebirge und den Karpathen bis ans schwarze, ägäische und adriatische Meer unter russischer Botmäßigkeit, eines Reichs, das außer der deutschen, italienischen, magyarischen, wallachischen, türkischen, griechischen und albanesischen Sprache noch ungefähr ein Dutzend slavischer Sprachen und Hauptdialekte umfassen würde. Das Ganze zusammengehalten nicht durch die Elemente, die bisher Österreich zusammenhielten und entwickelten, sondern durch die abstrakte Eigenschaft des Slaventums und die sogenannte slavische Sprache, die allerdings der Mehrzahl der Einwohner gemeinsam. Aber wo existiert dies Slaventum als in den Köpfen einiger Ideologen, wo die ‚slavische Sprache', als in der Phantasie der Herren Palacky, Gaj und Konsorten, und annähernd in der altslavischen Litanei der russischen Kirche, die kein Slave mehr versteht? In der Wirklichkeit haben alle diese Völker die verschiedensten Zivilisationsstufen, von der (durch Deutsche) auf einen ziemlich hohen Grad entwickelten modernen Industrie und Bildung Böhmens bis herab zu der fast nomadischen Barbarei der Kroaten und Bulgaren, und in der Wirklichkeit haben alle diese Nationen daher die entgegengesetztesten Interessen. In der Wirklichkeit besteht die slavische Sprache dieser zehn bis zwölf Nationen aus ebensoviel meist einander unverständlichen Dialekten, die sich sogar auf verschiedene Hauptstämme (tschechisch, illyrisch, serbisch-bulgarisch) reduzieren lassen, die durch die gänzliche Vernachlässigung aller Literatur zu reinem Patois geworden sind und die mit wenig Ausnahmen stets

eine fremde nichtslavische Sprache als Schriftsprache über sich hatten.“ Eben hieraus folgerte die Neue Rheinische Zeitung, daß die panslavistische Einheit entweder eine leere Schwärmerei oder die russische Knute sei.

Sie ging dann noch näher auf die demokratische Spielart des Panslavismus ein, die im Juni 1848 auf dem Slavenkongresse in Prag rumort hatte und von Bakunin in einem Manifest an die Slaven pomphaft vertreten worden war. Sie findet zunächst die politische Romantik und Sentimentalität bei den Demokraten des Slavenkongresses sehr entschuldbar. „Mit Ausnahme der Polen — die Polen sind nicht panslavistisch, aus sehr handgreiflichen Gründen — gehören sie allen Völkerstämmen an, die entweder wie die Südslaven durch ihre ganze geschichtliche Stellung notwendig kontrerevolutionär sind, oder die wie die Russen von einer Revolution noch weit entfernt und daher wenigstens vorderhand noch kontrerevolutionär sind. Diese Fraktionen, demokratisch durch ihre im Ausland erworbene Bildung, suchen ihre demokratische Gesinnung mit ihrem Nationalgefühle, das bei den Slaven bekanntlich sehr ausgeprägt ist, in Harmonie zu bringen, und da die positive Welt, die wirklichen Zustände ihres Landes keine oder nur fingierte Anknüpfungspunkte für diese Versöhnung boten, so bleibt ihnen nichts als das jenseitige ‚Luftreich des Traumes‘, das Reich der frommen Wünsche, die Politik der Phantasie. Wie schön wäre es, wenn Kroaten, Panduren und Kosaken das Vordertreffen der europäischen Demokratie bildeten, wenn der Gesandte der Republik Sibirien seine Kreditive in Paris überreichte! Gewiß sehr erfreuliche Aussichten, aber daß die europäische Demokratie auf ihre Verwirklichung warten soll, wird doch selbst der begeistertste Panslavist nicht verlangen — und vorderhand sind gerade die Nationen, deren spezielle Unabhängigkeit das Manifest verlangt, die speziellen Feinde der Demokratie. Wir wiederholen es: Außer den Polen, den Russen und höchstens den Slaven der Türkei hat kein slavisches Volk eine Zukunft, aus dem einfachen Grunde, weil allen übrigen Slaven die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit fehlen.“

Die Neue Rheinische Zeitung begründete diese Auffassung durch eingehende historische Nachweise. Sie hob weiter hervor, daß die Slaven sich nirgendwo ernstlich an der revolutionären Bewegung von 1848 beteiligt hätten. „Ein einziger mutiger demokratischer Revolutionsversuch, selbst wenn er erstickt wird, löscht im Gedächtnis der Völker

ganze Jahrhunderte der Infamie und Feigheit aus, rehabilitiert auf der Stelle eine noch so tief verachtete Nation. Das haben die Deutschen erfahren. Aber während Franzosen, Deutsche, Italiener, Polen, Magyaren die Fahne der Revolution aufpflanzten, traten die Slaven wie ein Mann unter die Fahne der Kontrerevolution. Voran die Südslaven, die bereits seit langen Jahren ihre kontrerevolutionären Gelüste gegen die Magyaren verteidigt hatten, dann die Tschechen und hinter ihnen schlachtgerüstet und bereit, im Momente der Entscheidung auf dem Kampfplatze zu erscheinen — die Russen."

Die Zeitung schloß diese beredten Aufsätze mit den Worten: „Wir wissen jetzt, wo die Feinde der Revolution konzentriert sind: in Rußland und den österreichischen Slavenländern, und keine Phrasen, keine Anweisungen auf eine unbestimmte demokratische Zukunft dieser Länder werden uns abhalten, unsere Feinde als Feinde zu behandeln. Und wenn Bakunin endlich ausruft: ‚Wahrlich nichts einbüßen soll der Slave, sondern gewinnen soll er! Wahrlich, leben soll er! Und wir werden leben. Solange uns der kleinste Teil unserer Rechte bestritten wird, solange ein einziges Glied von unserem gesamten Leibe abgetrennt oder losgerissen gehalten wird, solange werden wir bis aufs Blut, werden wir unerbittlich auf Tod und Leben kämpfen, bis das Slaventum endlich groß und frei und unabhängig in der Welt dasteht' — wenn der revolutionäre Panslavismus diese Stelle ernstlich meint, und, wo es sich um die phantastisch-slavische Nationalität handelt, die Revolution ganz aus dem Spiele läßt, dann wissen wir auch, was wir zu tun haben. Dann Kampf, ‚unerbittlicher Kampf auf Leben und Tod' mit dem revolutionsverräterischen Slaventum; Vernichtungskampf und rücksichtsloser Terrorismus — nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution!" Auf diese Sätze hin hat ein strebsamer Professor denunziert, daß die Neue Rheinische Zeitung die Ausrottung des russischen, tschechischen und kroatischen Volkes verlangt habe.

In dem schleswig-holsteinischen Streite erklärte sich das Blatt für die energische Führung des Krieges mit Dänemark, ohne deshalb dem meerumschlungenen bürgerlichen Schoppenenthusiasmus die geringste Stammverwandtschaft zu bezeugen. Deutschlands Recht gegen Dänemark sei das Recht der Zivilisation gegen die Barbarei, des Fortschritts gegen die Stabilität. Selbst wenn die Verträge für Dänemark wären, was sehr zweifelhaft sei, so gelte dies Recht mehr als alle Verträge, weil

es das Recht der geschichtlichen Entwicklung sei. „Die Dänen sind ein Volk, das in der unbeschränktesten kommerziellen, industriellen, politischen und literarischen Abhängigkeit von Deutschland steht. Es ist bekannt, daß die faktische Hauptstadt von Dänemark nicht Kopenhagen, sondern Hamburg ist, daß Dänemark alle seine literarischen Lebensmittel ebensogut wie seine materiellen über Deutschland bezieht und daß die dänische Literatur — mit Ausnahme Holbergs — ein matter Abklatsch der deutschen ist. So ohnmächtig Deutschland auch von jeher war, es hat die Genugtuung, daß die skandinavischen Nationen und namentlich Dänemark unter seine Botmäßigkeit geraten sind, daß es ihnen gegenüber noch progressiv und revolutionär ist." Der Skandinavismus sei die Form, in der die Dänen die Unterstützung der Norweger und Schweden gegen Deutschland angerufen hätten. „Der Skandinavismus besteht in der Begeisterung für die brutale, schmutzige, seeräuberische, altnordische Nationalität, für jene tiefe Innerlichkeit, die ihre überschwenglichen Gedanken und Gefühle nicht in Worte bringen kann, wohl aber in Taten, nämlich in Roheit gegen Frauenzimmer, permanente Betrunkenheit und mit tränenreicher Sentimentalität abwechselnde Berserkerwut." Der Krieg Deutschlands gegen Dänemark sei ein wirklicher Revolutionskrieg, und schlimm genug für Deutschland, wenn sein erster Revolutionskrieg der komischeste Krieg sei, der jemals geführt wurde!

Auf Seite Dänemarks seien von Anfang an die kontrerevolutionärsten Mächte Europas gewesen: Rußland, England und die preußische Regierung. Diese drei Mächte hätten die deutsche Revolution und ihre erste Folge, die deutsche Einheit, am meisten zu fürchten. „Preußen, weil es dadurch aufhört zu existieren, England, weil der deutsche Markt dadurch seiner Ausbeutung entzogen wird, Rußland, weil die Demokratie dadurch nicht nur bis an die Weichsel, sondern selbst bis an die Düna und den Dniepr vorrücken muß. Preußen, England und Rußland haben komplottiert gegen Schleswig-Holstein, gegen Deutschland und die Revolution." In den Tagen des Waffenstillstandes von Malmö forderte die Neue Rheinische Zeitung die Frankfurter Versammlung auf, sich zum Kriege zu entschließen. „Gerade solch ein Krieg tut der einschlummernden deutschen Bewegung not, ein Krieg gegen die drei Großmächte der Kontrerevolution, ein Krieg, der Preußen in Deutschland wirklich aufgehen, der die Allianz mit Polen zum unumgänglichsten Bedürfnis macht, der die Freilassung Italiens sofort herbeiführt, der

gerade gegen die alten kontrerevolutionären Alliierten von 1792 bis 1815 gerichtet ist, ein Krieg, der ‚das Vaterland in Gefahr‘ bringt und gerade dadurch rettet, indem er den Sieg Deutschlands vom Siege der Demokratie abhängig macht.“ Die Zeitung macht freilich kein Hehl daraus, daß die deutsche Nationalversammlung mit diesem Kriege um ihr Dasein spielen würde. „Die Bourgeois und Junker in Frankfurt mögen sich keine Illusionen darüber machen: beschließen sie den Waffenstillstand zu verwerfen, so beschließen sie ihren eigenen Sturz, geradeso wie die Girondins in der ersten Revolution, die am 10. August tätig waren und für den Tod des Exkönigs stimmten, damit ihren eigenen Sturz am 31. Mai vorbereiteten. Nehmen sie dagegen den Waffenstillstand an, so beschließen sie ebenfalls ihren eigenen Sturz, so begeben sie sich unter die Botmäßigkeit von Preußen und haben gar nichts mehr zu sagen. Sie mögen wählen! Wir werden sehen. Aber wir wiederholen es: die Ehre Deutschlands ist in schlechten Händen.“ Und sie war in schlechten Händen.

Die Neue Rheinische Zeitung hatte richtig vorhergesehen, daß die Pariser Junischlacht, die blutige Bezwingung des französischen Proletariats durch die französische Bourgeoisie, einerseits bedeute die neue Knebelung der Nationalitäten, die das Krähen des gallischen Hahns mit heldenhaften Emanzipationskämpfen erwidert hatten, andererseits die Niederlage der Mittelklassen in den europäischen Ländern, wo diese Klassen, einen Augenblick mit dem Volke vereint, das Krähen des gallischen Hahns mit blutiger Schilderhebung gegen den Feudalismus beantwortet hatten. Sie sagte am Schlusse des Jahres 1848: In diesem Augenblick ist der Zar allgegenwärtig in Europa. Zwar war Ungarn noch nicht unterworfen, aber die Neue Rheinische Zeitung wußte, daß sich die europäische Revolution nicht von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten wälzt. Wie viele Siege die ungarische Revolution auch erfechten sollte, so sagte die Zeitung dennoch, daß auch dieser Aufstand erliegen müsse, wenn er nicht durch eine revolutionäre Erhebung in Frankreich unterstützt würde. In der Betrachtung, womit sie das Jahr 1849 einleitete, kannte sie nur noch ein Losungswort der europäischen Befreiung: den Sturz der französischen Bourgeoisie, den Triumph der französischen Arbeiterklasse, die Emanzipation der Arbeiterklasse überhaupt.

Sie verkannte keinen Augenblick, welche Stellung England, der „Hort der Freiheit“ nach vulgärer Auffassung, in den Revolutionskämpfen

einnehme. „Das Land, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgesprochensten schamlosesten Form fortgetrieben haben — England scheint der Fels, an welchem die Revolutionswogen scheitern, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoße aushungert. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontinents, auf dem gesamten europäischen Kontinent ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser.“ Sei die Befreiung Europas, gleichviel ob die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit oder der Sturz des feudalen Absolutismus, durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse bedingt, so scheitere jede französisch-soziale Umwälzung an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens.

Aber die erste Folge einer siegreichen Arbeiterrevolution in Frankreich sei der Weltkrieg. „Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten englischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhafte Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit.“ Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg — so faßte die Neue Rheinische Zeitung die Inhaltsangabe des Jahres 1849 zusammen.

Sie überschätzte das Maß von Kraft, das der gründliche Aderlaß des Juni im französischen Proletariat zurückgelassen hatte. Erst nach Jahren und Jahrzehnten konnte sich dies Proletariat wieder erheben. Um so gewisser trat nun ein, daß die europäische Befreiung einstweilen unmöglich war. Der russische Bär schlug mit seinen ungebrochenen Tatzen die ungarische Revolution nieder, und der Zar war allgegenwärtig in Europa.

---

3. Rheinische Agitation.

Die Septemberkrisen in Frankfurt und Berlin, die Genehmigung des Malmöer Waffenstillstandes dort und der Sturz des Ministeriums Hansemann hier, führten auch in Köln zu einer Katastrophe.

Die Haltung der Rheinlande war der schwerste Alp auf der Brust der Berliner Gegenrevolution. Schon vor den Märztagen hatte die Regierung die westlichen Provinzen mit Truppen überschwemmt, die zumeist aus den östlichen Landesteilen rekrutiert waren. In der Rheinprovinz mit ihren fünf Festungen, in Westfalen, Mainz, Luxemburg war etwa der dritte Teil des preußischen Heeres aufgehäuft, vierzehn von den fünfundvierzig Regimentern der Infanterie und entsprechende Massen von Kavallerie und Artillerie. Diese Truppen standen in einem großen Bogen von Köln und Bonn über Koblenz und Trier nach der französischen und luxemburgischen Grenze. Besonders war es dabei auf Köln abgesehen. Im Juni wurden die Forts armiert, die Truppen aus der Stadt in die Forts verlegt, mit Brot auf acht Tage und mit scharfen Patronen versehen. Je eifriger die Rüstungen betrieben wurden, um so mehr fiel es auf, daß die Bäume des Glacis überall stehen blieben, was völlig sinnlos war, wenn diese Rüstungen einem äußeren Feinde galten. Galten sie aber der Stadt selbst, so machten die geschonten Bäume die Kanonen des Stadtwalls allerdings nutzlos gegen die Forts, während die Forts keineswegs gehindert waren, Bomben und Granaten über die Bäume weg in die Stadt zu werfen.

Wegen dieser wunderbaren Rüstungen interpellierte d'Ester am 28. Juni das Ministerium Hansemann in der Berliner Versammlung, erhielt aber nur von dem Kriegsminister Roth v. Schreckenstein die patzige Antwort, alle Grenzfestungen müßten gerüstet werden, um das Vaterland vor Gefahr zu schützen, und wie das zu machen sei, verständen nur Militärs. Die grobe Unwahrheit wurde sofort durch einen schlesischen Abgeordneten von der Linken festgenagelt, der darauf hinwies, daß Neisse, die bedeutendste Festung Schlesiens gegen Osten und ein großer Waffenplatz mit Gewehrfabriken, Stückgießereien, Artilleriewerkstätten und einer der beiden staatlichen Pulverfabriken, vollständig widerstandslos gegen einen feindlichen Angriff sei; diese Grenzfestung habe nicht mehr als 6 bespannte Geschütze, der Artillerie fehlten 1150, dem Pontontrain 240 Pferde u. s. w. Das konnte vom Ministerium auch nicht bestritten werden; sein Vorsitzender Auerswald erkannte es sogar an, indem er unter patriotischem Augenaufschlage beklagte, daß durch die Kundgebung solcher Einzelheiten die Interessen des Landes geschädigt würden.

Wenn die Regierung die östlichen Grenzen ungeschützt ließ, trotz der ebenso glaubhaften wie unverhehlten Kriegsdrohungen des Zaren, dagegen

die westlichen Grenzen bis an die Zähne rüstete, trotz der ebenso glaubhaften wie unverhehlten Friedensbeteuerungen der französischen Bourgeoisie, so mußte die Neue Rheinische Zeitung diese gouvernementale Liebe zum Vaterlande richtig zu deuten, um so richtiger, je unablässiger die polizeilichen und gerichtlichen Behörden trotz aller Märzerrungenschaften die demokratische Opposition zu reizen versuchten. Sie wurde nicht müde, die rheinischen Arbeiter vor jedem Putsche zu warnen, der nach Lage der Dinge nur für sie selbst verhängnisvoll werden könnte. Aber die Besonnenheit schloß die Kühnheit nicht aus, sondern vielmehr ein. Konnte die militärisch erdrückte Rheinprovinz nicht aus eigener Macht die Gegenrevolution werfen, so mußte sie ihre Kräfte um so sorgfältiger sammeln und schonen für den Tag, wo aus der halben Revolution eine ganze werden konnte. Je dringender die Neue Rheinische Zeitung vor jedem hoffnungslosen Putsche warnte, um so kräftiger förderte sie die revolutionäre Propaganda.

Die Kölner Demokratie war in drei großen Vereinen organisiert, deren jeder mehrere tausend Mitglieder zählte: der Demokratischen Gesellschaft, die von Marx und dem Advokaten Schneider geleitet wurde, dem Arbeitervereine, an dessen Spitze Moll und Schapper standen, und dem Vereine für Arbeitgeber und Arbeiter, den namentlich der Referendar Hermann Becker vertrat. Diese drei Vereine taten sich, als Köln vom Demokratischen Kongresse in Frankfurt a. M. zum Vororte für Rheinland und Westfalen gewählt worden war, zu einem Zentralausschusse zusammen, der aus den genannten Personen bestand und für Mitte August einen Kongreß der rheinischen und westfälischen Vereine von demokratischer Tendenz nach Köln einberief. Dieser Kongreß wurde von 17 Vereinen beschickt, die durch 40 Abgeordnete vertreten waren. Er bestätigte den Zentralausschuß der drei Kölner Vereine als Kreisausschuß für Rheinland und Westfalen, beschäftigte sich sonst aber nur mit äußeren Organisationsfragen. Vorsitzende waren der Advokat Schneider und der Professor Kinkel, der gemeinsam mit dem Studiosus Schurz den demokratischen Verein von Bonn vertrat; Schriftführer der Advokat Schily aus Trier und der Lehrer Imandt aus Krefeld, Anhänger von Marx, die ihm durch alle Wechsel der Zeiten treu geblieben sind. Als Organe der rheinischen Demokratie wirkten neben der Neuen Rheinischen Zeitung in Köln noch die Neue Kölner Zeitung, der Wächter am Rhein und die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung des Arbeiter=

vereins. Assoziations- wie Preßfreiheit wurden von der rheinischen Demokratie bis auf den letzten Tropfen ausgenützt.

In der Bürgerwehr war sie gleichfalls stark vertreten, besaß in ihr aber nicht die Mehrheit, so daß der Regierungspräsident v. Wittgenstein zum Kommandanten gewählt worden war. Bei einem militärischen Exzesse, der am 11. September stattfand, offenbarte sich die Unzuverlässigkeit Wittgensteins, und es gelang den demokratischen Kompanien, seine Absetzung sowie die Entfernung des schuldigen Regiments aus der Stadt durchzusetzen. Ferner beschloß eine große Volksversammlung auf dem Frankenplatze, einen Sicherheitsausschuß „als Vertretung für die in den bestehenden gesetzlichen Behörden nicht vertretene Bevölkerung Kölns" zu wählen; zugleich richtete sie auf Antrag von Engels eine Adresse an die Berliner Versammlung mit der Aufforderung, ihre Plätze selbst der Gewalt der Bajonette gegenüber zu behaupten. Eine noch größere, von mindestens acht- bis zehntausend Menschen besuchte Volksversammlung, die am 17. September in Worringen auf einer Wiese am Rhein stattfand, bestätigte diese Beschlüsse und erklärte sich für die demokratisch-soziale, für die rote Republik. Neben Engels, Schapper, Wilhelm Wolff sprachen in dieser Versammlung der junge Ferdinand Lassalle aus Düsseldorf und Henry Brisbane, der Korrespondent der demokratisch-sozialistischen New York Tribune.

Die kritischen Septembertage, so entscheidend sie für die deutsche Revolution waren, verliefen in Frankfurt und Berlin zunächst im Sande. Das Frankfurter Parlament wagte keine Revolution, und das Ministerium Pfuel wagte keine Gegenrevolution. Um so eifriger nahmen die Kölner Behörden das alte Ziel auf, die rheinischen Arbeiter zum Putsche zu reizen, indem sie auf erdichtete und später von ihnen selbst fallen gelassene Vorwände hin gegen die Mitglieder des Demokratischen Kreisausschusses und die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung mit gerichtlichen und polizeilichen Prozeduren vorgingen. Aber um so nachdrücklicher rieten auch die Führer der rheinischen Demokratie den Arbeitern, sich zu keinem Putsche aufreizen zu lassen. In einem Augenblicke, wo keine große Frage die Gesamtbevölkerung in den Kampf treibe und jede Emeute daher scheitern müsse, sei sie umso zweckloser, als in naher Zukunft gewaltige Ereignisse eintreten könnten und man sich daher vor dem Tage der Entscheidung kampfunfähig mache. Wenn das Ministerium in Berlin eine Gegenrevolution wage, dann sei der Tag für

das Volk gekommen, eine Revolution zu wagen. Dennoch kam es zu einem Tumulte, als am 25. September Becker, Schapper, Wilhelm Wolff und Moll verhaftet werden sollten. Becker und Schapper wurden ergriffen, Wolff aber war nicht aufzufinden, und Moll wurde vom Volke befreit. Der Polizeipräsident forderte nunmehr die Bürgerwehr auf, Moll zu verhaften und eine Volksversammlung aufzuheben, die sofort zum Mittage auf den Alten Markt einberufen worden war. Doch die Bürgerwehr wollte weder das eine noch das andere tun; sie besetzte zwar den Alten Markt, erklärte aber, sie sei da, um das Volk zu schützen. Die Volksversammlung, in der Moll sprach und Wolff den Vorsitz führte, fand ungestört statt. Außer der tätlichen Mißhandlung eines Polizeikommissars fielen auch keine sogenannten oder wirklichen Exzesse vor. Jedoch schon im Begriffe auseinanderzugehen, wurde die Volksversammlung von dem Gerüchte ereilt, daß Militär anrücke, und nun begann sie, Barrikaden zu bauen, während die Bürgerwehr, um das eigene Heil noch besorgter als um den Schutz der Volksrechte, nach Hause marschierte.

Das Gerücht von dem Heranrücken des Militärs erwies sich als blinder Lärm. Selbst die Barrikaden wurden nicht angegriffen; auf den meisten von ihnen wehte die Nacht hindurch ruhig die rote Fahne. Ihre Verteidiger verließen sie, als keine Angreifer kamen, und sich überdies herausstellte, daß aus Berlin keine entscheidenden Nachrichten eingetroffen seien. Sie vereitelten nur noch einen Versuch des Militärs, Moll zu ergreifen, der glücklich ins Ausland entkam.

Nachdem die Ruhe von selbst wiederhergestellt worden war, hatte die Kommandantur die Kourage, den Belagerungszustand über die Festung zu verhängen. Sie stützte sich dabei auf irgend eine vormärzliche Instruktion für Festungskommandanten, die sie dadurch modernisierte, daß sie die Assoziationsfreiheit aufhob, die Neue Rheinische Zeitung nebst den anderen drei demokratischen Blättern suspendierte, die Bürgerwehr auflöste und das Kriegsrecht androhte für offenen und gewaltsamen Widerstand gegen die gesetzlichen Anordnungen der Behörden. Da die Bourgeoiselemente der Bürgerwehr mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, die gefährlichen Schießgewehre abzuliefern, so fügte sich bei der Nutzlosigkeit jedes zersplitterten Widerstandes auch der Rest. Im übrigen wurde der ungesetzliche Handstreich nach acht Tagen wieder aufgehoben. Er rief in der Berliner Versammlung heftige Debatten hervor, und

das Ministerium Pfuel hielt es aus guten Gründen für ratsam, ihn zu verleugnen.

Die Neue Rheinische Zeitung wurde durch den Gewaltstreich schwer getroffen. Um Verhaftsbefehlen zu entgehen, hatten ihre meisten Redakteure Köln verlassen, Dronke und Engels waren über die belgische Grenze gegangen, Wolff in die Pfalz; die zersprengte Redaktion konnte sich allmählich erst wieder sammeln. Dazu waren die niemals glänzenden Finanzen des Blattes ganz zerrüttet worden. Indessen gelang es, aller Schwierigkeiten Herr zu werden, und am 12. Oktober erschien die Zeitung wieder, mit der Ankündigung, daß die finanziellen Hindernisse überwunden seien und der Redaktionsstab derselbe bleibe, nur daß Ferdinand Freiligrath neu eingetreten sei.

Sie kam zur rechten Zeit, die Wiener Revolution in ihren tapferen Kämpfen und ihrem tragischen Falle zu begleiten — nicht wie die Redner der parlamentarischen Linken mit sentimentalen Klagen, mit unfruchtbaren Sympathien, mit Hilferufen an den hilflosen Reichsverweser, sondern mit leidenschaftlichen Aufrufen an das Volk, aus seiner Lethargie zu erwachen und den kämpfenden Wienern die einzige Hilfe zu bringen, die es ihnen noch bringen könne: die Besiegung der Kontrerevolution im eigenen Hause. Es war dieser Gedanke von Marx, den Freiligrath in seinem herrlichen Liede an Wien mit den Worten wiedergab:

> Räum' auf im eignen Hause! Räum' auf und halte Stich —
> Den Jellachich zu jagen, wirf *deinen* Jellachich!
> Ein dreister Schlag im Norden ist auch im Süd ein Schlag;
> Mach' fallen unser Olmütz und Olmütz rasselt nach!

Wien fiel, und die Neue Rheinische Zeitung schrieb seiner Revolution den Epilog: „In Wien ist soeben der zweite Akt des Dramas aufgeführt worden, dessen ersten Akt man zu Paris spielte, unter dem Titel: die Junitage. Zu Paris Mobile, zu Wien Kroaten — in beiden Lazzaronis, bewaffnetes und erkauftes Lumpenproletariat gegen das arbeitende und denkende Proletariat. Zu Berlin werden wir bald den dritten Akt erleben." Und eben ging der Vorhang über diesen dritten Akt auf.

Konsequent wie immer hatte die Zeitung schon vor ihrer Unterdrückung das Gerede von der angeblichen Bedrohung der Berliner Versammlung durch aufgeregte Massen auf seinen wahren Gehalt zurückgeführt. „Das Recht der demokratischen Volksmassen, durch ihre An-

wesenheit auf die Haltung konstituierender Versammlungen moralisch einzuwirken, ist ein altes revolutionäres Volksrecht, das seit der englischen und französischen Revolution in keiner stürmischen Zeit entbehrt werden konnte. Diesem Rechte verdankt die Geschichte fast alle energischen Schritte solcher Versammlungen. Wenn die Ansässigen des ‚Rechtsbodens‘, wenn die furchtsamen und philiströsen Freunde der ‚Freiheit der Beratungen‘ dagegen jammern, so hat dies keinen anderen Grund als den, daß sie überhaupt keine energischen Beschlüsse wollen.“ Es gebe keine hohlere Phrase, als die Redensart von der Freiheit der Beratungen. „Die ‚Freiheit der Beratungen‘ wird beeinträchtigt durch die Freiheit der Presse, durch die Freiheit der Versammlung und der Rede, durch das Recht der Volksbewaffnung auf der einen Seite. Sie wird beeinträchtigt durch die bestehende öffentliche Macht, die in den Händen der Krone und ihrer Minister beruht: durch die Armee, die Polizei, die sogenannten unabhängigen, in der Tat aber von jeder Beförderung und jeder politischen Veränderung abhängigen Richter auf der anderen Seite. Die Freiheit der Beratung ist zu jeder Zeit eine Phrase, die weiter nichts sagen will als: Unabhängigkeit von allen nicht durch das Gesetz anerkannten Einflüssen. Diese anerkannten Einflüsse, Bestechung, Beförderung, Privatinteressen, Furcht vor einer Kammerauflösung u. s. w. machen ja erst die Beratungen wahrhaft ‚frei‘. Aber in Revolutionszeiten ist diese Phrase vollends sinnlos. Wo zwei Mächte, zwei Parteien sich gerüstet gegenüberstehen, wo der Kampf jeden Augenblick losbrechen kann, da haben die Deputierten nur die Wahl: Entweder sie stellen sich unter den Schutz des Volkes und lassen sich dann auch von Zeit zu Zeit eine kleine Lektion gefallen. Oder sie stellen sich unter den Schutz der Krone, ziehen in irgend eine kleine Stadt, beraten unter dem Schutze der Bajonette und Kanonen oder gar des Belagerungszustandes — und dann werden sie nichts dagegen haben, wenn die Krone und die Bajonette ihnen ihre Beschlüsse vorschreiben. Einschüchterung durch das unbewaffnete Volk oder Einschüchterung durch die bewaffnete Soldateska — die Versammlung möge wählen!“ Wieder und wieder suchte die Neue Rheinische Zeitung dem Berliner Parlamente den Rücken zu steifen, aber diese „quengelnde, klugtuende, entschlußunfähige“ Versammlung war zu keiner entscheidenden Haltung aufzureizen. Sie wollte sich nicht unter den Schutz der Bajonette, aber sie wagte noch weniger, sich unter den Schutz des Volkes zu stellen.

Überflüssig zu sagen, daß die rheinische Demokratie in der November-krisis ihre Schuldigkeit tat. Jetzt war der entscheidende Augenblick gekommen, wo der Gegenrevolution mit einer zweiten Revolution geantwortet werden mußte, und jeden neuen Tag rief die Neue Rheinische Zeitung die Massen auf, der Gewalt jede Art von Gewalt entgegenzusetzen. Der passive Widerstand müsse den aktiven zu seiner Unterlage haben, sonst gleiche er dem Sträuben des Kalbes gegen seinen Schlächter. Rücksichtslos wurden alle juristischen Spitzfindigkeiten der Vereinbarungstheorie weggefegt, hinter denen sich die Feigheit der Bourgeoisie so gern verstecken wollte. „Die preußische Krone ist in ihrem Rechte, indem sie der Versammlung als absolute Krone entgegentritt. Aber die Versammlung ist im Unrechte, weil sie der Krone nicht gegenübertritt als absolute Versammlung. . . . Die alte Bureaukratie will nicht zur Dienerin einer Bourgeoisie herabsinken, deren despotische Schulmeisterin sie bisher war. Die feudale Partei will ihre Auszeichnungen und ihre Interessen nicht auf dem Altare des Bürgertums auflodern lassen. Und die Krone endlich, sie erblickt in den Elementen der alten feudalen Gesellschaft, deren höchster Auswuchs sie ist, ihren wahren einheimischen gesellschaftlichen Boden, während sie in der Bourgeoisie eine fremde künstliche Erde erblickt, von der sie nur getragen wird, unter der Bedingung zu verkümmern. Die berauschende ‚Gnade Gottes' verwandelt die Bourgeoisie in einen nüchternen Rechtstitel, die Herrschaft des Bluts in die Herrschaft des Papiers, die königliche Sonne in eine bürgerliche Astrallampe. Das Königtum ließ sich daher nicht beschwatzen von der Bourgeoisie. Es antwortete ihrer halben Revolution mit einer ganzen Kontrerevolution. Es stürzte die Bourgeoisie zurück in die Arme der Revolution, des Volkes, indem es ihr zurief: Brandenburg in der Versammlung und die Versammlung in Brandenburg." Die Neue Rheinische Zeitung übersetzte diese Losung der Gegenrevolution treffend: die Wachtstube in der Versammlung und die Versammlung in der Wachtstube. Sie hoffte, mit dieser Parole werde das Volk siegen, sie las in ihr die Grabschrift des Hauses Brandenburg.

Als die Berliner Versammlung endlich die Steuerverweigerung beschlossen hatte, forderte der Demokratische Kreisausschuß in einem von Marx, Schapper und Schneider gezeichneten Aufrufe vom 18. November die demokratischen Vereine auf, die Durchführung folgender Maßregeln zu bewerkstelligen: Die gewaltsame Eintreibung der Steuern wird überall

durch jede Art des Widerstandes zurückgewiesen; der Landsturm zur Abwehr des Feindes wird überall organisiert, für die Unbemittelten werden Waffen und Munition auf Gemeindekosten oder durch freiwillige Beiträge beschafft: falls sich die Behörden weigern, die Beschlüsse der Nationalversammlung anzuerkennen und auszuführen, werden Sicherheitsausschüsse ernannt und zwar wo möglich im Einverständnisse mit den Gemeinderäten; der gesetzgebenden Versammlung widerstrebende Gemeinderäte werden durch allgemeine Volkswahl erneuert. Der Demokratische Kreisausschuß der Rheinlande tat damit das, was zu tun die Pflicht der Berliner Versammlung gewesen wäre, wenn sie es mit dem Beschlusse der Steuerverweigerung ernsthaft gemeint hätte. Die Unterzeichner des Aufrufs waren sich darüber klar, daß die endgültige Entscheidung bei der Versammlung lag und daß der Funke, den sie ins Land warfen, erlöschen müsse, wenn er nicht von einer allgemeinen Erhebung des Volks angefacht und weiter getragen würde. Aber sie wahrten die revolutionäre Ehre der Rheinlande, und der Erfolg ihres Aufrufs zeigte hinlänglich, wie viel trotz alledem zu erreichen gewesen wäre, wenn die Versammlung gleiche Schritte getan hätte. Da sie es vorzog, die Flinte ins Korn zu werfen, so gelang es der militärischen Übermacht, den Widerstand der Rheinlande zu unterdrücken.

Die Unterzeichner des rheinischen Aufrufs wurden wegen Aufforderung zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten angeklagt und am 9. Februar 1849 von den Kölner Geschworenen abgeurteilt. Sie bestritten selbstverständlich nicht, unter dem inneren Feinde die bewaffnete Regierungsgewalt gemeint zu haben. Der Staatsprokurator entblödete sich nicht, aus den Gesetzen vom 6. und 8. April 1848, aus denselben Gesetzen, welche die Regierung mit ihrem Staatsstreiche, mit der Oktroyierung einer Verfassung und eines neuen Wahlgesetzes zerrissen hatte, das Unrecht der Berliner Versammlung und in noch höherem Grade das Unrecht der Angeklagten zu folgern. In seiner Verteidigungsrede erwiderte ihm Marx, die Regierung könne nicht an die Gesetze appellieren, die sie selbst so schändlich umgestoßen habe. Wer eine Revolution glücklich vollbringe, könne seine Gegner hängen, aber nicht verurteilen, als besiegte Feinde aus dem Wege räumen, aber nicht als Verbrecher richten. Es sei eine feige Heuchelei der Gesetzlichkeit, nach vollendeter Revolution oder Gegenrevolution die umgestoßenen Gesetze gegen die Verteidiger derselben Gesetze anzuwenden. Die Frage,

wer im Rechte gewesen sei, die Krone oder die Versammlung, sei eine geschichtliche Frage, die nur die Geschichte und keine Jury entscheiden könne.

Aber Marx ging weiter und erklärte, die Gesetze vom 6. und 8. April überhaupt nicht anzuerkennen. Sie seien willkürliche Machwerke des Vereinigten Landtags, bloße Formen, die der Krone das Eingeständnis der im Märzkampfe erlittenen Niederlage ersparen sollten. Die Phrase vom Rechtsboden beruhe entweder auf bewußtem Betrug oder auf bewußtloser Selbsttäuschung. Der Vereinigte Landtag habe die alte feudale Gesellschaft vertreten, und nach seinen Gesetzen könne nicht die Versammlung gerichtet werden, welche die moderne bürgerliche Gesellschaft repräsentiere. Es sei eine juristische Einbildung, daß die Gesellschaft auf dem Gesetze beruhe. Vielmehr beruhe das Gesetz auf der Gesellschaft, es müsse Ausdruck ihrer gemeinschaftlichen, aus der jedesmaligen materiellen Produktionsweise hervorgehenden Interessen und Bedürfnisse gegen die Willkür des einzelnen Individuums sein. „Hier der Code Napoleon, den ich in der Hand habe, er hat nicht die moderne bürgerliche Gesellschaft erzeugt. Die im achtzehnten Jahrhundert entstandene, im neunzehnten Jahrhundert fortentwickelte bürgerliche Gesellschaft findet vielmehr im Code nur einen gesetzlichen Ausdruck. Sobald er den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entspricht, ist er nur noch ein Ballen Papier. Sie können die alten Gesetze nicht zur Grundlage der neuen Gesellschaft machen, so wenig als diese alten Gesetze die alten gesetzlichen Zustände gemacht haben." Marx erklärte die Behauptung der alten Gesetze gegen die neuen Ansprüche und Bedürfnisse der gesellschaftlichen Entwicklung, den berühmten „Rechtsboden", für nichts anderes als eine scheinheilige Behauptung unzeitgemäßer Sonderinteressen gegen das zeitgemäße Gesamtinteresse.

Natürlich bemächtigte sich der Staatsprokurator der schönen Ausrede, womit die Unruh und Genossen ihre werten Leiber von dem etwaigen Risiko der Steuerverweigerung zu schützen gesucht hatten. Er behauptete, der Beschluß der Berliner Versammlung über die Steuerverweigerung sei überhaupt nicht rechtsgültig gewesen, weil die von der Geschäftsordnung verlangte zweite Abstimmung unterblieben sei. Darauf antwortete Marx mit überlegenem Spotte: „Von der einen Seite setzt man sich über die wesentlichen Formen hinaus, an die man gegenüber der Nationalversammlung gebunden war, von der anderen mutet man der Nationalversamm-

lung die Beobachtung der unwesentlichsten Formalitäten zu. Die Regierung begeht Gewaltstreich über Gewaltstreich. Sie verletzt rücksichtslos die wichtigsten Gesetze. Sie führt willkürlich den unbeschränktesten Militärdespotismus ein unter der Firma des Belagerungszustandes. Sie jagt die Volksvertreter selbst zum Teufel. Und während man auf der einen Seite alle Gesetze schamlos verletzt, verlangt man auf der anderen Seite zarteste Beobachtung sogar eines Reglements." Nicht minder überlegen verspottete Marx das Bemühen des Staatsprokurators, das Verhalten der Berliner Versammlung bald als ungesetzlich zu tadeln und bald als gesetzlich zu loben, je nachdem er dadurch hoffte, die Angeklagten als Verbrecher abzustempeln.

Die Behauptung des Staatsprokurators, die Versammlung habe keine Vermittlung gewollt, nennt Marx das Gegenteil der Wahrheit, entsprungen aus absichtlicher Verfälschung oder aus Unwissenheit. Die Vermittlungssucht sei vielmehr das Unglück und das Unrecht der Versammlung gewesen, die sich aus einem revolutionären Konvent zu einer zweideutigen Gesellschaft von Vereinbarern herabgewürdigt habe. Sie habe nicht ihre historische Stellung begriffen, wie sie aus der Märzrevolution hervorgegangen sei. „Was hier vorlag, das war kein politischer Konflikt zweier Fraktionen auf dem Boden *einer* Gesellschaft, das war der Konflikt *zweier Gesellschaften* selbst, ein sozialer Konflikt, der eine politische Gestalt angenommen hatte, es war der Kampf der alten feudalbureaukratischen mit der modernen bürgerlichen Gesellschaft, der Kampf zwischen der Gesellschaft der freien Konkurrenz und der Gesellschaft des Zunftwesens, zwischen der Gesellschaft des Grundbesitzes und der Gesellschaft der Industrie, zwischen der Gesellschaft des Glaubens und der Gesellschaft des Wissens." Zwischen diesen Gesellschaften gebe es keinen Frieden, ihre materiellen Bedürfnisse und Interessen bedingten einen Kampf auf Leben und Tod. Die Steuerverweigerung erschüttere nicht die Grundvesten der Gesellschaft, wie der Staatsprokurator komischerweise behauptet habe, sondern sie sei eine Notwehr der Gesellschaft gegen die Regierung, welche die Gesellschaft in ihren Grundvesten bedrohe. Sie bringe den Konflikt nicht hervor, sondern zeige nur an, daß er vorhanden sei.

Habe die Versammlung mit der Steuerverweigerung nicht ungesetzlich, so habe sie mit dem passiven Widerstande nicht gesetzlich gehandelt. „Wenn die Eintreibung der Steuern einmal für ungesetzlich erklärt ist, muß ich

die gewaltsame Ausübung der Ungesetzlichkeit nicht gewaltsam zurückweisen?" Verschmähten die Herren Steuerverweigerer den revolutionären Weg, um nicht ihre Köpfe zu riskieren, so mußte sich das Volk in Ausübung der Steuerverweigerung auf revolutionären Boden stellen. „Das Verhalten der Nationalversammlung war für das Volk keineswegs maßgebend. Die Nationalversammlung hat keine Rechte für sich, das Volk hat ihr nur die Behauptung seiner eigenen Rechte übertragen. Vollführt sie ihr Mandat nicht, so ist es erloschen. Das Volk selbst tritt dann in eigener Person auf die Bühne und handelt aus eigener Machtvollkommenheit. Wenn die Krone eine Kontrerevolution macht, so antwortet das Volk mit Recht durch eine Revolution. Es bedarf dazu der Genehmigung keiner Nationalversammlung." Marx schloß damit, zu sagen, daß erst der erste Akt des Dramas beendet sei. Das notwendige Resultat könne kein anderes sein, als vollständiger Sieg der Kontrerevolntion oder neue siegreiche Revolution. Vielleicht sei der Sieg der Revolution erst möglich nach vollendeter Kontrerevolution.

Die Rede ist merkwürdig, weil hier ein Kommunist den bürgerlichen Geschworenen in sachgemäßer und unwiderleglicher Weise auseinandersetzt, er sei angeklagt, weil er im Kampfe der feudalen mit der bürgerlichen Gesellschaft die Sache des Bürgertums vertreten, weil er das getan habe, was zu tun die Pflicht wie das Recht derjenigen Klasse gewesen sei, der seine Richter angehörten. Die Geschworenen ließen sich denn auch nicht auf den Schergendienst ein, den die Regierung ihnen zumutete. Sie sprachen die Angeklagten frei und bedankten sich obendrein durch ihren Obmann bei Marx für seine lehrreiche Auseinandersetzung.

Indessen je mehr die Aufgaben, deren Lösung zum historischen Berufe der Bourgeoisie gehörte, auf die Schultern des Proletariats fielen, umsomehr trat auch die Notwendigkeit hervor, die Arbeiterklasse fester zu organisieren, sie klarer herauszuschälen aus der demokratischen Partei, die ein Jahr revolutionärer Kämpfe mehr desorganisiert als konsolidiert hatte. Am 14. April traten Marx, Schapper, Becker und Anneke, der die Neue Kölner Zeitung redigierte, neben Moll und Schapper den Arbeiterverein leitete und an Molls Stelle in den Demokratischen Kreisausschuß gewählt worden war, aus dieser Körperschaft aus. Sie erklärten, daß die jetzige Organisation der demokratischen Vereine zu viele heterogene Elemente in sich schließe, als daß eine dem Zwecke der Sache

gedeihliche Tätigkeit möglich wäre; sie seien vielmehr der Ansicht, daß eine engere Verbindung der aus gleichen Elementen bestehenden Arbeitervereine vorzuziehen sei. Gleichzeitig schied der Kölner Arbeiterverein aus dem Verbande der rheinisch-demokratischen Vereine aus und berief demnächst sämtliche Arbeiter-, sowie alle anderen Vereine, die den Grundsätzen der sozialen Demokratie entschieden anhingen, zu einem Provinzialkongresse, der am 6. Mai stattfinden und über eine Organisation der rheinisch-westfälischen Arbeitervereine, sowie über die Beschickung des von der Arbeiterverbrüderung für den Monat Juni nach Leipzig berufenen Kongresses sämtlicher deutscher Arbeitervereine beraten sollte.

In der Neuen Rheinischen Zeitung hatte Marx bereits vorher den politischen Bankerott des Bürgertums durch eine scharf eindringende Darstellung der preußischen Entwicklung vom März bis zum November dargelegt; nun förderte er die neue Wendung durch den Abdruck der Vorträge, die er im Brüsseler Arbeiterverein über Lohnarbeit und Kapital gehalten hatte, während Wilhelm Wolff durch seine flammensprühenden Artikel über die schlesische Milliarde das ostelbische Landproletariat aufstürmte. Es waren vielversprechende Anfänge, die revolutionäre Arbeiterbewegung in ganz Deutschland zu einer einheitlich geschlossenen und prinzipiell klaren Aktion zusammenzufassen. Aber ehe sie sich entwickeln konnten, wurden sie in den Todeskrämpfen der bürgerlichen Revolution erstickt.

---

4. Historische Stellung.

Über die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung sagt Engels, ihre Verfassung sei die einfache Diktatur von Marx gewesen; sein klarer Blick und seine sichere Haltung hätten das Blatt zur berühmtesten deutschen Zeitung der Revolutionsjahre gemacht.

In der Tat braucht man nur ihre dreihundert Nummern zu durchmustern, um zu dem gleichen Ergebnisse zu gelangen. Marx ist nur dies eine Jahr seines Lebens der Leiter eines großen Tageblattes mit ziemlich unbeschränkter Preßfreiheit gewesen, aber unter seinen Ruhmestiteln ist nicht der geringste, der erste — und bisheran auch letzte — deutsche Journalist großen Stils gewesen zu sein. Die Neue Rheinische Zeitung bietet heute noch eine unerschöpfliche Fundgrube der Aufklärung und Belehrung für jeden politischen Tagesschriftsteller, der mehr als ein Tagelöhner sein will.

Wie der Rheinischen Zeitung von 1842 war ihr die öde Kannegießerei ganz fremd, die notwendig entstehen muß mit dem Leitartikel, der reglementsmäßig jeden neuen Morgen über irgend welche „ewigen Prinzipien" geliefert werden muß. Eine einzige Probe davon findet sich in ihrer zweiten Nummer, in dem einzigen Beitrage, den Bürgers für die Zeitung geliefert hat. Sie knüpft überall sonst an die Tatsachen an, die sie ordnet, sichtet, in ihrem historischen Zusammenhange erläutert, auf ihre historischen Folgen prüft. Wie ihr die Vergangenheit die Gegenwart erklärt, so schließt ihr die Gegenwart die Zukunft auf.

Mit wunderbarem Takte weiß Marx herauszuheben, was in „jener wirren Masse anscheinend zufälliger, unzusammenhängender und miteinander unvereinbarer Tatsachen", welche die Revolutionsjahre ans Tageslicht förderten, „ein Stück Weltgeschichte" zu bilden bestimmt war. Heute noch enthält der Jahrgang der Neuen Rheinischen Zeitung eine gründlichere und erschöpfendere Geschichte jener revolutionären Bewegung, als alle bürgerlichen Geschichtswerke zusammengenommen, die seitdem über diesen Zeitraum veröffentlicht worden sind. Ein Arzt, der die Geburt eines Kindes für widernatürlich erklären würde, weil sie mit Leiden und Schmerzen für die Mutter verknüpft ist, hätte allen Anspruch auf einen Platz im Irrenhause; die gelehrten Historiker aber, die jede Revolution für widernatürlich erklären, für einen Unsinn und ein Unrecht, das den normalen Verlauf der Dinge unterbreche, besitzen die gerechteste Anwartschaft auf die Ämter und Orden des kapitalistischen Kulturstaats. Weil Marx die Revolution als einen historischen Prozeß zu würdigen weiß, der sich nach historischen Gesetzen vollzieht, deshalb haben seine im Sturme der gewaltigsten Ereignisse aufs Papier geworfenen Aufsätze heute noch einen ungleich höheren historischen Wert, als die bürgerlichen Geschichtsklitterungen über die deutsche Revolution.

Es ist natürlich leicht, hier einen Satz und dort einen Satz aus ganz verschiedenen, um viele Monate auseinanderliegenden Artikeln von Marx loszubrechen und zwischen ihnen sogenannte „Widersprüche" herauszuklauben. Wenn man nur wüßte, was mit diesem Kunstgriffe, den Schopenhauer einmal den dümmsten und schlechtesten aller dummen und schlechten Kunstgriffe nennt, bewiesen werden soll! Es ist ebenso wohlfeil, die „falschen Prophezeiungen" festzunageln, die Marx in der Neuen Rheinischen Zeitung begangen haben soll. Als ob ein ehrlicher Kampf um eine große Sache denkbar wäre, ohne daß in den Kämpfern Sieges-

hoffnungen erwachen, die je nachdem über das erreichbare Ziel hinausschweifen! Marx hat klarer als irgend ein anderer Kämpfer der deutschen Revolution über ihre Möglichkeiten und Unmöglichkeiten gedacht, aber sollte er deshalb darauf verzichten, sie anfeuernd voranzutreiben, soweit sie irgend zu treiben war? Die gelehrten Männer, die darüber spotten, daß Marx den Berliner Staatsstreich des November auf die erste Kunde hin für die Vorschule der ganzen Revolution erklärt habe, während er doch die Vorschule der ganzen Reaktion gewesen sei, sollten ohnehin billig darüber urteilen, daß Marx ihre eigenen Väter und Großväter für nicht ganz so unverbesserlich gehalten hat, wie sie tatsächlich gewesen sind. Hätte die bürgerliche und namentlich auch die gelehrte Klasse einiges Blut in den Adern und einiges Mark in den Knochen gehabt, so wäre der Berliner Staatsstreich allerdings die Vorschule der ganzen Revolution geworden.

Doch es lohnt sich nicht, bei solchen Finten zu verweilen. Wer überhaupt logisch zu denken vermag, der sieht von selbst ein, daß die Neue Rheinische Zeitung ein Kampfblatt war, geschrieben in der glühenden Luft der Revolution, und bestimmt, handelnd einzugreifen in diese Revolution, daß sie die Dinge somit nicht von der rückschauenden Warte historischer Erkenntnis, sondern in ihrer aufkeimenden Entwicklung beurteilte, in ihrem Geburtsprozesse gleichsam, woran sie selbst als Geburtshelferin mitwirkte, daß für den Handelnden oft genug genau das richtig ist, was dem Betrachtenden hinterher als unrichtig erscheint und selbst mit Recht so erscheint. Man hat das Licht nicht ohne den Schatten, und der verlorenste Träumer, der auf eine Barrikade stieg, weil er auf die Revolution Hoffnungen setzte, die sie niemals erfüllen konnte, war noch ungleich einsichtiger, als der ängstliche Philister, der von vornherein die Hände in den Schoß legte, weil bei der Revolution doch nichts herauskommen würde, was ihm der historische Verlauf der Ereignisse so nachdrücklich bestätigt zu haben scheint.

Das gewaltige Ringen des Pariser Proletariats in den Junitagen veranlaßte die Neue Rheinische Zeitung, die Kraft des niedergeworfenen Riesen höher zu schätzen und sein Wiedererwachen in näherer Zukunft zu erwarten, als nach der Lage der Dinge möglich gewesen ist. Die schnöde Art, wie der deutsche Bourgeois die Heldenkämpfe Polens mit Worten pries, um sie mit Taten zu verraten, verleitete sie, die polnische Entwicklung nach der revolutionären Seite zu überschätzen. Die Knechtes-

dienste, welche die österreichischen Slaven der europäischen Reaktion leisteten, verlockten sie, diesen Nationen und Natiönchen die nationale Existenzberechtigung abzusprechen, in scheinbarem „Widerspruche" mit der Tatsache, daß sie, wie für die Polen in Posen und für die Italiener in Italien, so für die Tschechen in Böhmen Partei genommen hatte, als im Juni 1848 ein tschechischer Aufstand in Prag ausbrach. Der „Widerspruch" löst sich einfach dadurch, daß die Zeitung sofort nach Ausbruch dieses Aufstandes erklärt hatte, die vierhundertjährige Unterdrückung der Tschechen durch die Deutschen werde die Tschechen in die Arme der Russen jagen, sie doch von der Seite der Revolution auf die Seite des Despotismus treiben. Die Halbheit der deutschen Revolution schuf eben jene Situation voll wirklicher Widersprüche, die das klarste und schärfste Urteil nicht ohne scheinbare Widersprüche lösen konnte.

Wer die Schatten tadeln will, soll aber auch das Licht loben, von dem sie unzertrennlich waren. Die rücksichtslose Parteinahme für die Pariser Junikämpfer war eine Tat ebenso großen politischen Muts, wie großer politischer Einsicht. Das Gleiche gilt von der rückhaltlosen Parteinahme für die polnischen Aufstände, von dem zwingenden Nachweise, daß die Wiederherstellung Polens eine unbedingte Notwendigkeit war für die europäische Kultur wie für die nationale Einheit Deutschlands. Marx hat sich wenige Jahre später, als er in der New York Tribune die Revolution und die Gegenrevolution in Deutschland schilderte, unbefangener über die Schwierigkeiten der polnischen Frage ausgelassen; er sagt hier, die Frage der Abgrenzung zwischen der deutschen und der polnischen Nationalität habe verwickelt genug gelegen und sei nicht einfach nach den Grenzen der alten polnischen Republik von 1772 zu entscheiden gewesen. Die einzig mögliche Lösung habe der Krieg mit Rußland geboten; die Polen hätten über den Westen eher ein vernünftiges Wort mit sich reden lassen, wenn sie im Osten ausgedehnte Landschaften erhalten hätten; Riga und Mitau wären ihnen am Ende ebenso wichtig erschienen, wie Danzig und Elbing. Gleichwohl war es das gute Recht der Neuen Rheinischen Zeitung, die Polenfrage in schroffster Ausschließlichkeit zu stellen, als ihre praktische Lösung dadurch vereitelt werden sollte, daß sie in einem Meere patriotischer Schlagworte ertränkt wurde. Preußen hat an der Provinz Posen unendlich viel weniger Gutes getan und unendlich viel mehr an ihr gesündigt, als Frankreich an Elsaß-

Lothringen; von allen diesen Untaten den Schleier zu reißen, der über sie gebreitet werden sollte, um neues Unrecht zum alten Unrechte zu fügen, das war eine ebenso patriotische wie revolutionäre Tat. Endlich ist der Panslavismus in dem innersten Kerne seines reaktionären Wesens nirgends so schlagend und so treffend beleuchtet worden, wie von der Neuen Rheinischen Zeitung, gleichviel ob sie dabei jedem der Völker oder Völkertrümmer, die sich unter seiner Fahne sammelten, gerecht geworden ist. Das Zeichen des revolutionären Kämpfers ist das Schwert, nicht die Wage.

Manches von dem Inhalte der Neuen Rheinischen Zeitung ist heute verwittert, vieles steht noch in trotziger Kraft da. Alles aber, worin das Blatt gefehlt hat, läßt sich im letzten Grunde auf den einen Irrtum zurückführen, der sich in jener Zeit wie ein roter Faden durch die Tätigkeit von Marx und auch von Engels zieht, auf den Irrtum, der ihnen die europäischen Klassenkämpfe auf einer weit höheren Stufe der Entwicklung zeigte, als sie tatsächlich schon erreicht hatten. Nur daß dieser Irrtum eben auch der Schatten zu dem Lichte der tiefen Einsicht war, womit sie den Klassenkämpfen der modernen bürgerlichen Gesellschaft bis auf den Grund blickten. Deshalb hat dieser Irrtum sie niemals entmutigt, sondern stets ermutigt, ihre Kämpfe niemals gelähmt, sondern immer gestärkt; er hat ihnen in jeder neuen Niederlage nur eine neue Bürgschaft des um so näher gerückten Sieges gegeben. So ist auch das Kampfesjahr der Neuen Rheinischen Zeitung nicht verloren gewesen, sondern hat reiche Früchte getragen. Den Massen, die das Blatt einmal elektrisiert hatte, konnte das proletarische Klassenbewußtsein niemals wieder völlig entrissen werden, und als sich die deutsche Arbeiterklasse von den Schlägen der Gegenrevolution soweit erholt hatte, um von neuem einen nunmehr ununterbrochenen Siegeslauf zu versuchen, da bildeten die rheinischen Arbeiter ihr Rückgrat.

Hatte die Neue Rheinische Zeitung das Glück, in Marx einen unvergleichlichen Leiter zu besitzen, so hatte Marx das Glück, über einen unvergleichlichen Stab von Mitarbeitern zu gebieten. Es waren durchweg Männer von hoher Bildung, und sie haben ihren mehr oder minder großen Anteil an dem Ruhme des Blattes. Den größten wohl Engels, der neben manchem anderem die glänzende Abrechnung mit Bakunins panslavistischen Tendenzen vollzog, dann Wilhelm Wolff, der die kleinstaatliche Krähwinkelei ebenso glücklich verspottete, wie er die feudale

Raubsucht blutig geißelte. Über die Ungewitter im Frankfurter Reichsfroschteiche berichtete zuerst Dronke, später der junge Schlöffel. Freiligrath schmückte das Feuilleton mit seinen prächtigen Revolutionsliedern; gleich in einer der ersten Nummern erschien sein variiertes Trotz alledem, dessen kernigste Strophe in seinen Gesammelten Dichtungen der Preßfreiheit des neuen deutschen Reichs zum Opfer gefallen ist:

Und ob der Prinz zurück auch kehrt
Mit Hurra hoch und alledem: —
Sein Schwert ist ein gebrochen Schwert,
Ein ehrlos Schwert trotz alledem!
Ja doch: trotz all- und alledem,
Der Meinung Acht, trotz alledem,
Die brach den Degen ihm entzwei
Vor Gott und Welt, trotz alledem!

Der eigentliche Beherrscher des Feuilletons war Georg Weerth, und er war der lustige König eines lustigen Reichs. Kein Spaßmacher und Witzereißer des bürgerlichen Schlages, aber ein Prinz aus Genieland, leicht einherschreitend in funkelnder Rüstung und mit blitzendem Schwerte. Seitdem der deutsche Bürger sich aufs platte Geldmachen verlegt hat, ist ihm mit dem theoretischen Sinn auch der literarische Geschmack abhanden gekommen, der ihn ehedem auszeichnete, und mancher Kandidat Jobs der höheren Nationalökonomie hat ein gewaltiges Gezeter erhoben über die angebliche „Zotenreißerei" im Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung.

Könnte Weerth es noch hören, der Leichenbitterernst dieser sittlichen Entrüstung würde ihm das herzlichste Lachen entlocken. Seine Hauptarbeit in der Neuen Rheinischen Zeitung: Leben und Taten des berühmten Ritters Schnapphahnski, worin er getreu nach der Wirklichkeit die Abenteuer des von Heine also benamsten Fürsten Lichnowsky beschrieb, ist ein Juwel jener genialen Frechheit, die von jeher für solche Stoffe in aller Literatur ihr gutes Bürgerrecht gehabt hat, in aller Literatur wenigstens, an der sich echte Männer und echte Weiber erbauen, mag sie auch höheren Töchtern ein scheinbarer oder akademischen Strebern ein wirklicher Greuel sein.

Drittes Kapitel.

Ferdinand Lassalle.

In den Spalten der Neuen Rheinischen Zeitung wird oft ein Jüngling erwähnt, der an der revolutionären Bewegung des Rheinlandes hervorragenden Anteil nahm und später einen noch weit hervorragenderen Anteil an dem Emanzipationskampfe des Proletariats nehmen sollte. Er zählte damals erst 23 Jahre und hatte sich schon einen Ruf erworben, der in dem Ringen der Zeit wie ein Schlachtruf klang.

Ferdinand Lassalle wurde am 11. April 1825 in Breslau als der Sohn eines Seidenhändlers geboren. Seine Familie gehörte jenem osteuropäischen Judentum an, das sich von seinen feudalen Halseisen erst durch den Rost parasitischen Schachers zu befreien wußte. Die angebliche Gleichberechtigung, die das Edikt vom 11. März 1812 den altpreußischen Juden gewährt hatte, war wenig mehr als eine klingende Schelle geblieben. Der alte König fand als liebevoller Landesvater ebenso großen Spaß daran, seine jüdischen Untertanen über den Löffel zu barbieren, wie seine christlich-germanischen. Als sich herausstellte, daß ein Kaufmann, den er wegen des Vornamens Ferdinand für einen Christen gehalten und zum Hoflieferanten ernannt hatte, tatsächlich ein Jude war, wurde eine hitzige Jagd gegen die „christlichen Vornamen" der Juden eröffnet. Diese faden Sottisen setzte auch noch Friedrich Wilhelm IV. fort und mußte deshalb den Spott des Kosmopolitischen Nachtwächters erdulden:

> Auch sorg' er, wie ein Schuldespot, sich nicht um Jüdennamen,
> Wer wird denn grausam gegen Schmul und strenge gegen Itzig sein?

In den deutsch-polnischen Grenzstrichen, wo die Juden am zahlreichsten vertreten waren, lebten sie tatsächlich auf Grund mittelalterlicher Privilegien und nicht auf Grund bürgerlicher Gleichberechtigung. In der Gegend von Krotoschin, wo die Juden „mit großen Rechten ausgerüstet" waren, durften sie die Schöpse von den Gütern kaufen, aber nur die

Vorderviertel für sich behalten, während sie die Hinterviertel den Christen überlassen, Fell, Wolle und Fleisch aber nach den Preisen der Stadt Kobilin berechnen mußten. Die Steine aus der Ziegelei in Krotoschin mußten sie teurer bezahlen als die Christen. Ja, für den Trost, daß im Falle ihrer Ermordung ihre Mörder bestraft werden sollten, mußten sie an die Gutsherren steuern, die Angesessenen einen Dukaten, die Nichtangesessenen einen halben Dukaten für den Kopf. Wie in Krotoschin, so überall in jenen polnisch-schlesischen Distrikten, aus denen die Familie Lassalles stammte und in denen sie ihre gesellschaftlichen Beziehungen hatte.

Unendlich viel schwerer als Marx hat Lassalle zu leiden gehabt unter „dem tausendjährigen Familienübel, der aus dem Niltal mitgeschleppten Plage, dem altägyptisch ungesunden Glauben“. In demselben Lebensalter, wo Marx sich schon auf den geistigen Höhen der damaligen bürgerlichen Gesellschaft bewegen durfte, hauste Lassalle zur Zeit der Leipziger Messe auf dem Brühl in einem schachernden Gewühle von russischen und polnischen Juden, die nun einmal beim günstigsten Vorurteile nicht zur Blüte der Menschheit gerechnet werden konnten. Freilich hatte sich Lassalles Vater schon aus dem Gröbsten herausgearbeitet. Er war ein wohlhabender Mann, an dessen bürgerlicher Ehrbarkeit nichts auszusetzen war, in der Synagoge hielt er sich zum Reformjudentum. Aber das Reformjudentum wollte eben doch auch noch Judentum bleiben, und in jedem Augenblicke lebhafterer Erregung erwies sich die bürgerliche Bildung, die dem elterlichen Hause Ferdinand Lassalles angeflogen war, als ein sehr dünner Firnis. Die häuslichen Szenen, die der fünfzehnjährige Knabe in seinem Tagebuche schildert, sind nichts weniger als anmutig. Er verzeichnet mit unverkennbarem Wohlbehagen die grellen Töne alttestamentarischer Wut, womit er seine Schwester um irgend eines kleinlichen Anlasses willen verflucht; dann erörtert er wieder mit der Seelenruhe eines erprobten Schabdchens ihre geistigen und körperlichen Vorzüge, um daran die Höhe der Mitgift abzuwägen, die ihre Bewerber beanspruchen könnten; wie im großen, so schachert er im kleinen und bucht sorgfältig jeden Groschen, um den er seine Angehörigen und seine Mitschüler bemogelt; selbst seine Sprache zeigt sich stark angemauschelt.

Sein Judentum ist noch ganz unverfälscht. Mag er auch das jüdische Zeremonialgesetz mißachten, er glaubt an Jehovah und will einer der

besten Juden sein, die es gibt. Er scheut nicht das Schafott, könnte er die Juden wieder zu einem geachteten Volke machen. Er schreibt: „O, wenn ich meinen kindischen Träumen nachhänge, so ist es immer meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden, mit den Waffen in der Hand, sie selbständig zu machen." Aber das waren in der Tat „kindische Träume", und in Wirklichkeit gab sich dies theatralische Makkabäertum als eine Art junkerhafter Faulheit und Liederlichkeit, womit sich der eingebildete und naseweise Knabe den Aufenthalt auf dem Breslauer Gymnasium unerträglich machte. Er überwand den Widerstand seiner Eltern, die ihn gern studieren lassen wollten, und siedelte im Frühjahre 1840, eben 15 Jahre alt, an die Handelsschule in Leipzig über.

So unbedacht der Entschluß war, so erfreulich gestalteten sich seine Folgen. Die Schlacken des jüdischen Schachers, die dem jungen Lassalle anhingen, schliffen sich ab an dem christlichen Schacher, der in der Handelsschule nach allen Regeln der Kunst gelehrt wurde. War weder von den Lehrern noch von den Schülern geachtet: so schrieb der Direktor Schiebe in die Register der Schule, als Lassalle nach Jahresfrist einfach wegblieb, und dies Zeugnis war in dem eifernden Sinne des erbosten Schultyrannen wohl verdient. Lassalle erkannte, daß er zum Geldmachen verdorben sei, als er in die Geheimnisse des Geldmachens eingeführt wurde; er schauderte davor zurück, „in dem tristen Breslau Kalikot zu verkaufen an polnische Jüdchen", und bereits am 3. August schrieb er in sein Tagebuch: „Ich glaube fest, der Zufall oder lieber die Vorsehung wird mich aus dem Kontor herausreißen und auf einen Schauplatz werfen, wo ich wirken kann. Ich traue auf den Zufall und meinen festen Willen, mich mehr mit den Musen als den Haupt- und Strazzabüchern, mich mehr mit Hellas und dem Orient als mit Indigo und Runkelrüben, mehr mit Thalien und ihren Priestern als mit Krämern und ihren Kommis zu beschäftigen, mich mehr um die Freiheit als um die Warenpreise zu kümmern, heftiger die Hunde von Aristokraten, die dem Menschen sein erstes höchstes Gut nehmen, als die Konkurrenten, die den Preis verschlechtern, zu verwünschen. Aber beim Verwünschen solls nicht bleiben."

Indem Lassalle sich vom Schacher abkehrte, wandte er sich auch vom Judentum weg. Die blutigen Verfolgungen, denen dazumal die Juden in Damaskus unterlagen, entrissen ihm noch einige heftige Ausbrüche des Zorns, aber stärker schon als die Grausamkeit der Unterdrücker

geißelte er die Feigheit der Unterdrückten. Der kindische Makkabäer, der das auserwählte Volk zum Siege führen wollte, wandelte sich in den modernen Revolutionär um, der in dem unterdrückten Juden nur den unterdrückten Menschen, in der Befreiung des Juden nur die Befreiung des Menschen vom Judentum sah. Die fleißige Beschäftigung mit Goethe, Schiller und Lessing, mit Voltaire und Byron, mit Börne und Heine öffneten die Augen des jungen Lassalle für die Geistesschätze der modernen Kultur. Sein literarischer Geschmack war noch sehr unsicher, und er feierte um einiger tendenziöser Schlagworte willen seichte Belletristen, wie Heinrich Laube oder selbst noch unbedeutendere, mit überschwenglichen Worten. Doch gerade die Tiefe, woraus er emporsteigen mußte, spornte ihn umsomehr an, die Höhe der klassischen Bildung zu erklimmen.

Im Unterschiede von Marx und auch von Engels, wuchs Lassalle aus persönlicher Bedrängnis zum Revolutionär empor. Er empfand es wohl und schalt sich selbst einen „Egoisten", als er bei einer Vorstellung von Schillers Fiesko das deutliche Gefühl hatte, er würde trotz seiner revolutionär-demokratisch-republikanischen Gesinnungen an der Stelle des Grafen von Lavagna ebenso gehandelt und die Hand nach dem Diadem ausgestreckt haben, statt sich damit zu begnügen, Genuas erster Bürger zu sein. „Wäre ich als Prinz oder Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber da ich bloß ein schlichter Bürgerssohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein." Von jener „Selbstverständigung über die Kämpfe und Wünsche der Zeit", die Marx und Engels in ihren Anfängen unablässig suchten, stand in Lassalles Lexikon nichts geschrieben. Sobald sein Selbstbewußtsein erwachte, war für ihn auch entschieden, was er zu tun und zu lassen habe. Er suchte nicht in den Dingen nach ihren Zwecken, sondern stellte die Dinge in den Dienst seines Zwecks. Er flüchtete von der Konkurrenz und den Warenpreisen in die allgemeine Freiheitsidee, während Marx und Engels die allgemeine Freiheitsidee preisgaben, weil sie aus der Konkurrenz und den Warenpreisen ihre Nebelhaftigkeit erkannten.

An seinem sechzehnten Geburtstage war der junge Lassalle sich klar über seine Zukunft, über die Zukunft des Agitators, des Redners, des Schriftstellers, der für die heiligsten Interessen der Menschheit kämpft und sei es bis zur eigenen Vernichtung. Im Mai 1841 stellte er seinem Vater sein Ultimatum. Er wollte sich dem Studium der Geschichte

widmen; den vermittelnden Vorschlag des Vaters, Medizin oder Jura zu studieren, lehnte er ab, da der Arzt und der Advokat mit ihrem Wissen auch nur Handel trieben. Es gereicht dem alten Lassalle zur Ehre, daß er den hohen Sinn seines Sohnes ahnte und sich ihm fügte. Im Herbste 1841 begann Ferdinand Lassalle seine neue Laufbahn.

Aus seinen nächsten Jahren ist nichts bekannt, als dieses oder jenes dürftige Datum. Mit Riesenfleiß holte er nach, was von ihm auf der gelehrten Schule versäumt worden war. Er hatte bald die Reife für die Universität erworben, wo er — in Breslau und Berlin — sich vor allem anderen in das Studium der Antike und der Hegelschen Philosophie stürzte. In voller Beleuchtung erscheint er erst wieder am 3. Januar 1846, in einem Briefe, worin Heinrich Heine ihn an Varnhagen von Ense empfahl. Es heißt darin: „Mein Freund, Herr Lassalle, der Ihnen diesen Brief bringt, ist ein junger Mann von den ausgezeichnetsten Geistesgaben; mit der gründlichsten Gelehrsamkeit, mit dem weitesten Wissen, mit dem größten Scharfsinn, der mir je vorgekommen, mit der reichsten Begabnis der Darstellung verbindet er eine Energie des Willens, eine Habilitee im Handeln, die mich in Erstaunen setzen.... Herr Lassalle ist nun einmal so ein ausgeprägter Sohn der neuen Zeit, die nichts von jener Entsagung und Bescheidenheit wissen will, womit wir uns mehr oder minder heuchlerisch in unserer Zeit hindurch gelungert und hindurch gefaselt. Dieses neue Geschlecht will genießen und sich geltend machen im Sichtbaren; wir, die Alten, beugten uns demütig vor dem Unsichtbaren, haschten nach Schattenküssen und blauen Blumengerüchen, entsagten und flennten und waren doch vielleicht glücklicher, als jene harten Gladiatoren, die so stolz dem Kampftode entgegengehen.“ Lässig hingeworfen, wie diese flüchtigen Zeilen erscheinen, enthalten sie wie den ganzen Heine, so auch den ganzen Lassalle. In jedem Worte tragen sie den Stempel der Wahrheit, und indem sie Lassalle als fertigen Mann zeigen, werfen sie ein dämmerndes Licht auf den einsamen und rauhen Weg, den er in dem kurzen Zeitraume dreier Jahre gewandert sein muß, um ein fertiger Mann zu werden.

In aller Geistesgeschichte findet sich kein zweites Beispiel, daß eine geniale Natur mit fünfzehn Jahren noch so unreif und mit zwanzig Jahren schon so reif gewesen ist. Je weniger aus dieser Lebenszeit Lassalles bekannt ist, um so weniger darf man den Einfluß unterschätzen, den diese Jahre der Selbstbefreiung auf seinen Charakter gehabt haben

müssen. Das unglaubliche Selbstvertrauen, das ihn beseelte, und der unermüdliche Tatendrang, der ihn verzehrte, erklären sich aus dem, was der „dumme Judenjunge“, der „Ellenreiter“, der „Ladenschwengel“ aus sich zu machen wußte, sobald er einmal erkannt hatte, daß er für bessere Dinge begabt und also auch bestimmt sei, als fürs Geldschlagen. Der Narben lacht, wer Wunden nie gefühlt, und die Schwächen Lassalles sind die Narben, die davon zeugen, in wie heißen Kämpfen er schon gesiegt haben mußte, ehe er als Streiter der Revolution in den öffentlichen Schranken erscheinen konnte.

Eine unbefangene Stellung zum Judentum hat Lassalle nie gewonnen. Bis an sein Lebensende blieb es ihm fatal, so fern er sich auch der Geschmacklosigkeit antisemitischer Kraftmeiereien hielt. Kein Mensch kann die ersten fünfzehn Lebensjahre aus seinem Dasein amputieren, als wären sie nie gewesen. Die Wunde mag heilen, aber die Narbe bleibt. Und sie zuckt und quält und schmerzt, besonders wenn stürmische Wetter heraufziehen. In einer Beichte, die Lassalle einem geliebten Mädchen ablegte, „als gereifter Mann, der dem Alter nach nur 35, den Erfahrungen nach 90 Jahre zählt“, schreibt er in demselben Atemzuge, er wäre vielleicht im stande, eine Frau mit einer Mitgift von drei bis vier Millionen Talern zu heiraten, ohne ihre Person weiter zu berücksichtigen, bloß dieses Vermögens wegen, das seine großen Ziele fördern könne, aber er wolle nie durch seine geistige Arbeit Geld verdienen, und das Unglück dieser Prostitution möge ihm immer fern bleiben. Hier wirft ihn ein Gefühl innerer Unsicherheit aus einem Extrem in das entgegengesetzte Extrem: die Selbstverschacherung der eigenen Person erscheint diesem Revolutionär erträglicher, als die Aussicht, daß arme Teufel an dem geistigen Fortschritte der Menschheit arbeiten könnten. Mit wie ganz anderer Unbefangenheit haben ein Lessing, ein Marx über die „gebieterische Notwendigkeit einer Erwerbsarbeit“ gesprochen! Natürlich handelte es sich auch bei Lassalle nur um eine Unsicherheit des Empfindens: tatsächlich hat er nie an eine Geldheirat gedacht, und um das Honorar seines wissenschaftlichen Hauptwerks hat er ganz munter gefeilscht.

In anderer Beziehung gab sich jene innere Unsicherheit, die immer wie ein Hauch auf dem Spiegel seines revolutionären Selbstbewußtseins lag, in seiner Eitelkeit und seiner Empfänglichkeit für Schmeichelei kund. Darin konnte Lassalle erstaunlich viel leisten und vertragen, aber auch

diese Schwächen waren nicht sowohl Fehler seines Charakters, als Narben aus dem Kampfe, worin er die erbliche Belastung einer seit Jahrhunderten gehetzten und gequälten Rasse überwunden hatte. Seine Eitelkeit war ganz frei vom Neide; kein Mensch erkannte bereitwilliger fremdes Verdienst an als Lassalle, vorausgesetzt, daß es wirkliches Verdienst war. Sein Ehrgeiz war niemals auf kleinliche Ziele gerichtet, und wann wäre ein großer Ehrgeiz ohne große Ansprüche zu haben gewesen? Die naive Offenheit, womit Lassalle die ihm gespendeten Huldigungen einstrich, ohne viel nach ihrem Ursprung und ihrem Werte zu fragen, hat ihm manches harte Urteil eingetragen, und doch war sie mehr ein mildernder, als ein erschwerender Umstand dieser Schwäche.

Lassalle war überhaupt bei aller hohen Bildung, bei aller Reflexion, die sein Tun und Lassen durchdrang, eine naive Natur geblieben. Er hatte viel von einem Kinde, von der Großherzigkeit und auch wohl von der Selbstsucht eines Kindes. Es war einige Renommage darin, wenn er von den Lastern seiner Kraft sprach: von seinen wilden Instinkten, seinem fürchterlichen Zorne, seiner grenzenlosen Leidenschaftlichkeit, seiner grausamen und mitleidslosen Härte, und es war auch einige Renommage in der Rolle des Don Juan, die er mehr spielte als erlebte. Am unleidlichsten scheint er sich gegeben zu haben, wenn er in den Berliner Salons als stutzerhafter Dandy mit eigelben Handschuhen um die schmachtenden Elviren der Bourgeoisie scherwenzelte, aber als Frau Herwegh ihm darüber gelegentlich eine Bemerkung machte, antwortete er mit gutmütigem Lachen: So bin ich nun einmal bei solchen Gelegenheiten. Sterblich verliebt sein, war für ihn überhaupt kein Begriff, und er war darin ein durchaus antiker Charakter, daß ihm die Freundschaft höher stand als die Liebe. Er war das Muster eines Freundes, treu wie Gold, aufopfernd und zuverlässig, immer bereit, zu helfen und zu raten und mit vollen Händen zu geben. Wer sein Wort hatte, der konnte auf ihn wie auf einen Felsen bauen, und gern führte er den einfältig treuherzigen Spruch des alten Simon Dach im Munde: Der Mensch hat nichts so eigen, nichts steht so wohl ihm an, als daß er Treu' erzeigen und Freundschaft halten kann.

Nach Paris war Lassalle gegangen, um in den dortigen Bibliotheken Vorstudien für ein Werk zu machen, das er über den griechischen Philosophen Heraklit zu schreiben gedachte. Empfehlungen Alexander v. Humboldts, der ihn „das Wunderkind" zu nennen pflegte, führten ihn bei

den französischen Gelehrten ein, desselben Humboldt, der eben an der Intrigue gesponnen hatte, die Marx aus Paris trieb. Persönlich können sich Marx und Lassalle damals nicht begegnet sein; eher mögen sie voneinander gehört haben, durch die nahen Beziehungen, die beide zu Heine unterhielten. Aber wären sie sich auch begegnet, so wären sie sich schwerlich näher getreten. Sie verfolgten in jener Zeit genau entgegengesetzte Wege. Marx unterwarf die Hegelsche Philosophie einer zersetzenden Kritik, um aus ihr den Weg in die wirkliche Welt zu finden, während Lassalle in der Hegelschen Philosophie jenes höchste Wissen erlangt zu haben glaubte, das ihm zur höchsten Macht im wirklichen Leben werden sollte. Sozialist ist Lassalle, wie er später einmal an Marx schrieb, schon seit dem Jahre 1843 gewesen, doch ist damit nicht ausgeschlossen, daß er sich erst während seines Pariser Aufenthalts dem Sozialismus näher angeschlossen hat, und zwar jener sozialdemokratischen Richtung, die sich eben um Ledru-Rollin und Louis Blanc als eine geschlossene Partei zu sammeln begann. Manches aus ihrem Gedankenkreise haftete noch zur Zeit, wo Lassalle das Kommunistische Manifest aus- und inwendig kannte, in seinem Geiste mit einer Festigkeit, wie sie sich am leichtesten aus der frischen und tiefen Wirkung erster Eindrücke erklärt.

Nach seiner Rückkehr in die Heimat arbeitete Lassalle an seinem Werk über Heraklit, aber noch ehe er es beendet hatte, warf ihn die zufällige Begegnung mit einer klugen, schönen und unglücklichen Frau in einen Strom praktischer Kämpfe, der nahezu ein Jahrzehnt seines Lebens verschlingen sollte. Dem unparteiischen Beobachter wird es schwer, auf Lassalles Krieg für die Gräfin Hatzfeldt mit derselben Befriedigung zurückblicken, womit er selbst stets auf diesen „Triumph seines Lebens" zurückgeblickt hat. Es versteht sich, daß der boshafte Klatsch, der sich daran gehängt hat, nichts als souveräne Verachtung verdient, und ebenso wenig hat die für alte Weiber beiderlei Geschlechts anscheinend sehr interessante Frage, ob jemals intime Beziehungen geschlechtlicher Art zwischen Lassalle und der um zwanzig Jahre älteren Gräfin bestanden haben, das Mindeste zu tun mit dem moralischen oder politischen Urteil über die Sache. Mit gutem Fug schrieb Lassalle kurz vor seinem Tode an Huber, daß er bei seinem Eintreten für die Gräfin Hatzfeldt von nichts weiter entfernt gewesen sei als von Frivolität, daß er dabei in seinem politischen Sinne durch und durch religiös gewesen sei, und noch treffender nannte er in seiner letzten Gerichtsrede ein praktisches ritter-

liches Pathos als das Motiv, das ihn in die Hatzfeldtschen Händel getrieben habe.

Ohne jeden Zweifel waren Lassales Beweggründe rein und unantastbar. In der stillen vormärzlichen Zeit, verzehrt von glühendem Tatendrange, warf er sich zum Beschützer einer wehrlosen Frau auf, die gehetzt und verraten war von denen, die sie schützen sollten, von ihrem Gatten, ihren Brüdern, ihrer Klasse, der das ebenso christliche wie unumschränkte Königtum höchstens ein hilfloses Wort des Trostes spendete, um dann doch wieder seine schirmenden Flügel über das ruchloseste Unrecht zu breiten. Das Schicksal der Gräfin Hatzfeldt war allerdings ein Mikrokosmos, worin sich die ganze Niedertracht der Klassen spiegelte, die das vormärzliche Preußen regierten. Indem sich Lassalle, ein junger und machtloser Jude, gegen den Frevler erhob, vor dessen übermütigem Trotze die Krone, der Adel, die Justiz scheu zurückgewichen waren, unternahm er eine Insurrektion auf eigene Faust. Mag man tadeln, daß in seine revolutionäre Kampflust doch wohl einige romantische Ritterlichkeit hineingespielt haben möge, so hat er selbst diesen Tadel in der liebenswürdigsten Weise entwaffnet, als er vor den Kölner Geschworenen sagte, daß die Jugend zu allen Zeiten das Alter der Aufopferungsfähigkeit, der Begeisterung, der Uneigennützigkeit gewesen sei und bleiben werde.

Kreuzten sich einmal die Wege Lassalles und der Gräfin Hatzfeldt, so wäre Lassalle eben nicht Lassalle gewesen, wenn er mit gleichgültigem Achselzucken an den Leiden dieser mißhandelten Frau vorbeigegangen wäre. Er sah in ihrer Angelegenheit allgemeine Prinzipien und Standpunkte verkörpert; er sagte sich, daß der Graf Hatzfeldt nur in der übermütigen Stellung eines Fürsten und Millionärs solche Untaten wagen dürfe, wie er gegen seine Gattin seit Jahrzenten verübte. Hierin bewies Lassalle einen feineren und tieferen Blick für revolutionäre Zusammenhänge, als die Redaktion der Deutschen Brüsseler Zeitung, die ihren rheinischen Korrespondenten öffentlich anfuhr, er möge sich an die Skandalpresse wenden, wenn er über Lassalles Kämpfe gegen den Grafen Hatzfeldt berichten wolle. Ungleich gerechter urteilte die Neue Rheinische Zeitung. Ohne sich gerade groß für die Sache zu erwärmen, berichtete sie doch ausführlich über den Prozeß, der im August 1848 vor den Kölner Assisen wegen Verleitung zum Kassettendiebstahle gegen Lassalle verhandelt wurde, und sie öffnete ihm auch sonst ihre Spalten zum

Schutz und Trutz in seiner Fehde mit dem Grafen Hatzfeldt. Gerade aber wenn man die Neue Rheinische Zeitung studiert, wenn man auf ihrer ersten Seite die gewaltigen Aufsätze von Marx liest und dann auf ihrer vierten Seite Lassalle sich herumschlagen sieht mit bestochenen Kammerdienern und verräterischen Kammerzofen, mit Huren und Hurenwirten und allerlei sonstigem Gesindel, so bleibt ein unerquicklicher Rest. Je ausgezeichneter Lassalle seine Sache führte, je rücksichtsloser er in seinen Angriffen, je stahlharter er in seiner Verteidigung war, um so schwerer kommt man hinweg über seine Verstrickung in diesen Hader just zu einer Zeit, wo auch in Deutschland endlich einmal um der Menschheit große Gegenstände gerungen wurde.

Die Schuld daran scheint nun freilich nicht auf Lassalle zu fallen. Als er im Jahre 1846 die Sache der Gräfin Hatzfeldt in seine Hand nahm, konnte er nicht wissen, daß im Jahre 1848 eine Revolution in Deutschland ausbrechen werde. Wenn er es aber hätte wissen können, so mußte er annehmen, daß er bis dahin der Gräfin längst zu ihrem Rechte verholfen haben würde. In der Tat — hätte es in dem herrlichen preußischen Staate noch irgend etwas wie Recht und Gerechtigkeit gegeben, so hätte Lassalles Krieg mit dem Grafen Hatzfeldt nicht so viele Wochen dauern dürfen, wie er Jahre gedauert hat. Es wäre unbillig, Lassalle zu tadeln, weil die preußische Korruption ihm immer neue Hindernisse schuf, bis er ein unleidliches Unrecht in ein leidliches Recht verwandeln konnte, ihm vorzuwerfen, daß er den einmal aufgenommenen Kampf nicht eher aufgab, als bis er ihn zum glücklichen Ende geführt hatte.

War es aber nicht schon ein glückliches Ende, den Kampf so weit zu treiben, bis die Unmöglichkeit, mit gesetzlichen Waffen der gesetzlosen Willkür eines preußischen Feudalherrn zu steuern, vor aller Welt Augen lag, bis die unheilbare Verderbnis des preußischen Staats in dem einzelnen Falle so nachdrücklich erwiesen war, daß dadurch für die Allgemeinheit ein starker Antrieb mehr gewonnen wurde, diesen Staat umzustürzen? Eine solche Frage war für Lassalle überhaupt keine Frage; für ihn hatte der römische Dichter nicht gesagt, daß es genüge, Großes gewollt zu haben. Es gab für ihn nur das eine glückliche Ende, den mächtigen Frevler unter seine Füße zu zwingen. Um dies Ziel zu erreichen, scheute er nicht vor Mitteln zurück, die über das Maß hinausgingen, das ein Kampf für allgemeine Prinzipien um seiner selbst willen einhalten muß.

Wohl hielt sich Lassalle in der Wahl seiner Waffen immer hoch über seinem Gegner. Was er durch die Kraft eines an klugen Hilfsmitteln unerschöpflichen Geistes erstreben konnte, das hat er auch nur durch sie erstrebt. Aber wenn er den Grafen Hatzfeldt persönlich niederwerfen wollte, so mußte er manchesmal über diese Grenze hinausgehen, so mußte er manches tun, von dem man, ohne dem philisterhaften Urteil irgend ein Zugeständnis zu machen, doch wünschen möchte, daß er es nicht getan hätte. Lassalle aber hätte es sich nie vergeben, wenn er vor der völligen Niederlage des Grafen aus dem Kampfe geschieden wäre. So war er einmal, und anders konnte er nach den Bedingungen seines Werdens nicht sein. Er mußte Übermenschliches vollbringen, um dann am Allzumenschlichen unterzugehen. Man mag es ein neckisches Vorspiel tragischer Konflikte nennen, daß, als Lassalle nach acht= bis neunjährigem Kampfe der Gräfin Hatzfeldt ein sehr großes und unabhängiges Vermögen erstritten hatte, ein sehr großer Teil dieses Vermögens in der Handelskrise von 1857 verloren ging.

Bei alledem vergaß Lassalle niemals, daß sein Leben der Revolution gehörte. Kaum hatten ihn die Kölner Geschworenen von der nichtigen Anklage freigesprochen, zum Kassettendiebstahl verleitet zu haben, als Lassalle sich mit voller Kraft in die revolutionäre Bewegung stürzte. In Düsseldorf, wo sie ziemlich stark war, gehörte er zu ihren Leitern. Daraus ergab sich für ihn ein reger Verkehr mit dem Demokratischen Kreisausschuß und der Neuen Rheinischen Zeitung. Im Jahre 1848 sind Lassalle und Marx sich zuerst näher getreten, und es ist unverkennbar, daß Marx damals großen Einfluß auf Lassalle gewonnen hat. Freilich wurde Lassalle niemals ein Schüler von Marx in dem Sinne, daß er unbesehen auf die Worte des Meisters schwor, nicht einmal in dem Sinne, daß die Auffassungen von Marx seiner geistigen Entwicklung eine neue Richtung gegeben hätten. Für eine solche Einwirkung war Lassalle schon viel zu abgeschlossen und fertig. Es gab eine bestimmte Grenze, über die hinaus ein Verständnis zwischen Lassalle und Marx unmöglich war, mochte sich diese Grenze auch nicht mit grundsätzlicher Schärfe ziehen lassen, eben weil sie durch den persönlich so grundverschiedenen, ja in gewissem Sinne geradezu entgegengesetzten Entwicklungsgang der beiden Männer gegeben war. Wo sich aus dem Selbstverständigungsprozesse von Marx das revolutionäre Ergebnis klar und rein herauslöste, da ergriff es Lassalle mit revolutionärer Tatkraft,

aber an dem Prozesse selbst ging er achtlos vorüber. Das Kommunistische Manifest und die Neue Rheinische Zeitung haben einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, seine revolutionären Anschauungen befestigt, geklärt, erweitert; aus der langen Reihe ihm wohlbekannter Aufsätze und Schriften aber, die Marx von der Rheinischen Zeitung bis zu dem Buche gegen Proudhon veröffentlicht hat, lassen sich in Lassalles Arbeiten keine oder höchstens sehr schwache Spuren entdecken.

In der Novemberkrise von 1848 leistete Lassalle dem Aufrufe des Demokratischen Kreisausschusses begeisterte Heerfolge. Im Auftrage der Düsseldorfer Bürgerwehr und der Landwehrmänner des Kreises Düsseldorf verfaßte er Adressen an die Berliner Versammlung, worin es hieß: „Der passive Widerstand ist erschöpft. Wir beschwören die Nationalversammlung: erlassen Sie den Ruf zu den Waffen, den Ruf zur Pflicht.“ Lassalle war der eifrigste Adjutant Cantadors, der als Kommandant der Düsseldorfer Bürgerwehr Tag und Nacht Kugeln gießen ließ und sonst den bewaffneten Widerstand rüstete. Auch in der Umgegend Düsseldorfs agitierte Lassalle eifrig, wobei ihm wieder der Arbeiter Weyers als Adjutant diente. Er feuerte die ländliche Bevölkerung an, ihre Leute bereit zu halten, für Munition und Waffen zu sorgen.

Aber die Versammlung erließ den ersehnten Ruf nicht, und am 22. November wurden Cantador, Lassalle und Weyers verhaftet. Nun begann eine gerichtliche Prozedur, die in der Häufung von Rechtsverletzungen zu dem Ärgsten gehörte, was die Novemberhelden auf diesem Gebiete vor sich gebracht haben. Der unstillbare Haß, womit die rheinischen Justizbehörden Lassalle verfolgten, bewies allerdings, daß er in der Angelegenheit der Gräfin Hatzfeldt allgemeine Prinzipien vertrat, namentlich das vortreffliche Prinzip, eine durch und durch verseuchte Justiz aus dem Sumpfe aufzujagen, worin sie sich behaglich sonnte. Während wegen einer ganz gleichen Handlungsweise Marx, Schapper und Schneider angeklagt worden waren, zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten aufgefordert zu haben, was nach dem Code als bloßes Vergehen galt, keine Untersuchungshaft bedingte und höchstens ein paar Monate Strafhaft nach sich zog, wurde Lassalle des Kapitalverbrechens angeklagt, zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgefordert zu haben, wonach die Untersuchungshaft geboten und im Falle der Verurteilung die ganze bürgerliche Existenz Lassalles bedroht war. Um den bürgerlichen Geschworenen die Ver-

urteilung zu erleichtern, wurde der Bourgeois Cantador, der genau dasselbe wie Lassalle, nur in noch einflußreicherer Stellung, getan hatte, von der Anklage entbunden. Da aber doch ein freisprechendes Urteil möglich war, so spannte diese würdige Justiz noch zwei besondere Stränge auf ihren Bogen. Erstens wurde die Untersuchungshaft Lassalles dadurch verlängert, daß der Staatsprokurator angeblich belastende Schriftstücke dem Untersuchungsrichter so lange vorenthielt, bis es zu spät war, die Sachen vor die nächsten Assisen zu bringen. Zweitens wurde für den Fall, daß die Geschworenen Lassalle freisprachen, die eventuelle Anklage gegen ihn gerichtet, zum bewaffneten Widerstande gegen das Militär und die Beamten aufgefordert zu haben, und dies wieder erstens unter Mißachtung des alten Rechtsgrundsatzes, daß niemand wegen derselben Handlung zweimal angeklagt werden dürfe, und zweitens unter der wissentlich unwahren Behauptung, die Aufforderung zur Steuerverweigerung und zum bewaffneten Widerstande sei gar kein politisches, sondern ein gemeines Vergehen, gehöre somit nicht vor die Geschworenen, sondern vor das Zuchtpolizeigericht. Es war ein Rattenkönig von Rechtsbrüchen, wie er damals selbst in der preußischen Justiz als ziemlich unerhört gelten konnte.

Am 3. Mai 1849 kam der Prozeß gegen Lassalle und Weyers endlich zur öffentlichen Verhandlung. Lassalle hatte seine Verteidigungsrede vorher ausgearbeitet und in den Druck gegeben. Einzelne Druckbogen waren, ohne Lassalles Schuld, ins Publikum gelangt, und diesen Umstand benutzte der Gerichtshof, der wohl wußte, was ihm blühte, zu einem neuen Gewaltstreiche. Er schloß die Öffentlichkeit aus unter dem Vorgeben, daß durch Lassalles Rede die öffentliche Ordnung gefährdet erscheine. Unter diesen Umständen verzichtete Lassalle darauf, zu sprechen, und beschwor die Geschworenen, kein Urteil zu fällen, ehe ihm das Recht der Verteidigung gewährt worden sei. Einzelne Geschworene wollten seinem Verlangen willfahren, doch ihre Mehrheit entschied sich dafür, Lassalle wie Weyers sofort freizusprechen.

Die Verteidigungsrede Lassalles ist im Druck erhalten. Sie unterscheidet sich in sehr bezeichnender Weise von der Verteidigungsrede, die Marx ein paar Monate vorher gegen die ähnliche Anklage gehalten hatte. Während Marx sich und die Geschworenen über die historische Sachlage verständigte, ihnen die Klassenkämpfe der deutschen Revolution auseinandersetzte und gewissermaßen ihnen selbst die Schlußfolgerung

überließ, welche traurige Rolle ihnen die Regierung in diesen Kämpfen zumute, stürzte sich Lassalle mitten ins Lager der Feinde und mähte mit furchtbarem Schwert in ihren Haufen, wo sie am dichtesten standen. Er bekannte sich als Revolutionär, als entschiedenen Anhänger der sozialen demokratischen Republik, aber er verschmähte es, sich der Staatsprokuratur gegenüber auf diesen Boden zu stellen. Er will sie nicht vom revolutionären Standpunkt aus widerlegen, er will auf ihren eigenen Standpunkt treten, um sie zu beschämen, um sie des Verrats an ihren eigenen Prinzipien zu überführen. Lassalles Verteidigungsrede ist keine historische Untersuchung, wie die Verteidigungsrede von Marx; sie ist eine zürnende Anklage des gemordeten Rechts gegen seine Mörder.

Die grundsätzliche Auffassung des preußischen Staatsstreichs ist bei Lassalle wesentlich dieselbe wie bei Marx. Manche Partien von Lassalles Rede klingen wie Echos aus der Neuen Rheinischen Zeitung. Indem aber Lassalle ganz mit Marx übereinzustimmen scheint, springt sofort der Gegensatz auf, der sie immer wieder trennte. Lassalle sagt mit anderen Worten dasselbe oder fast dasselbe wie Marx, wenn er ausführt: „Es ist im Völkerleben der Rechtsboden ein schlechter Standpunkt, denn das Gesetz ist nur der Ausdruck und geschriebene Wille der Gesellschaft, nie ihr Meister. Hat sich der gesellschaftliche Wille und das gesellschaftliche Bedürfnis geändert, so gehört der alte Kodex in das Museum der Geschichte, an seine Stelle tritt das neue Abbild, das neue Konterfei der Gegenwart.“ Aber sofort geht Lassalle dazu über, nachzuweisen, daß die Regierung durch die Gegenrevolution selbst ihren Rechtsboden zertrümmert habe und fügt dann hiezu: „Mir und den Meinen gehört er jetzt an! Wir haben ihn seit dem November mit Beschlag belegt. Die Revolution ist vom Rechtsbodenstandpunkte aus zur *juristischen Notwendigkeit* geworden. Die Erinnye des gemordeten Rechtsbodens schreit jetzt mit dem Bedürfnis der Völker um die Wette zu den Waffen.“ Sätze, die Marx so wenig inhaltlich wie stilistisch jemals aus seiner Feder gebracht hätte.

Jedoch steht dies verunglückte Bild ziemlich einsam in Lassalles, an treffenden Bildern und Vergleichen sonst überreichen Rede. Lassalles Rhetorik war nichts weniger als hohl und leer, und es spricht mehr für als gegen sie, daß die Geschmacklosigkeiten, an denen es ihr nicht mangelt, sich dann einzustellen pflegen, wenn die innere Logik seines Standpunktes brüchig zu werden beginnt. Es beweist gerade den ge-

nauen Zusammenhang zwischen Form und Inhalt, wenn mit dem Inhalt auch sogleich die Form unsicher wird. Wo Lassalle festen Boden unter seinen Füßen hat, da ist seine Rhetorik durchaus geschmackvoll, beziehungsreich, bis zum Rande mit revolutionärer Energie gefüllt.

Es ist wahr: Marx führt wohl einen kurzen tötlichen Schwertstoß, wo Lassalle seine Klinge erst im Sonnenlicht kreisen läßt, ehe sie dem Gegner das Haupt vom Rumpfe trennt. Wenn Marx sagte, der passive Widerstand gleiche dem Sträuben des Kalbes gegen seinen Schlächter, und die Steuerverweigerer hätten den revolutionären Weg verschmäht, um nicht ihre Köpfe zu riskieren, so war damit alles Notwendige gesagt. Aber deshalb war es nichts Überflüssiges, wenn Lassalle denselben Gedanken in blendenden Lichtern spielen ließ, wenn er sagte: „Der passive Widerstand, das ist der Widerspruch in sich selber, es ist der duldende Widerstand, der nicht widerstehende Widerstand, der Widerstand, der kein Widerstand ist. . . . Der passive Widerstand, das ist der bloße innere böse Wille ohne äußere Tat. Die Krone konfiszierte die Volksfreiheit und die Nationalversammlung dekretierte zum Schutze des Volkes den bösen Willen. Unbegreiflich würde es sein, wie die allergewöhnlichste Logik es zuließ, daß eine gesetzgebende Versammlung sich mit solcher unvergleichlichen Lächerlichkeit beflecken konnte, daß sie nicht lieber offen den Befehlen der Krone sich unterwarf — unbegreiflich würde es sein, wenn es nicht zu begreiflich wäre! Der passive Widerstand ist das Produkt von folgenden Faktoren: Die klar erkannte Schuldigkeit, pflichtmäßig widerstehen zu müssen und die persönliche Feigheit, nicht auf Gefahr von Leib und Leben widerstehen zu wollen, diese beiden Potenzen erzeugten in ekelerregender Umarmung in der Nacht vom 10. November das schwindsüchtige Kind, die hektische Geburt des passiven Widerstandes." Der eine Stil hat ein so gutes Recht, wie der andere, und jeder von beiden hat in seiner besonderen Weise den Kampf des revolutionären Proletariats wirksam gefördert.

Nachdem Lassalle von den Geschworenen freigesprochen worden war, führte die Justiz ihr sauberes Plänchen aus und stellte ihn nochmals wegen derselben Handlung vor besoldete Richter. Das Zuchtpolizeigericht befleckte sich auch wirklich mit der ihm angesonnenen Schmach und verurteilte Lassalle zu sechs Monaten Gefängnis. Als er endlich den Kerker verlassen konnte, war die deutsche Revolution erloschen.

Viertes Kapitel.

Die Ausgänge der deutschen Revolution.

1. Frankfurt und Berlin.

Sobald die Gegenrevolution in Wien und Berlin gesiegt hatte, richtete sich ihr Bestreben darauf, mit der deutschen Nationalversammlung reinen Tisch zu machen. Diese Versammlung war zwar ein sehr entartetes, aber sie war doch immer ein Kind der Revolution. Aus demselben Grunde scharten sich um sie alle noch widerstandsfähigen Elemente der Bevölkerung. Wider Verdienst und Würdigkeit kam das Frankfurter Parlament schließlich zu einer Art historischer Rolle, wenn es sie anders nur zu spielen gewußt hätte.

Es war nicht dieselbe Politik, womit die österreichischen und die preußischen Gewalthaber gegen Frankfurt vorgingen. Das Wiener Kabinett wollte tatsächlich zu der alten Bundesverfassung zurückkehren, die ihm die herrschende Stellung in Deutschland gesichert hatte, ohne ihm irgend welche Verpflichtungen gegen Deutschland aufzuerlegen. Indem die österreichische Gegenrevolution den gesamtösterreichischen Staat in strafffsten Formen zentralisierte, erklärte sie zugleich, sie werde in dem neu zu bildenden deutschen Staatskörper ihre alte Stellung zu behaupten wissen. Das hieß aber nichts anderes, als die deutsche Einheit unmöglich machen Die deutsch-österreichischen Gebiete konnten nicht zugleich einem deutschen und einem österreichischen Gesamtstaat angehören. Das deutsche Programm der österreichischen Gegenrevolution war somit die Wiederherstellung des deutschen Bundestags. Wenn sie dies Programm einstweilen nicht mit dem Nachdruck vertrat, womit sie entschlossen war, es zu vertreten, so hinderte sie daran allein die siegreich fortschreitende Rebellion der Ungarn.

Dagegen wollte die preußische Regierung in dem Schiffbruche der Revolution für sich im Trüben fischen. Die Kreuzzeitung enthüllte dies Programm, indem sie sagte, die Krone solle Frankfurt dadurch ver-

nichten, daß sie entschieden, aber freundlich mit Frankfurt bräche. Zur selben Zeit, wo ein österreichischer General der Frankfurter Versammlung den Kopf Blums verächtlich vor die Füße warf, umarmte der König von Preußen seinen „Freund“ Gagern unter Tränen der Rührung. War es sonst das Schicksal Friedrich Wilhelms IV., bei seinen Komödien gefoppt zu werden, so hatte er diesmal das Glück, auf einen Komödianten zu stoßen, den sogar er foppen konnte und wirklich gefoppt hat.

Die Tage schienen gekommen zu sein, wo Gagern und seine Gefolgschaft die Frucht pflücken konnten, nach der sie so lange begehrlich geschielt hatten. Die hartnäckige Weigerung Österreichs, sich auf irgend etwas einzulassen, was der deutschen Einheit auch nur von ferne ähnlich sähe, machte es möglich, mit der preußischen Kaiserherrlichkeit ans Tageslicht zu kommen. Der Österreicher Schmerling räumte dem edlen Gagern das imaginäre Präsidium des imaginären Reichsministeriums ein, und im Parlamente selbst begann eine Reihe verworrener Parteikämpfe, aus denen die Reichsverfassung vom 28. März 1849 hervorging.

Diese Verfassung war nicht entfernt so freisinnig, wie sie nach der liberalen Legende gewesen sein soll, obgleich sie beträchtliche Vorzüge vor der bundestäglichen Verfassung Deutschlands hatte. Aber selbst wenn ihre Augen so schön gewesen wären, wie ihre Bewunderer behaupteten, so fehlten ihr die Beine, womit sie ins wirkliche Leben spazieren konnte. Sie beruhte auf einem von schwarzgelber Bosheit gesegneten Kompromiß, das ein Teil der Linken mit der Kaiserpartei Gagerns geschlossen hatte. Der Streit zwischen den österreichischen Großdeutschen und den preußischen Kleindeutschen hatte den Demokraten der Linken eine größere Macht verschafft, als sie nach der Zahl ihrer Köpfe und ihrer Talente beanspruchen konnten. Sie sträubten sich zunächst gegen die deutsche Einheit unter der preußischen Pickelhaube und unterstützten insofern die Großdeutschen, die mit ihren partikularistischen, reaktionären, ultramontanen Bestandteilen übrigens eine mindestens ebenso gemischte Gesellschaft waren, wie die Kleindeutschen. Als dann aber die österreichische Gegenrevolution die Verfassung vom 4. März mit ihren stramm zentralistischen Tendenzen oktroyierte, ging ein Teil der Linken zu Gagern und Genossen über. Dieser Teil erklärte sich bereit, den Erbkaiser zu verschlucken, wenn ihm zwei Zugeständnisse gemacht würden: das allgemeine Wahlrecht und das suspensive Veto.

Nach der neuen Verfassung sollte der Reichstag aus einem Staatenhause und einem Volkshause bestehen, deren Übereinstimmung zu einem Reichsbeschlusse notwendig war. Das Staatenhaus sollte zu gleichen Teilen von den Regierungen und den Kammern der Einzelstaaten gewählt werden, das Volkshaus aber, wie die Linke verlangte, nach allgemeinem gleichem geheimem und direktem Wahlrechte. Noch größeren Wert legten die Überläufer der Linken auf das suspensive Veto, wonach der Einspruch des Kaisers gegen Beschlüsse des Reichstags dahin eingeschränkt wurde, daß ein vom Reichstag in drei aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden unverändert gefaßter Beschluß mit dem Schlusse des dritten Reichstags zum Gesetz werden sollte, auch wenn ihm der Kaiser nicht zustimmte. Es kennzeichnet die damalige Verwirrung, daß um dies Hirngespinst mit der größten Hartnäckigkeit gekämpft wurde. Die heutige Reichsverfassung kennt weder ein absolutes, noch ein suspensives Veto des Kaisers; der Bundesrat besorgt ausreichend die nötige Reaktion, wie sie, wäre die Reichsverfassung jemals ins Leben getreten, das Staatenhaus besorgt haben würde.

Im übrigen gelang das Kompromiß zwischen der Kaiserpartei und dem zu ihr stoßenden Teile der Linken nur dadurch, daß österreichische Stimmen sowohl die Annahme des Erbkaisertums als auch die Annahme des suspensiven Vetos entschieden. Nach Gagerns Programm sollten die Beziehungen zwischen dem neuen Deutschland und dem neuen Österreich besonders geregelt werden, und die österreichischen Abgeordneten in Frankfurt machten sich den Spaß, dem preußischen König eine Suppe zu servieren, die sie vorher versalzen hatten. Gegen das suspensive Veto hatte die preußische Regierung bereits protestiert. Die Kompromißler halfen sich einstweilen über alle bangen Ahnungen mit dem schriftlichen Rütlischwure hinweg, nach einmal endgültig beschlossener Verfassung für irgend wesentliche Änderungen an ihr oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite solche auch verlangt werden sollten, nicht zu stimmen.

Der Schlußstein des Verfassungswerkes war dann die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiser der Deutschen. Sie erfolgte mit 290 Stimmen, während 248 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Die feierliche Deputation, die mit der papierenen Krone nach Berlin pilgern sollte, trieb sich ein paar Tage in Deutschland herum, um nicht just am Schalkstage des 1. April an ihrem Ziele einzutreffen. Indem sie

der chronologischen Kritik ihres Schwabenstreichs auswich, hatte sie aber manche hymnologische Kritik zu erdulden; in Köln wurde sie mit einer solennen Katzenmusik empfangen. Jedoch die ärgste Enttäuschung harrte ihrer im Berliner Schlosse, in dessen Vorzimmern schon die Lakaien ihren Führer, den „tönenden Rhapsoden" Simson, als einen überlästigen Bittsteller behandelten.

Der romantische König selbst schwankte hin und her zwischen altpreußischem Abscheu vor der Revolution und altpreußischem Appetit auf Annexionen. Einerseits ekelte ihn vor der Frankfurter Krone, die ihn, wie er in seiner anmutigen Sprechweise sagte, mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der albernsten, dümmsten, schlechtesten, wenn auch gottlob nicht bösesten des Jahrhunderts, überschwenglich verunehre; er meinte, einen solchen imaginären Reif, aus Dreck und Letten gebacken, könne ein legitimer König von Gottes Gnaden sich nicht geben lassen, am wenigsten ein König von Preußen, der den Segen habe, wenn auch nicht die älteste, so doch die edelste Krone zu tragen, eine Krone, die niemandem gestohlen worden sei, worüber bekanntlich andere Leute, wie etwa die römische Kurie, anderer Meinung waren und sind. Andererseits sah der König ein, daß der altpreußische Appetit nach des Nächsten Hab und Gut sich den Mund zu wischen habe, wenn Frankfurt untergehe und die Sache in die Hände des Fürsten falle. Es ist nicht zu leugnen, daß sich diesmal in den romantischen Launen des Königs ein Dilemma der preußischen Staatsraison ganz getreulich wiederspiegelte. Zunächst versuchte sie es, „freundlich" mit Frankfurt zu brechen.

Was der König der ehrfurchtsvoll harrenden Deputation der Nationalversammlung antwortete, war ein feierliches Gespreize von Worten, das er selbst in einem Briefe an Bunsen dahin erläuterte: „Ich kann euch weder ja noch nein sagen. Man nimmt nur an und schlägt nur aus eine Sache, die geboten werden **kann**, und ihr da habt gar nichts zu bieten: das mache ich mit meinesgleichen ab. Jedoch zum Abschied die Wahrheit: Gegen Demokraten helfen nur Soldaten. Adieu!" In der Tat war dies der Sinn des königlichen Bescheids, der mit der Drohung schloß, daß es gegen äußere und innere Feinde niemals am preußischen Schild und Schwert fehlen werde. Der preußische Leichenraub an der deutschen Revolution war damit offen angekündigt, sintemalen die äußeren Feinde damals vor dem preußischen Schild und Schwert gute Ruhe hatten.

Wie die Berliner, so scheiterte die Frankfurter Versammlung an dem Prinzip der Vereinbarung. Indem der romantische König die Krone ablehnte, weil nicht die Volksvertreter, sondern die Fürsten sie zu vergeben hätten, stellte er klipp und klar die Frage: wer ist in Deutschland souverän, die Fürsten oder das Volk? Die Frankfurter Versammlung wurde gewaltsam auf den revolutionären Standpunkt zurückgeworfen, den sie zu ihrem Unheil verlassen hatte. So wurde die Reichsverfassung, verkrüppelt wie sie sein mochte, zum Panier der Revolution, zur Fahne aller Elemente, die nicht gewillt waren, in die Hände des vormärzlichen Absolutismus abzudanken. Im Kampf um die Reichsverfassung spielte sich der letzte Akt der deutschen Revolution ab.

Der letzte Akt, nicht weil er zufällig mit der Niederlage der Revolution endete, sondern weil er notwendig mit ihr enden mußte. Unter dem frischen Eindruck der Ereignisse schrieb Engels: „Denen es ernst war mit der Bewegung, war es nicht ernst mit der Reichsverfassung, und denen es ernst war mit der Reichsverfassung, war es nicht ernst mit der Bewegung.“ Nach dem Siege der absolutistisch-feudalen Gegenrevolution in Österreich und in Preußen erhielt die Reichsverfassung erhöhten Wert für die deutsche Bourgeoisie, aber diese Klasse war im Frühling 1849 noch viel entnervter und entmutigter, als sie schon im Frühling 1848 gewesen war. Am besten gefiel ihr an der Reichsverfassung, daß deren allseitige Annahme endlich die „Revolution geschlossen“ hätte. Um diesen Zweck war ihr sogar das Mittel feil, wie sich alsbald zeigen sollte.

Umgekehrt hatte das Proletariat nicht das geringste Interesse an dem erblichen Kaisertum der Hohenzollern, und selbst an den vorgeschrittensten Bestimmungen der Reichsverfassung hatte es nur soviel Interesse, als sie ihm den Weg nicht zum Siege, sondern zum entscheidenden Kampfe einigermaßen zu ebnen versprachen. Um so wichtiger war für die Arbeiter, daß die revolutionäre Bewegung nicht im Sande verrann, das Prinzip der Volkssouveränetät nicht zum Spielball für militärische Schnurrbärte wurde. „Nichts widersinniger“, schrieb Born in der Verbrüderung, „als eine Revolution für den Erbkaiser machen zu wollen, einen König zwingen zu wollen, daß er eine Krone annehme.“ Aber er fügte hinzu, eine ganz andere Frage sei, ob die Volksvertreter zu Narren der Fürsten werden dürften. „Das Volk, wir haben das Recht, unseren Abgeordneten in Frankfurt unsere ent-

schiedene Mißbilligung ihres bisherigen Verhaltens kundzugeben: wir, die Wähler, haben das Recht, sie zurückzuberufen oder sie auseinanderzujagen, wenn sie nicht gehen wollen, aber den Fürsten steht dies Recht nicht zu. Indem wir die Frankfurter Versammlung unterstützen, wollen wir nicht zugleich den Erbkaiser; wir unterstützen die Volkssouveränetät und nichts anderes." Von diesem Standpunkt aus griff das Proletariat, soweit es zum Klassenbewußtsein erwacht war, kräftig in die Reichsverfassungskampagne ein. Es stellte ihr die tapfersten und unermüdlichsten Kämpfer.

Ungleich stärker, als die Bourgeoisie und auch als das Proletariat, war das Kleinbürgertum, und bei ihm lag die Entscheidung, mit welchem Maße von Energie und Erfolg der Kampf um die Reichsverfassung geführt werden sollte. Dieser Klasse, und namentlich dem süddeutschen Kleinbürgertum, war die Reichsverfassung auch am passendsten auf den Leib geschnitten. Die neue Einheit ließ die Einzelstaaten mit bescheidenen Einschränkungen ihrer Souveränetät bestehen, und das famose suspensive Veto gestattete in aller Gemütlichkeit, den Kaiser samt den Fürsten eines schönen Morgens abzuschaffen und flugs die geliebte Kantönlirepublik ins Leben zu rufen. Freilich war es auch für die demokratischen Kleinbürger eine harte Zumutung, mit den Waffen in der Hand für die Reichsverfassung einzutreten. Aber sie hatten so oft geschworen, Gut und Blut für das Vaterland zu opfern, und namentlich ihre bäuerlichen Elemente empfanden ein ebenso aufrichtiges wie berechtigtes Grauen vor der Wiederkehr des vormärzlichen Feudalismus. Dazu lockte die Bourgeoisie, die unter Umständen gern dabei ist, wenn andere Leute für sie ins Feuer gehen, die Kleinbürger in den Kampf, natürlich mit dem Vorbehalte, sie nach dem ersten Schusse zu verraten, während das Proletariat sie in den Kampf trieb, natürlich mit dem Vorbehalte, nach dem letzten Schusse seine eigenen Forderungen geltend zu machen. Das Kleinbürgertum selbst erkannte nach dem ersten Schusse die Konsequenzen des Kampfes und scheute deshalb vor dem letzten Schusse zurück, wodurch die Reichsverfassungskampagne ihren haltlosen und zerfahrenen Gang erhielt.

Ihre Aussichten waren an und für sich keineswegs ungünstig. In Frankreich drohte ein neuer Ausbruch der sozialistisch-demokratischen Partei gegen die monarchistische Reaktion; in Ungarn jagten die aufständischen Magyaren in einer Reihe von Siegen die österreichischen Regimenter

vor sich her; in Italien widerstand die römische Republik der französischen Invasion. In Deutschland selbst ging eine elementare Bewegung durch die Massen; die wachsenden Anmaßungen der Gegenrevolution, ihre Eid- und Wortbrüche, die Feigheit der Märzminister machten nachgerade auch den schläfrigsten Patrioten rebellisch. Die Bewegung war stark genug, 28 deutsche Regierungen zur Anerkennung der Reichsverfassung zu zwingen; es widerstanden außer Österreich und Preußen nur noch die vier mittelstaatlichen Königreiche Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg, und auch von ihnen mußte Württemberg kapitulieren. In Preußen und Sachsen forderten die Kammern die Anerkennung der Reichsverfassung, und die bayerische wie die hannöversche Regierung schützten sich vor der gleichen Zumutung nur dadurch, daß jene ihre Kammern nicht einberief und diese sie auflöste. Dabei bestand ein tiefes Mißtrauen zwischen Preußen und den Mittelstaaten, denen die heimlichen hohenzollernschen Appetite sehr gut bekannt waren; sie verharrten in tiefem Schweigen, als die preußische Regierung sie wie die übrigen Regierungen am 3. April aufforderte, Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden, um sich wegen einer gemeinsamen Vereinbarung mit der Nationalversammlung zu verständigen.

Es kam jetzt darauf an, ob sich die Frankfurter Versammlung zu einer energischen Haltung aufraffen könne. Sie erklärte am 11. April feierlich, an der Reichsverfassung und dem allgemeinen Wahlrechte festzuhalten, und setzte einen Ausschuß von dreißig Mitgliedern nieder, der beraten sollte, wie diese Politik praktisch durchzuführen sei. Der Ausschuß bestand gleichmäßig aus Angehörigen der Kaiserpartei und der Linken; als seine Taktik empfahl ein kundiger Mann, daß weder die demokratischen Elemente zu heftig vordrängen, noch die gemäßigten Elemente zu sehr zurückbleiben dürften. Leider aber gab er nicht gleichzeitig die Methode an, wie die Versammlung vorwärts kommen sollte, indem sie die eine Hälfte der Gäule vor, und die andere hinter den Wagen spannte, und so ließen die Vorschläge des Ausschusses den Wagen auf demselben Flecke. Nach ihnen sollten erstens die widerspenstigen Regierungen aufgefordert werden, die Reichsverfassung nunmehr endlich anzuerkennen. Zweitens sollte ihnen verboten werden, die gesetzlichen und verfassungsmäßigen Kundgebungen des Volkswillens zu unterdrücken, insbesondere sollten sie von ihrem Rechte, ihre Landtage aufzulösen oder zu vertagen, in diesem entscheidenden Augenblicke keinen Gebrauch machen.

Drittens sollte der Reichsverweser, der seit der Annahme der Reichsverfassung offenkundigen Verrat zu gunsten Österreichs trieb, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der Verfassung wirken. Nach dreitägiger Debatte führte die Versammlung am 26. April mit großer Energie diese drei Schläge ins Wasser.

Gleichzeitig aber warf die preußische Regierung die Maske ab. Hatte sie zunächst den „freundlichen Bruch" mit Frankfurt versucht, so scheiterte dieser Plan daran, daß die mittelstaatlichen Könige sich nicht aufs Glatteis locken ließen und die anschwellende Massenbewegung sich um die Reichsverfassung scharte, nicht wegen, sondern trotz des preußischen Kaisertums. Zudem waren die preußischen Revisionskammern Ende Februar zusammengetreten, und die Zweite Kammer zeigte sich viel widerspenstiger, als der Regierung lieb war. Sie bestand zu ziemlich gleichen Teilen aus einer frondierenden Linken, den ehemaligen Steuerverweigerern, und einer gouvernementalen Rechten, in der sich Bourgeois wie Camphausen und Junker wie Bismarck zusammenfanden. Aber die Rechte wurde nur vorläufig zusammengehalten durch den Wunsch, die Rechtsgültigkeit der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 in der Antwortadresse auf die Thronrede anzuerkennen; sie zerfiel, nachdem dieser Zweck mit einer knappen Mehrheit erreicht worden war, und es fehlte jede Aussicht, daß die junkerlichen Wünsche bei der Revision der Verfassung durchgesetzt werden würden. Daneben verlangte die Zweite Kammer die Anerkennung der Reichsverfassung und die Aufhebung des widerrechtlich über Berlin verhängten Belagerungszustandes. In der deutschen Frage hatte die Regierung nur eine Handvoll Junker hinter sich, unter denen sich Bismarck durch höhnische Reden über die deutschen Einheitskämpfe, über die Empörung der Schleswig-Holsteiner gegen ihren „rechtmäßigen Landesherrn" und ähnliche, wie sogar altpreußische Patrioten sagten, „antediluvianische" Schnurren auszeichnete.

Jedoch wie in der Novemberkrise zeigten die junkerlichen Staatsstreichler auch jetzt, daß sie am letzten Ende zu handeln wußten, während die Bourgeoisie nur in alle Ewigkeit fortzuschwatzen verstand. Am 26. April hatte die Nationalversammlung ihre Schläge ins Wasser geführt, am 27. April jagte die preußische Regierung die Zweite Kammer auseinander, ließ das herrliche Kriegsheer in wehrlose Massen schießen und brach offen mit Frankfurt. In einer Note vom 28. April schrieb sie der Reichsverfassung den endgültigen Scheidebrief, und an demselben

Tage forderte sie diejenigen Regierungen, die mit ihr gemeinsam die deutsche Einheit gründen wollten, zu gemeinsamen Konferenzen in Berlin auf. Sie fügte hinzu, daß sie die notwendigen Maßregeln getroffen habe, um den willfährigen Regierungen die etwa gewünschte und erforderliche Hilfe in „gefährlichen Krisen" zu leisten. Die preußische Regierung bot sich den deutschen Dynastien als Henker der Revolution an in der Hoffnung, daß die deutschen Dynastien ihr dafür die Vorherrschaft zugestehen würden. Man mag zweifeln, ob diese Politik kurzsichtiger oder treuloser war; darüber aber kann man ganz beruhigt sein, daß sie die furchtbaren Hiebe, womit sie in Olmütz von dem habsburgischen Stock und in Warschau von der zarischen Knute gezüchtigt wurde, durchaus verdient hatte.

Die Frankfurter Versammlung machte noch einen schwachen Versuch des Widerstandes, indem sie am 4. Mai auf Grund der Reichsverfassung den neuen Reichstag zum 22. August einberief und die Wahlen für das Volkshaus auf den 15. Juli anberaumte. Obgleich der Beschluß abermals ziemlich wolkenhafter Natur war, da die Wahlen bei dem Widerstande der großen und fast aller mittleren Regierungen kaum im sechsten Teile Deutschlands stattfinden konnten, so gab dies angebliche Verlassen des „Rechtsbodens" der Kaiserpartei doch den ersten Anlaß zur Flucht, die in demselben Maße zunahm, wie die Volksbewegung nun zu explodieren begann. Die Aufstände in Dresden, in Rheinpreußen, in Baden und in der Pfalz zerstäubten die Schar Gagerns und gaben das Heft der Frankfurter Versammlung in die Hand der Linken.

Leider bewies auch diese Partei jetzt eine traurige Unfähigkeit. Statt den verräterischen Reichsverweser abzusetzen, ließ sie sich von ihm durch ein Ministerium hänseln, das aus den komischen Personen der Versammlung zusammengesetzt war, und statt die revolutionären Aufstände zu konzentrieren und zu organisieren, versäumte sie die kostbare Zeit mit Aufrufen und Beschlüssen, deren hochtönende Redensarten in umgekehrtem Verhältnis standen zu der Kraft, die in ihnen steckte. Der klassische Typus dieser kleinbürgerlichen Demokraten war Karl Vogt, der in Nürnberg die fränkische Revolution abwiegelte, weil ihm die nötigen Garantien für seine persönliche Sicherheit fehlten. Derselbe „Reichsweinschwelg" spielte dafür den sittlich entrüsteten Patrioten, als Wilhelm Wolff, der als Stellvertreter des geflohenen Historikers Stenzel einberufen worden war, am 26. Mai der Versammlung sagte, sie solle

doch endlich aufhören, ebenso wirkungslose wie wortreiche Aufrufe an das Volk zu erlassen; wenn sie etwas tun wolle, so solle sie den Reichsverweser als ersten Volksverräter für vogelfrei erklären und den heranrückenden Heeren der dynastischen Reaktion wohlorganisierte Sturmkolonnen entgegensetzen. Wenige Tage darauf flüchtete die Versammlung schon vor ihrem geliebten Reichsverweser aus Frankfurt, warf sich aber auch jetzt nicht in das Lager des badischen Aufstandes, sondern ging nach Stuttgart, wo sie an die Stelle des Reichsverwesers Karl Vogt und vier andere Mitglieder als Reichsregenten wählte. Nach dieser Posse hatte das Parlament wenigstens noch das Glück, von der württembergischen Regierung gewaltsam gesprengt zu werden und so eines halbwegs anständigen Todes zu sterben.

Die preußische Regierung wußte den Monat Mai besser zu benützen. Sie berief einen großen Teil der Landwehr ein, schlug den Aufstand in Dresden nieder, verschärfte den Belagerungszustand in Berlin, verhaftete Waldeck, den Führer der parlamentarischen Opposition, unter der unheimlichen Anklage des Hochverrats und sammelte gewaltige Truppenmassen in den westlichen Landesteilen, um die Unruhen in der Rheinprovinz und die Revolution im südwestlichen Deutschland zu ersticken. Ihr famoses Programm hatte nur ein großes Loch: so gern die anderen deutschen Regierungen ihre Henkersdienste annahmen, so wenig dachten sie daran, sich in ihre schönen Augen zu verlieben. Mit Mühe und Not preßte sie Hannover und Sachsen zu dem sogenannten Dreikönigsbündnis, das genau so lange währte, wie die Bedrängnis der beiden Mittelstaaten. Die Verfassung dieses neuen Bundes war der Reichsverfassung nachgebildet, mit Verstümmelung alles dessen, was in dieser Verfassung einen historischen Fortschritt bedeutet hatte, und sonst mit einiger Abstumpfung der preußischen Vorherrschaft. So sollte dem dynastischen Partikularismus das Gericht schmackhaft gemacht werden. Das glückte nun freilich nicht, wohl aber gelang das Attentat, das mit dieser Verfassung auf das preußische Wahlrecht gemacht wurde. Sie ließ das allgemeine, obschon indirekte Wahlrecht scheinbar fortbestehen, brach ihm dadurch aber alle scharfen Zähne aus, daß es weder geheim noch gleich bleiben sollte. Für diese spukhafte Unionsakte ist die öffentliche Dreiklassenwahl erfunden und dann gleich für den preußischen Staat oktroyiert worden, um eine Abschlagszahlung auf die preußische Bundestreue zu leisten und, wie das Ministerium Brandenburg-Manteuffel

in einem amtlichen Bericht an den König mit zynischem Hohne sagte, dem Volke auch bei den Wahlen die Öffentlichkeit nicht vorzuenthalten.

Die edlen Staatsstreichler hatten nun schon genügende Erfahrungen gesammelt, um zu wissen, daß sie der Bourgeoisie alles bieten konnten. Trotz ihres Rütlischwures auf die Reichsverfassung fanden sich die großen Männer der Kaiserpartei, den edlen Gagern voran, Ende Juni in Gotha zusammen, um feierlich dieselbe Verfassung zu verleugnen, die sie drei Monate früher nicht minder feierlich verkündet hatten. Dafür erklärten sie sich befriedigt mit derjenigen Sorte von deutscher Einheit und Freiheit, die der preußische Staatsstreich zu bewilligen bereit sei, einschließlich der Dreiklassenwahl. Edelmütig bis aufs Hühnerauge, meinten die Gothaer, wie sie hinfort nach dem Orte ihrer Zusammenkunft als klassische Muster politischer Gesinnungslosigkeit hießen, Einheit und Freiheit aus der Hand der Fürsten nicht annehmen zu wollen, sei ebenso verkehrt, wie es verkehrt gewesen sei, daß der König von Preußen sich geweigert habe, eine Krone aus der Hand des Volkes anzunehmen.

So tief wie der konstitutionell-liberale, sank der demokratische Flügel der Bourgeoisie nicht, aber die ehemaligen preußischen Steuerverweigerer, die Mitte Juni in Köthen unter Unruh zusammenkamen, beschlossen auch nur, nach der Oktroyierung des Dreiklassenwahlsystems die Flinte überhaupt ins Korn zu werfen. Allerdings widersetzten sich die tatkräftigeren Elemente des Kleinbürgertums, wie Schulze-Delitzsch und die neugegründete Urwählerzeitung in Berlin. Obgleich die kleinbürgerlichen Wähler durch das Dreiklassenwahlsystem viel mehr geschädigt wurden, als die großbürgerlichen, so empfanden sie doch instinktiv, daß der Beschluß des absoluten Nichtstuns, mag er auch aus beleidigtem Rechtsgefühl oder sonst den erhebendsten Beweggründen gefaßt sein, der zweischneidigste Entschluß ist, den eine politische Partei fassen kann. Sie drangen aber nicht durch; selbst ein Mann wie Rodbertus schlug sich auf Unruhs Seite in der kindlichen Hoffnung, daß die Bourgeoisie, wenn die gefährlichen Steuerverweigerer von der Bühne verschwänden, der absolutistisch-junkerlichen Reaktion kräftigeren Widerstand leisten würde.

Die einzigen Lichtblicke in den traurigen Agonien der deutschen Revolution waren die Aufstände, in denen um die Reichsverfassung gekämpft wurde. Sie konnten nicht siegen, teils weil die Frankfurter Versammlung versagte, teils auch weil die europäische Lage durch die Niederlage der sozialistisch-demokratischen Partei in Frankreich und durch

den russischen Einfall in das siegreiche Ungarn einen völligen Umschwung erlitt. Auch waren sie nichts weniger als frei von den kläglichen Schwächen, Unklarheiten und Verrätereien, welche die deutsche Revolution überhaupt ruiniert haben. Aber sie waren die einzigen ernsthaften Versuche, diese Revolution noch zu retten, und namentlich soweit das Proletariat an ihnen beteiligt war, bilden sie ehrenvolle Episoden in seiner Geschichte.

---

2. Die Reichsverfassungskampagne.

Der erste Aufstand brach in Dresden aus. Der sächsische König hatte sich von Berlin anstiften lassen, die Reichsverfassung unter keinen Umständen anzuerkennen, und er hielt an seinem Widerstande hartnäckig fest trotz aller bürgerlichen Agitationen, die ihn unter Hinweis auf die im ganzen Lande herrschende Aufregung um Nachgiebigkeit anflehten. Als am 3. Mai eine Kundgebung der Bürgerwehr und ein Versuch des Proletariats, sich aus dem Zeughause zu bewaffnen, zu einem blutigen Zusammenstoße mit dem Militär geführt hatte, floh der König auf den Königstein. Aber auch die Bürgerwehr zog sich vorsichtig zurück, als rotes Blut geflossen war, und die provisorische Regierung, die sich am 4. Mai konstituierte, konnte nur in sehr bedingtem Sinne als eine revolutionäre Behörde gelten. Ihre drei Mitglieder wurden aus den drei Fraktiönchen entnommen, in die sich die bürgerliche Opposition des sächsischen Landtags spaltete, und in ihren Ansichten gingen sie sehr weit auseinander. Todt war ein liberalisierender Bureaukrat der vormärzlichen Zeit, Heubner gehörte zur Linken der Frankfurter Versammlung und meinte es ernst mit der Reichsverfassung, während der einzige Tzschirner es ernst mit der Revolution meinte. Leider beging auch er den Fehler, zum militärischen Oberbefehlshaber den Oberstleutnant Heintze zu ernennen, der ehedem in griechischen Diensten gestanden hatte, und ein völlig unfähiges Subjekt, wenn nicht ein Verräter war.

Was den Aufstand zunächst rettete, war der Zuzug industrieller und ländlicher Arbeiter aus der Umgegend. Sie bildeten den Kern der Barrikadenkämpfer, und sie gewannen ein paar entschlossene und fähige Führer in Bakunin und Born. Bakunin nahm der Hilflosigkeit der provisorischen Regierung die Dinge über dem Kopfe weg, während Born der Unfähigkeit des Kommandanten abzuhelfen wußte. Born komman-

dierte in der Schloßgasse auf der wichtigsten Barrikade, die er dadurch uneinnehmbar machte, daß er die inneren Wände der Häuser, die nach dem Schlosse vorwärts und dem Rathause rückwärts liefen, rechtzeitig durchbrechen ließ. Als sich Heintze am 7. Mai den Truppen der Regierung auslieferte, erhielt Born auch tatsächlich den militärischen Oberbefehl, den er mit ebenso großer Geschicklichkeit wie Kaltblütigkeit zu führen wußte.

War die Flucht der Dresdener Bürgerwehr einigermaßen durch den proletarischen Zuzug von Außen ausgeglichen, so beruhten die ferneren Aussichten des Aufstandes darauf, daß sich das Land erhob, um die Hauptstadt zu entsetzen. Das geschah aber nicht, dank vornehmlich der Leipziger Bourgeoisie, die sich weigerte, den Aufstand zu unterstützen. In einer großen Handelsstadt hat das Kaufmannskapital das durchschlagende Wort, und dies Kapital läßt sich auf so aussichtslose und waghalsige Sachen nicht ein, wie der Dresdener Aufstand war. Damit entschied sich die Haltung der Städte, da Leipzig in viel höherem Grade als Dresden den ökonomischen Schwerpunkt des kleinen Königreichs bildete. Der vereinzelte Zuzug vom Lande konnte den Aufstand nicht halten; er reichte kaum hin, die Lücken zu füllen, die übermenschliche Anstrengung in die Reihen der Barrikadenkämpfer riß. Ihre Zahl stieg nicht über 3000 Mann, die nur höchst gemischte Waffen und an Artillerie nicht mehr als ein paar kleine Böller besaßen, während das Ministerium preußische Regimenter zu Hilfe rief und zuletzt über 15000 Mann aller Truppengattungen verfügte. Die besten Büchsen der Aufständischen reichten lange nicht so weit, wie die Spitzkugelgewehre der Soldaten, und ihre Vierpfünder dienten eigentlich nur zum Lärmmachen, während die Barrikaden mit einem wahren Kartätschenregen überschüttet wurden.

Um so bewundernswerter war die Ausdauer, womit der Aufstand sich vier Tage lang hielt, vom Morgen des 5. bis zum Morgen des 9. Mai. Er hätte sich noch einen Tag länger halten können, aber nur auf die Gefahr hin, daß dann die Stadt völlig umschlossen und den Aufständischen jeder geordnete Rückzug abgeschnitten worden wäre. Da alle Aussicht auf Entsatz geschwunden war, so hielt es Born, wie er selbst sagt, für vernünftiger, einige Tausend der tapfersten Freiheitskämpfer den Klauen des Despotismus zu entreißen, als sie nutzlos erwürgen zu lassen. Am Morgen des 9. Mai gaben dreimal drei Schläge vom Kreuzturme das Signal zum allgemeinen Rückzuge nach Freiberg. Born sah richtig ein,

daß die Sache in Sachsen verloren sei, und verlangte den Rückzug ins Gebirge, von wo die Aufständischen sich für den südwestdeutschen Aufstand retten konnten. Trotz seines Widerspruchs ließen sich Bakunin und Heubner zu einem aussichtslosen Zuge nach Chemnitz verleiten, der beide in die Gewalt der Regierung lieferte. Born selbst entkam mit genauer Not den sächsischen Gardereitern und ging über Böhmen nach der Pfalz, wo er durch eine schwere Erkrankung gezwungen wurde, sich in ein Straßburger Spital zu begeben. Andere sächsische Mitkämpfer nahmen tätigen Anteil an dem badisch-pfälzischen Aufstande; sie zeichneten sich durch Arbeitsamkeit in den Bureaus und durch Tapferkeit auf dem Schlachtfelde aus.

Gehörten die militärischen Lorbeeren des Dresdener Kampfes den Unterlegenen, so rächten sich die Sieger dafür durch unmenschliche Grausamkeit. Die sächsische Regierung, an deren Spitze der windige Zwergdiplomat v. Beust stand, hatte den zweideutigen oder vielmehr unzweideutigen Befehl erlassen, daß sie nicht durch zu viele Gefangene belästigt werden wolle, und dem etwa noch mangelnden Verständnis der sächsischen Soldaten halfen die preußischen Vaterlandsretter aus, indem sie wehrlose Gefangene niederstießen oder in die Elbe stürzten. Graf Waldersee, der Befehlshaber der Strafpreußen, gesteht die Tatsache selbst ein und sucht sie nur dadurch zu beschönigen, daß er den sächsischen Proselyten nachredet, sie hätten es noch ärger getrieben, als ihre preußischen Lehrer. Ferner mußten es sich die Dresdener Spießbürger, die während des Kampfes die Soldaten mit Kalbsbraten gefüttert hatten, verdientermaßen gefallen lassen, von ihren Pfleglingen geplündert zu werden, worüber die Presse der Leipziger Bourgeoisie nachträglich ein großes Hallo erhob. Ein minder zweifelhafter Ausdruck sittlicher Entrüstung und ein treffendes Wort dazu war es, wenn selbst Ruge unter dem schauerlichen Eindrucke der von den Rettern der Gesellschaft in dem eroberten Dresden verübten Missetaten meinte, die Gegenrevolution wecke wieder die Bestie im Menschen, nachdem die Revolution den Menschen in der Bestie erweckt habe.

An den Gefangenen, die lebend davon kamen, übte eine ehrlose Justiz ihr Henkeramt aus. Die kindischen Figuren der kleinstaatlichen Diplomatie hatten seit je einen Zug vom Vitzliputzli, und die Gräber auf dem Friedhofe des Zuchthauses in Waldheim werden von Beust noch erzählen, wenn seine diplomatischen Ränke und Schwänke längst ver-

gessen sind. Schmutzige Nahrung, aufreibende Zwangsarbeit, der Mensch eine Nummer in der Sträflingsjacke, jedes gesprochene Wort, jedes Anbieten einer Prise Schnupftabak bei Strafe der körperlichen Züchtigung verboten — das war die Rache des geretteten Gottesgnadentums an den tapferen Maikämpfern. Viele wurden auf diese Weise langsam gemordet, andere überstanden die furchtbare Strafe zehn Jahre, wie Heubner, oder selbst elf Jahre, wie der Kapellmeister August Röckel, der sich gleich anderen namhaften Künstlern, seinem Kollegen Richard Wagner und dem Baumeister Gottfried Semper, an dem Aufstande beteiligt hatte. Bakunin war aus den sächsischen in österreichische und aus diesen wieder in russische Kerker ausgeliefert worden, um dann in die sibirischen Eiswüsten verbannt zu werden.

Wie in Sachsen, so gärte es auch in Schlesien, aber an diesem gefährdeten Punkte war die preußische Regierung seit lange auf ihrer Hut. Ein erster Versuch, in Breslau Barrikaden zu bauen, wurde sofort durch die Verhängung des Belagerungszustandes erstickt, und die ländlichen Bezirke hielten fliegende Kolonnen nach wie vor im Zaum. Noch mehr hatte sich die Regierung in den westlichen Provinzen vorgesehen, und ein vereinzelter Aufstand in den Rheinlanden war von vornherein aussichtslos. Trotzdem kam es hier zu einzelnen gewaltsamen Konflikten.

Es war sogar die Bourgeoisie, die mit den Feindseligkeiten begann. Eine große Anzahl rheinischer Gemeinderäte trat am 8. Mai in Köln zusammen und erklärte sich für die Frankfurter Versammlung in ihrem Streite mit der preußischen Regierung. Sie forderte das „gesamte Volk der Rheinlande" auf, an der Reichsverfassung festzuhalten, verlangte von der Frankfurter Versammlung „kräftigere Maßregeln", um dem Widerstande des Volkes gegen die wohlorganisierte Gegenrevolution die nötige Einheit und Stärke zu geben, erklärte die Einberufung der Landwehr für eine unnötige, den inneren Frieden in hohem Maße gefährdende Maßregel, gab dem Ministerium Brandenburg-Manteuffel ein entschiedenes Mißtrauensvotum und drohte schließlich unverblümt, daß, falls ihr Wille nicht erfüllt würde, „selbst der Bestand Preußens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gefährdet" erscheine. Wären diese Worte so ernsthaft wie großartig gewesen, so hätte aus dem rheinischen Aufstande trotz aller militärischen Übermacht wohl etwas werden können, aber die Macher der Versammlung trieben dieselbe Politik, wie ein halbes Jahr früher die Berliner Steuerverweigerer: sie wollten die

Kleinbürger und Proletarier wohl ins Feuer locken, aber nur soweit, wie es ohne Gefahr für ihre eigene Haut möglich war, die sie denn auch vortrefflich zu salvieren verstanden haben.

Zunächst widersetzten sich die Landwehrleute im bergisch-märkischen Industriebezirk ihrer Einkleidung. Elberfeld und Iserlohn waren die Mittelpunkte dieses Widerstandes, und der Versuch der Regierung, ihn militärisch niederzuschlagen, mißlang vorläufig. Aus Elberfeld wurden die Truppen, ein Bataillon Infanterie, eine Schwadron Ulanen und zwei Geschütze, mit blutigen Köpfen heimgeschickt, und das gegen Iserlohn kommandierte Bataillon wagte überhaupt keinen Angriff auf die verbarrikadierte Stadt. Auf die Nachricht von dem Rückzuge der Truppen aus Elberfeld erhoben sich die Arbeiter in Düsseldorf, doch gar nicht oder schlecht bewaffnet, wie sie waren, erlagen sie nach einem hartnäckigen Barrikadenkampfe der starken Garnison. Glücklicher waren die Solinger Arbeiter, die das Gräfrather Zeughaus erstürmten und sich daraus bewaffneten. In Elberfeld, Iserlohn, Solingen und Hagen wurden die Kreis- und Ortsbehörden lahm gelegt, an ihrer Stelle Sicherheitsausschüsse niedergesetzt.

Das Schicksal dieses Aufstandes hing davon ab, ob das linke Rheinufer dem rechten zu Hilfe kommen könne, und das war unmöglich wegen der erdrückenden Übermacht des Militärs. Wie in Düsseldorf, so mußte jeder Aufstandsversuch in Köln, Koblenz, Aachen, Trier mit dem Siege der Regierung enden und die letzten Chancen des bergisch-märkischen Aufstandes vernichten. Eine revolutionäre Bewegung war links vom Rheine nur in den kleinen Städten und auf dem platten Lande möglich. Hier fehlte sie auch nicht ganz; in Neuß und Kempen brachen Unruhen aus, das Zeughaus in Prüm wurde unter Führung Imandts und Schilys erstürmt, Kinkel und die Bonner Demokraten unternahmen einen Angriff auf das Zeughaus in Siegburg. Aber solche einzelne Vorstöße genügten natürlich nicht, um dem bergisch-märkischen Industriebezirke Luft zu machen. Auf diesem eigentlichen Schauplatze des rheinpreußischen Aufstandes wurde alles verdorben durch den Verrat der Bourgeoisie, die nach dem ersten Schusse entweder floh oder sich in wilder Angst um ihr heiliges Eigentum verzehrte, und durch die Kopflosigkeit des Kleinbürgertums, das sich doch noch lieber von der verräterischen Bourgeoisie umgarnen, als von der proletarischen Revolution vorantreiben ließ. Die zitternden Kleinbürger des Elberfelder Sicherheitsausschusses

dienerten unausgesetzt vor der Bourgeoisie, drängten dagegen Engels, der aus Köln herbeigeeilt war, um den militärischen Widerstand zu organisieren, zum Tore hinaus, indem sie seine Tätigkeit vollauf anerkannten, aber ihn himmelhoch anflehten, die Stadt zu verlassen, da die Bourgeoisie durch seine Anwesenheit im höchsten Grade alarmiert sei und jeden Augenblick fürchte, daß er die rote Republik ausrufen könne. Engels, der von vornherein erklärt hatte, dem politischen Charakter der Bewegung fremd bleiben zu wollen, erwiderte, daß er sich nicht aufdrängen wolle, aber den einmal übernommenen Posten nicht verlassen könne, ohne einen ausdrücklichen Befehl des Sicherheitsausschusses und des Kommandanten, der ihm denn auch von jenem sofort und von diesem nach vielfachem Drängen der bürgerlichen Ängsterlinge erteilt wurde.

Ihre Courage wurde übrigens keineswegs durch die Courage der preußischen Generale übertroffen. Um vier offene Städte zu überrennen, bildeten diese vorsichtigen Feldherren ein vollständiges Heer von 20000 Mann und ließen es hinter der Ruhr eine regelrechte strategische Aufstellung nehmen. Inzwischen erkannten die bewaffneten Revolutionäre Elberfelds, daß die bürgerliche Klasse nur darauf warte, sie an die Gegenrevolution zu verraten, und schlugen sich nach der aufständischen Pfalz durch, unter einer fortwährenden Hetzjagd, die aufgestachelte Bauern und preußische Ulanen auf sie machten. Die aufatmende Bourgeoisie ließ schleunigst die Barrikaden abtragen und dafür den herannahenden Truppen Ehrenpforten erbauen. Ebenso wurden Hagen und Solingen durch die Bourgeoisie den Truppen in die Hände gespielt, und nur Iserlohn mußte in zweistündigem Kampf erobert werden.

Nun gewann die Regierung auch endlich den Mut zu einem vernichtenden Schlage gegen die Neue Rheinische Zeitung. Das Blatt zählte 6000 Abonnenten, mehr als es vor seiner Unterdrückung im September gehabt hatte; es war eine revolutionäre Macht geworden, und je näher die letzte Stunde der Entscheidung heranrückte, um so hageldichter fielen seine Streiche auf die Gegenrevolution. Damals stellte ihm die Kreuzzeitung das ehrenvolle Zeugnis aus, daß gegen seine Chimborassofrechheit der Moniteur von 1793 matt erscheine. Zu einer gleichen Kühnheit vermochten sich die Helden des Staatsstreichs nicht aufzuraffen; sie nahmen ihre Zuflucht zu der polizeilichen Finte, Marx als angeblichen Ausländer aus Preußen auszuweisen. Den übrigen

Redakteuren stand, wie die Polizei erklärte, entweder auch die Ausweisung oder, wo diese nicht möglich war, die Verhaftung bevor. Ein paar Dutzend Prozesse waren gegen sie anhängig. So mußte die Neue Rheinische Zeitung am 19. Mai 1849 aufhören zu erscheinen.

In ihrer rotgedruckten Abschiedsnummer warnte sie die Kölner Arbeiter vor jedem Putsch in Köln. „Nach der militärischen Lage Kölns wäret ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und sie hinterher aufs niederträchtigste verrät. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisieren, und der Belagerungszustand wäre die notwendige Folge jeder Erhebung von eurer Seite in diesem Augenblick. Die Preußen werden an eurer Ruhe verzweifeln. Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken euch beim Abschied für die ihnen erwiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse!" Mit zermalmenden Worten brandmarkte Marx die an ihm verübte Gewalttat: „Wozu eure heuchlerischen, nach einem unmöglichen Vorwande haschenden Phrasen? Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von euch. Wenn die Reihe an uns kömmt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes und Rechts Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie verstockt, feig, doppelzüngig, in beiden Beziehungen ehrlos. Der preußische Regierungswisch ist albern genug, von einem durch Karl Marx ‚schmählich verletzten Gastrecht' zu sprechen. Das Gastrecht, welches die frechen Eindringlinge, die Vorderrussen (Borussen) uns Rheinländern auf unserem eigenen Grund und Boden oktroyiert haben, ist allerdings ‚schmählich' durch die Neue Rheinische Zeitung verletzt worden. Wir glauben uns dadurch den Dank der Rheinprovinz verdient zu haben. Wir haben die revolutionäre Ehre unseres heimischen Bodens gerettet." Und Freiligrath sang der gemeuchelten Vorkämpferin des Proletariats das unvergessene Abschiedslied:

Kein offner Hieb in offner Schlacht —
Es fällen die Nücken und Tücken,
Es fällt mich die schleichende Niedertracht
Der schmutzigen Westkalmücken!
Aus dem Dunkel flog der tötende Schaft,
Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche —
Und so lieg' ich nun da in meiner Kraft,
Eine stolze Rebellenleiche!

Von den Redakteuren der Neuen Rheinischen Zeitung begab sich Marx nach Paris, wo damals noch die Entscheidung bevorstand, die am 13. Juni zu ungunsten der sozialistisch-demokratischen Partei fiel. Wolff ging in die Frankfurter Versammlung, die er vergebens zu einer energischen Haltung aufzustacheln bemüht war. Engels ergriff die Muskete und beteiligte sich an dem badisch-pfälzischen Aufstande, als Adjutant Willichs, in dessen Freikorps die Revolutionskämpfer eingetreten waren, die sich aus den rheinpreußischen Aufständen durchgeschlagen hatten.

Der badisch-pfälzische Aufstand unterschied sich von den rheinischen und sächsischen Kämpfen dadurch, daß hier das Kleinbürgertum unter sich war. Die Entscheidung über die norddeutsche Revolution war tatsächlich schon in der preußischen Novemberkrisis gefallen. Nachdem sich die preußische Bourgeoisie unter das Joch der Gegenrevolution gespannt und das norddeutsche Kleinbürgertum diese selbstmörderische Politik mitgemacht hatte, war eine siegreiche Revolution in dem preußischen Machtbereiche vorläufig unmöglich. Darüber mußte der Verlauf der Aufstände in Dresden und dem bergisch-märkischen Industriebezirke alle Zweifel zerstreuen. Anders im südlichen und namentlich südwestlichen Deutschland, wo der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat erst in schwachen Ansätzen bestand.

In Baden war nahezu die ganze Bevölkerung einig in ihrem Hasse gegen eine achselträgerische und wortbrüchige Regierung. Sie ließ sich nicht einmal beschwichtigen, als der Großherzog sich zur Anerkennung der Reichsverfassung bequemte. Das von junkerlichen Offizieren mißhandelte Heer stellte sich an die Spitze der revolutionären Bewegung und verhalf ihr zum siegreichen Durchbruche. Nicht ganz so einmütig war die benachbarte Rheinpfalz, wo es einzelne reaktionäre Bezirke gab. Aber auch sie hatte sich das bairische Joch vom Nacken geschüttelt, und auch hier war ein Teil des Militärs zum Volke übergegangen. Mit Ausnahme der altbairischen Truppen gärte es in allen süddeutschen Heeren, und die Bevölkerungen von Württemberg, Hessen, Nassau, Franken warteten nur auf ein allgemeines Signal der Empörung. Stieß das badische Heer gegen Frankfurt vor und brachte es die deutsche Nationalversammlung unter seinen terrorisierenden Einfluß, so war das ganze südwestliche Deutschland ein Kriegslager der Revolution, und dann mochte selbst ein großer Erfolg in den Rheinlanden noch keineswegs ausgeschlossen sein.

Alle diese Aussichten und Möglichkeiten wurden durch den kleinbürgerlichen Landesausschuß vernichtet, der in Karlsruhe als revolutionäre Behörde herrschte, besonders durch den Advokaten Brentano, ein Mitglied der Frankfurter Linken, das in diesem Landesausschusse die leitende Rolle spielte. Er sträubte sich hartnäckig, Maßregeln zu ergreifen, welche das Ländchen in Kämpfe werfen konnten, die weit über seinen kleinbürgerlichen Horizont hinausgingen. Die Brentanos in Karlsruhe weigerten sich ebenso, nach Frankfurt zu marschieren, wie die Vogts in Frankfurt sich weigerten, die Leitung des südwestdeutschen Aufstandes zu übernehmen. Brentano hätte sich gern durch die revolutionäre Bewegung zum Minister des Großherzogs machen lassen, aber es ging ihm schon sehr gegen den Strich, daß er sich auf dem Stuhle seines flüchtigen Fürsten niederlassen sollte. Alles was er tat, geschah im schielenden Hinblick darauf, wie er es nach der Rückkehr seines legitimen Landesherrn verantworten könnte, und so tat er alles, was in seiner nahezu unbeschränkten Macht stand, um die badisch-pfälzische Revolution in Grund und Boden zu verfahren. Ein Versuch kräftigerer Elemente, ihm eine revolutionäre Politik aufzuzwingen, scheiterte an seiner schier grenzenlosen Volkstümlichkeit. Freilich schlug diese Volkstümlichkeit in ebenso große Verachtung um, als Brentano vor den einrückenden Preußen floh und das badische Kleinbürgertum in den Händen rachsüchtiger Feinde ließ. Aber die eine Empfindung war so ungerecht oder auch, je nachdem man es nehmen will, so gerecht wie die andere: eben dieselbe kleinbürgerliche Pfiffigkeit, die Brentano zum Lieblinge der badischen Spießbürger machte, verriet die badische Revolution.

Sobald es entschieden war, daß sie ein bloßer Lokalaufstand bleiben sollte, war der beste Teil ihrer Bedeutung dahin. Aber auch in dieser Beschränkung tat Brentano nichts, sie zu retten. Die Abgesandten der Pfalz, die ihn um Geld, Geschütze, Gewehre anflehten, hielt er mit leeren Reden hin. Er wagte nicht einmal, die feudalen Lasten aufzuheben, unter denen die badischen Bauern noch seufzten. Ebensowenig tat er etwas für die Organisation der militärischen Streitkräfte, zu der ihm von Mitte Mai bis Mitte Juni reichliche Zeit gelassen war. Außer 21000 Mann Linientruppen, die in Baden und in der Pfalz übergegangen waren, konnte der Aufstand über 8 bis 10000 Mann Volkswehren und 13 bis 15000 Bürgerwehren verfügen. Diese ganz respektablen Kräfte verbummelten in einem gemütlichen Kneipenleben.

Leutnant Sigel, der anfängliche Oberbefehlshaber des badischen Heeres zeichnete sich durch Eifer und Mut aus, ohne bei seiner großen Jugend die nötige Autorität zu gewinnen. Andere Offiziere, denen das Kriegsministerium anvertraut wurde, leisteten nichts oder waren nicht einmal zuverlässig.

Erst in höchster Not ließ Brentano bewegen, den Oberbefehl über das badisch-pfälzische Heer an den Polen Mieroslawski zu übertragen, der sich seiner Aufgabe mit großem Eifer und Geschick annahm, aber unwiederbringliche Versäumnisse nicht wieder einbringen konnte. In seinem Tagesbefehle vom 13. Juni gab er die Stärke der badischen Rhein- und Neckararmee auf 20000 Mann an, von denen nur zwei Drittel zum Kampfe verwandt werden könnten, und höchstens die Hälfte eine geregelte Schlacht zu liefern imstande sei. Dazu kam die pfälzische Streitmacht, die in ihrer Blütezeit 5 bis 6000 Gewehre und 1000 bis 1500 Sensen musterte. Sie bestand bunt gemischt aus Linie und Volkswehr, und ihr fehlte so ziemlich jede Disziplin. Schlagfertig waren fast nur Willichs Schar, die 7 bis 800 Köpfe zählte, und das rheinhessische Freikorps, dessen treffliche Mannschaften leider in Zitz und Ludwig Bamberger zwei im Fliehen ebenso geübte, wie im Kämpfen ungeübte Führer besaßen.

Überhaupt ließ, auch abgesehen von Brentano und seinem Landesausschusse, die militärische und politische Führung außerordentlich zu wünschen übrig. Die polnischen Offiziere, die sich dem Aufstande zur Verfügung stellten, taugten meist nicht viel, da die besten Kräfte der polnischen Emigration auf dem ungarischen Kriegsschauplatze tätig waren. Der General Sznayde, der das pfälzische Heer befehligen sollte, enthüllte sich als ein unfähiger Schlemmer. Doch besaß er einen tüchtigen Generalstabschef in Techow, der wegen seiner Beteiligung an dem Berliner Zeughaussturme zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt und glücklich aus den Kasematten von Magdeburg entkommen war. Neben Techow tat sich der ehemals preußische Leutnant Willich als geschickter und kühner Parteigänger hervor. Andere Offiziere bewährten sich besser oder schlechter, allzu oft auch gar nicht; mehr als sie alle zeichnete sich Johann Philipp Becker aus, dem Mieroslawski den Befehl über die badischen Volkswehren anvertraut hatte. Becker hatte sich seit den Tagen von Hambach immer revolutionärer entwickelt und in der hanebüchenen Schule der schweizer Miliz seine Organisationskunst, Strategie und Taktik gelernt.

In der bürgerlichen Verwaltung entwickelte sich eine gewaltige Stellenjägerei, die sich als „Konzentrierung aller demokratischen Kräfte Deutschlands“ großartig genug drapierte. Wie Brentano und Zitz, so blamierte Arnold Ruge die Frankfurter Linke, indem er beharrlich, obgleich vergeblich, nach dem Pöstchen des badischen Gesandten in Paris angelte. Einige andere Parlamentarier zeigten allerdings, daß sie des ewigen Schwatzens müde geworden und besserer Leistungen fähig waren. In der Pfalz war d'Ester die Seele alles dessen, was an praktischer Organisation geleistet wurde, in Mannheim fungierte Trützschler als Zivilkommissar, im badischen Heere der alte Schlöffel als rühriger Kriegskommissar, während sein Sohn in Reih und Glied kämpfte. Leider hatten die tüchtigen „Ausländer“ und „Norddeutschen“ unter der Eifersucht des badischen und pfälzischen Kantönligeistes zu leiden.

Gegen diesen innerlich zerfahrenen Aufstand wälzten sich nun unter dem Oberbefehle des Prinzen von Preußen ungeheure Heeresmassen heran. Es wäre ein Kinderspiel gewesen, die badisch-pfälzische Revolution durch einen raschen Vorstoß zu erdrücken, aber die Gegenrevolution zog es vor, ein sehr vorsichtigs Spiel zu spielen, und sie hatte ihre guten Gründe dazu in der unsicheren Stimmung der süddeutschen Truppen und der rheinischen Landwehren. Die beiden preußischen Korps Gröben und Hirschfeld, das Bundeskorps Peucker, das aus klein- und mittelstaatlichen Kontingenten zusammengesetzt war, ein bayerisches Reservekorps Thurn und Taxis, ganz ungerechnet zwei Observationskorps, die Württemberg in Heilbronn und Österreich in Vorarlberg aufstellten, umklammerten den Herd des südwestdeutschen Aufstandes. Schon die drei Korps Gröben, Hirschfeld und Peucker stellten eine erdrückende Übermacht von sechzigtausend Mann scharf gedrillter und reichlich ausgerüsteter Truppen den paar Zehntausend von mangelhaft bewaffneten und geübten, oft auch mangelhaft geführten Rebellen gegenüber.

Die aufständischen Truppen bewiesen im Kampfe durch Beispiele tragikomischer Panik, daß ihnen die militärische Disziplin fehlte, aber auch durch Beispiele unvergleichlichen Heldenmuts, daß trotz alledem revolutionärer Geist in ihnen lebte. Die Kommunisten und Proletarier, die in ihren Reihen kämpften, bewährten sich immer als die tapfersten Soldaten. In dem entscheidenden Treffen bei Waghäusel, das die Aufständischen mit allen Ehren verloren, fiel der junge Schlöffel an der Spitze seines Bataillons. Den beschwerlichen Rückzug von Heidel-

berg auf Karlsruhe und Rastatt mitten durchs Gebirg deckte Becker mit seinen ungeschulten Volkswehren so geschickt und erfolgreich, daß selbst die preußische Militärpresse dieser militärischen Leistung ihre Anerkennung spendeten. Unter den Mauern von Rastatt fanden sich noch 13000 Mann als letzte Reste des badischen und pfälzischen Heeres zusammen, und sie hielten sich in zweitägigen Kämpfen an der Murg so tapfer, daß die sechsmal stärkeren Feinde sie nur durch eine Umgehung über das neutrale württembergische Gebiet hinweg aufrollen konnten. Hier fiel Moll durch einen Schuß in den Kopf. Aus London, wohin er sich nach dem Kölner Septemberkrawall geflüchtet hatte, war er schon im Winter nach Deutschland zurückgekehrt, um von neuem im Proletariat zu agitieren. Wie immer, zeigte er sich auch im badisch-pfälzischen Aufstande bereit, die gefährlichsten Aufgaben zu übernehmen; vor dem Ausbruche des Kampfes hatte er mitten in dem preußischen Heere Fahrkanoniere für die plälzische Artillerie geworben. Nach dem Verluste der Murglinie blieb den Trümmern des Revolutionsheeres nur noch die Flucht in die Schweiz.

Die Gegenrevolution hatte gesiegt, aber Lorbeeren hatte sie nicht geerntet. Dafür erfrischte sie sich in ihrem alten Geschäfte des Mordens. Wie in Dresden, so waren auch nach den einzelnen Gefechten in Baden und in der Pfalz wehrlose Gefangene von den Soldaten füsiliert worden. Nach der Niederwerfung des gesamten Aufstandes wurden jetzt Kriegsgerichte in Mannheim, Rastatt und Freiburg niedergesetzt. Sie verstanden ihre barbarische Aufgabe nicht völlig, und verurteilten die vor sie geschleppten Revolutionskämpfer nicht zum Tode, sondern zu schweren Zuchthausstrafen. Da kam aus dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen der Befehl, neue Kriegsgerichte einzusetzen, die dann auch wirklich die Zivilisation der preußischen Gegenrevolution richtiger abzuschätzen wußten. Sie verurteilten 28 Revolutionäre zum Tode, Männer darunter, die wie Trützschler und der Schullehrer Höfer, gar nicht am Kampfe teilgenommen hatten. Alle Verurteilten starben wie Helden, herrlich bezeugend den Adel der menschlichen Natur, den der Prinz von Preußen auf seiner Flucht nach dem 18. März so gänzlich zu verleugnen gewußt hatte. 68 andere Freiheitskämpfer wanderten durch den Spruch der Kriegsgerichte auf zehn Jahre in Zuchthaus. Der Dichter Gottfried Kinkel, der neben Moll als Gemeiner des Willichschen Freikorps in den Kämpfen an der Murg verwundet und

gefangen worden war, wurde vom Könige von Preußen zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt", nachdem das Kriegsgericht auf lebenslängliche Festungsstrafe erkannt hatte. Das gehörte so zu den jottvollen Witzen, zu denen der romantische König durch den „Aufblick nach oben" begeistert wurde. Ungezählt sind die Opfer, die heimlich in den Kasematten von Rastatt durch Hunger, Mißhandlung, durch den in feuchten, erstickenden Löchern gezüchteten Typhus hingeschlachtet wurden.

In der süddeutschen Bevölkerung blieb hinfort der Name des „Kartätschenprinzen" lebendig, wie im Westen Englands der Name Jeffreys nach den Blutigen Assisen.

---

3. Die deutsche Emigration.

In der Mitte des Jahres 1849 hatte die deutsche Revolution ihr Ende erreicht, und der weiße Schrecken herrschte von Mannheim bis Memel. Er ließ seine Opfer unter den Kugeln des Standrechts verbluten oder folterte sie in Kerkern und Zuchthäusern. Wie vor 1848, war eine revolutionäre Propaganda innerhalb Deutschlands nur als geheime Organisation möglich, und öffentlich war sie nicht anders möglich als vom Auslande her.

Soweit sie möglich war, durfte sie noch keineswegs als ganz aussichtslos gelten. In Frankreich waren noch immer nicht die entscheidenden Würfel gefallen, und somit war das Schicksal der europäischen Revolution immer noch nicht endgültig besiegelt. Es ist begreiflich, daß die deutschen Flüchtlinge, die sich in England und namentlich in der Schweiz zu vielen Tausenden gesammelt hatten, auf ein baldiges Wiedererwachen der Revolution in ihrem Vaterlande hofften und eifrig daran arbeiteten. Die in jedem Betracht trostlose Lage, worin sie sich befanden, mußten ihre Anstrengungen um so verzweifelter machen, aber freilich auch ihren politischen Blick umsomehr trüben, je tiefer die Aussichten der Revolution sanken. Dazu kam, daß die deutsche Flüchtlingschaft eine sehr verworrene Masse darstellte. Die heftige Gewaltsamkeit der Gegenrevolution hatte selbst die harmlosesten Rebeller vertrieben; innerhalb der deutschen Emigration waren von den zaghaftesten Parlamentlern bis zu den entschlossensten Kommunisten alle denkbaren Schattierungen der Opposition vertreten.

Jeder Anlauf, diese Masse zu einer einheitlichen Aktion zusammenzufassen, war von vornherein aussichtslos oder verlief, wo er dennoch versucht wurde, in den leeren Lärm pomphafter Aufrufe und beim ersten Schritte des Handelns in die unerbaulichsten Zänkereien. Die Klassenkämpfe, die den Gang der Revolution bestimmt hatten, ließen sich in der Emigration nicht wegphantasieren, sondern mußten auch in ihr durchgekämpft werden. In den Illussionen, die das Flüchtlingselend unaufhörlich erzeugte, um sie unaufhörlich zu vernichten, nahmen sie oft genug eine Form an, die der Gegenrevolution mehr Trost als Sorge einflößen durfte, wenn nur nicht der siegreiche Absolutismus und Feudalismus die „Riesenschatten seiner eigenen Schrecken im hohlen Spiegel der Gewissensangst“ gesehen hätte.

Er fuhr fort, die Flüchtlinge zu drangsalieren, und in der Schweiz hatte er auch vollen Erfolg. Wie jedesmal vorher und nachher in den Kämpfen dieses Jahrhunderts, versagte das schweizerische Asylrecht in dem Augenblick, wo es seine Kraft beweisen sollte. Die Schweiz befand sich, wie Marx zu sagen pflegte, in der schlimmen Lage eines kleinen Landes, das eine große Geschichte gehabt hat. Ihre politischen Mittel reichten nicht hin, ihre historischen Ansprüche zu erfüllen. Die europäische Reaktion gestattete ihr die demokratische Entwicklung im Innern nur unter der Bedingung, daß sie ihr Asylrecht unter die Kontrolle der jeweilig interessierten Großmacht stellte. Im Jahre 1849 fand dies Verhältnis einen besonders bezeichnenden Ausdruck darin, daß der radikale Druey, der inzwischen zum Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements avanciert war, den Bütteldienst der Heiligen Allianz versehen mußte. Der Freund Weitlings trieb die kommunistischen Arbeiter aus der Schweiz. Er mußte sich von den Genfer Flüchtlingen sagen lassen: „So verhülle sich das eidgenössische Kreuz vor dem türkischen Halbmond, der, wenn der Flüchtlingshäscher an seine Pforte klopft, die Hörner zeigt und nicht zu Kreuze kriecht.“ Druey wand sich ohnmächtig unter eisernem Griffe, indem er stöhnte, daß es in der Politik keine Gerechtigkeit gebe, und den Flüchtlingen, die er vertrieb, aus seiner Tasche Reise- und Zehrpfennige zusteckte.

An der Nichtsnutzigkeit der schweizerischen Flüchtlingshetze wurde dadurch nichts Wesentliches geändert. Binnen Jahr und Tag räumte die Schweiz so ziemlich mit den 11000 deutschen Flüchtlingen auf, die auf ihrem Boden sich niedergelassen hatten. Die große Mehrzahl

wurde gezwungen, nach Amerika auszuwandern, und eben dies wünschten ihre fürstlichen Bedränger. Wie üblich gesellte sich zur Roheit noch die Verleumdung. Die schweizerischen Radikalen redeten den vertriebenen Flüchtlingen revolutionäre Ideen jenseits der Grenzen aller Vernunft nach oder verdächtigten sie als Spitzel. Sie fanden dabei willige Helfershelfer an deutschen Parlamentlern vom Schlage Karl Vogts, die sich ihr Asyl gern erkauften durch gehässige Beschimpfungen ihrer ehrlicheren und tatkräftigeren Exilsgenossen.

Die gröbste Probe dieses Intrigenspiels war das polizeiliche Spektakelstück, das im Februar 1850 mit dem sogenannten „Revolutionstage in Murten" aufgeführt wurde. Die revolutionären Proletarier unter den deutschen Flüchtlingen hatten Arbeitervereine gestiftet oder die hier und da noch vorhandenen Trümmer deutscher Arbeitervereine aus den Tagen der jungdeutschen und kommunistischen Agitation von neuem ausgebaut. Es gab 24 solcher Arbeitervereine in Genf, Lausanne, Bern, Zürich, Basel, Winterthur und anderen Orten; die Zahl ihrer Mitglieder schwankte, im Mindestfalle betrug sie 6, im Höchstfalle 112. Es lag nahe, daß sie unter sich in engere Verbindung traten, und dieser Plan wurde besonders eifrig betrieben von Wilhelm Liebknecht, der an der Spitze des Genfer Arbeitervereins stand.

Wilhelm Liebknecht zählte damals 24 Jahre. Abkömmling einer alten hessischen Beamten- und Gelehrtenfamilie, machte er das Gymnasium sehr schnell und mit großer Auszeichnung durch, um dann auf der Universität zu erkennen, daß er weder zum deutschen Beamten noch zum deutschen Gelehrten tauge. Im Jahre 1847 wollte er eben nach Amerika auswandern, als ihn die zufällige Begegnung mit einem schweizerischen Lehrer bestimmte, seine Schritte nach der republikanischen Schweiz zu lenken und die Entladung der elektrischen Atmosphäre abzuwarten, die damals über Europa brütete. Das Gewitter der Februarrevolution rief ihn nach Paris, und nur eine schwere Erkrankung hinderte ihn, an Herweghs Zuge teilzunehmen. Er ging dann wieder nach der Schweiz und beteiligte sich an Struves Septemberputsch in Baden. Gefangen genommen, saß er in badischen Gefängnissen, bis ihn die Mairevolution befreite. Er trat als Kanonier in die Volkswehr ein, die Johann Philipp Becker befehligte, und befand sich unter den revolutionären Elementen, die Brentanos Rückgrat zu steifen suchten. Brentano ließ ihn dafür in die Kasematten von Rastatt werfen. Abermals

befreit, machte Liebknecht die Reichsverfassungskampagne mit. Als Flüchtling in Genf bemühte er sich, die deutschen Arbeitervereine zu einer kräftigen Organisation zusammenzufassen und auf ein sozialistisches Programm zu einigen. Schon als Gymnasiast hatte Liebknecht die Schriften Saint-Simons verschlungen, und die praktischen Erfahrungen der Revolution reiften schnell sein Verständnis für die Klassenkämpfe der bürgerlichen Gesellschaft.

Seine Bemühungen um die straffere Organisation der deutschen Arbeitervereine gingen ganz öffentlich vor sich, und ein öffentliches Sendschreiben lud diese Vereine ein, einen Kongreß zu beschicken, der am 20. Februar 1850 in Murten stattfinden sollte. Aber als sich die Vertreter von 16 Vereinen zu dem Kongreß einfanden, wurden sie von den schweizerischen Behörden verhaftet unter der erfundenen Beschuldigung, einen bewaffneten Einfall nach Baden zu planen. Dann wurde eine weitläufige Untersuchung eingeleitet, deren amtliches „Gesamtresultat" die Gründe wie die Zwecke des ganzen Lärms hinlänglich aufklärte. Es wurde darin erstens als „vollständig erwiesen" festgestellt, daß sich die deutschen Arbeiter in der Schweiz für eine neue Revolution, die nicht nur die Throne, sondern auch die sozialen Einrichtungen zunächst Deutschlands vernichten solle, organisiert hätten. Zweitens wurde gesagt, es sei „historisch unwahr und darum ungerecht, die Schweiz als den Herd der deutschen Revolution zu bezeichnen", denn die revolutionäre Propaganda werde nach Ausweis der Untersuchung hauptsächlich von Ausländern und Fremden betrieben. Drittens aber wurde verkündet, daß die Arbeitervereine in enger Verbindung mit den Flüchtlingen gestanden hätten, und diese Erscheinung werde hoffentlich alle diejenigen beruhigen, die in der Ausweisung der Flüchtlingschefs ein Unrecht sähen. Indem der schweizerische Bundesrat sich zum Werkzeug der Heiligen Allianz machte, wusch er seine Hände in Unschuld, sowohl vor denen, die ihm die Förderung, als auch vor denen, die ihm die Verfolgung der revolutionären Propaganda zum Vorwurfe machten. Im übrigen wies er auf Grund dieser geistvollen und unparteiischen Untersuchung die Mitglieder der 16 Arbeitervereine, deren Vertreter nach Murten gekommen waren, „mit Ausnahme der allfälligen schweizerischen Angehörigen", im ganzen 296 deutsche Arbeiter aus und übermittelte ihre Namen auf diplomatischem Wege den deutschen Regierungen, während er den Rest der deutschen Arbeitervereine „einstweilen nur unter polizeiliche Aufsicht" stellte.

Mit den Arbeitervereinen in der Schweiz wurde die einzige Organisation unter den deutschen Flüchtlingen zerstört, die auf eine dauernde Wirksamkeit hätte rechnen können. Andere Organisationen erwiesen sich als sehr vergängliche Erscheinungen, eben weil sie sich aus den buntscheckigsten Elementen zusammensetzten. Die einzige, etwa noch nennenswerte von ihnen war die Revolutionäre Zentralisation, in der sich, von einzelnen Mitgliedern des Kommunistenbundes bis zu den harmlosen Schoppenstechern der süddeutschen Demokratie, die verschiedensten Tendenzen mischten. Sie war ein Generalstab ohne Soldaten, und ihren Kern scheinen in der Tat die militärischen Führer des badisch-pfälzischen Aufstandes, Johann Philipp Becker, Sigel, Techow und andere gebildet zu haben. Sie sandte zwei Emissäre nach Deutschland, den Studiosus Schurz, der mit der Kunde zurückkehrte, daß er alle brauchbaren Kräfte bereits in den Händen des Kommunistenbundes gefunden habe, und den Schleswiger Bruhn, einen alten Revolutionär aus den dreißiger Jahren, der schon dem Bunde der Geächteten und dann dem Bunde der Kommunisten angehört hatte, nunmehr aber diesem Bunde zu gunsten der Revolutionären Zentralisation einzelne Gemeinden und Mitglieder abspenstig zu machen suchte. Er wurde deshalb vom Bunde der Kommunisten ausgestoßen, der ein ihm im Jahre 1850 von der Revolutionären Zentralisation angebotenes Kartell aus prinzipiellen Gründen ablehnte. Als Techow einen Monat später nach London kam, um nochmals mit Marx und Engels zu verhandeln, war die Revolutionäre Zentralisation schon aufgelöst.

Der einzige ernsthafte Versuch, die deutsche Emigration als eine wirksame Kraft in die deutschen Geschicke eingreifen zu lassen, ging von Marx, Engels und ihren näheren Freunden aus. Marx war nach dem Scheitern des 13. Juni von der französischen Regierung vor die Wahl gestellt worden, sich in die Bretagne zurückzuziehen oder Frankreich zu verlassen. Er siedelte nach London über, wo ihn die drückendsten Sorgen des Exils erwarteten. Aber sie konnten so wenig, wie die furchtbaren Enttäuschungen der historischen Entwicklung, das Gleichgewicht dieses mächtigen Geistes erschüttern. In der Revue der Neuen Rheinischen Zeitung, einer Monatsschrift, die Marx seit dem Januar 1850 herausgab, ging er sofort an die kritische Analyse der Revolution, die er eben kämpfend durchlebt hatte. Sein treuer Gehilfe dabei war Engels, der alsbald auch von der Schweiz nach London gekommen war.

Die ersten drei Hefte der Revue sind fast ausschließlich gefüllt mit den Darstellungen, die Marx von der französischen Revolution und Engels von der deutschen Reichsverfassungskampagne gab. Sie räumten darin gründlich mit allen Illusionen auf, ohne jemals in unfruchtbaren Pessimismus oder wohlfeil weises Absprechen zu verfallen. So kräftig sie allen blauen Dunst zerstreuten, der die Ursachen des revolutionären Niedergangs verhüllte, so sorgsam achteten sie auf jeden Funken, woran sich das revolutionäre Feuer wieder entzünden konnte. Sie glaubten noch nicht daran, daß der Revolutionssturm sich erschöpft habe.

In diesen Aufsätzen machten Marx und Engels die ersten Versuche, umfassende Abschnitte der Zeitgeschichte an der Hand des historischen Materialismus auf ihre inneren Zusammenhänge zu untersuchen. Sie deckten die Klassenkämpfe, über die sich die demokratische wie die reaktionäre Kannegießerei mit allgemeinen Schlagworten hinwegsetzte, in ihrer nackten Schroffheit auf. Engels wies an dem gesellschaftlichen und politischen Entwicklungsgrade Deutschlands nach, weshalb die Reichsverfassungskampagne gescheitert war und weshalb sie scheitern mußte. In seiner rückhaltlosen Kritik scheute er nicht vor den schärfsten Worten zurück, aber über den komischen Auswüchsen der deutschen Revolution vergaß er nicht ihren tragischen Ernst. Er schloß mit den Sätzen: „Das badische Volk hat die besten kriegerischen Elemente in sich; in der Insurrektion wurden diese Elemente von vornherein so verdorben und vernachlässigt, daß die Misere daraus entstand, die wir geschildert haben. Die ganze ‚Revolution' löste sich in eine wahre Komödie auf, und es war nur der Trost dabei, daß der sechsmal stärkere Gegner noch sechsmal weniger Mut hatte. Aber diese Komödie hat ein tragisches Ende genommen, dank dem Blutdurst der Kontrerevolution. Dieselben Krieger, die auf dem Marsch oder dem Schlachtfelde mehr als einmal von panischem Schrecken ergriffen wurden, sie sind in den Gräben von Rastatt gestorben wie die Helden. Kein einziger hat gebettelt, kein einziger hat gezittert. Das deutsche Volk hat die Füsilladen und Kasematten von Rastatt nicht vergessen; es wird die großen Herren nicht vergessen, die diese Infamien befohlen haben, aber auch nicht die Verräter, die sie durch ihre Feigheit verschuldeten: die Brentanos von Karlsruhe und von Frankfurt." Das deutsche Volk oder mindestens die bürgerliche Klasse, die sich so gern als „das deutsche Volk" aufspielt, kann sich gewiß nicht beklagen, daß Engels ihr zu viel getan

hat. Sie hat die „Brentanos von Karlsruhe und Frankfurt" aber- und abermals auf den Schild gehoben, und sie hat sich die „großen Herren" vergötzt, welche die tapferen Vorkämpfer ihrer Emanzipation niederknallen ließen.

Einen noch ungleich verwickelteren historischen Stoff behandelte Marx in der französischen Revolution. Sie erschien dem ideologischen Politiker als ein unlösliches Wirrwarr und mußte ihm auch so erscheinen; nahm man die Aufschriften der Dinge für die Dinge selbst, so blieb nichts übrig als ein völliges Rätsel. Marx klärte das Bild dieser wirren Klassenkämpfe, indem er sie von ihrem inneren Springpunkte her beleuchtete, von den ökonomischen Gegensätzen her, die in ihnen aufeinanderstießen. Wie oft gelingt es ihm in diesen Aufsätzen, die verworrensten Tagesfragen mit ein paar epigrammatischen Sätzen zu schlichten! Was hatten die erleuchtetsten Köpfe der französischen Bourgeoisie und selbst doktrinäre Sozialisten in der Pariser Nationalversammlung tagelang über das Recht auf Arbeit zusammengeredet, und wie völlig schöpfte Marx den historischen Sinn wie Unsinn dies Schlagworts in den wenigen Sätzen aus: „In dem ersten Konstitutionsentwurfe, verfaßt vor den Junitagen, befand sich noch das Recht auf Arbeit, erste unbeholfene Formel, worin sich die revolutionären Ansprüche des Proletariats zusammenfassen. Es wurde verwandelt in das Recht auf öffentliche Unterstützung, und welcher moderne Staat ernährt nicht in der einen oder anderen Form seine Paupers? Das Recht auf Arbeit ist im bürgerlichen Sinne ein Widersinn, ein elender frommer Wunsch, aber hinter dem Recht auf Arbeit steht die Gewalt über das Kapital, hinter der Gewalt über das Kapital die Aneignung der Produktionsmittel, ihre Unterwerfung unter die assoziierte Arbeiterklasse, also die Aufhebung der Lohnarbeit, des Kapitals und ihres Wechselverhältnisses." Unbekümmert um diese klassische Erläuterung, wiederholte die deutsche Gelehrsamkeit ein Menschenalter später, als Bismarck das kapitalistische Recht auf Armenunterstützung aus demagogischen Gründen in ein sozialistisches Recht auf Arbeit umzudrehen versuchte, noch einmal die ganze Konfusion der französischen Nationalversammlung von 1848. Dieselbe Gelehrsamkeit, die gleichzeitig ein lärmendes Hallo über die Hohlheit der materialistischen Geschichtsauffassung anstimmte, weil Marx im Frühjahr 1850 aus sehr triftigen Gründen, gegenüber den proletarisch-sozialistischen Wahlsiegen in Paris und dem von der Bourgeoisie gegen das all-

gemeine Wahlrecht geplanten Attentat, ein nochmaliges Aufflammen der französischen Revolution erwartete.

Gleichzeitig mit der literarischen nahmen Marx und Engels die praktische Propaganda wieder auf. Sie stifteten ein Flüchtlingskomitee und reorganisierten den Bund der Kommunisten, dessen alte Mitglieder sich fast alle wieder in London zusammengefunden hatten. Außer Moll fehlte nur noch Wilhelm Wolff, der in der Schweiz lebte und erst im Jahre 1851 nach London kam. Diese Lücken wurden ergänzt durch neue Kräfte, durch Willich, durch Liebknecht, durch Konrad Schramm, von dem Marx schreibt: „Seine ungestüme tatenkühne Feuernatur, die sich nie durch Alltagsinteressen binden ließ, war durchtränkt mit kritischem Verstand, origineller Denkkraft, ironischem Humor und naiver Gemütlichkeit; er war der Percy Heißsporn unserer Partei." Mit der revolutionärsten Richtung des Chartismus, der französischen Bewegungspartei, der ungarischen Emigration wurden alte wie neue Beziehungen angeknüpft.

Auf dem Kontinente war der Bund durch grausame Verfolgungen fast ganz erstickt in Belgien. In Frankreich hatte er sich völlig aufgelöst; Ewerbeck zog sich aus der praktischen Agitation zurück, indem er seine literarische Tätigkeit für wichtiger erklärte als die kommunistische Propaganda. In Deutschland aber waren noch manche Bundesmitglieder tätig, und die Arbeiter-, Bauern-, Tagelöhner- und Turnvereine, die noch nicht der gewaltsamen Ausrottung der Gegenrevolution erlegen waren, boten ausgezeichnete Rekrutierungsfelder. Heinrich Bauer wurde von der Zentralbehörde als Emissär nach Deutschland gesandt, und es gelang seiner geschickten Diplomatie, die lässig gewordenen oder auf eigene Rechnung operierenden Mitglieder des Bundes, namentlich auch die einflußreichsten Führer der Arbeiterverbrüderung, in die aktive Organisation einzuspannen. Es gab wieder leitende Kreise in Hamburg für Schleswig-Holstein, in Schwerin für Mecklenburg, in Breslau für Schlesien, in Leipzig für Sachsen und Berlin, in Nürnberg für Bayern, in Köln für Rheinland und Westfalen. In Göttingen und Stuttgart bestanden einzelne Gemeinden, die in unmittelbarer Verbindung mit der Zentralbehörde standen; in Göttingen tat sich der junge Miquel durch enthusiastischen und nicht immer wohlüberlegten, weil selbst jesuitische Mittel nicht verschmähenden Eifer für die Diktatur der Arbeiterklasse hervor.

Eine vom März 1850 an die deutschen Mitglieder gerichtete Ansprache der Zentralbehörde geht von der Auffassung aus, daß eine neue Revolution bevorstehe, „sei es, daß sie hervorgerufen wird durch eine selbständige Erhebung des französischen Proletariats oder durch die Invasion der Heiligen Allianz gegen das revolutionäre Babel". Wie die Märzrevolution die Bourgeoisie, so werde die neue Revolution das Kleinbürgertum zum Siege führen, das die Arbeiterklasse abermals verraten werde. Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zu den kleinbürgerlichen Demokraten faßt die Ansprache dahin zusammen: „Sie geht mit ihnen zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezwecken; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen." Die Kleinbürger würden eine für sie siegreiche Revolution dazu ausnützen, die kapitalistische Gesellschaft so weit zu reformieren, daß sie für ihre eigene Klasse und bis zu einem gewissen Grade auch für die Arbeiter bequemer und erträglicher gemacht würde. Damit könne aber das Proletariat keineswegs zufrieden sein. Während die demokratischen Kleinbürger möglichst rasch nach Durchführung ihrer beschränkten Forderungen auf Abschluß der Revolution drängen würden, sei es vielmehr die Aufgabe und das Interesse der Arbeiter, die Revolution permanent zu machen, „so lange bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat, und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind."

Die Ansprache warnt die deutschen Arbeiter davor, sich durch die Einigungs- und Versöhnungspredigten der kleinbürgerlichen Demokraten täuschen und zum Anhängsel der bürgerlichen Demokratie herabdrücken zu lassen. Sie müßten im Gegenteile sich möglichst fest und stark organisieren, um nach dem Siege der Revolution, den sie wie bisher immer durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung zu erkämpfen haben würden, dem siegreichen Kleinbürgertum solche Bedingungen zu diktieren, daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Untergangs in sich trage und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert werde. „Die Arbeiter müssen vor allen Dingen während des Konflikts

und unmittelbar nach dem Kampfe, soviel nur immer möglich, der bürgerlichen Abwiegelung entgegenwirken und die Demokraten zur Ausführung ihrer jetzigen terroristischen Phrasen zwingen." Sie müßten die unmittelbar revolutionäre Aufregung so lange wie möglich aufrecht erhalten. „Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrache an verhaßten Individuen und öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen." Die Arbeiter müßten in der Revolution bei jeder Gelegenheit ihre eigenen Forderungen aufstellen, von den Kleinbürgern Garantien für das Proletariat fordern und nötigenfalls erzwingen, die neuen Regierer zu allen nur möglichen Versprechungen und Zugeständnissen verpflichten, sie dadurch kompromittieren, überhaupt vom ersten Augenblicke des Sieges an das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen die bisherigen Bundesgenossen richten, gegen die Partei, die den gemeinsamen Sieg allein ausbeuten wolle.

Die nächste Folge der Revolution werde die Einberufung einer Nationalversammlung sein, für welche die Arbeiter überall selbständige Kandidaturen aufstellen müßten, selbst wo gar keine Aussicht für ihren Sieg vorhanden sei. Unbekümmert um demokratische Redensarten, hätten sie ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung vor die Öffentlichkeit zu bringen. Den ersten Punkt, bei dem die bürgerlichen Demokraten mit den Arbeitern in Konflikt kommen würden, werde die Aufhebung des Feudalismus sein. Die Arbeiter dürften nicht dulden, daß wie in der ersten französischen Revolution die feudalen Ländereien den Bauern als freies Eigentum gegeben, somit das Landproletariat erhalten und eine kleinbürgerliche Bauernklasse gebildet werde, die denselben Kreislauf der Verarmung und Verschuldung durchmache wie der französische Bauer. Sie müßten vielmehr verlangen, daß die konfiszierten Feudalländereien Staatsgut blieben und zu Arbeiterkolonien verwandt würden, die das assoziierte Landproletariat mit allen Mitteln des großen Ackerbaues zu bearbeiten habe. Dadurch erlange das Prinzip des gemeinsamen Eigentums sogleich eine feste Grundlage mitten in den wankenden bürgerlichen Eigentumsverhältnissen. Natürlich könnten die Arbeiter im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen, aber sie könnten die Demokraten dazu zwingen, nach möglichst vielen Seiten

hin in die bisherige Gesellschaftsordnung einzugreifen, ihren regelmäßigen Gang zu stören und sich selbst zu kompromittieren, sowie möglichst viele Produktivkräfte, Transportmittel, Fabriken, Eisenbahnen u. s. w. in den Händen des Staats zu konzentrieren. Die Arbeiter müßten die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern bloß reformierend auftreten würden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe aufs Privateigentum verwandeln.

Eine zweite Ansprache der Zentralbehörde vom Juni 1850 gab einen Bericht über den Zustand des Bundes und mahnte daran, seinen Einfluß auf die Bauern- und Turnvereine so fest wie möglich zu organisieren, nötigenfalls aus Leuten, die revolutionär brauchbar und zuverlässig seien, aber die kommunistischen Konsequenzen der jetzigen Bewegung noch nicht verständen, eine zweite Klasse von weiteren Bundesmitgliedern zu bilden. Aus dieser Erweiterung des Bundes wird aber praktisch nichts oder nicht viel geworden sein, denn dieselben Zeitumstände, die den neuen Aufschwung des Bundes herbeigeführt hatten, führten eine innere Katastrophe über ihn herauf.

Im Laufe des Sommers 1850 trat immer klarer hervor, daß die Revolution im Sande verrinne. In Frankreich wurde das allgemeine Stimmrecht vernichtet, ohne daß sich das Proletariat erhob; die Entscheidung stand jetzt nur noch zwischen dem Prätendenten Louis Bonaparte und der monarchistisch-reaktionären Nationalversammlung. In Deutschland legten die demokratischen Kleinbürger die Hände in den Schoß, ließ sich die liberale Bourgeoisie von der preußischen Regierung prellen, während die preußische Regierung von der österreichischen Regierung geprellt wurde und beide zusammen nach der Pfeife des zarischen Despotismus tanzten. Nichts erklärlicher, als daß die deutschen Flüchtlinge, bedrängt, verfolgt, in tausend Nöten wie sie waren, die revolutionäre Flut um so krampfhafter zu stauen suchten, je unaufhaltsamer sie ebbte, daß sie in demselben Maße, wie die wirkliche Revolution verfiel, eine künstliche Revolution zu fabrizieren versuchten. Es war eine Stimmung, die selbst tüchtige Naturen ergriff, aber umsomehr nicht nur Phantasten, Schwätzern, Tollköpfen freie Bahn eröffnete, sondern auch falschen Brüdern, politischen Abenteurern und Industrierittern, polizeilichen Spürnasen und sonstigem Mob.

Einzig die alte Garde des Kommunistenbundes ließ sich nicht von dieser Stimmung hinreißen. Marx und Engels wetterten nicht über

das siegreiche Vordringen der Gegenrevolution, sondern untersuchten seine Ursachen. Sie fanden die ökonomische Lösung des politischen Rätsels. Bereits im Februarhefte ihrer Revue wiesen sie auf die Entdeckung der kalifornischen Goldgruben hin als auf eine Tatsache, die „noch wichtiger als die Februarrevolution" sei und noch großartigere Resultate haben werde als die Entdeckung Amerikas. „Eine Küste von dreißig Breitengraden Länge, eine der schönsten und fruchtbarsten der Welt, bisher so gut wie unbewohnt, verwandelt sich zusehends in ein reiches, zivilisiertes Land, dicht bevölkert von Menschen aller Stämme, vom Yankee zum Chinesen, vom Neger zum Indianer und Malaien, vom Kreolen und Mestizen zum Europäer. Das kalifornische Gold ergießt sich in Strömen über Amerika und die asiatische Küste des Stillen Ozeans, und reißt die widerspenstigsten Barbarenvölker in den Welthandel, in die Zivilisation. Zum zweitenmale bekommt der Welthandel eine neue Richtung. . . . Dank dem kalifornischen Golde und der unermüdlichen Energie der Yankees werden beide Küsten des Stillen Meeres bald ebenso bevölkert, ebenso offen für den Handel, ebenso industriell sein, wie es jetzt die Küste von Boston bis New Orleans ist. Dann wird der Stille Ozean dieselbe Rolle spielen, wie jetzt das atlantische und im Altertum und Mittelalter das mittelländische Meer — die Rolle der großen Wasserstraße des Weltverkehrs, und der Atlantische Ozean wird herabsinken zu der Rolle eines Binnensees, wie sie jetzt das Mittelmeer spielt. Die einzige Chance, daß die europäischen zivilisierten Länder dann nicht in dieselbe industrielle, kommerzielle und politische Abhängigkeit fallen, in der Italien, Spanien und Portugal sich jetzt befinden, liegt in einer gesellschaftlichen Revolution, die, so lange es noch Zeit ist, die Produktions- und Verkehrsweise nach den aus den modernen Produktivkräften hervorgehenden Bedürfnissen der Produktion selbst umwälzt und dadurch die Erzeugung neuer Produktivkräfte möglich macht, welche die Überlegenheit der europäischen Industrie sichern und so die Nachteile der geographischen Lage ausgleichen." In dieser großartigen historischen Perspektive war schon die Erkenntnis enthalten, daß, wie Marx sich später einmal ausdrückte, die Februarrevolution in letzter Instanz an der Entdeckung der kalifornischen und australischen Goldgruben gescheitert sei, und je mehr er sich in das Studium der ökonomischen Weltlage einwühlte, um so klarer erkannte er, daß wie die Welthandelskrise von 1847 die Mutter der Revolution gewesen, so die allmählich wieder

eingetretene und im Jahre 1850 zu voller Blüte gekommene industrielle Prosperität die Mutter der Gegenrevolution sei.

Mit dieser Erkenntnis war natürlich der Stab gebrochen über die gewaltsame Revolutionsspielerei, worin sich die deutschen und überhaupt die europäischen Flüchtlinge gefielen. Von Anfang an hatten Marx und Engels in der Emigration einen schwierigen Stand gehabt. Ihre rücksichtslose Kritik der ideologischen Flausen hatte längst die „sentimentalen Schwindler und demokratischen Deklamatoren" aufgebracht, die sich von ihr getroffen fühlten. Sie richtete sich nicht nur gegen die großen Leuchten der vormärzlichen Zeit, wie Carlyle und Guizot, die ihre geistige Welt schleunigst mit Brettern vernagelten, wo sie sich mit den Klassenkämpfen der Revolution berührte; sie blies auch die kleinen Lichter der Demokratie aus, wie Ludwig Simon und Gottfried Kinkel, die als Irrwische über dem Sumpfe der Gegenrevolution fortzuleuchten gedachten.

Was dann dem Fasse den Boden ausschlug, war der unversöhnliche Gegensatz, in den Marx und Engels durch ihre Erkenntnis, daß die Gegenrevolution vorläufig die Revolution abgelöst habe, zu den revolutionären Träumen der Emigration traten. Dieser Gegensatz drang bis in den Bund der Kommunisten. Seine alten Mitglieder, Bauer, Eccarius, Pfänder, Seiler, Freiligrath, Ferdinand Wolff, hielten mit der einzigen Ausnahme Schappers zu Marx und Engels; seine jüngeren Mitglieder mit einzelnen Ausnahmen, wie Liebknecht und Schramm, ließen sich von der allgemeinen Strömung der Emigration fortreißen und wollten den Bund in deren hoffnungslose Putschereien verwickeln. Ihr Führer war Willich und neben ihm Schapper. Willich gehörte zu den damals sehr zahlreichen Gemütskommunisten, deren Herz mit ihrem Verstande durchzugehen pflegte; ehrlich, sehr selbstbewußt, ohne ökonomische und philosophische Bildung, hatte er als alter Soldat ohnehin die Neigung, zunächst immer mit dem Schwerte dreinzuschlagen. Wie wenig überhaupt diese ehemaligen Offiziere bei aller Tapferkeit und Tüchtigkeit sich in den Gedankengang von Marx und Engels einleben konnten, bewies auch Techow gerade in den Tagen, als die Krisis in dem Bunde der Kommunisten ausbrach. Über eine Unterredung, die er mit Marx, Engels und Schramm gehabt hatte, berichtete er in einem vertraulichen Briefe an seine Freunde von der Revolutionären Zentralisation, und dieser Brief, den Karl Vogt zehn Jahre später ohne Vorwissen und

wider den Willen des Schreibers und der Empfänger an die Öffentlichkeit zerrte, wird heute noch gelegentlich benutzt, um den persönlichen Charakter von Marx zu verdächtigen. Tatsächlich beweist der Brief aber nur, daß Techow keine blasse Ahnung von dem hatte, was Marx und Engels eigentlich wollten, daß er, wie Marx sagte, den Ernst der Unterredung ebenso spaßhaft, wie ihren Spaß ernsthaft genommen hatte.

In der Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September 1850 kam der Gegensatz zum offenen Ausbruche. Sechs Mitglieder, Marx, Engels, Schramm, Bauer, Pfänder, Eccarius, standen gegen vier, Willich, Schapper, Fränkel und Lehmann. Den Gegensatz selbst kennzeichnete Marx treffend mit den Worten: „An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrade der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr im Gegenteil: ‚Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen oder wir können uns schlafen legen.' Während wir speziell die deutschen Arbeiter auf die unentwickelte Gestalt des deutschen Proletariats hinweisen, schmeichelt ihr aufs plumpste dem Nationalgefühl und dem Standesvorurteile der deutschen Handwerker, was allerdings populärer ist. Wie von den Demokraten das Wort Volk zu einem heiligen Wesen gemacht wird, so von euch das Wort Proletariat. Wie die Demokratie schiebt ihr der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unter." Eine Versöhnung zwischen solchen Gegensätzen konnte es nicht geben, und die einzige Möglichkeit, den Bund zu retten, war der Beschluß der Mehrheit, den Sitz der Zentralbehörde nach Köln zu verlegen und durch den Kreis Köln eine neue Zentralbehörde wählen, sowie an die Stelle des einen bisherigen Kreises London zwei Kreise setzen zu lassen, die, von einander unabhängig, nur mit der gemeinsamen Zentralbehörde verkehren sollten.

Umfassend begründeten Marx und Engels ihre Auffassung im fünften und sechsten Heft ihrer Revue, dem letzten Doppelhefte, das von ihr erschien und an seiner Spitze die Abhandlung enthielt, in der Engels die Klassenkämpfe des deutschen Bauernkriegs entwirrte und die deutsche Reformationsgeschichte aus dem verhüllenden Dunkel ihrer ideologischen

Schleier befreite. In der Politischen Übersicht dieses Heftes, die vom 1. November 1850 datiert ist, wird zunächst die ökonomische Geschichte der vierziger Jahre dargelegt als die reale Grundlage, auf der sich die politische Geschichte der Revolution und Kontrerevolution abgespielt habe. Es wird nachgewiesen, daß auf die Periode der Krisis von 1847 eine Periode der Prosperität gefolgt sei, die im Jahre 1850 noch nicht ihren Höhepunkt erreicht habe. „Die Prosperität der englischen Industrie wird noch gesteigert werden durch die neulich erfolgte Eröffnung der holländischen Kolonien, durch die bevorstehende Errichtung neuer Verbindungslinien auf dem Stillen Ozean und durch die große Industrieausstellung von 1851. Diese Ausstellung wurde von der englischen Bourgeoisie bereits im Jahre 1849, als noch der ganze Kontinent von Revolution träumte, mit der bewundernswertesten Kaltblütigkeit ausgeschrieben. In ihr beruft sie ihre sämtlichen Vasallen von Frankreich bis China zu einem großen Examen zusammen, auf dem sie nachweisen sollen, wie sie ihre Zeit genützt haben, und selbst der allmächtige Zar von Rußland kann nicht umhin, seinen Untertanen zu befehlen, auf dieser großen Prüfung zahlreich zu erscheinen. Dieser große Weltkongreß von Produkten und Produzenten ist von ganz anderer Bedeutung als die absolutistischen Kongresse von Bregenz und Warschau, die unseren kontinentalen demokratischen Spießbürgern so viel Schweiß auspressen, oder als die europäisch-demokratischen Kongresse, welche die verschiedenen provisorischen Regierungen in partibus zur Rettung der Welt stets aufs neue projektieren. Diese Ausstellung ist ein schlagender Beweis von der konzentrierten Gewalt, womit die moderne große Industrie überall die nationalen Schranken niederschlägt und die lokalen Besonderheiten in der Produktion, den gesellschaftlichen Verhältnissen, dem Charakter jedes einzelnen Volkes mehr und mehr verwischt. Indem sie die Gesamtmasse der Produktivkräfte der modernen Industrie auf einen kleinen Raum zusammengedrängt zur Schau stellt, gerade zu einer Zeit, wo die modernen bürgerlichen Verhältnisse schon von allen Seiten untergraben sind, bringt sie zugleich das Material zur Anschauung, das sich inmitten dieser unterwühlten Zustände für den Aufbau einer neuen Gesellschaft erzeugt hat und noch täglich erzeugt."

Die Prosperität der englischen Industrie wirkte auf den Kontinent zurück. „Schon im Sommer 1849 waren in Deutschland die Fabriken, besonders der Rheinprovinz, wieder ziemlich beschäftigt, und seit Ende

1849 war die Wiederbelebung des Geschäfts allgemein. Diese erneuerte Prosperität, die unsere deutschen Bürger naiverweise der Herstellung der Ruhe und Ordnung zuschreiben, beruht in der Wirklichkeit einzig auf der erneuerten Prosperität in England und der vermehrten Nachfrage nach Industrieprodukten auf den amerikanischen und tropischen Märkten." Nachdem sie dann die gleichen Symptome in Frankreich nachgewiesen hatte, faßte sich die Revue zusammen wie folgt: „Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft sich so üppig entwickelt haben, wie dies innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt möglich ist, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in den Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten. Die verschiedenen Zänkereien, in denen sich jetzt die Repräsentanten der einzelnen Fraktionen der Ordnungspartei ergehen und gegenseitig kompromittieren, sind im Gegenteile nur möglich, weil die Grundlage der Verhältnisse momentan so sicher und, was die Reaktion nicht weiß, so bürgerlich ist. An ihr werden alle die bürgerliche Entwicklung aufhaltenden Reaktionsversuche ebenso sehr abprallen, wie alle sittliche Entrüstung und alle begeisterten Proklamationen der Demokraten. Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber ebenso sicher wie diese." Diese Vorhersage hat die große Handelskrise von 1857 bestätigt; von ihr an nahm die revolutionäre Entwicklung Europas einen neuen Gang.

Von der ökonomischen Grundlage aus beurteilte die Revue die politischen Zustände im Herbste 1850. Sie sagte über den Krieg, der damals zwischen Österreich und Preußen ausbrechen zu wollen schien: „Um Preußen wieder in den Bundestag hineinzudrohen, stellen sich jetzt österreichische und süddeutsche Truppen in Franken und Böhmen auf. Preußen rüstet ebenfalls. Die Zeitungen strotzen von Berichten über Märsche und Kontremärsche der Armeekorps. All dieser Lärm wird zu nichts führen, ebensowenig wie die Zänkereien der französischen Ordnungspartei mit Bonaparte. Weder der König von Preußen noch der Kaiser von Österreich ist souverän, sondern allein der russische Zar. Vor seinem Befehle wird das rebellische Preußen sich schließlich beugen, und ohne daß ein Tropfen Blut geflossen, werden sich die Parteien friedlich zusammenfinden auf den Sesseln des Bundestages, ohne daß deshalb weder ihren

Eifersüchteleien unter sich, noch ihrem Hader mit ihren Untertanen, noch ihrem Verdruß gegen die russische Oberherrschaft der geringste Abbruch geschehen wird." Was alles sich binnen kürzester Frist erfüllte, es sei denn, daß der Schimmel von Bronzell „einen Tropfen Blut" verlor, der merkwürdigerweise noch nicht zur „Widerlegung" von Marx verspritzt worden ist.

Das letzte Wort der Revue richtete sich gegen einen von nichtssagenden Phrasen wimmelnden Aufruf, den ein Europäisches Zentralkomitee, bestehend aus Mazzini, Ledru-Rollin, Ruge und dem Polen Darasz, an die gesamte Emigration erlassen hatte, um sie unter einer Fahne zu sammeln. Der Aufruf lief auf die „höchst ordinäre Philisteransicht" hinaus, daß die Revolution gescheitert sei an der ehrgeizigen Eifersucht der einzelnen Führer und an den feindlich entgegenstehenden Meinungen der verschiedenen Volkslehrer. Die Revue sagte dazu: „Die Kämpfe der verschiedenen Klassen und Klassenfraktionen gegen einander, deren Verlauf durch seine einzelnen Entwicklungsphasen gerade die Revolution ausmacht, sind für unsere Evangelisten nur die unglückliche Folge der Existenz divergierender Systeme, während in Wirklichkeit umgekehrt die Existenz verschiedener Systeme die Folge der Existenz der Klassenkämpfe ist. Schon hieraus geht hervor, daß die Verfasser des Manifestes die Existenz der Klassenkämpfe leugnen. Unter dem Vorwande, gegen die Doktrinäre anzukämpfen, beseitigen sie jeden bestimmten Inhalt, jede bestimmte Parteiansicht, verbieten sie den einzelnen Klassen, ihre Interessen und Forderungen gegenüber den anderen Klassen zu formulieren. Sie muten ihnen zu, ihre widerstreitenden Interessen zu vergessen und sich zu versöhnen unter der Fahne einer ebenso flachen wie unverschämten Unbestimmtheit, die unter dem Scheine der Versöhnung der Interessen aller Parteien nur die Herrschaft des Interesses einer Partei — der Bourgeoispartei verbirgt. . . . Wie die Entwicklung und den Kampf, so hassen die Herren das Denken, das herzlose Denken — als ob irgend ein Denker, Hegel und Ricardo nicht ausgenommen, je die Herzlosigkeit erreicht hätte, mit der dem Publikum dieser weichmäulige Spülicht über den Kopf gegossen wird! Das Volk soll nicht für den folgenden Tag sorgen, und sich alle Gedanken aus dem Kopfe schlagen; kommt der große Tag der Entscheidung, so wird es durch die bloße Berührung elektrisiert werden, und das Rätsel der Zukunft wird sich ihm durch ein Wunder lösen. Dieser Aufruf zur Gedankenlosigkeit ist ein direkter

Versuch zur Prellerei gerade der unterdrücktesten Klassen des Volks." Von dem Schlachtrufe Mazzinis: Gott und das Volk, in den das Europäische Zentralkomitee seinen Aufruf ausklingen ließ, sagte die Revue, das Stichwort möge in Italien einen Sinn haben, wo man Gott dem Papste und das Volk den Fürsten gegenüberstelle, aber es sei doch etwas stark, dies Plagiat an Johannes Ronge, „dem seichtesten Abspülicht des deutschen Aufkläricht", als das Wort hinzustellen, welches das Rätsel des Jahrhunderts lösen solle: besonders stark von Ruge, der diesmal zur großen Freude von Leo den Unterschied zwischen Gottheit und Menschheit zu würdigen wisse.

Der Aufruf des Europäischen Zentralkomitees verhallte spurlos, wie alle bürgerlich-demokratische Revolutionsmacherei. Mit der Geschichte der deutschen Revolution lief auch die Geschichte der deutschen Emigration aus. Ihre inneren Spaltungen ließen sich nicht durch klingende Redensarten übertünchen, und je häufiger es versucht wurde, um so kleinlicher brachen sie in persönlichen Krakehlen und Zerwürfnissen aus, die sich jahrelang in der amerikanischen Presse fortspannen.

Von alledem hielten sich Marx und Engels seit dem Herbste 1850 vollständig fern. Ihr Interesse an der revolutionären Propaganda beschränkte sich auf den Bund der Kommunisten.

Fünftes Kapitel.

Der Kölner Kommunistenprozess.

Es gelang nicht, den Bund der Kommunisten durch die Verlegung der Zentralbehörde nach Köln als einheitliche Organisation zu retten. Die vorhandenen Gegensätze brachen in offenen Krieg aus, und noch in der entscheidenden Sitzung der Zentralbehörde vom 15. September wurde Willich von Schramm zu einem Zweikampf auf Pistolen herausgefordert, der in Antwerpen vor sich ging und mit einer leichten Verwundung Schramms endete. Marx und Engels hatten natürlich das Duell scharf mißbilligt, ohne es jedoch hindern zu können.

In der Streitfrage selbst war die Mehrheit der Zentralbehörde auf ihrer Seite, aber dieser Mehrheit entsprach keineswegs die Mehrheit des Bundes. Die große Masse der neuen Mitglieder, die ihm aus den Strudeln der Revolution zugewachsen waren, trieb eben auch noch in diesen Strudeln und hatte nicht die Schulung, die Arbeiter wie Bauer, Eccarius, Pfänder besaßen. Der Arbeiterbildungsverein in London, aus dem Marx, Engels, Bauer, Eccarius, Pfänder, Seiler, Schramm, Ferd. Wolff, Liebknecht und einige andere am 17. September ausschieden, hielt sich zu Willich und Schapper, ebenso der Kreis London, der aus eigener Machtvollkommenheit die bisherigen Mitglieder der Zentralbehörde ihrer Ämter enthob, Marx und seine Gesinnungsgenossen aus dem Bunde schloß und eine neue Zentralbehörde wählte, deren Kern die Minderheit vom 15. September bildete. Der Kreis Köln übernahm zwar den Auftrag, den ihm die Mehrheit an diesem Tage erteilt hatte; er wählte eine neue Zentralbehörde, in der Becker, Bürgers und der Zigarrenmacher Röser saßen, und beauftragte Eccarius einer-, Schapper andererseits, je einen neuen Kreis in London zu bilden. Aber als Antwort sandten Willich und Schapper einen Emissär nach Köln, der den dortigen Kreis erst gütlich zur Kapitulation überreden und, falls das nicht gelänge, ihn aus dem Bunde stoßen sollte. Der Kölner Kreis kapitulierte nicht und erwiderte, als der Emissär ihn nunmehr für ausgeschlossen

erklärte, damit schlössen der alte Kreis London und seine Zentralbehörde sich selbst aus dem Bunde aus. Der Bund der Kommunisten war somit in zwei Fraktionen zerfallen.

Der Sonderbund Willich-Schapper hatte scheinbar den Sieg davongetragen. Jedoch er lebte nur, um die Quellen seines Lebens zu verschütten. Die Revolutionsspielerei, um derentwillen er den Bruch herbeigeführt hatte, machte ihn um so wehrloser, je mehr unsichere Kantonisten sie ihm zuführte, vom leeren Prahler bis zum abgefeimten Spitzel. So stiftete er in Paris drei neue Gemeinden, aber der Gewinn war mehr als zweifelhaft, denn in diesen Gemeinden herrschte jenes blutrünstig-bombastische Zigeunerpathos, das, an den Revolutionären der dreißiger Jahre etwa noch erklärlich, nach den Erfahrungen einer wirklichen Revolution rein kindisch geworden war. Sehr viel darüber hinaus kamen aber auch Willich und Schapper nicht in den Ansprachen, die sie an ihren Sonderbund richteten. Unter weiblichem Räsonnieren auf „die Marx-Engelssche Klique", die unfähig sei, das Geringste zu organisieren oder etwas Praktisches auszuführen, strichen sie sich heraus als die „Männer der Tat" gegenüber den „Literaten" und „bloß schreibenden" Mitgliedern. Willich schrieb im Januar 1851 an Becker in Köln, dieser möge doch die Kölner Besatzung revolutionieren; wenn die Kölner Revolution fertig sei, wäre er nicht abgeneigt, die Leitung der weiteren Operationen zu übernehmen. Mit Recht kennzeichnete Becker diese Sorte Revolutionsmacherei in einem Schreiben an Marx mit den Worten: „Willich wird mit seinen Dummheiten noch ungezählte Menschen ins Pech bringen, denn ein einziger Brief könnte hundert Demagogenrichtern drei Jahre lang das Gehalt sichern." Ein schwülstiger Aufruf, den Willich heimlich an die preußischen Offiziere versandte, um sie zur Revolution aufzufordern, prangte natürlich innerhalb dreier Tage in den Spalten der Kreuzzeitung.

Daneben beteiligte sich der Sonderbund Willich-Schapper an allen möglichen Donquixoterien der bürgerlich-demokratischen Emigration. Willich war sogar nächst und neben Kinkel in erster Reihe beteiligt an der Torheit, die deutsche Revolution auf Aktien zu gründen. Kinkel, der bereits vor dem Rastatter Kriegsgerichte eine peinliche Schwäche verraten hatte, aber durch die Rachsucht des preußischen Königs wieder zu den Ehren eines Märtyrers gekommen war, spielte nach seiner Flucht aus dem Spandauer Zuchthause in London die zweifelhafte, von Freilig-

rat in witzigen Versen verspottete Rolle des interessanten Salondemagogen. Nach dem Vorbilde Kossuths unternahm er eine Revolutionslustfechtreise in den Vereinigten Staaten. Da er aber bei alledem kein Kossuth war, brachte er nicht einmal wie dieser eine erkleckliche Summe heim, sondern nur 1500 Pfund Sterling, von denen etwa der dritte Teil unter allerhand häßlichen Zänkereien für Reise- und andere Spesen verrechnet wurde. Der Rest wurde in einer englischen Bank als Handgeld für die erste deutsche provisorische Regierung niedergelegt, und an all diesem Mummenschanz beteiligte sich Willich mit heller Begeisterung.

Ungleich ernster nahm der Rumpf des alten Bundes seine Aufgabe. Eine Ansprache der Kölner Zentralbehörde vom 1. Dezember 1850 hielt sich vollkommen frei von den Rodomontaden des Gegenbundes. Sie machte vielmehr gar kein Hehl daraus, daß die inneren Zerwürfnisse den Bund zerrüttet hätten. Vier Emissäre, von denen je einer nach Süddeutschland, in die Rheinprovinz, ins Königreich Sachsen und nach Schlesien gesandt worden war, meldeten wenig Tröstliches; eigentlich bestand nur noch in der Rheinprovinz eine straffere Organisation, und auch diese war nicht stark; die Kreise Köln und Frankfurt umfaßten zusammen nur elf Gemeinden.

Einer jener Emissäre, der Schneidergeselle Nothjung, wurde am 10. Mai 1851 zufällig wegen Mangels an Legitimationspapieren in Leipzig verhaftet. Die Polizei fand bei ihm das Kommunistische Manifest, die Statuten des Kommunistenbundes, die Ansprachen der Zentralbehörde vom März und Dezember 1850, Briefe von Becker und Bürgers und eine Anzahl Adressen. Diese Spuren und das Geständnis des in Hamburg verhafteten Kommis Haupt führten zur Entdeckung der Kölner Zentralbehörde. Elf Mitglieder des Bundes wurden unter die Anklage versuchten Hochverrats gestellt und in Untersuchungshaft genommen: Nothjung, Becker, Bürgers, Röser, die Kommis Ehrhard und Reiff, der Schneidergeselle Leßner, der Chemiker Otto und die drei Ärzte Daniels, Jacoby und Klein. Freiligrath, der gleichfalls angeklagt werden sollte, befand sich bereits in London, wohin der Arm der preußischen Justiz nicht reichte.

Die preußische Regierung beeiferte sich, aus dieser Anklage eine gewaltige Haupt- und Staatsaktion zu machen. Sie täuschte sich zwar keineswegs über die praktische Ungefährlichkeit des Bundes in seinem damaligen Zustande, aber die Gegenrevolution brauchte das Schreck-

gespenst einer unheimlichen Verschwörung, um die letzten Reste von Widerstand in der bürgerlichen Klasse zu lähmen. Dazu hatten die Schwurgerichte bisher eine gewisse Unabhängigkeit bewiesen, die es zu brechen galt, und endlich kam es darauf an, die politische Polizei aus dem Zustande vormärzlicher Tölpelei, der sie in dem Hochverratsprozesse gegen Waldeck vor der ganzen Welt blamiert hatte, zu derjenigen Höhe verschmitzter Staatskunst zu erheben, die, wie sogar die Junker begriffen, in einem industriellen Zeitalter nicht entbehrt werden konnte. Für alle diese erhebenden Zwecke bot sich der Prozeß gegen die Kölner Kommunisten als ein vortreffliches Versuchsobjekt dar; an den Arbeitern konnte die Schärfe der Waffen erprobt werden, mit denen das Bürgertum zerfleischt werden sollte. So wurde mit gewaltigen Tamtamschlägen angekündigt, in den Kölner Angeklagten seien die Häupter eines hochverräterischen Komplotts ergriffen, das wie ein Vampir die gesittete Welt umklammere.

Allerdings türmte sich gleich am Anfange der glorreichen Bahn ein anscheinend unüberwindliches Hindernis auf. Das ganze Beweismaterial, worüber Polizei und Justiz geboten, bewies nichts anderes, als daß der Bund der Kommunisten weder eine heimliche noch eine unheimliche Verschwörung, sondern eine geheime Propagandagesellschaft war, und über geheime Gesellschaften verhängte der Code keine Strafen. Das Kommunistische Manifest protestierte in jeder Zeile gegen die Unterstellung, Komplotte anstiften zu wollen, und die Ansprachen der Zentralbehörde, die bei Nothjung gefunden worden waren, beschäftigten sich ausschließlich mit dem Verhältnis der Kommunisten zur künftigen Regierung der Demokratie, also nicht mit der gegenwärtigen Regierung des romantischen Königs. Wirklich entschied auch der Anklagesenat des Kölner Appellhofes im Oktober 1851, daß kein objektiver Tatbestand für die Anklage vorliege und die Untersuchung von neuem beginnen müsse.

Indessen je größere Hindernisse zu überwinden waren, um so lockender erschien auch das Ziel. Fehlten die Beweise, so mußte die politische Polizei sie zu schaffen verstehen, und verurteilten die bürgerlichen Geschworenen auf gar keine oder gefälschte Beweise, so waren sie um so ärger prostituiert. Der Polizeirat Stieber, der im Frühjahr 1851 zur Londoner Industrieausstellung geschickt worden war, um die deutschen Flüchtlinge zu überwachen, erhielt gleich nach der Verhaftung Nothjungs die nötigen Winke. Er hatte sich in den Revolutionsjahren schlecht und

recht als begeisterter Freiheitskämpfer und Verteidiger der Steuerverweigerer durchgeschlagen, war dann aber, als mit der Revolution keine Geschäfte mehr zu machen waren, reuig zu den polizeilichen Fleischtöpfen zurückgekehrt, nicht ohne daß sich sogar der Berliner Polizeipräsident v. Hinckeldey gegen die abermalige Benutzung des verworfenen und überall verrufenen Menschen sträubte. Aber der königliche Aar schwang sein gnädiges Gefieder über ihm. Friedrich Wilhelm IV., der selbst ein Künstler sein wollte, hatte den Dichter und Kunsthistoriker Kinkel in raffinierter Bosheit zum Wollespinnen im Zuchthause „begnadigt"; als nun Kinkel glücklich dem langsamen Martertode entronnen war, schrieb der gottesfürchtige Monarch an Manteuffel: „Dies hat mich auf einen Gedanken gebracht, den ich nicht gerade unter die lauteren klassifizieren will. Nämlich den, ob Stieber nicht eine kostbare Persönlichkeit ist, das Gewebe der Befreiungsverschwörung zu entfalten und dem preußischen Publikum das lange und gerecht ersehnte Schauspiel eines aufgedeckten und (vor allem) bestraften Komplotts zu geben. Eilen Sie also mit Stiebers Anstellung und lassen Sie ihn sein Probestück machen. Ich glaube, der Gedanke ist folgenreich, und ich lege großen Wert auf seine sofortige Realisierung." So vom Könige selbst als Lockspitzel gesegnet, beeilte sich Stieber, alle seine Lockspitzelkünste spielen zu lassen.

In London kam er bald genug hinter das Dasein der Fraktion Willich-Schapper und ließ durch den Spitzel Reuter, der in demselben Hause mit dem Schriftführer jener Fraktion wohnte, deren Korrespondenz stehlen. Mit diesem Schatze wußte Stieber zu wuchern. Er sandte den Spitzel Fleury, der eigentlich Krause hieß und als der Sohn eines Raubmörders sich von Kindesbeinen an abwechselnd als Dieb, Polizeispion und Zuchthäusler ernährt hatte, nach Paris, um in den dortigen Gemeinden des Willich-Schapperschen Geheimbundes ein regelrechtes Komplott zu stiften. Mit richtigem Polizeiblick hatte Stieber aus der gestohlenen Korrespondenz erkannt, daß die Pariser Gemeinden einen günstigen Boden für Lockspitzeleien böten, und er durfte sicher sein, daß die bonapartistische Polizei am Vorabend des Staatsstreichs, den alle Welt erwartete, eine ihr fix und fertig dargebotene Verschwörung mit dankbarer Rührung annehmen und ausbeuten würde.

So geschah es denn auch. Fleury hatte in Paris um so leichteres Spiel, als er in den Pariser Gemeinden neben ehrlichen Tollköpfen

bereits einen oberfaulen Kunden vorfand, einen gewissen Cherval, der dem preußischen Gesandten in Paris als Spion gedient hatte, übrigens nicht ein Irländer war, wie er behauptete, sondern ein ehrlicher oder vielmehr unehrlicher Rheinpreuße, namens Kremer, der im Jahre 1844, wegen Wechselfälschungen verhaftet, aus dem Gefängnis in Aachen entflohen war. Ein Patron ähnlichen Kalibers war Gipperich, der die Straßburger Gemeinde des Willich-Schapperschen Sonderbundes leitete. Bereits im September 1851 hatte Fleury seine Aufgabe soweit gelöst, daß Stieber und der Polizeileutnant Greif nur noch nach Paris zu kommen brauchten, um als Entdecker einer auf den Umsturz der französischen Verfassung abzielenden Verschwörung im bengalischen Lichte der Staatsrettung zu strahlen. Da in diesem Falle die juristische Kategorie des Komplotts erfüllt war, so wurden einige arme Teufel von deutschen Arbeitern im Februar 1852 durch den Spruch der Pariser Geschworenen zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurteilt. Ungleich härter noch schienen Cherval und Gipperich mit acht Jahren Einkerkerung davon zu kommen, doch war es nur ein Augenblenden. Sie konnten gleich nach ihrer Verurteilung aus dem Gefängnis entfliehen, denn die bonapartistischen wie die preußischen Staatsretter waren ganz einig darin, daß so nützliche Leute nicht hinter schwedischen Gardinen müßig liegen dürften.

Erfolgreich wie dieser polizeiliche Feldzug in seiner Art war, verfehlte er doch seinen eigentlichen Zweck: er lieferte kein Material gegen die Kölner Angeklagten. Man konnte sie nicht für ein Komplott verantwortlich machen, das die Polizei erst nach ihrer Verhaftung angestiftet hatte, und von allen Beziehungen, die in den Pariser Gemeinden aufgestöbert worden waren, wies auch nicht eine einzige auf die Kölner Zentralbehörde oder die Fraktion Marx-Engels. In den Papieren, die Reuter gestohlen hatte, fand sich allerdings ein von Marx und seinen Freunden gezeichnetes Schriftstück, aber es war die sehr harmlose Erklärung von anderthalb Zeilen, worin sie am 17. September 1850 ihren Austritt aus dem Londoner Arbeiterbildungsverein angezeigt hatten. Die wirklich kostbaren Urkunden, die Stieber ergattert hatte, kostbar insofern, als sie, wie der im Stile des Schinderhannes zwischen Cherval und Gipperich geführte Briefwechsel, bürgerliche Geschworene mit bleichem Schrecken schlagen mußten, ließen sich nicht in den entferntesten Zusammenhang mit den Kölner Angeklagten bringen.

Die preußische Polizei verlegte also das Feld ihrer Tätigkeit nach London zurück. An die Fraktion Willich-Schapper nestelte sich der Leutnant Hentze, der hier die ersten Übungen im Lockspitzelfache machte, als dessen Matador ihn bald die gegen Ladendorf und Wiggers angestrengten Prozesse zeigen sollten. Jedoch aus der Fraktion Willich-Schapper war nicht viel mehr zu holen und jedenfalls nicht das, was man gegen die Kölner Angeklagten brauchte. Greif, der inzwischen der preußischen Gesandtschaft in London attachiert worden war, erklärte dem Spitzel Wilhelm Hirsch, daß um jeden Preis Berichte über die geheimen Bundessitzungen der Partei Marx herbeigeschafft werden müßten, nur daß sie die Wahrscheinlichkeit nicht überschreiten dürften, und Fleury, der sich als biderber Kaufmann in der englischen Hauptstadt niedergelassen hatte, erläuterte demselben Spitzel die Wünsche der preußischen Polizei mit den Worten: „Dokumente sind die Hauptsache; kann man sie nicht schaffen, muß man sich doch zu helfen wissen." Hirsch, ein Kommis aus Hamburg, hatte sich im Dezember 1850 unter der Maske eines kommunistischen Flüchtlings in die private Gesellschaft einzuschleichen gewußt, in der sich Marx wöchentlich einmal mit seinen Freunden zusammenzufinden pflegte, war aber schon im Januar 1851 entlarvt und sofort hinausgetan worden. Die „Partei Marx" war so boshaft, nicht ein Atom zu liefern, das gegen die Kölner Angeklagten verwandt werden konnte. So halfen sich Fleury und Hirsch denn, wie sie konnten, schmiedeten allwöchentlich in Fleurys Hause, in dessen oberem Stocke der wackere Greif hauste, ihre Berichte über die „geheimen Bundessitzungen der Partei Marx" und verkauften sie gegen schweres Geld an die preußische Regierung, die in dem Kauderwelsch der beiden ungebildeten Strolche die geheimste Weisheit von Marx und Engels zu besitzen glaubte.

Allzu wohl scheint ihr bei dieser wachsenden Fülle „objektiven Tatbestandes" trotzdem nicht gewesen zu sein. Die mündliche Verhandlung gegen die Kölner Angeklagten wurde von einer Assise auf die andere verschoben. Die Polizeidirektion in Köln, das Polizeipräsidium in Berlin, die Ministerien der Justiz und des Innern griffen unaufhörlich in den Gang der Untersuchung ein, aber immer war das Ende vom Liede: Aus nichts wird nichts. Sie hatten sogar das Pech, daß ihr Hauptzeuge Haupt von seinen Verwandten, die sich seines Verrats schämten, vor der Eröffnung des Prozesses nach Brasilien spediert

wurde. Dabei wurde das Publikum immer ungeduldiger. Nach anderthalb Jahren mußte man sich endlich entschließen, den Vorhang über dem so lärmend angekündigten Sensationsstück aufzuziehen. Es geschah unter den ausgesuchtesten Vorsichtsmaßregeln. Die sorgfältig gesiebten Geschworenen waren eine erlesene Sammlung von Ängsterlingen aus den herrschenden Klassen; den Verteidigern wurde sogar noch nach Zustellung der Anklageakte, in direktem Widerspruche mit dem Gesetze, der Verkehr mit den Angeklagten untersagt; das schwarze Kabinett der Post, das im preußischen Staate von jeher den Briefdiebstahl unvergleichlich zu organisieren gewußt hatte, wurde angespornt, diesmal sich selbst zu übertreffen und der Verteidigung alle Hilfe von auswärts abzuschneiden, und Stieber stand bereit, mit kräftiger Faust Meineid auf Meineid zu leisten.

Die Verhandlungen währten sechs Wochen, vom 7. Oktober bis zum 12. November 1852. Abgesehen von kleinen Polizeiüberraschungen, wie einem Schriftstück voll rabiaten Unsinns, das von Marx geschrieben sein sollte, aber sofort als Fälschung enthüllt wurde, suchte Stieber die Angeklagten in das Komplott Cherval zu verwickeln, indem er kunterbunt Daten und Namen durcheinander warf und keine Lüge verschmähte, die er irgend wagen durfte, ohne sofort auf ihr festgenagelt zu werden. Ein Rinaldobrief Chervals an Gipperich wurde nicht weniger als dreimal verlesen, um den Geschworenen die verbrecherische Ruchlosigkeit des Kommunismus klar zu machen. Aber alle Meineide Stiebers halfen dem noch so beschränkten Untertanenverstande der bürgerlichen Geschworenen oder ihrer noch so ängstlichen Sorge um das heilige Eigentum nicht über die einfache Logik hinweg, daß die Angeklagten nicht verantwortlich gemacht werden könnten für ein Komplott, das während ihrer Untersuchungshaft von polizeilichen Lockspitzeln in einer Organisation angestiftet worden war, mit der sie in heller Feindschaft gelebt hatten.

Stieber sah ein, daß er es mit der stärksten seiner Künste versuchen müsse. Am 23. Oktober gestand er, daß für das Komplott Cherval allerdings nur der Willich-Schappersche Sonderbund hafte. Aber er werde nunmehr das Originalprotokollbuch der Partei Marx-Engels vorlegen, das ihm eben durch einen außerordentlichen Kourier aus London überbracht worden sei und das die schrecklichsten Umtriebe in der Rheinprovinz, in Köln, ja mitten im Gerichtssaale enthülle. Der außer-

ordentliche Kourier war Freund Greif, und das Protokollbuch bestand aus den von Fleury und Hirsch geschmiedeten Berichten, nur daß sie in diesem Buche von H. Liebknecht und Rings als den Sekretären der Partei Marx-Engels eigenhändig geschrieben und unterzeichnet sein sollten. Stieber schwor auf die Echtheit des Buchs, aus dem einleuchtenden Grunde, weil es dasselbe enthalte, was ihm von seinen geheimen Agenten über die geheimen Verhandlungen jener Partei mitgeteilt worden sei. Die Angeklagten und ihre Verteidiger standen natürlich dieser polizeilichen Enthüllung zunächst wehrlos gegenüber, und die Polizei- wie die Postbehörden nahmen einen erneuten Anlauf, alle Aufklärungen abzuschneiden, die aus London von dem gefürchteten Marx eintreffen könnten.

Allein alle Macht des preußischen Staates reichte nicht so weit, die verbrecherische Fälschung durchzuführen. Echte Handschriften von Rings und Liebknecht, dessen Vornamen die Fälscher nicht einmal richtig angegeben hatten, konnten in Köln selbst herbeigeschafft werden, und auf Umwegen wußte Marx trotz aller postalischen Briefdiebstähle die Verteidiger mit den nötigen Anweisungen zu versehen. Einen letzten verzweifelten Versuch machte Stieber noch, indem er den Polizeileutnant Goldheim nach London sandte, um den Spitzel Hirsch unter Anerbieten einer förmlichen Staatspension nach Köln zu locken, wo er als H. Liebknecht die Echtheit des Protokollbuchs vor den gerichtlichen Schranken beschwören sollte. Jedoch Hirsch witterte ganz richtig, daß er aus diesem Abenteuer viel eher als Sündenbock der Polizei und meineidiger Zuchthäusler, denn als preußischer Staatspensionär hervorgehen werde. Er wies den Versucher ab und öffnete vielmehr den Geheimschrank seiner schönen Seele vor Willich, der ihn bewog, am 6. November an Eidesstatt vor einer englischen Behörde zu erklären, daß er unter Leitung von Greif und Fleury das Protokollbuch gefälscht habe. Die Kölner Prokuratur mußte das herrliche Beweisstück selbst für „unecht“, für ein „unseliges Buch“ erklären.

Die Freisprechung der Kölner Angeklagten schien unabweislich. Die deutsche und die englische Bourgeoispresse bereitete die öffentliche Meinung auf einen ungünstigen Ausgang des Prozesses vor. Aber am 12. November sprachen die Geschworenen über sieben von den elf Angeklagten ihr Schuldig; Röser, Bürgers und Nothjung wurden zu sechs, Reiff, Otto und Becker zu fünf, Leßner zu drei Jahren Festungshaft verurteilt.

Es war der erste Sündenfall der Geschworenen seit den Märztagen; zwischen die Wahl gestellt, einen Justizmord an einigen Kommunisten zu begehen oder vor aller Welt das Brandmal der Infamie auf die Stirn der preußischen Regierung zu drücken, entschieden sie sich für den Justizmord.

Darnach löften sich die Reste des Kommunistenbundes auf, die noch in London bestanden hatten. In dem Auflösungsbeschlusse war als Grund angegeben, daß seit der Verhaftung der Kölner Verurteilten alle Verbindungen mit dem Kontinent aufgehört hätten und überhaupt eine derartige Propagandagesellschaft nicht mehr zeitgemäß sei. Wenige Monate darauf schlief auch der Willich-Schappersche Sonderbund ein. Schapper erkannte die Mißgriffe der „Flüchtlingstölpelei", und Willich ging nach Amerika, wo er sich als General im Bürgerkriege der sechziger Jahre verdienten Ruhm erworben hat.

Mit der Auflösung ihrer kräftigsten Organisation schloß die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung ab. Weitling, der nach dem Novemberstaatsstreich aus Berlin ausgewiesen worden war, hatte noch einige Monate hindurch in Hamburg und Altona eine nicht ganz erfolglose kommunistische Propaganda getrieben; er stiftete einen Befreiungsbund, der den Haartuchweber Jakob Audorf zum überzeugten Kommunisten machte. Indessen schon im August 1849 kam die Polizei der Agitation Weitlings auf die Spur. Audorf ging dann noch im geheimen Auftrage seiner Gesinnungsgenossen nach England, um mit den dortigen Flüchtlingen eine bewaffnete Schilderhebung im nördlichen Deutschland zu beraten, ließ sich aber namentlich durch Marx von der gänzlichen Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens überzeugen. Weitling entkam nach Amerika, von wo er nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt ist. Er hat sich noch das Verdienst erworben, unter den deutschen Arbeitern in den Vereinigten Staaten eine kräftige Bewegung zu entfachen, deren Leitung ihm nur wieder bald durch seinen persönlichen Eigenwillen und seine utopistischen Pläne verloren ging. Ein kleines Ämtchen in Castle Garden, dem Einwanderungsdepot des Hafens von New York, ernährte ihn und seine zahlreiche Familie kümmerlich bis zu seinem Tode im Jahre 1871. Die letzten schriftlichen Zeugnisse von seiner Hand deuten darauf hin, daß er sich schließlich ganz in fixe Ideen verrannt hatte und eine völlige Umwälzung der Astronomie plante, worin er die Erde wieder zum Mittelpunkte

der Welt gemacht haben soll. Er starb an der Schwelle der Zeit, die ihm gerecht werden sollte, in dem was er geleistet, wie in dem was er verfehlt hat.

Überlebt wurde der Bund der Kommunisten anscheinend durch einzelne Ausläufer der Arbeiterverbrüderung. Von all ihren praktischen Versuchen waren einzig die Gesundheitspflegevereine gediehen, deren Mitglieder gegen einen kleinen monatlichen Beitrag in Krankheitsfällen freie ärztliche Hilfe und Arzneimittel erhielten. Diese Vereine wurden erst im Frühjahr 1853 totgeschlagen, als die politische Polizei im Prozesse Ladendorf auf die kleinbürgerliche Demokratie mit denselben Mitteln losschlug, wie ein halbes Jahr vorher im Kölner Kommunistenprozesse auf das revolutionäre Proletariat. Darin aber bekundete Stieber eine gewisse Logik, daß er die Gesundheitspflegevereine nicht in die proletarische, sondern in die bürgerliche Katastrophe verwickelte. Diese Vereine konnten allerdings nicht mehr als proletarische Organisationen gelten; sie waren ganz verbürgerlicht und wurden von der Bourgeoisie als Entlastung der städtischen Armenbudgets geschätzt. Liberale Menschenfreunde protestierten gegen ihre Auflösung unter Berufung darauf, daß die Gesundheitspflegevereine ihre Zusammenkünfte stets bereitwillig der Polizeiaufsicht unterworfen hätten.

In dem Schicksal dieser Vereine spiegelte sich bis zu einem gewissen Grade das Schicksal der Arbeiterverbrüderung selbst ab. Die prinzipielle Unklarheit in ihrem Schoße war, solange die Revolution währte, durch den revolutionären Instinkt des Proletariats ausgeglichen worden; sie trat scharf hervor, als die Revolution in der Reichsverfassungskampagne niedergeschlagen worden war und zugleich die industrielle Prosperität sich kräftig zu entfalten begann. Dazu kam, daß Born im Exile lebte und seine Nachfolger in der Leitung des Bundes und seines Organs, der Geometer Schwenninger und der Schriftsetzer Gangloff, ihn keineswegs ersetzten. Die Generalversammlung der Arbeiterverbrüderung, die vom 20. bis 26. Februar 1850 in Leipzig tagte und von 25 Delegierten besucht war, darunter auch einzelnen Mitgliedern des Kommunistenbundes, wie Bisky und Stechan, zeigte die entschiedenste Neigung, auf große politische Reformen zu verzichten und statt ihrer mit selbsthilflerischen und deshalb hilflosen Kurversuchen an der kapitalistischen Gesellschaft herumzupfuschen. Wie das französische Proletariat durch den furchtbaren Aderlaß der Junischlacht, durch den Tod oder das Exil

seiner begabtesten Führer, durch die Niederlage der bürgerlichen Revolution und die üppige Entfaltung der bürgerlichen Produktivkräfte nach dem klassischen Worte von Marx in eine Bewegung geworfen wurde, „worin es darauf verzichtete, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzmittel seine Erlösung zu vollbringen suchte", wie sich im englischen Proletariat nach dem Scheitern des Chartismus eine ganz gleiche Tendenz geltend machte, so riefen ähnliche Ursachen in der deutschen Arbeiterklasse ähnliche Wirkungen wach. Sie hatte freilich weder eine Junischlacht noch eine Chartistenbewegung aufzuweisen, aber im Verhältnis zu ihrer noch embryonenhaften Entwicklung hatte sie in den Revolutionskämpfen ebenso viel geleistet und gelitten, wie die englische und die französische Arbeiterklasse, und sie bedurfte einer Zeit der Erfrischung und Erholung, um sich klar zu werden über die bitteren Lehren der Revolution und die süßen Lockungen des industriellen Aufschwungs.

Es mag dahingestellt bleiben, ob, wie Engels meint, die Arbeiterverbrüderung wegen ihrer untergeordneten Bedeutung von der Reaktion lange geschont wurde, oder ob die Gegenrevolution, wofür manche Fingerzeige sprechen, erst den bürgerlichen Widerstand gänzlich gebrochen haben wollte, ehe sie in das Wespennest der Arbeitervereine griff, die in dem Bunde geeinigt waren. Jedenfalls wurde er erst in der Mitte des Jahres 1850 gleichzeitig in Preußen, Bayern und Sachsen gesprengt. Die Bestimmung in den neuen reaktionären Vereinsgesetzen jener Staaten, die politischen Vereinen die Verbindung untereinander verbot, mußte dabei in erster Reihe als Vorwand herhalten. Mit dem Bunde ging auch sein Organ ein. Schwenninger wurde als geborener Preuße aus Sachsen ausgewiesen, nachdem er wegen angeblicher Beteiligung am Dresdener Maiaufstande längere Zeit in Untersuchungshaft gehalten worden war. Gangloff gab als Ersatz für die Verbrüderung noch den Prometheus heraus, eine Wochenschrift von schwächlicher Haltung, die höchstens etwa mit einem unklaren Sozialismus kramte. Sie feierte Proudhon ebenso überschwenglich, wie die Verbrüderung ihn scharf kritisiert hatte, sie druckte Karl Grüns saftlose Belletristik ab und fügte aus Eigenem die geistreiche Anmerkung hinzu, der Kommunismus verhalte sich zum Sozialismus, wie die Astrologie zur Astronomie und wie die Alchymie zur Chemie. Als der Prometheus in Preußen ver-

boten wurde, jammerte er über die grausame Härte gegen ein „unschuldiges Arbeiterblatt, das vorhanden sei, um Klarheit der Ideen zu verbreiten und den Kommunismus als unmöglich, wenigstens als im nächsten halben Jahrtausend unmöglich darzustellen". Trotz dieses bedenklichen Schickens in die böse Zeit waren seine Tage gezählt: Gangloff wurde verhaftet und im Jahre 1852 vom Leipziger Appellationsgericht „wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats und wegen Verdachts der Teilnahme am Kommunistenbunde" zu vier Jahren Arbeitshaus verurteilt. Zur „Warnung" ließ das sächsische Ministerium obendrein das ehrlose Urteil durch den Druck öffentlich verbreiten.

Am längsten hielt sich die Arbeiterverbrüderung im nordwestlichen Deutschland, wo Stechan ihre Trümmer um die von ihm herausgegebene Deutsche Arbeiterhalle sammelte, die sich zwar auch den reaktionären Zeitläuften anpaßte, aber ihrer Sache deshalb nichts vergab. Nach der Entdeckung des Kommunistenbundes wurde Stechan verhaftet, und sein Blatt ging ein. Ihm selbst gelang es, aus der Untersuchungshaft nach England zu entfliehen.

Am Grabe der Arbeiterverbrüderung salutierte der deutsche Bundestag durch den Beschluß vom 13. Juli 1854, der „im Interesse der gemeinsamen Sicherheit sämtliche Bundesregierungen" verpflichtete, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, die politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben, und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten. Hauptpate dieses Ausnahmegesetzes war der preußische Bundestagsgesandte v. Bismarck.

Sechstes Kapitel.

Die fünfziger Jahre.

1. Politischer Niedergang.

In den landläufigen Geschichtswerken wird die Reaktionszeit der fünfziger Jahre dargestellt als ein düsteres Zwischenspiel, in dessen eintönigem Elend der böse Geist Ahriman abgefeimte Bosheiten trieb und der gute Geist Ormuzd als ein edelmütiger Dulder ein trostloses Dasein hinschleppte. In der rauhen Wirklichkeit spielten sich die Dinge aber ganz anders ab, und zwar genau so, wie sie sich nach ihren tatsächlichen Voraussetzungen abspielen mußten.

Die preußischen Einheitsbestrebungen waren nach Verdienst gescheitert. Kaum hatte der hohenzollernsche Adler die Mittel- und Kleinstaaten vor der Revolution gerettet, als sie sich vor seinen annexionssüchtigen Krallen in Österreichs Arme flüchteten. Der Zar lud Österreich und Preußen als seine Vasallen vor seinen Richterstuhl in Warschau und befahl ihnen, Ruhe zu halten und den alten Bund wieder herzustellen. Jedoch behandelte er sie nicht nach gleichem Vasallenrechte, sondern Preußen mußte zur Strafe dafür, daß es mit der Revolution kokettiert hatte, als Untervasall vor Österreich zu Kreuze kriechen. Der preußische Patriotismus ächzte schwer, indem er das doppelte kaudinische Joch passierte, bewies aber zugleich seine unerschöpfliche Geduld dadurch, daß er auch jetzt noch an der alleruntertänigsten Legende fortspann. Graf Brandenburg, der „edle Hohenzoller", sollte bei seiner Rückkehr von Warschau nach Berlin von der Schande seines Vaterlands erdrückt worden und an gebrochenem Herzen gestorben sein, in den Todesphantasien nach Schild und Schwert rufend. Tatsächlich starb dieser militärische Schnurrbart an einer höchst profanen Erkältung, just als er sich anschickte, mit demselben angenehmen Kitzel, womit er sich eben vor dem russischen Oberherrn gedemütigt hatte, nun auch vor dem österreichischen Nebenbuhler zu demütigen. Preußische Historiker, denen es gegen den Strich ging, daß ein „edler Hohenzoller" je mit einer noch

so schwachmütigen Volksbewegung sympathisiert haben sollte, haben die Tatsache aus den Akten festgestellt.

Manteuffel machte dieser Volksbewegung das Zugeständnis, die Kammern einzuberufen und das Heer zu mobilisieren. Er dachte aber nicht daran loszuschlagen, sondern ging nach Olmütz, um in aller Seelenruhe die preußische Schande zu verbriefen. Er büßte in Sack und Asche und flehte nur um die Ehre, als Büttel zweiten Ranges zu den Exekutionen zugelassen zu werden, durch die Österreich und die Mittelstaaten den gesetzmäßigen Widerstand der kurhessischen Bevölkerung gegen einen dynastischen Staatsstreich und den nationalen Widerstand der schleswig-holsteinischen Bevölkerung gegen die dänische Fremdherrschaft zu brechen gedachten. Mit solchen „Zugeständnissen" wagte Manteuffel noch zu prahlen, und Bismarck feierte in öffentlicher Kammersitzung den Tag von Olmütz. Dagegen schrieb der altpreußische Diplomat Pourtales in der zutreffenden Empfindung, daß Olmütz noch über Jena gehe: „Unsere Geschichte kann nichts aufweisen, was mit der Niederlage von Olmütz zu vergleichen wäre. Unsere Kammern und unser Heer zusammenzutrommeln, um in Gala geohrfeigt zu werden, von Konzessionen Österreichs zu sprechen, weil wir dem Henker Rechberg in Hessen einen Schinderknecht stellen dürfen, als Kuppler und Hehler nach Holstein nachzuhinken, mit Pauken und Trompeten, Protokollen und Urkunden unsere Schande verbriefen lassen zu müssen — es ist so niederschmetternd, daß ich keinen Ausdruck dafür finde." Wälzten sich die richtigen Junker in der Olmützer Schande wie Katzen im Baldrian, so flüsterten schamvollere Gemüter der Reaktion, nur durch die diplomatische habe die militärische Niederlage vermieden werden können. Und in der Tat enthüllte die Mobilmachung den Verfall des preußischen Heerwesens, den die traurige Kriegführung in Posen, Schleswig-Holstein und Baden schon angekündigt hatte.

Nach Preußens Unterwerfung wurde der Bundestag wieder hergestellt, der kurhessische Staatsstreich mit militärischer Gewalt befestigt, Schleswig-Holstein an die dänische Fremdherrschaft ausgeliefert. Durch einen Gewaltstreich beseitigten die Großmächte einschließlich Preußens und Österreichs das altverbriefte Recht der Herzogtümer, wonach in ihnen nur der Mannesstamm des dänischen Königshauses herrschen durfte, dessen nahe bevorstehendes Ableben ihre dauernde Loslösung von Dänemark gesichert hätte. Im Londoner Protokolle vom 8. Mai 1852 wurde

festgesetzt, daß in der ganzen dänischen Monarchie einschließlich Schleswig-Holsteins das Haus Glücksburg erbberechtigt sein sollte, mit Ausschluß der nach schleswig-holsteinischem Rechte berechtigten Augustenburger, deren Haupt sich übrigens seine Ansprüche von Gottes Gnaden gegen ein paar Milliönchen abkaufen ließ. Der wiederhergestellte Bundestag gab dann den Mittel- und Kleinstaaten das Signal zur Beseitigung der Märzerrungenschaften. In den meisten dieser Staaten, in Sachsen, Hannover, Württemberg, Nassau, den beiden Hessen und anderen erfolgte sie unter offenem Eid- und Wortbruche der Fürsten; nur Bayern und einige Kleinstaaten, wie Braunschweig, Koburg, Meiningen, Oldenburg und Weimar kamen um diese Klippe herum, wenngleich auch sie meist ins reaktionäre Fahrwasser segelten.

Fürst Schwarzenberg, der leitende Minister des österreichischen Gesamtstaats, hatte die Parole ausgegeben: il faut avilir la Prusse et puis la démolir, man muß Preußen demütigen und dann vernichten. Er schien jetzt sein Ziel erreicht zu haben. Preußen war tatsächlich aus der Reihe der Großmächte geschieden, und in Deutschland nahm kein Hund mehr von seiner „nationalen Mission" ein Stück Brot an. Selbst der langmütige Vater Arndt sang der preußischen Hegemonie das Scheideverschen: „Wohl vieles wird vergeben und vergessen, doch nimmer Schleswig-Holstein, nimmer Hessen." Gleichwohl schlug sie in diesen Tagen festere Wurzeln als jemals früher. Der österreichisch-mittelstaatlichen Politik mißlang der entscheidende Schlag: die Sprengung des Zollvereins. Ihre heftigen Anstrengungen, die Erneuerung der am 1. Januar 1854 ablaufenden Zollvereinsverträge zu hindern, scheiterten an dem unüberwindlichen Veto der ökonomischen Entwicklung. Der Zollverein wurde nicht nur nicht gesprengt, sondern erweiterte sich sogar durch den Zutritt Hannovers, Oldenburgs und kleinerer nordwestdeutscher Staaten, die bisher einen eigenen „Steuerverein" gebildet hatten, auf ein Gebiet von 9046 Geviertmeilen mit 35 Millionen Einwohner.

Innerhalb des preußischen Staates machte die Gegenrevolution gleichfalls die Erfahrung, daß ihre politische Allmacht an den ökonomischen Zuständen ihre bestimmte Grenze habe. Sie hatte, nach der Knebelung der Arbeiterklasse und nach dem politischen Verzichte des Kleinbürgertums sowie der etwas entschiedeneren Bourgeoisie, ziemlich freie Bahn. Die Opposition der Gothaer, hinter der nur die schwächlichsten Elemente der Bourgeoisie standen, bedeutete nicht viel. Die junkerlichen Heiß-

sporne haben denn auch ziemlich ein Jahrzehnt daran gearbeitet, die vormärzlichen Zustände zurückzuführen, aber ohne Erfolg. Die Gothaer verrieten einen ganz richtigen Bourgeoisinstinkt, wenn sie sich damit trösteten, das Hühnchen Freiheit lasse sich wohl noch erdrosseln, aber nicht mehr in das zerbrochene Ei zurückstecken.

Bedürftig waren sie des Trostes freilich sehr. Denn gewürgt hat der bureaukratisch-junkerliche Habicht das Hühnchen bis auf den letzten Atemzug. Irgend welche Gewissens- und Rechtsbedenken kannte er nicht, und man kann dem bürgerlichen Märtyrer zugeben, daß er in den fünfziger Jahren reichlich hat büßen müssen, was er in den Tagen der Revolution gesündigt hatte. Die Macht, die er dem König- und Junkertum wieder in die Hände gespielt hatte, wurde weidlich ausgenützt, um ihn zu peinigen und zu placken. Jedoch da er sich willig in diese See von Plagen tauchen ließ und nicht einmal aus eigener Kraft herausgeschwommen ist, so mag es seinen Tränenweibern überlassen bleiben, ihre Klagelieder darüber anzustimmen. Hier kommt es nur darauf an, aus der Geschichte der fünfziger Jahre die Tatsachen festzustellen, die so oder so auf die Schicksale des deutschen Proletariats eingewirkt haben.

Die Wahlen, die im Sommer 1849 auf Grund der oktroyierten Dreiklassenwahl stattfanden, waren endlich nach dem Herzen des Ministeriums Brandenburg-Manteuffel ausgefallen. In den neuen Kammern saß auf der äußersten Linken, was in der Berliner Versammlung von 1848 auf der äußersten Rechten gesessen hatte. Dieser ihr Charakter prägte sich bei den Wahlen von 1852 und 1855 noch mehr in reaktionärem Sinne aus. Die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 wurde nun im Handumdrehen von allen Märzerrungenschaften gereinigt. Aus dem immerhin sauberen Dasein eines Blattes Papier sank sie zum zerrissenen Fetzen herab, an dem jeder Bureaukrat seine Feder und jeder Junker seine Stiefel abwischte. Die Kammern waren fast immer willig, die Verfassung zu durchbrechen, und zudem half das feile Obertribunal nach, mißliebige Paragraphen trotz des klarsten Wortlauts in ihr Gegenteil zu interpretieren, vorausgesetzt, daß die Regierung es überhaupt für nötig hielt, die Verfassung zu vergewaltigen, statt sie einfach zu übertreten, als wäre sie nicht da. Jeder Berufung auf die Verfassung stellte die Regierung mit „antiker Offenheit“, wie ein patriotischer Historiker klagte, die kaltblütige Erklärung entgegen: es handelt sich

nur darum, ob dieser Artikel formell geändert oder im Verwaltungswege umgangen werden soll.

Bei dem gewaltigen Kehraus, der den Märzerrungenschaften getanzt wurde, machte man eine sehr bezeichnende Ausnahme mit dem Bürgerwehrgesetz. Es wurde suspendiert, aber nicht aufgehoben; man stellte es fein säuberlich in den Winkel, als ein Hausmittelchen für künftige Notfälle. Mit einem Institut, an dem sich so schnell und scharf der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat entfaltet hatte, mußte schonend umgegangen werden. Dagegen wurde das Gesetz zum Schutze der persönlichen Sicherheit beseitigt. Das Gesetz vom 8. April 1848 war bereits durch die oktroyierte Dreiklassenwahl zerrissen worden. Das gleiche Schicksal hätte die bureaukratisch-junkerliche Reaktion am liebsten auch dem Gesetze vom 6. April 1848 bereitet, aber an ihm stieß sie auf die Grenze ihrer Macht.

Soweit sie konnte, stampfte sie es in Grund und Boden. Statt der Preßfreiheit ohne Kautionen kam ein Preßgesetz mit Kautionen, mit Stempelsteuern, mit einer Präventivpolizei, die nahe an die Zensur streifte, mit allerlei sonstigen Chikanen. Politische und Preßvergehen wurden den Geschworenen entzogen und den besoldeten Gerichten überwiesen, für schwere Fälle wurde ein Staatsgerichtshof als Ausnahmegericht niedergesetzt. Der Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis fand seine Verwirklichung in der Herrschaft einer verfolgungssüchtigen Orthodoxie, die namentlich auch der Schule die Faust in den Nacken setzte. Die Unabhängigkeit der Richter wurde durch neue Disziplinargesetze zerbrochen und dem Ehrgeize richterlicher Streber in dem Strafgesetze von 1850 ein unbeschränktes Feld eröffnet. Das neue Kriminalrecht strafte die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder obrigkeitliche Anordnungen, strafte den Widerstand gegen Beamte, gleichviel ob ihre Handlungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse lagen oder nicht, strafte die öffentliche Billigung verbotener Handlungen, die Störung des öffentlichen Friedens, die Anreizung der Bevölkerungsklassen gegeneinander, was alles dem preußischen Landrecht unbekannt war. Es schützte nicht bloß die Personen in öffentlichen Ämtern gegen Beleidigungen und Verleumdungen, sondern auch die Einrichtungen des Staats und die Anordnungen der Obrigkeit gegen Entstellungen, Schmähungen, Erregung von Haß und Verachtung. Eine mißbilligende Kritik von Regierungshandlungen, ein Nachweis, daß

solche Handlungen rechtswidrig seien, wurde tatsächlich unmöglich gemacht. Die gesetzlich verbürgte Vereins- und Versammlungsfreiheit würgte die Verordnung von 1850 ab. Die Einreichung der Vereinsstatuten und Mitgliederverzeichnisse bei der Polizei trug den denunziatorischen Stempel an der Stirn, lieferte treffliches Material für die Register der heiligen Hermandad und gestattete der Regierung, die Leute, die mißliebigen Vereinen beigetreten waren, zu maßregeln und zu verfolgen. Das über politische Vereine verhängte Verbot, miteinander in Verbindung zu treten, lähmte die Entwicklung des modernen Parteiwesens. Die polizeiliche Anmeldung und Beaufsichtigung der Versammlungen gestattete jedem untergeordneten Polizisten, jede Versammlung in jedem Augenblick aufzulösen, ohne im schlimmsten und seltensten Falle mehr zu riskieren, als einen ermunternden Rüffel seines Vorgesetzten. Diese famose Verordnung brachte die Regierung übrigens mit einer Art Schamerrötens ein; sie gab ihr keine Motive bei, und ihre Helfershelfer in der Kammer mußten stottern, es handle sich um eine ganz provisorische Maßregel, die durch schwere Zeiten helfen solle, aber in besseren Zeiten wieder beseitigt werden würde. Bekanntlich besteht sie aber heute noch in ihren weitaus meisten Bestimmungen fort.

Dies alles gelang der bureaukratisch-junkerlichen Reaktion. Was ihr aber nicht oder doch nicht ganz gelang, das war, dem Gesetze vom 6. April 1848 seine eigentliche Krone auszubrechen, das Budget- und Steuerbewilligungsrecht. Das Steuerbewilligungsrecht wurde zwar auf das Maß zurückgeführt, das schon dem Vereinigten Landtage zugestanden hatte: auf die Bewilligung neuer Anleihen und Steuern, und ebenso wurde das Budgetbewilligungsrecht dadurch angezweifelt, daß man die Frage aufwarf, was geschehen solle, wenn kein Etatsgesetz fertig würde. Im Ernste war diese Frage natürlich gar keine Frage, denn seinem geschichtlichen und tatsächlichen Sinne nach bestand das Budgetrecht darin, daß die Regierung keine Ausgabe machen durfte, die das Parlament nicht gebilligt hatte. So hatte es auch die Versammlung von 1848 gemeint, aber um das Budgetrecht möglichst fest zu verankern, hatte sie es in dem Verfassungsentwurfe des Ministeriums Camphausen bei dem Artikel 99 belassen, wonach alle Einnahmen und Ausgaben des Staats alljährlich im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden müßten, der jährlich durch ein Gesetz festzustellen sei. Sie bildete

sich ein, die feierliche Form eines Gesetzes würde den von der Volksvertretung einmal festgestellten Etat um so unantastbarer machen, während vielleicht schon das Ministerium Camphausen-Hansemann, ganz gewiß aber das Ministerium Brandenburg-Manteuffel dabei an den Artikel 60 der Verfassung dachte, wonach die Übereinstimmung des Königs und der beiden Kammern zu jedem Gesetze erforderlich sei. Aus den Artikeln 99 und 60 folgerte die bureaukratisch-feudale Reaktion, daß die Volksvertretung an dem von der Regierung entworfenen Etat nur solche Änderungen vornehmen dürfe, die sich die Regierung mit guter oder böser Miene gefallen lasse. Die zweite Kammer von 1849 lehnte bei ihrer reaktionären Revision der Verfassung ausdrücklich einen Antrag der Gothaer ab, der den Artikel 99 in seinem eigentlichen Sinne deklarieren sollte, beantwortete aber allerdings auch nicht die von ihr selbst aufgeworfene Frage, was geschehen solle, wenn sich König und Kammer nicht über ein Etatsgesetz einigen könnten. Sie ließ die „Lücke“ bestehen mit dem Vorbehalte, sie im gegebenen Falle nach ihrem Geschmack auszufüllen. Einstweilen war noch nicht Not am Manne. Im Gegenteile, wenn die Reaktion das Steuer- und Budgetbewilligungsrecht so kappte oder doch lockerte, daß es im Bedürfnisfalle mit einem Axthiebe gefällt werden konnte, so hatte sie ihre zwingenden Gründe, seine innere Hohlheit nicht vorzeitig bloßzustellen.

Welches diese Gründe waren, sagte die Revue der Neuen Rheinischen Zeitung mit den klaren und knappen Worten: „Wenn wir zurückdenken an die Finanzbeklemmung von 1842 bis 1848, an die vergeblichen Borgversuche mit der Seehandlung und der Bank, an die abschlägigen Antworten Rothschilds, an die vom Vereinigten Landtage verweigerte Anleihe, an die Erschöpfung des Staatsschatzes und der öffentlichen Kassen, und wenn wir mit dem allen vergleichen den Finanzüberschuß von 1850 — drei Budgets mit 70 Millionen Defizit gedeckt, Darlehensscheine, Tresorscheine massenhaft in Umlauf gesetzt, der Staat mit der Bank auf einem besseren Fuß als je mit der Seehandlung, und zu alledem noch 34 Millionen bewilligter Anleihe in Reserve — welch ein Kontrast!“ Die Finanznot machte die offene Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen unmöglich; ohne Konstitutionalismus konnte der preußische Staat nicht mehr bestehen, und der junkerliche Ehrgeiz mußte sich darauf beschränken, den preußischen Konstitutionalismus zu einem bloßen Scheine zu machen.

Aber nicht die Finanznot allein setzte der bureaukratisch-feudalen Reaktion eine unüberwindliche Schranke. Auch auf sozialem Gebiete mußte sie sich bescheiden, wie auf politischem. Sie stellte die gutsherrliche Polizei, die feudalen Kreis- und Provinzialstände wieder her; ja sie krönte diese mittelalterliche Organisation dadurch, daß sie die erste Kammer durch das Herrenhaus ersetzte, worin das ostelbische Junkertum die angeborene Mehrheit hatte. Diese vollständig verfassungswidrige Mißgeburt konnte die ganze Gesetzgebung lahm legen, wenn einmal die Dreiklassenwahl versagen sollte. Die beiden Kammern mit ihren „revolutionären Namen" verschwanden; dafür bildeten Herren- und Abgeordnetenhaus den mittelalterlich anklingenden Landtag. Was sich aber auch hier als unmöglich erwies, das war die Aufrechterhaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Diese Grundlage aller feudalen Herrlichkeit mußte beseitigt werden. Den Junkern steckte die Angst vor den Bauern noch viel zu tief in den Knochen, als daß sie nicht selbst darauf gedrängt hätten. Sie sahen ein, daß, wie ein späteres Ministerium so schön sagte, eine „befriedigende Lösung bald erfolgen müsse, wenn die Frage nicht einer weniger rücksichtsvollen Behandlung entgegen eilen" sollte. Lassalle übersetzte die wohlklingende Phrase in den kräftigen und treffenden Satz: Der Feudalgeist fühlt die ihm so knapp zugemessene Zeit — und greift schnell noch mit beiden Händen von neuem in die Taschen des Volks, um noch vor dem Hahnenschrei durch eine neue Gewalt seinen feudalen Besitz in bürgerlichen zu verwandeln.

Tief genug griff das Gesetz über die Regulierung und Ablösung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse vom 2. März 1850 in die Taschen des Volks. Einige zwanzig ganz nebensächliche Lasten wurden unentgeltlich aufgehoben: solche Berechtigungen, wie das Ministerium sagte, „die nur in einer lästigen Beschränkung der freien Verfügung des Verpflichteten über den Grundbesitz bestehen und dem Berechtigten entweder gar keinen materiellen oder doch nur einen selten zu realisierenden, von ganz zufälligen Umständen abhängigen und deshalb nach Geld überhaupt nicht wohl zu veranschlagenden Vorteil gewähren", dazu einige Arten von Laudemien. Die meisten Laudemien mußten abgelöst werden, wie überhaupt jede halbwegs einträgliche Feudallast, wie auch die ungemessenen Dienste, deren rein feudale Natur schon im Jahre 1820 von der preußischen Gesetzgebung anerkannt worden war, so daß Lassalle ihre Ablösung mit Recht als einen widerrechtlich und wider das eigene Rechtsbewußt-

sein von der reichen Grundaristokratie am armen Manne begangenen Raub brandmarkte. Die Regulierung und Ablösung erstreckte sich diesmal auf die ganze Bauernschaft einschließlich der kleinen spannlosen Bauern; die Junker wollten eben reinen Tisch machen und den See bis auf den Grund abfischen.

Reguliert wurden aber nur noch 12706 Bauern, während Schlesien ihrer allein nach dem Stande von 1816 25000 hätte stellen müssen: so gründlich hatten die Junker in den Jahrzehnten vor der Märzrevolution unter den Bauern mit unsicherem Besitzrecht aufgeräumt. Viel weiter erstreckte sich die Ablösung, wobei die Junker insofern etwas nachließen, als die Geld- oder Kornrenten, in denen die Feudallasten abgeschätzt wurden, zum achtzehnfachen Betrage kapitalisiert werden konnten, und nicht mehr wie früher zum fünfundzwanzigfachen. Rentenbanken, die auf Staatskosten und mit Staatsgarantie errichtet wurden, vermittelten die Kapitalabzahlung, indem sie dem Gutsherrn den zwanzigfachen Betrag auszahlten, während der Bauer durch sechsundfünfzigjährige Abzahlung von Amortisationsraten aller Verpflichtung ledig wurde. Bis zum Jahre 1865 löste sich über eine Million Bauern ab.

Die abgelösten und regulierten Bauern zahlten 19697483 Taler an Kapital, 3890136 Taler und 55522 Scheffel Roggen an Renten, außerdem traten sie noch 113071 Morgen Land ab. Nach der Berechnung eines amtlichen Statistikers hat die ganze „Bauernbefreiung" von 1816 bis 1865 den ostelbischen Bauern, alles zusammengerechnet, 213861035 Taler gekostet. Doch ist diese Berechnung viel zu niedrig, da jener Statistiker den Scheffel Roggen nur zu 1, den Morgen Kulturland nur zu 20, den Morgen Forstland nur zu 10 Talern berechnet. Vermutlich kommt man der Wahrheit beträchtlich näher, wenn man sagt, daß die ostelbischen Bauern im Laufe von fünfzig Jahren eine Milliarde Mark an die Junker ausgezahlt haben, um lastenfrei einen Teil des Landes zurück zu erhalten, auf dem ihre Vorfahren als freie Leute gesessen hatten. Ungerechnet die vielen Tausende von Bauern, die im Schatten dieser weltberühmten „Sozialreform" mit Gewalt und List ins Proletariat hinabgestoßen worden sind. Satt waren übrigens die Junker bei alledem noch nicht, und Bismarck klagte wehmütig, daß die Rittergutsbesitzer von der preußischen Gesetzgebung als die „Parias des neunzehnten Jahrhunderts" behandelt würden.

Wie die Aufhebung der Erbuntertänigkeit ihrer Zeit durch die Gesindeordnung begleitet wurde, so jetzt die Aufhebung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses durch das Gesetz vom 24. April 1854, das von der „Verletzung der Dienstpflichten“ handelte und die ländlichen Arbeiter um so widerstandsloser in die Fäuste der Junker lieferte, als diese sich gleichzeitig wieder der gutsherrlichen Polizei bemächtigten. Neben anderen überaus chikanösen Bestimmungen stellte dies Gesetz jeden Koalitionsversuch des ländlichen Proletariats unter Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre. Wie die Junker die gutsherrliche Polizei ausübten, das plauderte der Graf Pfeil munter im Herrenhause aus. Er hauste in den schlesischen Weberdistrikten und rühmte sich, daß er einen Menschen, von dessen juristischer Unschuld er überzeugt gewesen sei, fünf Tage in Ketten und Kerker geworfen habe, um einen gefährlichen Aufstand zu ersticken; er rühmte sich auch, daß er einen Menschen gemißhandelt habe, der zur Zeit einer großen Hungersnot von einem toten, auf die Füchse als Luder geschlagenen Pferde Fleisch abgeschnitten und verzehrt habe. Die Regierung wagte kaum einen schwachen Protest gegen diese offenen Bekenntnisse einer schönen Junkerseele zu erheben.

Sonst allerdings vollzog sich der Ausgleich zwischen dem, was für die bureaukratisch-feudale Reaktion noch möglich und was für sie nicht mehr möglich war, unter heftigen Reibungen in ihrem eigenen Schoße. Der echte Landjunker lebte von je in einem ununterbrochenen Kleinkriege mit den Organen der Staatsgewalt, die schon aus militär- und steuerpolitischen Gründen das bequeme Dasein der „kleinen Herren“, die, wie Bismarck sagte, „natürliche politische Ordnung“ des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses störten. Recht aus der Seele dieser Junker heraus schrieb Bismarck an Wagener: „Die Bureaukratie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, nur ihr Magen ist gesund, und die Gesetzesexkremente, die sie von sich gibt, sind der natürlichste Dreck von der Welt.“ Die feudalen Junker wollten stierköpfig in die vormärzlichen Zustände zurück. Die Lektion von 1848 war tief genug gegangen, um sie mit heller Angst um Haut und Beutel zu erfüllen, aber nicht tief genug, um sie dauernd von ihrer Sehnsucht nach dem Mittelalter zu heilen. Sie überrannten ihre eigenen Führer, Stahl, Wagener, die Gerlachs, die ganz gut wußten, daß sich der Großgrundbesitz als herrschende Klasse nicht mehr auf einer Grundlage etablieren konnte, die von der Revolution ein für allemal zertrümmert worden war.

Zwischen diesen Führern selbst bestanden mannigfache Meinungsverschiedenheiten. Die Gerlachs steckten noch tief in der Romantik, Stahl dagegen hatte zärtlich genug mit der modernen Philosophie gebuhlt, um, wie Lassalle spottete, einen jakobinischen Hauch von ihr zu empfangen, während Wagener in der bürgerlichen Gesellschaft zu gut orientiert war, um nicht den Kampf gegen die „modernen Raubritter hinter den hohen Fabrikschornsteinen" aller philosophischen und religiösen Verheuchelung der Junkerinteressen voranzustellen. Jedenfalls waren sie aber darin einig, gute Miene zum bösen Spiele zu machen, heimlich über die beschränkten Junker zu räsonnieren, die mit der Front nach dem Mist und mit dem Rücken nach dem Staate ständen, und öffentlich die genasführten Führer zu spielen. Ehrlicher als sie, sagte sich Huber nunmehr von der feudalen Partei los, mit der Erklärung, sie sei ein Stein am Halse jeder Macht, der sie sich anhänge, vom Königtum bis zur Zunft.

Natürlich war das Rattenfängerlied vom „sozialen Königtum" verklungen, sobald die Bourgeoisie untergeduckt worden war. Höchstens Lorenz Stein orakelte noch aus seiner Studierstube, alles Königtum werde fortan entweder ein leerer Schatten oder eine Despotie werden oder untergehen in Republik, wenn es nicht den hohen Mut habe, soziales Königtum zu werden, aber er predigte tauben Ohren. Das einzige Gesetz der fünfziger Jahre, das der Not des industriellen Proletariats zu steuern suchte, ging von dem einzigen konservativen Bourgeois aus, der mit am Steuer der bureaukratisch-feudalen Reaktion saß, von dem Handelsminister v. d. Heydt. Er war Teilnehmer des Bankhauses Kersten & Söhne in Elberfeld und ein richtiger Bourgeois des vermuckerten Wuppertals. Man erzählte von ihm, daß er sich jeden Morgen einen Choral vorspielen lasse und niemals ohne Tränen in den Augen von seiner seligen Mutter spräche, was ihn nicht hinderte, mit allen Wassern der kapitalistischen Ausbeutung gewaschen zu sein. So auch stöhnte er über das ihm wohlbekannte Elend des rheinischen Proletariats: ehe dieses Elend fortdauere, möge die ganze Industrie zu Grunde gehen, und brachte das Fabrikgesetz vom 16. Mai 1853 durch, ohne sich weiter um dessen praktische Ausführung zu bemühen.

Das Gesetz untersagte die fabrikmäßige Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren, und gestattete bis zum vierzehnten Lebensjahre nur eine sechs-, bis zum sechzehnten nur eine zehnstündige Arbeitszeit;

auch wurde für die Bezirke Aachen, Arnsberg und Düsseldorf je ein Fabrikinspektor zur Überwachung der Vorschriften angestellt. Aber als diese Beamten fungierten ganz untaugliche Leute, die den hartnäckigen Widerstand der Fabrikanten weder brechen konnten noch auch nur brechen wollten. Brachten sie wirklich einmal einen Industriellen zur Anzeige und Bestrafung, so tröstete sich der Sünder: die fünfzig Taler Strafe quetsche ich in einer Woche wieder aus den Kindern heraus. Der Fabrikinspektor in Aachen legte nach dreijähriger Amtsführung noch eine vollständige Unkenntnis des Gewerbewesens an den Tag und erregte durch seine schönfärberischen Berichte sogar den Unwillen der Bezirksregierung. Anders allerdings der Polizeirat Piper, der im Jahre 1857 sein Nachfolger wurde und aus dem eigenen Antriebe seines gewissenhaften, tapferen und tüchtigen Charakters heraus den Kampf mit den mächtigen Fabrikanten aufnahm. Er unterdrückte das Trucksystem, überraschte die industriellen Betriebe durch unvermutete Besuche, vereitelte alle Schliche, die Kinderarbeit seiner Kontrolle zu entziehen, wartete vor den zerstreuten Fabriken auf der Eifel oft stundenlang bei bitterer Kälte und in tiefem Schnee auf die Kinder, sorgte im städtischen Schulkollegium für ihren regelmäßigen Schulbesuch und widmete sich so eifrig seinem Berufe, daß er sich ihm endlich geopfert hat. Die unaufhörlichen Anstrengungen warfen ihn auf ein langwieriges Krankenlager, von dem er nicht wieder genesen sollte. Das „soziale Königtum" linderte das langsame Sterben des wackeren Mannes durch eine jährliche Spende von Einhundert Talern preußisch Kurant. Das patriotische Entsetzen über diese Verschwendung kann nur dadurch gelindert werden, daß sie erst in den sechziger Jahren erfolgte, nachdem sich eben dies „soziale Königtum" in den fünfziger Jahren bereits dadurch gedeckt hatte, daß es dem Zentralvereine für das Wohl der arbeitenden Klassen den Rest von siebentausend Talern vorenthielt, der in der Revolutionszeit von der berühmten Spende der vierziger Jahre noch nicht ausgegeben worden war.

In der Regierung gehörte der Minister v. Westphalen, ein Schwager von Karl Marx, der feudalen Richtung an. Sie hatte ihn als Minister des Innern eingeschmuggelt, als Manteuffel nach dem Tode Brandenburgs zum Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen avanciert war. Jedoch war Westphalen nicht der Mann, die bureaukratische Opposition gegen das Übermaß der junkerlichen Gelüste zu sprengen.

Er ließ sich namentlich seinen eigenen Untergebenen, den Berliner Polizeipräsidenten v. Hinckeldey, über den Kopf wachsen. Die Tatsache, daß dieser Macher des Prozesses Waldeck, des Kölner Kommunistenprozesses, des Prozesses Ladendorf der gescheiteste und rührigste Kopf der Bureaukratie war, bewies zur Genüge, daß es sich bei dem holden Zwiste innerhalb der bureaukratisch-feudalen Reaktion um alles andere eher als um edle Güter der Menschheit handelte. Hinckeldey hauste in Berlin ziemlich ebenso, wie der Graf Pfeil im schlesischen Gebirge. Als Stieber unter der Neuen Ära zum Sündenbock für die polizeilichen Untaten der fünfziger Jahre gemacht wurde, wies er aus den Akten nach, daß sich Hinckeldey im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft und dem Gerichte grundsätzlich über die klarsten Vorschriften der Gesetze weggesetzt, fast täglich ungesetzliche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen habe.

Die Sache war nur die, daß mit dem Amt auch der Verstand kam, daß die Bureaukratie mit der Nase darauf gestoßen wurde, unter welchen reellen Möglichkeiten der preußische Staat in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts überhaupt nur bestehen konnte. Selbst Manteuffel, der bei seiner trägen Natur den starken Mann nur spielte, um vor jedem ernsthaften Gegner mutig zurückzuweichen, mußte sich zu dem Versuche entschließen, die preußische Steuergesetzgebung einigermaßen vom feudalen auf den bürgerlichen Fuß zu stellen. Immerhin ging er nur mit halbem Herzen vor und ließ sich gefallen, daß sein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen auf die lange Bank geschoben, sein anderer Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, sowie Einführung einer Einkommensteuer in sehr verstümmelter Form angenommen wurde. Mit ganzem Herzen huldigte Manteuffel moderneren Instinkten allein im frivolen Börsenspiele. Dagegen zog Hinckeldey rücksichtsloser die Konsequenzen der Lage, worin sich die Bureaukratie befand. Echter Pascha, wie er war, mochte er nicht bloß zerstören, sondern auch bauen. Je wilder er die politischen Ansprüche der Bourgeoisie haßte, um so besser begriff er, daß diese Ansprüche am sichersten niedergehalten werden könnten, wenn die materiellen Interessen der Bourgeoisie befriedigt würden. Hinckeldey hat Berlin zur wirklichen Großstadt gemacht, indem er eine Menge großstädtischer Einrichtungen schuf, die Feuerwehr, die Wasserleitung, die Straßenreinigung, die öffentlichen Bade- und Waschanstalten, die Anschlagsäulen, das Telegraphen-

netz und vieles andere, meist unter heftigem Widerstreben der städtischen Behörden, die in der angeborenen Unfähigkeit der Berliner Bourgeoisie ihren historischen Beruf dadurch erfüllt zu haben glaubten, daß sie Manteuffel und Wrangel zu Ehrenbürgern ernannten. Übrigens stellte sich bei Hinckeldeys Tode heraus, daß er in all diesen großen Unternehmungen arm wie eine Kirchenmaus geblieben war, was auch noch keinem der „Edelsten und Besten" hat nachgesagt werden können, die sich in der berühmten „Selbstverwaltung des deutschen Bürgertums" marktschreierische Lorbeeren errungen haben.

Am lebhaftesten entbrannte der Zwist zwischen der bureaukratischen und der feudalen Richtung zur Zeit des Krimkriegs. So sehr dieser Krieg in den Grenzen eines Kabinettskrieges blieb, war er doch der erste Rückschlag auf die europäische Diktatur, die sich der Zar nach dem Siege der Gegenrevolution anmaßte. Preußen war damals ein russisches Paschalik, und die preußischen Junker wußten, daß jeder Schlag, der das von ihnen als „Vater des Vaterlandes" gefeierte Väterchen treffe, auch ihre Macht erschüttere. Sie hatten durch den Generaladjutanten v. Gerlach und den Kabinettsrat Niebuhr das Ohr des Königs und drängten auf die Unterstützung Rußlands. Umgekehrt hielten Manteuffel und Hinckeldey, und mit ihnen der Thronfolger, zu den Westmächten, deren Sieg den feudalen Übermut dämpfen mußte, ohne doch irgend eine revolutionäre Propaganda hervorzurufen; der Bonapartismus berührte sich mannigfach mit Hinckeldeys Idealen. Es begann nun eine Katzbalgerei, die zu einer vollständigen Anarchie innerhalb der Regierung führte. Die Feudalen hetzten den ehemaligen Zuchthäusler Lindenberg als Spion auf die Fersen des Prinzen von Preußen, während Manteuffel den ehemaligen Zuchthäusler Techen die Geheimschränke des Generals v. Gerlach erbrechen und dessen geheime Korrespondenz mit dem russischen Hofe stehlen ließ. Da Manteuffel seinen Dieb nach altpreußischer Art sehr knickerig bezahlte, so verkaufte Techen seine Beute zugleich an den französischen Gesandten, und nun brach jener internationale Skandal aus, der unter dem Namen des Depeschendiebstahls bekannt geworden ist und den preußischen Staat um den etwa noch vorhandenen Rest seines europäischen Ansehens brachte.

Einen durchschlagenden Erfolg trug weder die Bureaukratie noch das Junkertum davon. Hinckeldey vermochte zwar, Wagener aus der Redaktion der Kreuzzeitung zu beißen, wurde aber bald selbst, als er sich

einfallen ließ, eine feudale Spielhölle aufzuheben, von einem Mitgliede des Herrenhauses vor die Pistole gefordert und erschossen. Dann aber stellte die geistige Erkrankung des Königs die süße Eintracht innerhalb der bureaukratisch-feudalen Reaktion wieder her, denn von diesem Ereignisse wurden die gemeinsamen Wurzeln ihrer Macht bedroht.

Der König hatte sich nach alter Gewohnheit von den streitenden Brüdern hin- und herzerren lassen. Den alten romantischen Genossen blieb wohl der wärmste Platz in seinem Herzen, umsomehr, als er den trockenen Schleicher Manteuffel und dessen geschäftsmäßig nüchterne Reaktionspraxis nicht ausstehen mochte, aber er liebte doch auch sehr seinen hauptstädtischen Polizeipräsidenten, der so schöne Verschwörungen erfand und die ermattende Phantasie seines königlichen Gönners mit so unheimlichen Revolutionsgeschichten auffrischte. Trotz aller kontrerevolutionären Erfolge kam der König zu keiner rechten Freude am Leben mehr. Die alten romantischen Träume wollten nicht wiederkehren, nachdem ein Revolutionssturm über den europäischen Boden gefegt war, und der „Racker von Staat" ließ sich nach wie vor nicht kneten, wie es den allerhöchsten Fingern beliebte. Über alle schwankenden Handlungen und widerstreitenden Empfindungen des Königs siegte zuletzt das dumpfe Gefühl, daß die Illusionen seines Lebens auf Nimmerwiederkehr zerronnen seien, und er dämmerte in die Nacht des Wahnsinns hinüber.

Der Thronfolger aber kam mit der bureaukratisch-feudalen Reaktion gänzlich auseinander: mit ihrem bureaukratischen und mehr noch mit ihrem feudalen Flügel. Der Prinz von Preußen besaß weder die Begabung noch die Bildung seines Bruders. Als jüngerer Sohn war er im militärischen Drill aufgezogen worden, in den er sich um so eher schickte, als er den kraft- und schwunglosen Geist des Vaters geerbt hatte. Romantischer Überschwang lag ihm fern, und seinen altpreußischen Appetit nach Annexionen störten viel weniger sentimentale Schrullen über den gottgewollten Vorrang des Erzhauses Österreich. Er wollte sich nicht so schlechtweg um den Sold prellen lassen, um den sich die preußische Regierung zum Henkersdienst an der deutschen Revolution gedrängt hatte, und zerfiel mit Manteuffel, als dieser den Gang nach Olmütz antrat. Seitdem wurde er von der bureaukratisch-feudalen Reaktion als „liberal" geächtet und bis in sein privates Leben hinein angeärgert. Der Krimkrieg näherte ihn zeitweise der Fraktion Manteuffel,

aber nur um ihn mit der Fraktion Gerlach desto weiter auseinander zu bringen. Dann verdarb ihm die ganze bureaukratisch-feudale Reaktion dadurch völlig die Laune, daß sie den Wahnsinn des Königs lange vertuschte, und als sie ihn nicht mehr vertuschen konnte, den Prinzen von Preußen noch ein volles Jahr von der verfassungsmäßigen Regentschaft fern zu halten wußte. Erst im Herbste 1858 konnte er die Zügel der Regierung ergreifen. Er jagte Westphalen sofort, Manteuffel und die übrigen Minister nach einigen Wochen aus dem Amte und bildete ein neues Ministerium aus den schwächlichsten Gothaern, aus den verbürgerlichten Aristokraten Auerswald, Patow, Schwerin, denselben Leuten, die zehn Jahre früher im Ministerium Camphausen gesessen hatten. Ohn all ihr Verdienst und Würdigkeit brachte die Bourgeoisie wieder einen Fuß in den Steigbügel.

---

2. Ökonomischer Aufschwung.

Allzu schwer hatte sie unter der reaktionären Wirtschaft der fünfziger Jahre nicht gelitten. Ihr rechter Flügel besaß soviel parlamentarische und publizistische Bewegungsfreiheit, wie seinem schwachen Leibe frommte, und ihr linker Flügel tröstete sich mit der industriellen Prosperität über das vorläufige Verpuffen seines politischen Ehrgeizes.

Die Bourgeoisie verstand es zudem, aus der politischen Schande der Reaktionsjahre reichliches Kapital zu schlagen. Wenn der preußische Staat im Krimkriege durch sein hilfloses Hin- und Hertaumeln zwischen den kriegführenden Mächten zum europäischen Gespötte wurde, so konnte er gerade als neutrales Land Rußland versorgen und versorgte es mit den schönsten Profiten für das Kapital. Die boshaften Verfolgungen der Gegenrevolution steigerten die Auswanderung in den fünfziger Jahren auf nahezu eine Million Köpfe, aber in demselben Umfange steigerten sie auch die ozeanische Dampfschiffahrt. Und nun gar für die kleinen Plackereien und Zwackereien der Reaktion wußte das Kapital seine Revanche zu nehmen. Im Jahre 1851 befand sich ziemlich die Hälfte des preußischen Offizierkorps in seinen wucherischen Händen, und als der hinterpommersche Landrat v. Diest-Daber, der dem Kreise Elberfeld zur Strafe aufgehängt worden war, das weitverzweigte Bestechungssystem aufdeckte, wodurch die rheinische Bourgeoisie ihre Söhne dem Militärdienst entzog, da stieß er bis ins Kabinett des Königs auf un-

überwindliche Hindernisse und mußte selbst bei der ersten passenden Gelegenheit über die Klinge springen.

Am letzten Ende nahm die Bourgeoisie alles politische Ungemach gern in den Kauf, wenn nur das Proletariat geknebelt blieb und die Geschäfte gut gingen. Beides leistete oder schien die Reaktion zu leisten. Die Geschäfte gingen sogar sehr gut. In Süddeutschland nahm die Baumwollindustrie einen großartigen Aufschwung. In Sachsen entwickelten sich fast alle Zweige der Metall- und Textilindustrie in größerem Maßstabe als bisher. In Preußen warf man sich heftig auf Bergbau und Hüttenbetrieb. Kohle und Eisen wurden zum Losungsworte der Zeit. In zehn Jahren stieg die Kohlenproduktion im Königreiche Sachsen aufs Doppelte, am Rhein und in Westfalen aufs Dreifache, Schlesien hielt die Mitte. Der Wert des produzierten Roheisens verdoppelte sich in Schlesien, in den Rheinlanden verfünffachte er sich. Der Wert der gesamten Bergwerksproduktion wuchs um mehr als das Dreifache. Entsprechend der Produktions- entwickelten sich die Verkehrsverhältnisse. Die Reederei gedieh, und das Netz der Eisenbahnen spann sich durch den massenhaften Gütertransport zu einer vorher nie geahnten Dichtigkeit aus.

Mochte Deutschland in alledem noch hinter England und Frankreich zurückstehen, so trat das große Kapital doch auch schon im Lande der Eichen und Linden in seine Schwindelblüte. In der Berliner Handelsgesellschaft und in der von Hansemann gegründeten Diskontogesellschaft entstanden die ersten jener großen Geldmächte, die der Aussaugung der Volksmassen auf großkapitalistischer Stufenleiter als unentbehrliche Schröpfköpfe dienen. In Berlin kam es schon zu einem hübschen kleinen Gründungsschwindel, dem nach der Handelskrise von 1857 ein ebenso hübscher kleiner Krach folgte. Dem Staatsanwalt, der zunächst noch nicht orientiert war und dem verdächtigen Kapitalismus eines auszuwischen gedachte, fielen höhere Mächte in den Arm, und die Handelswelt warf sich für die „kaufmännischen Usancen" mit einer Begeisterung ins Zeug, die sie weit entfernt war, irgend einem politischen Ideal zu widmen.

Dabei war auch nichts zu verwundern. Ein liberaler Historiker schreibt in bitterer Selbstkritik über diese Zeit: „Man verdiente viel Geld und lebte alle Tage besser. Rasch reich gewordene Kaufherren hatten die Genugtuung, Adel und Bureaukratie finanziell, bald auch in einzelnen Fällen sozial zu überflügeln. Sie prunkten in den elegantesten

Equipagen, sie hatten Livreen wie der Herr Baron, sie gaben Diners, an denen Diplomaten und Minister gern teilnahmen, sie bekamen Orden und Titel, ja sie wurden, wenn es ganz gut ging, selber Baron. Wie hätten diese Millionäre dazu kommen sollen, sich mit den Verlegenheiten der Nation zu inkommodieren, die keine Anleihen machte, keine lukrativen Konzessionen erteilte und durchweg in schlechten Verhältnissen lebte?" In der Tat, wie hätten sie dazu kommen sollen?

Dennoch gab es ein Gebiet, auf dem auch die Bourgeoisie rebellisch blieb und nur immer rebellischer wurde, je größeren Anlaß sie bekam, sich ihren fetten Bauch zu streicheln. Die deutsche Zerrissenheit legte der schrankenlosen Entfaltung des Kapitalismus die drückendsten Fesseln an. Die verschiedenen Maß-, Münz- und Gewichtssysteme innerhalb des deutschen Gebiets, die Ehe- und Niederlassungsbeschränkungen, welche die einzelnen Staaten trennten und das Kapital an der freien Verfügung über das Proletariat hinderten, der Mangel an diplomatischem Schutz im Auslande, der die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkte empfindlich beschwerte — diese und andere Folgen des deutschen Partikularismus wurden für die deutsche Bourgeoisie um so unerträglicher, je mehr sie über alles bisherige Maß hinauswuchs. So offen sie auf alle Freiheitsträume verzichtete, wenn nur die Profite anschwollen, so sehr drängten die anschwellenden Profite sie auf die deutsche Einheit. Für schwärmerische Gemüter hatte es unzweifelhaft etwas Niederschlagendes, daß dieser „große Gedanke" aus den erhabenen Regionen mittelalterlicher Romantik auf die ebene Erde modernsten Schachers herabsank, aber sie mußten sich damit trösten, daß er jetzt wenigstens festen Boden unter den Füßen hatte. War es doch ein günstiges Vorzeichen, daß die deutsche Wechselordnung, die kurz vor Ausbruch der Märzrevolution auf dem Papiere fertig gemacht worden war, sich mitten in den Stürmen der Revolution und Gegenrevolution schlankweg an die Stelle von 56 partikularen Wechselordnungen gesetzt hatte, das einzige gelungene Werk inmitten so vieler Trümmer.

Der Kongreß deutscher Volkswirte, der die Einheitsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie zusammenfaßte, hatte allerdings verzweifelt geringe Ähnlichkeit mit Klopstocks deutschen Bardenhainen oder den feierlichen Kommersen der romantischen Burschenschaft. Die Nichts-als-Freihändler, die sich auf ihm tummelten, waren die literarischen Bediensteten der Bourgeoisie, in deren Auftrage sie für die deutsche Einheit als wirt-

schaftliche Notwendigkeit, für Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, für die schleunige Wegräumung aller feudal-zünftigen Schranken und kurzum für alle Interessen des Kapitalismus zu agitieren hatten. Sie taten, was ihres Amtes war, nicht ohne Erfolg, wenn auch meist mit unglaublich leichtem Gepäck. Die Zeiten waren vorüber, wo sich die deutschen Freihändler erst zu den Füßen eines verhungernden Philosophen niederlassen mußten, um ihre Weisheit für das deutsche Bürgertum schmackhaft zu machen. Diese Klasse hatte ein sehr feines Ohr bekommen für das Geld, das im Kasten klingt, und die deutschen Freihändler mochten sich auch nicht gern mehr mit hungrigen Leuten einlassen. Sie saßen auf einem grünen Zweige. Ihre Hauptführer, Faucher und Prince-Smith, arme Teufel von Haus aus, hatten zwei Jungfern geheiratet, Faucher als galanter Franzose die junge Nichte, Prince-Smith als praktischer Engländer die alte Tante, zwei Jungfern, die Unter den Linden eine baufällige Baracke besaßen auf einem großen Grundstücke, das durch den mächtig anwachsenden Verkehr der preußischen Hauptstadt einen kolossalen Wert erlangt hatte. Angeheiratet an diese goldspendende Scholle, entwickelte Faucher mit überzeugender Beweiskraft, daß die kapitalistischen Profite der Lohn für die Entbehrungen seien, die sich die Besitzer des Kapitals auferlegt hätten, um es zu sammeln, entwickelte Prince-Smith nicht weniger eindringlich, daß die Familien, die das größte Kapital zu sparen gewußt und damit dem Volkshaushalte die größte Wohltat erwiesen hätten, mit Recht den größten Anteil an dem Nationalprodukte beanspruchen könnten und müßten.

Das alte Verhängnis der deutschen Bourgeoisie bewährte sich wieder an dem Kongresse der deutschen Volkswirte. Bei jedem Schlage gegen seine historischen Vordermänner schielte er scheu zurück auf seine historischen Hintermänner. Das Maß der Kraft, womit er die überlebten Produktionsweisen des Mittelalters bekämpfte, wurde mindestens erreicht durch das Maß von Verlegenheit, womit er das Kleinbürgertum und die Arbeiterklasse über die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu täuschen suchte. Für diesen Zweck war ihm selbst noch das englische Manchestertum zu ehrlich, und er schwor jetzt Stein und Bein auf die Ökonomischen Harmonien des Franzosen Bastiat, durch die dieser geistreichelnde Schwätzer alle Not des industriellen Proletariats auf dem Papiere weggepfuscht hatte. Zwar hatte Rodbertus in seinen Sozialen Briefen das von Bastiat gesponnene Gewebe handgreiflicher

Sophismen längst zerrissen, aber Rodbertus totzuschweigen, war für den Kongreß der deutschen Volkswirte ein Kinderspiel. Er bekam es wirklich fertig, wenn auch nicht eigentlich das Proletariat, so doch das Kleinbürgertum einzufangen.

Das deutsche Handwerk hatte in den fünfziger Jahren einiges von dem fruchtbaren Platzregen des ökonomischen Aufschwunges abbekommen, während das schnelle Anwachsen der großen Industrie seine Wurzeln noch mehr lockerte, als sie bisher schon gelockert worden waren. Zu einer wirklichen Blüte, wie in den dreißiger Jahren, kam es nicht mehr. Am wenigsten konnte die von der preußischen Regierung beliebte Rückwärtsrevidierung der Gewerbeordnung im zünftlerischen Sinn ihm wieder zu den Tagen helfen, die für immer vergangen waren. Die einzige Wirkung der reaktionären Torheit war, die alten verlebten Zunftmeister in trügerische Sicherheit zu lullen, dagegen die noch lebenskräftigen und regsamen Glieder des Handwerks umsomehr zu lähmen.

Diesen Elementen boten eine wirksamere Hilfe die Kredit-, Vorschuß- und Rohstoffvereine, für die Schulze-Delitzsch eine rührige Agitation entfaltete, seitdem ihn die Regierung aus seinem richterlichen Amte gemaßregelt hatte. Schulze kam halb und halb zufällig in die Agitation für das Genossenschaftswesen hinein. Was den paar kleinen Vereinen, die er zunächst in seiner Vaterstadt Delitzsch und ihrer Umgebung gegründet hatte, eine schnelle Blüte und Verbreitung verschaffte, war das von einer perfiden Gesetzgebung niedergehaltene Bedürfnis des Kleingewerbes nach einem geregelten Kreditwesen. In seiner praktischen Weise hatte Schulze mit seinem Statut glücklich die Klippe umschifft, die das preußische Landrecht einem volkstümlichen Bankwesen entgegenstellte, und es mindert sein wirkliches Verdienst durchaus nicht, daß er seinen schnellen Erfolgen zuerst überrascht und nicht ohne Bedenken gegenüberstand. Irgend welche Nebenabsichten hatte er bei seiner Agitation nicht. Als wohlmeinender Kleinbürger wollte er seiner Klasse helfen, und soweit ihr noch zu helfen war, half er ihr auch wirklich. Es war eine Utopie, durch ein kleinbürgerliches Genossenschaftswesen „Mammonismus und Pauperismus“ auszugleichen, diese „unseligen Auswüchse unserer Industrie“, in denen Schulze „zwei gleich feindliche Mächte wahrer Kultur“ erblickte, aber diese Utopie gab der Sache der Assoziation einen starken Anstoß, unmittelbar für die kleinbürgerlichen, mittelbar auch für die proletarischen Bevölkerungsschichten. Rodbertus

sagte treffend, Schulze werde den Schatz nicht finden, nach dem er im Weinberge grabe, aber sein Graben mache den Weinberg doch fruchtbarer.

Die Bourgeoisie sah zuerst sehr scheel zu Schulzes Bemühungen, die ihr das Verschlingen des Kleinbetriebes zu erschweren drohten und, was noch viel schrecklicher war, möglicherweise das Proletariat widerhaariger machen konnten. Indessen kam sie bald dahinter, daß sich mit Schulze leben ließ. Er hielt es für angemessen, einem internationalen Wohltätigkeitskongresse, der 1857 in Frankfurt a. M. tagte, seine Gedanken vorzutragen. Hier fühlten ihm einige Vorkämpfer des großen Kapitalismus auf den Zahn und machten die für sie erfreuliche Entdeckung, daß es mit seinem Beißen nicht weit her sei. Es war das Jahr der großen Handelskrise, die zuerst wieder die Bourgeoisie um ihre Gottähnlichkeit bange machte. Ihre schlaueren Köpfe erkannten, daß Schulze ein brauchbarer und kein unnützer Knecht sei, und sie machten ohne große Mühe den nach Art kleinbürgerlicher Größen eitlen und selbstgefälligen Mann seinem besseren Teil abwendig. Schon im nächsten Jahre wurde auf dem Volkswirtschaftlichen Kongresse in Gotha der Pakt abgeschlossen. Schulze schwang die Fahne Bastiats mit begeistertem Eifer und wurde dafür von den großkapitalistischen Kumpanen als neuer Arbeiterheiland ausgerufen.

Das Kleinbürgertum ließ sich abermals von der Bourgeoisie ins Schlepptau nehmen. Die traurigen Erfahrungen, die es 1848 mit dieser Gefolgschaft gemacht hatte, waren nicht ganz spurlos an ihm vorübergegangen; seit dem Frühjahr 1849 hatten sich seine kräftigeren Elemente um die Urwählerzeitung zu sammeln gesucht, ein kleines Blatt, das Aron Bernstein geschickt und tapfer redigierte. In die Katastrophe des Ladendorffschen Prozesses verwickelt, ging es unter, um sofort als Volkszeitung wieder aufzuerstehen und den Kampf mit der bureaukratisch-feudalen Reaktion eifrig fortzusetzen. Die Volkszeitung gewann bis tief ins Proletariat hinein einen großen Anhang. Aber auch sie machte Schulzes Schwenkung auf ökonomischem Gebiete mit. Die Schuld daran trug weniger ihr Verleger Franz Duncker, der immer seine Vorbehalte gegen das Manchestertum gemacht hat, als Bernstein selbst. Bernstein besaß eine seltene Gabe, naturwissenschaftliche Kenntnisse in den Massen zu verbreiten und hat sich auf diesem Gebiete auch sehr verdient gemacht, aber in der Ökonomie und Politik arbeitete er mehr mit biedermännischer Gesinnung, als mit wirklichen Kenntnissen.

Seinem naturwissenschaftlich, aber nicht ökonomisch gebildeten Verstande leuchtete Bastiats Trugschluß ein: die Lebensmittel müßten immer wohlfeiler und den arbeitenden Klassen immer zugänglicher werden, da die Fortschritte der Naturwissenschaften die Arbeit immer mehr den Naturkräften aufzubürden gestatteten, und die freie Konkurrenz nicht dulden werde, daß sich jemand bezahlen lasse, was nicht die Arbeit, sondern die Natur mit ihrer Kraft leiste. So wurde kaum in einem Blatte der Bourgeoisie die Litanei des großkapitalistischen Sykophanten so gläubig nachgebetet, wie in dem entschiedensten Organe des damaligen Kleinbürgertums.

---

3. Bürgerliche Literatur und Philosophie.

Mit dem ökonomischen und politischen Umschlage der fünfziger Jahre wandelte sich entsprechend ihre literarische und philosophische Entwicklung. Die feudale Romantik spiegelte sich in der Amaranth von Redwitz so wie sie war: fanatisch und doch morsch in allen Knochen. Eine süßlich-weichliche Epik und Lyrik zeigte schon in ihrem zierlichen Goldschnittformat, daß alles Mark aus der deutschen Poesie gewichen sei. Bodenstedt mit der dürftigen Weisheit seines Mirza Schaffy, Roquette mit seinen Rhein-, Wein- und Wandermärchen, Scheffel mit seinen Saufliedern suchten den politischen Katzenjammer des deutschen Philisters zu verscheuchen, wie die Rothaut im Feuerwasser ihr historisches Mißgeschick ertränkt. Ehrlicher stemmte sich Gutzkow in zwei großen Romanen der Not der Zeit entgegen, um endlich nach mühseliger Wanderung durch je neun dicke Bände zu gestehen, daß er sie nicht heilen könne, weder mit der Vision eines Geheimbundes aller Ritter vom Geiste, noch mit der Vision des zu freigemeindlichen Grundsätzen bekehrten Zauberers von Rom.

Der größte Dramatiker der Zeit, der in manchem Betracht der größte Dramatiker der deutschen Literatur überhaupt war, schwamm mit Wohlbehagen im Strudel der Gegenrevolution und verspottete die Ultrademokraten, die Eigentum und Familie nicht respektierten, die also gar keine Gesellschaft wollten, ja konsequenterweise auch nicht den Menschen, das Tier, den Baum wollen könnten, die doch auch Kerker freier Kräfte, nämlich der Elemente seien. Hatte Friedrich Hebbel in den vierziger Jahren das einzige bürgerliche Trauerspiel geschaffen, das sich mit

Schillers Kabale und Liebe messen konnte, so machte er jetzt den kapitalistischen Idealmenschen von Arbeiter, der seinen sozialistisch gesinnten Kameraden totzuschlagen droht, um die Wucherer zu schützen, zum Helden eines epischen Gedichts, so erhob er den scheußlichen Mord, den ein mittelalterlicher Herzog an der Agnes Bernauer begangen hatte, zur tragischen Höhe, um in diesem Spiegel die gewalttätige Reaktionswirtschaft in Berlin und Wien zu verherrlichen, so feierte er umschichtig den Kaiser von Österreich und den König von Preußen als die Schöpfer deutscher Herrlichkeit und Macht. Otto Ludwig aber dichtete ein dramatisches „Warnungsbild" gegen die Revolution in seinem Erbförster, der das instinktive Rechtsgefühl der Massen bloßstellen sollte, indem der wackere Waldmensch nicht zu kapieren vermag, daß ihm als „Arbeitnehmer" allezeit von seinem „Arbeitgeber" gekündigt werden könne, und dadurch in alle Greuel der Schicksalstragödie gerät.

Es war noch nicht ein Jahr seit dem Maiaufstande von 1849 verflossen, als dieses Stück, das schmutzigen Strolchen eine aberwitzige Philosophie der Revolution in den Mund legt, unter rauschendem Beifall zuerst auf der Dresdener Hofbühne erschien, unter den Augen des Ministers Beust, der die Gefangenen des Maiaufstandes im Zuchthause von Waldheim zum Entsetzen der gesitteten Welt peinigte; eine ästhetische Geschmack- und politische Taktlosigkeit gleichen Kalibers, wie sie Otto Ludwig mit dieser Aufführung beging, wird man in der revolutionären Literatur der vierziger Jahre vergebens suchen. Bezeichnend für die Zeit war auch das Wiedererwachen der Dialektdichtung, die Ludolf Wienbarg als ästhetischer Wortführer des Jungen Deutschlands entschieden bekämpft hatte: Fritz Reuter opferte in seinem immer noch kräftigsten Gedichte den gemißhandelten Knecht, der in gerechter Notwehr den junkerlichen Dränger erschlagen hatte, den Furien des Gewissens, und durch die humoristische Schilderung der Demagogenjagd, die sein eigenes Leben zerstört hatte, rief er Zieglers melancholisches Wort hervor: Reuter ist ein so echter Deutscher, daß er über eine so infame Rechtsverhöhnung scherzen kann.

Auf philosophischem Gebiete trat Schopenhauer in die Tage seines Ruhmes, und die Briefe an seine Apostel wiederholten bis zum Überdrusse: der Nil ist bei Kairo. Die Philosophie des spießbürgerlichen Rentners trug es über die himmelstürmenden Anläufe der Junghegelianer davon. Ein volles Menschenalter hindurch, solange noch

irgend etwas von Kraft und Mut im Schoße des deutschen Bürgertums lebte, hatten Schopenhauers Schriften wie Blei im Speicher des Verlegers gelegen; nun da er ein Greis war, trafen seine Parerga und Paralipomena ins Schwarze. Welches Glück auch für den deutschen Bourgeois, daß eine in ihrer Art geistreiche Philosophie ihm über alle Gefühle der Reue und Scham hinweghalf, indem sie ihm nachwies, daß alle seine eigen- und scheelsüchtigen Instinkte den Kern der menschlichen Weisheit bildeten! Was wunder auch, daß die Vossische Zeitung als Trommelschlägerin voranging bei Schopenhauers Triumphzuge durch die deutschen Lande!

Die ideologischen Junghegelianer hatte die Sturmflut der Revolution alle auf den Strand geworfen. Ruge war bei dem Versuche, die „Vernunft der Ereignisse zu redigieren", aus einem tragikomischen Abenteuer ins andere getaumelt. Strauß, den der landsmannschaftliche Patriotismus seiner Vaterstadt Ludwigsburg in die württembergische Kammer gewählt hatte, holte sich selbst von diesen getreuesten Gevattern ein Mißtrauensvotum, als er den kaiserlich königlichen Mördern Robert Blums ein halbes Vertrauensvotum spendete. Bruno Bauer hatte sich 1848 und 1849 in Berlin um ein parlamentarisches Mandat beworben, aber die Wähler trauten ihm nicht, so ernsthaft er sie versicherte, er werde die reine frische Luft der Kritik in den Saal bringen lassen, wo es durch den Streit der Interessen dumpf und schwül geworden sei, wo der Phrasenkampf die Atmosphäre stickig mache. Jetzt begeisterte er sich für die russische Urkraft, lebte selbst als Bauer in Rixdorf, arbeitete am Tage mit Hacke und Spaten auf dem Felde und am Abend mit Tinte und Feder in einem ehemaligen Kuhstalle; alle Samstage erschreckte er die geschniegelten Herren der Kreuzzeitung, wenn er mit seinen Kotstiefeln, seinem siebenkragigen Mantel, seinem grünwollenen Schal auf ihrer Redaktion erschien, um sein Manuskript für Wageners Gesellschafts- und Staatslexikon abzuliefern, worin er umschichtig die antiken Philosophen und die modernen Juden verarbeitete. Ein ganz stiller Mann war Max Stirner geworden. Er hatte der Revolution den Rücken gekehrt, die nicht das „Eigentum" des „Einzigen" sein konnte, aber auch der Praxis des kapitalistischen Konkurrenzkampfes war sein philosophischer Verkünder nicht gewachsen. So ist Stirner, ein Schatten schon unter den Lebenden, in einen langsamen Hungertod gegangen.

Die unsterbliche Seele des vormärzlichen Idealismus war längst in den historischen Materialismus gefahren; auf dem Grabhügel seiner sterblichen Reste hockte ein schnurriger Kobold von nachmärzlichem Materialismus. Seine „tätig ihn preisenden, predigend reisenden" Bekenner, Jakob Moleschott, Karl Vogt, Ludwig Büchner, trabten im Trosse der, wie in allen Zeiten industrieller Blüte, so auch in den fünfziger Jahren rüstig aufstrebenden Naturwissenschaften. Ihr Materialismus glich dem französischen Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts, wie die vermanteuffelte Bourgeoisie der fünfziger Jahre jener bürgerlichen Klasse glich, welche die große französische Revolution durchkämpft hatte. Er fiel nicht nur hinter den deutschen Idealismus, sondern selbst auf eine verhältnismäßig frühe Stufe des französischen Materialismus zurück. Er kitzelte die aufwuchernde Bourgeoisie, die ihre politischen Ideale in den Schornstein gehängt hatte, aber an dem industriell-naturwissenschaftlichen Fortschritt ihre helle Freude hatte, zum Nachtische mit materialistischen Kraftphrasen, wie etwa La Mettrie den alten Fritz mit eben solchen Phrasen zum Nachtische gekitzelt hatte. Wie großartig mußte sich der satte Mastbürger noch in seinem geheimen Gemache vorkommen, wenn Karl Vogt ihn versicherte: die Gedanken stehen in demselben Verhältnis zum Gehirn, wie der Urin zu den Nieren!

Bei Lichte besehen kam dieser Materialismus auch da, wo er etwas zu leisten versuchte, um einen oder selbst zwei Posttage zu spät. Ging er um die politischen und sozialen Probleme herum, wie die Katze um den heißen Brei, so wollte er wenigstens mit dem „Köhlerglauben" der Religion aufräumen, so wollte er von einer „doppelten Buchführung" zwischen Glauben und Wissen nichts hören. Nun hatte aber schon der deutsche Idealismus mit der Religion in ihren gröberen oder feineren Formen reinen Tisch gemacht, und gegen Feuerbachs Wesen des Christentums kamen die bürgerlichen Materialisten der fünfziger Jahre nicht auf. Sie verstanden nicht einmal, die philosophischen Begriffe richtig zu unterscheiden, und halfen sich in dieser Verlegenheit damit, daß sie alle Philosophie, die nicht sofort von jedem Gebildeten, will sagen jedem Bourgeois, begriffen werden könne, zum Teufel wünschten. Dann aber, und eben deshalb, weil sie den Idealismus überhaupt nicht verstanden, wußten sie auch nicht den sterblichen Punkt der Religion zu treffen. Sie stolperten über das Denken, wie der Idealismus über das Sein

gestolpert war. Vogt mochte jene Kraftphrase vom Verhältnis zwischen Gedanke und Gehirn hinschleudern und in dieser prahlerischen Geschmacklosigkeit sein Genüge finden, aber Büchner, der die Dinge ernsthafter nahm und ein wenig von dem feurigen Weine seines älteren Bruders Georg gekostet hatte, wurde durch seine beschränkte Kraftstoffelei in den Schoß der urältesten Kirchenväter zurückgewirbelt.

Indem er Vogts Renommistereien zurückwies, sagte er selbst, Kraft und Stoff seien unzertrennlich, aber doch begrifflich sehr weit auseinandergehend, „ja in gewissem Sinne einander geradezu negierend“. Und weiter: „Wenigstens wüßten wir nicht, wie man Geist, Kraft als etwas anderes, denn als Immaterielles, an sich die Materie Ausschließendes oder ihr Entgegengesetztes definieren wolle.“ Damit war aber der ganze Dualismus des Christentums anerkannt, wie schon Albert Lange gegen Büchner eingewandt hat. Daß Kraft und Stoff unzertrennlich verbunden sind, ist für die sichtbare und greifbare Natur hinlänglich bewiesen. Wenn aber die Kraft etwas ihrem Wesen nach Übersinnliches ist, warum soll sie nicht in einer Welt, die unsere Sinne nicht zu fassen vermögen, für sich oder in Verbindung mit immateriellen Substanzen existieren? Die Frage, wie Religionen entstehen und vergehen, konnte der historische Materialismus beantworten, aber nicht der abstrakt-naturwissenschaftliche, der den geschichtlichen Prozeß ausschloß und sofort in dichter Finsternis tappte, sobald er sich über seine Spezialität hinauswagte, auf politischem und sozialem Gebiete nicht minder als auf religiösem.

Die Unzulänglichkeit dieses Materialismus erkannte auch Feuerbach. Er gewann ihm seine beste Seite ab, indem er die Torheit der Reaktion verspottete, die hinter der philosophischen und politischen Diskussion herjagte, um der naturwissenschaftlichen Forschung freien Lauf zu lassen, aber er fügte hinzu, daß Moleschotts Materialismns für ihn zwar die Grundlage des Gebäudes des menschlichen Wesens und Wissens sei, nicht jedoch wie für Moleschott das Gebäude selbst. Nach dem Eingang in dies Gebäude tastete Feuerbach mit manchem ahnenden Worte, so mit jenem „berüchtigten Aberwitze“, an dem die eklektischen Flohknacker der deutschen Universitätsphilosophie heute noch ihre patriotischen Speere verstechen, mit dem Satze: Der Mensch ißt, was er ist, der in dem Zusammenhange Feuerbachs sagen sollte, daß ein menschenwürdiges Dasein der Massen die Vorbedingung aller menschlichen Bildung und

Gesittung sei. Jedoch zum Verständnis des historischen Materialismus drang der edle Denker nicht vor, weil er das innere Räderwerk der modernen bürgerlichen Gesellschaft niemals kennen lernte. Er siechte dahin in melancholischer Einsamkeit.

Der nachmärzliche Materialismus war ein Modespielzeug der Bourgeoisie, das sie jeden Tag zerbrechen konnte und das sie auch wirklich zerbrach, sobald mit der Frömmelei bessere Geschäfte zu machen waren als mit der Freigeisterei. Treffender als in ihm spiegelten sich die Ideale ihrer Gegenwart und die Hoffnungen ihrer Zukunft in zwei Zeitschriften wieder, in den Preußischen Jahrbüchern, die in Berlin, und in den Grenzboten, die in Leipzig erschienen. Diese Organe wurden die eifrigen Kuppler für den Bund der deutschen Bourgeoisie mit dem preußischen Staat, und sie hatten die richtige Witterung.

Zwischen ihnen selbst fand eine gewisse Teilung der Arbeit statt. Um die Preußischen Jahrbücher gruppierte sich die kleindeutsche Geschichtsbaumeisterei, die den preußischen Staat als einen Märtyrer darstellte, der eigentlich von jeher für die deutsche Einheit und Freiheit geblutet habe, und nur mit anderen Märtyrern das Mißgeschick teile, von der undankbaren Welt verkannt zu werden. So schilderte Droysen den altpreußischen General York, einen der galligsten Junker, von denen die preußische Geschichte zu erzählen weiß, als einen nationalen Helden, und diese Biographie wurde ein Lieblingsbuch der deutschen Bourgeoisie, worüber der alte achtzigjährige Schön, dem Yorks feudale Ränke genug zu schaffen gemacht haben, bei all seinem preußischen Patriotismus verwundert den Kopf schüttelte.

Der Verbürgerlichung des Preußentums arbeiteten die Grenzboten mit der Verpreußung des Bürgertums in die Hände. Ihre Matadore waren Gustav Freytag und Julian Schmidt. Freytags Soll und Haben verklärte literarisch die deutsche Bourgeoisie der fünfziger Jahre. Noch steckte ihre neue Welt voll ererbter Vorurteile, noch war sie kleinbürgerlich verkröpft und verzerrt: kein Welthandel, sondern Zwischenhandel, wie ihn das Haus T. O. Schröter treibt. Der Held des Romans hat an philisterhafter Langweiligkeit in der Romanliteratur aller Völker nicht seinesgleichen. Aber wie hob sich die satte Tugend und zahlungsfähige Moral dieses Musterknaben von dem bankerotten Junkertum ab! Freytag verstand es vortrefflich, die moralische Tunke anzurühren, worin der deutsche Bourgeois allemal seinen Profit serviert zu haben wünscht.

Seine dichterischen Gaben waren mäßig, und ihm fehlte fast alle Phantasie, aber niemals hat die ausschweifende Begeisterung eines religiösen Dichters den Himmel mit unzähligeren Engeln bevölkert, als Freytag dem Hause T. O. Schröter jeden Schluck Handelsprofit von zahllosen Heinzelmännchen kredenzen ließ. In seinen Journalisten feierte er die bürgerliche Presse in all ihrer Tintensklaverei als genial, heiter, liebenswürdig; in seinen Bildern aus der deutschen Vergangenheit wies er nach, daß die Deutschen seit zweitausend Jahren „in Tugenden und Schwächen, in Anlage und Charakter" so ziemlich immer dieselben gewesen seien, wie die Spießbürger seiner Zeit. Alles schmiegte sich wundersam diesem Normalmenschen an, und was ihm etwa noch als Dorn im Fleische saß, wie die jüdische Konkurrenz, das wurde im Wucherer Itzig und im Zeilenschinder Schmock gründlich abgestraft.

An sanftem Leitseile führte Freytag die bürgerliche Klasse in sein geliebtes Borussentum hinüber. Aufgewachsen in den polnisch-schlesischen Grenzstrichen, war er wenigstens ein ehrlicher und überzeugter Borusse, was seine Erfolge ebenso erleichterte, wie das Stück reeller Bildung, das er sich aus der alten guten Zeit der deutschen Gelehrsamkeit gerettet hatte. Mit einer geschickten, leichten und im letzten Grunde auch nicht unehrlichen Hand half er der Bourgeoisie aus der idealistischen in die mammonistische, aus der schwarz-rot-goldenen in die schwarz-weiße Haut. Viel ärger trieb es sein Kumpan Julian Schmidt. Der einzige Gedanke, den er je produziert hat, war die Forderung, daß der Roman das deutsche Volk da aufsuchen solle, wo es in seiner Tüchtigkeit zu finden sei, nämlich bei seiner Arbeit, will sagen bei seiner Profitmacherei. Julian Schmidt füllte die grünen Hefte der Grenzboten mit ebenso abgeschmackten wie absprechenden Kritiken über alle Wolkenkuckucksheimer von Leibniz bis Gutzkow, Kritiken, die er dann in drei dicken Bänden deutscher Literaturgeschichte zusammenheften ließ und als breite Bettelsuppe dem bürgerlichen Publikum vorsetzte, das vergnügt genug darin löffelte.

Gegen die Romantik hegte Julian Schmidt wenigstens einen nicht ganz unechten Zorn, obgleich seine platte Nüchternheit nicht einmal ihr wirksam in die Flanke zu fallen vermochte. Dagegen war schlechthin widerwärtig seine Mißhandlung der klassischen Literatur und Philosophie. Hätte er sie einfach zum alten Eisen geworfen, gut: weshalb sollte es nicht auch einmal solchen Kauz geben? Aber er tat ihr Schlimmes

an: mit gönnerhafter Überlegenheit, mit einer rechthaberischen Unwissenheit, hinter der sich nur seine Unfähigkeit versteckte, sie geistig zu durchdringen, stumpfte er ihre männliche Tatkraft ab und flößte den bürgerlichen Biedermännern das beglückende Gefühl ein, daß die Lessing und Goethe und Schiller, die Kant und Fichte und Hegel eigentlich Fleisch von ihrem Fleisch und darüber hinaus trostlos dumme Kerle gewesen seien. Feuerbach, von dem Julian Schmidt geschrieben hatte, daß nur Halbgebildete ihm zustimmen könnten, sagte mit kaltblütiger Verachtung: „Es ist das Urteil eines Knaben über einen Mann." Aber nicht nur Feuerbach, sondern auch Ruge und Schopenhauer fanden Worte kräftigen Urteils über ein Treiben, das als knabenhafte Tempelschändung noch am mildesten beurteilt wurde.

Jedoch sie ballten die Faust nur in der Tasche, und noch fand sich keine rauhe Hand, die den kritischen Kunstrichter der Grenzboten nach Verdienst gestraft hätte.

Siebentes Kapitel.

Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus.

Der kommunistischen Propaganda fehlte im Deutschland der fünfziger Jahre jeder Spielraum. Die Arbeiterklasse bot ihr keinen Resonanzboden, und ihre leitenden Träger waren in allen Erdteilen zerstreut, hatten fast alle den bittersten Kampf um des Lebens Nahrung und Notdurft zu bestehen. Selbst der deutsche Büchermarkt verschloß sich Männern wie Marx und Engels; die noch am radikalsten sich gebärdenden Verleger antworteten gleichwohl mit aufrichtigem Entsetzen auf die „zeitwidrige Zumutung", ihre Arbeiten zu drucken. Erst gegen Ende des Jahrzehnts erwarb sich Franz Duncker das Verdienst, diesen Bann zu brechen.

Deshalb waren die fünfziger Jahre für den wissenschaftlichen Kommunismus nicht verloren. Sie wurden für ihn eine Periode der Sammlung und Vertiefung. Er schliff aus seinem Schwerte die Scharten, die es im heißen Kampfe der Revolutionsjahre davongetragen hatte, und baute aus gewaltigen Quadern die Mauern zu Schutz und Trutz, an denen sich seine Gegner fortan die Köpfe zerschellen sollten. Wo die praktische Propaganda noch möglich war, wie in der amerikanischen und englischen Presse, da wurde sie keineswegs vernachlässigt. In den Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß, die zugleich in Basel und Boston erschienen, stellte Marx die preußische Regierung an den Pranger, an den sie gehörte. Für eine deutsch-amerikanische Monatsschrift, die sein Freund Weydemeyer herausgab, schrieb er die Geschichte des französischen Staatsstreichs, den Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte, worin er nachwies, wie der Klassenkampf in Frankreich einer mittelmäßigen und grotesken Personnage das Spiel der Heldenrolle ermöglicht habe; ein Meisterstück materialistischer Geschichtsschreibung, stellte diese ätzende, von Geist und Witz funkelnde Kritik dem von allen europäischen Gesellschaftsrettern angestaunten Bonapartismus die Perspektive seiner gleich schmachvollen Erfolge und Niederlagen. In der

New York Tribune, deren europäischer Redakteur Marx bis zum amerikanischen Bürgerkriege war, zeichnete er in kraftvollen Zügen die Geschichte der deutschen Revolution und Gegenrevolution. An den chartistischen Blättern, die noch nach der großen Niederlage des Chartismus im Jahre 1848 die Agitation für das allgemeine Stimmrecht fortsetzten, arbeitete er mit uneigennützigem Eifer mit; in mehreren Flugschriften geißelte er die Liebesdienste, die Lord Palmerston dem Zarismus leistete. Es war ein tüchtiges Tagewerk selbst für einen tüchtigen Mann, doch nur der geringste Teil von dem, was Marx in den fünfziger Jahren gearbeitet hat.

Wie Marx in der Tätigkeit für die New York Tribune die materielle Grundlage seiner Existenz fand, so trat Engels wieder in das Geschäft seines Vaters in Manchester ein. Die räumliche Trennung hinderte nicht die Gemeinsamkeit ihrer Arbeit. Sie teilten sich fortan so darein, daß Engels die Vertretung des gemeinsamen Standpunkts gegenüber gegnerischen Angriffen übernahm, wozu sich freilich lange Jahre hindurch keine Gelegenheit bot, während Marx in umfassenden Studien die wissenschaftliche Grundlage des modernen Kommunismus aufmauerte, seine Ziele in all ihren historischen Zusammenhängen fest verankerte. Die Schätze des British Museum boten ihm eine unerschöpfliche Quelle der Belehrung. Marx wie Engels haben in diesem Jahrzehnt auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft geforscht und gelernt; sie haben die erzwungene Pause des Kampfes für ihre große Sache so gründlich ausgenützt, wie nur je die günstigsten Aussichten des Kampfes selbst. Keinen Augenblick beirrte es sie, daß ihrer das Vaterland nicht anders gedachte, als mit schimpflichen Nachreden, in denen sich der Haß ihrer Gegner nunmehr straflos entladen konnte.

Es waren bei alledem schwere Zeiten, und ein Nachklang zittert noch in den Worten, die Engels ein Menschenalter später am Grabe von Frau Marx sprach: „Diesmal war es für Jenny Marx das Exil mit allen seinen Schrecken. Den materiellen Druck, unter dem sie ihre beiden Knaben und ein Töchterchen ins Grab sinken sah, hätte sie dennoch überwunden. Aber daß Regierung und bürgerliche Opposition, von der vulgär-liberalen bis zur demokratischen, sich zusammentaten zu einer großen Verschwörung gegen ihren Mann, daß sie ihn mit den elendesten und niederträchtigsten Verleumdungen überschütteten, daß die gesamte Presse sich ihm verschloß, ihm jede Verteidigung abschnitt, so

daß er momentan wehrlos dastand vor Gegnern, die er und sie verachteten, das hat sie tief getroffen. Und das dauerte sehr lange." In diesen düsteren Jahren hat Marx die Hauptarbeit getan für sein wissenschaftliches Hauptwerk.

In Deutschland selbst lebte die kommunistische Propaganda im stummen Trotz einzelner Arbeiter fort und in den glühenden Hoffnungen Ferdinand Lassalles. Die Briefe, die er in dieser Zeit an Marx richtete, stellen seinem revolutionären Eifer das glänzendste Zeugnis aus; mitten in dem wilden Schaumspritzen der Gegenrevolution stand er, wie ein unerschütterlicher Fels, und sein Haus in Düsseldorf war in den Tagen des weißen Schreckens das sturmfeste Asyl aller Verfolgten. Trotz der polizeilichen Spürnasen unterhielt er einen regen Verkehr mit den rheinischen Arbeitern, hielt ihnen belehrende Vorträge, verschaffte ihnen Bücher, scheute kein Geldopfer, wo er ihnen helfen konnte. Am schwersten fiel ihm die Trennung von den alten Freunden der Revolutionsjahre. „Ach, ihr seid nicht exiliert", schrieb er am 26. April 1857 an Marx, „ich bin es! Denn ihr seid doch viele der alten Kampf- und Gesinnungsgenossen in einer Stadt zusammen! Aber i ch lebe nun jetzt alle diese Jahre hindurch so ganz allein, ganz vereinsamt von den früheren Waffenbrüdern, der Letzte der Mohikaner, wie ich mich in einem Anfall von Sentimentalität nannte. Das ist wirklich auch sehr hart. Denn wenn ich von der Arbeiterklasse absehe, die ihr Herz und ihren Sinn nicht nur gesund und frisch bewahrt, sondern seitdem auch sehr entwickelt hat, so herrscht noch immer und mehr denn je unter den sogenannten gebildeten Leuten dieselbe Scheuheit, dieselbe Angst, dasselbe Sichverstecken wie früher. Kaum eine bis zwei Ausnahmen gibt es davon. Freilich ist Düsseldorf eine kleine Stadt und hat überhaupt keine geistigen Kapazitäten." Im Jahre 1854 hatte Lassalle die Sache der Gräfin Hatzfeldt zum Siege geführt und dann in „wahnsinniger zweijähriger Arbeit" sein Werk über Heraklit vollendet; unter Berufung teils auf die Notwendigkeit, die Drucklegung dieses Werkes zu überwachen, teils auf ein Augenleiden, das ihn zwinge, den berühmten Augenarzt Graefe zu konsultieren, erkämpfte er sich von der Berliner Polizei die Erlaubnis, auf einige Monate in der Hauptstadt zu leben, wohin er, wie er in jenem Briefe an Marx schrieb, in wenigen Tagen übersiedeln werde.

Weder gegen Marx noch sonst gegen jemanden hat Lassalle je ein Hehl aus seinem Verlangen gemacht, in einer großen Stadt zu leben,

und er hatte auch nicht den geringsten Anlaß dazu. Ihm daraus einen Vorwurf zu machen, auf Triebe der Eitelkeit oder den Durst nach Anerkennung zurückzuführen, was ein geistig und politisch gleich berechtigtes Existenzbedürfnis war, läuft auf eine unerfreuliche Splitterrichterei hinaus. Auch die lange verbreitete Legende, wonach Lassalle durch Vermittlung Alexander v. Humboldts bei Friedrich Wilhelm IV. antichambriert haben sollte, um die provisorische Aufenthaltserlaubnis für Berlin zu erhalten, ist endgültig beseitigt. Dagegen hat eine neuere Veröffentlichung aus den Archiven dargetan, daß Lassalle, um den ungewöhnlich boshaften und hartnäckigen Widerstand zu brechen, den die Berliner Behörden seiner Niederlassung in Berlin entgegensetzten, wiederholt zu Mitteln gegriffen hat, die sich für ihn nicht schickten; weder ein Schreiben, das er im Mai 1855 an den Polizeipräsidenten v. Hinckeldey richtete, noch eine Eingabe an den Prinzen von Preußen, den Stellvertreter des geistig erkrankten Königs, durch die Lassalle einen gegen ihn erlassenen Ausweisungsbefehl im Juni 1858 rückgängig zu machen suchte, waren seiner würdig. Gewiß war dieser Ausweisungsbefehl aus den denkbar frivolsten Gründen erlassen worden. Lassalle, der sich eben in Berlin heimisch gemacht hatte, sollte wieder aus der Stadt vertrieben werden, weil ein militärischer Rowdy ihn ohne jeden Anlaß auf öffentlicher Straße zu zweit überfallen hatte und von ihm, wie sich gebührte, niedergeschlagen worden war. Aber der Revolutionär von 1848 und 1849 durfte kein Bittgesuch an den „Kartätschenprinzen" richten; daran hätte ihn hindern sollen, was Marx einmal den einfachen sittlichen Takt nennt, der sich selbst einem Scheinkompromiß mit den bestehenden Gewalten fern hält.

Man mag in diesen Entgleisungen Lassalles noch einen Nachklang der Hatzfeldtschen Händel sehen, wie denn Lassalles Eintreten für eine gemißhandelte und wehrlose Frau dem christlichen Staate schon in vormärzlicher Zeit den ersten Anlaß gegeben hatte, ihn aus Berlin zu vertreiben, und wie seine Beziehungen zur Gräfin Hatzfeldt auch später für die gerechten und wohlwollenden Männer der Berliner Polizei bei der Frage mitspielten, ob er in Berlin zu dulden sei oder nicht. Immer ist dann zu erwägen, daß eben diese Händel, gleichviel wie man über sie urteilen mag, den „letzten Mohikaner" an Deutschland fesselten, ihm eine ununterbrochene Fühlung mit der Entwicklung der deutschen Zustände gestatteten. Er selbst erfuhr in Berlin, wie leicht schon eine verhältnismäßig geringe Entfernung optische Täuschungen hervorzurufen

vermag; wenn er in der rheinischen Arbeiterbevölkerung die Überlieferungen der Revolutionsjahre noch immer lebendig gesehen hatte, so wurde ihm in Berlin zu seinem Leidwesen klar, wie wenig die ostelbische Bevölkerung noch „entmonarchisiert" war. Ein Realpolitiker, wie Lassalle in ganz anderem und viel tieferem Sinne war, als die rückgratlosen Liberalen, die sich mit Vorliebe so nennen, hat er diese Tatsache in seine Rechnung zu stellen gewußt, und sein Briefwechsel mit Marx und Engels gerade aus dieser Berliner Zeit zeigt auf jeder Seite, daß kluge Überlegung war, was man sonst wohl als unerfreuliche Abfärbung des Berliner Lebens auf seinen Charakter betrachtet hat.

Deshalb darf eine solche unerfreuliche Abfärbung nicht völlig bestritten werden. Lassalle, den eine Rente von mehreren tausend Talern, ein für die damalige Zeit sehr beträchtliches Einkommen, aller gemeinen Sorgen ums Dasein enthob, hat in der Berliner Gesellschaft wohl „geglänzt", wie es der Knabe in seinem Tagebuche nennt. In dem Hause Franz Dunckers, wo sich die literarische und die politische Opposition sammelte, war er der viel angefeindete und viel bewunderte Mittelpunkt, aber seine gesellschaftlichen Beziehungen reichten darüber aus, nicht nur in die wissenschaftlichen Kreise eines Boeckh und Humboldt, sondern auch in manche Gesellschaftsschichte, wo von irgend einer Gemeinsamkeit geistiger Interessen kaum noch gesprochen werden konnte und das reine Modelöwentum begann.

Es war auch nicht zum Heile Lassalles, daß ihm die Gräfin Hatzfeldt nach Berlin folgte. Zwar wäre es ungerecht, den hohen Sinn zu verkennen, der in Lassalles Treue für die Gräfin, wie in ihrer Treue für ihn lag, aber der stete Verkehr mit der gescheiten welterfahrenen Frau von fünfzig Jahren lenkte den um so viel jüngeren und trotz allen genialen Selbstbewußtseins um so viel naiveren Mann in eine nicht immer richtige Bahn. Sicherlich hat die Gräfin Hatzfeldt, soweit sie Lassalle leiten konnte, ihn stets nur zu dem geleitet, was sie nach ihrer aufrichtigen Überzeugung für sein Bestes hielt, aber dafür, was sein Bestes war, konnte sie nach ihrer ganzen Vergangenheit höchstens ein angelerntes Verständnis besitzen, und die dankbare Huldigung, womit sie ihn auf Schritt und Tritt umgab, förderte eher die schwachen, als die starken Instinkte Lassalles.

Trotzdem vergaß er nie seine großen Zwecke. Immer auf dem Sprunge, in die revolutionäre Entwicklung einzugreifen, sobald sie wieder

einsetzte, hat er in diesen Tagen des Harrens und Wartens sein wissenschaftliches Hauptwerk geschrieben, von dem er sagen durfte, daß es ein „Riesenwerk menschlichen Fleißes“ sei. Er verfolgte darin dasselbe revolutionäre Ziel wie Marx, aber auf Wegen, die nicht minder klar hervortreten ließen, was beide Männer trennte, als was sie verband.

I. Marx und Lassalle.

Albert Lange hat den Vergleich zwischen dem Kapital von Marx und Lassalles System der erworbenen Rechte einmal dahin gezogen: „Beide Werke haben das Gemeinsame, daß in ihnen eine sonst nirgends wieder erreichte Durchdringung des spekulativen Elements und des positiven Stoffes zu Tage tritt, aber sie unterscheiden sich dadurch, daß Lassalle seinem Meister (Hegel) in Beziehung auf die spekulative Grundlage freier und — als wesentlich philosophische Natur — unabhängiger gegenübersteht, während der juristische Stoff seines Werkes zwar mit ungemeiner Geisteskraft erarbeitet, aber doch immerhin eben zum Zwecke dieser Leistung erarbeitet dasteht, daß dagegen bei Marx der volkswirtschaftliche Stoff aus einem staunenswerten und mit seltenster Freiheit beherrschten Material empirischer Fachkenntnisse gleichsam von selbst hervorfließt, während die spekulative Form sich eng an die Manier des philosophischen Vorbildes (Hegel) anschließt und sich in manchen Teilen des Werkes zum Nachteil seiner Wirksamkeit mühsam in den Stoff eindrängt.“ In einer Beziehung stellt dies Urteil die Dinge geradezu auf den Kopf. Nicht Lassalle stand der Hegelschen Spekulation freier und unabhängiger gegenüber als Marx, sondern umgekehrt: Marx hatte den Fehler aus Hegels Rechnung, den Lassalle erst halb herauszurechnen verstand, ganz herauszurechnen gewußt. Langes Irrtum erklärt sich daraus, daß er selbst den historischen Materialismus nicht begriff. Jedoch in einer anderen Beziehung rührt er an den tiefsten Grund des Unterschiedes, der zwischen Lassalle und Marx bestand. Beide waren Revolutionäre, aber Lassalle erarbeitete sich einen kolossalen Wissensstoff als das gewaltigste Mittel, die Gesellschaft zu revolutionieren, während Marx mit empirischen Fachkenntnissen auf den Grund der Dinge drang, um sich in den Dienst der revolutionären Triebkräfte zu stellen, welche die bürgerliche Gesellschaft umwälzen.

Sozusagen plastisch erscheint der Unterschied, wenn man die literarischen Lieblinge der beiden Männer gegenüberstellt. Für Marx waren es Homer, Dante, Shakespeare, Cervantes, von den neueren Balzac; für Lassalle Hutten, Lessing, Fichte, von den neueren Platen. Es sind zwei grundverschiedene Reihen literarischer Typen. Dort Köpfe, die das Bild eines ganzen Zeitalters so objektiv in sich aufgenommen haben, daß jeder subjektive Rest mehr oder minder, ja teilweise so vollständig aufgegangen ist, daß die Schöpfer hinter ihren Schöpfungen in mythischem Dunkel verschwinden. Hier Köpfe, die, wie einer von ihnen singt, nur „ein Bild des Bilds der Welt" wiederstrahlen, Männer, in deren Werken wir nicht sowohl erkennen, wie ihre Welt ausgesehen hat, als wie sie selbst sich ihrer Welt bemächtigt oder zu bemächtigen versucht haben. Wer liest heute Huttens Pamphlete um ihrer selbst, um ihres Inhaltes oder auch nur um ihrer Form willen? Man liest sie um Huttens willen. Von allen historischen Gestalten stand Hutten dem Herzen Lassalles am nächsten. Er sagt einmal, Huttens und sein Schicksal seien vollständig gleich und von überraschender Ähnlichkeit, eine Behauptung, gegen die mit Recht eingewandt worden ist, daß sie zur Zeit, als Lassalle sie aufstellte, möglichst wenig der tatsächlichen Wirklichkeit entsprach. Gleichwohl entsprang sie einer sehr richtigen Empfindung. Man halte Lassalles und Huttens früheste Kundgebungen nebeneinander: Lassalles Tagebuch und Huttens Querelen gegen die Lötze, und man wird die überraschendste Ähnlichkeit in der Grundform ihrer Temperamente finden. Sie ähneln sich bis auf die kindliche Selbsttäuschung, womit sie sich als unschuldig verfolgte Lämmer aufspielen, während man doch nur hundert Zeilen von Hutten wie von Lassalle zu lesen braucht, um zu wissen, daß sie von früh an sehr unbequeme Gesellen gewesen sein müssen für den gewohnten Schlendrian ihrer Umgebung. Um mit seinem Lieblingsdichter Platen zu sprechen, so fand Lassalle den „Knoten seiner verworrenen Lebensrätsel" gelöst in Huttens Worte: „Wahr ist, daß ich hierin nicht mehr denn andere, ja auch weniger als mancher, zu sorgen hab: allein daß mich Gott mit dem Gemüt (ich förcht) beschwert hat, daß mir gemeiner Schmerz weher tut und tiefer denn vielleicht anderen zu Herzen geht."

Jeder Vergleich hinkt, und es wäre töricht, den Vergleich zwischen Lassalle und Marx an der Hand ihrer literarischen Sympathien über den Punkt hinauszutreiben, an dem er den verschiedenen Grundzug ihrer Geistestätigkeit beleuchtet. Dabei würde Lassalle wie Marx sehr zu

kurz kommen. Aber in jener Beschränkung hat der Vergleich seinen guten Sinn. Unterstellt man einen Augenblick die unmögliche Möglichkeit, daß Marx bis auf den Namen vergessen werden könnte, so würde gleichwohl sein Hauptwerk durch die Jahrhunderte dauern als das getreueste Bild des großindustriellen Zeitalters, während Lassalles Schriften, wie zum Teile heute schon, so binnen weniger Jahrzehnte nur noch leben werden als Urkunde dessen, was ein genialer Mensch in einer weltgeschichtlichen Bewegung gedacht und getan hat, als unvergängliche Zeugnisse menschlichen Geistes, nicht aber als monumentale Werke, in denen eine große Weltwende einen klassischen Ausdruck gefunden hat. Rein äußerlich zeigt sich dieses Verhältnis darin, daß Lassalle auch in seinen wissenschaftlichen Arbeiten gern seine persönliche Auffassung hervorkehrt, während Marx selbst in der politischen Agitation seine Person so völlig zurücktreten ließ, daß jahrzehntelang die unglaublichsten Lügen über ihn verbreitet und geglaubt werden konnten.

Hieraus ergibt sich aber noch ein Anderes. Marx umspannte geistig ein ungleich größeres Gebiet als Lassalle. Unermüdlich betrat er ein Feld der Wissenschaft nach dem andern, sobald ihm seine Studien neue Fernsichten eröffneten. Wie viel haben, um nur eines zu erwähnen, Marx und auch Engels auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gearbeitet, an dem Lassalle höchstens einmal flüchtig vorbeistreifte. Dazu mochte beitragen, daß Marx in seinem englischen Exil auf der höchsten Warte der europäischen Gesellschaft stand, während Lassalle in ihrem sozusagen verlorensten Winkel, dem Preußen Manteuffels lebte. Immerhin fühlte er sich in ihm mehr gemütlich vereinsamt, als geistig; er begnügte sich vielmehr mit einem engeren Horizont, weil dieser Horizont eben die Welt umschloß, die er umzuwälzen gedachte. Er durfte mit Recht sagen, daß er sich in einem faustischen Triebe mit der zähesten und ernstesten Mühe durchgearbeitet habe von der Philosophie der Griechen und dem römischen Rechte durch die verschiedensten Fächer historischer Wissenschaft bis zur modernen Nationalökonomie und Statistik, und, beschränkt auf die Geisteswissenschaften, war sein vielverspottetes Wort von der ganzen Bildung des Jahrhunderts, die er beherrsche, keineswegs eine müßige Prahlerei. Trotzdem ist nicht zu bestreiten, daß für Lassalle die wissenschaftliche Forschung erst in zweiter Reihe stand.

Er schildert sie einmal in einem Briefe an Herwegh als eine Qual, als eine befreiende Qual immerhin, aber doch als eine Qual, und mag

er in diesem Briefe übertrieben haben, um Herwegh aus dumpfer Lethargie aufzurütteln, so war es unzweifelhaft seine wirkliche Meinung, wenn er im Jahre 1859 an Engels schrieb, er werde beim nationalökonomischen und geschichtsphilosophischen Fache wohl verbleiben, wenn nicht, was sehr zu hoffen wäre, der endliche Beginn praktischer Bewegungen alle größere theoretische Tätigkeit sistiere. „Wie gerne will ich ungeschrieben lassen, was ich etwa weiß, wenn es dafür gelingt, einiges von dem zu tun, was wir können." Wenn Engels von Marx sagte: „So reine Freude er haben konnte an einer neuen Entdeckung in irgend einer theoretischen Wissenschaft, deren praktische Anwendung vielleicht noch gar nicht abzusehen war — eine ganz andere Freude empfand er, wenn es sich um eine Entdeckung handelte, die sofort eingriff in die Industrie, in die geschichtliche Entwicklung überhaupt", so handelte es sich für Lassalle überhaupt nur um den revolutionären Eingriff der Wissenschaft in die historische Entwicklung. Mit Ausnahme etwa seines Werkes über Heraklit, das er bereits in den vierziger Jahren entworfen und zum größten Teile ausgearbeitet hatte, bewegt sich Lassalles wissenschaftliche Arbeit in den fünfziger Jahren durchweg um die politisch-soziale Liquidation der Märzrevolution.

Damit hängt ein Drittes zusammen: Lassalles idealistische Weltanschauung. Streng genommen ist er nicht einmal Jung-, sondern immer Althegelianer gewesen mit allem gläubigen Vertrauen auf den spekulativen Begriff als die treibende Kraft der Weltgeschichte. Sein geistiges Leben stand unter dem Zeichen der klassischen Philosophie und ihrer Nährmutter: der antiken Bildung. Als Lassalle der klassischen Philosophie zuerst näher trat, war sie bereits in voller Auflösung begriffen, aber, kampfbereit wie er war, hat er in diese philosophischen Kämpfe niemals eingegriffen. Strauß, Bruno Bauer, Feuerbach erwähnt er kaum jemals in seinen Schriften und niemals im Zusammenhange mit ihren die klassische Philosophie auflösenden Tendenzen. Lassalle war durchaus ein Spätling dieser Philosophie, und was Goethe sagt, um Voltaires geschichtliche Bedeutung zu kennzeichnen: daß es alten Nationen wohl einmal glücke, alle ihre Tugenden und Untugenden in einem einzelnen Individuum zusammenzufassen, das trifft auf Lassalle in dem Sinne zu, daß alle Art und Unart des Idealismus, der Deutschland in den Tagen seines tiefsten Verfalls allein auf der Höhe der westeuropäischen Kulturvölker erhalten hatte, sich noch einmal in ihm verkörperte.

Der Idealismus unserer klassischen Philosophie hat nichts zu tun mit dem, was sich heute Idealismus tauft und sich gegen den historischen Materialismus auf Lassalle beruft, um die entscheidenden Klassenkämpfe in leere Redensarten zu verfaseln. Diese Berufung hätte Lassalle mit Hohnlachen abgewiesen. Was ihn an die klassische Philosophie fesselte, war ihr revolutionärer Kern. Persönlich stand ihm von ihren Trägern Fichte am nächsten, der den Geist der großen französischen Revolution am leidenschaftlichsten erfaßt, die Forderungen der bürgerlichen Vernunft am weitesten zu einem Rechte der arbeitenden Klasse vorgetrieben hatte. Fichtes kühner Idealismus beeinträchtigte aber nicht Lassalles Sinn für das Positive, jenen Sinn, den Kant einst mit dem Worte erläutert hatte, nur in der Erfahrung sei Wahrheit, und alle Erkenntnis der Dinge, aus bloßem reinem Verstande, sei lauter Schein. So schrieb Lassalle: „Der Stoff hat ohne den Gedanken immer noch einen relativen Wert, der Gedanke ohne den Stoff nur die Bedeutung einer Chimäre.“ Indem Lassalle Hegels dialektische Methode mit seltener Meisterschaft als eine Waffe revolutionärer Umwälzung handhabte, betonte er zugleich, daß Hegel auf allen Seiten seiner Werke unermüdlich hervorgehoben habe, die Philosophie erfordere nichts so sehr als die Vertiefung in die empirischen Wissenschaften.

Gegen die gedanken- und geistlosen Nachbeter, die aus Hegels Philosophie eine neue literarische Schöngeisterei erzeugten, sie in eine neue belletristische Geistreichigkeitsbrühe verwandelten, um sie den unbegriffenen und ungewußten Dingen aufzugießen, kehrte Lassalle seine schärfste Polemik. Wie sehr sie ihm zuwider waren, zeigte schärfer noch, als diese Polemik, Lassalles allzu nachsichtiges Urteil über den nachmärzlichen Materialismus. Er macht ihm das Kompliment: Heraklit habe schon den Satz, daß der Gedanke eine Bewegung des Stoffes sei, zur Grundlage seines Philosophierens gemacht, und Büchner berufe sich mit Recht auf die ältesten jonischen Philosophen. Der Unterschied sei nur der nicht geringe, daß bei Heraklit diese Anschauung *vor* der eigentlichen Geistesphilosophie, *vor* der Entfaltung des Unterschiedes von Denken und Sein auftrete, während sie mit der modernen Physiologie *nach* der Vollendung der Geistesphilosophie wiederkehre, „eine Rückkehr, welche, wie jede solche Rückkehr nach Durchlaufung und Überwindung des Unterschiedes, nicht mehr bloße Rückkehr zur ersten Unmittelbarkeit bleiben kann, sondern den überwundenen Unterschied in sich aufgenommen

und an sich haben muß.“ Freilich macht Lassalle hierzu die Anmerkung, daß gegen diese Forderung von der in der ersten Freude ihres Sichselberfindens noch gärenden jungen Philosophie hin und wieder verstoßen werde, aber selbst mit dieser Einschränkung überschätzt er Büchner und Genossen ganz bedeutend und beweist dadurch, daß sein Idealismus wirklich auch gar nichts zu tun hat mit dem blut- und marklosen Gespenst, das heute unter diesem Namen an deutschen Hochschulen umherspukt.

Vom historischen Materialismus unterschied sich Lassalles Idealismus dadurch, daß Lassalle die Bedingungen und Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes nicht in ihrer ökonomischen Nacktheit auffaßte, sondern sie erst in idealistische Denkformen übersetzte, und zwar in diejenigen idealistischen Denkformen, die in erster Reihe dem bürgerlichen Zeitalter eigentümlich waren, also in die Philosophie und die Rechtswissenschaft. Nur daß Lassalle deshalb so wenig ein bürgerlicher Revolutionär war, wie die Eisenseiten Cromwells trotz ihrer alttestamentarischen Sprache feudale Revolutionäre waren. Wie sich die bürgerliche Revolution jahrhundertelang noch in den religiösen Denkformen des feudalen Zeitalters vollzogen hat, so die proletarische Revolution mindestens jahrzehntelang in den juristischen und philosophischen Denkformen des bürgerlichen Zeitalters. Erst der historische Materialismus zerbrach sie bewußt und vollständig. Was die bürgerlichen Revolutionäre und die sozialistischen Doktrinäre nie begreifen konnten, nämlich die weltgeschichtliche Bedeutung des proletarischen Klassenkampfes, das begriff Lassalle; vom historischen Materialismus trennte ihn die ungleich schwächere Schranke, daß sich sein Begreifen erst in bürgerlichen Denkformen vollzog.

Lassalle war überzeugter Kommunist im Sinne des Kommunistischen Manifestes, und nur dadurch kam er zu manchen Fehlgriffen und Irrtümern, daß er sich die ökonomischen Auffassungen des Manifestes erst ins Juristische und Philosophische übertrug. Weil er den proletarischen Klassenkampf verstand, konnte der Staatskultus der klassischen Philosophie bei ihm nie zu so formalistischer Erstarrung entarten, wie bei Rodbertus, aber da er niemals mit den idealistischen Denkformen brach, so brach er auch nie mit jenem Staatskultus. Gewiß bewegte er sich auf juristischem und philosophischem Gebiete ungleich sicherer, als auf ökonomischem, wenn es auch sehr übertrieben ist, zu sagen, er habe auf

ökonomischem Gebiete überhaupt keine reellen und selbständigen Studien gemacht. Das hat er allerdings getan, und zwar mit einem Erfolge, der ein Regiment akademischer Zopfträger noch reichlich segnen könnte. Aber mit der freien Meisterschaft eines Marx oder Engels hat er dies Gebiet nicht beherrscht, weil ihm seine idealistischen Denkformen allzu oft die Wege versperrten. Im drängenden Kampfe nahm er dann wohl seine Waffen, wo er sie fand, im Sinne jenes Lessingischen Wortes: „Heran kömmt nicht, wer die Leiter machte, sondern wer die Leiter besteigt, und einen behenden kühnen Mann trägt auch wohl eine morsche Leiter." Darin haben die bürgerlichen Ökonomen schon recht, wenn sie behaupten, daß Lassalle kein bahnbrechender sozialistischer Theoretiker gewesen sei. Wenn nur diese Maulwürfe, die sich so gut im Dunkeln zurechtfinden, auch einen Blick für das Licht hätten!

War Lassalles Idealismus seine Schwäche, so war er auch seine Stärke. Er gab ihm jenes felsenfeste Vertrauen auf die Macht der Idee, die Lassalle so Gewaltiges hat vollbringen lassen. Mag es notwendig sein, festzustellen, daß Lassalle die Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der modernen bürgerlichen Gesellschaft nicht so scharf und tief erkannt hat, wie Marx und Engels, so wäre es doch verkehrt, daran Lassalles historische Bedeutung ausschließlich oder auch nur nach mehr, als eben dieser einen, und keineswegs allein entscheidenden, Seite hin zu messen. Das hieße, geschichtliche Probleme behandeln wie Schulübungen, die freilich nur nach ihren Fehlern durchgesehen zu werden brauchen. Jede historische Gestalt kommt zu ihrem historischen Rechte nur in ihrer historischen Umgebung.

Vergleicht man Lassalle mit Marx und Engels, die unter wesentlich anderen historischen Verhältnissen aufgewachsen waren, so mag er bis zu einem gewissen Grade in den Schatten treten, wie denn von vornherein auf seinen Lebenswegen um so viel dichtere Schatten lagen, als auf den ihren. Vergleicht man ihn aber mit den Zeitgenossen, die unter ungefähr den gleichen oder selbst noch günstigeren Umständen ihre bestimmenden Lebenseindrücke empfingen, also mit den Junghegelianern auf philosophischem, mit Rodbertus auf ökonomischem, mit Johann Jacoby auf politischem Gebiete, so wächst er gewaltig in die Breite und in die Höhe.

Er ist eben, was keinem dieser Männer gelang, trotz der idealistischen Weltanschauung, die er mit ihnen teilte, bis zum Kernpunkte des wissen-

schaftlichen Kommunismus vorgedrungen, dank seinen großen Geistesgaben, dank seinen revolutionären Instinkten, aber auch — und in erster Reihe — dank seinem redlichen und unermüdlichen Streben nach Wahrheit.

2. Marx über Ware und Geld.

Marx legte als erste Frucht der wissenschaftlichen Arbeit, die er in den fünfziger Jahren vollbrachte, der Öffentlichkeit ein wenig umfangreiches Heft Zur Kritik der politischen Ökonomie vor. In der Vorrede betrachtete er das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit; Staat, Auswärtiger Handel, Weltmarkt. Unter den drei ersten Rubriken wollte er die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen untersuchen, in die sich die moderne bürgerliche Gesellschaft spaltete, und die erste Abteilung des ersten, vom Kapital handelnden Buchs sollte aus drei Kapiteln über die Ware, über das Geld und über das Kapital im allgemeinen bestehen. Die beiden Kapitel über die Ware und das Geld bildeten den Inhalt des ersten Heftes, das Marx im Jahre 1859 herausgab.

Zugleich warf er in der Vorrede einen kurzen Rückblick auf den Gang seiner Studien. Er führte aus: seine Untersuchung der Hegelschen Rechtsphilosophie habe in dem Ergebnis gemündet, daß Rechtsverhältnisse und Staatsformen weder aus sich selbst, noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes zu begreifen seien, daß sie vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzelten, deren Gesamtheit Hegel unter dem Namen der bürgerlichen Gesellschaft zusammengefaßt habe, daß aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei. Es folgte dann jene klassische Darstellung der materialistischen Geschichtsauffassung, die seitdem oft abgedruckt worden ist.

In der unzweideutigsten Weise sprach Marx in der Vorrede den historischen Charakter seiner Schrift aus, der im Texte selbst gleich unzweideutig auf jeder Seite hervortritt. „Auf den ersten Blick erscheint der bürgerliche Reichtum als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als sein elementarisches Dasein“, so beginnt die Darstellung. Marx untersucht eine bestimmte historische Form der Gesellschaft; er will nicht feststellen, was Waren und Geld in irgend

einem allgemeinen philosophischen Sinne sein könnten oder sein sollten, sondern was sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft sind. Bereits in seiner Schrift gegen Proudhon hatte Marx die Ökonomen verspottet, die sich die Lebensbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft als Lebensbedingungen der menschlichen Gesellschaft überhaupt verhimmelten; in der Kritik der politischen Ökonomie legte er in breiten Abschnitten die historische Entwicklung und damit die historische Bedingtheit der Theorien über Ware und Geld dar. Trotzdem wird von bürgerlicher Seite immer wieder, in bewußter Täuschung oder unbewußter Selbsttäuschung, aber stets in heilloser Konfusion, die Unterstellung gemacht, als habe Marx namentlich mit seiner Werttheorie irgend ein ideales oder moralisches Prinzip aus seinem Kopfe geschöpft, das mit irgend welchen anderen idealen oder moralischen Prinzipien aus klügeren oder sittlicheren Köpfen umgestürzt werden könne. Derselbe Marx, der eingehend darlegte, was Ricardo erst mittelbar erkannt hatte, daß nämlich die Werttheorie zu ihrer völligen Entwicklung die Gesellschaft der großen industriellen Produktion und der freien Konkurrenz, das heißt die moderne bürgerliche Gesellschaft voraussetze!

Aus der historischen Auffassung von Marx ergab sich, daß er den Faden der Untersuchung da wieder aufnahm, wo er der bürgerlichen Ökonomie abgerissen war. Ricardo hatte die Bestimmung des Warenwerts durch die Arbeitszeit am reinsten entwickelt, nicht jedoch, ohne daß sich aus seiner Theorie eine Reihe von Widersprüchen ergeben hätte, die weder die bürgerliche Ökonomie noch der bisherige Sozialismus hatten lösen können. Es sei nur an die Differenz zwischen dem Arbeitslohn und dem Arbeitsprodukt erinnert, die dem Wertgesetz Ricardos so schroff widersprach und von den Gray, Proudhon, Rodbertus durch die Beseitigung des Geldes aufzuheben versucht worden war. Schärfer als irgend wer hatte Marx die Hoffnungslosigkeit dieser Anläufe nachgewiesen, aber nun kam es auf den positiven Nachweis an, wo der Fehler bei Ricardo steckte, wo die bürgerliche Ökonomie nicht tief genug in den Organismus der bürgerlichen Gesellschaft eingedrungen war. Marx unterwarf die wertbildende Qualität der Arbeit einer gründlichen Revision; er untersuchte, welche Arbeit und warum und wie sie Wert bildet, weshalb Wert nichts ist als festgeronnene Arbeit dieser Art. Er zergliederte dann das Verhältnis von Ware und Geld, und wies nach, wie und warum, kraft der ihr innewohnenden Werteigen-

schaft, die Ware und der Warenaustausch den Gegensatz von Ware und Geld erzeugen muß.

Marx entdeckte zuerst den zwieschlächtigen Charakter, den die Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft hat. Jede Ware stellt sich dar unter dem doppelten Gesichtspunkt des Gebrauchs- und des Tauschwerts. „Welches immer die gesellschaftliche Form des Reichtums sei, Gebrauchswerte bilden stets seinen gegen diese Form zunächst gleichgültigen Inhalt. Man schmeckt dem Weizen nicht an, wer ihn gebaut hat, russischer Leibeigener, französischer Parzellenbauer oder englischer Kapitalist. Obgleich Gegenstand gesellschaftlicher Bedürfnisse, und daher in gesellschaftlichem Zusammenhange, drückt der Gebrauchswert jedoch kein gesellschaftliches Produktionsverhältnis aus. . . . Der Gebrauchswert in dieser Gleichgültigkeit gegen die ökonomische Formbestimmung, das heißt der Gebrauchswert als Gebrauchswert, liegt jenseits des Betrachtungskreises der politischen Ökonomie. In ihren Kreis fällt er nur, wo er selbst Formbestimmung ist. Unmittelbar ist er die stoffliche Basis, woran sich ein bestimmtes ökonomisches Verhältnis darstellt, der Tauschwert." Mit diesen einleuchtenden Sätzen verstopfte Marx eine Quelle endloser Mißverständnisse und warf ganze Haufen ökonomischer Lehrbücher ins Feuer.

Als Tauschwert ist ein Gebrauchswert gerade so viel wert wie der andere, vorausgesetzt, daß er in richtiger Proportion vorhanden ist. „Der Tauschwert eines Palastes kann in bestimmter Anzahl von Stiefelwichsbüchsen ausgedrückt werden. Londoner Stiefelwichsfabrikanten haben umgekehrt den Tauschwert ihrer multiplizierten Büchsen in Palästen ausgedrückt." Indem sich Waren austauschen, ganz gleichgültig gegen ihre natürliche Existenzweise und ohne Rücksicht auf die spezifischen Bedürfnisse, die sie befriedigen sollen, stellen sie trotz ihres buntscheckigen Scheins dieselbe Einheit dar.

Die Gebrauchswerte sind unmittelbar Lebensmittel, aber diese Lebensmittel sind selbst Produkte des gesellschaftlichen Lebens, Resultat verausgabter menschlicher Lebenskraft, vergegenständlichte Arbeit. Als Materiatur der gesellschaftlichen Arbeit sind alle Waren Kristallisationen derselben Einheit. „Die Arbeit, die sich gleichmäßig in ihnen vergegenständlicht, also die Arbeit, die sich im Tauschwerte darstellt, muß selbst gleichförmige, unterschiedslose, einfache Arbeit sein, der es ebenso gleichgültig, ob sie in Gold, Eisen, Weizen, Seide erscheint, wie es dem Sauerstoff ist, ob er vorkommt im Rost des Eisens, der Atmosphäre,

dem Saft der Traube oder dem Blute des Menschen." Entspringt die Verschiedenheit der Gebrauchswerte aus der Verschiedenheit der die Gebrauchswerte produzierenden Arbeit, so ist die tauschwertsetzende Arbeit, wie gleichgültig gegen den besonderen Stoff der Gebrauchswerte, so auch gleichgültig gegen die besondere Form der Arbeit selbst. Sind die verschiedenen Gebrauchswerte ferner Produkte der Tätigkeit verschiedener Individuen, also Resultat individuell verschiedener Arbeiten, so stellen sie als Tauschwerte gleiche, unterschiedslose Arbeit dar, das heißt Arbeit, worin die Individualität der Arbeitenden ausgelöscht ist. Tauschwertsetzende Arbeit ist daher abstrakt allgemeine Arbeit, die sich nicht mehr qualitativ, sondern nur noch quantitativ unterscheidet, durch die größeren oder geringeren Mengen, die sie in Tauschwerten von verschiedenen Größen vergegenständlicht. Die quantitativ verschiedenen Mengen von abstrakt allgemeiner Arbeit haben ihr einziges Maß an der Arbeitszeit, die ihren Maßstab an den natürlichen Zeitmaßen, Stunde, Tag, Woche u. s. w. erhält. Arbeitszeit ist das lebendige Dasein der Arbeit, gleichgültig gegen ihre Form, ihren Inhalt, ihre Individualität. Als Tauschwerte sind alle Waren nur bestimmte Maße festgeronnener Arbeitszeit. Die in den Gebrauchswerten der Waren vergegenständlichte Arbeitszeit ist ebensowohl die Substanz, die sie zu Tauschwerten macht und daher zu Waren, wie sie ihre bestimmte Wertgröße mißt.

Die Reduktion der verschiedenen Arbeiten auf unterschiedslose, gleichförmige, einfache Arbeit erscheint als eine Abstraktion, aber es ist eine Abstraktion, die in dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß täglich vollzogen wird. „Die Auflösung aller Waren in Arbeitszeit ist keine größere Abstraktion, aber zugleich keine minder reelle, als die aller organischen Körper in Luft." Jene Abstraktion existiert in der Durchschnittsarbeit, die jedes Durchschnittsindividuum einer gegebenen Gesellschaft verrichten kann, eine bestimmte produktive Ausgabe von menschlichem Muskel, Nerv, Gehirn u. s. w. Es ist einfache Arbeit, welche die bei weitem größte Masse aller Arbeit in der bürgerlichen Gesellschaft bildet. Komplizierte Arbeit ist einfache Arbeit in höherer Potenz, ein komplizierter Arbeitstag ist zum Beispiel gleich drei einfachen Arbeitstagen: gleichviel nach welchen Gesetzen diese Auflösung der komplizierten Arbeit in zusammengesetzte einfache Arbeit sich regelt, so zeigt zunächst die praktische Erfahrung, daß sie täglich vor sich geht. Produkte der komplizierten Arbeit tauschen sich täglich in bestimmtem Verhältnis gegen Produkte der ein-

fachen Durchschnittsarbeit aus. Es versteht sich ferner, daß die wertbildende Arbeitszeit notwendige Arbeitszeit sein muß, notwendig, um unter gegebenen allgemeinen Produktionsbedingungen ein neues Exemplar derselben Ware zu produzieren; daß nicht die Zeit, worin eine Sache produziert wurde, sondern das Minimum der Zeit, worin sie produziert werden kann, ihren Wert bildet, hatte Marx bereits im Elend der Philosophie nachgewiesen.

Der Doppelcharakter der Arbeit gehört einer historisch bestimmten gesellschaftlichen Produktionsweise an, der Warenproduktion, die in und mit der kapitalistischen Gesellschaft zur herrschenden Produktionsweise geworden ist. Soweit die Arbeit Gebrauchswerte hervorbringt, ist sie allen denkbaren Gesellschaftsformen eigentümlich; als zweckmäßige Tätigkeit zur Aneignung des Natürlichen in der einen oder der anderen Form ist die Arbeit Naturbedingung der menschlichen Existenz, eine von allen sozialen Formen unabhängige Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur. Diese Arbeit bedarf des Stoffes zu ihrer Voraussetzung und ist somit nicht die einzige Quelle des von ihr Hervorgebrachten, nämlich des stofflichen Reichtums. Mag das Verhältnis zwischen Arbeit und Naturstoff in den verschiedenen Gebrauchswerten sehr verschieden sein, so enthält der Gebrauchswert stets ein natürliches Substrat.

Dagegen ist tauschwertsetzende Arbeit eine spezifisch gesellschaftliche Form der Arbeit. In dem naturwüchsigen Kommunismus, der sich an der Schwelle der Geschichte aller Kulturvölker findet, war die einzelne Arbeit unmittelbar dem gesellschaftlichen Organismus eingereiht. In den Naturaldiensten und Naturallieferungen des Mittelalters bildete die Besonderheit, nicht die Allgemeinheit der Arbeit, ihr gesellschaftliches Band. In der ländlich-patriarchalischen Familie, wo für den Selbstbedarf der Familie die Frauen spannen und die Männer webten, waren Garn und Leinwand gesellschaftliche Produkte, Spinnen und Weben gesellschaftliche Arbeiten innerhalb der Grenzen der Familie. Der Familienzusammenhang mit seiner naturwüchsigen Teilung der Arbeit drückte dem Produkt der Arbeit seinen eigentümlichen gesellschaftlichen Stempel auf; Garn und Leinwand tauschten sich nicht gegeneinander aus als gleich gültige und gleich geltende Ausdrücke derselben allgemeinen Arbeitszeit. Erst in der Warenproduktion wird die einzelne Arbeit dadurch gesellschaftliche Arbeit, daß sie die Form ihres unmittelbaren Gegen-

teils, die Form der abstrakten Allgemeinheit annimmt. Der Tauschwert ist gegenständlicher Ausdruck einer spezifisch gesellschaftlichen Form der Arbeit. Als solcher enthält er keinen Naturstoff, sondern die Arbeit ist seine einzige Quelle und damit auch die einzige Quelle des Reichtums, der aus Tauschwerten besteht.

Nun ist die Ware unmittelbare Einheit von Gebrauchs- und Tauschwert, und zugleich ist sie Ware nur in Beziehung auf die anderen Waren. Die wirkliche Beziehung der Waren aufeinander ist der Austauschprozeß. In diesem Prozeß, den die voneinander unabhängigen Individuen eingehen, muß sich die Ware darstellen zugleich als Gebrauchs- und als Tauschwert, als besondere Arbeit, die besondere Bedürfnisse befriedigt, und als allgemeine Arbeit, die austauschbar ist gegen gleiche Mengen allgemeiner Arbeit. Der Austauschprozeß der Waren muß den Widerspruch entwickeln und lösen, daß die individuelle Arbeit, die in einer besonderen Ware vergegenständlicht ist, unmittelbar den Charakter der Allgemeinheit haben soll.

Als Tauschwert wird jede einzelne Ware zum Maße der Werte aller anderen Waren. Umgekehrt aber wird jede einzelne Ware, in der alle anderen Waren ihren Wert messen, adäquates Dasein des Tauschwerts, wird somit der Tauschwert eine besondere ausschließliche Ware, die durch Verwandlung aller anderen Waren in sie unmittelbar die allgemeine Arbeitszeit vergegenständlicht. So ist in der einen Ware der Widerspruch gelöst, den die Ware als solche einschließt, als besonderer Gebrauchswert zugleich allgemeines Äquivalent und daher Gebrauchswert für jeden, allgemeiner Gebrauchswert zu sein. Und diese eine Ware ist — Geld.

Im Gelde kristallisiert sich der Tauschwert der Waren als eine besondere Ware. Der Geldkristall ist ein notwendiges Produkt des Austauschprozesses, worin verschiedenartige Arbeitsprodukte einander tatsächlich gleichgesetzt und daher tatsächlich in Waren verwandelt werden. Er hat sich instinktartig auf historischem Wege entwickelt. Der unmittelbare Tauschhandel, die naturwüchsige Form des Austauschprozesses, stellt viel mehr die beginnende Umwandlung der Gebrauchswerte in Waren, als der Waren in Geld dar. Je mehr sich der Tauschhandel entwickelt und je mehr die Gebrauchswerte zu Waren werden, je mehr also der Tauschwert eine freie Gestalt gewinnt und nicht mehr unmittelbar an den Gebrauchswert gebunden ist, umsomehr drängt er zur Geldbildung.

Zunächst spielen eine Ware oder auch mehrere Waren von allgemeinstem Gebrauchswerte, Vieh, Getreide, Sklaven, die Rolle des Geldes. Sehr verschiedene, mehr oder weniger unpassende Waren haben abwechselnd die Funktion des Geldes verrichtet. Wenn diese Funktion schließlich an die edlen Metalle übergegangen ist, so aus dem Grunde, weil die edlen Metalle die notwendigen physischen Eigenschaften der besonderen Ware besitzen, worin sich das Geldsein aller Waaren kristallisieren soll, soweit sie aus der Natur des Tauschwerts unmittelbar hervorgehen: Dauerbarkeit ihres Gebrauchswerts, beliebige Teilbarkeit, Gleichförmigkeit der Teile und Unterschiedslosigkeit aller Exemplare dieser Ware. Sie muß innerhalb des Austauschprozesses ausdauern; sie muß als Materiatur der allgemeinen Arbeitszeit gleichartige Materiatur sein und fähig, bloß quantitative Unterschiede darzustellen.

Unter den edlen Metallen ist es wieder das Gold, das mehr und mehr zur ausschließlichen Geldware wird. Es dient als Maß der Werte und als Maßstab der Preise, es dient als Zirkulationsmittel der Waren. Durch den Salto mortale der Ware in Gold bewährt sich die in ihr aufgehäufte besondere Arbeit als abstrakt allgemeine, als gesellschaftliche Arbeit; gelingt ihr diese Transsubstantiation nicht, so hat sie ihr Dasein nicht nur als Ware, sondern auch als Produkt verfehlt, denn Ware ist sie nur, weil sie für ihren Besitzer keinen Gebrauchswert hat.

Das Gold, die spezifische Ware, die als Maß der Werte und als Zirkulationsmittel der Waren dient, wird ohne weiteres Zutun der Gesellschaft Geld. Im Gegensatze zu den Waren, die das selbständige Dasein des Tauschwerts, der allgemeinen gesellschaftlichen Arbeit, des abstrakten Reichtums nur vorstellen, ist Gold das materielle Dasein des abstrakten Reichtums. Aber das Gold ist auch der materielle Repräsentant des stofflichen Reichtums; es befriedigt jedes Bedürfnis, sofern es in den Gegenstand jedes Bedürfnisses unmittelbar umsetzbar ist; in seiner gediegenen Metallität enthält es allen Reichtum unaufgeschlossen, der in der Welt der Waren entrollt ist. Es ist zugleich der Form nach die unmittelbare Inkarnation der allgemeinen Arbeit, und dem Inhalte nach der Inbegriff aller realen Arbeiten. Es ist der allgemeine Reichtum als Individuum. Aus dem Knechte wird es der Herr, aus dem bloßen Handlanger zum Gott der Waren.

Marx entwickelt die Rolle des Geldes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in allen ihren Verzweigungen, überall Licht verbreitend, wo

bisher ungewisses Zwielicht oder völliges Dunkel lag. Sein Scharfsinn in der ökonomischen Analyse erinnert an jenen Dampfhammer, von dem Marx einmal sagt: „Er pulverisiert spielend einen Granitblock und ist nicht minder fähig, einen Nagel in weiches Holz mit einer Aufeinanderfolge leiser Schläge einzutreiben.“ Nichts falscher daher, als ihm verdunkelnde Mythologie und unklare Mystik vorzuwerfen, wie es Roscher und dessen Nachfolger getan haben. Marx entschleierte vielmehr die Mystik und Mythologie der Warenproduktion, welche die bürgerlichen Ökonomen wieder und wieder foppte.

Er wies nach, wie ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis sich als ein außer den Individuen vorhandener Gegenstand, wie die bestimmten Beziehungen, die sie im Produktionsprozeß ihres gesellschaftlichen Lebens eingehen, sich als spezifische Eigenschaften eines Dinges darstellen, wie diese Verkehrung und nicht eingebildete, sondern prosaisch reelle Mystifikation alle gesellschaftlichen Formen der tauschwertsetzenden Arbeit kennzeichnet. „In der Ware ist diese Mystifikation noch sehr einfach. Es schwebt allen mehr oder minder vor, daß das Verhältnis der Waren als Tauschwerte vielmehr Verhältnis der Personen zu ihrer wechselseitigen produktiven Tätigkeit ist. In höheren Produktionsverhältnissen verschwindet dieser Schein von Einfachheit. Alle Illusionen des Monetarsystems stammen daher, daß dem Golde nicht angesehen wird, daß es ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis darstellt, aber in der Form eines Naturdings von bestimmten Eigenschaften. Bei den modernen Ökonomen, die auf die Illusion des Monetarsystems herabgrinsen, verrät sich dieselbe Illusion, sobald sie höhere ökonomische Kategorien handhaben, zum Beispiel das Kapital. Sie bricht hervor in dem Geständnis naiver Verwunderung, wenn bald als gesellschaftliches Verhältnis erscheint, was sie eben plump als Ding festzuhalten meinten, und dann wieder als Ding sie neckt, was sie kaum als gesellschaftliches Verhältnis fixiert hatten.“ Über diese scharfsinnige Unterscheidung hätte Roscher lieber ein wenig nachdenken sollen, statt sich in seinen dickleibigen Büchern ein halbdutzendmal mit der Geistreichelei zu trösten, daß Marx ein geistreicher, aber kein scharfsinniger Mann gewesen sei.

An der Ware und dem Gelde hatte Marx die Mystifikation der Warenproduktion nachgewiesen. Er wollte nunmehr am Kapital den gleichen Nachweis führen, aber äußere Umstände, so eine langjährige Krankheit, die seine Arbeit wieder und wieder unterbrach, verhinderten

acht Jahre lang die Fortsetzung der im Jahre 1859 begonnenen Veröffentlichung. Derweil wurde das erste Heft totgeschwiegen. Dagegen jagten sich die Auflagen von Roschers Lehrbuch der Nationalökonomie, worin die historische Methode durch ein kunterbuntes Gerede über Ware und Geld ihre Triumphe feierte, bis zu der begeisternden Entdeckung, daß Geld eine „angenehme Ware“ sei.

---

3. Lassalles Heraklit.

Lassalles Werk über Heraklit, das im Jahre 1857 erschien, berührt sich nicht unmittelbar mit Lassalles öffentlicher Wirksamkeit. Es war gewissermaßen das Meisterstück, womit der Schüler Hegels seine Lehrjahre krönte, das Zeugnis der Reife, womit er in die Hochschule des Lebens eintrat.

In großem Sinne griff Lassalle seine Aufgabe an. Er bezog sich auf das Wort eines modernen Gelehrten, der vermutlich Boeckh war, daß die deutsche Wissenschaft seit Winckelmann, Herder und Kant bewußt und unbewußt auf eine weltgeschichtliche Betrachtung der göttlichen und menschlichen Dinge ausgehe, sie durch die Vereinigung der Philologie, Historie und Philosophie zu bewerkstelligen suche. Er fügte prophetischen Blicks hinzu, die Zeit werde kommen, wo die Geschichte der Philosophie ebensowenig wie diejenige der Religion, der Kunst, des Staats und der Lebensformen der bürgerlichen Gesellschaft als eine isolierte Disziplin für sich geschrieben, sondern alle in ihrer konkreten Wechselwirkung in dem Pantheon des historischen Geistes — und so erst in ihrer lebendigen Entstehung und Wirksamkeit — würden aufgefaßt und dargestellt werden. In dem Bekenntnis zur Einheit aller Wissenschaft schied sich der selbständige Denker von vornherein von den Handwerkern der Fachgelehrsamkeit, und so richtete Lassalle seinen Blick auf den Mann, von dem zuerst das eine, die ganze Welt durchwaltende Gesetz gefunden worden war.

Um diesen Mann und seine Leistung zu verstehen, bedurfte es eines ungemein hohen Grades von Meisterschaft auf den Gebieten der Philologie, der Historie und der Philosophie. Die „Philosophie Herakleitos des Dunkeln von Ephesos“, die Lassalle in zwei starken Bänden „nach einer neuen Sammlung ihrer Bruchstücke und nach den Zeugnissen der

Alten" abhandelte, war schon im Altertum wegen ihrer Schwerverständlichkeit berufen gewesen. Ein Denkriese wie Aristoteles bekannte, man finde in Heraklits Rede keine Ruhepunkte, und es sei eine Arbeit, was er geschrieben habe, in Sätze einzuteilen, weil nicht am Tage liege, wohin jedes gehöre, zum Folgenden oder zum Vorhergehenden. Der heutige Forscher besitzt aber nicht einmal mehr Heraklits Werk über die Natur. Es ist verloren gegangen bis auf eine Reihe abgerissener Sätze, und diese haben sich nur in der entstellten und verdorbenen Form erhalten, worin griechisch-römische Philosophenschulen und christliche Kirchenväter sie für ihre besonderen Zwecke ausgelegt und zurechtgestutzt, in ihren besonderen Denk- und Glaubenssystemen verbaut und vermauert haben.

Seitdem der holländische Gelehrte Daniel Wyttenbach im vorigen Jahrhundert zuerst wieder auf Heraklit aufmerksam gemacht hatte, waren namentlich hervorragende Geister in Deutschland, Schleiermacher, Schelling, Creuzer, Boeckh, Hegel und andere für die Enträtselung der Heraklitischen Philosophie tätig gewesen. Das bedeutendste Verdienst um die Sammlung und Erklärung ihrer Bruchstücke hatte sich Schleiermacher erworben. Er faßte den Grundgedanken des griechischen Philosophen als Bewegung und Werden auf, aber Bewegung als Fortbewegung in gerader Linie und Werden als bloße indifferente Veränderung. Dagegen machte Hegel geltend, daß Heraklit das Werden als dialektische Bewegung, daß er die Einheit der Gegensätze, die Identität von Sein und Nichtsein zuerst erkannt und zur Grundlage seines Systems gemacht habe, daß bei Heraklit zuerst die philosophische Idee in ihrer spekulativen Form anzutreffen sei. An diesem Punkte nahm Lassalle die Forschung über Heraklit auf, und wie den hohen Sinn, so kennzeichnete es das Selbstvertrauen des noch nicht zwanzigjährigen Jünglings, daß er auf einem Gebiete voll unabsehbarer Schwierigkeiten den bedeutendsten Denkern und Forschern des Jahrhunderts den Rang ablaufen wollte.

Über das Verhältnis von Lassalles Werke zu Hegel gehen zwei Meinungen um, die gleich irrig oder mindestens gleich stark übertrieben sind. Einmal wird behauptet, daß Lassalle nichts beigebracht habe, was nicht in der Hauptsache schon bei Hegel zu finden sei: eine Behauptung, die ungefähr auf gleicher Stufe mit der Behauptung steht, daß Marx nichts beigebracht habe, was in der Hauptsache nicht schon bei Ricardo zu finden sei. Lassalle knüpft an Hegel an mit dem Rechte des Forschers,

der ein wissenschaftliches Problem von dem Punkte an behandelt, bis zu dem es bereits von anderen entwickelt worden ist: gegenüber Hegels auf wenigen Seiten hingeworfener Skizze ist Lassalles Werk eine berichtigende und ergänzende, erweiternde und vertiefende, durchaus selbständige Arbeit. Dann aber wird gesagt, Lassalle habe den griechischen Philosophen einfach über den Leisten der Hegelschen Philosophie geschlagen. Jedoch diese Behauptung kann nur aufstellen, wer Lassalles Buch nicht gelesen oder höchstens angeblättert hat. Lassalle wird nicht müde zu wiederholen, daß Heraklit wesentlich noch Physiker und nicht spekulativer Logiker gewesen sei, daß er sich mit sinnlichen Begriffen des dialektischen Weltprozesses zu bemächtigen gesucht habe, daß es gerade die Schranke seiner Philosophie sei, die Natur des Gedankens nicht in der Form des Gedankens ausdrücken zu können.

Mit einer bewundernswerten Geistesschärfe und einer nicht minder bewundernswerten Kenntnis des griechisch-römischen Quellenmaterials weist Lassalle nach, daß Heraklit unter Feuer, Fluß, Krieg und anderen sinnlichen Begriffen die prozessierende Einheit von Sein und Nichtsein dargestellt, daß er zum Beispiel unter dem Urprinzipe des Feuers nicht das bestimmte sinnliche Element, sondern nur Werden, Bewegung und Prozeß in philosophischer Form verstanden, daß er mit seiner Weltverbrennung nicht ein Aufflammen des Weltalls in sinnlichem Feuer, sondern den dialektischen Fluß des Werdens gemeint habe, als das weltbildende, alles durchwaltende Gesetz. Lassalle stellt die Heraklitische Philosophie in die weitesten historischen Zusammenhänge, von den orphischen Vorstellungen und den Lehren der orientalischen Religionen bis zur Spekulation Platos und der Stoiker und selbst den Dogmen des Urchristentums. Gewiß steht er auf idealistischem Standpunkt, aber er verdunstet ihn nicht, wie die offizielle Hegelei ihn verdunstete, sondern sucht seinen Schwerpunkt da, wo die Hegelsche Philosophie, um ein später von Lassalle gebrauchtes Wort anzuziehen, Recht behält gegen sich selbst, wo die absolute Idee abdanken muß vor der historischen Entwicklung. Lassalle sieht in der Geschichte der Philosophie die Geschichte des wissenschaftlichen, sich begreifenden Gedankens, aber er fügt hinzu, sie sei nicht nur eine Entwicklung für sich in dem aparten Himmel des ideologischen Bewußtseins, sondern vermittle sich erst durch das populäre vorstellende Bewußtsein und die von ihm erfüllten Kreise der Wirklichkeit, wovon sie sich ablöse und worauf sie wieder zurückwirke.

An dem Vorwurfe, daß Lassalle den Ephesier verhegele, ist nur so viel wahr, daß Lassalle die Dialektik, die er von der modernen Philosophie gelernt hat, als Schlüssel benützt für das Verständnis der antiken Philosophie. Wer in der Einheit des absoluten Gegensatzes von Sein und Nichtsein und ihrem Umschlagen ineinander eine leichtfertige Erfindung des „Unsinnschmierers“ Hegel sieht, der mag Lassalles Werk über Heraklit als „tiefgelehrte Verirrung“ verwerfen; er muß sich dann freilich auch an der Heraklitischen Philosophie genügen lassen als an einem Scherbenhaufen unverständlicher Sätze. Ist diese Auffassung aber wenigstens konsequent, so ist es ein ganz vergebliches Bemühen, wenn ein bürgerlicher Biograph Lassalles die Arbeit über Heraklit durch die Bemerkung verkleinern will, daß Zeller sie „oft sehr nachdrücklich berichtige“. Denkergebnisse unabhängiger Forscher werden dadurch noch nicht hinfällig, daß ein gelehrter Fachmann sie „berichtigt“. Zeller „berichtigt“ Lassalle, wie Lassalle ihn „berichtigt“. Dabei polemisiert Lassalle gegen Zeller in den liebenswürdigsten und loyalsten Formen, während Zeller gegen Lassalle ins Feld rückt mit ärgerlichen Redensarten, wie wortreich, weitschweifig, breitspurig, verzweifelte Ausflucht, genug mit Wendungen, die gerade nicht als Proben siegreicher Überlegenheit gelten.

Damit soll keineswegs bestritten werden, daß Zeller und andere manches mit Fug gegen Lassalles Auffassungen eingewandt haben mögen. Hätten sie aber auch selbst mit allen ihren Einwänden recht, ja hätte Lassalle die Heraklitische Philosophie wirklich mißverstanden, so wäre der Bedeutung seines Werks kein Eintrag getan. Er könnte dann ebenso gelassen wie Lessing, von dessen Arbeiten über die antike Literatur die Fachgelehrten auch nie viel wissen wollten, seinen Gegnern sagen: „In dem antiquarischen Studio ist es öfters mehr Ehre, das Wahrscheinliche gefunden zu haben als das Wahre.“ Es ist das Vorrecht bahnbrechender Köpfe, schwierige Probleme mit genialen Irrtümern mehr zu fördern, als die gewandte Alltagsroutine sie mit ihren trivialen Wahrheiten zu fördern vermag, und so sagt ein bürgerlicher Historiker der Philosophie mit Recht, Lassalles Werk stehe im Mittelpunkte der Streitfragen über Heraklit, und von ihm habe fortan alle weitere Forschung über den dunklen Philosophen, bestätigend oder bestreitend, ihren Ausgang zu nehmen. Als Ruge nach Lassalles Tode das „lichtvolle prächtige“ Buch las, stellte er ihm, trotz all seines Sozialistenhasses und trotz eines ingrimmigen Fluchs auf die Juden, die doch der

Teufel gemacht habe, aus seinem alten philosophischen Gewissen das Zeugnis aus: „Es ist ein philosophisches Kunstwerk, und bei aller Tiefe des Inhalts das leichteste und lesbarste Werk in unserer ganzen gelehrten Literatur, weil der Verfasser, der seinen großen Gegenstand ganz beherrscht und die Philosophie vollkommen versteht, keine Schwierigkeit findet, was er selbst sieht, auch anderen zu zeigen." Dies Urteil wird der Form wie dem Inhalte des Werks gleich gerecht.

Seltsam genug, daß dieselben Leute, die in Lassalles Heraklit einen Hegel des sechsten Jahrhunderts vor unserer Zeitrechnung erblicken, aus Lassalle selbst einen Heraklit des neunzehnten Jahrhunderts konstruieren möchten. Es ist abermals ein bürgerlicher Biograph Lassalles, der zwischen seinem Helden und Heraklit eine ganz auffällige Übereinstimmung findet, nicht nur in ihrer logischen Anlage und ihrer dialektischen Tendenz, sondern auch in ihrer Ethik mit der Aufopferung für das Allgemeine, ja selbst in ihren persönlichen Eigenschaften, Tugenden sowohl wie Lastern. Lassalle habe dem Ephesier in dem unglaublichen Selbstgefühl und der Menschenverachtung geähnelt; trotz ihres Selbstvertrauens und Stolzes hätten sie aber auch übereingestimmt in dem leidenschaftlichen Drange nach Ruhm und Ehre, nach der Bewunderung und dem Lobe anderer, endlich sei ihre Staatsphilosophie die gleiche gewesen. Der Unterschied sei nur der — und hier kommt der Pferdefuß zum Vorschein! —, daß man aus der Staatstheorie des griechischen Denkers sehr wohl begreife, wie er, trotz seines Respekts für das Allgemeine, in den schärfsten Gegensatz zu der Massenherrschaft in seiner Vaterstadt Ephesos habe treten müssen, während man weit schwieriger einsehe, wie Lassalle aus seinem analogen Grundbegriffe vom Staate habe Verteidiger des allgemeinen Stimmrechts werden können, Vorkämpfer einer Massenherrschaft, welche die Geschichte zuvor nie gesehen habe. Hier sei bei dieser interessanten Individualität eine innere Spaltung eingetreten. „Geistesaristokrat und Sozialdemokrat! größere Gegensätze als diese kann ein Menschenherz umfassen, aber man hegt sie nicht ungestraft in seinem Gemüte." Dieser Kontrast in der Welt der Prinzipien sei „rein äußerlich" zu tage getreten, wenn Lassalle in Lackstiefeln und feiner Wäsche zu Fabrikarbeitern mit rußiger Haut und schwieligen Händen gesprochen habe.

Um bei dem Kleineren zu beginnen, so entsprang das Selbstgefühl Heraklits und Lassalles aus ganz verschiedenen Quellen. Bei Lassalle

war es das Produkt eines heißen und siegreichen Kampfes mit erdrückenden Lebensverhältnissen, bei Heraklit die felsenfeste Gewißheit, das absolute vernünftige Weltgesetz erkannt und zwar allein erkannt zu haben. Berauscht von dieser Erkenntnis, so sagt Lassalle, habe Heraklit seine philosophischen Vorgänger, geschweige denn seine profanen Mitbürger wegwerfend behandelt, mit einem Tone der Bitterkeit und Verachtung, der durch alle seine Fragmente wehe und freilich nicht umhin gekonnt habe, ihm den Vorwurf der Anmaßung und des Hochmuts zuzuziehen. Zu diesem ablehnenden Tadel war Lassalle gerade auch persönlich berechtigt, denn nichts lag ihm ferner als die Menschenverachtung Heraklits. Um nur den nächstliegenden Punkt herauszugreifen, so behandelt Lassalle seine Vorgänger in der Forschung über Heraklit mit einer achtungsvollen Rücksicht, die in diametralstem Gegensatze zu Heraklits polemischer Art steht. Überhaupt ist Lassalles wissenschaftliche Polemik gerade in dieser Frage der Form durchaus unanfechtbar. Wohl konnte er mit Keulen dreinschlagen, aber, abgesehen von einem einzigen Falle, wo er als Rächer unserer unwürdig besudelten Klassiker auftrat, hat er nur dann mit Keulen dreingeschlagen, wenn er in schwerster Weise persönlich gereizt worden war. Er neigte eher zu dem entgegengesetzten Fehler, zu viel auf das Urteil der Menschen zu geben, und seine „unselige Vorliebe für den Lärm und Trommelschall der Ehre" wird denn ja auch gegen sein Selbstgefühl ins Feld geführt. Aber beide entstammten derselben Wurzel; Lassalles Eitelkeit war der letzte Rest innerer Unsicherheit, den er eben doch nicht überwunden hatte in den Kämpfen, in denen sein Selbstvertrauen erwachsen war, und von dieser Art Eitelkeit war wieder Heraklit, soviel wir von ihm wissen, völlig frei.

In wunderschöner Weise führt Lassalle aus, daß Heraklits Ruhmesliebe nicht eine unmittelbare, sondern eine bewußte und gedankenmäßig vermittelte gewesen sei, daß sie in engstem Zusammenhange mit seinem philosophischen System stehe. Der Ruhm, das Eine statt Allem, das die Besten erwählen, ist Sein der Menschen in ihrem Nichtsein, reine Fortdauer im Untergange der sinnlichen Existenz selbst; er ist darum erreichte und wirklich gewordene Unendlichkeit des Menschen, eine Wirklichkeit, die aber nicht mehr in seinem unmittelbaren Dasein besteht. Wie dies der Grund sei, führt Lassalle aus, weshalb der Ruhm seit je die großen Seelen so mächtig ergriffen und über alle kleinen und

beschränkten Zwecke hinausgehoben habe, weshalb ein deutscher, mit hellenischem Genius begabter Dichter (Platen) von ihm sage, daß er erst annahen könne „Hand in Hand mit dem prüfenden Todesengel“, so sei es auch der Grund, weshalb Heraklit in ihm die ethische Verwirklichung seines spekulativen Prinzips gesehen habe. Die Ruhmesliebe Heraklits fällt zusammen mit seinem ethischen Grundprinzipe, der Hingabe an das Allgemeine. Heraklit versteht darunter die bewußt-freiwillige Unterwerfung des einzelnen unter das allgemeine Weltgesetz; indem der einzelne wahrhafte Einheit von Sein und Nichtsein erst im „immer währenden Ruhme“ erreicht, wird der Ruhm das höchste Ziel menschlichen Strebens und das größte Los der Sterblichen.

In der Hingabe an das Allgemeine sieht auch Lassalle den „ewigen Grundbegriff alles Sittlichen“. Aber was ihn von Heraklit scheidet, ist der Begriff des Allgemeinen. Lassalle weiß, daß der Gedanke ein historisches Produkt ist und nicht bloß „im aparten Himmel des ideologischen Bewußtseins“ lebt. Für Heraklit war das Allgemeine das durch die ganze Welt waltende Gesetz, worin noch unterschiedslos alles zusammenfloß, was sich später als Erkenntnistheorie, Physik, Ethik, Politik geschieden hat. Indem die Ephesier die objektive Vernunft dieses Naturgesetzes nicht anerkannten, war ihre Massenherrschaft eben auch nur das Wähnen der vielen, dem Heraklit als der eine Wissende nicht anders als schroff entgegentreten konnte. Von einem Staatsbegriffe im modernen Sinne des Worts kann bei ihm begreiflicherweise überhaupt noch nicht gesprochen werden. Seine leidenschaftlichste Polemik richtete er gegen den Götterkultus seiner Mitbürger, gegen die Astrologen und selbst gegen die Dichter, die den Glauben an hohe, über den Menschen waltende Mächte nährten; in diesem Sinne sagte er, daß Homer aus den Versammlungen zu den öffentlichen Kampfspielen hinausgeworfen und mit Ruten gepeitscht zu werden verdiene.

Um nun den Begriff des Allgemeinen bei Heraklit klarzustellen, zieht Lassalle den treffenden Vergleich, daß auch in der Hegelschen Philosophie die Gesetze aufgefaßt würden als die Verwirklichung des allgemeinen substantiellen Willens, ohne daß bei dieser Bestimmung im geringsten an den formellen Willen der Subjekte und deren Zählung gedacht werde. Allein Lassalle trat mit dieser Auffassung nicht in den leisesten Widerspruch, wenn er als Verehrer der objektiven Vernunft zugleich Vorkämpfer des allgemeinen Stimmrechts war. So wenig wie Heraklit

und Hegel bildete Lassalle sich ein, daß die objektive Vernunft aus der Masse der Menschen herausgezählt werden könne, und nicht so verstand er das allgemeine Stimmrecht. Es war ihm nicht ein Mittel, die objektive Vernunft zu erzeugen, sondern der objektiven Vernunft zur Herrschaft zu verhelfen. Denn wenn Lassalle mit Heraklit und Hegel in der Hingabe an das Allgemeine den ewigen Grundbegriff des Sittlichen sah, so hatte das Allgemeine entsprechend der historischen Entwicklung bei ihm eine andere historische Bedeutung, als bei Heraklit und Hegel. Es war ihm nicht die allgemeine Weltidee, nicht die absolute Staatsidee, sondern die „Idee des Arbeiterstandes". Nicht weil die Arbeiterklasse die größte Zahl ausmacht, trat Lassalle für sie ein, sondern weil sie — wie oft hat er diesen Gedanken ausgeführt und wie tief hat er ihn begründet! — unter den historischen Bedingungen des modernen Klassenstaats die Hingabe an das Allgemeine verkörpert, sowohl dadurch, daß sie allein von allen Klassen dieser Hingabe fähig ist, als auch dadurch, daß ihre besonderen Interessen in dem Wirrwarr der Klasseninteressen die allgemeinen Interessen sind. In welche „Welt der Prinzipien" die Lackstiefeln Lassalles und die schwieligen Hände der Fabrikarbeiter dann allerdings nur „rein äußerlich" hineinspuken.

All das Gerede über Lassalles „innere Spaltung", über den tragischen oder je nachdem auch grotesken Gegensatz zwischen dem „Geistesaristokraten" und dem „Sozialdemokraten" läuft auf ein plumpes Mißverständnis hinaus. Es entspringt jener, schon von Lassalle bis aufs Blut gegeißelten, Isoliertheit und Abgerissenheit des Denkens, womit sich die liberale Bourgeoisie allein des politischen Inhalts zu bemächtigen vermag.

---

4. Lassalles Trauerspiel.

In den beiden Jahren 1844 und 1845 hatte Lassalle sein Werk über Heraklit entworfen und zu reichlich zwei Dritteln ausgearbeitet; um das letzte Drittel hinzuzufügen, brauchte er noch zwei Jahre, von 1855 bis 1857.

In einem Schreiben an Marx schilderte er, was ihm immer wieder die Feder in der Hand lähmte, schilderte er die Qual, theoretisieren zu müssen, „nachdem schon so vieles Blut geflossen und so viele Taten um Rache schreien"; nur nationalökonomische Werke nahm er aus, weil

sie zugleich praktische Taten seien. Sein leidenschaftlicher Drang zu handeln erpreßte ihm den Seufzer, wie gar keinen unmittelbaren Nutzen das Theoretisieren habe, da die Leute immer ruhig fortlebten, als wären die besten und größten Werke und Gedanken niemals geschrieben und gedacht. So schob Lassalle in seine Arbeit am Heraklit „quasi als Beruhigung" ein Spezialstudium, das in einiger Verwandtschaft mit seinen aktuellen Interessen stand und doch nicht so aktuell war, ihn ganz zu verzehren. Er studierte die große Weltwende der Reformationszeit.

Bezeichnend wie diese Bekenntnisse für Lassalle waren, war für ihn auch die Form, in die er die Frucht seiner Studien goß. Er machte Franz von Sickingen zum Helden einer historischen Tragödie. Lassalle war kein Dichter und täuschte sich darüber auch nicht. Er bekannte, nicht einmal als Jüngling habe er ein lyrisches Gedicht verbrochen, ihm gehe alle Phantasie ab, sein Trauerspiel habe er mehr mit revolutionärer Aktionskraft als mit dichterischer Begabung geschrieben; jedes andere Drama, das er noch schreiben könne, würde dieses eine unter anderen Formen und Namen sein. Er gesteht, für ihn selbst wäre es das Leichtere gewesen, seine Gedanken über die Reformationszeit in einem gelehrten Werke niederzulegen, aber er habe diesen kulturhistorischen Prozeß in bewußter Erkenntnis und leidenschaftlicher Ergreifung durch die Adern alles Volks jagen wollen, und deshalb habe er sich zu dem Drama entschlossen. Das Wort Alexander v. Humboldts, wonach die höchste Begünstigung eines Stoffes doch der Poesie gegeben ist, bildet das Motto des Trauerspiels.

Da Lassalle selbst seine Flanke nach der dichterischen Seite hin freiwillig bloß gegeben hat, so ist es überflüssig, die oft hervorgehobenen Mängel seiner Tragödie als dramatischer Dichtung noch einmal aufzuzählen. Auch hat es keinen rechten Zweck, lange bei Lassalles ästhetischen Anschauungen zu verweilen. Er hatte keine tieferen Beziehungen zur Kunst, die ihm mehr Mittel als Zweck war. Ein Maler, der in den fünfziger Jahren viel mit ihm verkehrt hat, freilich nicht gerade ein Meister seiner Zunft, sagt ihm sogar nach, er sei für das schöpferische Wesen der Kunst völlig blind gewesen. Er habe sie nur als Interpretin der Ideen geschätzt, in der Musik einige Sympathie für Richard Wagners deklamatorisches Pathos verraten, in der bildenden Kunst einen jungen Schlachtenmaler, der beiläufig später durch seine höfischen Schlachtenbilder eifrig am Ruin der deutschen Malerei mit-

gewirkt hat, als den berufensten Darsteller künftiger Freiheitsschlachten bewundert. Diese Schilderung ist zweifellos übertrieben, aber daß sie nicht ganz erfunden ist, zeigen die aphoristischen Bemerkungen, die Lassalle in der Vorrede seines Trauerspiels über die Zukunft des historischen Dramas macht.

Er will fortan das Historische der dramatischen Dichtung durchaus nicht in den historischen Stoff, die Begebenheiten und Personen, sondern wesentlich dahinein setzen, daß der innerste welthistorische Gedanke und Gedankenkonflikt einer Epoche in vollständiger Klarheit dramatisch entfaltet und gestaltet werde. Die Klippe eines solchen Dramas, das Unding einer abstrakten und gelehrten Poesie, entging ihm nicht, aber Lassalle glaubte, daß sie vollkommen wohl vermieden, daß den Individuen aus der Bestimmtheit der Gedanken und Zwecke, denen sie sich zuteilen, eine durchaus markige und feste, selbst derbe und realistische Individualität gegeben werden könne. Offenbar wird Lassalle hier von seiner idealistischen Weltanschauung irre geleitet. Der „derbe Realismus" der historischen Kämpfe entspringt nicht aus Gedankenkonflikten, und je bestimmter die Gedanken wiedergegeben werden, die sich die kämpfenden Menschen über ihre Zwecke machen, um so unbestimmter pflegen sie dem zu entsprechen, was der rückschauende Historiker unter dem Begriffe eines historischen Gedankenkonflikts zusammenfassen mag.

Freilich ist die Übertreibung, wie oft bei Lassalle, nur die allzu leidenschaftliche Reaktion auf einen schweren Schaden des deutschen Lebens. Er sagt: „Nur etwa jene schlechte Partikularistik, die in modernster Zeit in unserer Kunst überwuchert, die breite Vertiefung in die gedanken- und wesenlose Besonderheit des zufälligen Charakters, schien mir, der seine Kunstanschauungen wesentlich an der Brust der antiken Poesie und ihrer leuchtenden Gebilde großgesogen hat, durch diesen Plan des Dramas ausgeschlossen, und gar sehr zum Vorteile der Sache ausgeschlossen zu sein." Lassalle führte damit den ersten Streich gegen Julian Schmidt, der eben damals die „leuchtenden Gebilde" der nationalen Dichtung in Gustav Freytags Backfischen und knauserigen Krämern feierte oder auch in Otto Ludwigs braven Schieferdeckermeistern, die, wenn ihnen ein geliebtes Weib leidenschaftlich ans Herz sank, die dunkle Vorstellung überschlich, als könne „etwas wie ein Tintenfaß auf etwas wie Wäsche oder ein wertvolles Papier" fallen. Aus diesen dumpfen Niederungen wollte Lassalle die Poesie auf die

Höhen des historischen Lebens zurückführen, und immerhin ist seine philosophische Verkrustung des Dramas kein so gefährlicher Irrweg, wie jene „schlechte Partikularistik", die immer wieder auftaucht, wo die Poesie scheu an den großen Problemen der Zeit vorbeizuschleichen versucht. Lassalle war kein Dichter, aber in seinem Sickingen weht doch immer noch mehr von dem historischen Geiste der Reformationszeit, als im Florian Geyer Gerhard Hauptmanns, der wirklich ein Dichter ist.

Obgleich Engels bereits in der Revue der Neuen Rheinischen Zeitung den entscheidenden Einfluß ökonomischer Triebkräfte auf die Entwicklung der deutschen Reformation klargestellt hatte, kam Lassalle bei seinem Studium dieser gewaltigen Zeit noch immer nicht von seiner idealistischen Auffassung los. In dem großen Bauernkriege, den Engels als die revolutionäre Tradition des deutschen Volkes behandelt hatte, wollte er stets nur eine reaktionäre Erscheinung erblicken. Was ihn dazu verleitete, war seine Neigung, historische Katastrophen als innere Gedankenkonflikte aufzufassen. Da der Grundbesitz das „herrschende Prinzip" des feudalen Mittelalters war, und die Bauern dies überlebte Prinzip zwar konsequenter und reiner ausgestalten, aber eben dadurch trotz seiner innerlichen Vermorschung erhalten wollten, so waren ihre Rebellionen trotz aller blutigen Gewaltsamkeit reaktionär. Es läßt sich nicht leugnen, daß in dieser Argumentation Lassalles ein gewisser blendender Schein liegt. Vom Klassenstandpunkte der patriarchalischen Bauernwirtschaft konnte die feudale Produktionsweise nicht aus den Angeln gehoben werden; alle Aufstände der Bauern, die durch eigene Kraft das feudale Joch zerbrechen wollten, sind unterlegen, es sei denn, daß sie hier oder da, durch die Gunst örtlicher oder sonstiger besonderer Verhältnisse, auf sehr beschränktem Gebiete gelangen. Die revolutionäre Kraft, welche die feudalen Gesellschaftsformationen zerstörte, ging nicht von den Bauern, sondern von den Städtern aus. Aber so wahr dies sein mag, so wahr ist auch, daß jede bürgerliche Revolution — in England, in Frankreich, und so weit sie überhaupt siegte, auch in Deutschland — in erster Reihe durch die Kraft der Bauern gesiegt hat. Deshalb ist es grundfalsch, wenn Lassalle in den Bauernkriegen reaktionäre Erscheinungen sieht. Sie scheiterten, nicht weil sie das Rad der Geschichte rückwärts drehen, sondern weil sie es schon vorwärts drehen wollten, als die Bedingungen noch nicht erfüllt waren, unter denen es sich vorwärts drehen ließ.

Eine innerlich reaktionäre Rebellion war vielmehr Sickingens Aufstand, der die mittelalterliche Ritterschaft retten wollte, eine Klasse, die unwiderruflich dem historischen Untergange verfallen war. Das hatte Engels schlagend nachgewiesen, und hierüber dachte Lassalle im Grunde nicht anders. Konnte er doch am wenigsten von seinem idealistischen Standpunkt aus leugnen, daß der mittelalterliche Ritter mit beiden Füßen auf dem „herrschenden Prinzip" des Grundbesitzes stand. Um so verwunderlicher erscheint es auf den ersten Blick, daß Lassalle eine historisch-reaktionäre Gestalt zum Helden eines mit revolutionärer Aktionskraft gesättigten Dramas machte. Allein auch hier findet sich eine ideologische Vermittlung.

Was Lassalle in der deutschen Reformationsgeschichte am meisten fesselte, war die Gestalt Huttens. Hutten war aber nicht nur der Theoretiker des niederen Adels, sondern auch und in erster Reihe Humanist. Nächst und neben Luther war er der einzige Schriftsteller der Reformationszeit, dessen Stimme zeitweise ein Echo in allen Klassen fand, namentlich als Hutten deutsch zu schreiben begann. Als er sang: „Wir wöllens halten ingemein, Laßt doch nit streiten mich allein, Erbarmt euch übers Vaterland, Ihr werten Teutschen regt die Hand! Itzt ist die Zeit, zu heben an Um Freiheit krigen. Gott wills han", da antworteten echte Volkslieder dem „edlen Hut aus Franken". Jedoch hatte Hutten vor Luther die frei-menschliche Begeisterung voraus. Seine glühende und stürmische Beredsamkeit, die sich ebenfalls an den Brüsten der Antike genährt hatte, fuhr in ideologischem Schwunge gegen Fürsten und Pfaffen einher und verhüllte den engen Klassenstandpunkt umsomehr, je eifriger Hutten im wachsenden Kampfe um das Bündnis der Städte, ja sogar, wenn der Neue Karsthans von ihm verfaßt ist, was Lassalle als zweifellos annahm, um das Bündnis der Bauern warb. So wurde Hutten für Lassalle zum nationalen Helden.

Aber Lassalle verhehlte sich nicht, daß gerade der „lyrische Grundton", der ihn an Hutten erwärmte, den fränkischen Ritter zu einem unpolitischen Helden machte, daß bei Hutten schließlich doch alles in der Theorie stecken blieb. Hutten selbst feierte Sickingen als den rettenden Arm Deutschlands. Und nun stellte sich für Lassalle die Frage: Weshalb und woran ist Sickingen gescheitert? Wie setzen sich revolutionäre Gedanken in revolutionäre Taten um? Wie ist der Widerspruch zu lösen, der mit dem ersten praktischen Schritte des Revolutionärs sofort

hervortritt zwischen der begeisternden Kraft und der erschöpfenden Konsequenz des Prinzips einer-, dem berechnenden Verstande und der notwendigen Einseitigkeit aller Politik andererseits? Den tiefen dialektischen Widerspruch, den die Natur alles Handelns, zumal des revolutionären Handelns einhüllt, nennt Lassalle die formelle tragische Idee seiner historischen Tragödie.

Nach Lassalles Auffassung scheiterte Sickingen daran, daß er seinen revolutionären Zweck mit reaktionären Mitteln durchsetzen wollte, daß er nicht die gesamte Nation für seine nationalen Ziele aufrief, sondern auf dem Umwege einer ritterlichen Fehde gegen einen geistlichen Reichsfürsten die nationale Revolution einleiten wollte, auf einem Umwege, der keinen Augenblick die Fürsten und Pfaffen, wohl aber die Massen des Volkes täuschte. Die Frage, ob eine solche intellektuelle Schuld eine tragische Schuld sein könne, beantwortete Lassalle mit dem tiefen Nachweise: die intellektuelle Schuld eines Revolutionärs, der seinem Prinzip so wenig vertraue, daß er es von hinten herum durchsetzen wolle, der eine verfaulte Welt umstürzen möchte, ohne ihr doch geistig soweit überlegen zu sein, um die richtigen Mittel zu ihrem Umsturze finden zu können, sei auch eine sittliche Schuld: eine sittliche Schuld, die, wieder dadurch gemildert, daß sie eine intellektuelle Schuld sei, den echtesten tragischen Konflikt darstelle. Was Lassalle aber nicht erkannte, war die Tatsache, daß Sickingens historische Schuld sich ihm unter der Hand in ihr Gegenteil verkehrt hatte. Sickingen scheiterte nicht, weil er ein revolutionäres Ziel mit reaktionären Mitteln, sondern umgekehrt, weil er ein reaktionäres Ziel mit revolutionären Mitteln erreichen wollte. Wie Engels schon nachgewiesen hatte, war Sickingens nationales Ziel eine Art Adelsdemokratie mit monarchischer Spitze, und, einmal dies Ziel gegeben, handelte Sickingen so entschlossen und klar, waren seine Mittel so völlig von seinem Zwecke durchdrungen, wie man vom Standpunkte revolutionärer Taktik aus nur immer wünschen mochte. Gesetzt, daß er überhaupt die ganze Nation hätte aufrufen können und wollen, so wäre er überhaupt keinen Schritt vorwärts gekommen. Denn der damalige kleine Adel war, wie die nationalste, so auch die den Bauern und Bürgern, also der Masse der Nation verhaßteste Klasse, und wirklich konnte nichts den bäuerlichen und bürgerlichen Interessen schroffer widersprechen, als die von Sickingen geplante Reichsreform. Gewiß war auch Sickingens historische Schuld im Sinne Lassalles eine tragische

Schuld, aber in dem tatsächlich umgekehrten Sinne, daß Sickingen sich einbildete, ein Revolutionär zu sein, während er in Wirklichkeit ein Reaktionär war.

Dagegen war diejenige tragische Schuld, die Lassalle an Sickingen zu erkennen glaubte, die historische Schuld der deutschen Bourgeoisie in der Märzrevolution gewesen. Sie hatte eine revolutionäre Aufgabe zu lösen und konnte sie lösen, wenn sie anders den gangbaren Weg zu dem erreichbaren Ziele eingeschlagen hätte. Freilich ließ sich darüber streiten, ob die feige Pfiffigkeit, womit das deutsche Bürgertum seine Todfeinde zu übertölpeln gedacht hatte, überhaupt etwas mit Tragik zu tun habe. Aber Lassalle nahm diese Klasse einstweilen, nicht wie sie sich gegeben hatte, sondern wie sie im günstigsten Falle genommen werden konnte, und daraus läßt sich ihm auch kein Vorwurf machen. In seiner Assisenrede hatte er den Rücken des deutschen Bürgertums mit blutigen Striemen bedeckt, um es vielleicht doch noch im letzten Augenblicke zu energischer Haltung aufzustacheln; jetzt wo es von der Gegenrevolution zertreten wurde, behandelte er es mit wohlwollender Schonung. Die Politik, die er in den fünfziger Jahren befolgte, rechnete immer mit der Möglichkeit, daß die bürgerlichen Klassen aus dem Schicksal der Märzrevolution gelernt haben könnten. Das war unzweifelhaft auch die vom proletarischen Standpunkte gebotene Politik, solange jene Möglichkeit überhaupt eine Möglichkeit war und solange die der Vergangenheit gespendete Nachsicht den Forderungen der Gegenwart und Zukunft nichts vergab. Diese Grenze wußte Lassalle sehr genau innezuhalten: die Vorlesung, die er in seinem Trauerspiel dem deutschen Bürgertum über revolutionäre Taktik hielt, ließ an Eindringlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Insofern ist Lassalles Sickingen ein Tendenzdrama. Es wäre zuviel behauptet, wenn man sagen wollte, daß Lassalle mit dem, gleichviel ob anfechtbaren oder unanfechtbaren, Rechte des Dichters seinem Helden tendenziöse Absichten untergeschoben habe, die Sickingen in Wirklichkeit nicht gehabt hatte. Lassalles öffentliche Äußerungen und vielleicht noch mehr die Briefe, die er mit Marx und Engels über seine Tragödie wechselte, lassen keinen Zweifel darüber, daß er Sickingens Aufstand historisch so auffaßte, sei es auch nur idealisierend so auffaßte, wie er ihn dramatisch gestaltete. Aber allerdings, wenn er diesen historischen Stoff dramatisch behandelte, so nur deshalb, weil er in Sickingens

Schicksal einen treuen Spiegel des Schicksals sah, das die deutsche Bourgeoisie der Märzrevolution bereitet hatte.

In seinem Drama löst Lassalle den dialektischen Widerspruch in der Natur des revolutionären Handelns durch den Satz, daß revolutionäre Zwecke nur durch revolutionäre Mittel erreicht werden können. Unter revolutionären Mitteln versteht er natürlich nicht gewaltsame Mittel in irgend einem ausschließlichen Sinne. In dieser Beziehung sagt er nur, daß notwendige revolutionäre Mittel nicht deshalb verschmäht werden dürften, weil sie gewaltsame Mittel seien. Insoweit bestand eine vollkommene Analogie zwischen der bürgerlichen Revolution des sechzehnten und des neunzehnten Jahrhunderts, als ihre Träger, solange sie weit vom Schusse waren, mit Feuer und Schwert gedroht, aber, sobald sie in die Schußlinie gerieten, sich als die friedlichsten Gevattern von der Welt gebärdet hatten. Demgemäß legt Lassalle auf das Predigen eines lutherischen Geistlichen von der Befleckung der reinen Lehre durch irdische Gewalt, von der Liebeslehre, die nicht durch das blutige Schwert entweiht werden dürfe, in Huttens Mund eine feurige Apostrophe an das für die Freiheit geschwungene Schwert als an den in die Wirklichkeit geborenen Gott. Aber Hutten vertritt, was nicht übersehen werden darf, in dem Drama gegenüber dem einseitig-realistischen Revolutionär Sickingen den rein begeisterten, die realen Bedingungen der Wirklichkeit übersehenden, also auch nur einseitigen und selbst noch einseitigeren Revolutionär. Wenn Hutten jenem Geistlichen antwortet:

> Ehrwürd'ger Herr! Schlecht kennt ihr die Geschichte.
> Ihr habt ganz recht, es ist Vernunft ihr Inhalt,
> Doch ihre Form bleibt ewig die Gewalt,

so ist das ein Satz aus Lassalles geschichtsphilosophischem, aber keineswegs aus seinem praktisch-revolutionären Glaubensbekenntnis. Die Torheit, beim Worte Revolution sofort Heugabeln blitzen zu sehen, hat er unzähligemal verhöhnt, aber allerdings dachte er nicht schmeichelhafter über die entgegengesetzte Torheit, die den ausbeutenden und unterdrückenden Klassen einen Freibrief ausstellt mit der Forderung, daß sie nicht durch Gewalt gestürzt werden dürfen, selbst dann nicht, wenn sie nur durch Gewalt gestürzt werden können.

Das wahre Kriterium der revolutionären Mittel, durch die allein revolutionäre Zwecke durchgesetzt werden können, sieht Lassalle in Hegels Satze, daß ein Zweck nur dann durch ein Mittel erreicht werden könne,

wenn zuvor das Mittel selbst schon von der eigenen Natur des Zwecks ganz und gar durchdrungen sei. Bei der praktischen Anwendung, die Lassalle diesem Satze auf die historischen Klassenkämpfe gab, operiert er noch einigermaßen mit philosophischen Begriffen, aber es ist interessant zu sehen, wie sich seine revolutionäre Praxis aus ihnen herauswindet, so daß sie ihr nur noch wie zerbröckelnde Eierschalen anhaften. Im Wesen der Sache führt Lassalle seinen Beweis aus dem realen Wesen der Klassenkämpfe.

Die ewige Stärke aller herrschenden Klassen ist das ausgearbeitete, vollkommen klare, durch nichts zu täuschende Klassenbewußtsein, womit sie ihre Klasseninteressen verteidigen. Die ewige Schwäche aller revolutionierenden Klassen liegt darin, daß ihr Klassenbewußtsein noch nicht ausgebildet, demgemäß ihre politische Einsicht noch unklar, ihr Verstand noch roh, ihre Macht noch nicht organisiert ist. Unter diesen Umständen scheinen die Führer der Revolution einen Triumph übergreifender Klugheit zu feiern, wenn sie mit den gegebenen Mitteln rechnen, die wahren und letzten Zwecke der Bewegung anderen (und beiläufig eben dadurch häufig sogar sich selbst) geheim halten und durch diese beabsichtigte Täuschung der herrschenden Klassen die Möglichkeit zur Organisation der neuen Kräfte gewinnen, um so durch dies klug erlangte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst zu besiegen. Aber diese anscheinend so kluge Taktik muß jede Revolution ruinieren. Sie täuscht die herrschenden Klassen nicht, die wegen ihres vollkommen klaren Klassenbewußtseins niemals getäuscht werden können. Sie täuscht aber die revolutionierende Klasse, die noch kein Klassenbewußtsein hat, die das ganze unmittelbare Prinzip der Revolution versteht, jedoch durch seine Abschwächung und Vermittlung nur irregeführt wird. „Es muß also zuletzt kommen, daß solche Revolutionsrechner, statt die getäuschten Feinde nicht vor sich und die Freunde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der scheinbar höchste Verstand hat sich in der Tat als höchster Unverstand erwiesen.“ So ist der Sieg einer Revolution nur dadurch möglich, daß alle ihre praktischen Maßregeln von ihrem Prinzip durchdrungen sind, daß sie alles Diplomatisieren und Versteckspielen verschmäht und im offensten Spiel ihr stärkstes Spiel erblickt.

In diesen Sätzen ist Lassalles revolutionäres Aktionsprogramm enthalten, und die Tiefe der inneren Überzeugung macht selbst bis zu

einem gewissen Grade den Dichter, wenn er in der Katastrophe seines Dramas den alten Balthasar zu Sickingen sprechen läßt:

> O nicht der Erste seid ihr, werdet nicht
> Der Letzte sein, dem es den Hals wird kosten,
> In großen Dingen schlau zu sein. Verkleidung
> Gilt auf dem Markte der Geschichte nicht,
> Wo im Gewühl die Völker dich nur an
> Der Rüstung und dem Abzeichen erkennen.
> Drum hülle stets vom Scheitel bis zur Sohle
> Dich kühn in deines eignen Banners Farbe,
> Dann probst du uns im ungeheuren Streit
> Die ganze Triebkraft deines wahren Bodens
> Und stehst und fällst mit deinem ganzen Können.

Die bürgerliche Klasse, an die Lassalle sein Trauerspiel richtete, hat es nie beachtet, und wenn sie es beachtet hätte, so würde sie es nicht verstanden haben. Ihre Politik ist bis auf den heutigen Tag dabei geblieben, „in großen Dingen schlau zu sein". Seine praktische Verwirklichung hat Lassalles revolutionäres Aktionsprogramm in der politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterklasse gefunden. Und die Frage nach seiner Richtigkeit wird am leichtesten und schnellsten entschieden durch einen vergleichenden Blick auf das, was die deutsche Bourgeoisie hüben und das deutsche Proletariat drüben seit einem Menschenalter auf politischem Gebiete vor sich gebracht haben.

---

5. Lassalles rechtsphilosophisches Hauptwerk.

Aus demselben Drange praktischen Handelns heraus, aus dem Lassalle sein Trauerspiel gedichtet hatte, schrieb er sein System der erworbenen Rechte.

Es mag paradox klingen, daß eine schwere theoretische Arbeit, ein Werk, das mit einer schier unabsehbaren Gelehrsamkeit bis in die innersten Falten einer Rechtsgeschichte von Jahrtausenden dringt, aus einem praktisch politischen Interesse entstanden sein soll. Dennoch ist dem so, und auch keineswegs zur Unehre Lassalles. Sein großer Sinn offenbarte sich in dem Blick für den großen Zusammenhang der Dinge. Praxis und Theorie waren ihm nicht zwei entgegengesetzte Begriffe, ja nicht einmal zwei Seiten eines Begriffs, sondern sie waren ihm derselbe Begriff, der gleichmäßig durch Denken und Handeln waltet. Da

die Zeit des Theoretisierens für die Deutschen immer noch nicht verschwinden wollte, so rüstete Lassalle in der Theorie die Waffen, die in dem von neuem entbrennenden Kampfe sofort praktisch geschwungen werden konnten. Fragte er in seinem Trauerspiele: Wie müssen sich revolutionäre Gedanken in revolutionäre Taten umsetzen, um zu siegen?, so fragte er in seinem rechtsphilosophischen Werke: Wie schlägt das revolutionäre Prinzip nach dem Siege in positives Recht um, wie läßt sich ein alter Rechtszustand in einen neuen überführen? „Aus der archäologischen Rumpelkammer des alten Roms und der gesamten universalgeschichtlichen Bewegung die Waffen schmiedend für die modernsten Zwecke", wollte Lassalle „die feste Burg eines wissenschaftlichen Rechtssystems für Revolution und Sozialismus" erbauen.

Die Berliner Versammlung war 1848 an der Aufgabe gescheitert, das feudale Recht in bürgerliches Recht umzuwandeln. Sie hatte kein Prinzip gehabt, um sich reinlich auseinanderzusetzen mit den Ansprüchen der erworbenen Rechte, hinter denen sich aller feudale Unrat verschanzte. Nach dem Siege der Gegenrevolution wurde jedes einmal erworbene Recht für heilig erklärt, und wenn es unter dem Zwange einer unerbittlichen Notwendigkeit in seiner mittelalterlichen Form aufgegeben werden mußte, in moderner Form wieder aufgerichtet, wie die reaktionäre Gesetzgebung der fünfziger Jahre dutzendfach zeigte. Gerade als Lassalle an die Ausarbeitung seines rechtsphilosophischen Werkes ging, sollten die feudalen Grundsteuerbefreiungen um ungezählte Millionen abgekauft, die „Hörigkeit des Volks von den adeligen Grundbesitzern" abermals proklamiert werden. Dem gegenüber entwickelte Lassalle wissenschaftlich die Theorie der erworbenen Rechte, stellte er fest, ob und wie neue Gesetze auf die erworbenen Rechte rückwirken dürfen.

In der Hegelschen Rechtsphilosophie sah Lassalle die Frage nicht beantwortet. Er fand, daß Hegel höchstens die allgemeine Disposition zu einer wirklichen Rechtsphilosophie, nicht sie selbst gegeben habe. Und die Schüler Hegels hätten sich begnügt, seine Disposition immer zu wiederholen, die dünnsten allgemeinen Grundlinien, wie Eigentum, Vertrag u. s. w. immer von neuem abzuhaspeln; sie wären im Himmel der allgemeinen Redensarten der groben Erde des realen Rechtsstoffs so fern wie möglich geblieben, statt in den Reichtum des positiven Rechtsmaterials einzudringen und ihn begreifend zu gestalten. Dies nun will Lassalle tun. Er vergleicht die Rechtswissenschaft mit einem

Felde, in dessen Furchen und Rinnen er sich einleben wolle, um aus ihnen die Flammen des Lichts schlagen zu lassen, während Hegels Nachbeter dies Feld nur durch ein flüchtig von oben herabgeworfenes Feuerwerk zu beleuchten wüßten.

Schärfer als jemals früher sagt sich Lassalle von der absoluten Idee los, um der historischen Entwicklung ihr Recht zu geben. Er meint, mit den abstrakt-allgemeinen Kategorien von Eigentum, Erbrecht, Vertrag, Familie sei überhaupt nichts getan, der römische Eigentumsbegriff sei ein anderer, als der germanische u. s. w.: mit anderen Worten, die Rechtsphilosophie, als in das Reich des historischen Geistes gehörend, habe es nicht mit logisch-ewigen Kategorien zu tun, sondern die Rechtsinstitute seien nur die Realisationen historischer Geistesbegriffe, nur der Ausdruck des geistigen Inhalts der verschiedenen historischen Volksgeister und Zeitperioden und daher nur als solche zu begreifen.

Aber eben nur soweit sagt sich Lassalle von Hegel los. Er will die Fahne Hegels nicht verlassen, sondern sie auf anderem Wege zum Siege führen. An Hegels idealistisch-dialektischer Methode hält er fest. Die alleinige Quelle des Rechts ist das gemeinsame Bewußtsein des ganzen Volks, der allgemeine Geist. „Seit Hegel ist dieser Satz theoretisch so festgestellt, daß er keines neuen Beweises bedarf.“ Gerade dies setzt sich Lassalle als Aufgabe, aus dem historischen Rechte der verschiedenen Volksgeister die Rechtsidee herauszuringen, sie zu vollkommener Durchsichtigkeit zu erheben: die formale Rechtslogik, den Nachweis, wie neue Gesetze, gleichviel welchen Inhalt das jeweilige Zeitbewußtsein habe, auf bereits bestehende Rechtsverhältnisse der Rechtsidee gemäß wirken. Im Hinblick auf die Schwankungen der ab- und zufließenden Wellen und ihren wiederkehrenden Strudel will Lassalle mit fester Hand die unzerbrechlichen Grundlinien für den Begriff der Rückwirkung ziehen.

In den allgemeinsten Zügen kommt er zu folgenden Ergebnissen. Kein Gesetz darf rückwirken, das ein Individuum nur durch die Vermittlung seiner Willensaktionen trifft. Eine Rückwirkung dieser Art wäre ein absolut unzulässiger Eingriff in die Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Menschen, in die Freiheit des Denkens und Wollens, die unantastbaren Grundlagen alles Rechts; so weit auch die Macht des Gesetzgebers reicht, so weit reicht sie niemals, zu bewirken, daß ein Individuum etwas anderes wollte, als es gewollt hat. Aber daraus folgt zugleich, daß das Individuum diesen Einwand stets nur da er-

heben kann, wo es eine freiwillige Handlung, eine individuelle Willensaktion ist, die durch ein späteres Gesetz vernichtet oder entstellt werden soll. Rechte, mit denen das Gesetz als solches, ohne Vermittlung des individuellen Willens, das Individuum befaßt, sind nichts als allgemeine Qualitäten und Befugnisse, die nur auf Grund des verleihenden Gesetzes da sind und also mit ihm fließen und verschwinden. Im Gesetze verkörpert sich das Rechtsbewußtsein des ganzen Volkes; alles gesetzliche Recht ist somit nur eine, durch den in stetem Wandel begriffenen allgemeinen Geist gesetzte, Bestimmtheit, so daß jede neue Bestimmtheit das Individuum unverzüglich mit demselben Recht ergreift, womit es von der früheren befaßt wurde. Fest kann für das Individuum nur sein, was es sich aus diesem Strome durch sein eigenes Tun und Wollen einmal abgeleitet, was es verseinigt hat. Jedes Gesetz also, das nicht frühere individuelle Willensaktionen trifft, und insoweit es diese nicht trifft, muß seiner Natur nach augenblicklich eingreifen.

Demgemäß fällt mit dem Satze, daß kein Gesetz rückwirken darf, das ein Individuum nur durch die Vermittlung seiner Willensaktionen trifft, der andere Satz zusammen, daß jedes Gesetz rückwirken darf, welches das Individuum ohne Dazwischenschiebung eines solchen freiwilligen Akts trifft, welches das Individuum also unmittelbar in seinen unwillkürlichen, allgemein-menschlichen oder natürlichen oder von der Gesellschaft ihm übertragenen Qualitäten trifft, oder es nur dadurch trifft, daß es die Gesellschaft selbst in ihren organischen Einrichtungen ändert.

Aus diesem Begriffe der Rückwirkung folgt aber noch mehr. Das Individuum kann durch seine Handlungen, durch einseitigen oder zweiseitigen Vertrag, sich oder anderen Personen Rechte nur sichern, wenn und insoweit die bestehenden Gesetze dies erlauben. Jedem Vertrage ist von Anfang an die stillschweigende Klausel hinzuzudenken, es solle das in demselben für sich oder andere stipulierte Recht nur auf so lange Zeit Geltung haben, solange die Gesetzgebung ein solches Recht überhaupt als zuläßig betrachten wird. Ein entgegengesetzter Wille des Individuums ist von Haus aus ungültig und unrechtlich, denn die alleinige Quelle des Rechts ist der allgemeine Volksgeist, von dem sich der einzelne nicht losreißen kann, ohne den Rechtsbegriff selbst aufzuheben. Es läßt sich vom Individuum kein Pflock in den Rechtsboden schlagen, durch den es sich für selbstherrlich für alle Zeiten erklärt. Und nichts anderes als diese verlangte Selbstsouveränetät des Indivi-

duums liegt in der Forderung, daß ein erworbenes Recht auch für solche Zeiten fortdauern solle, wo absolute oder zwingende Gesetze, das heißt Gesetze, die der individuellen Willkür kein Abweichen gestatten, seine Zulässigkeit ausschließen. „Es läßt sich ebensowenig ein solcher Pflock in den Rechtsboden treiben, als sich ein Pflock in das Erdreich schlagen und verlangen läßt, daß dieser selbst dann noch an seiner Stelle bleibe, wenn sich das ganze Erdreich, in dem er haftet, in Bewegung setzt. Dies ist der wahre Sinn des oft gehörten Ausspruchs: Es gibt kein Recht gegen das Recht. Es heißt dies nichts anderes, als daß jedes einzelne Recht der Umwandlung der Rechtssubstanz selbst folgt, aus der es hervorgegangen ist und in der es haftet. . . . Von dem Gesagten aus ergibt sich bereits mit einem Blicke die ganze Hohlheit und tiefe Rechtswidrigkeit des sinnverwirrenden interessierten Geschreis, welches die Berechtigten jederzeit anheben, wenn der öffentliche Geist in seiner Fortentwicklung dazu gelangt ist, den Fortbestand eines früheren Rechtes, zum Beispiel Leibeigenschaft, Hörigkeit, Roboten, Bann- und Zwanggerechtigkeiten, Dienste und Abgaben bestimmter Natur, Jagdrecht und Grundsteuerfreiheit, fideikommissarische Erbfolge u. s. w. von jetzt ab auszuschließen.“ Absolute oder zwingende Gesetze, die einen bestimmten Rechtsinhalt ausschließen, zerstören diesen Inhalt auch in individuell erworbenen Rechten, ohne daß deshalb von einer unstatthaften Rückwirkung gesprochen werden darf.

Lassalle begründet diese Auffassung in einer glänzenden Polemik gegen Stahl, den Theoretiker der preußischen Feudalpartei. Mit schneidendem Hohne weist er nach, in welches gedanken- und inhaltlose, sich selbst vernichtende Gerede über erworbene Rechte dieser mit allen Gaben der Spiegelfechterei ausgestattete Mann verfallen war, gerade weil er dem modernen Bewußtsein gewisse Zugeständnisse machen wollte. Dann wendet sich Lassalle gegen das Haupt der historischen Rechtsschule, gegen Savigny, der in schwankender Weise die Rückwirkung absoluter Gesetze auf erworbene Rechte zugegeben, aber für jeden solchen Fall eine „wahre vollständige Entschädigung des Berechtigten“ gefordert hatte. Ihm sagt Lassalle, einen größeren Irrtum, als dieses angebliche Recht auf Entschädigung, könne es gar nicht geben. „Das Recht konnte selbst durch Vertrag von Haus aus von dem Individuum mit Gültigkeit nur stipuliert werden bis zu dem Tage, wo das allgemeine Dasein eines solchen Rechts auf ein es negierendes und für unmöglich erklärendes

Bewußtsein des öffentlichen Geistes stoßen würde. Das Recht hat gegolten, solange es gelten konnte und sollte. Jener Tag des Verhängnisses, der Tag der von Haus aus dem Akte vorherbestimmten Notwendigkeit, ist nun eingetreten — und alles ist gesagt. Die Grenze, bis zu welcher das Recht gelten sollte und konnte, ist erreicht, und es ist daher hier logisch und juristisch weder Raum noch Grund denkbar für eine Entschädigung. Es gibt hier nichts zu entschädigen." Ein Recht der Entschädigung dennoch annehmen, da wo der Inhalt des aufgehobenen Rechts vom öffentlichen Bewußtsein bereits prohibiert, das heißt als widerrechtlich bestimmt ist, hieße vermöge der Kraft der Logik gar nichts Geringeres, als Klassen oder Individuen das Recht zusprechen: dem öffentlichen Geiste einen Tribut für seine Fortentwicklung aufzuerlegen, hieße also nichts anderes, als ein tributpflichtiges Hörigkeits- oder Abhängigkeitsverhältnis des öffentlichen Geistes von jenen berechtigten Klassen oder Individuen annehmen.

Ergebe sich dies aus dem Begriffe der Rückwirkung, so ergebe sich daraus allerdings noch ein anderes. Schließe das neue Rechtsbewußtsein nicht ein Rechtsverhältnis selbst, sondern nur einen bestimmten Modus seiner Anwendung aus, so sei nur dieser Modus für widerrechtlich erklärt, nicht aber das Rechtsverhältnis selbst, und es müsse nun eine Umwandlung eintreten, welche die Form einer Entschädigung haben könne und oft haben werde. Aber dies sei nur ihre täuschende Außenseite. In der Tat sei diese Umwandlung nur die Überleitung des noch als wirksam erkannten Rechtsinhalts aus der prohibierten Art seiner Befriedigung in seine unprohibierte. Diese Umwandlung müsse aus dem sehr einfachen Grunde eintreten, weil ja nicht mehr aufgehoben werden dürfe, als durch die Anschauung des neuen Rechtsbewußtseins wirklich prohibiert sei.

Lassalle erläutert diese Seite des Prinzips namentlich an dem preußischen Jagdgesetze von 1848. Es führt aus, die Berliner Versammlung habe zwar die Aufhebung des aus herrenschaftlichen Rechten hervorgegangenen Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden aussprechen müssen, da der feudal-gutsherrliche Ursprung der Jagdgerechtigkeit von dem neuen Rechtsbewußtsein ausgeschlossen worden sei. Aber sie habe auch den Gegenbeweis entgeltlicher Veräußerung durch den Grundeigentümer zulassen und in diesem Falle die Ablösung verordnen müssen, da das neue Rechtsbewußtsein die Trennung des Jagdrechts vom Grund

und Boden durch einen freien Willenskontrakt des Grundeigentümers zugelassen habe. Lassalle meint also, daß die Berliner Versammlung sich einer unstatthaften Rückwirkung schuldig gemacht habe, indem sie den entsprechenden, von Schulze-Delitzsch eingebrachten Antrag ablehnte. Es ist beachtenswert, wie schonend er auch hier gegen die bürgerliche Klasse verfährt. Während er die furchtbarsten Stöße gegen die feudalen Theoretiker und die feile Praxis des Obertribunals richtet, zieht er die Sünden der bürgerlichen Volksvertretung auf diesem Gebiete nur in dem verhältnismäßig mildesten Falle heran, obendrein hinzufügend, ihr könne keinerlei Vorwurf daraus entstehen, wenn sie im gewaltigsten Drange praktischer Ereignisse einen mehr nur theoretischen Unterschied unbeachtet gelassen habe. Es hätten schwerlich zahlreiche Fälle vorgelegen, in denen eine Ablösung des Jagdrechts hätte eintreten müssen, und der Jurist müsse hauptsächlich auf die Regel, nicht auf die Ausnahmen sehen.

Diese gesamte Theorie der erworbenen Rechte holt Lassalle nicht aus seinem Kopfe, sondern er hält sein Versprechen, sie aus dem realen Rechtsstoffe zu entwickeln. Er spürt dem Gedanken der Rückwirkung nach von der römischen Zwölftafelgesetzgebung bis zur preußischen Gesetzgebung der fünfziger Jahre; er verfolgt ihn in den verschiedensten Rechtsinstituten mit einer kolossalen Kenntnis der Rechtsmaterie und einer Tiefe der philosophischen Spekulation, die von Seite zu Seite neue Bewunderung erregen. Wie Lassalle aus dem abstrusesten und massenhaftesten Stoff den Begriff der Rückwirkung sich spielend zu durchsichtigster Klarheit entwickeln läßt, wird für immer eine denkwürdige Leistung des menschlichen Geistes bleiben.

Fragt man aber, was Lassalle praktisch mit seiner Arbeit erreicht habe, so führen einige Einwände, die Rodbertus gegen seine Schlüsse erhob, am schnellsten in den Kern dieser Frage ein. Nach Lassalle hängt die Entschädigungsfrage davon ab, ob das Volksbewußtsein ein bestimmtes Recht grundsätzlich ausschließe oder nur eine bestimmte Form dieses Rechts. Rodbertus warf nun ein, woran dieser Unterschied zu erkennen sei; durch Stimmenmehrheit und selbst durch Stimmeneinheit lasse er sich doch nicht feststellen. Hierauf antwortete Lassalle, diese Frage gehe die formale Rechtslogik, die Rückwirkungstheorie überhaupt nichts an. Was das heutige oder irgend ein späteres Zeitbewußtsein wolle, wie die Zeit heute über Ehe, Staat, Monarchie, Jagd, Berg-

werk, Zeitungen, Eigentum denke oder jemals später denken werde, lasse sich niemals durch eine formale Regel feststellen, die ja ein reines Vademekum für die ganze Weltgeschichte sein würde. Aber so einleuchtend diese Replik erscheint, so empfindet Lassalle doch, daß der Einwand von Rodbertus damit nicht erschöpft ist. Die klarste Rechtslogik muß unklar werden, wenn der Inhalt nicht klar ist, auf den sie angewandt werden soll. Und so antwortet Lassalle „beiläufig", freilich lasse sich weder durch Stimmenmehrheit noch durch Stimmeneinheit feststellen, was das heutige Zeitbewußtsein wolle. Aber er denke, dieser Wille sei doch „ganz einfach" festzustellen. „Was Sie Sich und der Zeit durch Vernunft, Logik und Wissenschaft beweisen können — das will die Zeit!" Der Satz malt wieder den ganzen Lassalle, mit seiner energischen Kraft, mit seiner konzentrierten Leidenschaft, mit dem unerschütterlichen Vertrauen auf die unwiderstehliche Kraft der Idee, aber auch mit der Schwäche, die von all dieser Stärke untrennbar war.

Gewiß stellt sich die Zeit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann. Aber ehe sie diese Aufgaben so weit entwickelt hat, um sich ihrer bewußt zu werden und sie im positiven Rechte zu lösen, können Jahrzehnte und Jahrhunderte vergehen, und bis dahin läßt sich die Zeit durch Vernunft, Logik und Wissenschaft nicht beweisen, was sie will. Wäre dem nicht so, dann wären nicht so viele bahnbrechende Geister, die was davon erkannt, die ihrer Zeit bewiesen, was sie wollte, gekreuzigt und verbrannt worden. Lassalle selbst sollte bald am eigenen Leibe erfahren, wie schlecht sein Exempel stimmte. Er sah, daß die lebendigen Triebkräfte der Zeit an der Emanzipation des Proletariats arbeiteten, aber alle Vernunft, Logik und Wissenschaft, womit er diese unzweifelhafte Tatsache bewies, klärten die Zeit nicht so über ihren Willen auf, daß ein neues Rechtsbewußtsein entstand, an dem sich seine formale Rechtslogik hätte erproben können.

Wie Lassalles Stärke, so war seine idealistische Weltanschauung auch seine Schwäche. Bei seinen mühevollen Untersuchungen des realen Rechtsstoffes muß er „fortlaufend" die Tatsache feststellen, daß die Gesetzgebung in ihrem praktischen Rechtsgefühle der Rechtsidee immer noch näher gekommen sei, als die Theoretiker mit ihrer Vernunft, Logik und Wissenschaft. Wäre Lassalle noch einen Schritt weiter gegangen, so würde er gefunden haben, daß der dunkle Drang der Massen die Rechtsidee noch viel schärfer zu erfassen pflegt, als das praktische

Rechtsgefühl der Gesetzgebung sie erfaßt. Die ostelbischen Bauern, die nach dem 18. März ihren junkerlichen Bedrängern auf den Leib rückten und die feudalen Dienste für erloschen erklärten, handhabten die Theorie der erworbenen Rechte ungleich einsichtiger, als das preußische Parlament.

Ja, auch diesen weiteren Schritt tut Lassalle bis zu einem gewissen Grade in einem der interessantesten Kapitel seines Werks. Er führt hier aus, bei den Völkern des Altertums habe der Volksgeist eine solche objektive substantielle Gedrungenheit dargestellt, sei in den Individuen eine solche sittliche Einheit und Übereinstimmung des Volksgeistes lebendig und tätig gewesen, daß in der Tat das durch diese innere Substanz schlechthin Verworfene ebenso gut als gesetzlich verworfen habe angesehen werden können. Aber das sei nur bei den Völkern des Altertums zulässig gewesen und auch bei diesen nur in ihrer klassischen Zeit. Es sei nicht mehr zulässig in den modernen Zeiten, wo Subjektivismus und Individualismus, Bildung und Skepsis u. s. w. diese in den Individuen gegenwärtige strenge Einheit und Übereinstimmung der sittlichen Anschauungen des Volksgeistes aufgelockert haben, wo das ethische Bewußtsein der zu demselben Staate gehörenden Individuen sehr häufig ein um fast ganze Weltperioden auseinanderliegendes sei. Für diese Zeiten könne nur ein solcher Inhalt des allgemeinen Rechtsbewußtseins rechtliche Wirklichkeit beanspruchen, der bereits mittelbar oder unmittelbar gesetzt sei. Mittelbar oder unmittelbar, denn freilich sei es nicht nötig, daß er in W o r t e n, es genüge für seine rechtliche Wirklichkeit, daß er in H a n d l u n g e n des ganzen Volkes gesetzt sei. Und nun führt Lassalle aus, daß der Konvent keine unzulässige Rückwirkung begangen habe, als er seine Gesetze über das Erbrecht bis auf den Tag des Bastillesturms zurückwirken ließ. Denn an diesem Tage habe das französische Volk den Rechtszustand der feudalen Gesellschaft zertrümmert und sein den feudalen Privilegien entgegengesetztes Rechtsbewußtsein der rechtlichen Gleichheit an den Tag gelegt.

Was Lassalle einmal von Savigny sagt, das gilt in ähnlicher Weise von ihm: er streift hart an das Richtige, um doch in seiner ideologischen Auffassung das Richtige grundsätzlich zu verfehlen. Offenbar war der Bastillesturm nicht die Handlung des ganzen Volks, sondern eines gleichviel wie großen oder kleinen Volksteils; er faßte nicht die in den Individuen aufgelockerten sittlichen Anschauungen des Volksgeistes zu strenger Einheit und Übereinstimmung zusammen, sondern bewies gerade,

daß wirklich das ethische Bewußtsein der zu demselben Staate gehörigen Individuen um ganze Weltperioden auseinander liegen könne. Schuf er dennoch neues Recht, wie er es historisch gewiß geschaffen hat, so mußte dies Recht eine andere Quelle haben, als den allgemeinen Volksgeist. Um in Lassalles Sprache zu reden, so setzte sich im Bastillesturm nicht ein allgemeines Rechtsbewußtsein, sondern ein besonderes Klassenbewußtsein, welches sich nur dadurch — und insoweit — zum allgemeinen Rechtsbewußtsein entwickelte, daß — und inwieweit — es den allgemeinen Bedürfnissen der Gesellschaft entsprach. Was Lassalle unter dem idealistischen Begriffe der Zeit versteht, ist immer eine bestimmte Gesellschaft, deren historische Entwicklung in ihrem Wechsel auch den Wechsel des Rechts bestimmt.

Damit ist aber erst die Beweisführung Lassalles für seine Rückwirkungstheorie angefochten, nicht diese selbst. Denn da er sie aus der Fülle des realen Rechtsstoffs entwickelte, so kann er sie vollkommen richtig entwickelt haben, gleichviel ob er ihre Gründe am rechten oder am unrechten Orte gesucht hat. Indessen auch der Theorie selbst rückte Rodbertus auf den Leib mit dem zweiten Einwande, schon wegen der Verschiedenheit des historischen Geistes sei es ganz unmöglich, daß Lassalle seine Theorie in den römischen Pandekten gefunden habe. Es sei ein Widerspruch, daß Lassalle immer die Verschiedenheit des historischen Geistes betone und doch in so verschiedenen Zeiten, wie der modernen und der römischen, dieselbe Theorie wieder erkennen wolle. Hierauf antwortete Lassalle mit dem einmal von Rodbertus selbst angezogenen Vergleiche, daß man sehr wohl von einem Tiere, von einer Wirbelsäule sprechen könne, wenn auch die eingehende Behandlung nur als Behandlung der einzelnen Tierordnungen möglich sei. Beim Jus verhalte sich die Sache nun so, daß der Inhalt des historischen Geistes verschieden sei, aber daß sich identisch durch diesen verschiedenen Inhalt jenes andere Element ziehe, das er die formale Rechtslogik nenne. Wie er eine solche formale Rechtslogik bewußt entwickelt habe für alle späteren Zeiten, gleichviel welchen Inhalt auch das jedesmalige Rechtsbewußtsein habe, so könne dieselbe formale Rechtslogik auch schon bei den Römern das unbewußt agierende Moment gewesen sein.

Schlagender würde Lassalles Replik gewesen sein, wenn er gesagt hätte: wie die Wirbeltiere trotz aller sonstigen Verschiedenheit ihres Baus doch die Wirbelsäule gemeinsam hätten gegenüber den wirbel-

losen Tieren, so könne ein bestimmtes Rechtssystem bei aller Verschiedenheit seiner historischen Entwicklung doch einen gemeinsamen Grundzug haben gegenüber anderen Rechtssystemen. In seinem Werke legt er ausführlich dar, daß der Begriff der Rückwirkung der chinesischen, der indischen, selbst noch der mosaischen Gesetzgebung fremd sei, weil sie überhaupt noch nichts von der Subjektivität des Geistes, der Freiheit und Zurechnungsfähigkeit der Individuen gewußt hätten, über die sich erst die klassischen Völker des Altertums klar geworden seien. Ja, Lassalle geht noch weiter und sagt, daß der germanische Eigentumsbegriff des Mittelalters die Rückwirkungstheorie mehr oder weniger außer Kurs gesetzt, die Nichtrückwirkung weit übertrieben habe. So sehr er von einer Rechtsidee als solcher spricht, so faßt er sie unbewußt auch nur als historische, nicht als logische Idee. Er beschränkt sie auf die Zeit des römischen Rechts und die Zeiten der modernen Völker, die am Ausgange des Mittelalters wieder das römische Recht aufgenommen und in ihrer Weise weiter entwickelt haben.

Das römische Recht ist aber das Recht einer Gesellschaft von Warenproduzenten. Die klassischen Völker des Altertums gelangten zur „Subjektivität des Geistes“, zur „Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Individuums“ nicht, wie Lassalle meinte, durch Bildung oder Kunst oder Religion, sondern durch das Privateigentum und die Warenproduktion, die sich aus dem Urkommunismus entwickelten. Nur auf diesem bestimmten gesellschaftlichen Boden mußte jeder Fortschritt der historischen Entwicklung, jede Revolution der Sieg einer Art von Privateigentum über eine andere Art von Privateigentum sein; nur auf ihm konnte, wie Lassalle in seiner ideologischen Weise sagt, der Begriff der erworbenen Rechte der „treibende Springquell aller weiteren Gestaltung“ werden. Begreiflich genug, daß mit dem Versiegen der Warenproduktion und des Warenhandels in der Naturalwirtschaft des Mittelalters die formale Rechtslogik der Pandekten sich trübte und daß mit ihrem neuen Aufleben im ausgehenden Mittelalter das römische Recht zu neuen Ehren kam als das Recht, das einer Gesellschaft von Warenproduzenten am besten auf den Leib geschnitten war. Insofern nur, als das Recht im technischen Sinne des Worts, die spezifische Rechtswissenschaft, die Juristerei als solche aus der Warenproduktion entstanden ist und die Voraussetzungen sichert, unter denen sie sich überhaupt entwickeln kann, durfte Lassalle von einer Rechtsidee als

solcher, als einer logischen Kategorie sprechen. Es ist seine eminente Leistung, den Grundgedanken der Rechtswissenschaft, wie er von der einfachen Warenproduktion des Altertums bis zur riesenhaft entwickelten, kapitalistischen Produktionsweise der modernen bürgerlichen Gesellschaft immer bewußter hervorgetrieben worden ist, verfolgt zu haben, bis zur völligen Klarheit positiven Rechts für die letzte Revolution, die auf dem Boden des Privateigentums und der Warenproduktion überhaupt noch stattfinden kann, für die Hinüberführung des feudalen in das bürgerliche Eigentum.

Der Wert dieser Leistung würde auch nicht wesentlich beeinträchtigt werden, wenn Lassalle einmal bei dieser gewaltigen Arbeit allzu sicher vom Späteren auf Früheres geschlossen und, wie Rodbertus meinte, aus den Pandekten mehr herausgelesen haben sollte, als darin steht. Ungleich wichtiger ist die Frage, ob Lassalle die Gültigkeit seiner formalen Rechtslogik auch für alle späteren Zeiten beanspruchen durfte, also nicht bloß für die Hinüberführung des feudalen Privateigentums in bürgerliches, sondern auch für die Hinüberführung des Privateigentums selbst in Gemeineigentum.

Am ausführlichsten handelt er darüber in einer langen Note seines Werks, auf die er sich später gern berufen hat. Er entwickelt hier, daß im allgemeinen der kulturhistorische Gang der Rechtsgeschichte darin bestehe, immer mehr die Eigentumssphäre des Privatindividuums zu beschränken, immer mehr Objekte außerhalb des Privateigentums zu setzen. Wenn man die Herrschaft der freien Konkurrenz als eine solche auffasse, durch die das Eigentum erst zu seiner wahren Freiheit und Entwicklung gekommen sei, und wenn die Stimmführer dieser Richtung von „unbeschränkter Freiheit des Eigentums" sprächen, so sei diese Seite vermöge der allen Begriffsbestimmungen zukommenden Dialektik in ihren realen Folgen auch vollständig da und nicht zu leugnen. In ihrem innersten Grunde genommen, beruhe aber die Einführung der freien Konkurrenz und die Aufhebung der Monopole und Zünfte vielmehr auf dem Gedanken, daß ein ausschließendes Recht auf Gewerbebetrieb und Absatz, das heißt ein Recht darauf, daß andere Personen an sich erlaubte Handlungen nicht vornehmen dürften, unmöglich Privateigentum des Individuums sein könne.

Es sei natürlich, daß der Mensch am Anfange der Geschichte, wie das Kind noch heute, nach allem seine Hände ausstrecke, alles als sein

setze und keine Grenze kenne für den Umfang seiner Privatwillkür. Erst spät und in vorschreitendem Maße lerne er diese Grenze finden. Der Fetischdiener zerbreche noch seine Idole, wenn sie ihm nicht den Willen täten, und behandele so selbst seine Götter noch als Eigentum. Der Gottesdienst sei früh der Privatwillkür entzogen worden, aber noch lange sei der Mensch selbst Eigentumsgegenstand des anderen Menschen geblieben. Dann habe sich die Sklaverei zur Leibeigenschaft, die Leibeigenschaft zur Hörigkeit mit ihren verschiedenen Abstufungen gemildert, bis der hörige Arbeiter zum freien Arbeiter erklärt worden sei. Gegenwärtig stehe Europa nun an zwei sehr interessanten Eigentumsfragen: in politischer Hinsicht an der Aufhebung dessen, daß der öffentliche Wille einer Nation Eigentum einer Familie sein könne, also an der Aufhebung der Monarchie, in sozialer Hinsicht an der Frage, ob heute, wo es kein Eigentum an der unmittelbaren Benutzbarkeit eines Menschen mehr gebe, ein solches auf seine mittelbare Ausbeutung existieren solle, ob die freie Betätigung und Entwicklung der eigenen Arbeitskraft ausschließlich Privateigentum des Besitzers von Arbeitssubstrat und Arbeitsvorschuß (Kapital) sein und dem Unternehmer als solchem ein Eigentum an fremdem Arbeitswert (Kapitalprofit) zustehen solle.

Diese fortschreitende Verminderung des Privateigentumsumfangs beruhe auf nichts anderem als auf der positiven Entwicklung der menschlichen Freiheit. In immer fortschreitender Entwicklung werde ein früher als veräußerlich gedachter Teil der Freiheit als zur unveräußerlichen Freiheit des Menschen gehörig bestimmt, deshalb als der sittlichen Idee und dem öffentlichen Rechte entflossen angesehen und durch absolute Gesetze geregelt. Ganz parallel dieser Bewegung der Rechtshistorie, immer mehr Inhalt aus der Eigentumssphäre herauszuwerfen, laufe in der ökonomischen Entwicklung die genau entsprechende Tendenz, immer mehr Faktoren der Produktion und die Produkte selbst in immer größerem quantitativem Umfange aus der ökonomischen Eigentumssphäre, der Entgeltlichkeit, in die Sphäre der Unentgeltlichkeit hinüberzuwerfen, kürzer gesagt, die Produktionskosten herabzumindern, ein ganz richtiger Grundgedanke, dem Bastiat in seinen Ökonomischen Harmonien eine ganz falsche und einseitige Auslegung gegeben habe.

Hiergegen erhob Rodbertus den dritten Einwand, mit dem schwülstigen Satze Bastiats bekämen die Arbeiter nicht die Butter zum Brote. Er legte Lassalles Ansicht in einem Sinne aus, den dieser ausdrücklich ab=

gelehnt hatte, und es war natürlich, daß sich Lassalle mit einiger Lebhaftigkeit gegen das grobe Mißverständnis erklärte. Aber er schloß seine Abwehr mit der höflichen Wendung, die von ihm gezogene Parallele sei „wahrhaftig nicht besonders tief", und das habe Rodbertus vielleicht verleitet, einen tieferen Sinn in ihr zu suchen, als sie haben könne. Hier nun streifte Lassalle wieder hart an das Richtige, um doch das Richtige wegen seiner ideologischen Auffassung grundsätzlich zu verfehlen.

Die Parallele war tief genug, nur daß Lassalle durch seine juristische Brille nicht auf ihren Grund sah. Was er über den Gang der Rechtsgeschichte sagt, ist vollkommen richtig, vorausgesetzt, daß man die Rechtsgeschichte in jenem engeren Sinne faßt, wonach das Recht sich überhaupt erst aus dem Privateigentum und der Warenproduktion entwickelt hat. Lassalle wußte noch nicht, daß die kommunistische Urgesellschaft den ersten und bisher weitaus längsten Abschnitt der Menschheitsgeschichte umfaßt hat, und der Wilde, den er am Anfang der Geschichte die Hand nach allem ausstrecken läßt, um es sein zu nennen, hat nie existiert. Was er aber scharf und treffend beobachtet hat, verdunkelt er sich selbst wieder, indem er die Ursache in den Wolken, statt auf ebener Erde sucht. Die fortschreitende Verminderung des Privateigentumsumfangs beruht nicht auf der positiven Entwicklung der menschlichen Freiheit, sondern die Fortschritte der Produktion auf dem Boden des Privateigentums führen zu jener Parallele Lassalles: sie verwohlfeilern die Produkte und erweitern die menschliche Freiheit. Der Sklave arbeitet teurer und schlechter, als der Leibeigene, der Leibeigene teurer und schlechter, als der Hörige, der Hörige teurer und schlechter, als der freie Arbeiter. Die antike Gesellschaft ist an der Sklavenarbeit untergegangen, die feudale Gesellschaft an der Leibeigenen- und Hörigenarbeit, wie die bürgerliche Gesellschaft untergehen wird an der freien Arbeit, aber nicht weil sie juristisch frei, sondern weil sie ökonomisch unfrei ist.

Die dialektische Entwicklung des Privateigentums hat ihren „innersten Grund" nicht in der Beschränkung seines Rechts, sondern in der Entfaltung seiner Macht. Der Schwerpunkt liegt in „den faktischen, den realen Folgen", was die Manchesterleute trotz oder auch wegen ihrer sonstigen Beschränktheit richtig erkannten. Erst die Entfaltung der Macht hat die Beschränkung des Rechts zur Folge. Das Eigentum

streift die Bande des Rechts ab und macht die Arbeiter rechtlich frei, aber nur um seine ökonomische Macht desto schrankenloser entfalten und die ökonomische Unfreiheit der Arbeiter desto ergiebiger ausbeuten zu können. Lassalle stellt den Schein über das Wesen und mutet der Rechtswissenschaft mehr zu, als sie leisten kann, wenn sie nach Aufhebung aller rechtlichen Unfreiheit auch die ökonomische Unfreiheit des Arbeiters beseitigen soll. Sie kann es so wenig, wie die feudale Theologie mit der Gotteskindschaft aller Menschen die rechtliche Unfreiheit des mittelalterlichen Arbeiters beseitigen konnte. Eine neue Gesellschaft zersprengt nicht nur den ökonomischen Bau, sondern auch den ideologischen Überbau der alten Gesellschaft, aus deren Schoße sie geboren wird.

Die beiden Eigentumsfragen, vor die Lassalle die europäische Gegenwart stellt, haben das Gemeinsame, daß sie außerhalb der Rechtswissenschaft liegen, so wie Lassalle sie auffaßt: freilich mit dem Unterschiede, daß die eine rückwärts und die andere vorwärts von ihr liegt, daß die eine mit ihrem Entstehen gelöst war und die andere mit ihrem Vergehen gelöst sein wird. Die Monarchie als Eigentumsfrage, als Frage, ob der öffentliche Wille einer Nation das Eigentum einer bestimmten Familie sein dürfe, gehört einer Zeit an, welche die „Freiheit und Zurechnungsfähigkeit des Individuums“ noch nicht kannte, gehört dem orientalischen Rechte an, das von der „Subjektivität des Geistes“ noch nichts wußte. Im griechischen und römischen Altertum, selbst im feudalen Mittelalter, geschweige denn in der modernen bürgerlichen Gesellschaft, ist die Monarchie, gleichviel unter welcher ideologischer Verkleidung, immer nur eine Frage der politischen Organisation gewesen, welche die herrschenden Klassen je nachdem beantwortet haben, unbekümmert um die fossile Einbildung der Monarchie, daß ihr Wille das höchste Gesetz sei. Die Beseitigung der Monarchie ändert materiell an den Eigentumsverhältnissen der modernen bürgerlichen Gesellschaft nichts, sondern prägt sie nur formell zur vollendeten Klarheit und Schärfe aus, wie denn die demokratische Republik das ideale Schlachtfeld ist für den entscheidenden Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Dagegen ist die Frage des Kapitalprofits eine Eigentumsfrage im schärfsten Sinne des Wortes; sie ist sogar die Eigentumsfrage, denn der Kapitalprofit entspringt aus der historisch und logisch entwickeltsten Form des Privateigentums. Seine Aufhebung wäre die Aufhebung

des Privateigentums in jeder Gestalt und damit auch des auf dem Boden des Privateigentums erwachsenen Rechts. Was kürzer ausgedrückt nur heißt: Juristisch ist dem Kapitalprofit überhaupt nicht beizukommen. Alle sozialistischen Versuche dieser Art sind im Sande verronnen und mußten im Sande verrinnen. Es ist der große Fortschritt des wissenschaftlichen Kommunismus über allen früheren Sozialismus, daß er den Kapitalprofit oder genauer den Mehrwert nicht mehr als ein Attentat auf die Gerechtigkeit und Moral betrachtete, sondern ihn als eine ökonomische Tatsache auffaßte und als die ökonomische Tatsache nachzuweisen verstand, die das Privateigentum auflösen und in Gemeineigentum überführen müsse.

Diese Aufgabe vermag Lassalles formale Rechtslogik nicht zu lösen. Gleich der eigentliche Kern seiner Rückwirkungstheorie hat ein ganz anderes Gesicht, wenn das Privateigentum überhaupt in Gemeineigentum übergehen soll, als wenn es sich darum handelt, eine Art des Privateigentums in eine andere Art des Privateigentums überzuführen. Privateigentum ist die Herrschaft der besitzenden über die besitzlosen Klassen, und für die Beherrschten ist es gewiß eine Frage von der höchsten Bedeutung, ob sie verpflichtet sind, ein zum Herrschen untauglich gewordenes Eigentum auf ihre Kosten wieder in ein zum Herrschen tauglich gewordenes Eigentum umzuwandeln. Gemeineigentum aber ist die Vernichtung aller Klassenherrschaft, und es ist eine Frage von verhältnismäßig geringer Bedeutung, ob den bisherigen Privateigentümern eine Entschädigung gewährt werden soll, die ihnen, wie hoch oder wie gering oder welcher Art sie sei, in keinem Falle wieder die Herrschaft über Menschen sichern kann. Wenn Marx es niemals der Mühe für wert gehalten hat, öffentlich die Frage zu berühren, wie es bei der „Enteignung der Enteigner“ mit deren Entschädigung gehalten werden solle, so pflegte er, wie Engels bezeugt, in vertraulichem Gespräche zu äußern, am wohlfeilsten würde man davonkommen, wenn man die ganze Bande abkaufte.

So stichhaltig Lassalles Theorie der erworbenen Rechte sich erwies, wo er sie auf die Hinüberführung einer Art Privateigentum in eine andere Art Privateigentum anwandte, so sehr versagte sie bei dem Versuche, dem Privateigentum selbst auf den Leib zu rücken, und zunächst das moderne Erbrecht als ein großes Mißverständnis, als eine kompakte theoretische Unmöglichkeit nachzuweisen. Er widmet diesem Nachweise

den zweiten Band seines Werks, der durch die Fülle der Gelehrsamkeit und das dialektische Spiel der Gedanken fast noch staunenswerter ist als der erste. Aber was Lassalle beweisen wollte, hat er nicht bewiesen. Er würde es auch dann nicht bewiesen haben, wenn er nicht darin geirrt hätte, das römische Testament aus der Unsterblichkeitsidee der alten Römer abzuleiten. Wäre das moderne Erbrecht wirklich ein mißverstandener Niederschlag aus dem altgermanischen und dem altrömischen Erbrecht, so wäre nur bewiesen, daß es sich in eine Tracht geworfen hätte, die ihm nicht paßte. Riß Lassalle diese Tracht in Fetzen, so stand das moderne Erbrecht erst recht in nackter Wirklichkeit da. Wo Privateigentum ist, da ist auch Erbrecht; an dieser logischen Folge wird nichts geändert durch die noch so kompakte theoretische Unmöglichkeit der Illusionen, die das Erbrecht sich über seinen eigenen Ursprung macht.

Die Hoffnungen, die Lassalle auf die praktischen Wirkungen seines Werks setzte, erfüllten sich nicht. Er hatte richtig vorausgesehen, daß eine „sturmvoll bewegte Zeit" der Gesetzgebung herannahe, und wenn die Bourgeoisie den Mut gehabt hätte, ernstlich mit den Junkern anzubinden, so hätte allerdings, wie Lassalle erwartete, kein „Kammermensch und Politikus" das Buch entbehren können. Auf die praktische Gesetzgebung hat es aber keinen Einfluß gehabt, es sei denn, daß es gelegentlich von einem „Kammermenschen" zu rednerischer Ausschmückung verwertet wurde. So im Januar 1869 von einem liberalen Abgeordneten, der gegen die feudalen Ehevorrechte des preußischen Landrechts polemisierte. Und das ist kaum noch einmal vorgekommen. Wie sehr die preußische Gesetzgebung sich seit einem Menschenalter in dem gefallen hat, was Lassalle mit den stärksten Ausdrücken als Mangel an Pflicht- und Schamgefühl brandmarkte, ist bekannt. Besonders Bismarck war ein Virtuose in der Kunst, aus den feudalen Ansprüchen, die seine Klasse in der modernen bürgerlichen Gesellschaft erhebt, „Ersatzrechte gegen den öffentlichen Geist zu drehen", durch Getreidezölle, Liebesgaben an Branntweinbrenner und Zuckersieder und wie vieles andere! Mit Bismarck ist diese Kunst auch keineswegs in der preußischen Gesetzgebung erloschen, namentlich auch nicht unter den bürgerlichen Gesetzgebern. Erst vor wenigen Jahren kaufte der preußische Finanzminister Miquel, der aus seinen alten kommunistischen Traditionen doch Lassalles Beweisführung hätte verstehen sollen, einem Dutzend mittelalterlicher

Raugrafen das feudale Vorrecht der Steuerfreiheit mit einigen Millionen aus der Tasche des Volks ab.

In der gelehrten Welt weckte Lassalles Werk einzelne Rufe begeisterter Anerkennung. Der alte Savigny, der nur noch den ersten Band erlebte, ehrte sich und den größeren Gegner durch das Wort, seit Donellus sei so ein Buch nicht geschrieben worden, und Albert Lange studierte an dieser Theorie der erworbenen Rechte die Praxis der entzogenen Rechte. Im allgemeinen aber war die deutsche Gelehrsamkeit der Höhe dieser wissenschaftlichen Diskussion nicht mehr gewachsen. Ziegler schalt, daß in Berlin, von der Universität abgesehen, nicht zehn Juristen das Buch gelesen und nicht fünf es verstanden hätten. Von namhaften Juristen machte Jhering gequälte Scherze über einige gewagte Bilder Lassalles im zweiten Bande, auf dessen sechshundert Seiten Jhering auch nicht eine Spur von Verstand entdeckt haben wollte, eine Behauptung, die selbst als scherzhafte Wendung gegen die philosophische Spekulation salzlos genug war. Von einem Freunde Lassalles zurechtgewiesen, half sich Jhering damit zu sagen, er habe nicht die spekulative Richtung selbst, sondern nur ihre Verirrungen bekämpfen wollen, denen gerade die Begabtesten verfielen; auf den Klippen ließen sich nur die Gemsen und Steinböcke, nicht die Schafe betreffen. An den Kern dessen, was Lassalle wollte, rührte Jhering gar nicht. Dieser Kern war ein vollkommenes Rätsel für einen Mann, der bogenlang über den Kampf ums Recht orakeln und doch demütig die Gewaltpolitik Bismarcks bewundern konnte, gegen die in Deutschland fast drei Jahrzehnte lang der Kampf ums Recht geführt werden mußte. Bewies Lassalle, daß feudales Recht, wie die preußische Gesindeordnung, in der bürgerlichen Gesellschaft von selbst erlösche, so lehrte Jhering in seiner Schrift über den Kampf ums Recht, daß „ein Dienstherr, der nicht mehr wage, die Gesindeordnung in Anwendung zu bringen", nicht nur seine ethischen Lebensbedingungen verletze und die Poesie seines Charakters verliere, sondern auch die ideale Autorität des Gesetzes gefährde und die reale Ordnung des bürgerlichen Lebens preisgebe. Dies kleine Brevier praktischer Lebensphilosophie wurde von der deutschen Bourgeoisie ebenso eifrig gelesen, wie Lassalles großes theoretisches Werk von ihr ungelesen blieb.

Unter den Philosophen zeigte Michelet durch seine Kritik, daß die offizielle Hegelei glücklich im Sumpfe des vulgärsten Manchestertums angelangt war. Er leugnete die Existenz des Kapitalprofits und meinte,

Kapital müsse als ersparte Arbeit „am gemeinschaftlichen Lohne" teilnehmen; Bastiat habe die ökonomischen Kategorien besser erkannt, als Lassalle. Aber selbst auf diese platte Weisheit fiel ein versöhnender Schimmer, als Lassalles Werk dem sogenannten Staatssozialismus von Bismarcks Gnaden in die Hände fiel. Während Lassalle die Theorie der erworbenen Rechte ins Reine brachte, weil die Gesetzgeber sich „meist durch politische und Billigkeitsrücksichten" über ihre klare Bestimmung hinweggeholfen hätten, baute Adolf Wagner auf Lassalles „trefflichem Werke" seine „nationalökonomische Theorie der Enteignung" auf, und lehrte, auch wo kein rechtlicher Anspruch auf Entschädigung vorliege, „könne und werde es häufig der Billigkeit und der Politik entsprechen, eine Entschädigung zu geben". Damit war die Frage wörtlich auf den alten konfusen, den Interessen der besitzenden und herrschenden Klassen entsprechenden Stand zurückgeführt, aus dem Lassalle sie mit gewaltiger Geistesanstrengung gebracht hatte, und so hatte der borussische Staatssozialismus nach seiner eigentümlichen Logik das unanfechtbarste Recht, sich als Lassalles Geisteserben aufzuspielen.

Ein Glück, daß Lassalle sich inzwischen die wahren Erben seines Geistes erzogen hatte!

Achtes Kapitel.

Die europäische Krisis von 1859.

Lassalle arbeitete noch an seinem rechtsphilosophischen Werke, als die Wirkungen der großen Handelskrise von 1857 die europäischen Massen in neue politische Bewegung brachten. Wie zehn Jahre früher, regten sie sich zuerst in Italien und in Frankreich. In Italien richtete sich eine schnell anwachsende Volksbewegung gegen die österreichische Fremdherrschaft, und die savoyische Dynastie war schlau genug, sich dieser Bewegung zu bemeistern, indem sie sich selbst aufs Spiel setzte. In Frankreich erwachte der alte revolutionäre Geist in dem Proletariat, und die Bourgeoisie begann ungebärdig zu werden gegen den Bonapartismus, der ihr doch nicht dauernd gewähren konnte, weswegen sie ihm gern die politische Herrschaft abgetreten hatte, nämlich gute Geschäfte.

Der Bonapartismus ist niemals die freie Erfindung eines genialen Kopfes gewesen. Er war es nicht einmal in der Gestalt des ersten Kaiserreichs, wo er wenigstens einen genialen Träger hatte, und noch viel weniger in der Gestalt des zweiten Kaiserreichs, wo sein Träger ein sehr mittelmäßiger Genius war. Der erste Napoleon vollstreckte das Testament einer Revolution, in der die Bourgeoisie den Feudalismus aufs Haupt geschlagen hatte; der dritte Napoleon beerbte eine Revolution, in der Bourgeoisie und Proletariat bis zur gegenseitigen Erschöpfung miteinander gerungen hatten. Das französische Proletariat, in den Städten bereits hoch entwickelt, aber an Zahl weit überwogen von den kleinen Bauern auf dem Lande, war in einem großen Kampfe von der Bourgeoisie, dem Kleinbürgertum und dem Heere besiegt worden. Jedoch die groß- wie die kleinbürgerliche Klasse hatte sich in diesem Kampfe verblutet und nach mehrjährigem Hinquälen abgedankt vor dem eigentlichen Sieger der Junischlacht, vor dem Heer und der Klasse, aus der sich vorzugsweise das Heer rekrutierte, den kleinen Bauern, die endlich einmal vor den Städtekrawallern Ruhe haben wollten. Und der militärische Despotismus verkörperte sich in dem Namen Napoleon.

Das Wesen dieses Bonapartismus hat Engels gezeichnet in Sätzen, die durch jede Umschreibung nur abgeschwächt werden könnten. Sie lauten: „Gegenüber den Arbeitern wie den Kapitalisten zeichnet sich der Bonapartismus dadurch aus, daß er sie verhindert, aufeinander loszuschlagen. Das heißt, er schützt die Bourgeoisie vor gewaltsamen Angriffen der Arbeiter, begünstigt ein kleines friedliches Plänkelgefecht zwischen beiden Klassen und entzieht im übrigen den einen wie den anderen jede Spur politischer Macht. Kein Vereinsrecht, kein Versammlungsrecht, keine Preßfreiheit; ein allgemeines Wahlrecht unter solchem bureaukratischen Drucke, daß Oppositionswahlen fast unmöglich sind; eine Polizeiwirtschaft, wie sie selbst in dem polizierten Frankreich bisher unerhört war. Daneben wird ein Teil der Bourgeoisie wie der Arbeiter direkt gekauft; der eine durch kolossale Kreditschwindeleien, wodurch das Geld der kleinen Kapitalisten in die Tasche der großen geleitet wird; der andere durch kolossale Staatsbauten, die neben dem natürlichen selbständigen Proletariat ein künstliches, imperialistisches, von der Regierung abhängiges Proletariat in den großen Städten konzentrieren. Endlich wird dem Nationalstolz geschmeichelt durch scheinbar heroische Kriege, die aber stets mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis Europas gegen den jeweiligen allgemeinen Sündenbock geführt werden, und nur unter solchen Bedingungen, daß der Sieg von vornherein gesichert ist." Der Bonapartismus, so wie ihn Engels schildert, erwuchs von selbst aus bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen. Er kehrt regelmäßig wieder, wo ähnliche Verhältnisse wiederkehren.

Die Handelskrise von 1857 enthüllte zuerst seine tönenden Verheißungen als hilflose Verlegenheit. Dann warfen Orsinis Handgranaten den nachgemachten Cäsar in zähneklappernde Angst, und die Sicherheitsgesetze, zu denen er sich im panischen Schrecken hinreißen ließ, flößten nicht nur keinen Schrecken ein, sondern zeigten vielmehr, daß der Bonapartismus nach sieben Jahren noch immer nicht auf festen Füßen stand. Es gab nur noch einen Rettungsweg für Bonaparte, einen populären Krieg, der mit einigem Scheine von Recht einen zivilisatorischen Anstrich hatte und die steigende Flut der Revolution beschwören konnte. Wo dieser Krieg zu suchen war, hatten Orsinis Bomben mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gezeigt.

Indem sich Bonaparte mit der savoyischen Dynastie verbündete, um die österreichische Gewaltherrschaft in Italien zu brechen, mischte sich

ein reaktionäres Element in die italienische Revolution. Die nationale Einheit Italiens widersprach allen Überlieferungen der französischen Politik; in Bonapartes Munde wurde sie zu einer offenen Lüge, denn dies angebliche Ziel stand in schroffem Widerspruch mit den wirklichen Beweggründen, die ihn in den Krieg trieben. Sein Zweck war zunächst, auf den allgemeinen Sündenbock loszuschlagen, und diesen Sündenbock sah er richtig in Österreich. Der habsburgische Despotismus war durch seine Wirtschaft in Italien zum europäischen Skandal geworden; mit den alten reaktionären Genossen von der Heiligen Allianz hatte er sich überworfen, mit Preußen wegen Olmütz und mit Rußland wegen des Krimkriegs; höchstens in den englischen Tories besaß er noch laue Freunde. Waren die Lombardei und Venetien der österreichischen Herrschaft entrissen, so sollten diese Provinzen an Piemont fallen, wofür sich Bonaparte als Gegengabe Savoyen und Nizza ausbedang. Alles weitere konnte vorläufig dem Gange und der Gunst der Ereignisse überlassen bleiben. Ließen sich die österreichischen Kreaturen auf den mittel- und süditalienischen Thronen durch Mitglieder der ehrenwerten Familie Bonaparte ersetzen, um so besser; in keinem Falle durfte die italienische Einheit über die Formen eines neuen Rheinbundes sich entwickeln, der die einzelnen italienischen Staaten unter der Ehrenpräsidentschaft des Papstes und dem tatsächlichen Protektorate Frankreichs vereinen sollte.

Größere Sorge, als die zukünftige Gestaltung Italiens, machte dem Völkerbefreier an der Seine zunächst die Lokalisierung des Krieges. Er spielte mit Rußland unter derselben Decke, und ferner durfte er auf Englands Neutralität rechnen. Aber würde der deutsche Bund teilnahmlos dem gefährlichen Stoße gegen seine führende Macht zusehen, mochte er immerhin auch nicht verpflichtet sein, die außerdeutschen Besitzungen seiner Mitglieder zu schützen? Verbündete sich aber der deutsche Bund mit Österreich, so war ein dicker Strich durch Bonapartes Rechnung gemacht.

Österreich begriff natürlich die Gunst der Lage und entfaltete eine fieberhafte Propaganda, um den deutschen Bund in den Krieg zu reißen. Ihr Mittelpunkt war die Augsburger Allgemeine Zeitung, deren Diplomaten und Strategen haarklein bewiesen, daß die österreichische Gewaltherrschaft in Italien ein deutsches Interesse sei, daß der Rhein am Po verteidigt werden, daß Alldeutschland mit gewaffneter Hand für Österreich eintreten müsse, wenn es nicht nach Niederwerfung seiner isolierten Vormacht wehrlos vor dem Schwerte des übermächtigen Siegers liegen

wolle. Bald beschworen die kaiserlich königlichen Federn das Gespenst von Jena in den ängstlichsten Tonarten, bald schwelgten sie in den üppigsten Phantasien. Österreich verteidigte angeblich die „heiligsten Güter" gegen den „Umsturz", wie es wörtlich in amtlichen Manifesten hieß; es rüstete den Kreuzzug der Völker gegen das blut- und schmach-bedeckte Regiment des Dezembermörders, und unter österreichischer Ägide sollte eine mitteleuropäische Großmacht entstehen, die von Belgien, Holland und Elsaß-Lothringen bis zu Ungarn und den slavisch-rumänischen Donauländern die Urkraft germanischen Wesens umfassen und hier die Romanen wie dort die Slaven im Zaume halten sollte. Gegenüber dieser österreichischen Propaganda war die französische Agitation auch nicht faul, und ebensowenig verlegen in der Wahl ihrer Mittel. Ihre Hauptposaune fand sie in dem ehemaligen Reichsregenten Karl Vogt, der, wie die später in den Tuilerien gefundenen Quittungen bewiesen, mit französischem Golde bestochen worden war; er pries den Bonapartismus als Befreier der unterdrückten Völker in Schriften an, die von der Gesinnungslosigkeit wie von der Unwissenheit ihres Verfassers ein gleich beweiskräftiges Zeugnis ablegten.

Unter dem befruchtenden Tau solcher Beredsamkeit erwachte wieder der alte, an seiner eigenen Dürre vertrocknete Gegensatz von Kleindeutschen und Großdeutschen. Die Kleindeutschen horchten auf die bonapartistischen Sirenengesänge; gerade die Art, wie die italienische Einheit sich vollziehen sollte, war ganz nach ihrem Herzen; die Rolle der savoyischen Dynastie hatten sie von jeher der hohenzollernschen Dynastie zugedacht. Ebenso inbrünstig oder noch inbrünstiger ließen sich die Großdeutschen von den Wahnbildern hypnotisieren, die ihnen die Auguren der Hofburg vorgaukelten.

Wenn es eine allzu schmeichelhafte Wendung wäre, zu behaupten, daß die Kleindeutschen weitsichtiger gewesen seien, als die Großdeutschen, so muß man doch sagen, daß die Großdeutschen noch kurzsichtiger waren als die Kleindeutschen. Diese wollten wenigstens einen großen Teil Deutschlands einigen, während jene einfach die deutsche Zerrissenheit aufrecht zu erhalten gedachten. Die preußischen Groß- und Mittelbürger ahnten etwas mehr von historischen Notwendigkeiten, als die bayerischen Ultramontanen, die schwäbischen Partikularisten oder gar die Frankfurter Börsenmänner, deren patriotisch bangendes Herz in den österreichischen Schuldtiteln ihrer Kassenschränke pupperte. Allerdings

gab es einzelne Großdeutsche, die es in ihrer Weise ehrlich mit ihrem deutschen Patriotismus meinten, so Bucher und Rodbertus, dann auch der Leipziger Historiker Wuttke. Aber gerade die Schriften dieser Männer aus dem Jahre 1859 beweisen, wie widerspruchsvoll die großdeutsche Richtung war. Wuttke kehrte von einer vertraulichen Beratung der großdeutschen Führer in Rosenheim mit der niederschlagenden Erkenntnis zurück, daß der süddeutsche Adel die großdeutschen Schlagworte mißbrauche, um seine in der Reaktionszeit widerrechtlich wiederhergestellten Vorrechte zu befestigen, und er protestierte öffentlich gegen die großdeutschen Versuche, ein deutsches Parlament zu hintertreiben. Bucher und Rodbertus aber verlangten in mehreren Flugschriften die deutsche Einheit als Bundesdirektorium, worin Preußen und Österreich geborene Mitglieder sein und das dritte Mitglied von den Fürsten gewählt werden sollte, mit wechselndem Vorsitz und wechselndem Vororte zwischen Wien, Berlin und Frankfurt: eine reaktionäre Utopie, der gegenüber sogar noch der Bundestag den Vorzug besaß, zwar eine sehr klägliche, aber doch immerhin eine Wirklichkeit zu sein.

Unabhängig von dem Fraktionsgezänk der Klein- und Großdeutschen entstand in den deutschen Volksmassen eine nationale Bewegung von urwüchsiger Kraft. Ihre allgemeinen Ursachen waren dieselben, die überhaupt am Ende der fünfziger Jahre ein neues Leben in den europäischen Völkern hervorriefen, aber als erster Wind blies in das wieder aufglimmende Feuer der französische Angriff auf Österreich. Das instinktive und in seiner Weise auch berechtigte Gefühl, daß der Abenteurer auf dem französischen Thron erst dann auf eine halbwegs gesicherte Existenz rechnen könne, wenn er das linke Rheinufer gekapert habe, daß der deutsche Michel immer die Zeche bezahlen solle, wenn andere Leute sich in die Haare gerieten um Fragen, die ihn in aller Welt nichts angingen, wurde noch empfindlich geschärft durch das Gefühl der Hilflosigkeit, durch die grausame Erkenntnis, daß die Nation als solche nach wie vor mediatisiert sei und kein Organ ihres Willens habe. Kein Organ ihres Willens und nicht einmal eine Stätte, wo sie sich über ihre wirklichen Interessen verständigen konnte. War diese nationale Bewegung instinktiv entstanden, so war sie um so unklarer über sich selbst, und die Gefahr lag nahe, daß sie eine Beute der klein- oder großdeutschen Schlagworte werden konnte. Um dieser Gefahr zu steuern, griffen Engels, Marx und Lassalle aufklärend ein.

Zuerst erschien Engels auf dem Plan mit der Schrift: Po und Rhein, für die ihm Lassalle in Franz Duncker einen Verleger besorgt hatte. In dieser Schrift räumte Engels mit den Phantasmen der großdeutsch-österreichischen Propaganda auf. Nicht zwar als ob er sich bei der „Verteidigung der heiligsten Güter" gegen den „Umsturz" aufgehalten hätte! Das war unnötig, denn so geistig und sittlich verwahrlost war der deutsche Philister in den fünfziger Jahren noch nicht, um sich durch derartige Schlagworte betören zu lassen. Aber mit überlegenem Spotte fertigte Engels die mitteleuropäische Großmachtstheorie ab, und noch viel eingehender widerlegte er den großdeutschen Lieblingssatz, daß der Rhein am Po verteidigt werden müsse. Er widerlegte ihn durch den militär-wissenschaftlichen Nachweis, daß Deutschland kein Stück von Italien zu seiner Verteidigung brauche, und daß Frankreich, wenn bloß militärische Gründe gelten sollten, allerdings noch viel stärkere Ansprüche auf den Rhein habe, als Deutschland auf den Mincio. Diesen Beweis führte Engels so bündig und unwiderleglich, daß seine anonym erschienene Schrift allgemein für das Werk eines hochgestellten und vorzüglich unterrichteten Militärs gehalten wurde, ein Irrtum, der sich noch bis in neuere Geschichtswerke fortgepflanzt hat.

Ebenso bündig und unwiderleglich wies Engels nach, daß auch vom politischen Standpunkte aus die deutschen Interessen nicht die Erhaltung, sondern die Beseitigung der österreichischen Fremdherrschaft in Italien geböten. Das Wesen dieser Fremdherrschaft kennzeichnete er als „in zivilisierten Ländern unerhört"; solange sie währe, müsse Italien immer der Bundesgenosse Frankreichs gegen Deutschland sein. Schrieben die österreichischen Federn, daß Deutschland einen anderen Beruf habe, als zum Blitzableiter für die Donnerschläge zu dienen, die sich über dem Haupte der bonapartischen Dynastie zusammenzögen, so könnten die Italiener mit demselben Rechte sagen, daß Italien einen anderen Beruf habe, als den Deutschen zum Puffer zu dienen gegen die Stöße, die Frankreich gegen sie führe, und zum Danke dafür von den Österreichern mit Stockprügeln regaliert zu werden. Mit dem interessierten Gerede von der politischen Unfähigkeit der Italiener sollten gerade Deutsche vorsichtig sein. „Statt unsere Stärke im Besitze fremden Landes zu suchen und in der Unterdrückung einer fremden Nationalität, der nur das Vorurteil die Zukunftsfähigkeit absprechen kann, werden wir besser tun, dafür zu sorgen, daß wir in unserm eigenen Hause eins und stark

sind." Ein einiges Deutschland werde kaum jemals mit einem einigen Italien in Zwist geraten, wohl aber werde es dadurch einen starken Einfluß in Italien haben, daß die Italiener oft genug die deutsche Hilfe gegen Frankreich brauchen würden.

Mit dieser kritischen Auflösung großdeutsch-österreichischer Schlagworte kam Engels natürlich dem Bonapartismus keinen Schritt entgegen. Er hob hervor, daß die Frage um den Besitz der Lombardei eine Frage zwischen Deutschland und Italien sei, nicht aber zwischen Louis Napoleon und Österreich. „Gegenüber einem Dritten, der um seiner eigenen, in anderer Beziehung antideutschen Interessen willen sich einmischt, handelt es sich um die einfache Behauptung einer Provinz, die man nur gezwungen abtritt, einer militärischer Position, die man nur räumt, wenn man sie nicht mehr halten kann. Die politische Frage tritt in diesem Falle sogleich hinter die militärische zurück; werden wir angegriffen, so wehren wir uns." In der nationalen Bewegung, die durch die deutschen Massen zitterte, sah Engels den richtigen Instinkt, daß wenn der Po für Louis Napoleon der Vorwand sei, der Rhein unter allen Umständen sein Endziel sein müsse. Er wollte ihr ermöglichen, mit reinen Händen in den erwarteten Kampf zu gehen und schloß seine Untersuchung mit dem Ergebnisse, daß die Deutschen einen ganz ausgezeichneten Handel machen würden, wenn sie den Po, den Mincio, die Etsch und den ganzen italienischen Plunder vertauschen könnten gegen die Einheit, die vor einer Wiederholung von Warschau und Bronzell schütze, die allein nach innen und außen stark machen könne.

Engels veröffentlichte seine Schrift im Einvernehmen mit Marx, der seinerseits in der New York Tribune in gleicher Weise sowohl die Behauptung widerlegte, daß die Fortdauer der österreichischen Herrschaft in Italien ein deutsches Interesse sei, als auch den bonapartistischen Ränkeschmieden die Wege wies, indem er zeigte, daß die bonapartistische Befreiung Italiens nur ein Vorwand sei, Frankreich unterjocht zu halten, Italien dem Staatsstreiche zu unterwerfen, die „natürlichen Grenzen" Frankreichs nach Deutschland zu verlegen, Österreich in ein russisches Instrument zu verwandeln und die Völker in einen Krieg der legitimen mit der illegitimen Kontrerevolution hineinzuzwingen. In ihren Veröffentlichungen über die europäische Krisis von 1859 untersuchten Marx und Engels die europäische Gesamtlage nach jeder Richtung; sie boten alle Hilfsmittel der Wissenschaft auf, um in ihre verborgensten Winkel

hineinzuleuchten. Nur eine Frage legten sie sich nicht vor, die Frage: wie stellt sich die nationale Bewegung in Deutschland zu ihren nächsten Feinden, zu den deutschen Fürsten? Diese Frage war nur dann überflüssig, wenn die französisch-russische Koalition die deutsche Nation mit unmittelbaren Gefahren bedrohte, denn freilich muß ein Volk erst existieren, ehe es sich entscheiden kann, wie es existieren will. Aber wenn solche Gefahren nicht vorlagen, dann wurde jene Frage zur entscheidendsten von allen.

Hier nun griff Lassalle ein mit seiner Schrift über den italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens, die in dem gleichen Verlage erschien wie die Schrift von Engels, und sie in gewissem Sinne ergänzte. Hatte Engels gesagt: Wenn wir angegriffen werden, wehren wir uns, so fügte Lassalle hinzu: Wohl, aber untersuchen wir erst, in welchem Falle wir angegriffen sind. In allen grundsätzlichen Fragen war Lassalle mit Marx und Engels einverstanden: in dem Urteile über die Notwendigkeit der deutschen und der italienischen Einheit, über die eigennützige Politik Bonapartes, über die Verwerflichkeit der österreichischen Fremdherrschaft in Italien, über die innere Hohlheit der bonapartistischen und der habsburgischen Propaganda, endlich auch über die Notwendigkeit des Krieges, falls die deutschen Interessen gefährdet seien. Mit den bürgerlichen Groß- oder Kleindeutschen hatte Lassalle so wenig etwas zu tun, wie Marx und Engels. Worin er von ihnen abwich, das war die tatsächliche Frage, ob der Krieg in Oberitalien die deutschen Interessen schon gefährde. Lassalle war keineswegs so kurzsichtig, zu verlangen, daß die französischen Heere die deutschen Grenzen überschreiten müßten, ehe der Kriegsfall gegeben sei; er fand ihn schon gegeben, wenn Bonaparte für sich oder seine Sippe in Italien Eroberungen machen wolle. Dann sollte die deutsche Nation den Krieg führen — gegen den Bonapartismus, im Bunde mit dem italienischen Volke und den demokratischen Instinkten der französischen Nation. Lassalle dachte unpatriotisch genug, auf diese Bundesgenossen ungleich höheren Wert zu legen, als auf die Bundesgenossenschaft der deutschen Fürsten.

Wollten diese Fürsten auf eigene Rechnung und Gefahr den Krieg an Frankreich erklären, solange kein deutsches Interesse ernstlich bedroht war, solange es sich nur um die österreichische Gewaltherrschaft in Italien, also um die Schwächung Österreichs und nicht um die Schwächung Deutschlands handelte, so hatte Lassalle gegen diesen Fürstenkrieg nichts

einzuwenden. Er begrüßte ihn vielmehr lebhaft, aber nur unter der Voraussetzung, daß die nationale Bewegung sich diesem dynastischen kontrerevolutionären Kriege entgegenwürfe und aus seinen unausbleiblichen Wechselfällen revolutionäres Kapital schlüge. Lassalle hoffte darauf, daß die deutschen Fürsten in einem solchen Kriege gründliche Hiebe davontragen würden, wodurch er die wirklichen Interessen der deutschen Nation außerordentlich gefördert sah. Was dagegen Lassalle bis aufs Messer bekämpfte, das war ein deutsch-französischer Volkskrieg, worin sich die beiden großen Kulturvölker des Kontinents zerfleischten um nationaler Trugbilder willen, während tatsächlich hüben und drüben nur dynastische Interessen auf dem Spiele ständen. In einem populären Kriege gegen Frankreich, der keine nationale Lebensfrage hinter sich habe, sondern seine geistige Nahrung aus krankhaft überreiztem Nationalgefühl, aus verstiegenem Patriotismus, aus kindischer Franzosenfresserei sauge, sah Lassalle die furchtbarste Gefahr für die europäische Kultur und damit auch für alle nationalen, wie für alle revolutionären Interessen. Da ein solcher Krieg von Tage zu Tage möglicher wurde, da die noch am weitesten links stehenden Organe der öffentlichen Meinung, die National- und die Volkszeitung, die nationale Bewegung in einen solchen Krieg trieben, so hielt es Lassalle für seine Pflicht, sich dem drohenden Unheil entgegenzuwerfen.

In seiner Schrift legt er eingehend dar, daß eine wirkliche Bedrohung Deutschlands überhaupt nicht vorliege. An dem Gelingen der italienischen Einheitsbewegung habe die deutsche Nation das allerdringendste Interesse, und eine gute Sache werde dadurch noch nicht schlecht, daß ein schlechter Mann sie in die Hand nehme. „Wenn Louis Napoleon eine große und durch und durch volksmäßige Sache in die Hand nimmt, gerade um sich durch den Widerhall, den dieselbe im Herzen der Völker findet, einige Pfennige Popularität zu erschleichen, — nun, so verweigere man ihm diese Pfennige und mache so die Leistung, zu der er sich aus persönlichen Zwecken entschließt, unnütz für diese persönlichen Zwecke. Aber wie kann man nach dem gewöhnlichsten gesunden Menschenverstande jetzt selbst das Schwert ziehen wollen gegen jene Sache? Wie kann man jetzt kämpfen wollen gegen das, was man bisher wollte, wünschte, erstrebte?“ Auf der einen Seite habe man einen schlechten Mann mit einer guten Sache. Und auf der anderen Seite eine schlechte Sache und einen — „Nun ja, der Mann?

Wie steht es mit dem Manne? Wir wären doch begierig, welche Taten man Louis Napoleon vorwerfen kann, bei deren Appell Österreich nicht sollte antworten können: ja, hier! ... Wenn Louis Napoleon Cayenne hat, hat Österreich nicht die Bluthochzeit von Arad, den Galgen der ungarischen Generale? ... Und was nun gar die partikular-deutschen und preußischen Vorwürfe anbetrifft, so liegt es in der Natur der Sache, wessen Wage zentnerschwer zur Erde sinken muß. Robert Blum, Olmütz, Holstein, Bronzell hat Louis Napoleon nicht zu verantworten." Der österreichische Despotismus sei ein gefährlicherer Feind der demokratischen Entwicklung, als der bonapartistische. Er stelle ein geschlossenes reaktionäres Prinzip dar, während Bonaparte zwar persönlich ein Despot sei, aber durch beständiges Kokettieren mit demokratischen Grundsätzen sich selbst lächerlich und seine Stellung unhaltbar machen müsse.

Eine Schwächung Österreichs zu hindern, habe das deutsche Volk umsoweniger ein Interesse, als vielmehr die gänzliche Zerschlagung Österreichs die erste Vorbedingung der deutschen Einheit sei. Woran bisher die deutschen Einheitsbestrebungen gescheitert seien, das sei die selbständige Weltstellung, die Österreich, gestützt auf seine außerdeutschen Besitzungen, einnehme. An dem Tage, wo Italien und Ungarn selbständig wären, seien die zwölf Millionen Deutsch-Österreicher dem deutschen Volke wiedergegeben, und erst dann könnten sie sich als Deutsche fühlen, erst dann sei ein einiges Deutschland möglich. Von dem Staatsbegriffe Österreich sagt Lassalle, daß er zerfetzt, zerstückt, vernichtet, zermalmt, daß seine Asche in alle vier Winde zerstreut werden müsse. Er verwahrt sich ausdrücklich gegen jede borussische Auslegung dieses Satzes; er spräche nicht in einem spezifisch-preußischen, sondern im rein deutschesten Bewußtsein von der Welt; er würde ebenso sprechen, wenn er Österreicher wäre.

Lassalle entwickelt dann ausführlich, weshalb Louis Napoleon nicht an Eroberungen in Italien, und noch viel weniger an einen Krieg um den Rhein denken könne. Beschränkt, wie dieser in Europa so allgemein überschätzte Mensch sein möge, werde er nie so törichten und unausführbaren, seiner ganzen Stellung unangemessenen Eroberungsplänen nachhängen. Das Höchste, wonach er streben könne, sei die Vereinigung Savoyens mit Frankreich. Und durch Sprache, Lage, Gesinnungen und Verkehrsverhältnisse französisch, wäre Savoyens Vereinigung mit Frankreich, die früher oder später doch eintreten müsse,

in dem Augenblicke ganz unanstößig, wo Deutschland eine diese Vergrößerung aufwiegende Kompensation erhielte.

Gesetzt aber den mehr als unwahrscheinlichen Fall, daß Bonaparte in phantastischen Eroberungsplänen schwelge, welche Ursache läge dann für die Deutschen vor, sich so unanständig zu fürchten? Ein so entsetzliches Zetergeschrei anzustellen, und an Jena zu erinnern? Ähnlich wie Engels vor ihm, verhöhnte Lassalle die angenehmen Patrioten, denen sich in den Tagen von Jena das normale Maß unserer nationalen Kraft darstellte. Und aus übertriebener Furcht werde man tollkühn! Weil man sich fürchte vor dem mindestens höchst ungewissen, höchst unwahrscheinlichen Übel eines französischen Angriffs auf Deutschland, wolle man ein ungewisses Übel in ein gewisses, die gefürchtete Wahrscheinlichkeit in eine aktuelle Wirklichkeit verwandeln, indem man zum Angriff gegen Frankreich treibe. Ja, man vergrößere auf diese Weise ein doch nur als möglich gedachtes Übel, denn es liege auf der Hand, daß Deutschland in der Abwehr eines französischen Angriffs ganz andere Kräfte entwickeln könne und werde, als in einem Invasionskriege gegen Frankreich, der zudem die französische Nation um Bonaparte scharen und dessen Thron nur befestigen würde.

Die Folgen eines Volkskriegs zwischen Deutschland und Frankreich schildert Lassalle mit brennenden Farben. Er hebt ausdrücklich hervor, daß nicht jeder Krieg zwischen beiden Völkern so unheilvolle Folgen haben müsse, obgleich jeder unter allen Umständen ein trauriges Ereignis sein würde. Ein Krieg, der von beiden Seiten oder auch nur von einer derselben ein wirklicher Kabinettskrieg wäre, also ein Krieg, wie er bis Sedan geführt wurde, würde sie nicht haben. Aber ein Krieg, der für kein nationales Interesse des deutschen Volkes geführt würde, während es zugleich gelänge, die öffentliche Meinung und nationale Gesinnung in Deutschland für ihn zu entflammen, also ein Krieg, wie er nach Sedan geführt und wie er im Jahre 1859 von angeblich demokratischen Stimmführern betrieben wurde, würde sie haben. „Wie ist es nur möglich, von demokratischer Seite her nicht zu sehen, daß dieser Krieg das kulturfeindlichste Ereignis wäre, das gedacht werden kann? Das gute Einverständnis — niemals war es mehr an der Zeit, dies zu verkünden für jeden, der nur in etwas den Gang der europäischen Kulturgeschichte zu übersehen vermag, als in dem jetzigen Augenblicke wiederauflebender Franzosenfresserei — das gute Einverständnis

zwischen den beiden großen Kulturvölkern, Deutschen und Franzosen, das ist der Punkt, von welchem alle politische Freiheit, aller zivilisatorische Fortschritt in Europa, alle Vermehrung und Verwirklichung der geistigen Ideenmasse, kurz alle demokratische Entwicklung und somit alle Kulturentwicklung überhaupt unwiderruflich abhängt! An diesem Punkte hängt nicht nur das Schicksal einer bestimmten Nation — es ist die Lebensfrage der gesamten europäischen Demokratie! Der endlich gebändigte blutdürstige Tiger des Nationalhasses zwischen diesen beiden Völkern wieder aus seiner Höhle geweckt — und auf vielleicht drei Dezennien hinaus ist jeder Kulturschritt geknickt, jede politische Fortbildung gehemmt, jede Verwirrung der Geister ermöglicht, jeder finsteren und macchiavellistischen Kabinettspolitik wieder Tür und Tor geöffnet, und die Barbarei gegenseitiger Eroberungs- und Vernichtungswut an Stelle der inneren Entwicklung auf die Fahne der Völker geschrieben. Es wäre der weitaus ungeheuerste und unübersehbarste Sieg des reaktionären Prinzips, den dasselbe seit dem März 1848 erfochten!" Über die Tiefe und Wahrheit dieser Prophezeihung braucht, mehr als ein Menschenalter nach Sedan, kein Wort mehr verloren zu werden.

Hierin liegt der Schwerpunkt von Lassalles Schrift, und nicht in ihrem letzten Abschnitt, wo er oft gesucht worden ist. Nachdem Lassalle den verhängnisvollen Irrweg beleuchtet hatte, in den die nationale Bewegung eben einlenken wollte, mußte er, um den letzten Stein in seine Beweisführung einzufügen, auch die Frage beantworten, welchen Weg diese Bewegung denn einschlagen solle, wenn sie doch einmal vorhanden war, was Lassalle ebenso anerkannte, wie Marx und Engels. Er kennzeichnete diesen richtigen Weg mit den Worten: „Die einzige, würdige und große, ebenso sehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegene Haltung wäre folgende Sprache Preußens: ‚Revidiert Napoleon die europäische Karte nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, gut, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein.' Und mit dieser Proklamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet." In diesem Kriege könne und werde die Demokratie Preußens Banner tragen. Zaudere die preußische Regierung und tue sie nichts, so würde aber- und abermals bewiesen sein, daß die Monarchie in Deutschland einer nationalen Tat nicht mehr fähig sei. Verwickle die preußische Regierung endlich, ohne die Gefährdung eines nationalen Interesses, Deutschland

in einen völkerverhetzenden Krieg mit Frankreich, so werde sie die Demokratie sich gegenüber finden.

Die Schrift Lassalles ist durch zwei ebenso weit verbreitete, wie hinfällige Irrtümer in ein falsches Licht gebracht worden. Als nach der Schlacht von Königgrätz ein nationalliberaler Staatsmann nach Trostgründen für sein beunruhigtes Gewissen suchte, geriet er über die Schrift und posaunte sofort in die Welt hinaus, die deutsche Politik Bismarcks habe einen gewiß beweiskräftigen Schwurzeugen in dem nationalen Revolutionär Lassalle. Aus diesem parteipolitischen Schachzug ist dann nach und nach die Legende erwachsen, daß Lassalle bei Abfassung seiner Schrift den Zweck gehabt habe, der preußischen Sonderpolitik, die Bismarck später betrieb, die Wege zu bereiten. Indessen genügen wenige Sätze, um diese Hirngespinste zu zerstreuen.

Als im Jahre 1863 der Tod des dänischen Königs die schleswig-holsteinische Frage wieder aufrollte, entstand abermals eine nationale Bewegung, die sich von ihrer Vorgängerin im Jahre 1859 dadurch unterschied, daß sie ein ganz klares Ziel hatte: die Losreißung der Elbherzogtümer von Dänemark oder, was dasselbe sagte, die Zerreißung des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852, worin die Großmächte durch einen eigenmächtigen Gewaltstreich das schleswig-holsteinische Erbfolgerecht zu gunsten des dänischen Königshauses geändert hatten. Der gemeinsamen Arbeit der groß- und der kleindeutschen Politiker, die sich bei dieser Gelegenheit endlich als die entgegengesetzten Pole derselben bürgerlichen Beschränktheit enthüllten, gelang es nun zwar, der populären Bewegung gegen die dänische Fremdherrschaft ein positives Programm von zweifelhaftem Werte aufzudrängen: nämlich die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzogs von Schleswig-Holstein, also die Anerkennung eines Fürstenrechts, dessen Legitimität nicht einmal mehr in jungfräulicher Unschuld strahlte, seitdem es vom Vater des Erbprinzen gegen ein hübsches Sümmchen verhandelt worden war. Aber nicht hieran stieß sich Bismarck, oder doch nur insofern, als er den Augustenburger zu gunsten der preußischen Krone zu übervorteilen gedachte. Worauf er mit geballter Faust einschlug, das war der echte Kern der populären Bewegung, die Forderung, das Londoner Protokoll zu zerreißen. Bismarck begann seine nationale Politik damit, diese feierliche Verbriefung deutscher Schande für eine rechtsgültige Urkunde zu erklären.

Indem er seine schleswig-holsteinische Politik auf die Tatsache stützte, daß Dänemark die Verpflichtungen nicht erfüllt habe, die ihm das Londoner Protokoll auferlege, erkannte er gerade dessen Rechtsbeständigkeit an. Bismarck wollte keine der Großmächte vor den Kopf stoßen, sondern sich zwischen allen mit diplomatischen Künsten durchwinden, um Schleswig-Holstein für die preußische Krone zu ergattern. Er beschwichtigte die österreichische Eifersucht, indem er um Österreichs Bundesgenossenschaft warb und der Hofburg eine Hand im Spiele ließ, zur gehörigen Kontrolle der nationalen Bewegung. Er kirrte die russische Eifersucht, indem er sich dem zarischen Despotismus zu Henkersdiensten an dem polnischen Aufstande anbot. Er köderte die französische Eifersucht, indem er den bonapartistischen Appetit nach deutschen Grenzstrichen durch „dilatorische Verhandlungen" reizte. Als einigermaßen ernsthafter Gegner blieb nur England übrig, von dem von vornherein feststand, daß es allein nicht mit bewaffneter Hand für Dänemark eintreten würde. Und dennoch — hätte das dänische Kabinett auf den Rat der englischen Diplomatie gehört und sich bereit erklärt, die Einverleibung Schleswigs in die dänische Monarchie zurückzunehmen, wodurch vornehmlich das Londoner Protokoll verletzt worden war, so hätte Bismarcks geniale Politik das glorreiche Ergebnis gehabt, die Elbherzogtümer für immer in dänische Hände zu liefern. Sein getreuester Bewunderer unter den preußischen Historikern sagt kopfschüttelnd, es sei ein großes Wagnis Bismarcks gewesen, seine ganze schleswig-holsteinische Politik auf die eine Karte der dänischen Verblendung zu setzen. Bismarck selbst hat später zwar geprahlt, auf diese seiner diplomatischen Kampagnen sei er am stolzesten, aber als ihm das Feuer noch auf den Nägeln brannte, klang es aus einer anderen Tonart. Am Tage nachdem ihm die dänische Hartnäckigkeit ermöglicht hatte, sich von dem Londoner Protokolle loszusagen, schrieb er an einen Freund: „Je länger ich in der Politik arbeite, um so geringer wird mein Glaube an menschliches Rechnen. . . . Im übrigen steigert sich bei mir das Gefühl des Dankes für Gottes bisherigen Beistand zu dem Vertrauen, daß der HErr auch unsere Irrtümer zu unserem Besten zu wenden weiß, das erfahre ich täglich zu heilsamer Demütigung." Frömmelnde Redensarten gehörten sonst nicht zu Bismarcks Schwächen; wenn er diesmal den HErrn behelligte, so war es ein Stoßseufzer aus tiefstem Herzen.

Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, ob Bismarck in seiner besonderen Lage gerade diese Politik treiben mußte oder ob er auch eine andere Politik hätte treiben können. Soviel ist in jedem Falle klar, daß seine Politik im Jahre 1863 sich von Lassalles Politik im Jahre 1859 unterschied, wie ein reaktionärer Kabinettskrieg von einem revolutionären Volkskriege. Lassalle verlangte gerade, Preußen solle mit einem revolutionären Entschlusse das Londoner Protokoll zerreißen und die Fetzen den europäischen Großmächten ins Gesicht werfen; es solle durch die Tat beweisen, daß Deutschland endlich fähig sei, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu besorgen. Welch rührende Ähnlichkeit auch, daß Bismarck die Gewogenheit des zarischen Despotismus durch freiwillige Schergendienste an Polen erkaufte, während Lassalle „diesen bösen Geist bannen" wollte durch die Insurgierung Polens! Genug, Lassalle verlangte denselben revolutionären Volkskrieg um Schleswig-Holstein, den elf Jahre früher die Neue Rheinische Zeitung verlangt hatte. Deshalb ist es auch unrichtig, ihm vorzuwerfen, er habe aus demagogischen Gründen einen Krieg empfohlen, den er gar nicht gewünscht habe, sicher, daß dieser Krieg doch nicht geführt werden würde. Lassalle wünschte diesen Krieg sehr, er wünschte ihn ganz außerordentlich, er wünschte ihn aus denselben Gründen, die ihn, wie er freilich wußte und keineswegs verhehlte, für die preußische Krone unmöglich machten. Denn diese Krone konnte keinen Krieg führen, zu dessen Opfern sie selbst gehört haben würde; sie war keiner „nationalen Tat" fähig, weil jede „nationale Tat" damit beginnen mußte, ihr selbst den Prozeß zu machen.

Empfahl also Lassalle nicht die deutsche Politik, die Bismarck später getrieben hat, sondern ihr genaues Gegenteil, so war doch diese Empfehlung durchaus nicht das, worauf es ihm ankam. Lassalle wollte die nationale Bewegung vor einem ungeheuren Fehlgriffe bewahren und stellte dem falschen Ziele, das sie verfolgte, das richtige Ziel entgegen, ohne zu verschweigen, daß praktisch dies Ziel unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht zu erreichen sei. Er sagte den bewegten Massen: wollt ihr nationale Politik treiben, so macht die Fürsten zum Vorspann eurer nationalen Interessen; lassen sie sich dazu nicht gebrauchen, so hütet euch umsomehr, euch zum Vorspann ihrer dynastischen Interessen zu machen.

Lassalle machte dem kleindeutschen Standpunkte so wenig irgend welche Zugeständnisse, wie dem großdeutschen. Auch nicht in der Forderung,

Österreich zu zertrümmern, was ihm mißverständlicherweise als „kleindeutsch" angerechnet worden ist, wie beiläufig auch Engels „kleindeutsch" gescholten wurde, weil er sich für die österreichische Gewaltherrschaft in Italien nicht zu begeistern vermochte. Die europäische Notwendigkeit Österreichs war gerade das Dogma, aus dem sowohl die kleindeutsche wie die großdeutsche Verkehrtheit erwuchs. Alle Kleindeutschen, von Gagern bis Treitschke, haben die Zertrümmerung Österreichs als ein „schreckliches Unglück" bejammert; eben weil ohne diese Zertrümmerung das ganze Deutschland nicht zu haben war, wollten sie sich mit einem gerupften Deutschland begnügen. In diesem Sinne sagte Lassalle später einmal, alles Kleindeutsche sei reine Feigheit, Furcht vor Ernst, Krieg, Revolution, Republik und ein gutes Stück Nationalverrat; er habe nie in seinem Leben ein Wort geschrieben, das der kleindeutschen Partei zu gute gekommen wäre. Wenn Marx und mit ganz ähnlichen Worten Engels ausführte, der einzige Umstand, der die staatliche Existenz Österreichs seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts rechtfertige, sei sein hilfloser, inkonsequenter, feiger, aber zäher Widerstand gegen die Fortschritte Rußlands im östlichen Europa gewesen, so war das genau die Meinung Lassalles. Dieser eine Existenzgrund fiel vollständig hinweg, wenn ein selbständiges Deutschland, ein selbständiges Polen, ein selbständiges Ungarn dem Umsichgreifen des zarischen Despotismus einen noch viel zäheren und um so konsequenteren und kühneren Widerstand entgegensetzen konnten, als der österreichische Zwangsstaat.

In jeder Beziehung war die Taktik Lassalles ehrlich, klar, revolutionär, und sie war auch richtig. Der historische Verlauf der Dinge ist bekannt. Der seit einigen Monaten zur Regentschaft gelangte Prinz von Preußen schwankte und zauderte; sich der nationalen Bewegung in der Art der savoyischen Dynastie zu bemächtigen, lag ganz außerhalb seines reaktionären Gesichtskreises, und zu einer preußischen Eroberungspolitik auf Kosten Österreichs fehlte ihm zwar nicht der Appetit, aber vorläufig die Courage. Ungewiß, auf welchen der Stühle er sich setzen solle, die ihm Frankreich und Österreich boten, setzte er sich endlich mit großer Vehemenz zwischen beide. Er machte das preußische Heer mobil, was eine halbe Drohung gegen Frankreich, und beanspruchte den selbständigen Oberbefehl über das deutsche Bundesheer, was eine halbe Drohung gegen Österreich war. Unter gleich großem Hallo erklärte die französische Regierung, sie werde von Preußen in ihrer völker-

befreienden Mission gehemmt, und die österreichische Regierung, sie werde von Preußen in der Verteidigung der heiligsten Güter gehindert. Sie schlossen schleunigst den Frieden von Villafranca, und die preußische Politik war wieder einmal das allgemeine Gespött auf den europäischen Gassen.

Die Sache hatte aber nicht nur eine komische, sondern auch eine ernsthafte Seite. Die österreichische Regierung erklärte offiziös, die Weigerung Preußens, als österreichischer Vasall den Krieg zu führen, habe den Abschluß des Friedens durch den Verzicht auf die Lombardei zur gebieterischen Notwendigkeit gemacht; die treulose Lombardei sei unendlich viel weniger wert, als die Behauptung der österreichischen Vorherrschaft über Deutschland, also die Fortdauer der deutschen Zersplitterung. Damit war erwiesen, daß ein deutscher Volkskrieg gegen Frankreich unter österreichischer Ägide die nationalen Interessen des deutschen Volks aus dem Regen unter die Traufe gebracht hätte, gleichviel ob der bonapartistische oder der habsburgische Despotismus siegte. Der biedere Bonaparte aber erklärte seinem unterwürfigen Senat, bei einer Fortsetzung des Krieges hätte er wagen müssen, was ein Fürst nur für die Unabhängigkeit des eigenen Landes wagen dürfe, will sagen, was weit über die Kräfte des Bonapartismus hinausging. Damit war erwiesen, daß diesem Fuchse die Trauben des Rheins zu hoch hingen. Endlich aber sandte der Zar nach der preußischen Mobilmachung einen Generaladjutanten ins französische Hauptquartier, um auf den Abschluß des Friedens zu drängen. Damit war erwiesen, daß Rußland so wenig wie Frankreich zu dem Weltkriege gerüstet war, ohne den weder der Rhein noch Konstantinopel zu haben waren, daß Deutschland überhaupt nicht ernstlich bedroht gewesen war. Wie Lassalle in seiner Schrift vorhergesagt hatte: Die Tatsachen ermangelten nicht, ihm Recht zu geben.

Im nächsten Jahre sind Marx, Engels und Lassalle noch einmal in besonderen Schriften auf die europäische Krisis von 1859 zurückgekommen. Lassalle wies in seinem Aufsatze über Fichtes politisches Vermächtnis nach, daß die nationale Einheit im Gegensatze zu der Verösterreicherung oder Verpreußung Deutschlands nur möglich sei als einige und unteilbare Republik. Was die Nation von ihren Fürsten zu erwarten habe, sprach er in aller Höflichkeit, aber auch in aller Deutlichkeit aus, indem er schrieb, es sei geradezu töricht, die Idealität solcher Entschließung,

nämlich die Opferung der dynastischen Interessen zu gunsten der nationalen Einheit, von Männern zu verlangen, deren geistige Persönlichkeit doch wie die aller anderen ein bestimmtes Produkt ihrer Faktoren in Erziehung, Tradition, Neigung und Geschichte sei, und die dies ebensowenig leisten könnten, als es einer von uns leisten würde, wenn seine Bildung und Erziehung ausschließlich durch dieselben Faktoren bestimmt worden wäre.

Marx griff dann in seiner Schrift gegen Karl Vogt auf die Geschichte des Jahres 1859 zurück. Der ehemalige Reichsregent und nunmehrige Soldschreiber Bonapartes hatte ihn mit den elendesten Verleumdungen angegriffen, die von der Nationalzeitung begierig aufgefangen und weiter verbreitet worden waren. Die Versuche, die Marx machte, vor den preußischen Gerichten die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen, scheiterten an der berühmten Unparteilichkeit der Richter in Berlin. Unter den verächtlichsten Vorwänden versagten sie dem verbannten Revolutionär sein Recht. So nahm sich Marx dies Recht selbst in einem furchtbaren Strafgericht über seine Verleumder, in der wuchtigen Schrift, die Vogts Namen als Titel trug und von Lassalle als ein „meisterhaftes Ding" begrüßt wurde. Marx berührt in ihr nicht unmittelbar die Streitfrage, die ein Jahr vorher zwischen ihm und Lassalle geschwebt hatte; weshalb nicht, sagt er in der Vorrede mit den Worten: „Zur Vermeidung möglicher Mißverständnisse bemerke ich nur das eine: von Männern, die schon vor 1848 miteinander darin übereinstimmten, die Unabhängigkeit Polens, Ungarns und Italiens nicht nur als ein Recht dieser Länder, sondern als das Interesse Deutschlands und Europas zu vertreten, wurden ganz entgegengesetzte Ansichten aufgestellt über die Taktik, die Deutschland bei Gelegenheit des italienischen Krieges von 1859 Louis Bonaparte gegenüber auszuführen habe. Dieser Gegensatz der Ansichten entsprang aus gegensätzlichen Urteilen über tatsächliche Voraussetzungen, über die zu entscheiden einer späteren Zeit vorbehalten bleibt. Ich für meinen Teil habe es in dieser Schrift nur mit den Ansichten Vogts und seiner Clique zu tun. Selbst die Ansicht, die er zu vertreten vorgab und in der Einbildung eines urteilslosen Haufens vertrat, fällt in der Tat außerhalb der Grenzen meiner Kritik. Ich behandle die Ansichten, die er wirklich vertrat." Aber indem Marx den bonapartistischen Ursprung von Vogts Agitation aufdeckt, muß er die Geschichte des Vorjahres

analysieren und kommt in dieser heute noch höchst lehrreichen Untersuchung zu Ergebnissen, die tatsächlich der Taktik Lassalles die bedeutendsten Zugeständnisse machen. Marx führt den Nachweis, daß Bonaparte nur einen lokalisierten Krieg habe führen können, fast noch schlagender, als Lassalle ihn geführt hatte.

Ähnlich steht es um die Schrift, die Engels über Savoyen, Nizza und den Rhein herausgab. So legt Engels dar, daß Louis Napoleon nur ein Werkzeug in der Hand des Zarismus gewesen sei, der zum Frieden von Villafranca gedrängt habe, weil ihm die immer noch nicht überwundene Erschöpfung des Landes, die Gärung in Russisch-Polen, der Widerstand des Adels gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft einen auswärtigen Krieg unmöglich gemacht habe. Je richtiger dies alles war, umsomehr hatte es mit der Gefährdung Deutschlands durch die bonapartistisch-zaristische Koalition im Vorjahre seine guten Wege gehabt. In ihrem Kerne war die Schrift von Engels eine wieder sehr bedeutende militärwissenschaftliche Abhandlung über die Stärke der militärischen Position, die sich der Bonapartismus durch die Annexion Savoyens und Nizzas verschafft hatte, und diese wichtige Frage hatte Lassalle in seiner Schrift allerdings kaum gestreift.

Überhaupt zeigt sich bei einem Rückblick über die ganze Kontroverse, daß Marx und Engels die europäische Politik in tieferem und weiterem Zusammenhange erfaßten, als Lassalle. Aber in dem einen Punkte, worin er von ihrer Auffassung abwich, sah Lassalle klarer und schärfer als sie, und es war der für Deutschland entscheidende Punkt.

Neuntes Kapitel.

Der preussische Verfassungsstreit.

1. Die Neue Ära und das Ministerium Bismarck.

Die Ereignisse des Jahres 1859 übten eine starke Rückwirkung auf die deutschen und besonders die preußischen Zustände aus. Sie zerstörten die idyllischen Hoffnungen, womit die Regentschaft des Prinzen von Preußen begrüßt worden war.

Man macht sich heute schwer einen Begriff von dem Jubel, den die bürgerliche Klasse dem sechzigjährigen Manne entgegenbrachte, der bis zum Jahre 1848 als der starrste Vertreter des Absolutismus gegolten und diesen Ruf in der Revolution vollauf gerechtfertigt hatte. Ihm selbst läßt sich nicht einmal der Vorwurf machen, daß er eine liberale Gesinnung geheuchelt habe, die er nicht besaß. In dem Programm, womit er die Regentschaft übernahm, erklärte er ausdrücklich, daß von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmer die Rede sein könne, sondern daß nur da, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeige, die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden solle. Aber auch an diese Flickerei ging das liberale Ministerium nicht. Alles blieb beim Alten, ganz so wie es unter Manteuffel gewesen war; der einzige Unterschied bestand darin, daß die neuen Ratgeber der Krone sich persönlich frei von Korruption hielten und auf allzu boshafte Schikanierungen der getreuen Untertanen verzichteten. Mit politischer Ehrlichkeit hatte ihre persönliche Ehrlichkeit nichts gemein. Als der junge Schriftsteller Wilhelm Eichhoff in tapferen Flugschriften einige Zipfel des Schleiers lüftete, der die unergründliche Verrottung des Polizeistaats bedeckte, als sich sogar am Berliner Kammergerichte ein Staatsanwalt fand, der gleichviel aus welchen Beweggründen den Staatsretter Stieber wegen der schwersten Amtsverbrechen anzuklagen wagte, da ließ man zwar Stieber, den gefügige Gerichte freigesprochen hatten, gegen ein gutes Wartegeld im Hintergrunde verschwinden. Aber auch der Staatsanwalt mußte vom Platze, der ihn

angeklagt hatte, und Eichhoff wurde von denselben gefügigen Gerichten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wegen der „Beleidigungen", die er Stiebers zerbrechlicher Ehre zugefügt hatte. Im Exil büßte er seinen Glauben an preußische Gerechtigkeit unter liberaler Herrschaft.

Dem Junkertum, das sich trotzig im Herrenhause verschanzt hatte, wagten die liberalen Minister kein Haar zu krümmen, und ebensowenig der Bureaukratie; nur zwei oder drei reaktionäre Beamte, die den Prinzen von Preußen persönlich allzu heftig angeärgert hatten, mußten über die Klinge springen. Bei den neuen Wahlen zum Landtage, die gleich nach Beginn der Regentschaft stattfanden, trieben es die Landräte ärger als je; hatten sie unter dem Ministerium Manteuffel das System der ministeriellen Kandidaturen mit unvergleichlicher Virtuosität gehandhabt, so bekämpften sie nun eben dies System als fluchwürdige Einschränkung der verfassungsmäßigen Wahlfreiheit, und das Ministerium tat so, als ob es in konstitutioneller Unschuld den blutigen Hohn nicht verstände.

Umsomehr entrüstete sich der Liberalismus aller Schattierungen über einen solchen Mangel königstreuer Gesinnung, und er hatte auch volles Recht dazu. Denn er selbst bekundete, daß ihm diese Gottesgabe in überreichlichem Maße beschieden war. In allen Tonarten des Jubels feierte er die „Neue Ära", obgleich oder auch weil er wußte, daß wie Walesrode spottete, nicht von Verfassungs-, sondern von Prinzregents-wegen in Preußen ein wenig konstitutionell regiert werden sollte, daß die Auerswald, Patow, Schwerin nicht wegen ihres Liberalismus, sondern wegen der Harmlosigkeit ihres Liberalismus zu Ministern berufen worden waren, daß ihr Regiment im günstigsten Falle bloß ein Amendement zum Regiment Manteuffel war. Die Steuerverweigerer von 1848 gaben sofort die politische Obstruktion auf und gingen — mit wenigen Ausnahmen — in ihrer patriotischen Aufopferung soweit, die Dreiklassenwahl, um derentwillen sie sich neun Jahre lang in den Schmollwinkel zurückgezogen hatten, als das kostbarste Kleinod des Konstitutionalismus in ihr Herz zu schließen.

Indem sie sich zum Wählen entschlossen, erklärten sie sich selbst für unwählbar. Waldeck, Rodbertus, Schulze-Delitzsch lehnten Kandidaturen ab, um durch Abgeordnete von ihrer Vergangenheit den liberalen Ministern, gegenüber der Rückschrittspartei, keine Schwierigkeiten zu bereiten; die braven Männer taten so, als ob sie 1848 wirklich die politischen

Brandstifter und Königsmörder gewesen seien, als die sie Manteuffel mit boshafter Ironie an die Wand gemalt hatte. Selbst Johann Jacoby lehnte eine Kandidatur ab, pries das „wahrhaft männliche, verfassungstreue Auftreten" des Regenten und erklärte es für seine „volle innige Überzeugung", daß es in der ganzen demokratischen Partei nicht einen einzigen gebe, der für Preußen eine andere als monarchische Staatsform zu wollen, geschweige zu erstreben sich nur im Traume einfallen ließe. Wenn er auch als weißer Rabe am „gleichmäßigen Wahlrecht" festhielt, so protestierte er doch dagegen, daß er es dabei auf eine „Abschlagszahlung", auf eine „sofort zu erfüllende Forderung", auf ein „ungebührliches Drängen", auf eine „festgesetzte Zeit oder gestellte Bedingung" abgesehen habe. In gleichem Sinne erklärte die Volkszeitung, das damals radikalste Blatt, die Kardinalfrage der Demokratie, das allgemeine gleiche Wahlrecht, sei auf Jahre hinaus vertagt. In diesem Vertrauensrausche sondergleichen behielten nur sehr wenige bürgerliche Demokraten, wie Walesrode und Ziegler, einen klaren Kopf.

So fielen denn die Wahlen trotz aller landrätlichen Agitationen zu gunsten des Ministeriums aus. Unter 352 Abgeordneten besaß es 263 Anhänger, deren Mehrheit sich, geleitet von dem westfälischen Freiherrn v. Vincke, der schon auf dem Vereinigten Landtage gauklerische Redekünste mit dem sogenannten Rechtsboden getrieben hatte, stramm zusammenschloß. Damit hatte der Liberalismus freie Bahn, aber ehe er sie betreten konnte, brach der Krieg von 1859 herein und streifte dem Prinzregenten den einzigen Nimbus ab, auf den sich mit einigem Scheine von Recht sein liberaler Ruf gründete. Viel schlimmer, als er die preußische Politik in dem französisch-österreichischen Kriege blamierte, hätte sein romantischer Bruder sie auch nicht blamieren können. Der allgemeine Katzenjammer, worin die nationale Bewegung endete, machte sich in einem allgemeinen Hader Luft; Nord- und Süddeutsche, Katholiken und Protestanten, Demokraten und Konstitutionelle zankten miteinander. Da aber keiner der Zankenden die Hand an die Wurzel des Übels legen wollte, an die dynastische Vielherrschaft in Deutschland, so stieg aus dem brodelnden Hexenkessel nur ein Gespenst empor, oder richtiger das Gespenst eines Gespenstes, die selige Reichsverfassung von 1849.

Um sie scharte sich der Nationalverein, der im Herbste 1859 entstand und seinen stärksten Stützpunkt in der Bourgeoisie der Mittel- und Kleinstaaten hatte. Präsident war der hannöversche Liberale v. Bennigsen.

Aus allen weitläufigen Redensarten herausgeschält, forderte das Programm des Vereins die deutsche Einheit im Bourgeoisinne. Der Nationalverein wollte namentlich die Gothaer und die Steuerverweigerer, die Konstitutionellen und die Demokraten, in der höheren Einheit der materiellen Bourgeoisinteressen verschmelzen. Wie er von ihnen die Preisgabe aller Ideologien verlangte, so machte er auch nicht viel Federlesen mit den Ideologien der Reichsverfassung. Hauptsache war eine starke Zentralgewalt und statt des Bundestages ein deutsches Parlament, zur Erreichung dieser Zwecke aber die Initiative Preußens. Da der Augenblick möglichst schlecht gewählt war, um die „preußische Spitze" als Retterin Deutschlands zu proklamieren, so wurden noch einige Vorbehalte in dem Sinne gemacht, daß die preußische Regierung sich der ihr zugedachten Ehre würdig zu erweisen habe. Aber so gewiegte Diplomaten, wie Herr v. Bennigsen, erweckten die Hoffnung, daß sie mit sich reden lassen würden, wenn Preußen in dem deutschen Chaos nur erst das Maß von Ordnung schuf, dessen die Klasseninteressen der Bourgeoisie bedurften. Der Nationalverein war auf politischem Gebiete dieselbe Seuche, wie der Volkswirtschaftliche Kongreß auf ökonomischem Gebiete.

In Preußen selbst drängten inzwischen nähere Sorgen. Nachdem die erste Session der neuen Landtagsperiode im Jahre 1859 unter dem Drucke der europäischen Krisis ohne Ergebnisse verflossen war, kam das liberale Ministerium 1860 in der zweiten Session mit seiner ersten großen Maßregel hervor, mit der Forderung einer umfassenden Heeresreform, die den Staatshaushalt mit einer jährlichen Mehrausgabe von ziemlich zehn Millionen Taler belastete. Um sie gruppierten sich einige bescheidene Reformgesetze über die Zivilehe, eine neue Kreisordnung, eine gesetzliche Einteilung der Wahlbezirke; der wichtigste dieser Entwürfe betraf die Aufhebung der feudalen Grundsteuerbefreiungen, wodurch hauptsächlich die Kosten der Militärreorganisation aufgebracht werden sollten.

Begründet wurde die Heeresreform, hinter der, wie alle Welt wußte, der Prinzregent persönlich stand, durch die Erfahrungen der Mobilmachung von 1859, und insoweit besaß sie auch Hand und Fuß. Die schweren Schäden, die das Heer unter der Finanzklemme des vormärzlichen Absolutismus erlitten hatte, waren bereits nach der Mobilmachung von 1850 hervorgetreten und unter Manteuffel großenteils beseitigt

worden. Die neueste Mobilmachung hatte aber gezeigt, daß die alte, rein defensive Landwehrverfassung überlebt und dem Kampfe mit den modernen Heeren nicht mehr gewachsen war. Darüber gab es keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit. Vom militär-technischen Standpunkt aus ließ sich auch gegen die Art der Reorganisation nicht viel einwenden, und ebensowenig von demjenigen bürgerlich-liberalen Standpunkte aus, der in dem preußischen Heere das Schwert sah, das die deutsche Einheit schmieden sollte. Die Vorlage der Regierung machte die allgemeine Wehrpflicht, die einzige demokratische Einrichtung, die in Preußen bestand, wenn auch nur auf dem Papiere bestand, zur annähernden Wahrheit; ihre Forderung, jährlich 63000, statt wie bisher 40000 Rekruten auszuheben, entsprach fast genau der Vermehrung der Bevölkerung von 1815 bis 1860; da der Reichtum Preußens inzwischen noch stärker angewachsen war, als seine Bevölkerung, und die anderen europäischen Großstaaten ihre Heere in demselben Zeitraum in weit höherem Maße verstärkt hatten, so war diese Vermehrung nicht zu hoch gegriffen. Es war auch unzweifelhaft, daß die Kriegstüchtigkeit des Heeres beträchtlich gesteigert werden mußte, wenn die Dienstzeit in der Linie von 5 auf 7 Jahre erhöht — 3 Jahre bei der Fahne und 4 Jahre in der Reserve —, dagegen die Verpflichtung zum zweiten Aufgebot der Landwehr entsprechend abgekürzt wurde. Nur gegen die dreijährige Dienstzeit bei der Fahne, die gesetzlich noch galt, obgleich seit den dreißiger Jahren die zweijährige Dienstzeit tatsächlich bestanden hatte, ließ sich der berechtigte Einwand erheben, daß sie nicht aus technisch-militärischen, sondern aus reaktionär-politischen Gründen gefordert würde.

Bis dahin kam die Heeresreform den Wünschen der liberalen Bourgeoisie entgegen, die sich endlich darüber klar geworden sein mußte, daß die von ihr gemeinte Einheit ohne ein schlagkräftiges preußisches Heer nicht zu haben war. Aber wer gab ihr eine Bürgschaft dafür, daß die Waffe, die sie schärfen sollte, auch für ihre Zwecke gehandhabt werden würde? Der Prinzregent gewiß nicht. Hatte er sich in der Krise von 1859 schwankend und unentschlossen gezeigt, so kehrte er jetzt sogar das verschrumpfteste Legitimitätsprinzip hervor gegen die italienische Einheitsbewegung, die sich, ganz wie Lassalle vorausgesagt hatte, der bonapartistischen Vormundschaft entwand und durch Garibaldis revolutionäre Heldenkraft den vermorschten Thron von Neapel zertrümmerte. Und

welche Bürgschaft bot nun erst das liberale Ministerium, das jeden Tag von der Hand gestürzt werden konnte, die es erhoben hatte!

Es war noch in lebhafter Erinnerung, wie die feierlichen Verheißungen des romantischen Königs, das Heer auf die Verfassung zu vereidigen, ihre Verwirklichung gefunden hatten in dem Verfassungsartikel, der eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung verbot. Was Lassalle damals an Marx schrieb: „Das Gesetz ist schmachvoll! Aufhebung — völlige, nur verkappte — der Landwehr als letzten demokratischen Restes der Zeit von 1810, Schöpfung eines immensen Machtmittels für Absolutismus und Junkertum ist in zwei Worten der Zweck desselben", das war der allgemeine Eindruck, und er war auf der richtigen Fährte. Das Geschrei über die „kriegsuntüchtige Landwehr" erscholl nicht zum erstenmale als Einleitung neuer Reaktionsstreiche; es hatte im Jahre 1819 den Fall des liberalen Kriegsministers v. Boyen begleitet, wie jetzt den Fall des liberalen Kriegsministers v. Bonin, an dessen Stelle der General v. Roon, ein in der Wolle gefärbter Reaktionär, als sprengender Keil in das liberale Kabinett drang. Der Prinzregent war der letzte, zu vergessen, daß die Haltung der Landwehr in den Revolutionsjahren den Wert des Heeres für Staatsstreichzwecke abgestumpft hatte und in Zukunft noch mehr abstumpfen könne. Er dachte bei seinem „eigensten Werke" an alles andere eher, als an Bourgeoiszwecke; die Stärkung seiner Machtstellung nach innen wie nach außen war neben persönlicher Soldatenliebhaberei sein treibender Beweggrund. Hierfür jährlich zehn Millionen zum Fenster hinauszuwerfen, hatte die liberale Bourgeoisie durchaus keine Neigung, ganz abgesehen von hundert anderen Beweggründen, die ihr Innerstes gegen so „unproduktive" Ausgaben empören mußten.

Sie befand sich somit in einer Zwickmühle, aber deshalb noch keineswegs in einer Sackgasse, aus der es keinen Ausweg gab. Der Prinzregent konnte nicht daran denken, ohne die Zustimmung des Landtags eine so tief in die Interessen der Massen eingreifende Maßregel durchzuführen; er war umsomehr auf den guten Willen des Abgeordnetenhauses angewiesen, als sich das Herrenhaus zwar nicht gegen die Heeresreform, die dem Junkertum neue Machtpositionen verhieß, wohl aber gegen ihre finanzielle Grundlage, die Grundsteuerregulierung, heftig sträubte. Es verwarf diese Vorlage wie die anderen kleinen Reformgesetze des Ministeriums in Bausch und Bogen. Die Mehrheit des

Abgeordnetenhauses konnte dem Prinzregenten die Heeresreorganisation unter Bedingungen gewähren, die ihre Zwecke mehr förderten, als seine, und dem preußischen Parlamentarismus endlich ein Stück reeller Macht sicherten. Vermutlich wäre es ein langwieriger und zäher Handel geworden, aber wenn die liberale Bourgeoisie nicht einmal im Bieten und Fordern ihre Gegner besiegen kann, worin sollte sie es dann sonst können? Die Lage war so klar, daß selbst Manteuffel, der gewiß nicht an übermäßigem Scharfsinn litt, damals sagte: Sind die Liberalen geschickt, so drängen sie uns durch die Militärfrage für immer vom Ruder.

Jedoch seine Besorgnis war ganz grundlos. Wie das Ministerium gegenüber dem Prinzregenten, so hatte das Abgeordnetenhaus gegenüber dem Ministerium die todesmutige Devise erkoren: Nur nicht drängeln! Die junkerliche Dreistigkeit mußte den bürgerlichen Hasenherzen zum Deckmantel dienen; unter dem Vorwande, daß nach Ablehnung der Grundsteuervorlagen durch das Herrenhaus die Militärreorganisation doch auf die lange Bank geschoben sei, umging das Abgeordnetenhaus das Ja wie das Nein und bewilligte als „Vertrauensvotum" für die „Ehrenmänner" von Ministern einen außerordentlichen Kredit von neun Millionen Talern, um inmitten der gefahrvollen Lage die „fernere Kriegsbereitschaft" aufrechtzuerhalten. Natürlich verstanden der Prinzregent und sein reaktionärer Kriegsminister unter der „ferneren Kriegsbereitschaft" nichts anderes als die Einführung der Militärreorganisation. Durch eine wahrhaft märchenhafte Torheit gab das Abgeordnetenhaus sein Spiel verloren. So schwer oder unmöglich es für den Prinzregenten gewesen wäre, die Heeresreform wider den Willen der Volksvertretung ins Leben zu rufen, so schwer oder unmöglich war es für das Abgeordnetenhaus, sie aus der Welt zu schaffen, sobald sie einmal da war. So weit reichte der Atem des preußischen Parlamentarismus lange nicht, um ein paar hundert Bataillone, Schwadronen und Batterien aus leibhaftiger Wirklichkeit wieder in ein papierenes Dasein zu blasen.

Im Januar 1861 starb der wahnsinnige König, und der Prinzregent bestieg als König Wilhelm I. den Thron. Eine kümmerliche Amnestie, voller politischer Hintergedanken und Klauseln, bewies zur Genüge, wie wenig der neue Herrscher gelernt und vergessen hatte. Was war für die deutsche Einheit zu erwarten von einem Fürsten, dem die schimpfliche Niederwerfung des badischen Aufstandes noch als

ein Ruhmestitel galt; den tapferen Kämpfern, denen der rachsüchtige Spruch eines Kriegsgerichts bezeugte, daß sie Blut und Leben an jene Einheit gesetzt hatten, sollten nur gegen ein entwürdigendes Gnadengesuch wieder die Tore des Vaterlandes geöffnet werden! Die Junker erkannten, daß ihre Zeit gekommen sei. Gegen gute Worte des Königs und schweres Geld der Steuerzahler ließen sie sich jetzt die feudalen Steuerbefreiungen abkaufen und bewiesen somit, daß die Krone nur an ihnen einen festen Halt habe. Die paar kleinen Reformgesetze des Ministeriums warfen sie wieder in den Papierkorb, unbeschadet der königlichen Gnade. Dagegen wußte das Abgeordnetenhaus auch in seiner dritten und letzten Session nichts Besseres zu tun, als die Kosten der Militärreorganisation wieder unter dem Titel der „ferneren Kriegsbereitschaft" im Extraordinarium des Etats zu bewilligen. Es ging auseinander unter einem tönenden Redeschwalle Vinckes auf seine Heldentaten, die tatsächlich darin bestanden, daß an liberalen Reformen so gut wie nichts durchgesetzt, wohl aber die Militärfrage gründlich verfahren und ein gutes Einvernehmen zwischen König- und Junkertum hergestellt war.

Über dieser liberalen Herrlichkeit waren denn nach und nach den Wählern die Augen aufgegangen. Ihre Unzufriedenheit wuchs mindestens ebenso schnell wie die Verdrießlichkeit des Königs. Eine kleine Zahl ostpreußischer Abgeordneter, von Vincke als Junglitauen verhöhnt, hatte sich schon im Landtage selbst gegen die selbstmörderische Politik der Mehrheit aufgelehnt; nach Schluß der Session trat sie mit alten Achtundvierzigern, die bisher eine Wahl abgelehnt hatten, zu einer geschlossenen Organisation für die neuen Wahlen zusammen. Am 9. Juni 1861 wurde das Programm der neuen Partei veröffentlicht. Sie taufte sich mit dem verschämten Namen der deutschen Fortschrittspartei und hatte auch allen Grund, den ehrlichen Namen der Demokratie zu verschmähen. Ihre Grundsätze hielten sich ganz in den Grenzen des bürgerlichen Liberalismus; demokratische Forderungen, die neben der Bourgeoisie auch das Proletariat berücksichtigt hätten, wurden mit vielsagendem Stillschweigen übergangen. So in erster Reihe das allgemeine Wahlrecht, das in den Vorberatungen nach einigem Widerstande von Berlin, Königsberg und Köln her abgemeuchelt worden war; dann aber auch Preß- und Vereinsfreiheit, deren reaktionären Verstümmlungen das Programm der neuen Partei mit keiner Silbe den Krieg erklärte. Es

wollte nur der bürgerlichen Klasse die Handhabung dieser Manteuffeleien sichern, indem es „Wiederherstellung der Kompetenz der Geschworenen für politische und Preßvergehen" verlangte.

Alle Hauptsätze des Programms: Treue gegen den König und die Verfassung, feste Einigung Deutschlands, die ohne eine starke Zentralgewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung nicht gedacht werden könne, Reform des Herrenhauses, Ministerverantwortlichkeit, Beschränkung der bureaukratischen Allmacht, Beseitigung der gutsherrlichen Polizei, größte Sparsamkeit im Militärwesen, zweijährige Dienstzeit, Entfesselung der wirtschaftlichen Kräfte und ähnliches mehr, waren einseitige Forderungen der Bourgeoisie, die ihre Spitzen gegen die Bureaukratie und den Feudalismus richteten; selbst die bescheidensten Ansprüche der arbeitenden Klasse wurden mit trockener Unbeschämtheit übersehen, als wären sie nicht da. Im Wesen der Sache unterschied sich die neue Partei nicht von der Fraktion Vincke, der sie auch nur vorwarf, nicht genug getan zu haben; sie wollte etwas mehr „drängeln", sonst aber dem Ministerium der neuen Ära keineswegs „prinzipielle Opposition" machen. Diejenigen alten Achtundvierziger, die sich noch mit einigem Rechte hatten Demokraten nennen dürfen, sträubten sich denn auch, das neugeborene Kindlein aus der Taufe zu heben; die Namen Bucher, Rodbertus, Ziegler und selbst Waldeck fehlten unter dem Programm. Von den Führern der Berliner Versammlung von 1848 hatten nur Unruh und Schulze-Delitzsch unterzeichnet; von den neuen politischen Größen, die mit ihnen unterschrieben hatten, tat sich namentlich der Professor Virchow hervor, den sein auf fachwissenschaftlichem Gebiete erworbener Ruhm nicht hinderte, in allen bürgerlichen Vorurteilen befangen zu bleiben.

Bei aller Harmlosigkeit der neuen Partei ließ sie vor den Augen des geängstigten Königs, der den 18. März in feinem Gedächtnis behalten hatte, Barrikaden aus der Erde wachsen. Er redete wie im Fieber von „Bestrebungen", welche die „früheren unseligen Wirren" hervorrufen könnten. Als Gegenzug erließ er am 3. Juli ein Manifest, worin er verkündete, daß er durch eine feierliche Krönung in Königsberg von dem geheiligten und in allen Zeiten unvergänglichen Rechte der Krone von Gottes Gnaden Zeugnis ablegen wolle. Das war ganz der Stil Friedrich Wilhelms IV.; nur daß der Vorgänger sich auf solche Mummereien besser verstand als der Nachfolger. Der geistreiche

Romantiker hatte bei derartigen Gelegenheiten doch immer dies oder jenes schimmernde Wort gefunden, der nüchterne Drillmeister platzte mit den plumpsten Herausforderungen hervor. Bei der Krönung haranguierte er das Heer gegen alle Feinde, „von welcher Seite sie kommen mögen", schnarrte er die Vertreter des Landtags an, daß die „Krone nur von Gott komme", daß er sie „vom Tische des HErrn nehmen und auf Sein Haupt setzen" werde. Er fügte hinzu, daß der Landtag „der Krone zu raten" habe, und er milderte nicht, sondern verschärfte diese gegen die verfassungsmäßigen Befugnisse des Landtags gerichtete Spitze durch das gnädig herablassende Versprechen, Er werde auf diesen „Rat hören". So floß den Wählern mehr und mehr die Milch der frommen Denkungsart über. In den neuen Wahlen gewann die Fortschrittspartei auf einen Schlag 161 Mandate. Die bisherige ministerielle Mehrheit mußte sich mit 95 Sitzen bescheiden, die zumeist ihren entschiedeneren Mitgliedern zufielen; statt Vinckes, der nicht wiedergewählt worden war, übernahm ihre Leitung Grabow, der ehemalige Präsident der Versammlung von 1848, der ziemlich stark zur Fortschrittspartei neigte und jetzt auch zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt wurde.

Nach so großen Erfolgen „drängelte" diese Partei denn auch tapfer darauf los, als der Landtag im Januar 1862 einberufen wurde. Zunächst beschloß sie, mit dem bisher ganz illusionären Budgetrechte des Abgeordnetenhauses einigen Ernst zu machen. Seit Manteuffels Zeit hatte sich der Unfug eingenistet, dem im Anfange jedes Jahres zusammentretenden Landtage erst den Etat des laufenden Jahres vorzulegen, der also immer schon verausgabt wurde, während ihn das Abgeordnetenhaus beriet, und ferner ihn in einigen großen Summen auszuwerfen, unter deren weitem Deckmantel die Minister allerlei Mogeleien gegen die Absicht der Volksvertretung treiben konnten. Jener Übelstand ließ sich für den Augenblick nicht beseitigen, wohl aber dieser, und der fortschrittliche Abgeordnete Hagen brachte einen Antrag auf größere Spezialisierung des Budgets ein, der am 6. März mit 171 gegen 143 Stimmen angenommen wurde. In hoher Entrüstung über dieses „Mißtrauensvotum" löste das liberale Ministerium das Haus auf, trollte sich dann aber selbst in seines Nichts durchbohrendem Gefühle nach einigen Tagen. So ruhmlos, wie sie gelebt hatte, starb die Neue Ära.

Darauf berief der König ein reaktionäres Ministerium. Es bestand zumeist aus bureaukratischen und feudalen Nullen; seine Seele war

neben dem Kriegsminister von Roon der bisherige Handels- und nunmehrige Finanzminister von der Heydt, der sich mit der dreisten Gottesfurcht des Wuppertaler Muckers durch die Neue Ära von der alten zu der neuen Manteuffelei durchgeschlängelt hatte. Nun entbrannte eine hitzige Wahlschlacht. Die Reaktion sammelte sich um das Banner: Königtum oder Parlament?, versprach sich aber mit Recht so geringe Zugkraft von dieser erhebenden Devise, daß sie daneben Peitsche und Zuckerbrot gleich wacker handhabte. Wahlbeeinflussungen, wie sie jetzt für die Krone von Gottes Gnaden eingesetzt wurden, hatte selbst die Ära Manteuffel nicht gesehen; daneben aber wurden Steuernachlässe und Beschränkung des Militäretats versprochen und besonders auch die Erfüllung der Forderungen, um derentwillen das Abgeordnetenhaus eben aufgelöst worden war: die rechtzeitige Vorlegung und die Spezialisierung des Etats. Dagegen erhob die Fortschrittspartei das betäubende Geschrei, die Verfassung sei eben daran, beseitigt zu werden, und die Wähler gaben ihr eine eklatante Genugtuung. In den Maiwahlen von 1862 siegte sie auf der ganzen Linie mit etwa 250 Mandaten. Die Fraktion Grabow löste sich gänzlich auf; ein Teil von ihr ging zur Fortschrittspartei über, während ein anderer Teil als melancholische Ruine der ehemaligen Gothaer Herrlichkeit eine gleichgültige Winkelexistenz fortführte. Die feudale Partei war noch mehr zusammengeschrumpft, sie zählte knapp ein Dutzend Mitglieder.

Jedoch erfüllte sich die anfängliche Hoffnung der Fortschrittspartei nicht, daß dieser Ausfall der Wahlen genügen werde, um das reaktionäre Ministerium von der Bildfläche zu fegen. Sobald der Landtag im Mai einberufen worden war, mußte sie sich über ihre künftige Taktik entscheiden. Ihre nächsten Forderungen waren erfüllt: der Etat für 1862 wurde spezialisiert, der Etat für 1863 rechtzeitig eingebracht; auch hielt die Regierung ihr Versprechen, die Militärausgaben einzuschränken und die Steuerlast zu mindern. Die Fortschrittspartei hatte sich jetzt über die Frage zu entschließen, ob sie die Kosten für die Heeresreform, die von der Regierung in die ordentlichen Ausgaben des Etats für 1862 eingestellt worden waren, genehmigen wolle oder nicht. Nachgerade begann sie einzusehen, daß die von ihr geforderte Einigung Deutschlands unter der preußischen Pickelhaube ohne die Heeresreform nicht zu erreichen sei. Aus ihrer eigenen Mitte wurde sie davor gewarnt, Beschlüsse zu fassen, die sie selbst nicht ausgeführt sehen wolle:

so sprach namentlich der Berliner Stadtrichter Karl Twesten, der sich durch eine scharfe, zuletzt mit der Pistole ausgefochtene Fehde gegen den Chef des Militärkabinetts einen politischen Namen gemacht hatte und von dem Verdacht allzu großer Militärfrömmigkeit frei war. Zudem waren die Ausgaben, um die es sich handelte, für das Jahr 1862 zum großen Teile schon gemacht worden, und die Regierung konnte sich darauf berufen, daß sie zweimal vom Landtage bewilligt worden seien. Sie dennoch nachträglich streichen, hieß das Ministerium sozusagen gewaltsam zum Bruche der Verfassung treiben. Diesen bedachtsamen Erwägungen kamen ähnliche Erwägungen im Schoße der Regierung entgegen. Heydt war bei aller politischen Gesinnungslosigkeit ein viel zu eingefleischter Bourgeois, um nicht auf die wachsenden Militärkosten mit scheelem Auge und auf die Gefahr eines budgetlosen Regiments mit aufrichtigem Grauen zu blicken.

Einen Augenblick schien es, als ob ein Kompromiß auf der Grundlage der zweijährigen Dienstzeit gelingen werde. Die Fortschrittspartei verfuhr dabei von ihrem Standpunkt aus ganz konsequent. Jedermann wußte, daß die zweijährige Dienstzeit für die Kriegstüchtigkeit des Heeres ausreiche, ja daß sie in den Rahmen der Reorganisation weit besser passe als die dreijährige; das dritte Dienstjahr sollte nur den „soldatischen Geist" wecken, ohne den das Heer für Staatsstreichzwecke unbrauchbar wurde. Gab die Krone in diesem Punkte nach, so hatte das Abgeordnetenhaus einen wesentlichen Erfolg zu verzeichnen, und die Fortschrittspartei brachte den Wählern eine beträchtliche Erleichterung der Militärlast als Morgengabe entgegen.

Aber was ihr die Eule war, das war dem Könige die Nachtigall. Im Ministerrate erklärte er, daß er lieber abdanken, als die dreijährige Dienstzeit preisgeben werde. Nach einem offiziösen Biographen des Königs soll der Widerstand der Minister noch weiter gegangen und die Krone wirklich dem Kronprinzen angeboten worden sein, der sie jedoch mit der Begründung abgelehnt habe, daß ein preußischer König, der mit einer Kränkung des „soldatischen Geistes" beginne, eine haltlose Stellung haben werde. Eine Anekdote, die, wenn sie nicht wahr sein sollte, im Geiste der damaligen und auch heutigen Situation gut erfunden worden ist. Jedenfalls kehrte der Kriegsminister wieder die rauhe Seite gegen das Abgeordnetenhaus heraus, und der Finanzminister gebrauchte als letztes verzweifeltes Mittel die Drohung, wenn

das Haus nicht nachgebe, werde etwas geschehen, was nicht ausdrücklich in der Verfassung geschrieben stehe. Damit erzielte er natürlich nicht die gewünschte, eher die entgegengesetzte Wirkung. Die Hartnäckigkeit des Königs machte jedes weitere Ausweichen unmöglich. Am 23. September 1862 stellte das Abgeordnetenhaus die Kosten der Heeresreform unter die außerordentlichen Ausgaben des Etats für 1862 und strich sie dann mit großer Mehrheit. Darauf entließ die Krone den Finanzminister und berief Bismarck, den preußischen Botschafter in Paris, als leitenden Minister nach Berlin.

Bismarck stammte aus einem verarmten Junkergeschlechte der Altmark, das seinen Stammbaum bis ins vierzehnte Jahrhundert auf einen bürgerlichen Patrizier der damals reichen Stadt Stendal zurückführte. Zu höherer Ehre des Kulturkampfs hat Bismarck später aus diesem Ahnherrn eine Art vorspukenden Genius machen wollen; er behauptete, daß der aufgeklärte Mann wegen seiner Händel mit der katholischen Klerisei aus Stendal vertrieben worden sei. Spürte er wirklich atavistische Regungen in sich, so hätte er sie nicht auf religiösem Gebiete suchen sollen. Von wegen der katholischen Klerisei hätte weiland Nikolaus Bismarck ruhig in Stendal leben und sterben können. Was ihn für immer aus seiner Vaterstadt trieb, war ein Aufruhr der Zünfte, den er nebst einigen Genossen durch harte Bedrückung des gemeinen Mannes und eigensüchtige Plünderung des Stadtsäckels erregt hatte. Indessen hatte er sich mit dem ungerechten Mammon gute Freunde zu machen gewußt, und der damals wittelsbachische Kurfürst, der bei ihm tief in der Kreide steckte, gab ihm ein Burglehen und nahm ihn in die Reihen des altmärkischen Kleinadels auf. Derartige Karrieren waren im vierzehnten Jahrhundert nicht ganz so häufig wie heutzutage, und der Ahnherr derer von Bismarck ist zweifellos ein sehr geriebener Geschäftsmann gewesen. Die von ihm erworbenen Güter wurden dann um ihrer trefflichen Jagdgründe willen der Familie Bismarck im sechzehnten Jahrhundert von den damaligen Hohenzollern abgedrängt, gegen eine Entschädigung aus geraubtem Kirchen- und Klostergut. Die Frage, ob die Bismarcke dabei von ihrer rechtsmäßigen Landesherrschaft übers Ohr gehauen worden seien, hat der berühmteste Sproß der Familie mit großer Entschiedenheit bejaht, sei es mit Recht, sei es aus achtungswerter Pietät gegen seine Vorfahren, die ihm selbst jedenfalls nur ein paar Schollen hinterließen, worauf im neunzehnten Jahrhundert mit

Mühe und Not das standesgemäße Leben eines rechtschaffenen Landedelmanns zu führen war.

So spielte er denn in den Revolutionsjahren den junkerlichsten der Junker, kämpfte mit allem Witz eines gesunden und hungrigen Magens um die feudalen Vorrechte und verabscheute die deutsche Einheit der Bourgeoisie als eine tödliche Gefährdung der preußischen Junkerherrlichkeit. Einem so edlen Kampfe versagte die Gegenrevolution die Lorbeeren nicht: Bismarcks ausgesprochene Begeisterung für den Tag von Olmütz lenkte den Blick des romantischen Königs auf ihn als den geeignetsten Vertreter des gedemütigten Preußens am wiederhergestellten Bundestage. In dem reichen Handelsmarkte Frankfurt lernte der arme Junker, daß die kapitalistische Welt bei allen Greueln, womit sie ein ehrliches Junkerherz entsetzt, doch auch ganz bezaubernde Perspektiven biete, Perspektiven, die das feudale Leuteplagen auf ostelbischen Sandbüchsen als eine sehr kümmerliche Nahrung erscheinen ließen. Bismarck freundete sich mit dem Hause Rothschild an, dessen Berliner Vertreter Bleichröder seine schmalen Finanzen unter fördernde Obhut nahm. Deshalb zog er aber den Junker nicht aus, und die politischen Herrschaftsansprüche der Bourgeoisie blieben ihm in tiefster Seele verhaßt. Er hat niemals den historischen Zusammenhang des Liberalismus oder gar des Sozialismus begriffen. Das sind ihm all sein Lebtag böhmische Dörfer geblieben, über die er, wo sie vor seinem Blicke auftauchten, nach mittelalterlicher Junkerweise mit Feuer und Schwert herfiel.

Dieser Junker besaß in hervorragendem Maße das Erbteil seiner Klasse: den gesegneten Appetit, den rücksichtslos dreinfahrenden Willen und, was damit eng zusammenhing, jene historische Beschränktheit, die bei allem findigen Blicke für die Geschäfte und fürs Geschäft doch völlig blind ist für die treibenden Kräfte des Völkerlebens. Im Bonapartismus sah Bismarck nicht eine vorübergehende Episode des weltgeschichtlichen Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern die klassische Form des modernen Despotismus, der die kolossalen Produktivkräfte der Bourgeoisie entwickelt, um ihre politischen Ansprüche mit eiserner Faust niederzuhalten. Schon zur Zeit des Krimkrieges schalt Bismarck auf die Zimperlichkeit seiner Klassengenossen, die aus feudalen oder legitimistischen Skrupeln sich weigerten, mit dem genialen Staatsmann an der Seine Geschäfte zu machen. Ihn selbst plagten solche

Zweifel nicht, und je mehr ihm die bonapartistische Staatskunst einleuchtete, umsomehr wandte er sich von der habsburgischen Staatskunst ab, die aus der ewigen Finanznot nicht herauskam. Seine amtlichen Obliegenheiten am Bundestage stießen ihn handgreiflich darauf, wie sehr die deutsche Zerrissenheit den Umtrieb der kapitalistischen Geldschlagemaschine hemme, und er lernte bald fluchen auf den „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten". Nämlich derjenigen Fürsten, deren Recht von Gottes Gnaden den Herrschaftsinteressen des preußischen Junkertums, wie den Profitinteressen der deutschen Bourgeoisie hemmend im Wege stand, wenn es auch an sich von genau demselben Kaliber war, wie das Recht von Gottes Gnaden, auf das sich die preußische Krone zu gleicher Zeit mit solchem Aplomb stützte.

Aus dem kleinen Junker wurde nach und nach ein großer Diplomat. Mit vorsichtigem Geschick wand sich Bismarck in den fünfziger Jahren durch die inneren Zwiste der bureaukratisch-feudalen Reaktion. Er lernte den angeborenen Haß des Junkers gegen die Bureaukratie so weit überwinden, daß er mit Manteuffel nicht weniger auf gutem Fuße stand, als mit den Gerlachs; beim Könige war er ebenso Hahn im Korbe, wie bei dem Thronfolger, und auch mit der Neuen Ära wußte er sich abzufinden, so daß sie ihn nur an der Newa „kalt stellte", ihn die Treppe hinaufwarf zum Botschafterposten in Petersburg, der herkömmlicherweise als der erste Posten in der preußischen Diplomatie gilt. Hier studierte Bismarck die gewissenlose Praxis der russischen Diplomatie und trieb während des liberalen Zwischenspiels Politik auf eigene Faust. Damals kannte er noch nicht das diplomatische Dogma, daß die Botschafter einschwenken müßten, wie die Unteroffiziere. Der neue König bewahrte ihm die alte Gunst. Er hörte gern auf Bismarcks verwegene Zukunftspläne, wenn er auch eine viel zu ängstliche und bedenkliche Natur war, um sich dem herrischen Willen seines „churbrandenburgischen Vasallen" unbesehen zu ergeben. Der König betrachtete Bismarck als eine Reserve für den letzten Notfall, und nach dem Sturze der Neuen Ära mußte sich der tatenlustige Junker noch einmal den Mund wischen. Er benutzte den Aufschub, um sich als Botschafter in Paris den letzten Schliff in bonapartistischen Künsten zu geben. Dann schlug seine Stunde, als mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses vom 23. September 1862 der letzte Notfall eintrat.

Bei der Berufung Bismarcks nach Berlin jubelten die Junker: das kaufmännische Intermezzo ist zu Ende, und die Fortschrittler schrieen: das ist der Staatsstreich. Bismarck selbst aber faßte seine Aufgabe in „höherem“ Stile. Nach bonapartistischem Muster wollte er die Bourgeoisie zwar födern, aber, wenn möglich, nicht vor den Kopf stoßen, und so machte er ihr Vorschläge zum Frieden. War ihr A und O bei dem Streit über die Heeresreform gewesen: Ja, wenn wir nur sicher wären, daß dies Werkzeug zur Einigung Deutschlands gebraucht würde!, so versprach er ihr, die deutsche Frage durch „Blut und Eisen“ zu lösen, sobald die Kosten der Militärreorganisation bewilligt seien. Indessen die Fortschrittspartei antwortete schnöde genug: was kannst du armer Teufel bieten? Ganz mit Unrecht hat man ihr den Vorwurf gemacht, daß sie damals „den Genius verkannt“ habe. Den „Genius“ erkannte sie gut genug, aber Schulze-Delitzsch sprach sofort im Abgeordnetenhause die Ansicht aus, daß die feudale Partei nimmermehr eine kräftige auswärtige Politik dulden werde. Ein Jahr später spottete Virchow in seiner breiten und selbstgefälligen Weise, Bismarck sei nicht mehr der Mann, der in das Ministerium getreten sei mit der Absicht, eine energische auswärtige Politik zu treiben, worauf Bismarck mit trockener Kürze erwiderte, irgendwo habe er doch bleiben müssen, und da die liberalen Götter ihn nicht erhört hätten, so habe er sich der konservativen Unterwelt verschrieben. Der „Genius“ war also der Fortschrittspartei sehr klar; was ihr aber sehr nebelhaft war, das war die Macht, die hinter dem „Genius“ stand.

Bismarck war nicht *wegen*, sondern *trotz* seiner deutschen Pläne zum leitenden Minister berufen worden. Er hatte vom König- und Junkertum Vollmacht, eine budgetlose und verfassungswidrige Regierung zu führen, aber seine auswärtige Politik war seine persönliche Sache, die keineswegs vom König- und Junkertum genehmigt worden war. So schlechte Geschäftsleute waren die Fortschrittler nicht, ihre politischen Ansprüche in der Gegenwart preiszugeben für ein Linsengericht, das ihnen in irgendwelcher geheimnisvollen Zukunft angerichtet werden könnte, ihre kursfähigen Papiere auszuliefern für den unsicheren Wechsel eines zweifelhaften „Genius“.

Nachdem die Krone durch die Berufung Bismarcks ihre Absicht bekundet hatte, das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses zu zerreißen, konnte die Fortschrittspartei einen Rückzug in Ehren nicht mehr an-

treten. Sie mußte den Kampf aufnehmen, und es handelte sich nur noch darum, wie sie ihn siegreich durchführen wollte. In ihrem unverdienten Glücke stieß sie auf einen Pfadfinder, der ihr den einzigen Weg zum Siege wies.

2. Lassalles Feldzugsplan.

Lassalle hatte die Tage der Neuen Ära mit steigender Ungeduld ertragen. „Wer jetzt in Berlin lebt und nicht am Liberalismus stirbt, der wird nie am Ärger sterben“, schrieb er einmal an Marx, und ein andermal brandmarkte er in noch viel schärferen Worten die liberale „Preßverschwörung“, die eine verrottete Rechtspflege redend und schweigend decke.

Es war, als preußische Richter sich schützend vor die Verleumdungen stellten, mit denen die Nationalzeitung den persönlichen Charakter von Marx verunglimpfen wollte. In einem Schreiben an Lassalle hatte sich Marx über diese brutale Rechtsverweigerung verwundert, worauf Lassalle erwiderte: „Die preußische Justiz scheinst du in einem noch viel zu rosigen Lichte betrachtet zu haben. Da habe ich noch ganz andere Erfahrungen an diesen Burschen gemacht. . . . Wenn ich an diesen zehnjährigen täglichen Justizmord denke, den ich erlebt habe, so zittert es mir wie Blutwellen vor den Augen, und es ist mir, als ob mich ein Wutstrom ersticken wollte! Nun, ich habe das alles lange bewältigt und niedergelebt, es ist Zeit genug seitdem verflossen, um kalt darüber zu werden, aber nie wölbt sich meine Lippe zu einem Lächeln tieferer Verachtung, als wenn ich von Richtern und Recht bei uns sprechen höre. Galeerensträflinge scheinen mir sehr ehrenwerte Leute im Verhältnis zu unseren Richtern zu sein.“ Auf die Bemerkung von Marx, daß die Preußen ihm ein Material geliefert hätten, dessen angenehme Folgen in der Londoner Presse sie bald merken sollten, antwortete Lassalle: „Nein, lieber Freund, sie werden gar nichts merken. Zwar zweifle ich nicht, daß du sie in der Londoner Presse darstellen und vernichten wirst. Aber merken werden sie nichts davon, gar nichts, es wird sein, als wenn du gar nicht geschrieben hättest. Denn englische Blätter liest man bei uns nicht, und siehst du, von unseren deutschen Zeitungen wird auch keine einzige davon Notiz nehmen, keine einzige auch nur ein armseliges Wörtchen davon bringen. Sie werden sich hüten! Und unsere liberalen

Blätter am allermeisten! Wo werden denn diese Kalbsköpfe ein Wörtchen gegen ihr heiligstes Palladium, den ‚preußischen Richterstand‘ bringen, bei dessen bloßer Erwähnung sie vor Entzücken schnalzen — sie sprechen schon das Wort nie anders als mit zwei vollen Pausbacken aus — und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen! O, gar nichts werden sie davon bringen, es von der Donau bis zum Rhein und soweit sonst nur immer ‚die deutsche Zunge klingt‘, ruhig totschweigen! Was ist gegen diese Preßverschwörung zu machen? O unsere Polizei ist, man sage was man will, noch immer ein viel liberaleres Institut als unsere Presse!" Sätze, die in all ihrer Bitterkeit bewiesen, daß Lassalle die preußischen Zustände genauer kannte als Marx.

Lassalle trug sich damals mit dem Plan, als Gegengewicht gegen die liberale Preßkorruption ein großes demokratisches Blatt gemeinsam mit Marx und Engels in Berlin herauszugeben. Noch im Januar 1862 hat er den alten Brockhaus in Leipzig dafür zu interessieren gesucht. Doch ist es kaum zu beklagen, daß der Plan ein spanisches Luftschloß blieb. Mit kapitalistischen Verlegern hätte eine solche Zeitung unter solchen Leitern noch viel schlimmere Erfahrungen gemacht, als die Neue Rheinische Zeitung mit ihren Aktionären gemacht hatte. Obendrein erwies sich die ganze Rechnung als ohne den Wirt gemacht, nämlich ohne den liberalen Minister Schwerin, der die reaktionären Vorbehalte der Amnestie so auslegte, daß Marx bei einer Rückkehr nach Deutschland als Ausländer betrachtet, also der polizeilichen Willkür preisgegeben werden sollte.

Solange der bürgerliche Vertrauensrausch währte, war in Deutschland überhaupt noch nichts auszurichten. Als Lassalle im Sommer 1861 sein rechtsphilosophisches Werk herausgegeben hatte, erfrischte er sich auf einer längeren Reise in der Schweiz und in Italien. In Zürich verkehrte er viel mit Herwegh und mit Wilhelm Rüstow, dem bekannten Militärschriftsteller, der als preußischer Leutnant seinen demokratischen Überzeugungen zum Opfer gefallen, im eidgenössischen Generalstabe zum Major avanciert und eben mit frischen Lorbeeren aus Garibaldis Feldzuge gegen Neapel heimgekehrt war. Empfehlungen Rüstows führten Lassalle in die Kreise der italienischen Patrioten. Er besuchte Garibaldi auf der Insel Caprera und scheint sich lebhaft für einen neuen Schlag interessiert zu haben, den die italienische Aktionspartei damals gegen Österreich plante. Jedoch ist aus den sporadischen Äußerungen Lassalles

und anderer über die Episode nicht zu ersehen, welche Rückwirkung er sich von dieser Diversion für die deutsche Entwicklung versprach. Nach einer sehr trüben Quelle, einem offiziösen Biographen Buchers, soll Lassalle von einem Angriffe Garibaldis auf Dalmatien eine Revolution in Ungarn erwartet und „wörtlich" zu Bucher gesagt haben: „Revolution in Pest ist Revolution in Wien, Revolution in Wien ist Revolution in Berlin." Indessen steht diese angebliche Äußerung Lassalles in schroffstem Widerspruche mit seinem sehr nüchternen Urteil über die Revolutionslust des deutschen Spießbürgers, selbst wenn man sie der kindischen Form entkleidet, in der Bismarcks literarische Bedientenstube sich revolutionäre Politik zusammenreimt. Lassalle begrüßte freudig alles revolutionäre Handeln, aber er war ein viel zu besonnener und kluger Politiker, um große Hoffnungen auf einen Plan zu setzen, der völlig in der Luft schwebte und bekanntlich auch nie zur Ausführung gelangt ist. Am 9. Februar 1862 schrieb er ziemlich kühl an Rüstow, er habe von den Italienern bestimmte Auskunft verlangt, ob für dieses Frühjahr etwas beabsichtigt werde; drei Wochen früher aber hatte er in einem Briefe an Bucher mit ganz anderer Wärme über Pläne geschrieben, gegenüber deren revolutionärer Tragweite ein italienischer Freischarenzug nach Dalmatien als eine ziemlich beiläufige Sache erschien.

In den ersten Januartagen 1862 war Lassalle nach Berlin zurückgekehrt und hier fand er eine wesentlich veränderte Lage vor. Die Fortschrittspartei hatte einen Monat vorher ihren ersten Wahlerfolg erfochten und begann nun zu „drängeln". Davon versprach sich Lassalle zunächst nicht viel; er schrieb an Rüstow: „In unserer Kammer der alte Jammer! Die Kerle wissen nicht, ob sie leewärts oder luvwärts brassen sollen! Würden nicht den leichtesten Kahn führen können und wollen ein Staatsschiff leiten!" Hätte Lassalle überhaupt zu Illusionen geneigt, so hätten die drei Jahre der Neuen Ära sie ihm gründlich ausgetrieben, und auch die persönlich freundschaftlichen Beziehungen, in denen er zu manchen Führern der Fortschrittspartei und des Nationalvereins stand, verblendeten ihn keinen Augenblick. Es war ein ganz ähnliches Verhältnis, wie es hundert Jahre früher zwischen Lessing und den Berliner Aufklärern bestanden hatte. So wenig wie Lessing, spielte sich Lassalle jemals auf die Rolle eines finsteren Gesinnungsfanatikers hinaus, hinter der sich gewöhnlich geistige Beschränktheit verbürgt; ein Gesellschafter von hinreißender Liebenswürdigkeit, immer

aufgelegt zu lustigem Scherze und selbst ausgelassenem Übermute, stellte er auch dies Licht nicht unter den Scheffel. Sein Umgangskreis war zweifellos etwas gemischt, und schließlich mag er sich in ihm auch wohler gefühlt haben, als er sich bei einem geringeren Maße persönlicher Eitelkeit gefühlt haben würde. Aber der Einfluß dieses Milieus auf den Denker und den Kämpfer Lassalle darf noch viel weniger überschätzt werden, als der Einfluß der Gräfin Hatzfeldt. Er war tatsächlich gleich Null. Lassalle politisierte mit den Tagesgrößen der Fortschrittspartei und philosophierte mit den altersschwachen Hegelianern der Philosophischen Gesellschaft, ohne einen Augenblick zu vergessen, was ihn von all der lieben Mittelmäßigkeit trennte.

Als ebenbürtige Freunde betrachtete Lassalle dagegen einige Achtundvierziger, die über die Fortschrittspartei nicht viel anders dachten als er: Ziegler und Bucher, zu denen sich etwas später Rodbertus als Dritter gesellte. An Ziegler schrieb Lassalle einmal, ihnen habe die Norne bei der Geburt die gleichen Lose geworfen, und an Rodbertus ein andermal, sie schienen als siamesische Zwillingsbrüder auf die Welt gekommen zu sein. Mehr aber, als diese beiden, war Bucher ein zweiter Lassalle, soweit ein Lassalle möglich war ohne Lassalles eiserne Knochen und ohne sein stürmisch fließendes Blut.

Bucher hatte mit Lassalle die juristische und philosophische Bildung gemein, nicht minder aber auch den scharfen Blick für die reale Wirklichkeit der Dinge. Eine ganze Reihe von Lassalles Lieblingsgedanken sind zuerst von Bucher angeschlagen worden, nicht in Lassalles klarer und scharfer Fassung, aber doch mit embryonenhafter Deutlichkeit: schon in der preußischen Versammlung von 1848 die Theorie der erworbenen Rechte und die Verfassungstheorie, wonach Verfassungsfragen ursprünglich nicht Rechts-, sondern Machtfragen sind. Dann hatte Bucher in seinem geistreichen Büchlein über den englischen Parlamentarismus dargelegt, wie die fortschreitende Teilung der Arbeit ganz verschieden auf die Bourgeoisie und auf das Proletariat wirke. Je spezialisierter das Geschäft werde, um so fragmentarischer werde der Mensch, je mehr die großen und kleinen Krämer einzelne Artikel zu monopolsieren suchten, umsomehr verdummten sie in dieser kapitalistischen Spekulation, während umgekehrt die geistige Befreiung des Arbeiters, die Freisetzung seiner ganzen geistigen Kraft sich in demselben Maße vollziehe, worin die Vervollkommnung der Maschinen die menschliche Nachhilfe zu einer maschinen-

artigen Tätigkeit herabdrücke. Der Gedanke selbst war schon von Marx in seiner Streitschrift gegen Proudhon entwickelt worden, aber Bucher erläuterte ihn selbständig durch die praktischen Beobachtungen, die er an der englischen Bourgeoisie und dem englischen Proletariat gemacht hatte. Sein Satz: „Das richtigste Urteil ist auf den beiden äußersten Stufen der gesellschaftlichen Leiter zu finden, unter den Gentlemen, die nur ihrer Bildung leben, und unter den Arbeitern, die der Sprachgebrauch als Hände bezeichnet", wurde das Leitmotiv, das durch Lassalles ganze Arbeiteragitation klang.

Bucher schaute der Herrschaft der englischen Bourgeoisie schon in Herz und Nieren, als die deutschen Liberalen an diesem glänzenden Vorbilde schwindelnd emporstaunten, und auch darin hatte er einen wichtigen Berührungspunkt mit Lassalle. Begeisterte sich die deutsche Bourgeoisie in den fünfziger und sechziger Jahren ebenso für die englische Bourgeoisie, wie sie sich in den vierziger Jahren für die französische Bourgeoisie begeistert hatte, so war das nach Lage der Dinge eine entschieden reaktionäre Wendung. Die bürgerliche Franzosenfresserei richtete sich weit weniger gegen den Bonapartismus, mit dem sich der deutsche Bürger bald innig genug befreunden sollte, als gegen die „politische Entwicklung" Frankreichs, von der er sich nach einem Worte der Volkszeitung „emanzipieren" wollte. Diese „politische Entwicklung" war der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, von dem man sich einbildete, daß er in England überwunden sei, womit dann noch die entnervende Vorstellung verbreitet wurde, als sei die englische Bourgeoisie nicht durch revolutionäres Handeln, sondern durch parlamentarisches Reden zur Herrschaft gelangt.

In seinen Londoner Korrespondenzen für die Nationalzeitung hatte Bucher an der englischen Bourgeoisie nachgewiesen, daß Diplomatie und Politik von der Nationalökonomie verschlungen würden, daß göttliches Recht, historische Tradition und theologische Phrasen sich zähneknirschend unter eine Position des Tarifs beugen müßten, daß Englands auswärtige Politik eine reine Handelspolitik ohne alle ideellen Antriebe und Zwecke sei. Das paßte der deutschen Bourgeoisie aber durchaus nicht in ihren heuchlerischen Kram; sie hatte keine Neigung, sich in ihrem Lieblingsblatt ihre Lieblingsmarotten zerstören zu lassen. Als Bucher nach Erlaß der Amnestie in die Heimat zurückkehrte, wurde er von seinen alten Gesinnungsgenossen sehr unsanft empfangen. Die

Nationalzeitung halfterte ihn ab, und ihr Eigentümer Wolff glaubte noch ein Wunder von Großmut zu tun, als er Bucher mit einem dürftigen Gnadenbrote zur „Färbung" der Depeschen in sein Telegraphenbureau einstellte. Wolffs Versicherung, daß Bucher ein arger Ketzer sei, genügte der „liberalen Partei", wie Unruh später selbst gestand, sich von jeder Verantwortung für Buchers Schicksal loszusagen. Je kleiner und kleinlicher die deutsche Bourgeoisie von jeher war, verglichen mit der englischen und französischen, um so boshafter und grausamer war von jeher die Meisterschaft, womit sie die Hungerpeitsche über jeden zu schwingen verstand, der in ihrem eigenen Schoße an ihrer Herrlichkeit zu zweifeln wagte. Buchers immer schwacher Lebensmut wurde dadurch völlig gebrochen. Als ihm Lassalle in der Philosophischen Gesellschaft mit offener Hand und offenem Herzen entgegenkam, wich er mit scheuem Mißtrauen aus, das er dann erst nach und nach, aber völlig vielleicht niemals überwunden hat.

In eingehenden Unterhaltungen mit Bucher prüfte Lassalle die politische Lage, wie sie sich im Anfange des Jahres 1862 gestaltet hatte. So wenig er sich auf die verheißenen Heldentaten der Fortschrittspartei verließ, so sehr brannte er darauf, das regere Leben der Massen für revolutionäre Zwecke auszunützen. Seine erste Unterredung mit Bucher fand am 21. Januar statt. Lassalle knüpfte dabei an den Schlag an, den die italienische Aktionspartei gegen Österreich plante, indessen ist er, wie Bucher bezeugt, nie mehr darauf zurückgekommen. Dieser Plan war für ihn nur der konkrete Ausgangspunkt einer prinzipiellen Erörterung, die sich auf die Frage zuspitzte, ob es möglich sei, in Deutschland die bestehende Ordnung (oder Unordnung) der Dinge niederzuwerfen und niederzuhalten. Das Niederwerfen erklärte Bucher für möglich, aber nicht das Niederhalten. Am nächsten Tage schrieb er an Lassalle: „Was Sie an die Stelle (der Bourgeoisordnung) setzen wollen, befriedigt mich nicht. Alle Maßregeln, die Sie nennen, sind doch wieder nur politisch, juristisch kann man sagen, stehen auf dem alten sozialen Boden, schaffen nur neue Bourgeois. Und diese neuen Besitzverhältnisse, neu durch einen Wechsel der Personen, nicht, um mich so auszudrücken, durch die chemischen Eigenschaften des Besitzes, können nur behauptet werden durch einen permanenten Krieg, einen Terrorismus einer sehr kleinen Minorität. Ich schätze sie nach den statistischen Quellen und meiner genauen Kenntnis der ländlichen Bevölkerung in

den östlichen Provinzen." Das sei nur möglich, wenn die Minderheit der Mehrheit einen Genuß, wenigstens einen Glauben zu bieten habe. „Ich komme also auf mein altes Wort zurück: es fehlt dem popolo der dio und uns das, wofür wir mit Ehren untergehen könnten." Aus diesem Briefe Buchers geht hervor, daß Lassalle ihm den allgemeinen Plan seiner späteren Agitation angedeutet haben muß; der Satz Buchers von den politisch-juristischen Maßregeln, die auf dem alten sozialen Boden blieben, enthält im Kern alles, was später mit Recht gegen Lassalles Produktivassoziationen mit Staatskredit eingewandt worden ist.

In einem umgehenden Schreiben verwahrte sich Lassalle aufs entschiedenste gegen das Mißverständnis, daß „jene Kleinigkeiten sein eigentliches soziales Programm" bildeten. Er habe sie nur vorläufig und ohne jede tiefere ökonomische Verständigung hingeworfen und ausdrücklich betont, sie ließen sich noch rein vom juristischen Boden aus treffen, ohne daß man sich schon auf die soziale Basis zu stellen brauche. Es ist wieder merkwürdig zu sehen, wie Lassalles Ideologie beim praktischen Handeln sofort zu verwittern beginnt. Er spricht hier klar aus, daß die soziale Frage der Zeit sich vom juristischen Boden nicht bewältigen lasse, was er im System der erworbenen Rechte noch nicht weiß. Buchers „überaus glückliches Wort" von den „chemischen Eigenschaften des Besitzes" ist ihm ein sicherer Beweis dafür, daß sie sich verständigen werden. Mit Recht dringe Bucher auf jenen innersten Quellpunkt hin, von dem alle politischen Fragen nur Konsequenzen und Ausflüsse seien, auf das soziale Programm. „Für einen Sozialisten, wie ich bin, kann also die Wahrnehmung, die ich an Ihnen mache, nur eine sympathische sein. Sie wirkt und kann nur wirken als eine Bestätigung, daß ich im Wahren bin und daß jeder Ernsterdenkende sich mit unvermeidlicher Notwendigkeit von selbst zu der Quelle hindrängt, an der allein auch ich Klarheit und Lösung, Beruhigung und Gewißheit getrunken habe." Bucher sei schon Sozialist, und sie brauchten nur noch wissenschaftlich-kritische Fragen miteinander zu diskutieren.

Indem Lassalle die juristische Ideologie abstreift, bleibt er noch in der philosophischen Ideologie hängen. Er führt aus, mit Mazzinis mystischem Worte vom dio sei nur gesagt, was er seit je als die unerläßliche Bedingung eines neuen Weltprinzips betrachtet habe, nämlich daß es die Kraft habe, eine neue Sozietät aus sich heraus zu schaffen, die politische Form als seine Konsequenz zu setzen und die Grundlage

einer neuen Ethik zu bilden. Damit schlägt Lassalle die Grundgedanken seines späteren Arbeiterprogramms an. Nur ein Prinzip, das zugleich ein sittliches sei, könne sich zu einem neuen Weltzustand entfalten, zu einer Universalität in Wirklichkeit wie Wissenschaft. „Heute würden die Montagnards von 1793, wenn sie heute aus dem Grabe auferständen, und für heute eben, nur in ihrer Einbildung Revolutionäre sein.“ Der humane Gedanke aber habe im höchsten Grade die Kraft, sich zu solcher Totalität zu entwickeln.

Die zweite Unterhaltung, die Lassalle in diesem Schreiben von Bucher erbittet, hat dann stattgefunden. Am 9. Februar schreibt Lassalle an Rüstow, nach dieser zweiten Unterredung von acht Stunden, worin er genötigt gewesen sei, das „Ganze“ der ökonomischen Wissenschaft zur Entfaltung und Perzeption zu bringen, habe sich Bucher für überzeugt und gewonnen erklärt. Bucher selbst hat nach Lassalles Tode in einem Berichte an seinen nunmehrigen Vorgesetzten Bismarck behauptet, Lassalle habe ihn in jener Unterredung nicht überzeugt. Da Bucher sich in diesem Schriftstücke durchaus mit Würde über seinen früheren Verkehr mit Lassalle ausläßt, so ist es nicht erlaubt anzunehmen, daß er sich einfach aufs Leugnen gelegt habe. Vielmehr wird seine Darstellung beiden Männern gerecht, wenn er sagt, zwischen ihnen habe es viele Berührungspunkte, aber auch einen immer wiederkehrenden Gegensatz gegeben: Lassalle sei als Metaphysiker und Hegelianer stets vom Allgemeinen zum Einzelnen, vom Abstrakten zum Konkreten gegangen, während er, Bucher, mit einer realistischeren Anlage, mit lückenhaftem Wissen von den Schulsystemen und mit einem zehnjährigen Aufenthalt in England hinter sich, stets die Neigung gehabt habe, den entgegengesetzten Weg einzuschlagen. So auch in jener Unterredung. „Das Resultat war eine Übereinstimmung unserer Vorstellungen von dem Wesen der Gesellschaft und dem Gange der Geschichte im großen; sofort aber trat der alte Konflikt zwischen uns und nun in der Form hervor, daß er, von der Ideenentwicklung in der Geschichte ausgehend, die Realisierung der nächsten Phase bald, noch während seines Lebens, erwartete, während ich, ausgehend von der Betrachtung der Klassen und Gruppen, wie sie mir in einzelnen Typen erschienen, von dem natürlichen Egoismus der einen und der Trägheit der anderen, einen langen Widerstand der Materie gegen den Gedanken, daher den Durchbruch neuer wirtschaftlicher Formen erst in Menschenaltern vorher zu sehen

glaubte." Bucher fügt hinzu: Lassalle habe seine Einwürfe nicht leicht genommen, namentlich habe ein Wort Lessings auf ihn Eindruck gemacht, wonach es zu allen Zeiten Menschen gegeben habe, die richtige Blicke in die Zukunft getan und nur diese Zukunft nicht hätten erwarten können; wozu sich die Geschichte Jahrhunderte Zeit nehme, das solle im Augenblick ihres Daseins reifen. Aber dann habe der Einfluß einer anderen leidenschaftlichen Persönlichkeit überwogen und Lassalle habe seine Agitation in der oft gegen seine Freunde ausgesprochenen Hoffnung unternommen, sich noch des Sieges zu freuen.

Diese Darstellung trägt das Gepräge der Aufrichtigkeit, und sie verträgt sich auch ganz gut mit Lassalles Darstellung. „Im Großen" war Bucher gewonnen; was beide Männer noch trennte, war nicht sowohl ein Gegensatz der Überzeugungen, als ein Gegensatz der Temperamente. Das empfanden beide auch instinktiv. Lassalle fügte der Meldung seines Triumphes an Rüstow hinzu, er wolle erst sehen, ob Buchers Bekehrung dauern werde, während Bucher sich Lassalles Widerstand gegen seine Einwände nur aus dem Einfluß einer anderen leidenschaftlichen Persönlichkeit zu erklären wußte.

Bekanntlich haben sich Lassalles Zweifel an Buchers Beständigkeit als sehr gerechtfertigt erwiesen, und um seiner praktischen Wirkungen willen würde dieser geistige Ringkampf in einer Geschichte der deutschen Sozialdemokratie keine besondere Erörterung verdienen. Wohl aber verdient er sie im höchsten Maße wegen der tiefen Einblicke, die er in den Ursprung von Lassalles Arbeiteragitation eröffnet. Er räumt gründlich mit der landläufigen Legende auf, als ob Lassalle sie aus verletztem Ehrgeiz oder sonstigen niedrigen Beweggründen eröffnet habe; er zeigt vielmehr, daß sie von vornherein im großen Stil entworfen war, daß ihre Licht- und Schattenseiten untrennbar zusammenhingen, daß sie aus einer tiefen und unerschütterlichen Überzeugung floß. Es ist sehr glaubhaft, daß Lassalle Buchers Einwände durchaus nicht leicht genommen hat. Soweit Buchers verschlossene Natur an einem Menschen hängen konnte, hing sie damals an Lassalle; Bucher selbst gestand, wie viele Überwindung es ihn koste, so objektiv zu urteilen, bei allen Gründen, die er habe, diese alte Weltordnung zu hassen. Seine Einwände waren auch keineswegs von der Oberfläche geschöpft. Bucher kannte nicht nur das ostelbische Landproletariat, sondern auch die großkapitalistische Entwicklung und das Spiel ihrer immanenten Gesetze besser als Lassalle;

er hatte das ökonomisch so wichtige Jahrzehnt von 1850 bis 1860 nicht in Düsseldorf und Berlin, sondern in London und Paris verlebt. Soweit sich Buchers Einwände noch nachprüfen lassen, berühren sie sich nahe genug mit dem, was die objektive historische Kritik an Lassalles Agitation auszusetzen hat.

Trotzdem irrte Bucher gewaltig, wenn er meinte, daß Lassalle gegen seine Einwände taub gemacht worden sei durch den Einfluß der Gräfin Hatzfeldt oder wessen sonst. Lassalle hörte viel feiner als er; das Rauschen einer unaufhaltsam heranstürmenden Zukunft übertönte ihm nur die warnende Stimme der Gegenwart. Nirgends prägt sich die eigentümliche Stärke wie die eigentümliche Schwäche von Lassalles Idealismus so deutlich aus, wie in dieser Kontroverse mit Bucher, die sich dann mit Ziegler und Rodbertus in ähnlicher Weise erneuerte. Was die „realistischere Anlage" seiner Freunde ihm einwandte, hatte Grund genug, aber Lassalle sah schärfer, tiefer und weiter als sie alle, wenn er meinte, daß die Dinge trotz alledem reif genug geworden seien für den kräftigen Stoß der Menschenhand, der sie endlich ins Rollen brächte. Vom Schwärmer war deshalb nichts in ihm, wohl aber vom Genius, der mit sicherem Blicke den innersten Kern der Dinge erfaßte. Ein ganzer Mann ist immer noch etwas anderes, als die tausend Einzelheiten, die ihn zusammensetzen, und mag er in noch so vielen Einzelheiten irren, so kann er doch das historische Recht auf seiner Seite haben.

---

3. Lassalle und die Fortschrittspartei.

So begann denn Lassalle seine aktuelle Politik, und der Feldzug, den er vom Frühling 1862 bis zum Frühling 1863 führte, ist von all seinen Feldzügen wie der bedeutendste und folgenreichste, so auch der, wenn der Ausdruck erlaubt ist, künstlerisch vollendetste und menschlich ungetrübteste: ein wahres Meisterstück revolutionärer Strategie, das sich in planvoller Steigerung aufbaute: beginnend mit einem lustigen Husarengeplänkel, dann in geschlossenen Reihen zwingender Logik vordringend, mit kühl überlegter Taktik und doch immer auf der Höhe des Prinzips, endlich mit ehernem Hammer die Tore sprengend, durch die das klassenbewußte Proletariat seinen sieghaften Einzug in die deutsche Geschichte halten sollte.

Wie Marx und Engels im Jahre 1848, so knüpfte auch Lassalle im Jahre 1862 an das äußerste Ende der bürgerlichen Bewegung an. Trotz aller bitteren Erfahrungen, die er in den Tagen der Neuen Ära am Liberalismus gemacht hatte, hielt Lassalle fest an der Auffassung, die ihn in den fünfziger Jahren geleitet hatte: die bürgerliche Klasse nicht anzugreifen und zu schwächen, sondern zu stärken und voranzutreiben, solange noch irgend eine Hoffnung war, daß sie den historischen Beruf der Bourgeoisie erfüllen und mit der absolutistisch-feudalen Reaktion reinen Tisch machen werde. Dank der eigensinnigen Hartnäckigkeit des Königs hatte die Fortschrittspartei so ziemlich das ganze Land hinter sich, und jedenfalls die politisch entwickeltsten Teile der Bevölkerung: neben den erwachenden Schichten der Arbeiterklasse auch kräftige und tüchtige Elemente des Bürgertums. Das verkannte Lassalle durchaus nicht, so frei er von allen Illusionen war. Es lohnte schon den Versuch, die Fortschrittspartei vorwärts zu drängen, und selbst wenn der Versuch ganz aussichtslos gewesen wäre, so mußte er doch gemacht werden. Ehe die Fortschrittspartei nicht handgreiflich vor allem Volke bewiesen hatte, daß sie die ihr gestellte historische Aufgabe nicht lösen könne und nicht einmal lösen wolle, hatte es keinen Sinn, über sie zur Tagesordnung zu gehen.

Als erstes Opfer unter Lassalles Schwerte fiel Julian Schmidt, der von den Grenzboten an die Berliner Allgemeine Zeitung übergesiedelt war. Dies Organ für die Staatsmänner der Neuen Ära feindete die Fortschrittspartei in gehässiger Weise an; ihren ebenso bescheidenen wie berechtigten Antrag auf größere Spezialisierung des Budgets denunzierte es ganz in der Manier offiziöser Soldschreiber als eine „Verdächtigung“ des Finanzministers von Patow, der „in seiner Verwaltung als ein Meister und als ein Vorkämpfer konstitutioneller Freiheit im ganzen Lande bekannt“ sei. Hierauf bezog sich der verdiente Hieb, den Lassalle dem „Grabowiten“ Julian Schmidt versetzte, und nicht, wie irrtümlicherweise angenommen worden ist, auf die bürgerliche Opposition als solche. Ihr in dem Augenblicke zu nahe zu treten, wo sie es mit dem parlamentarischen Budgetrecht ernsthaft zu nehmen begann, lag Lassalles Absichten vollständig fern; indem er den Julian Schmidt abstrafte, züchtigte er einen unnützen Zänker, der die Fortschrittspartei anfiel, weil sie einen wirklichen Anlauf zur Verteidigung der Volksrechte unternahm.

Freilich gedachte Lassalle deshalb nicht, den Büttel der Fortschrittspartei zu spielen. Was er mit den Setzerscholien bezweckte, die er dem braven Julian widmete, sprach er in der wuchtigen Vorrede aus. Er wollte der geistigen Versimpelung, der mark- und tatenlosen Wortberauschung entgegentreten, die das deutsche Bürgertum verwüsteten. Er griff Julian Schmidt heraus als den klassischen Typus dieser literarischen und politischen Korruption, ohne zu verhehlen, daß einer berufen, aber viele auserwählt wären, ohne auch die Schuld des lieben Publikums an dem Unwesen zu verschweigen. Insofern richtete sich Lassalles Pamphlet auch, ja in erster Reihe an die Adresse der Fortschrittspartei. Aber es geschah in ihrem eigenen Interesse, und in der ganzen Schrift findet sich nicht ein Wort, das ihren Kampf mit der Krone erschweren konnte. Lassalle geißelte den literarischen und politischen Wortführer der Gothaer, die den Kampf mit der Krone schmählich verfahren hatten und jetzt der Fortschrittspartei Steine in den Weg warfen; die Vernichtung dieser Sorte von Liberalismus konnte der Krone nur schaden und der bürgerlichen Opposition nur nützen.

Lassalles Schrift gegen Julian Schmidt reiht sich ebenbürtig den klassischen Streitschriften der deutschen Literatur an, obgleich oder vielmehr weil sie, wie Albert Lange nicht lange nach ihrem Erscheinen sagte, neben einer Fülle bitterer Wahrheiten auch manches Gesuchte und Unbillige enthält. Das gleiche gilt von Lessings Schriften gegen Klotz und die Klotzianer, von Goethes und Schillers Xenien, von Platens und Heines literarischen Satiren. Will man anders nicht den Kampf aus der Literatur und Politik verbannen — und ihn verbannen, hieße alles literarische und politische Leben töten —, so muß man sich mit der Tatsache abfinden, daß es im Kriege eben hergeht wie im Kriege. Ja, je berechtigter solche Kämpfe sind, um so ungerechter müssen sie in gewissem Sinne werden. Ihre Berechtigung wächst in dem Maße, worin sie die Person treffen um der Sache willen, aber je mehr sie in der Person nur die Sache sehen, umsomehr verkümmern sie der Person ihr persönliches Recht.

Man kann alle Achtung haben vor der kritischen Untersuchung, die nachträglich beweist, daß die Klotz und die Schmidt doch nicht ganz die bösen Buben gewesen seien, als die sie die Lessing und die Lassalle dargestellt haben: das ist eine Pflicht der Gerechtigkeit, gegen die Lessing und Lassalle am wenigsten etwas einwenden würden. Aber gegen sie

selbst wird damit nichts bewiesen. Sie bekämpften das Faule und Schlechte, weil es faul und schlecht war, und mit Recht unbekümmert darum, ob es vor dem Richterstuhle der Nachwelt diesen oder jenen mildernden Umstand für sich geltend machen könne. Lassalle war in dieser Beziehung sogar nachsichtiger als seine berühmten Vorläufer. Er sprach offen aus, daß Julian Schmidts publizistische Tätigkeit das Produkt eines allgemeinen Zersetzungsprozesses sei; er machte dem armen Sünder, den er auf den Richtplatz schleifte, alle Honneurs, die dem Könige des Sudelgeschlechts gebührten, und die Form seiner Setzerscholien schloß von vornherein die Annahme aus, daß er alle die übermütigen Possen, die er mit seinem Opfer trieb, wörtlich genommen haben wollte. Im Wesen der Sache führte er einen gerechten und guten Kampf, für den ihm alle wirklichen Männer der Wissenschaft dankbar die Hand schüttelten, für den ihm heute noch danken wird, wer immer in Julian Schmidts Literaturgeschichte nachlesen will, wie hämisch und haltlos zugleich ihre Anzapfungen unserer klassischen Literatur und Philosophie sind.

An dieser Schrift Lassalles hatte Bucher noch mitgeholfen, dann aber ging Lassalle allein vor mit zwei Vorträgen, durch die er die bürgerliche und die arbeitende Klasse über die politische Lage verständigte. Der Vortrag über Verfassungswesen, den er hintereinander in vier liberalen Bezirksvereinen hielt, brachte die notwendige Klarheit über die damalige Wahlparole der Fortschrittspartei, wonach es die Verfassung zu retten galt.

Lassalle untersuchte das Wesen einer Verfassung und legte dar, daß wie jeder Körper seine Konstitution, so auch jedes Land seine Verfassung habe. Denn in jedem Lande müßten ja irgend welche tatsächlichen Machtverhältnisse bestehen, und diese tatsächlichen Machtverhältnisse seien immer die wirkliche Verfassung eines Landes. Mit drastischer Anschaulichkeit entwickelte Lassalle: Ein König, dem das Heer gehorcht und die Kanonen, ein Adel, der Einfluß auf Hof und König hat, die große Industrie und der große Handel, Bank und Börse, in gewissen Grenzen auch das allgemeine Bewußtsein und in alleräußersten Fällen selbst die Volksmasse, das seien Stücke der Verfassung. Solche tatsächlichen Verfassungen hätten immer bestanden und müßten immer bestehen. Was der neueren Zeit eigentümlich sei, das seien nicht die wirklichen Verfassungen, sondern die geschriebenen Verfassungen oder das Blatt Papier.

Wie nun entstehe das Verlangen nach geschriebenen Verfassungen? Offenbar nur daher, daß in den Ländern, wo es auftauche, eine Änderung in den wirklichen Machtverhältnissen eingetreten sei. Eine Gesellschaft, in der die wirklichen Machtverhältnisse sich nicht veränderten, habe gar kein Bedürfnis nach einer neuen Verfassung. Dies Bedürfnis entspringe in neuerer Zeit aus der riesenhaften Entwicklung des Bürgertums, dessen Macht die Macht der Krone und des Adels überflügelt habe. Das Bürgertum wolle nicht mehr eine willenlos beherrschte Menge sein; es wolle vielmehr selbst herrschen und den Fürsten zum Werkzeug seines Willens machen. Im Interesse seiner Herrschaft wolle es alle Institutionen und Regierungsprinzipien des Landes in Einer Urkunde verbriefen und zusammenfassen. Nun sei aber seine tatsächlich größere Macht nicht organisiert, und deshalb sei sie nicht gewachsen der geringeren, aber organisierten Macht, die der König im Heere und in den Kanonen besitze. Erst wenn bei fortgesetzter Leitung und Verwaltung der nationalen Angelegenheiten in einem dem Willen und Interesse der Nation entgegengesetzten Sinne diese sich entschließe, der organisierten Macht ihre unorganisierte Übermacht entgegenzusetzen, trete — der 18. März 1848 ein.

An diesem Tage wurde die alte Verfassung des Landes zerstört, und es kam nun darauf an, eine neue Verfassung zu machen. Was also war zu tun? Die Berliner Versammlung mußte wirkliche Verfassung machen, die im Lande bestehenden realen Machtverhältnisse zu gunsten der Bürger ändern, die organisierte Macht des Heeres und der Kanonen in ihre Gewalt bringen. Dann konnte sie in drei Tagen die geschriebene Verfassung machen. Statt dessen vertrödelte sie die kostbare Zeit, und als sie endlich mit dem Antrage Stein einen ersten schüchternen Schritt tat, um sich des Heeres zu bemächtigen, da schrie die ganze Bourgeoisie und das halbe Land: nicht Allotria treiben, nicht das Ministerium quengeln, sondern Verfassung machen um jeden Preis! Darüber jagte die Krone mit ihren ungebrochenen Machtmitteln die Versammlung auseinander.

Die Krone ihrerseits verstand sich viel besser auf das Wesen einer Verfassung. Als sie gesiegt hatte, dachte sie durchaus nicht daran, eine reaktionäre Verfassung niederzuschreiben. Im Gegenteil, aus freien Stücken verlieh sie eine ziemlich liberale geschriebene Verfassung. Ihre erste praktische Maßregel war vielmehr die Auflösung der Bürgerwehr,

die Entwaffnung des Bürgertums. „Die Besiegten entwaffnen, das ist die Hauptsache für den Sieger, wenn er nicht will, daß sich der Kampf jeden Augenblick wieder erneuern soll." Eine geschriebene liberale Verfassung konnte die siegreiche Krone gut und gern gewähren, solange sie die tatsächlichen Machtverhältnisse in der Hand behielt, sicher, daß die wirkliche Verfassung es mit derselben Notwendigkeit, die im Gesetze der Schwerkraft liegt, Schritt für Schritt über die geschriebene Verfassung davontragen werde. Und so ist es geschehen. „Keine Fahne, die hundert Schlachten mitgemacht hat, kann so zerfetzt und durchlöchert sein, wie unsere Verfassung." Sich dennoch mit fieberhafter Angst um diesen Fahnenstummel scharen, heißt nichts anderes als einen Angstruf ausstoßen, heißt nichts anderes als bekennen, daß in der geschriebenen Verfassung immer noch etwas ist, was den wirklichen Machtverhältnissen widerspricht.

Wo die geschriebene Verfassung den wirklichen Machtverhältnissen entspricht, da wird es nie vorkommen, daß eine Partei ihren besonderen Feldruf aus dem Festhalten an der Verfassung macht. Einer solchen Verfassung bleibt jeder von selbst drei Schritte vom Leibe. Wo aber tatsächliche Machtverhältnisse der geschriebenen Verfassung widersprechen, da ist die geschriebene Verfassung — kein Gott und kein Schreien kann ihr helfen — unrettbar verloren. Sie wird entweder nach rechts abgeändert und den realen Machtverhältnissen der organisierten Macht angepaßt, oder sie wird nach links abgeändert, indem die unorganisierte Macht der Gesellschaft von neuem beweist, daß sie stärker ist als die organisierte Macht des Heeres und der Kanonen. Aber verloren ist sie in jedem Falle.

Lassalle faßte seine Ansicht dahin zusammen: „Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechts-, sondern Machtfragen; die wirkliche Verfassung eines Landes existiert nur in den reellen tatsächlichen Machtverhältnissen, die in einem Lande bestehen; geschriebene Verfassungen sind nur dann von Wert und Dauer, wenn sie der genaue Ausdruck der wirklichen, in der Gesellschaft bestehenden Machtverhältnisse sind." Er fügte hinzu, was vom Heere als dem entscheidendsten und wichtigsten der organisierten Machtmittel gelte, das treffe natürlich ebenso auf die Organisation der Justiz-, der Verwaltungsbeamten u. s. w. zu. Ohne daß er ein Wort davon gesprochen habe, würden seine Hörer wissen, aus welchem Bedürfnis die Militärreorganisation hervorgegangen sei.

Er schloß: „Das Fürstentum, meine Herren, hat praktische Diener, nicht Schönredner, aber praktische Diener, wie sie Ihnen zu wünschen wären.“

Es ist heute fast unbegreiflich, beweist aber um so schlagender die damalige Verwirrung, daß dieser Vortrag, der mit schneidender Schärfe den kranken Nerv der Lage traf, keinen großen Eindruck auf die gemacht zu haben scheint, an die er gerichtet war. In den Bezirksvereinen, wo Lassalle sprach, wurden seine Ausführungen mit dem üblichen Beifall begleitet, und zu ganz besonderer Ehre des Redners unterließ man auf seinen Wunsch das Tabakrauchen, während er sprach. Sonst scheinen die guten Leute gar nicht gemerkt zu haben, daß Lassalle ihnen eine ganz andere Kost vorsetzte, als die landläufigen Phrasen, an die sie sonst gewohnt waren. Die Führer der Fortschrittspartei werden sich freilich wohl nicht in so plumper Weise getäuscht haben; ihnen konnte schwerlich entgehen, wohinaus Lassalle wollte. Aber sie kannten damals schon das feine Mittel, unbequeme Dinge totzuschweigen, wenn es irgend ging, und solange ihre Schäflein nicht unruhig wurden, hatten sie auch keinen Anlaß, mit Lassalle anzubinden. Größere Aufmerksamkeit als bei diesen „Schönrednern“ fand Lassalles Vortrag bei den „praktischen Dienern“ des Königtums. Die Kreuzzeitung erklärte, daß Lassalle, ein seinerzeit vielgenannter revolutionärer Jude, mit richtigem Instinkte den Nagel auf den Kopf getroffen und noch nicht alles gesagt habe, was er wisse und denke. Es war die Sprache der Junker, die das Königtum möglichst schnell und möglichst unheilbar mit der bürgerlichen Klasse überwerfen wollten. Die Regierung selbst benahm sich vorsichtiger; der Kriegsminister v. Roon und die offiziöse Sternzeitung beschuldigten Lassalle subversiver Tendenzen.

Hatte Lassalle in diesem Vortrage die bürgerliche Klasse gewarnt: Hütet euch, wieder dieselben Torheiten zu begehen, durch die ihr euer Spiel im Jahre 1848 verloren habt, so sagte er in einem anderen Vortrage, den er am 12. April 1862 im Handwerkervereine der Oranienburger Vorstadt vor den Maschinenbauarbeitern dieses Viertels hielt: Vergeßt nicht, daß ihr in der allgemeinen bürgerlichen Opposition besondere Interessen vertretet. Dieser Vortrag war das später von Lassalle so benannte Arbeiterprogramm; er wollte darin „den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ behandeln.

Um sein Thema zu erläutern, warf Lassalle zunächst einen Blick in die Geschichte, in die Vergangenheit, die, richtig verstanden, hier wie immer die Bedeutung der Gegenwart aufschließe und die Umrisse der Zukunft vorauszeige. Im Mittelalter war der Grundbesitz das herrschende Prinzip, das in der ökonomischen wirtschaftlichen Beschaffenheit dieses Zeitalters, in dem Zustande seiner Produktion wurzelte. Auf dem Grundbesitze beruhte die öffentliche Macht, die Lehnsverfassung, beruhte das öffentliche Recht, die Reichsverfassung, beruhte die Steuerfreiheit des großen Grundbesitzes, und die soziale Geringschätzung, die auf jeder anderen Arbeit, als etwa auf der Beschäftigung mit dem Grund und Boden lastete.

Lassalle wies dann eingehend nach, wie der Fortschritt der Industrie, der bürgerlichen Produktion, der sich immer weiter entwickelnden Teilung der Arbeit, wie der hierdurch entstandene Kapitalreichtum die mittelalterliche Gesellschaftsorganisation aufgelöst habe. Diese historische Darstellung beruht wesentlich auf dem Kommunistischen Manifest, wenn sie auch durchaus kein Plagiat, sondern selbständig durchdacht ist. Der stille, unmerklich revolutionierende Fortschritt der Industrie drückte die Macht des Grundbesitzes herab; die Revolution war bereits im Innern der Gesellschaft, lange ehe sie in Frankreich ausbrach. „Dies ist überhaupt bei allen Revolutionen der Fall, meine Herren! Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Eben deshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen." Die Spinnmaschine, welche die mittelalterliche Zunftorganisation sprengte und die freie Konkurrenz vorbereitete, war schon die lebendig gewordene Revolution.

In der großen französischen Revolution gewann die Bourgeoisie, der dritte Stand, die rechtliche Stellung, die ihrer tatsächlichen Macht ent-

sprach. Sie faßte sich im ersten Augenblick als gleichbedeutend mit dem ganzen Volke, ihre Sache als gleichbedeutend mit der Sache der ganzen Menschheit. War dem nun wirklich so oder trug dieser dritte Stand, die Bourgeoisie, innerlich noch einen vierten Stand im Herzen, von dem er sich wieder rechtlich abscheiden und ihn seiner Herrschaft unterwerfen wollte? Lassalle erläuterte den Begriff der Bourgeoisie in dem Sinne, daß die bürgerliche Klasse zur Zeit der französischen Revolution wie heute noch aus zwei Unterklassen bestehe: aus denen, die ganz oder hauptsächlich von ihrer Arbeit ihr Einkommen beziehen und hierin durch gar kein oder nur durch ein bescheidenes Kapital unterstützt werden, und aus denen, die über einen großen bürgerlichen Besitz, über ein großes Kapital verfügen und auf Grund einer solchen großen Kapitalbasis produzieren oder Renteneinkommen daraus beziehen. Ein solcher Großbürger sei an und für sich noch kein Bourgeois. Freue er sich in seinem Zimmer der großen Annehmlichkeit seiner Lage, so sei nichts einfacher, nichts natürlicher und nichts rechtmäßiger als das. Erst wenn der Großbürger, nicht zufrieden mit der tatsächlichen Annehmlichkeit eines großen Besitzes, diese Tatsache zur rechtlichen Bedingung der politischen Herrschaft machen wolle, werde er zum Bourgeois. In diesem Sinne habe sich der dritte Stand, der durch die französische Revolution zur Herrschaft gekommen sei, allerdings als Bourgeoisie aufgefaßt, habe er das Volk seiner privilegierten politischen Herrschaft unterworfen. Wie im Mittelalter der Adel den Grundbesitz, so habe die Bourgeoisie das Kapital zum herrschenden Prinzip aller gesellschaftlichen Einrichtungen gemacht.

Dies bewies Lassalle durch eine Reihe analoger Tatsachen. Durch die Zensuswahlen mache die Bourgeoisie den Steuerbetrag und also in letzter Instanz den Kapitalbesitz zum Maßstabe, woran sich das Wahlrecht zu den Kammern und somit der Anteil der einzelnen an der Herrschaft über den Staat bestimme. Durch die indirekten Steuern, die sie zwar nicht eigentlich erfunden, aber zu einem unerhörten System ausgebildet habe, verschaffe die Bourgeoisie dem großen Kapital die Steuerfreiheit, die der große Grundbesitz im Mittelalter genossen habe. Dabei hob Lassalle den eigentümlichen Widerspruch und die eigentümliche Gerechtigkeit des Verfahrens hervor, fast die gesamten Staatshaushaltsbedürfnisse den indirekten Steuern und also dem armen Volke aufzubürden, zum Maßstabe aber und zur Bedingung des Wahlrechts

und somit des politischen Herrschaftsrechts die direkten Steuern zu machen, die zu dem Gesamtbedürfnis des preußischen Staats von 108 Millionen nur den verschwindend kleinen Beitrag von 12 Millionen lieferten. Mit welcher sozialen Mißachtung denjenigen begegnet werde, die, gleichviel worin und wie sehr sie arbeiteten, keinen bürgerlichen Besitz hinter sich hätten, würden seine Hörer leider oft genug im bürgerlichen Leben erfahren. Ja, in mancher Beziehung gehe die Bourgeoisie noch weiter als der feudale Adel, indem sie den Volksunterricht für Erwachsene, der im Mittelalter der Geistlichkeit obgelegen habe und in neuerer Zeit den Zeitungen obliege, durch Kautionen und Stempelsteuern zum Vorrechte des Kapitalbesitzes mache.

Aber auch diese Geschichtsperiode sei innerlich abgelaufen, so wenig dies äußerlich den Anschein habe. „Am 24. Februar 1848 brach die erste Morgenröte einer neuen Geschichtsperiode an. An diesem Tage brach nämlich in Frankreich, in diesem Lande, in dessen gewaltigen inneren Kämpfen die Siege wie die Niederlagen der Freiheit, Siege und Niederlagen für die gesamte Menschheit bedeuten, eine Revolution aus, die einen Arbeiter in die provisorische Regierung berief, als den Zweck des Staates die Verbesserung des Loses der arbeitenden Klasse aussprach, und das allgemeine und direkte Wahlrecht proklamierte, durch welches jeder Bürger, der sein 21. Jahr erreicht hatte, ohne alle Rücksicht auf seine Besitzverhältnisse einen gleichmäßigen Anteil an der Herrschaft über den Staat, an der Bestimmung des Staatswillens und des Staatszweckes empfing.“ War die Revolution von 1789 die Revolution des dritten Standes, so will nunmehr der vierte Stand, der 1789 noch in den Falten des dritten Standes verborgen war und mit ihm zusammenzufallen schien, sein Prinzip zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft erheben und mit ihm alle ihre Einrichtungen durchdringen. Und nun führt Lassalle aus, ganz im Sinne des Kommunistischen Manifestes, daß dieser letzte und äußerste Stand, der enterbte Stand der Gesellschaft, keine ausschließende Bedingung weder rechtlicher noch tatsächlicher Art mehr aufstelle und aufstellen könne, daß dieser vierte Stand, in dessen Herzfalten kein Keim einer neuen Bevorrechtung mehr enthalten sei, eben deshalb zusammenfalle mit dem ganzen Menschengeschlechte. Seine Sache sei in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit sei die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft sei die Herrschaft aller. Wer die Idee des Arbeiterstandes

als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anrufe, der stoße nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden Schrei aus, der stoße einen Schrei der Versöhnung, der Einigung, der Liebe aus, einen Schrei, der, seitdem er sich zum erstenmal aus dem Herzen des Volkes emporgerungen habe, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein werde, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertöne.

Lassalle betrachtete das Prinzip des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft unter dreifachem Gesichtspunkte: in bezug auf das formelle Mittel seiner Verwirklichung, in bezug auf seinen sittlichen Inhalt und in bezug auf die politische Auffassung des Staatszwecks, die ihm innewohne.

Das formelle Mittel seiner Verwirklichung sei das allgemeine und direkte Wahlrecht. Es sei keine Wünschelrute, die vor augenblicklichen Mißgriffen schütze, aber es sei das einzige Mittel, das auf die Dauer von selbst wieder die Mißgriffe ausgleiche, zu denen sein augenblicklich irriger Gebrauch führen könne. Es sei die Lanze, welche selbst wieder die Wunden heile, die sie schlage. Auf die Länge der Zeit müsse bei dem allgemeinen und direkten Wahlrechte der gewählte Körper das genaue treue Ebenbild des wählenden Volkes sein.

Der sittliche Inhalt des Prinzips des Arbeiterstandes müsse, sobald es zur Herrschaft gelangt sei, eine Blüte der Sittlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen sei. Seit lange gehe die Entwicklung der Völker, der Atemzug der Geschichte, auf eine immer steigende Abschaffung der Vorrechte, die den höheren Ständen diese ihre Stellung als höhere und herrschende Stände verbürgten. Der Wunsch nach ihrer Forterhaltung oder das persönliche Interesse bringe daher jedes Mitglied der höheren Stände, das sich nicht ein- für allemal durch einen großen Blick über sein ganzes persönliches Dasein erhebe und hinwegsetze, von vornherein in eine prinzipiell feindliche Stellung zu der Entwicklung des Volks, zu dem Umsichgreifen der Bildung und Wissenschaft, zu den Fortschritten der Kultur, zu allen Atemzügen und Siegen des geschichtlichen Lebens. Dieser Gegensatz rufe die hohe und notwendige Unsittlichkeit der höheren Stände hervor. Anders die unteren Klassen. Zwar sei in ihnen leider immer noch Selbstsucht genug vorhanden, viel mehr als vorhanden sein sollte. Aber wo diese Selbstsucht vorhanden sei, da sei sie ein Fehler

der einzelnen und nicht der notwendige Fehler der Klasse. Den Gliedern der unteren Klasse sage schon ein sehr mäßiger Instinkt, daß, sofern sich jeder von ihnen bloß auf sich beziehe und jeder bloß an sich denke, er keine erhebliche Verbesserung seiner Lage für sich schaffen könne. Insofern aber die unteren Klassen der Gesellschaft die Verbesserung ihres Klassenloses erstrebten, falle ihr persönliches Interesse seiner Richtung nach durchaus zusammen mit der Entwicklung des gesamten Volks, mit dem Siege der Idee, mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, die nichts anderes als die Entwicklung der Freiheit sei. „Sie sind in der glücklichen Lage, daß dasjenige, was Ihr wahres persönliches Interesse bildet, zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung." Die Arbeiter könnten sich daher der geschichtlichen Entwicklung mit persönlicher Leidenschaft hingeben und gewiß sein, daß sie um so sittlicher daständen, je glühender und verzehrender diese Leidenschaft in ihrem hier entwickelten reinen Sinne sei.

Hiermit hänge endlich aufs engste zusammen, wodurch sich die Staatsauffassung des vierten Standes von der Staatsauffassung der Bourgeoisie unterscheide. „Die sittliche Idee der Bourgeoisie ist diese, daß ausschließend nichts anderes, als die ungehinderte Selbstbetätigung seiner Kräfte jedem einzelnen zu garantieren sei. Wären wir alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebildet und gleich reich, so würde diese Idee als eine ausreichende und sittliche angesehen werden können. Da wir dies aber nicht sind und nicht sein können, so ist dieser Gedanke nicht ausreichend und führt deshalb in seinen Konsequenzen notwendig zu einer tiefen Unsittlichkeit. Denn er führt dazu, daß der Stärkere, Gescheitere, Reichere den Schwächeren ausbeutet und in seine Tasche steckt. Die sittliche Idee des Arbeiterstandes dagegen ist die, daß die ungehinderte und freie Betätigung der individuellen Kräfte noch nicht ausreiche, sondern zu ihr in einem sittlich geordneten Gemeinwesen noch hinzutreten müsse: die Solidarität der Interessen, die Gemeinsamkeit und die Gegenseitigkeit in der Entwicklung!" Entsprechend diesem Unterschiede fasse die Bourgeoisie den Staatszweck so auf, daß der Staat ausschließlich die persönliche Freiheit des einzelnen und sein Eigentum zu schützen habe. Das sei eine Nachtwächteridee, „eine Nachtwächteridee deshalb, weil sie sich den Staat selbst nur unter dem Bilde eines Nachtwächters denken kann, dessen Funktion darin besteht, Raub und Einbruch zu verhüten".

Wolle die Bourgeoisie konsequent ihr letztes Wort aussprechen, so müsse sie gestehen, daß der Staat überhaupt ganz überflüssig sei, wenn es keine Diebe und Räuber gebe.

Ganz anders fasse der vierte Stand den Staatszweck auf und zwar so, wie er in Wahrheit beschaffen sei. „Die Geschichte ist ein Kampf mit der Natur, mit dem Elende, der Unwissenheit, der Armut, der Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfange der Geschichte auftrat. Die fortschreitende Besiegung dieser Machtlosigkeit, das ist die Entwicklung der Freiheit, welche die Geschichte darstellt. In diesem Kampfe würden wir niemals einen Schritt vorwärts gemacht haben oder jemals weiter machen, wenn wir ihn als einzelne jeder für sich, jeder allein, geführt hätten oder führen wollten. Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller einzelnen, die in dieser Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, welche ihnen allen als einzelnen zu Gebote stehen würden, millionenfach vervielfältigt." Der Arbeiterstand habe schon durch die hilflose Lage, in der sich seine Mitglieder als einzelne befänden, den tiefen Instinkt, daß eben dies die Bestimmung des Staates sei und sein müsse, dem einzelnen durch die Vereinigung aller zu einer solchen Entwicklung zu verhelfen, zu der er als einzelner nicht befähigt wäre. „Ein Staat also, welcher unter die Herrschaft der Idee des Arbeiterstandes gesetzt wird, würde nicht mehr, wie freilich auch alle Staaten bisher schon getan, durch die Natur der Dinge und den Zwang der Umstände unbewußt und oft sogar widerwillig getrieben, sondern er würde mit höchster Klarheit und völligem Bewußtsein diese sittliche Natur des Staates zu seiner Aufgabe machen. Er würde mit freier Lust und vollkommenster Konsequenz vollbringen, was bisher nur stückweise in den dürftigsten Umrissen dem widerstrebenden Willen abgerungen worden ist, und er würde somit eben hierdurch notwendig einen Aufschwung des Geistes, die Entwicklung einer Summe von Glück, Bildung, Wohlsein und Freiheit herbeiführen, wie sie ohne Beispiel dasteht in der Weltgeschichte und gegen welche selbst die gerühmtesten Zustände in früheren Zeiten in ein verblassendes Schattenbild zurücktreten."

Die so entwickelte Ideenreihe spricht Lassalle als die Idee des Arbeiterstandes an, und aus ihr folgert er die Pflicht einer ganz neuen Haltung für die Arbeiter. „Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinn der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll." In herrlichen Worten führt Lassalle diesen Gedanken aus, dessen sittliche Glut auch nur in zwei oder drei Hörern entzündet zu haben, ihn reicher Lohn dünkt. Er mahnt die Arbeiter, vor allem Mutlosigkeit und Zweifel ihrem Streben fern zu halten. Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sehe man das Morgenrot eines neuen Tages früher, als unten in dem Gewühle des täglichen Lebens, und was eine Stunde sei in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das seien ein oder zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufgangs.

Auch in diesem Vortrage, ja mehr noch als in dem Vortrage über Verfassungswesen, gab Lassalle sein Eigenstes. Die durchsichtig klare Anordnung des Stoffes, die Strenge der logischen Schlußfolgerung, die hinreißende Sprache, die tiefe Sympathie für das Proletariat, die den Vortrag ebenso erleuchtet wie erwärmt, die, gleich fern der kaltblütigen Berechnung des Demagogen wie dem weinerlichen Pathos des Gefühlsmenschen, in der klaren Erkenntnis der Aufgaben gipfelt, die das Proletariat in der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu lösen hat, machen das Arbeiterprogramm in seiner Art zu einem ebenso großen Meisterwerk, wie das Kommunistische Manifest in seiner Art ist. Man kann sagen, Lassalles Arbeiterprogramm sei das Kommunistische Manifest im Spiegel der deutschen Zustände.

Damit ist denn auch schon gesagt, daß es einseitiger ist als das Kommunistische Manifest. Aber in dieser Einseitigkeit liegt zugleich seine Stärke. Lassalle übersieht die englische Revolution des siebzehnten Jahrhunderts, er übersieht die chartistische Bewegung, die lange vor der Februarrevolution das allgemeine Wahlrecht zum Feldrufe des Proletariats gemacht hatte, er übersieht die klassische Form der Bourgeoisie in England. Doch indem Lassalle seine Betrachtung auf die französische und deutsche Entwicklung beschränkt, wird seine Darstellung zwar mehr oder weniger einseitig, aber keineswegs unwahr. Weder

subjektiv unwahr, denn Lassalle sah die Dinge wirklich so, wie er sie schilderte, und es erklärt sich aus seinem Bildungs- und Entwicklungsgange hinlänglich, weshalb ihm die englische Entwicklung immer ferner lag als die französische und die deutsche. Noch objektiv unwahr, denn soweit Lassalles Auffassung reichte, war sie richtig, und sie reichte weit genug, um den deutschen Arbeitern klar zu machen, worauf es für sie in der Gegenwart und Zukunft ankomme. Das Kommunistische Manifest mußte unter den gegebenen Verhältnissen für die Massen des deutschen Proletariats ein Buch mit sieben Siegeln sein; für das damalige Maß ihres Verständnisses hätte es höchstens ein dämmerndes Licht auf den Weg geworfen, den die deutsche Arbeiterklasse historisch gehen mußte. Dagegen zeigte ihr Lassalles Arbeiterprogramm zwar nur die ersten Stationen dieses Weges, aber sie auch in vollendeter Klarheit.

Es ist bei alledem ein sehr bedeutendes und sehr maßgebendes Stück der bürgerlichen Geschichtsperiode, das Lassalle im Arbeiterprogramm entrollt. Er irrt eigentlich nur in dem von ihm selbst als mehr nebensächlich behandelten Punkte der Zeitungskautionen und der Zeitungsstempelsteuern, die im ganzen und großen als absolutistisch-feudales Herrschaftsmittel gedient haben und von der Bourgeoisie im allgemeinen bekämpft worden sind. Die entscheidend wichtigen Kennzeichen, an denen er die Herrschaft der Bourgeoisie prüft, stimmen durchaus. Die Zensuswahlen sind von der englischen Bourgeoisie in den Kämpfen um die Reformbill, von der französischen Bourgeoisie in der Revolution von 1848 aufs hartnäckigste verteidigt worden; jede Erweiterung des Wahlrechts wurde und wird von dieser Klasse als Erschütterung ihrer Herrschaft empfunden, mußte und muß ihr abgerungen werden. In Preußen war allerdings das Dreiklassenwahlsystem von der absolutistisch-feudalen Gegenrevolution gegen den Willen der Bourgeoisie und unter ihrem papierenen Protest oktroyiert worden, aber zur Zeit, als Lassalle das Arbeiterprogramm veröffentlichte, hatte die bürgerliche Klasse ihre augenblickliche Verirrung längst erkannt und machte sie durch eine um so glühendere Anhänglichkeit an die Zensuswahlen wieder gut. Wie aufsässig die deutsche Bourgeoisie heute dem allgemeinen Wahlrecht ist, wo es besteht, und wie zähe sie sich seinem Eindringen widersetzt, wo es noch nicht besteht, ist bekannt genug.

Ähnlich steht es mit den indirekten Steuern. Wenn Lassalle sagte, die Bourgeoisie habe diese Steuern nicht eigentlich erfunden, aber sie

zu einem unerhörten System entwickelt, so sagte er dasselbe, was Marx schon in der Streitschrift gegen Proudhon mit den Worten gesagt hatte: „Die Verbrauchssteuer hat ihre volle Entwicklung erst mit dem Siege der Bourgeoisie genommen." Die historischen Tatsachen bestätigen diese Ansicht vollkommen. Es ist zwar gegen Lassalle eingewandt worden, gerade im Preußischen trage die „Bourgeoisie" doch sicher keine Verantwortung für die Einführung der indirekten Steuern im siebzehnten Jahrhundert, und dieser Einwand ist ganz richtig, insoweit als er sagt, daß es zu dieser Zeit keine preußische „Bourgeoisie" im modernen Sinne gegeben hat. Tatsächlich haben aber die Städte auf dem brandenburgischen Landtage von 1667 gegen den Willen der Ritterschaft die Einführung der Akzise durchgesetzt, von der sie sagten, daß sie „sowohl Gottes Worte wie der Natur gemäß" sei. Die Vertreter der Städte flehten ihren liebsten Landesvater an, so viele tausend nach Linderung seufzende Seelen in Städten und Dörfern zu erhören und die Verbrauchssteuer statt der Kontribution, der damaligen direkten Steuer, ganz allgemein im Lande einzuführen. Je durchschlagender jener Einwand gegen Lassalle zu sein scheint, umsomehr schlägt er für Lassalle durch; je verkümmertere Anfänge der heutigen Bourgeoisie die brandenburgischen Städte des siebzehnten Jahrhunderts waren, umsomehr beweist ihr inbrünstiges Flehen um die Akzise, wie tief die indirekten Steuern im Wesen der bürgerlichen Geschichtsperiode wurzeln.

Allerdings handelt es sich bei den indirekten Steuern, wie Lassalle später einmal sagte, um „eine reiche und mosaikartige Materie". Der Kampf um diese Steuern, die in ihrem Entstehen namentlich auch der feudalen Steuerfreiheit des Adels hinten herum beikommen sollten, hat sich sowohl zwischen den herrschenden und beherrschten Klassen, als auch innerhalb der herrschenden Klassen abgespielt. Fürsten und Junker fanden bald außerordentlichen Geschmack an den indirekten Steuern, während die Bourgeoisie sie heftig bekämpft hat, sobald sie zu ihrem Nachteile die fiskalische und feudale Macht stärkten, sobald sie die Grundrente steigerten und den Kapitalprofit senkten. In diesem Kampfe hat die bürgerliche Ökonomie ein reiches Arsenal von Waffen gegen die indirekten Steuern gesammelt, was die bürgerliche Praxis nicht gehindert hat, die Staatskosten durch die Verbrauchssteuern auf die arbeitenden Klassen abzuwälzen in Formen, die ausschließlich oder überwiegend ihrem Klasseninteresse entsprachen. In dem großen historischen Zusammenhange,

worin Lassalles Arbeiterprogramm diese Dinge behandelt, haben sich die indirekten Steuern unzweifelhaft unter der Herrschaft der Bourgeoisie zu einem unerhörten System entwickelt und gehören zu den wesentlichsten Kennzeichen der bürgerlichen Geschichtsperiode.

Auch sonst ist es ein Vorzug des Arbeiterprogramms, dem ökonomischen Grunde der historischen Entwicklung nachzuspüren. Lassalles Ideologie erscheint hier nur noch als eine sehr dünne Haut, durch die man überall das rote Blut des Lebens rieseln sieht. Das feudale „Prinzip" wird aus der Produktionsweise des Mittelalters abgeleitet, die „Idee des Arbeiterstandes" wird tatsächlich als proletarischer Klassenkampf erläutert, und selbst die Ausführungen über den Staat lassen sich mehr nur nach ihrer Form als nach ihrem Inhalt anfechten. In seinem Briefe an Bucher hatte Lassalle es als ein Erfordernis des Prinzips bezeichnet, eine neue Sozietät — nicht einen neuen Staat — zu schaffen, und im Arbeiterprogramm verfolgt er die historische Bewegung nicht an den Umwälzungen des Staats, sondern an den Umwälzungen der Gesellschaft. Gegenüber der manchesterlichen Nachtwächteridee vom Staate, die damals die öffentliche Meinung beherrschte, war es durchaus notwendig zu betonen, daß die Arbeiterklasse des Staats bedürfe, um ihre Emanzipation durchzuführen. Darin stimmte Lassalle ganz mit dem Kommunistischen Manifest überein, wenn er auch unterließ, hinzuzufügen, daß die Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse die Auflösung des Staats in die sozialistische Gesellschaft herbeiführen werde. Diese Unterlassung erklärte sich übrigens einfach genug aus der Aufgabe des Arbeiterprogramms, zunächst das eingeschlafene oder überhaupt noch nicht erwachte Klassenbewußtsein des Proletariats zu wecken; nichts nötigt zu der Annahme, daß Lassalle jene Schlußfolgerung des Kommunistischen Manifestes nicht gebilligt oder sie absichtlich verschwiegen habe. Wie sehr er bemüht war, jeder irreführenden Auffassung des Staatsbegriffs vorzubeugen, beweist die scharfe Betonung der Tatsache, daß der Staat seinen zivilisatorischen Beruf erst unter der politischen Herrschaft des Proletariats werde erfüllen können, während er ihn bisher erst unbewußt, unter dem Zwange der Umstände und oft gegen den Willen seiner Leiter, mehr oder weniger erfüllt habe.

Unmittelbar scheint auch dieser Vortrag Lassalles keine große Wirkung gehabt zu haben. Der Wahlkampf verschlang alles Interesse; die Wahl-

beteiligung war bei den Wahlen von 1862 so stark, wie niemals vorher oder nachher unter dem Dreiklassenwahlsystem. Die Maschinenbauarbeiter, zu denen Lassalle sprach, gehörten zu den treuesten Anhängern der Fortschrittspartei und mögen den tieferen Sinn des Redners um so eher übersehen haben, als der Zweck der Rede ja durchaus nicht darauf hinauslief, sie in dem Wahlkampfe der Fortschrittspartei abspenstig zu machen. Die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts, die einzige praktische Spitze des Vortrags, konnte für sie auch nichts Überraschendes haben, da es damals einen Volkstümlichen Wahlverein in Berlin gab, der unter der Leitung des Schriftstellers Adolf Streckfuß, eines alten Achtundvierzigers, innerhalb der Fortschrittspartei für die Wahl solcher Kandidaten agitierte, die das allgemeine Wahlrecht wiederherstellen wollten. Dies mag denn auch Grund genug für die Führer der Fortschrittspartei gewesen sein, von Lassalles Ketzereien möglichst wenig Aufhebens zu machen. Sie waren entschlossen, mit dem allgemeinen Wahlrechte kurzen Prozeß zu machen, hüteten sich aber wohlweislich, diese edle Absicht allzu offen herauszuhängen, und befolgten die ganz schlaue Taktik, mit unbestimmten Redensarten um den heißen Brei zu gehen, an welcher einschläfernden Methode die von Streckfuß geleitete Agitation denn auch bald einschlief.

Einen schärferen Blick, als Bourgeoisie und Proletariat, hatte die Regierung für die Bedeutung von Lassalles Vortrag. Sofort nach seiner Drucklegung im Juni des Jahres ließ ihn der Staatsanwalt von Schelling konfiszieren und zwar mit möglichstem Alarm, mit einer ebenso überflüssigen wie ungesetzlichen Haussuchung in Lassalles Wohnung. Da es selbst für einen preußischen Staatsanwalt schwer sein mußte, die akademische und streng wissenschaftliche Abhandlung unter einen der Kautschukparagraphen zu bringen, von denen das preußische Strafgesetz wimmelte, so hat Lassalles spätere Vermutung viel für sich, daß er zum Sündenbock ausersehen gewesen sei, auf dessen Kosten sich die Regierung mit der Bourgeoisie einigen wollte. Dem damals leitenden Minister v. d. Heydt mußte Lassalles Arbeiterprogramm ein Greuel sein, und wahrscheinlich wollte er durch die gerichtliche Verfolgung Lassalles der Bourgeoisie ein Unterpfand dafür geben, daß die Regierung ihr die Arbeiter im Zaume halten würde, wenn sie nur der Regierung die Heeresreform bewilligte. Dafür daß es sich bei der Konfiskation des Vortrags um eine diplomatische Staatsretterei handelte, spricht auch

der Umstand, daß zunächst keine Anklage erhoben wurde, ein sehr seltenes Vorkommnis in der preußischen Justiz, die sich sonst bei politischen Prozessen beeifert, durch Fixigkeit gut zu machen, was ihr an Richtigkeit zu fehlen pflegt.

Inzwischen hatte die Fortschrittspartei ihren großen Wahlsieg erfochten, und Lassalle mußte die weitere Entwicklung der Dinge abwarten, mußte abwarten, ob sich die bürgerliche Opposition fähig erweisen würde, ihre Aufgabe zu lösen. In diesen Tagen hat er die Möglichkeit erwogen, abermals zur Theorie zurückkehren zu müssen; er gedachte dann, ein nationalökonomisches Werk zu schreiben, unter dem Titel: Grundlinien einer wissenschaftlichen Nationalökonomie. Vor die große Öffentlichkeit trat er noch einmal, indem er am 17. Mai als Festredner der Philosophischen Gesellschaft Fichtes hundertsten Geburtstag feierte. In dieser Gesellschaft war die privilegierte Gelehrsamkeit stark vertreten. Sie war damals heftig erbittert über die unwürdigen Wahlmachinationen des Kultusministers v. Mühler, und es scheint, daß sie mit der Wahl Lassalles zum Festredner demonstrieren wollte. In jedem Falle war diese Wahl ein Beweis dafür, daß die bürgerlichen Kreise an der bisherigen Agitation Lassalles noch keinen ernstlichen Anstoß genommen hatten. Die Rede über Fichte und ein nicht lange vorher in Walesrodes Demokratischen Studien veröffentlichter Aufsatz über Lessing kennzeichnen nach der idealistischen Seite hin die äußersten Grenzen, die Lassalle als populärer Redner und Schriftsteller erreicht hat. Zwischen beiden Arbeiten besteht jedoch der Unterschied, daß die Rede über Fichte sich ihrer Aufgabe gemäß auf dem Boden des philosophischen Idealismus bewegen muß, daß der Festredner in der Tracht und Gewandung Fichtes einhergehen und seine Farben tragen will, während der Aufsatz über Lessing sich etwas mühsam mit idealistischen Konstruktionen abquält, die obendrein nach einem sehr hausbacken-realistischen Muster zugeschnitten sind. Der Aufsatz über Lessing ist die einzige von Lassalles Arbeiten, wo er etwas angekränkelt erscheint von den unberechtigten Eigentümlichkeiten der preußischen Demokratie, während die Rede über Fichte ihn wirklich auf der Höhe der klassischen Philosophie zeigt. Sie war zugleich sein Abschiedsgruß an diese Philosophie.

Im Juli 1862 reiste Lassalle nach London und bemühte sich, Marx für seine Pläne zu gewinnen. Sie konnten sich jedoch nicht verständigen,

und ihr brieflicher Verkehr schlief darnach ein, wenn auch kein wirklicher Bruch erfolgte. Was Marx gegen Lassalle eingewandt hat, ist von ihm später einmal dahin zusammengefaßt worden: Lassalle lasse sich zu sehr durch die unmittelbaren Zeitumstände beherrschen. Er nehme einen kleinen Ausgangspunkt, wenn er die Staatshilfe im Gegensatze zu der von einem Zwerge wie Schulze-Delitzsch gepredigten Selbsthilfe zum Zentralpunkte seiner Agitation mache. Damit greife er die Parole wieder auf, die Buchez, das Haupt des katholischen Sozialismus in Frankreich, im Gegensatze zur wirklichen Arbeiterbewegung geltend gemacht habe. Mit der Forderung der Staatshilfe für Assoziationen verbinde Lassalle den Chartistenruf des allgemeinen Wahlrechts, wobei er übersehe, daß die Bedingungen in Deutschland und England verschieden seien, wobei er auch die Lektionen des Bonapartismus über das allgemeine Wahlrecht vergesse. Er verleugne den natürlichen Zusammenhang mit der früheren Arbeiterbewegung und verfalle in den Fehler Proudhons, die reelle Basis seiner Agitation nicht in der wirklichen Klassenbewegung zu suchen und dieser nach einem gewissen doktrinären Rezept ihren Verlauf vorzuschreiben, wodurch seine Agitation einen Sektencharakter erhalte.

Das Gewicht dieser Einwände hat Lassalle schwerlich verkannt. Wenn sie ihn dennoch nicht überzeugten, so ist es zweifellos geschehen, weil er zu stark unter dem Drucke der „unmittelbaren Zeitumstände" stand. Es blieb dann noch die Frage offen, wer diese Umstände für Deutschland richtiger einschätzte, Marx oder, wie schon in der europäischen Krisis von 1859, Lassalle? Und diese Frage mündete wieder in die andere Frage, wie die preußische Bourgeoisie ihren Kampf mit König- und Junkertum ausfechten werde.

---

4. Die politische Abdankung der Bourgeoisie.

Als Lassalle im Herbste 1862 nach Berlin zurückkehrte, war der preußische Verfassungsstreit auf seine Höhe gelangt. Am 13. Oktober hatte die Regierung die Session des Landtags geschlossen. Vorher hatte es das Abgeordnetenhaus unter Berufung auf den Artikel 99 der Verfassung für verfassungswidrig erklärt, wenn die Staatsregierung eine Ausgabe verfüge, die durch einen Beschluß des Abgeordnetenhauses ausdrücklich und endgültig abgelehnt worden sei. Das Herrenhaus hatte das vom Abgeordnetenhause beratene Budget verworfen, was ihm zu-

stand, und das von der Regierung vorgelegte Budget angenommen, was ein offener Bruch der Verfassung war. Die Regierung endlich hatte erklärt, die Schlußfolgerung, die das Abgeordnetenhaus aus dem Artikel 99 der Verfassung ziehe, sei hinfällig; diesen Artikel in dem jetzt vom Abgeordnetenhause beliebten Sinne zu erläutern, sei von den Revisionskammern ausdrücklich abgelehnt worden. Bei der Beratung der Verfassung sei vielmehr die Frage offen gelassen worden, was zu tun sei, wenn sich die drei gesetzgebenden Faktoren über kein Etatsgesetz einigen könnten. Da dieser Fall jetzt praktisch geworden sei, so müsse die Regierung jedenfalls die bestehenden Staatseinrichtungen aufrecht erhalten und also auch die vom Abgeordnetenhause gestrichenen Ausgaben für die tatsächlich durchgeführte Heeresreform anordnen.

Dabei verhehlte Bismarck durchaus nicht, daß ihm der ganze Streit nichts weniger als angenehm sei. Als praktischer Geschäftsmann wußte er recht gut, daß der Knopf des Geldbeutels in der Hand der Bourgeoisie war. Er hatte das ganze Land gegen sich und in den Fragen, auf die es ihm eigentlich ankam, nicht einmal das König- und Junkertum hinter sich. Gemäß seiner Junkernatur maßregelte er drauf los, soweit seine Macht irgend reichte; er begriff damals so wenig, wie jemals später, daß er durch solche Herausforderungen den Widerstand, den er brechen wollte, nicht schwächte, sondern stärkte. Auch ließ er sofort seine bonapartistischen Künste spielen und zeigte der Bourgeoisie zugleich ein süßes und ein saures Gesicht; jetzt endlich wurde gegen Lassalles Arbeiterprogramm die unsinnige Anklage erhoben, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die besitzenden Klassen öffentlich angereizt zu haben, während sich im Proletariat dunkle Gestalten einfanden, die wundersame Mären zu verbreiten wußten von dem Wohlwollen der königlich preußischen Regierung für die Arbeiterklasse. Bei alledem aber machte Bismarck kein Hehl daraus, daß er sich lieber heute als morgen mit der Bourgeoisie vertragen möchte. Er „beklagte“ den Zustand, den „Staatshaushalt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage führen“ zu müssen. Er wurde nicht müde, der Fortschrittspartei Kompromisse anzubieten, die nach seiner Versicherung die Seele alles Konstitutionalismus waren. Er meinte, die Verfassung begrenze nun einmal nicht die Rechte der drei gesetzgebenden Faktoren bei der Feststellung des Budgets; sie seien auf gegenseitige Nachgiebigkeit angewiesen; erst wenn ein Teil in „doktrinärem Absolutismus“ jeden

Kompromiß verschmähe, müsse der Teil, der die Macht in Händen habe, in seinem Sinne vorgehen, da das Staatsleben auch nicht einen Augenblick still stehen könne.

Was immer sich gegen Bismarcks Standpunkt einwenden ließ, so hatte er das eine Verdienst, die Streitfrage als das aufzufassen, was sie wirklich war: als eine reelle Machtfrage. Und was immer sich für die bürgerliche Opposition sagen ließ, so litt sie an dem einen Fehler, die Streitfrage als das aufzufassen, was sie nicht war: als eine formale Rechtsfrage. Die Fortschrittspartei fuhr nach wie vor fort, um die Verfassung zu schreien als um ein gefährdetes Heiligtum, auf das ein unerhörtes Attentat gemacht werde. Sie stellte die preußische Verfassung als eine keusche Jungfrau dar, die noch kein Bureaukrat und noch kein Junker vergewaltigt habe, eine Fiktion, die allerdings einen noch robusteren Glauben erforderte, als das Dogma von der unbefleckten Empfängnis Mariä. Daneben ging durch die aufsässige Bourgeoisie eine Strömung, der Bismarcks Kompromißtheorie nicht so ganz unlieblich klang. Sie war weniger in der parlamentarischen Vorhut der Bourgeoisie, als in ihren ökonomisch-politischen Gewalthaufen, dem Nationalverein und dem Volkswirtschaftlichen Kongreß vertreten. Freilich lag auf der Hand, daß, nachdem der Konflikt einmal auf des Schwertes Schneide gespielt war, durch einen Kompromiß ein Stück politischer Macht nicht mehr zu ergattern war, aber über die materiellen Interessen der Bourgeoisie hätte Bismarck reichlich mit sich handeln lassen, und das war doch immerhin etwas, unter Umständen viel und für einen beträchtlichen Teil der Bourgeoisie sogar alles.

In diese Konfusion leuchtete nun Lassalle mit seinem zweiten Vortrag über Verfassungswesen hinein, mit dem Vortrage: Was nun?, den er zuerst im November 1862 und dann auch noch in den folgenden Monaten in einer Anzahl von Berliner Bezirksvereinen hielt. Er konnte sich darauf berufen, daß die Ereignisse die Theorie seines ersten Verfassungsvortrags durchweg bestätigt hätten, daß der Verfassungsstreit sich als eine tatsächliche Machtfrage enthüllt habe. Aus der richtigen Theorie müsse sich nun aber auch das richtige Mittel entwickeln lassen, das den Sieg des Volkes verbürge, und dem sei wirklich so.

Zunächst sei es notwendig, die Frage richtig zu stellen. Sie sei falsch gestellt, wenn man frage, wie die bestimmte preußische Verfassung zu erhalten sei. Auf diese Frage gebe es so wenig eine Antwort, wie auf

die Frage, ob ein Leichnam durch Galvanisierung neu belebt werden könne. An der Erhaltung der preußischen Verfassung mit ihren unzähligen Hintertüren habe das Volk auch durchaus kein Interesse. Die richtige Frage, die der Verfassungsstreit stelle, laute vielmehr: wie kann das absolute Recht des Volks, das Budgetbewilligungsrecht, das selbst in dieser Verfassung anerkannt sei und für alle Zeiten in alle künftigen Verfassungen werde aufgenommen werden müssen, zur Geltung gebracht werden?

Um diese Frage zu beantworten, zeigt Lassalle zunächst, welche Mittel, wie plausibel sie auch erscheinen möchten, nicht gewählt werden dürften. So denke wohl mancher an eine Steuerverweigerung. Aber dies Mittel, so vortrefflich es sei in einem Volke, das bereits die reale Macht besitze, das sich bereits in der Festung befinde, wie das englische Volk, sei ganz unwirksam für ein Volk, das bloß eine geschriebene Verfassung besitze, und die Festung, die realen Machtmittel erst erobern wolle. An der theoretischen Unklarheit hierüber sei 1848 die Berliner Versammlung zu grunde gegangen. In einem Volke, das die realen Machtmittel erst erobern wolle, habe eine Steuerverweigerung nur dann einen Sinn, wenn sie dazu bestimmt sei, einen allgemeinen Aufstand zu entflammen, was sich unter den gegebenen Verhältnissen von selbst verbiete. Im Jahre 1848 hätte allerdings eine siegreiche Insurrektion erfolgen können, und die damalige Steuerverweigerung wäre verständig gewesen, wenn die Berliner Versammlung konsequent weiter gegangen wäre und den nationalen Aufstand dekretiert hätte. Aber das sei bekanntlich durch den von Unruh erfundenen passiven Widerstand, traurigen Angedenkens, verhindert worden.

Passe dies Mittel also nicht, so besitze die Kammer gleichwohl ein unwiderstehliches Mittel des Sieges, indem sie ausspreche das was sei, mit anderen Worten: indem sie den Scheinkonstitutionalismus zerstöre, ohne den sich der Absolutismus auf längere Dauer nicht halten könne. Der Absolutismus wisse recht gut, daß ihm die gesellschaftliche Macht des Bürgertums weit überlegen sei; er wisse recht gut, daß er sich auf die Bajonette nicht setzen könne; wie ungebärdig er sich auch stelle, so habe er durchaus kein Wohlgefallen an der unsicheren Existenz, in einem ausgesprochenen und erklärten Widerspruche mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu stehen. Er brauche deshalb den Scheinkonstitutionalismus, um sich möglichst lange fortzusetzen.

Das Wesen des Scheinkonstitutionalismus erläuterte Lassalle mit den Worten: „Der Absolutismus erläßt eine Verfassung, in welcher er die Rechte des Volks und seiner Vertreter auf ein winziges, von keiner reellen Garantie gesichertes Minimum reduziert und durch welche er also von vornherein den Volksvertretern teils die Möglichkeit, teils die Lust benimmt, eine selbständige Stellung gegen ihn einzunehmen. Jeden Versuch der Abgeordneten, den Willen des Volks gegen die Regierung zur Geltung zu bringen, brandmarkt er unter dem Namen: parlamentarisches Regime — als ob nicht in der Tat im parlamentarischen Regime und nur in ihm das Wesen einer jeden wahrhaft konstitutionellen Regierung bestände. Endlich behält er sich innerlich vor, falls dennoch einmal die Volksvertretung zu einem unabhängigen, mit dem Willen der Regierung nicht übereinstimmenden Votum sich entschließen sollte, dasselbe wie nicht ergangen zu betrachten, gleichwohl aber immer das äußere Scheingepränge konstitutioneller Formen beizubehalten." Es ist leicht zu ersehen, daß Lassalle diese wahrheitsgetreue Schilderung des Scheinkonstitutionalismus den preußischen Zuständen ablas.

Der Scheinkonstitutionalismus ist also nicht eine Errungenschaft des Volks, sondern im Gegenteil nur eine Errungenschaft des Absolutismus und die wesentlichste Verlängerung seiner Lebensdauer. In seiner alten unverhüllten Form kann der Absolutismus die Spannung des ausgesprochenen anerkannten Gegensatzes zu dem ganzen gesellschaftlichen Zustande dauernd nicht aushalten; mit dem leeren Scheine konstitutioneller Formen verhüllt er diesen Gegensatz, lullt ihn in Schlaf, beschwichtigt und lähmt ihn. Dieser Lüge und ihrer Macht gegenüber besteht das absolute, das schlechthin siegreiche Mittel darin, sie aufzudecken, die Regierung zu zwingen, daß sie der Verhüllung entsagt und sich auch formell vor aller Welt als das zeigt, was sie ist: als absolute Regierung. Und so müsse die Kammer unmittelbar nach ihrem Zusammentritt, unter Berufung darauf, daß die Regierung die von der Kammer verweigerten Ausgaben für die Militärreorganisation dennoch fortsetze, ihrerseits beschließen, ihre Sitzungen auf unbestimmte Zeit und zwar auf so lange auszusetzen, bis die Regierung den Nachweis antrete, daß die verweigerten Ausgaben nicht länger fortgesetzt würden.

Damit sei die Regierung besiegt. Löse sie die Kammer auf, so würden die neuen Abgeordneten mit derselben Parole gewählt werden und die neue Kammer würde sofort dieselbe Erklärung abgeben. Auf ewige

Zeiten könne die Regierung nicht ohne Kammern regieren. Bei einem Blick auf Europa sehe man, mit einziger Ausnahme Rußlands, das aber eben auch ganz andere gesellschaftliche Verhältnisse habe, als die anderen Länder, überall Staaten mit konstitutionellen Formen. Selbst der bonapartistische und der habsburgische Despotismus könnten den Scheinkonstitutionalismus nicht entbehren. Und gerade Preußen mit seinem kräftigen Bürgerstande solle ohne konstitutionelle Formen existieren können? Es sei ganz unmöglich. In diesem offen erklärten und permanenten Widerspruche mit dem eigenen Volke könne die Regierung keine auswärtige Politik führen, ohne sich bei jeder Verwicklung den unerträglichsten und übermütigsten Fußtritten der anderen Regierungen auszusetzen. Lassalle verwahrt sich dagegen, daß dies ein unpatriotisches Räsonnement sei. Wie der Naturforscher, habe der Politiker alles zu betrachten, was sei, und also alle wirkenden Kräfte zu erwägen. Es wäre fast gar nicht abzusehen, auf welcher Stufe der Barbarei die Welt noch stehen würde, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen untereinander ein wirksames Mittel gewesen wären, sie zu Fortschritten im Innern zu zwingen. Auch sei die Existenz der Deutschen nicht von so unsicherer Natur, daß eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für die Existenz der Nation in sich schlösse. In einem großen äußeren Kriege könnten wohl die einzelnen Regierungen, die sächsische, bayerische, preußische zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus ihrer Asche erheben — das deutsche Volk.

Ebenso werde die Regierung durch die Zerstörung des Scheinkonstitutionalismus im Innern lahm gelegt. Lassalle warf einen Blick auf das reißende Anwachsen der Steuerlast und schloß, eine Regierung, die ein solches Budget aufbringen müsse, die so dastehe, unablässig mit der Hand in jedermanns Tasche, müsse auch mindestens den Schein annehmen, jedermanns Zustimmung dabei zu haben. Er nannte das Aussprechen dessen, was sei, das gewaltigste politische Mittel, dem der alte Napoleon, wie schon Fichte nachgewiesen habe, seine großen Erfolge verdanke. Alle große politische Aktion bestehe in dem Aussprechen dessen, was sei, und beginne damit. Alle politische Kleingeisterei bestehe in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was sei. Und hieran knüpfte Lassalle eine bittere Kritik der Vertrauensseligkeit in den Tagen der Neuen Ära, in denen die „Führer der Volkspartei" die Regierung in den Konstitutionalismus umzulügen versucht, dadurch aber nur das Volk ge-

täuscht und dem Scheinkonstitutionalismus freie Bahn gemacht hätten, bis er bei den Militärforderungen angelangt sei.

Aber, so schloß Lassalle diese Abschweifung, Friede der Vergangenheit! Nur müsse um so eifersüchtiger, um so unerbittlicher in dem schweren Kampfe der Gegenwart darauf gehalten werden, daß nicht wieder eine Politik verlogener Bemäntelung das Volk um sein Recht bringe. Die Wähler müßten durch unablässige Agitation die Abgeordneten zwingen, diese allein siegreiche Taktik zu befolgen. Durch Forttagen könne die Kammer die Regierung nicht unterwerfen; sei erst die erste, unbestritten verfassungsmäßige Weigerung der Kammer mit Füßen getreten, so könnte unmöglich eine zweite oder dritte oder vierte Weigerung ein besseres Schicksal haben; Regierung und Volk würden sich nur daran gewöhnen, unbequeme Beschlüsse der Kammer als nicht ergangen zu betrachten. Noch schlimmer wo möglich wäre ein Kompromiß. Nach dem Verlaufe, den die Sache genommen habe, stehe in erster Linie die konstitutionelle Grundfrage: Ist die Regierung gezwungen, Ausgaben einzustellen, welche die Kammer verweigert hat? In dieser Lage der Sache wäre ein Kompromiß nicht ein Vergleich, sondern ein gänzliches Preisgeben des öffentlichen Rechts.

Zum Schlusse führte Lassalle aus, daß sein Mittel jedenfalls unschädlich sei. Wirke es nicht, so würde ein nachgiebiges Forttagen der Kammer noch viel weniger wirken und der Regierung nur das Mittel geben, die Komödie des Scheinkonstitutionalismus fortzuspielen, die Volksintelligenz zu verwirren und, wie jedes auf Lüge beruhende Regierungssystem, die Sittlichkeit des Volks zu verderben. Das Mittel sei aber auch ungefährlich; um es anzuwenden, sei nur Klarheit und Energie, aber keineswegs großer Mut notwendig; den streikenden Abgeordneten sei weder mit Staatsanwälten noch mit Gerichten beizukommen; schlimmstenfalls hätten sie auf einige Zeit der Wichtigkeit einer offiziellen Stellung zu entsagen. Vielleicht bliebe die Regierung einige Zeit hartnäckig, aber das wäre gar sehr zum Vorteil des Volks. Umsomehr demütige sie sich dann vor der Majestät des Volks, wenn sie später nachgeben müsse, umsomehr erkenne sie dann die gesellschaftliche Macht des Bürgertums als die ihr überlegene Macht an. „Dann kein Versöhnungsdusel, meine Herren! Sie haben jetzt hinreichende Erfahrungen gesammelt, um zu sehen, was der alte Absolutismus ist. Dann also kein neuer Kompromiß mit ihm, sondern: den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust!"

Bekanntlich ist die praktische Probe auf die von Lassalle vorgeschlagene Taktik nicht gemacht, und so ist sehr viel über sie gestritten worden. Von den Einwänden, die sie hervorgerufen hat, erledigen sich aber etwa neun Zehntel dadurch, daß die Kritiker sich nicht die Mühe genommen haben, Lassalles Gedanken richtig aufzufassen. Besonders geistreich ist der am häufigsten gemachte Einwurf, daß Bismarck trotz des Verfassungsstreits siegreiche Kriege mit Dänemark und Österreich geführt habe. Lassalle ist natürlich glänzend widerlegt, wenn die seinem Vorschlage genau entgegengesetzte Taktik, von der er im voraus nachwies, daß sie die Regierung nicht lähmen werde, die Regierung nun auch wirklich nicht gelähmt hat. Diese Kritiker sollten ein wenig darüber nachdenken, weshalb Bismarck, nachdem er auf der ganzen Linie gesiegt hatte, nachdem am 3. Juli 1866 das reorganisierte Heer die österreichisch-sächsische Kriegsmacht und die preußischen Wähler die parlamentarische Opposition zertrümmert hatten, trotz des heftigsten Widerstands der Junker, um Indemnität für das budgetlose Regiment einkam und seinen Wunsch besonders durch die Rücksicht auf die auswärtige Politik begründete. Nicht viel weniger geistreich ist der andere Einwand: auch wenn das Abgeordnetenhaus in Lassalles Sinne vorgegangen wäre, hätte der Regierung noch ein sehr wohl ausgerüsteter Apparat zu Gebote gestanden, durch Auflösungen, Wahlmanöver, Verwaltungsdruck aller Art schließlich doch die Opposition mürbe zu machen, unter steter Wahrung der scheinkonstitutionellen Form. Daß die Regierung durch solche Mittel ihre Kapitulation noch eine Weile hinzögern könne, hatte Lassalle selbst an verschiedenen Stellen seines Vortrags hervorgehoben und mit Recht darin eine günstige Chance mehr gesehen; was er behauptete, war nur, daß eine Opposition, die so große Worte machte, wie damals die Fortschrittspartei, und die wirklich das ganze Land hinter sich hatte, sich nicht „mürbe machen“ lassen dürfe. Um so schlimmer für die Fortschrittler, wenn sie die ernsthaften Leute nicht waren, für die Lassalle sie nahm! Und um so notwendiger alsdann die Gründung einer Arbeiterpartei, die seit vierzig Jahren gezeigt hat, daß eine ernsthafte Oppositionspartei ganz andere Dinge aushält, ohne „mürbe“ zu werden, als die schließlich doch sehr kleinlichen Schikanen, mit denen Bismarck dazumal die Fortschrittspartei peinigte.

Sieht man wie billig von solchen kurzsichtigen Einwürfen ab, so bleibt noch ein Urteil über Lassalles damalige Taktik zu erwägen, ein

Urteil, das, je nachdem es richtig ist oder nicht, die Beziehungen zwischen Lassalle und der Fortschrittspartei in ein wesentlich verschiedenes Licht stellt. Es ist nämlich von sozialistischer Seite gesagt worden, Lassalle habe richtig gehandelt, wenn so schnell wie möglich eine Revolution hervorgerufen werden sollte, und dazu sei Lassalle als Revolutionär auch entschlossen gewesen. Aber man könne der Fortschrittspartei nicht Unrecht geben, wenn sie von ihrem Standpunkt, der eine Revolution noch nicht oder überhaupt nicht wollte, Lassalles Vorschlag abgelehnt hätte. Ohne Revolution in unmittelbarer Reserve habe der freiwillige Verzicht auf die parlamentarische Tribüne nicht mehr bedeutet, als der famose passive Widerstand. Da nun aber Lassalle aus der gleichen Argumentation heraus den etwaigen Plan einer Steuerverweigerung verwarf, so ist es unmöglich, daß er bei seinem eigenen Vorschlage einen solchen Hintergedanken gehabt haben kann. Es war vielmehr sein vollkommener Ernst, daß unter den damals gegebenen Verhältnissen eine Revolution unmöglich sei. In diesem Punkte bestand durchaus keine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und der Fortschrittspartei, ebenso-wenig wie in der Frage der Steuerverweigerung. Als Johann Jacoby etwas später diesen Gedanken anregte, erklärte Waldeck, der angesehenste Führer der Fortschrittspartei, ganz im Sinne Lassalles, um eine Steuer-verweigerung erfolgreich durchführen zu können, müsse man Einrichtungen haben, wie seinerzeit John Hampden, also namentlich die Möglichkeit, vor Gericht über eine gewaltsame Steuererhebung Prozeß zu führen.

Was Lassalle vorschlug, blieb durchaus auf dem Boden bürgerlicher Möglichkeiten. Ja, es entsprach genau dem innersten Wesen der Bour-geoisie. Lassalle gehörte zu den seltenen Menschen, die aus der Ge-schichte zu lernen wissen, und er verlangte nicht mehr, als was die preußische Bourgeoisie der vierziger Jahre mit leidlichem Erfolge und leidlicher Haltung durchzuführen gewußt hatte. Es war keine unbillige Zumutung an die Twesten und Waldeck, unter den ungleich günstigeren Verhältnissen der sechziger Jahre zu leisten, was die Camphausen und Hansemann in den vierziger Jahren geleistet hatten. Um Lassalles Taktik in einem drastisch-populären Worte zusammenzufassen, so be-anspruchte er nicht mehr, als daß die Bourgeoisie den Absolutismus dadurch kirre machen solle, daß sie ihm die Temporalien sperrte. Von alters her hatte der preußische Absolutismus in seiner unverhüllten Form auf dem europäischen Geldmarkte betrübend geringen Kredit.

„Diese Herren — nämlich die europäischen Finanzkönige —“, schrieb Engels einige Jahre später, „diskontieren nur Wechsel mit drei Unterschriften, und wenn neben der Regierung nur das Herrenhaus — ohne das Abgeordnetenhaus — darauf unterschrieben hat, oder ein Abgeordnetenhaus von Strohmännern, so sehen sie das für Wechselreiterei an und danken für das Geschäft.“ Eben dies war der eigentliche Kern von Lassalles Vorschlage, und mit sozusagen ziffernmäßiger Gewißheit konnte die Bourgeoisie auf dem von Lassalle angedeuteten Wege den Absolutismus zur Kapitulation zwingen.

Selbst aber wenn diese Gewißheit gefehlt hätte, so hatte Lassalle Recht zu sagen, daß auch dann noch sein Plan den Interessen der bürgerlichen Opposition besser entspräche, als die entgegengesetzte Taktik. Der Beweis dafür läßt sich aufs schlagendste aus dem Gegenteile führen. Die schlimmen Folgen, die Lassalle von dem Forttagen der Kammer vorausgesagt hatte, trafen wörtlich ein. Das parlamentarische Budgetrecht wurde dadurch völlig illusorisch gemacht, daß sich das Abgeordnetenhaus einbildete, durch eine zweite und dritte und vierte Verweigerung lasse sich der Widerstand der Regierung gegen die erste Verweigerung brechen. Man gewöhnte sich nur daran, wie Lassalle prophezeit hatte, unbequeme Beschlüsse der Kammer als nicht ergangen zu betrachten. H. B. Oppenheim, ein Trabant Ruges von 1848 her und zur Zeit des Verfassungsstreits Herausgeber der Deutschen Jahrbücher, welche die Fortschrittspartei als ihr sozusagen „wissenschaftliches“ Organ anerkannte, schreibt darüber: „Bald war die Budgetberatung nur noch eine leere und fast lächerliche Arbeit, denn die Regierung kümmerte sich auch auf anderen Gebieten, als dem Militäretat, nicht um die Streichungen der Zweiten Kammer (zum Beispiel bei den geheimen Fonds), und das Herrenhaus verwarf ohnedies das amendierte Budget und stellte mit notorischer Verfassungsverletzung die Regierungsvorlage wieder her. Ein solches Verhältnis mußte selbst auf den Ernst der Verhandlungen schädlich zurückwirken. Die realste Funktion des Staatslebens wurde zu einer hohlen Demonstration herabgedrückt. Man ging von diesem Punkte aus in der Fiktion, parlamentarische Funktionen auszuüben, immer weiter, und nahm zum Beispiel keinen Anstand, einer schnöde verachtenden Ministerbank, mit der man in hellstem Hader lag, fortwährend Petitionen zur Kenntnisnahme und zur Berücksichtigung oder auch zur Abhilfe der Beschwerde zu empfehlen, ihr gegenüber Wünsche

und Hoffnungen zu äußern." Die Deutschen Jahrbücher meinten nun zwar, die Kammer könne sich „in dieser Lage vor dem Fluche der Entwürdigung und Lächerlichkeit schützen", indem sie sich durch einen „naiven Formalismus", durch „ein als juristische Fiktion gesetztes Beharren in der geordneten parlamentarischen Tätigkeit" aus den inneren Widersprüchen einer Existenz „herauswinde", deren rechtliche Grundbedingungen fortwährend gewaltsam bestritten würden. Aber die Tatsachen bewiesen sehr bald, daß Lassalle von diesem „naiven Formalismus", den er richtiger, wenn auch unhöflicher, ein „Umlügen" der tatsächlichen Lage nannte, mit Recht eine Verwirrung des Volksgeistes und eine Entnervung der Volkssittlichkeit befürchtet hatte.

Es war noch kein Jahr ins Land gegangen, als sich die ernsteren und tieferen Naturen innerhalb der bürgerlichen Opposition über das Gebaren der Fortschrittspartei empörten, die sich im Spiegel ihrer ohnmächtigen Proteste und Resolutionen gebärdete wie eine Riesin, deren Faust die preußischen Bajonette wie Halme knicken könne. Nicht nur Politiker, die das Jahr 1848 mit einigem Verständnis erlebt hatten, wie Bucher, Jacoby, Rodbertus, Ziegler, nahmen mehr oder minder starken Anstoß an der fortschrittlichen Politik, sondern auch jüngere Kräfte, wie Albert Lange, der sehr bald zur Einsicht kam, daß die Fortschrittspartei vor dem eigentlichen Angelpunkte des Konflikts, vor dem Kampfe mit der Krone zurückschrecke, oder wie Heinrich v. Treitschke, der unter den Löwenfellen der fortschrittlichen Volkstribunen brave Leute von der friedfertigsten Gemütsstimmung entdeckte, Leute, die morgen die Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses beschließen könnten und doch übermorgen mit der Ruhe des Weisen ihren Kohl bauen, ihre Steuern zahlen und vor dem Feldjäger den Hut ziehen würden. Und es waren noch nicht zwei Jahre ins Land gegangen, als die radikaleren Organe der Fortschrittspartei, wie die Rheinische Zeitung und die Berliner Reform, trocken erklärten: „Wir sind der feierlichen Proteste nun gerade satt. Die Rederei und Resolutionsfasserei bewegt in ganz Deutschland auch nicht ein dürres Blättchen", und selbst Blätter des landläufigsten Liberalismus, wie die Elberfelder Zeitung und die Breslauer Zeitung, über die „Phrasendrescher" spotteten, „die in der Regel noch nicht wissen, was sie sagen werden, wenn sie dröhnenden Schrittes die geliebte Rednerbühne besteigen". Mit seiner Kritik der Fortschrittspartei stand Lassalle keineswegs allein; er durchschaute nur am schärfsten den Humbug und

tat allein das, was die Notwendigkeit des historischen Fortschritts unter solchen Umständen gebot, indem er die Arbeiterklasse aus der Gefolgschaft dieser heiteren Bourgeoispartei löste. Die anderen Kritiker taten das Notwendige entweder spät und zögernd, wie Jacoby und Lange, oder sie blieben schließlich doch im fortschrittlichen Sumpfe stecken, wie Ziegler, oder aber sie gingen, wie Bucher, Rodbertus und Treitschke, zu Bismarck über, der ihnen wenigstens ein dürftiges Stück Einheit zu bescheren bereit war.

Lassalles Vorschlag war denn auch einleuchtend genug, um die Berliner Wähler und sogar die parlamentarische Fraktion der Fortschrittspartei wenigstens stutzig zu machen. Mit dem Totschweigen ging es diesmal nicht mehr an. Am 10. Januar eröffnete die Volkszeitung die Batterien gegen Lassalle, zwar ohne ihn zu nennen, aber um so gehässiger in ihren sachlich ganz haltlosen Ausfällen und dabei mit unverkennbarer Angst, daß Lassalle diesmal doch bereitwilliges Gehör finden werde. Wirklich brachte, als der Landtag am 13. Januar 1863 zusammengetreten war, der ostpreußische Abgeordnete Martiny Lassalles Vorschlag als Antrag in der Fraktion der Fortschrittspartei ein, und mindestens einige Zeit scheinen die Meinungen geschwankt zu haben. Dafür spricht unzweideutig der Umstand, daß die Reform und die Vossische Zeitung am 13. und 15. Januar scharfe Erwiderungen Lassalles auf die Angriffe der Volkszeitung aufnahmen und auch in einem für Lassalle sehr wohlwollenden Sinn über den stürmischen Verlauf des Prozesses berichteten, der am 16. Januar gegen ihn wegen des Arbeiterprogramms verhandelt wurde. Dann aber lehnte die Fraktion doch den Antrag Martinys mit allen Stimmen ab gegen die eine Stimme des Antragstellers, der nun unter einer entsprechend begründeten Erklärung sein Mandat niederlegte. Als am 27. Januar Graf Schwerin mit offenbarer Verdrehung einer von Bismarck gemachten Äußerung im Abgeordnetenhause erklärte, im Preußischen gehe allemal Recht vor Macht, und nicht Macht vor Recht, begrüßte die Fortschrittspartei die im Munde des Grafen Schwerin dreimal sinnlose Tirade mit endlosem Jubel, der ihre Bereitwilligkeit enthüllte, mit verhängten Zügeln in ihr Verderben zu galoppieren.

Die Gründe, die sie veranlaßten, Lassalles Vorschlag abzulehnen, waren mannigfacher Art, lassen sich im ganzen aber nach drei Richtungen zusammenfassen. Zunächst sträubte sich der parlamentarische Kretinis-

mus mit Händen und Füßen. Lassalle kannte seine Pappenheimer, als er in seinem Vortrage den fortschrittlichen Abgeordneten sagte, Gefahr für Leib und Leben sei bei der Durchführung seiner Taktik durchaus nicht zu befürchten, und das einzige Opfer, das sie ihnen zumute, der vorläufige Verzicht auf eine offizielle Stellung, sei doch nicht so schwer zu bringen. Indessen den biederen Mittelmäßigkeiten, von denen die Fortschrittspartei wimmelte, war diese offizielle Stellung ihr ein und alles, und sie waren keineswegs geneigt, dies Kleinod von dem „Herrn Lassalle" antasten zu lassen. Leider fanden sie eine starke Stütze an Waldeck, dessen wohlfrisierten Schopf die fortschrittliche Presse als den „Helmbusch der Demokratie" feierte. Seit seinem Hochverratsprozesse von 1849 war Waldeck der populärste Mann gerade in den radikaleren Kreisen des Kleinbürgertums, die sich noch am ehesten für Lassalles Vorschlag erwärmen konnten; eben dieser Prozeß aber hatte dem königlich preußischen Demokraten Waldeck eine niemals völlig vernarbte Wunde geschlagen, deren nagender Schmerz seine anfänglichen Zweifel an der Richtigkeit der fortschrittlichen Politik bald übertäubte. Hatte Waldeck schon 1848 aus dem parlamentarischen Mandat ein Hohepriestertum gemacht, so verwahrte er jetzt die Fraktion mit eifersüchtigem Mißtrauen gegen jede Einwirkung von außen, wie er umgekehrt verlangte, daß der Abgeordnete außerhalb der Kammer keine öffentliche politische Wirksamkeit zu entfalten habe. Waldeck erklärte entschiedener als irgend wer: wir beraten weiter, unbekümmert um die Folgen; diese stellen wir Gott und dem Volk anheim. Es war gewiß der höchste Gipfel des parlamentarischen Kretinismus, sich erst hermetisch vom Volk abzuschließen und dann das Volk für die oberste Instanz zu erklären, die für alle Torheiten der Volksvertreter aufzukommen habe, aber Waldeck war in seiner Weise doch ein ehrlicher Mann, und später hat er seinem olympischen Selbstbewußtsein sogar das bittere Geständnis abgerungen, die Fortschrittspartei habe einen schweren Fehler begangen, als sie den „Herrn Lassalle" für einen dummen Jungen taxierte.

Ein zweiter und tieferliegender Grund, der die Fortschrittspartei gegen Lassalles Vorschlag taub machte, war ihre Kompromißnatur. Es bildete ihren ganzen Stolz, daß sie alle Elemente der Opposition „von Becker bis zu Schwerin" in einer „geschlossenen Phalanx" vereinige; schade nur, daß die Straße, worauf der ehemalige Kommunist Becker und der stramme Monarchist Schwerin Schulter an Schulter marschieren

konnten, in Nirgendheim lag. Lassalle hatte mit Recht gesagt, daß seine Taktik zwar keine besondere Courage, aber allerdings Energie und Klarheit erfordere, und von diesen Eigenschaften hatte die Fortschrittspartei nichts zu vergeben. Wie Albert Lange treffend sagte, bestand ihre berühmte „Geschlossenheit" darin, daß sich ihre besten Elemente gegenseitig neutralisierten. Die fortschrittliche Presse war so pfiffig zu behaupten, daß Lassalle Nichtstun predige, während ihre großen Männer praktisch handeln wollten; mit diesem Kopfsprunge wurde aber kein Deut an der Tatsache geändert, daß der fortschrittliche Mischmasch sich nicht zu der wirklichen Tat aufschwingen konnte, die Lassalle von ihm verlangte, während sein unendliches Fortreden in die aschgraue Ewigkeit hinein leeres Nichtstun war. Um immer den ganzen Haufen bei der Fahne zu erhalten, strich die Fortschrittspartei in jedem entscheidenden Augenblick die Fahne, mit welcher „Unentwegtheit" sie immer weiter vom Wege und immer tiefer in den Sumpf geriet. Auf dieser Retirade klang dann doppelt komisch die Versicherung der Führer, sie seien der kühnsten Heldentaten fähig, aber das Volk sei noch nicht „reif" genug, solche Heldentaten richtig zu würdigen.

Der dritte aber und der am tiefsten liegende Grund, den die Fortschrittspartei gegen Lassalle vorzubringen hatte, wenn sie begreiflicherweise von ihm auch das geringste Aufheben machte, war der Klassengegensatz der Bourgeoisie zum Proletariat. Zwischen der Bourgeoisie der vierziger Jahre und der Bourgeoisie der sechziger Jahre lagen die revolutionären Anfänge des Proletariats. So unangreifbar Lassalles Vorschlag gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus war, so rollte er allerdings die preußische Verfassungsfrage bis zu ihrem Ursprung auf, so reklamierte er allerdings nicht nur die der Bourgeoisie, sondern auch die dem Proletariat entzogenen Rechte. Die Fortschrittler dachten aber nicht im Traume daran, den Arbeitern die Rechte wieder zu geben, um die sie durch die absolutistisch-feudale Gegenrevolution geprellt worden waren. Gerade wegen der Eskamotierung dieser Rechte war ihnen die preußische Verfassung trotz alledem ans Herz gewachsen, und die verächtliche Art, in der Lassalle von diesem „Fahnenstummel" sprach, seine offene Erklärung, daß der Tanz mit dem Absolutismus noch einmal von vorn getanzt werden müsse, flößte unüberwindliches Grauen in alle Bourgeoisherzen.

Die eigentlich entscheidende Gegenstrophe zu Lassalles Strophe sang Unruh, als er zur selben Zeit, wo Lassalle seinen Vortrag hielt, am

22. Dezember 1862, an der Spitze einer Deputation den fortschrittlichen Abgeordneten für Berlin eine mit vierzigtausend Unterschriften bedeckte Dankadresse überreichte. Unruh sagte: „Wenn doch die Gegner nicht vergessen oder verschweigen wollten, daß unser jetziges Wahlgesetz vom Mai 1849 herrührt, also aus einer Zeit, als die Nationalversammlung von 1848 gesprengt, die aus allgemeinem Wahlrecht im Januar 1849 hervorgegangene Zweite Kammer im April desselben Jahres aufgelöst worden war! Die Reaktion hatte damals überall gesiegt. Das Wahlgesetz ging nicht aus Kammerbeschlüssen hervor, sondern wurde durch königliche Verordnung unter dem Ministerium Manteuffel erlassen, welches jene beiden Volksvertretungen beseitigt hatte. Zwei Dritteile der Wahlmänner werden von der ersten und zweiten Klasse der Höchstbesteuerten gewählt, die zusammen etwa den zehnten Teil der gesamten Wähler umfassen. Eine solche, aus den Reichen und Wohlhabenden hervorgegangene Minderheit hat die Entscheidung der Wahlen in der Hand. Wenn ein aus solchen Wahlen hervorgegangenes Abgeordnetenhaus nicht nur die besitzenden Klassen, sondern auch den minder wohlhabenden, selbst den mit der Hand arbeitenden Teil der Bevölkerung hinter sich hat, so ist dies ein schlagender Beweis, daß eine seltene Übereinstimmung in der ganzen Bevölkerung stattfindet." So weit, so gut. Und man hätte nun erwarten sollen, daß Unruh weiter schloß: wenn das Proletariat so tapfer für das vernichtete Budgetrecht der Bourgeoisie eintritt, so muß die Bourgeoisie ebenso tapfer für das vernichtete Wahlrecht des Proletariats eintreten. Aber weit gefehlt! Da von Wagener und anderen Reaktionären damals mit dem Gedanken des allgemeinen Wahlrechts gespielt wurde, um die Bourgeoisie zu ängstigen, so fuhr Unruh fort: „Nach dem klaren Inhalt von Artikel 115 der beschworenen Verfassung ist die Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 — nämlich die von Unruh eben selbst als ungesetzlich gekennzeichnete Verordnung, die das Dreiklassenwahlsystem oktroyierte — ein integrierender Teil der Verfassung geworden. Jede Abänderung des Wahlgesetzes im Verordnungswege ist also unleugbar ein Verfassungsbruch. Wir können nicht annehmen, daß die Regierung einem vollkommen ruhigen, fest am Gesetze haltenden Volke gegenüber zu einem für das Rechtsbewußtsein und die Machtstellung Preußens so folgenschweren Schritte raten werde, und sind fest überzeugt, daß des Königs Majestät einem solchen Rate nicht stattgeben würde." Der ge-

riebene Geschäftsmann und unentwegte Oppositionsführer Unruh wird hier zum Mystiker, vor dessen verzückten Visionen die ganze reaktionäre Romantik erbleicht. Der Eid, den „des Königs Majestät" leistet, wandelt Recht in Unrecht, sowie Unrecht in Recht. Das allgemeine Wahlrecht bestand zu Recht und wurde zu Unrecht durch die Dreiklassenwahl beseitigt, aber da „des Königs Majestät" das Unrecht der Dreiklassenwahl zum Rechte geschworen hat, so muß sich das Recht des allgemeinen Wahlrechts bescheiden, zum Unrechte geworden zu sein. Läge Unruhs Rede nicht wörtlich in den damaligen fortschrittlichen Blättern vor, durch den Staub der Jahrzehnte noch feucht schimmernd von den Tränen der Rührung, welche die also angesprochenen Volksvertreter über sie vergossen haben, man wäre versucht, sie für eine Satire zu halten, die ein ungewöhnlich boshafter Satiriker auf die damalige Politik der Fortschrittspartei verfaßt habe. Aber sie war wirklich keine Satire: sie war vielmehr ein Schrei aus den innersten Eingeweiden der Bourgeoisie.

Sie zeigte zugleich, daß Lassalles Vorschlag auch dann nicht angenommen worden wäre, wenn die Fortschrittspartei eine prinzipiell klare und nicht vom parlamentarischen Kretinismus verseuchte Partei gewesen wäre. Die Bourgeoisie wollte mit Hilfe des Proletariats den Verfassungsstreit genau soweit führen, wie ihrem einseitigen Klasseninteresse entsprach, und kein Haarbreit weiter. Lieber noch wollte sie mit „des Königs Majestät" paktieren, als den Arbeitern einen Anteil an der erwarteten Siegesbeute gönnen. Die „mit der Hand arbeitende" Klasse sollte der besitzenden Klasse die Kastanien aus dem Feuer holen und sich dann trollen, wie dem Mohren geziemte, der seine Schuldigkeit getan hatte.

Lassalle hatte bis zum letzten Augenblicke der Bourgeoisie die Tür offen gehalten; noch in seiner Gerichtsrede vom 16. Januar erklärte er: „Bourgeoisie und Arbeiter sind wir die Glieder Eines Volks und ganz einig gegen unsere Unterdrücker." Anders die Fortschrittspartei. Nachdem sie ihren Entschluß gefaßt hatte, suchte sie den Wählern den Geschmack an Lassalles Vorschlage zu verderben durch das halb boshafte, halb kindische Gemunkel, Lassalle ziehe mit Bismarck an einem Strange, er verlange, daß Macht vor Recht gehen solle. Lassalle versuchte sich gegen diese unwürdige Verdächtigung zu verteidigen, aber jetzt verschlossen ihm auch die Berliner Reform und die Vossische Zeitung ihre Spalten.

„Mundtot machen, totschweigen, unterdrücken alles, was nicht in den Gedankenkram der Fortschrittspartei paßt" — das war jetzt wieder, wie Lassalle bitter und wahr sagte, die Taktik der Bourgeoisie und ihrer Organe. Er half sich damit, daß er den von jenen Blättern abgewiesenen Protest als selbständiges Flugblatt erscheinen ließ unter dem Titel: Macht und Recht. Es war ihm natürlich ein leichtes nachzuweisen, daß eine historische Untersuchung keine ethische Abhandlung sei. Er habe ausgeführt, daß und weshalb Macht vor Recht gehe, aber indem er aufgezeigt habe, was sei, habe er mit keinem Worte die diesem Nachweise wildfremde Frage berührt, was nach seinem subjektiven Bewußtsein sein solle. Darin stimme er ausnahmsweise dem Grafen Schwerin und der Volkszeitung zu, daß Recht vor Macht gehen solle, aber vom Rechte zu sprechen habe nur die alte Demokratie das Recht, die sich nie auf Kompromisse mit der Macht eingelassen habe. Graf Schwerin, Herr von Unruh, die Volkszeitung hätten dies Recht nicht, denn sie hätten eine Reihe von Rechtsbrüchen mitgemacht oder beschönigt oder nachträglich gutgeheißen. Mit der Opferung des Rechts hätten sie gehofft, in diesem Handel ein Stück Macht zu ergattern, aber von der Macht nichts erhalten, als wie sich gebühre, die Fußtritte.

Es ist das Schicksal jeder verräterischen Politik, am stärksten ihre eigenen Urheber zu treffen, und so auch in diesem Falle. Wollte die Fortschrittspartei den Verfassungsstreit nicht als historische Macht-, sondern als formale Rechtsfrage behandeln, so mußte sie auf die Aprilgesetze von 1848 zurückgehen. Diese Gesetze waren zwar nur bürgerliches Recht, zusammengeflickt, um dem Proletariat die Früchte der Märzrevolution zu entreißen; Marx hatte sie von seinem revolutionären Standpunkt aus schon 1849 verworfen, und Lassalle hat auf sie auch nur erst später zurückgegriffen, um die Inkonsequenz der Fortschrittspartei zu erläutern. Aber vom Standpunkte der Fortschrittspartei aus waren sie das formale Recht, und sie waren es allein. Denn was nach ihnen gekommen war, die Sprengung der Berliner Versammlung, die Oktroyierung der Verfassung und des Dreiklassenwahlsystems, waren widerrechtliche Staatsstreiche, die auch dadurch nicht zu formalem Rechte werden konnten, daß die aus der widerrechtlichen Dreiklassenwahl hervorgegangene Kammer sie nachträglich gutgeheißen hatte. Vom formalen Rechtsstandpunkt aus hatte die preußische Verfassung, wie Lassalle später wiederholt ausgeführt hat, noch nicht einen Tag rechtlichen Daseins gehabt.

Aber auf die Gesetze vom 6. und 8. April wollte die Fortschrittspartei nicht zurückgehen, obgleich diese Gesetze das Budgetrecht der Volksvertretung in der unzweifelhaftesten Weise verbrieften. Denn diese Gesetze verbrieften auch das allgemeine, wenn schon indirekte Wahlrecht, sie verbrieften auch unbeschränkte Preß- und Versammlungsfreiheit, und an das gewaltsame Unrecht, das die Gegenrevolution der Arbeiterklasse zugefügt hatte, wollte die Fortschrittspartei nun einmal nicht rühren. Ihr Unglück war, daß sie selbst den geliebten Rechtsboden unter den Füßen verlor, indem sie sich zur Täuschung des Proletariats krampfhaft an ihn zu klammern suchte. In der preußischen Verfassung, so wie sie lag und stand, so wie sie von den Revisionskammern beraten und vom Könige beschworen worden war, bestand wirklich jene „Lücke", mit der Bismarck die theoretischen Unkosten des Verfassungsstreits bezahlte. Sollte Sinn und Wortlaut der preußischen Verfassung entscheiden, dann war das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses ebenso zweifelhaft, wie es unantastbar war nach dem Gesetze vom 6. April 1848. Die Revisionskammern hatten ausdrücklich abgelehnt, den Artikel 99 der Verfassung im Sinne dieses Gesetzes zu erläutern; sie hatten absichtlich die Frage offen gelassen, was geschehen solle, wenn die drei gesetzgebenden Faktoren sich über kein Etatsgesetz einigen könnten; an der Hand der preußischen Verfassung konnte Bismarck mit Recht sagen, daß seine budgetlose Regierung zwar nicht verfassungsmäßig, aber auch nicht verfassungswidrig sei. Das „Recht", womit die Bourgeoisie das Proletariat zu prellen gedachte, war der reine Profit für den Absolutismus.

So vollzog die preußische und, was historisch dasselbe sagen wollte, die deutsche Bourgeoisie zum zweiten- und letztenmal ihre politische Abdankung. Aus Angst vor dem Proletariat wich sie wiederum dem entscheidenden Kampfe mit dem König- und Junkertum aus. Mochte sie sich mit noch so großen Worten über die Konsequenzen ihrer Politik zu täuschen versuchen, so verfehlten diese Konsequenzen deshalb nicht weniger, sich pünktlich einzustellen. Seit vierzig Jahren hat die deutsche Bourgeoisie den Kampf um die politische Herrschaft aufgegeben; sie hat sich daran genügen lassen, mit unbeschämtem Eigennutze die materiellen Interessen ihrer Klasse zu verfechten und etwa noch ein bescheidenes Teilchen an der politischen Herrschaft vom König- und Junkertum zu erschleichen oder zu erschmeicheln. Gelang es je einem aus ihrer Mitte,

sich ins Ministerium zu schlängeln, so sah er seine oberste Aufgabe darin, den untertänigsten Diener des König- und, wenn Not an den Mann kam, selbst des Junkertums zu spielen, wie namentlich an dem glorreichen Beispiel Miquels studiert werden kann, der sicherlich zu den politisch noch weitaus gescheitesten Köpfen der deutschen Bourgeoisie gehörte.

Für Lassalle ist diese Entwicklung gewiß keine Enttäuschung gewesen. Deshalb war seine bis dahin konsequent festgehaltene Politik, solange als irgend möglich Hand in Hand mit der Bourgeoisie zu gehen, nicht weniger richtig. Eine selbständige Politik der Arbeiterklasse war erst dann gerechtfertigt, wenn die Bourgeoisie sich dauernd unfähig erwies, mit dem Absolutismus und Feudalismus abzurechnen, wenn sie gerade deshalb ihre historische Aufgabe nicht lösen wollte, weil sie gemeinsam mit dem Absolutismus und Feudalismus die Arbeiterklasse zu unterdrücken gedachte. Die Tatsachen selbst drückten den Stempel auf Lassalles Politik: im selben Augenblick, wo die Bourgeoisie die letzten Schleier über ihr inneres Wesen zerriß, erhoben sich die ersten Stimmen aus der Arbeiterklasse, die sich bereit und fähig erklärten zu tun, was nunmehr das historische Recht und die historische Pflicht dieser Klasse war.

Indem die deutsche Bourgeoisie politisch abdankte und die Rechte des Volks wegwarf, nahm das deutsche Proletariat die Rechte des Volks auf und meldete seine Ansprüche auf die politische Herrschaft an.

Anmerkungen.

Die Zeit vom Ausbruche der Märzrevolution bis zum Erlaß von Lassalles Offenem Antwortschreiben war, als die erste Ausgabe dieses Werkes erschien, unter dem Gesichtspunkte der sozialistischen Entwicklung noch nicht behandelt worden, und hat auch seitdem keinen anderen Bearbeiter gefunden. Dieser oder jener bürgerliche Kritiker hat sich darüber gewundert, daß ich mich über die Jahre der Revolution und Reaktion verhältnismäßig so ausführlich verbreitet habe, und hat etwa mit einer Art naiven Erstaunens gefragt, was denn der preußische Verfassungskonflikt mit dem Sozialismus zu tun habe. Indessen kann ich mich darauf berufen, daß andere Kritiker meine Absicht sehr wohl erkannt und meiner Auffassung durchaus zugestimmt, ja gerade diesen Teil meiner Darstellung besonders belobt haben. Im übrigen lasse ich mir daran genügen, die Gründe meines Verfahrens, wie ich sie schon in den Anmerkungen der ersten Ausgabe dargelegt habe, wieder abzudrucken.

Zweites Buch.

Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution. Eine sei es noch so summarisch skizzierte Geschichte der deutschen Revolutionszeit konnte natürlich nicht gegeben werden; in dieser Beziehung verweise ich auf Blos, Deutsche Revolut., Stuttg. 92. Die bürgerliche Literatur über 48 ist meist unbrauchbar, besonders die Professorenliteratur, auch Scherrs dröhnender Leihbibliothekenroman. A. Bernstein, D. Jahre d. Volkes, Berl. 75, ist nicht byzantinisch-reaktionär, aber bürgerlich beschränkt. Für meinen Zweck kam es hauptsächlich darauf an, die urkundlichen und zeitgenössischen Quellen nach allem zu durchforschen, was ein erklärendes Licht auf die spätere Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie wirft. Es ist ganz unmöglich, sie richtig zu verstehen, wenn man nicht mit kritischem Verständnis in die Klassenkämpfe der Revolutionsjahre eingedrungen ist; namentlich kann ein erschöpfendes und gerechtes Urteil über Lassalle und seine Agitation nur auf diesem Wege gewonnen werden. Große Förderung verdanke ich natürlich der Neuen Rheinischen Zeitung und dem, was Marx und Engels sonst historisch über die deutsche Revolution ausgeführt haben, siehe besonders auch Marx, Revolution u. Kontrerevolution i. Deutschl., deutsch v. Kautsky, Stuttg. 96. Indessen mußte ich viele Beziehungen klarstellen, die von Marx und Engels nur summarisch oder gar

nicht berührt worden sind. Von anderen Zeitungen der Revolutionsjahre habe ich die Nationalzeitung und die Vossische Zeitung durchgesehen, von Arbeiterblättern ist mir Volk, Verbrüderung, Konkordia und Prometheus zugänglich gewesen, alle in mehr oder weniger unvollständigen Exemplaren. Max Quarck, Dr., Arbeiterverbrüderung 1848/49, Frankf. 1900, enthält die wichtigsten Artikel aus der Verbrüderung. Stephan Born, Erinnerungen, Leipz. 98, bietet wenig Neues. Im Okt. 97 schrieb mir Born, mit dem ich bis dahin keine Beziehungen gehabt hatte, erfreut darüber, daß ich seine historische Tätigkeit gegen das allzu harte Urteil von Engels verteidigt hatte; er wollte nun eine lang gehegte Absicht ausführen und seine Erinnerungen herausgeben: leider nimmt er darin eine unschöne Revanche an Engels. Gleich darauf ist er gestorben, und so wenig ich seine letzte Schrift zu loben vermag, so halte ich selbstverständlich alles aufrecht, was ich im Text über sein verdienstvolles Wirken in den Revolutionsjahren gesagt habe. Dann habe ich die Stenographischen Berichte über die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, 9 Bde., Berl. 48, einer eingehenden Analyse unterzogen; sie sind historisch ungleich wichtiger als die weit mehr beachteten Verhandlungen der Frankfurter Versammlung. Für die Berliner Zustände ist Ad. Wolffs Revolutionschronik, Berl. 51, eine sehr reichhaltige Quellenschrift, doch reichen ihre drei umfangreichen Bände nur bis zum Sturze des Ministeriums Camphausen. Treffliche Beiträge zur sozialen Geschichte der Revolutionsjahre gibt Schlüter, NZ 3, 28. Sonst habe ich benutzt: Jacoby, Preußen u. Deutschland; Unruh, Skizzen, Magdeb. 49; Gneist, Berliner Zustände, Berl. 49; Rodbertus, Mein Verhalten &c., Berl. 49; P. Reichensperger, D. preuß. Nationalvers., Berl. 49, geg. Rodb.; Prozeß Waldeck, Stenogr. Ber., Berl. 49; Weichsel, D. Zieglersche Proz., Magdeb. 50; Ranke, Briefwechs. Friedr. Wilh. IV. m. Bunsen, Leipz. 73; H. Blum, Robert Blum, Leipz. 78, bemerkenswert wegen mancher urkundlichen Mitteilungen, sonst trauriger Schwatz; A. Bernstein, Schulze-Delitzsch, Berl. 79; H. B. Oppenheim, Waldeck, Berl. 80.

Neue Rheinische Zeitung. Ich habe mich bemüht, den Inhalt des berühmten Revolutionsblattes nach allen Seiten zu skizzieren, mußte mich eben deshalb aber im einzelnen oft mit sehr flüchtigen Strichen begnügen. Die wichtigsten Artikel jetzt auch NA, im dritten Bande. Mehring, Märzrevolution und Kommunistenbund, NZ 20[1], 737. Die Denkschrift des Zaren vom Frühjahr 1848 findet sich, Berlin und Petersburg, Leipz. 80. Weerth, Leben u. Taten des berühmten Ritters Schnapphahnski, Hamb. 49: ein Sonderabdruck der genial-witzigen Feuilletons, die das Sittlichkeitsbewußtsein hoffnungsvoller Dozenten heute noch so schwer gefährden.

Ferdinand Lassalle. Die Literatur über Lassalle zeichnet sich weit mehr durch ihren Umfang als durch ihren Inhalt aus. Eine wirklich fördernde Arbeit ist nur die biographisch-kritische Skizze, womit Bernstein seine

Lassalle-Ausgabe einleitet; ich verdanke ihr wichtige Fingerzeige, wenn ich auch vielfach von Bernsteins Auffassung abweiche. Neben der frischen Gedenkschrift Kegels, Stuttg. 89, sind sonst nur noch erwähnenswert Brandes, Ferd. Lassalle, e. literar. Charakterb., Berl. 77, und Plener, Ferd. Lassalle, Leipz. 84. Brandes gibt gute Bemerkungen über Lassalles formal-literarische Begabung; am Vorabend des Sozialistengesetzes war seine Schrift auch ein tapferes Bekenntnis; ihr politisch-soziales Verständnis ist aber sehr gering; mit geistreicher, oft genug auch nur geistreichelnder Belletristik kommt man an Lassalles Lebenswerk nicht heran. Ähnliches gilt von Plener, nur daß er nicht als einseitiger Belletrist, sondern als einseitiger Jurist schreibt. Sehr wichtig für das psychologische Verständnis Lassalles ist sein Tagebuch, Bresl. 92, hgg. v. P. Lindau, mit geschmackloser Einleitung, dann namentlich seine Briefe an Marx und Engels, NA im vierten Bande. Hatzfeldtsche Händel: Lassalle, Kassettenrede, und die von Lassalle verfaßte Ehescheidungsklage der Gräfin Hatzfeldt, ein Exemplar davon im Parteiarchiv, auch E. Liebesepisode a. d. Leben Lass., Leipz. 78. Lassalles Beteiligung an den Revolutionskämpfen: N. Rhein. Ztg. und Lassalle, Assisenrede.

Die Ausgänge der deutschen Revolution. Zum Teil dieselben Quellen wie im ersten Kapitel dieses Abschnitts. Dresdener Maiaufstand: Waldersee, D. Kampf in Dresden, Berl. 49; Röckel, D. Erheb. Sachsens u. d. Zuchthaus i. Waldheim, Frankf. 65, auch ein Aufsatz Borns in der Verbrüderung, dürftig Borns Erinnerungen, wo Bakunin mit unzureichender Beweisführung als fünftes Rad am Wagen geschildert wird. Rheinpreußischer Aufstand: N. Rhein. Ztg. und Engels, Reichsverfassungskampagne. Badisch-pfälzischer Aufstand: J. Ph. Becker, Gesch. d. südd. Mairevol., Genf 49, und wiederum Engels, a. selben Ort, neuerdings Sigel, Denkwürdigkeiten, hgg. v. W. Blos, Mannheim 02. Die deutsche Emigration: Revue d. N. Rhein. Ztg., die schon zitierten Schriften über den Kommunistenbund, Marx, Herr Vogt und (geg. Willich) d. Ritter vom edelm. Bewußtsein, London 53. Rüegg, A. d. Erinner. e. Achtundvierzigers (Borkheim) NZ 8, 125.

Der Kölner Kommunistenprozeß. Schriften über den Kommunistenbund, namentlich Marx, Enthüllungen und Herr Vogt. A. Bernstein, D. Jahre d. Reaktion, Berl. 81. Weitlings Ende: Sorge, NZ 9^2, 234, u. Zukunft 78.

Die fünfziger Jahre. Neben Biedermanns und Sybels histor. Werken die Briefe und Denkwürdigkeiten Bernhardis, Bismarcks, Bunsens, Gerlachs, Manteuffels, Roons, Wageners. Riedel, Bismarcks Reden (i. d. kontrerevol. Parl.), Berl. 81. Poschinger, Preußen i. Bundestage, Leipz. 82. Meitzen, Landwirtsch. Verhältn. d. preuß. Staats, Berl. 68. Thun, Industrie a. Niederrhein. Anton, Preuß. Fabrikges. — Diest-Daber, Geldmacht u. Sozialism., Berl. 74. Baumgarten, D. deutsche Liberalism., Berl. 66. Bastiat, Volkswirtschaftliche Harmonien, deutsch

v. Prince-Smith, Berl. 52. Die deutsche Manchesterliteratur (Prince-Smith, Faucher, Braun u. s. w.) ist nur ein Abklatsch namentlich Bastiats. Schulze-Delitzsch, D. arbeit. Klass. u. d. Assoziationswesen i. Deutschl., Leipz. 58. Die Quellen für die literarisch-philosophische Entwicklung der fünfziger Jahre ergeben sich aus dem Texte selbst.

Fortschritte des wissenschaftlichen Kommunismus. H. Oncken, D. Rückkehr Lassalles n. Berl. 57/58, Preuß. Jahrb., Febr. 03. Mehring, Zur Biographie Lassalles, NZ 21[1], 627. Bailleu, Lassalles Kampf um Berlin, Deutsche Rundschau, Juni 03. Mehring, Zur Psychologie Lassalles, NZ 21[2], 456. Marx, Z. Kritik. Lassalle, Herakleitos d. Dunkle, Berl. 57. Zeller, D. Philos. d. Griechen, Leipz. 92. Noack, Histor.-biogr. Handwörterb. z. Gesch. d. Philos., Berl. 79. Lassalle, Franz von Sickingen. Lassalle, System der erworbenen Rechte, Leipz. 61. Eine vortreffliche Analyse des zweiten Bandes, der nicht in den Rahmen meiner Darstellung fällt, gibt Bernstein a. a. O. Lassalles Briefe an Rodbertus, Berl. 78. Jhering, D. Kampf ums Recht, Wien 72. A. Wagner, Allgem. Volkswirtschaftslehre, Leipzig 76.

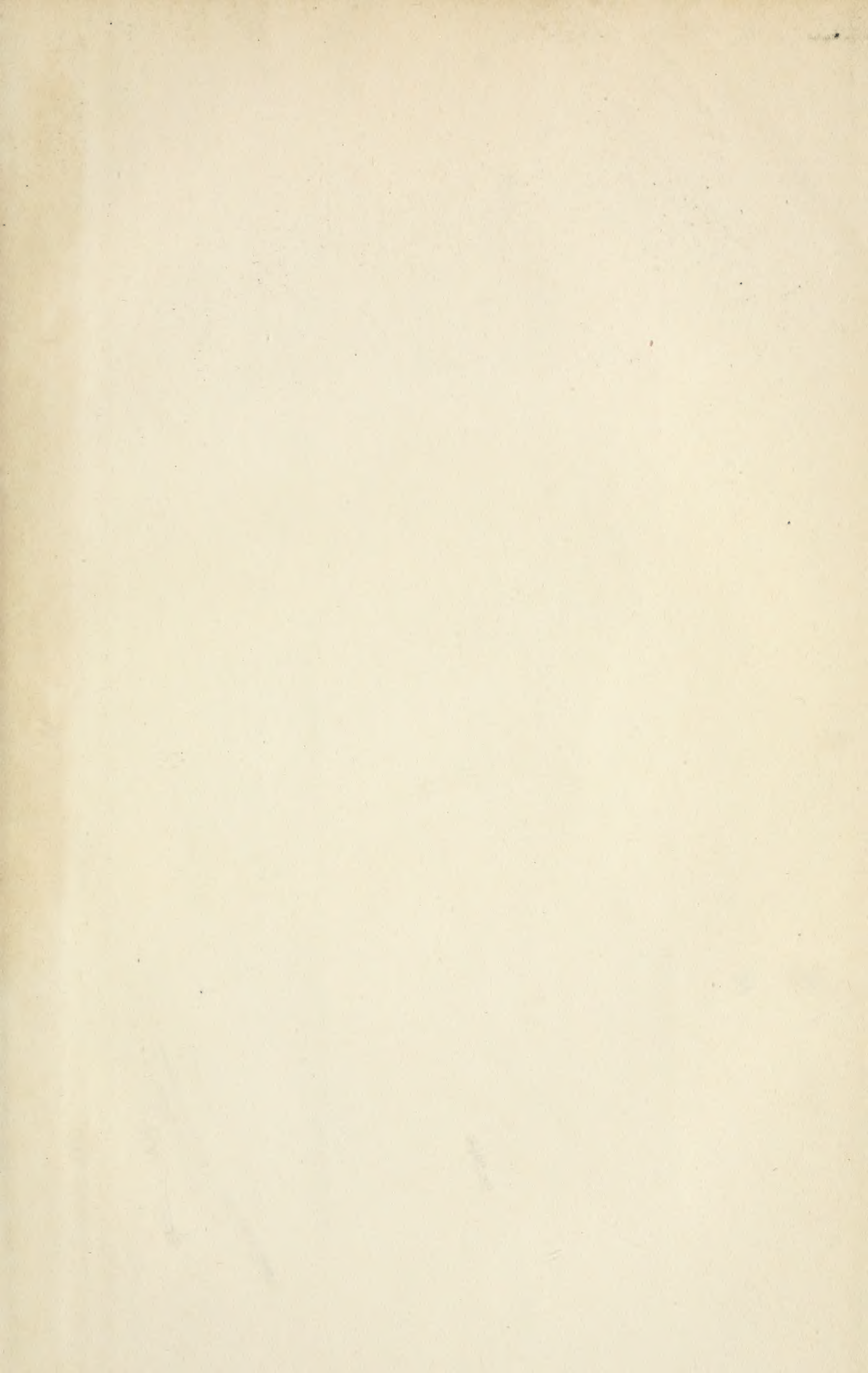
Die europäische Krisis von 1859. Rodbertus, Kleine Schriften, Berl. 90, hgg. von M. Wirth. Wuttke, Pro patria, Leipz. 59. Vogt, Studien z. gegenw. Lage Europas, Genf 59. Engels, Po und Rhein, Berl. 59. Lassalle, Der italien. Krieg u. d. Aufg. Preuß. Vogt, M. Proz. geg. d. Allgem. Ztg., Genf 59. Lassalle, Fichtes polit. Vermächtn. Engels, Savoyen, Nizza u. d. Rhein, Berl. 60. Marx, Herr Vogt.

Der preußische Verfassungsstreit. Wie die Geschichte der deutschen Revolution, so mußte die Geschichte des preußischen Verfassungsstreits in ihren entscheidenden Hauptzügen klargestellt werden, und zwar aus dem gleichen Grunde: weil die Arbeiteragitation Lassalles und überhaupt die historische Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie sonst nicht zu verstehen ist. Welche Konfusion auf diesem Gebiete noch herrscht, zeigt Sombart, der bei all seinen Prätensionen fertig bekommt, zu schreiben, daß Lassalle aus „dämonischem Ehrgeiz", aus „titanischer Ruhmbegierde" eine Arbeiterpartei gestiftet habe, denn die fortschrittliche Opposition habe nichts von ihm wissen wollen und — man denke nur! — „wo Bismarck stand, konnte ein anderer nur im Schatten stehen". Walesrode, Demokr. Stud., Hamb. 60 u. 61. Jacoby, Grunds. d. preuß. Demokr. Parisius, Deutschl. polit. Part., Berl. 78. Müller, Kais. Wilh., Berl. 78. Marcks, Kais. Wilh. I., Leipz. 97. Götze, Urkundl. Gesch. d. Stadt Stendal, Stend. 73. Hahn, Fürst Bismarck, Berl. 78, sowie die sonstige Bismarckliteratur, namentlich Busch und Poschinger. Wenn Bismarck einmal gesagt hat, anständige Leute schrieben für ihn nicht, so hätte er hinzufügen können, daß es solide Schriftsteller auch nicht täten; liederlichere Skribenten, als die Hahn, Busch, Poschinger, Harden und ihresgleichen gibt es auf der Welt nicht. — Lassalles Briefe a. G. Herwegh, Zür. 96, hgg. v. M. Her-

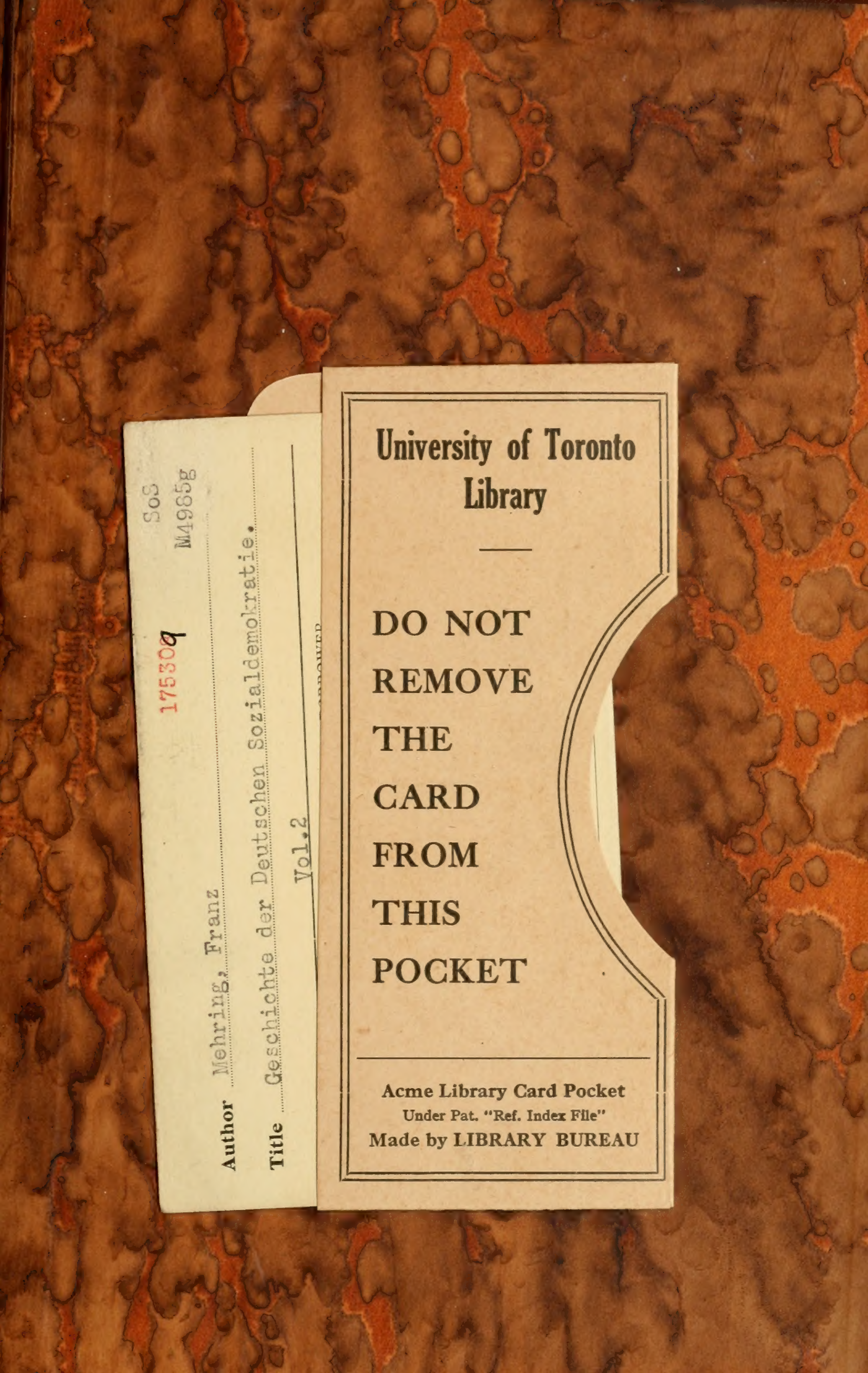
wegh, in ganz unzulänglicher Weise. Bucher, D. Parlamentarismus wie er ist, Berl. 55. Poschinger, E. Achtundvierziger, Berl. 91, eine zusammengestoppelte Biographie Buchers, die ihren Helden selbst zu heller Wut entfacht hat, aber die wegen einiger urkundlichen Mitteilungen benutzt werden muß. Das Berliner Milieu, worin Lassalle lebte, kommt nicht schön, aber gut getroffen heraus bei L. Pietsch, Wie ich Schriftst. gew. bin, Berl. 93. — Lassalle, Herr Julian Schmidt d. Literarhist. Lassalle, Über Verfassungsfragen. Lassalle, Arbeiterprogramm. Marx an Schweitzer NZ 15[1], 5. Lassalle, Was nun? Die Rede Unruhs vom 22. Dez. 62 auch bei Schultheß, Europ. Geschichtskal., Nördl. 63. Lassalle, Macht u. Recht.










University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU
SoS
M4985g
175309
Author Mehring, Franz
Title Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie.
Vol.2

